



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Landratsvorlage zur Jahresplanung 2016

Datum: 15. September 2015

Nummer: 2015-250

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

UNSERE VISION

UNSER PROGRAMM

UNSERE PLANUNG

UNSER RÜCKBLICK



BESCHLUSS REGIERUNGSRAT

KANTON BASEL-LANDSCHAFT / REGIERUNGSRAT

Unser Programm wird zum **Plan**

JAHRESPLANUNG 2016
Vorlage an den Landrat
Nr. 2015/250

2016

Inhaltsverzeichnis

Bericht zur Jahresplanung 2016

1. Vorwort des Regierungsrates	4
2. Budget 2016 als erster Schritt zur Zielerreichung der Finanzstrategie 2016–2019	6
2.1 Finanzielle Ausgangslage	6
2.2 Finanzstrategie 2016–2019	7
2.2.1 Strategiemassnahmen im Budget 2016	7
2.2.2 Entlastungspaket 12/15	8
2.3 Saldo Budget 2016	9
2.4 Defizitbremse	10
2.5 Steuersatzerhöhung	11
3. Strategische Planung	12
3.1 Strategische Planung	12
3.2 Schwerpunkte der Jahresplanung 2016	13
4 Konjunkturelle Rahmenbedingungen	17
5. Einfluss der Bundespolitik	18
5.1 Finanzpolitik	18
5.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	18
6. Kantonale Rahmenbedingungen	18
6.1 Kantonaler Finanzausgleich	18
6.2 Neuregelung der EL-Kostenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden	19
6.2.1 EL-Kostenaufteilung	19
6.2.2 Verzicht auf Rückerstattung Pflegenormkosten	19
6.3 Inhaltliche und strukturelle Stärkung der Gemeinden	20
7. Der Voranschlag im Überblick	21
7.1 Kennzahlen	21
7.2 Aufwand	24
7.3 Ertrag	26
7.4 Investitionsrechnung	29
7.4.1 Investitionsniveau	29
7.4.2 Investitionsbudget 2016	31
8. Das Personal	33
8.1 Personalbedarf 2016	33
8.1.1 Verwaltung im engeren Sinn	33
8.1.2 Stellen ausserhalb des Sollstellenplans	34
8.2 Stellenentwicklung 2007–2016	34
9. Beteiligungen	35
10. Angepasste Leistungsaufträge	36
11. Anträge	37
12. Dekret über den Steuerfuss 2016	38

Die Kantonalen Behörden, Direktionen, Dienststellen und Gerichte

Kantonale Behörden KB	41
Finanz- und Kirchendirektion FKD	55
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD	83
Bau- und Umweltschutzdirektion BUD	117
Sicherheitsdirektion SID	171
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD	205
Gerichte GER	249

Anhang

1. Konsolidiertes Budget 2016	262
1.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten	262
1.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten	263
2. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten	264
3. Funktionale Gliederung	265
4. Fonds	266
5. Verpflichtungskredite	278
5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung	278
5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung	289
6. Liste der im Budget 2016 eingestellten Strategiemassnahmen	301
7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk	305
7.1 Rechtsgrundlagen	305
7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)	305
7.3 Rechnungsaufbau	305
7.4 Erfasste Organisationseinheiten	306
7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung	306
7.6 Kontenrahmen nach HRM2	308
7.7 Abweichungen von HRM2	311
7.8 Abschreibungsmethoden	311
7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag	312
7.10 Kommentierungsgrundsätze	312
8. Definition Kennzahlen	313
9. Glossar	315

Bericht zur Jahresplanung 2016

1. Vorwort des Regierungsrates

Budget 2016 als Kraftakt

Das Budget 2016 rechnet mit einem Saldo in der Erfolgsrechnung von CHF -60 Mio. Das bedeutet gegenüber dem Budget des Vorjahres (CHF -35 Mio.) zwar eine deutliche Verschlechterung. Betrachtet man aber die Ausgangslage nach dem 15. Januar 2015, dann ist dem Regierungsrat ein eigentlicher Kraftakt gelungen, der sich auch im nationalen Vergleich sehen lassen darf. Der Aufwand geht im Budget 2016 gegenüber dem Budget 2015 leicht um 0.8% zurück. Der Rückgang beim Ertrag fällt mit 1.7% deutlicher aus. Der leichte Rückgang beim Aufwand ist das Resultat der grossen Anstrengungen des Regierungsrates und der Direktionen. So sinken sowohl der Personalaufwand (-4.1%) als auch der Sach- und Betriebsaufwand (-7.0%) deutlich. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 10.1% (Budget 2015: 22.1%). Das Resultat des Budgets 2016 ist für den Regierungsrat insgesamt ein erfolgreicher erster Schritt zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes.

Massive Abweichungen zum ursprünglichen Finanzplan

Der Vergleich des Budgets 2016 mit dem ursprünglichen Finanzplan 2015–2018 zeigt einige massive negative Abweichungen von der Planung. Auf der Ertragsseite fallen die um CHF 88 Mio. tieferen Steuererträge auf. Rückgänge sind vor allem bei den Einkommenssteuern und den Gewinnsteuern zu verzeichnen. Die direkte Bundessteuer bringt CHF 14 Mio. weniger Ertrag. Und die Gewinnausschüttung der Nationalbank wird aufgrund der aktuellen Entwicklung nur noch hälftig berücksichtigt (CHF -12 Mio. Ertrag). Auf der Aufwandseite weichen die Gesundheit und die Rückforderung der Pensionskasse Spitalbetriebe mit CHF 40 Mio. Mehrkosten von der Planung ab. Positiv ausgewirkt haben sich im Vergleich mit dem ursprünglichen Finanzplan die Übertragung und der Verkauf von Liegenschaften (CHF 20 Mio. Mehrertrag) und die bereits erwähnten Strategiemassnahmen (CHF 51 Mio.).

Ertrag kann mit Aufwandsteigerungen nicht Schritt halten

Am 8. Juli 2015 legte der Regierungsrat im Rahmen einer Medienkonferenz dar, dass sich der kantonale Finanzhaushalt in kurzer Zeit deutlich verschlechtert hat. Dies zu einem grossen Teil als Folge der Aufhebung der Wechselkursbindung Franken/Euro durch die Schweizerische Nationalbank am 15. Januar 2015. Das strukturelle Defizit in der Erfolgsrechnung beträgt demnach in den Jahren 2016–2019 im Durchschnitt CHF 122 Mio. Werden die Investitionen hinzuge-rechnet und ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent als Zielgrösse angestrebt, beträgt die Lücke CHF 216 Mio. Der Aufwand steigt in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales zu schnell und zu stark an. Der Ertrag kann mit den Aufwandsteigerungen nicht mehr Schritt halten; aktuell brechen die Steuererträge bei den natürlichen und juristischen Personen als Folge des Entscheides der Nationalbank sogar regelrecht ein.

Schutz des Eigenkapitals mit Finanzstrategie und 132 Massnahmen

Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf rasch erkannt und noch im Frühjahr die Ausarbeitung einer neuen Finanzstrategie in Auftrag gegeben. Diese Strategie stellte die Regierung im Juli 2015 der Öffentlichkeit vor. Die oberste Leitlinie bildet dabei der Schutz des Eigenkapitals. Der Regierungsrat wird alles daran setzen, dass das Eigenkapital in den Jahren 2015 und 2016 nicht unter den Richtwert von CHF 100 Mio. fällt. Damit will er verhindern, dass der Landrat eine Steuererhöhung in Anwendung der Defizitbremse beschliessen muss. Das strukturelle Defizit im Finanzhaushalt will der Regierungsrat mit erster Priorität dauerhaft und nachhaltig beseitigen. Dazu hat er 132 Massnahmen beschlossen, welche den Staatshaushalt gemäss aktueller Planung bis 2019 mit insgesamt CHF 194 Mio. entlasten. Die Massnahmen umfassen Optimierungen und Synergiegewinne bei der Erbringung öffentlicher Leistungen, zielgerichtete Beiträge, die Aufhebung einzelner Leistungsaufträge, verwaltungsinterne Effizienzsteigerungen sowie die Ausschöpfung von bisher nicht genutztem Ertragspotenzial. Parallel zum Leistungsabbau erfolgt in der kantonalen Verwaltung mittelfristig ein Stellenabbau mit dem Ziel einer Reduktion des Personalaufwandes um 10%, zudem werden die Löhne ab 2016 um ein Prozent gesenkt.

Erster grosser Schritt in der Umsetzung der Finanzstrategie

Mit der Jahresplanung 2016 macht der Regierungsrat den ersten grossen Schritt in der Umsetzung der Finanzstrategie. Mit einem Saldo in der Erfolgsrechnung von CHF -60 Mio. kann er verhindern, dass der Landrat in Anwendung der Defizitbremse eine Steuererhöhung beschliessen muss. Das Eigenkapital beträgt im Budget 2016 CHF 118 Mio. Aus der Finanzstrategie sind im Budget 2016 100 Massnahmen mit einer Entlastungswirkung von CHF 71 Mio. eingeplant. Einzig bei der geplanten Kürzung der Dienstleistungen und Honorare wird die Zielvorgabe vom Juli 2015 um CHF 4 Mio. unterschritten. Die Strategiemassnahmen sind somit der Haupttreiber für die Verbesserung des Budgetsaldos 2016.

Kontinuierlicher Aufgabenüberprüfungsprozess statt Sparpakete

Das mit der Finanzstrategie angestrebte Gleichgewicht des Staatshaushaltes soll nach den Plänen der Regierung nicht durch ein einmaliges Sparpaket, sondern durch einen kontinuierlichen Prozess im Rahmen der Budgetierung erreicht werden. Mit jedem künftigen Budget wird der Regierungsrat dem Landrat auch Strategiemassnahmen unterbreiten, damit Aufgaben und Finanzen jeweils über einen Planungszeitraum von vier Jahren ins Gleichgewicht gebracht werden können.

Veritabler Test für Reformfähigkeit des Kantons Basel-Landschaft

Der Regierungsrat wird zu jeder Einzelmassnahme, die in der Kompetenz des Landrates liegt, eine separate Vorlage an den Landrat überweisen. Dies ermöglicht zu jeder Einzelmassnahme eine breite politische Debatte. Deshalb verzichtet der Regierungsrat bewusst auf ein Sparpaket. Der ausgeglichene Finanzhaushalt kann nur erreicht werden, wenn die politischen Instanzen Regierungsrat und Landrat gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten. Zudem erfordern einige Massnahmen die Zustimmung von Volk und teilweise auch von externen Partnern. Die Reformfähigkeit des Kantons Basel-Landschaft wird also in den nächsten Jahren auf die Probe gestellt.

Tabelle 1: Gestufter Erfolgsausweis mit Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'522.4	2'576.9	2'568.5	-8.4	-0.3%
Betrieblicher Ertrag	2'316.1	2'480.8	2'419.4	-61.3	-2.5%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-206.3	-96.1	-149.0	-52.9	55.0%
34 Finanzaufwand	31.5	57.5	46.0	-11.5	-19.9%
44 Finanzertrag	106.7	102.6	122.9	20.4	19.8%
Ergebnis aus Finanzierung	75.2	45.1	76.9	31.8	70.7%
Operatives Ergebnis	-131.1	-51.1	-72.2	-21.1	41.2%
38 Ausserordentlicher Aufwand	1'512.1	0.0	0.0	0.0	0.0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	473.0	16.1	11.7	-4.4	-27.5%
Ausserordentliches Ergebnis	-1'039.2	16.1	11.7	-4.4	-27.5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-1'170.3	-35.0	-60.5	-25.5	72.9%

Tabelle 2: Selbstfinanzierung mit Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	4'066.0	2'634.4	2'614.5	-19.9	-0.8%
Ertrag	2'895.7	2'599.4	2'554.1	-45.4	-1.7%
Saldo Erfolgsrechnung	-1'170.3	-35.0	-60.5	-25.5	72.9%
Selbstfinanzierung	-1'086.0	45.1	19.7	-25.4	-56.3%
Investitionsausgaben	217.2	245.1	231.9	-13.2	-5.4%
Investitionseinnahmen	36.7	41.0	37.4	-3.6	-8.9%
Saldo Investitionsrechnung	-180.6	-204.0	-194.5	9.6	-4.7%
+ Selbstfinanzierung	-1'086.0	45.1	19.7	-25.4	-56.3%
Finanzierungssaldo	-1'266.6	-158.9	-174.7	-15.8	10.0%
Selbstfinanzierung	-1'086.0	45.1	19.7	-25.4	-56.3%
Saldo Investitionsrechnung	-180.6	-204.0	-194.5	9.6	-4.7%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-601.5%	22.1%	10.1%	-0.1	-54.1%

Tabelle 3: Gestufter Erfolgsausweis ohne Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'522.4	2'576.9	2'568.5	-8.4	-0.3%
Betrieblicher Ertrag	2'316.1	2'480.8	2'419.4	-61.3	-2.5%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-206.3	-96.1	-149.0	-52.9	55.0%
34 Finanzaufwand	31.5	57.5	46.0	-11.5	-19.9%
44 Finanzertrag	106.7	102.6	122.9	20.4	19.8%
Ergebnis aus Finanzierung	75.2	45.1	76.9	31.8	70.7%
Operatives Ergebnis	-131.1	-51.1	-72.2	-21.1	41.2%
38 Ausserordentlicher Aufwand	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	13.5	16.1	11.7	-4.4	-27.5%
Ausserordentliches Ergebnis	10.5	16.1	11.7	-4.4	-27.5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-120.6	-35.0	-60.5	-25.5	72.9%

Tabelle 4: Selbstfinanzierung ohne Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	2'556.9	2'634.4	2'614.5	-19.9	-0.8%
Ertrag	2'436.3	2'599.4	2'554.1	-45.4	-1.7%
Saldo Erfolgsrechnung	-120.6	-35.0	-60.5	-25.5	72.9%
Selbstfinanzierung	-36.3	45.1	19.7	-25.4	-56.3%
Investitionsausgaben	217.2	245.1	231.9	-13.2	-5.4%
Investitionseinnahmen	36.7	41.0	37.4	-3.6	-8.9%
Saldo Investitionsrechnung	-180.6	-204.0	-194.5	9.6	-4.7%
+ Selbstfinanzierung	-36.3	45.1	19.7	-25.4	-56.3%
Finanzierungssaldo	-216.9	-158.9	-174.7	-15.8	10.0%
Selbstfinanzierung	-36.3	45.1	19.7	-25.4	-56.3%
Saldo Investitionsrechnung	-180.6	-204.0	-194.5	9.6	-4.7%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-20.0%	22.1%	10.1%	-0.1	-54.1%

2. Budget 2016 als erster Schritt zur Zielerreichung der Finanzstrategie 2016–2019

2.1 Finanzielle Ausgangslage

Die Entwicklung des Staatshaushalts des Kantons Basel-Landschaft hat sich seit letztem Herbst deutlich verändert. Noch am 16. September 2014 hat der Regierungsrat dem Landrat den Finanzplan 2015–2018 (LRV 2014-330) mit einem Saldo der Erfolgsrechnung von CHF +19 Mio. für das Planjahr 2016 überwiesen.

Aber bereits seit Anfang Jahr sieht die Situation anders aus: Die Aufhebung der Wechselkursbindung Franken/Euro am 15. Januar 2015 hat die Staatsfinanzen der Kantone stark getroffen. Gemäss aktueller Prognosen der BAK Basel muss der Kanton Basel-Landschaft für 2016 gegenüber dem Finanzplan mit CHF -88 Mio. tieferen Steuereinnahmen rechnen. Deutlich tiefere Zuwachsraten werden insbesondere bei den Gewinnsteuern (CHF -46 Mio.) und bei den Einkommenssteuern (CHF -40 Mio.) erwartet. Zudem muss damit gerechnet werden, dass die SNB im Jahr 2016 aufgrund ihres Halbjahresverlusts im Umfang von 50.1 Milliarden Franken keine vollständige Gewinnausschüttung für 2015 vornehmen kann. Im Budget 2016 hat der Regierungsrat die SNB-Gewinnausschüttung deshalb vorsichtshalber nur hälftig berücksichtigt (CHF -12 Mio.). Die direkten und indirekten Folgen aus dem SNB-Entscheid vom 15. Januar 2015 belaufen sich somit auf rund CHF -100 Mio. gegenüber dem Finanzplan 2015–2018.

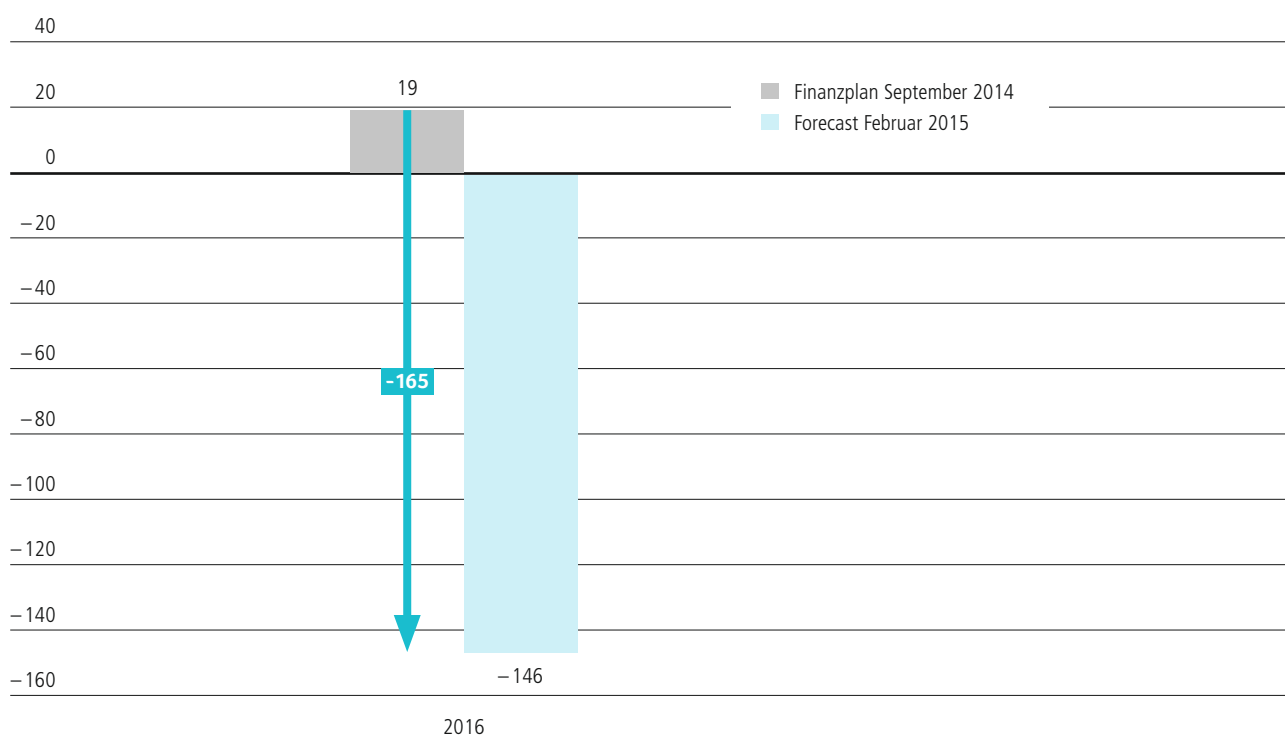
Zusätzlich belasten negative Abweichungen aus dem Jahresabschluss 2014. So muss beispielsweise in der Gesundheitsversorgung aufgrund des überraschenden Jahresabschlusses 2014 mit Kosten von CHF 354.9 Mio. (Budget: CHF 312.5 Mio.) von einem stärkeren Kostenwachstum ausgegangen werden. Gegenüber dem letztjährigen Finanzplan führt dies im Budget 2016 zu einer weiteren Verschlechterung von CHF -33 Mio. Auch bei der Direkten Bundessteuer mussten die Kantone und der Bund im Abschluss 2014 deutliche Mindereinnahmen zur Kenntnis nehmen. Im Budget 2016 ist der Kantonsanteil rund CHF -14 Mio. tiefer eingeplant als noch im Finanzplan 2015–2018.

Alleine in den vier aufgeführten Bereichen (kantonale Steuern, SNB-Gewinnausschüttung, Gesundheitskosten und Kantonsanteil Direkte Bundessteuer) resultiert im Budget 2016 somit eine Verschlechterung von CHF -147 Mio. gegenüber dem Finanzplan 2015–2018. Zusätzlich belasten zahlreiche weitere Abweichungen im Gesamtumfang von CHF -18 Mio., sodass insgesamt eine Verschlechterung von CHF -165 Mio. gegenüber dem letztjährigen Finanzplan resultiert.

Anlässlich seiner Klausur vom 10. März 2015 hat der Regierungsrat die Verschlechterung der finanziellen Ausgangslage auf CHF -146 Mio. zur Kenntnis genommen und gleichzeitig beschlossen, dass der Saldo für 2016 deutlich verbessert werden muss. Minimale Zielsetzung für 2016 ist, dass der Landrat keine Steuererhöhung in Anwendung der Defizitbremse beschliessen muss.

Abbildung 1: Saldoentwicklung Erfolgsrechnung im Vergleich zum Finanzplan (LRV 2014-330)

in Mio. CHF



Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat seine Finanzstrategie angepasst. Im Rahmen weiterer Klausuren und bilateraler Planungsgesprächsrunden wurden einschneidende Massnahmen erarbeitet, am 7. Juli 2015 vom Regierungsrat beschlossen und am Folgetag der Öffentlichkeit vorgestellt (Finanzstrategie 2016–2019).

2.2 Finanzstrategie 2016–2019

2.2.1 Strategiemassnahmen im Budget 2016

Die Finanzstrategie hat für 2016 rund 100 Massnahmen im Umfang von CHF 75 Mio. vorgesehen. Im Budget 2016 konnten diese Massnahmen fast vollständig eingeplant werden (CHF 71 Mio.). Im Wesentlichen wird der Zielwert einzig bei der geplanten Kürzung der Dienstleistungen und Honorare um CHF 4 Mio. unterschritten (Kürzung um 14% statt um 25%). Demgegenüber kann der Material- und Warenaufwand etwas stärker gekürzt werden als noch in der Finanzstrategie erwartet (Kürzung um 6% statt um 5%). Die Detailliste der rund 100 Massnahmen kann dem Anhang entnommen werden. Eine Gesamtbetrachtung der Finanzstrategie 2016–2019 findet sich im Finanzplan 2016–2019 (LRV 2015-330).

Im letztjährigen Finanzplan hatte der Regierungsrat jährlich wiederkehrende Entlastungstranchen im Umfang von je CHF 20 Mio. vorgesehen, insgesamt also CHF 60 Mio. für die Jahre 2016–2018. Die Massnahmen sind nun in der Finanzstrategie konkretisiert und es zeigt sich, dass diese dreijährige Zielsetzung bereits im Budgetjahr 2016 vollumfänglich erreicht wird: Mit einer Entlastungswirkung von CHF 71 Mio. kann die für 2016 eingeplante Entlastungstranche (CHF 20 Mio.) um CHF +51 Mio. übertroffen werden.

Die betragsmässig bedeutsamsten Strategiemassnahmen im Budget 2016 sind:

FKD-WOM-16	Verzicht auf Rückerstattung Kantonsentlastung EL bezüglich Pflegenormkosten	CHF 15.0 Mio.
FKD-WOM-4a	Prämienverbilligung: Senkung der monatlichen Richtprämie für alle Kategorien um CHF 15	CHF 8.4 Mio.
Dir-WOM-4	Kürzung Dienstleistungen und Honorare	CHF 7.7 Mio.
Dir-WOM-3	Lohnkürzung um 1%	CHF 6.0 Mio.
Dir-WOM-1	Reduktion Material- und Warenaufwand	CHF 5.6 Mio.
BUD-WOM-3	Erhöhung Abschreibungsdauer Gebäude von 30 auf 40 Jahre	CHF 3.4 Mio.
Dir-WOM-6	Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben	CHF 2.7 Mio.

BKSD-WOM-4	Restriktive Steuerung separate Sonderschulung	CHF 1.6 Mio.
BKSD-OM-1	Verstetigung Erhöhung Pflichtlektionen Sek I und Sek II	CHF 1.5 Mio.
VGD-OM-2	Elektronische Prüfung Spitalrechnungen	CHF 1.5 Mio.
SID-OM-4	Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen	CHF 0.7 Mio.

Die Aufteilung der Entlastungswirkungen auf die einzelnen Direktionen bzw. auf die direktionsübergreifenden Massnahmen zeigt die nachfolgende Tabelle:

Tabelle 5: Im Budget 2016 eingestellte Strategiemassnahmen

in Mio. CHF	Total
KB	0.3
FKD	26.1
VGD	5.1
BUD	6.3
SID	3.1
BKSD	7.2
Direktionsspezifische Strategiemassnahmen	48.3
Reduktion Material- und Warenaufwand um 6% ¹	5.6
Lohnkürzung um 1%	6.0
Kürzung Dienstleistungen und Honorare um 14% ²	7.7
Abschaffung Beitrag an Betriebsanlässe (CHF 100 pro Person und Jahr)	0.5
Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben	2.7
Total Strategiemassnahmen	70.8

Unter den Strategiemassnahmen finden sich auch Massnahmen im Personalbereich. So sollen u.a. die Lohnsumme bereits ab Januar 2016 um 1% gesenkt werden und der Personalaufwand über die Jahre 2017 bis spätestens 2020 gegenüber dem Budget 2015 um je 2.5% pro Jahr, das heisst insgesamt um 10%, reduziert werden. Diese Reduktion entspricht einem Personalabbau von maximal 400 Vollstellen bis Ende 2020. Im Budget 2016 ist ein Abbau von rund 24 Vollstellen aufgrund der vorliegenden Strategiemassnahmen bereits enthalten.

Eine Reduktion des Personalaufwands ist aber nur nachhaltig umsetzbar, wenn der Leistungskatalog aller Dienststellen überprüft und angepasst wird. Da nicht angenommen werden kann, dass 10% der Gesamtarbeitszeit unproduktive Leerzeiten sind, kann nur ein Teil der Reduktion über Effizienzsteigerung und Synergien aufgefangen werden. In Anbetracht des massiven Umfangs der Reduktion von insgesamt 10% ist die Beibehaltung des Status quo im Leistungsumfang und die Verteilung der Aufgaben auf weniger Köpfe kein gangbarer Weg. Somit ist ein Verzicht auf bisherige Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft unumgänglich, auch um Personalressourcen für kommende, neue Anforderungen und Aufgaben bereitstellen zu können. Der Regierungsrat versteht die Massnahme als Auftrag, das Leistungsangebot zu überprüfen und Ressourcen effizient, wirkungsorientiert und zukunftsgerichtet einzusetzen.

2.2.2 Entlastungspaket 12/15

Nebst den Strategiemassnahmen resultieren noch bei einigen wenigen Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 Mehr- und Minderentlastungen im Budget 2016 gegenüber dem Budget 2015. Diese haben im Verlauf der Umsetzung – unter anderem aus politischen Gründen – Verzögerungen erfahren oder konnten nicht wie geplant umgesetzt werden. Zwei Massnahmen waren zudem vom Landrat mit LRV 2011-296 zum Entlastungspaket 12/15 befristet

- 1 Kürzungen bei folgenden Kontengruppen: 310 Material- und Warenaufwand / 312 Nicht aktivierbare Anlagen / 314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt / 315 Unterhalt Mobilien/immaterialer Anlagen / 343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen.
- 2 Kürzungen bei folgenden Konten: 31300000 Dienstleistung Dritter allg (manuell) / 31300010 Dienstleistung Dritter allgemein / 31300020 Dienstleistung Dritter IT-Bereich / 31300030 Dienstleistung Dritter Finanz-Bereich / 31300040 Dienstleistung Dritter Medizinal-Bereich / 31300050 Dienstleistung Dritter Untersuchungs-Ber / 31310000 Planungen und Projektierungen Dritter / 31320000 Honor. ext Berater, Gutachter, Fachexp man / 31320010 Honorare externe Referenten (manuell) / 31320020 Honorare ext Berater, Gutachter, Fachexp / 31320030 Honorare externe Referenten / 31320040 Honor. ext Berater, Gut, Fachexp BUD/HBA FV / 31350000 Dienstleist.aufw. Personen in Obhut man. / 31360000 Honorare privatärztlicher Tätigkeit man. / 31380000 Kurse, Prüfungen und Beratungen man.

beschlossen worden und ihre Wirkung endet im EP 12/15 mit dem Schuljahr 2015/16. Die betragsmässig wichtigsten Massnahmen mit Abweichungen Budget 2016 gegenüber Budget 2015 sind:

Ü-3-BKSD	Neuverhandlung der Staatsverträge mit BS (Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Personen)	CHF -0.4 Mio.
Ü-1a-VGDf	Revision Jagd- und Fischereigesetz	CHF -0.4 Mio.
BKSD-2	Erhöhung Pflichtlektionen der Fachlehrer auf der Sek.-Stufe II	CHF -0.7 Mio.
BKSD-4	Erhöhung Pflichtlektionen der Fachlehrer auf der Sek.-Schule	CHF -0.9 Mio.
Zusätzliche Entlastungen per Saldo bei anderen Massnahmen		CHF 0.2 Mio.

Minderentlastungen Budget 2016 gegenüber Budget 2015 **CHF -2.2 Mio.**

Die beiden Entlastungsmassnahmen BKSD-2 und BKSD-4 zur Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer in der Sekundarschule befristete der Landrat mit LRB Nr. 2012-386 zur LRV 2011-296 zum Entlastungspaket 12/15 auf drei Jahre bis und mit Schuljahr 2015/16. Der Regierungsrat hat die Weiterführung dieser beiden Massnahmen als BKSD-OM-1 «Verstetigung Erhöhung Pflichtlektionen Sek I und Sek II» in das Strategiemassnahmenpaket aufgenommen (vgl. Kapitel 1.2.1).

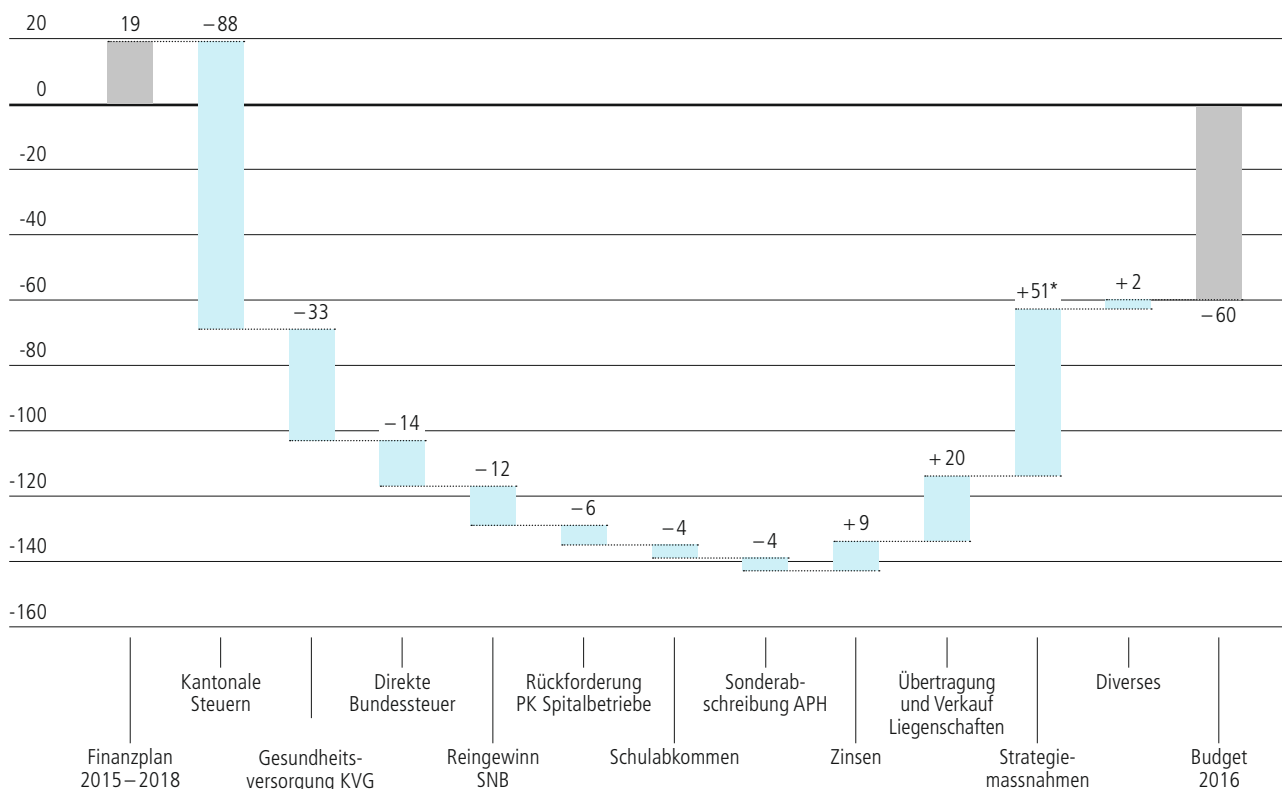
Das Entlastungspaket 12/15 soll per Rechnungsabschluss 2015 mit einem Schlussbericht abgeschlossen werden. Das Gesamtentlastungsvolumen wird sich in der Grössenordnung zwischen CHF 95 Mio. und CHF 100 Mio. bewegen.

2.3 Saldo Budget 2016

Die Strategiemassnahmen im Umfang von CHF 71 Mio. sind der Haupttreiber für die Verbesserung des Budgetsaldos 2016. Dank weiterer positiver Effekte, u.a. aus der Übertragung und dem Verkauf von Liegenschaften sowie aus tieferen Zinskosten, resultiert schliesslich ein Saldo in der Erfolgsrechnung von CHF -60 Mio.

Nachfolgende Abbildung zeigt zusammenfassend die wesentlichen Veränderungen in der Erfolgsrechnung zwischen dem im letztjährigen Finanzplan aufgezeigten Prognosesaldo 2016 und dem Budget 2016:

Abbildung 2: Differenzanalyse zwischen Prognosesaldo 2016 aus Finanzplan 2015–2018 und Budget 2016
Saldo Erfolgsrechnung in Mio. CHF



* Im letztjährigen Finanzplan waren für das Jahr 2016 CHF 20 Mio. Optimierungsmassnahmen eingestellt. Das vorliegende Budget beinhaltet Strategiemassnahmen im Umfang von CHF 71 Mio. Gegenüber dem Finanzplan ergibt sich somit eine positive Abweichung von CHF +51 Mio.

2.4 Defizitbremse

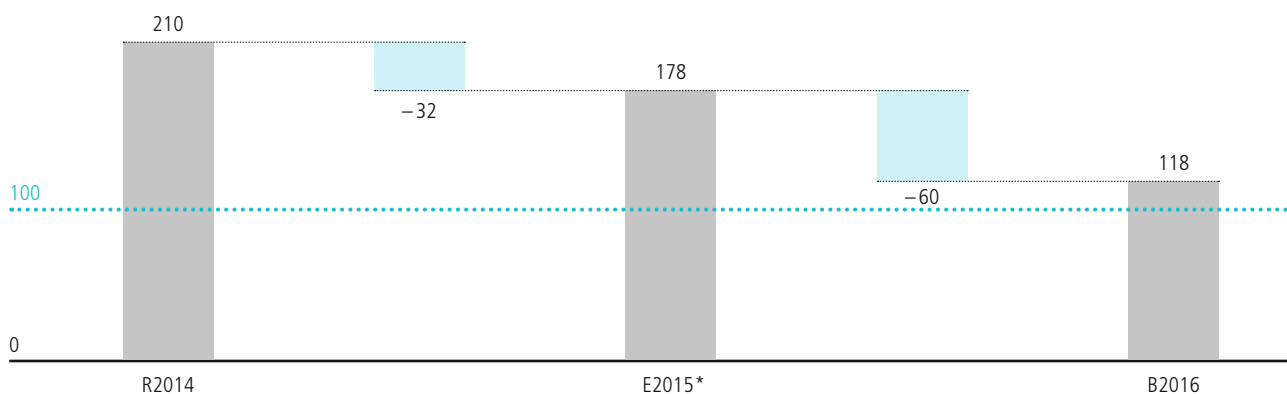
Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen zur Defizitbremse³ muss ein Aufwandüberschuss im Voranschlag der Erfolgsrechnung in einem ersten Schritt durch Massnahmen auf der Aufwandseite ausgeglichen werden. Gelingt dies nicht, wird der Fehlbetrag aus dem Eigenkapital des Kantons gedeckt, solange dessen Bestand nicht unter CHF 100 Mio. fällt. Reicht das Eigenkapital nicht aus, muss der Landrat eine auf ein Jahr befristete Steuererhöhung festlegen.

Bei der Defizitbremse handelt es sich also nicht um einen Automatismus, sondern um eine Sanktion. Die Sanktion wird nur dann in Gang gesetzt, wenn der Regierungsrat nachweisen kann, dass er zur Senkung der Aufwandseite alles in seiner Macht stehende getan hat und der Handlungsspielraum auf der Aufwandseite definitiv und vollständig ausgeschöpft ist. Erst dann kann der Landrat per Dekret eine auf maximal 5 Prozentpunkte und auf 1 Jahr befristete Steuererhöhung beschliessen, was einmalig zu Mehrerträgen von CHF 50 Mio. führt.

Aufgrund der beschriebenen Rechtslage geht der Regierungsrat davon aus, dass der Nachweis des fehlenden Handlungsspielraums auf der Aufwandseite gegenüber dem Landrat kaum, respektive nur sehr schwer zu erbringen ist. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der Landrat eine Steuererhöhung in Anwendung der vermeintlich automatischen Defizitbremse ablehnen wird. Zudem ist der Regierungsrat der Auffassung, dass eine befristete Steuererhöhung das Problem nicht löst: das Kostenwachstum geht unverändert weiter und das strukturelle Defizit wird nicht beseitigt.

Mit vollständiger Umsetzung der Strategiemassnahmen entspricht der Voranschlag 2016 den Bestimmungen zur Defizitbremse. Mit CHF 118 Mio. verbleibt das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse über der Schwelle von CHF 100 Mio. Das Minimalziel des Regierungsrats – das Verhindern, dass der Landrat eine Steuererhöhung in Anwendung der Defizitbremse beschliessen muss – wird erreicht.

Abbildung 3: Eigenkapital innerhalb Defizitbremse
in Mio. CHF

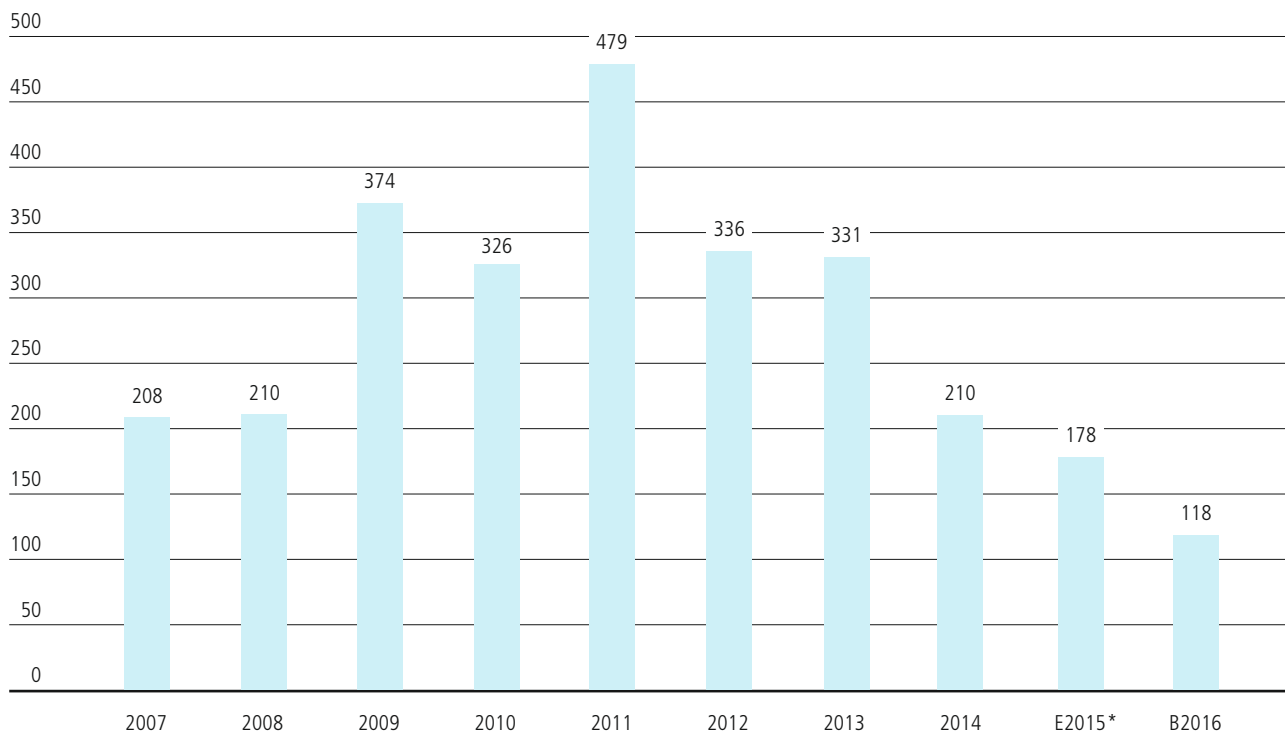


* Erwartungswert per 2. Quartal 2015

3 Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310), § 32b

Abbildung 4: Entwicklung Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse⁴

Eigenkapital innerhalb Defizitbremse, in Mio. CHF



* Erwartungswert per 2. Quartal 2015

2.5 Steuersatzerhöhung

Die vermeintlich einfachste Möglichkeit, um die finanziellen Zielsetzungen zu erreichen, wäre eine generelle Steuersatzerhöhung. Eine Steuersatzerhöhung um 10 Prozentpunkte würde jährliche Zusatzerträge im Umfang von CHF 100 Mio. generieren. Diese Zusatzerträge würden mittelfristig durch das Ausgabenwachstum wieder kompensiert und das strukturelle Defizit würde nicht beseitigt.

Der Regierungsrat will eine Steuersatzerhöhung vermeiden. Er ist der Ansicht, dass eine Steuersatzerhöhung, welche schlussendlich nur über eine Volksabstimmung betreffend Änderung des Steuergesetzes realisiert werden kann, weder im Parlament noch bei der Bevölkerung mehrheitsfähig ist. In den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Steuer-gesetzrevisionen bei den natürlichen Personen auf die Entlastung von Familien und von Personen mit tiefen Einkommen. Bei Personen mit hohem Einkommen und Vermögen ist der Kanton Basel-Landschaft bereits heute im schweizerischen Vergleich steuerlich nicht besonders attraktiv (Platz 22 von 26 bei einer Familie mit zwei Kindern ab einem Bruttoeinkommen von CHF 200'000).

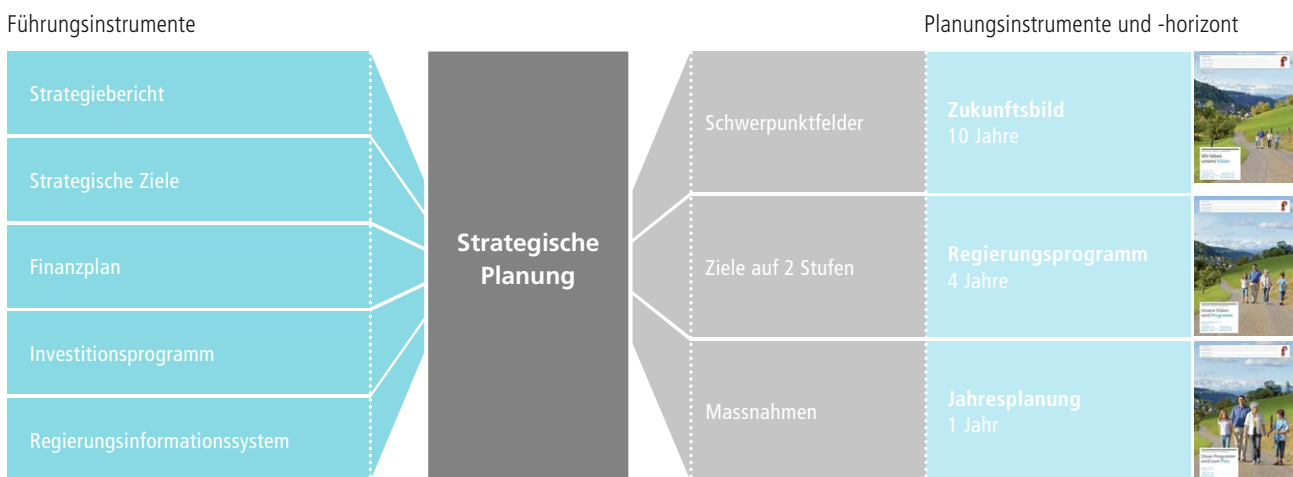
⁴ Ab 2009 wird nur noch das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse ausgewiesen. Im Abschluss 2011 erfolgte mit der bilanz-wirksamen Aufwertung infolge Neubewertung der Grundstücke im Verwaltungsvermögen (Restatement II) eine Aufstockung im Umfang von CHF 232 Mio. Das Eigenkapital im Jahr 2015 entspricht dem Erwartungswert per 2. Quartal 2015.

3. Strategische Planung

3.1 Strategische Planung

Die Legislaturperiode 2012–2015 ist erstmals mit umfassenden strategischen Vorgaben des Regierungsrates in Angriff genommen worden. Die Planungs- und Führungsinstrumente sowie das Berichtswesen sind mittlerweile etabliert und berücksichtigen die strategischen Vorgaben. Im Laufe der neuen Legislaturperiode 2016–2019 geht es vor allem darum, das Verständnis in Bezug auf die strategische Planung und Führung des Regierungsrates in den Direktionen und den Dienststellen zu festigen. Anhand der neu ausgestalteten Planungs- und Führungsprozesse soll der rote Faden, welcher die Durchgängigkeit der strategischen Planung und Führung der Regierung bis zur Umsetzung und zum Reporting in der Verwaltung sicherstellt, noch stärker verankert werden.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Planungs- und Führungsinstrumenten



Die Zusammenhänge zwischen den Planungs- und den Führungsinstrumenten sind in der Abbildung oben dargestellt:

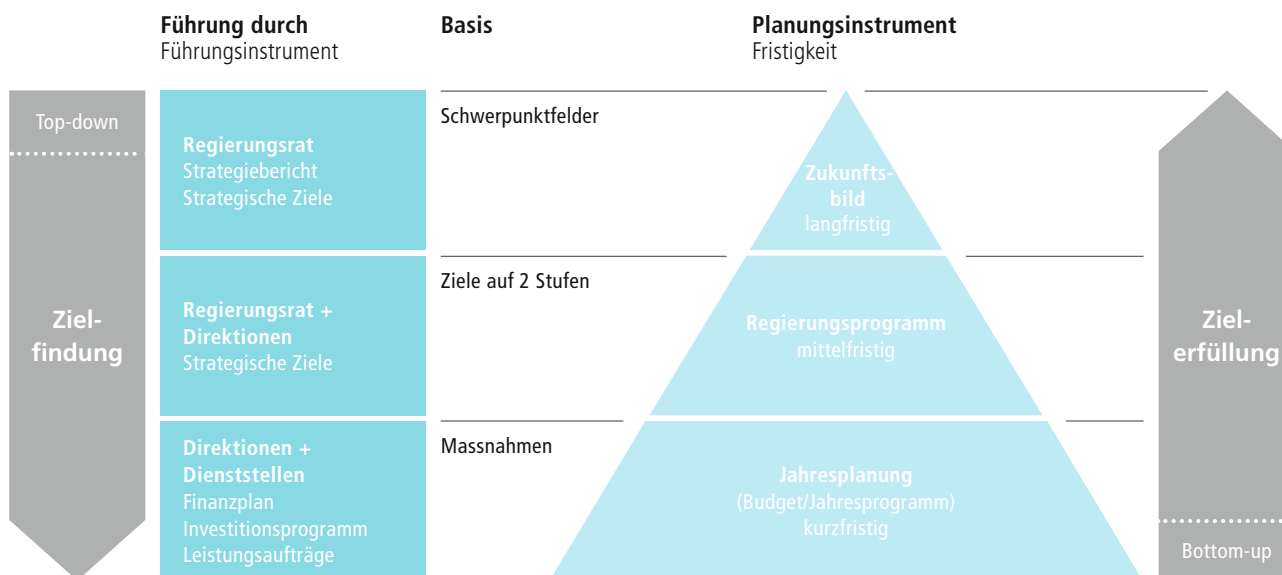
1. Das *Zukunftsbild (Unsere Vision)* markiert die oberste Planungsebene. Darin werden die drei zentralen Fragestellungen für die Zukunft des Kantons Basel-Landschaft aufgegriffen: Wie gestalten wir unsere Strukturen und die Formen der Zusammenarbeit? Wie können wir unsere Ressourcen optimal einsetzen? Wie können wir gesellschaftliche Vielfalt und Integration sowie Sicherheit gewährleisten?
2. Im *Regierungsprogramm (Unser Programm)*, das auf einen Zeitraum von vier Jahren angelegt ist, wird das Zukunftsbild in den sieben strategischen Schwerpunktfeldern verfeinert. Diese strategischen Schwerpunktfelder und die daraus abgeleiteten Legislaturziele des Regierungsrates sowie die Regierungsziele für Dienststellen bilden die inhaltliche Grundlage der Planungs- und Führungsinstrumente des Regierungsrates. Ausserdem werden strategierelevante Projekte und Massnahmen aufgelistet.
3. Die *Jahresplanung (Unsere Planung)* umfasst das Budget und das Jahresprogramm und verknüpft somit die wichtigsten geplanten Massnahmen für das kommende Jahr mit den Finanzen. Dabei stehen Massnahmen mit Bezug zur Strategie der Regierung und mit politischer Bedeutung im Blickpunkt.
4. Der *Jahresbericht (Unser Rückblick)* umfasst die Staatsrechnung und den Amtsbericht und blickt auf das vergangene Jahr zurück. Er enthält einen Bezug zur strategischen Planung des Regierungsrates. Der letzte Jahresbericht einer Legislaturperiode gibt zusätzlich Auskunft über die Umsetzung des Regierungsprogramms.

Das Konzept der strategischen Planung ermöglicht eine verstärkte Top-Down-Führung im Sinne eines Agenda-Settings bzw. eine Stärkung der Rolle des Regierungsrates bei der Zielfindung und Zielsetzung (vgl. Abbildung 6). Das Konzept basiert auf folgenden zwei Grundprinzipien:

- Der rote Faden: Über alle drei Planungsebenen (Zukunftsbild, Regierungsprogramm und Jahresplanung) und im Jahresbericht ist ein roter Faden erkennbar. Oder anders formuliert: Die Köpfe in den Direktionen und Dienststellen sind auf die Strategie des Regierungsrates ausgerichtet.

- Setzen von Prioritäten: Die Orientierung an bestimmten strategischen Schwerpunktfeldern bedeutet ausdrücklich auch eine Straffung und eine fokussierte Ausrichtung der staatlichen Tätigkeiten. Politikbereiche, die ausserhalb der strategischen Schwerpunktfelder liegen, werden aber auch in Zukunft bearbeitet. Dies trifft insbesondere auf den Vollzug von Bundesaufgaben, den Vollzug von gesetzlichen Grundlagen und den allgemeinen Service public zu.

Abbildung 6: Planungshierarchie des Kantons Basel-Landschaft



Auf das zweite Jahr der neuen Legislaturperiode wird der Kanton Basel-Landschaft seine Basis der Planungsinstrumente weiter entwickeln. Ein neuer, vier Planungsjahre umfassender Aufgaben- und Finanzplan (Budget und drei Finanzplanjahre) wird zum zentralen Planungsinstrument, welches alle relevanten Informationen über die Kantonsaufgaben und die dazu benötigten Finanzmittel transparent und vollständig ausweist. Der Aufgaben- und Finanzplan wird erstmals für die Planungsjahre 2017 bis 2020 erstellt und dem Landrat im Herbst 2016 zum Beschluss vorgelegt. Danach wird der Aufgaben- und Finanzplan jährlich rollend erstellt.

Mehr zur Strategie des Regierungsrates und zur Legislaturplanung ist auf der Internetseite des Kantons zu finden (www.baselland.ch > Regierungsrat > Strategie, Publikationen).

3.2 Schwerpunkte der Jahresplanung 2016

Umsetzung Strategiemaassnahmen

Die Umsetzung der Strategiemaassnahmen wird als prioritäres Regierungsdossier etabliert. Mit dem Budget 2016 wurde die Umsetzung gestartet. Sie wird während der kommenden Legislatur fortgesetzt. Ein stringentes Umsetzungscontrolling soll gewährleisten, dass zwischen budgetierten Strategiemaassnahmen und deren Umsetzung eine möglichst geringe Differenz resultiert.

Stärkung der finanziellen Steuerung

Die Vorlage betreffend Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und Änderung der Kantonsverfassung soll an den Landrat überwiesen werden, so dass er 2016 darüber beschliessen kann. Die Volksabstimmung über die neuen Rechtsgrundlagen ist für September 2016 vorgesehen, so dass die Reform am 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt werden kann. Bis Ende 2016 soll dem Landrat erstmals der neu konzipierte Aufgaben- und Finanzplan (AFP) für die Jahre 2017 bis 2020 zum Beschluss vorgelegt werden. Im AFP werden die Strategiemaassnahmen jährlich integriert. Die Haushaltsoptimierung wird dadurch zu einem kontinuierlichen Prozess.

Wirtschaftsoffensive und Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik

Für die aktive Mitwirkung der Bodenpolitik an der Wirtschaftsoffensive ist neben der Veräusserung von bereits vorhandenen Grundstücken insbesondere der Ankauf von Grundstücken notwendig. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Arealentwicklung und damit den strategischen Ankauf und Verkauf von Grundstücken gerichtet. Hierbei findet eine enge Zusammenarbeit des Hochbauamtes mit dem Amt für Raumplanung statt. Die Arealdatenbank der Wirtschaftsoffensive wird laufend auf dem aktuellen Stand gehalten. Daneben stehen konkrete Umsetzungsarbeiten bei einzelnen Fokus-Arealen, etwa im Dreispitz, in Birsfelden oder entlang der Ergolzachse im Vordergrund.

Förderung «Familienfreundlicher KMU im Baselbiet»

2015 wurde das Projekt «KMU im Baselbiet in Aktion – Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor» gestartet. Das Beratungsprojekt für interessierte Firmen zu Themen der Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz, welches 2012/2013 unter dem Namen «Familienfreundliche KMU im Baselbiet» mit 12 teilnehmenden Betrieben schon einmal durchgeführt und 2014 abgeschlossen wurde, geht damit in die zweite Runde. Die Firmen werden im Zuge des Projektes durch eine externe Fachstelle auf ihre Familienfreundlichkeit (flexible Arbeitszeiten, Kinderbetreuung, familienfreundliche Stellvertretungsregelungen usw.) geprüft und es wird aufgezeigt, wo es noch Verbesserungspotenzial gibt. Weiter organisiert der Fachbereich Familien Vernetzungstreffen unter den Betrieben und unterstützt die mediale Berichterstattung zu den umgesetzten Massnahmen.

Universität Basel: Fokus auf die Schwerpunkte der Strategie

In ihrer dritten Leistungsperiode seit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft wird die Universität Basel entlang der Strategie 2014–2021 ihr Angebot weiter profilieren. Schwerpunkte sind dabei vor allem die Life Sciences (Molekularbiologie, Biomedizin, Neurowissenschaften), die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung, die Bildungswissenschaften sowie die European and Global Studies.

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

2016 ist das zweite Jahr der vierten Leistungsperiode der FHNW. Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2015–2017 wurden Ende 2014 von den vier Kantonsparlamenten beschlossen. Das primäre Ziel der FHNW in dieser vierten Leistungsauftragsperiode ist die Konsolidierung des Erreichten. Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, soll die FHNW weiterhin, nach Fachbereichen differenziert, moderat wachsen können. Mittels interdisziplinärer, strategischer Themenfelder möchte sich die FHNW überdies noch stärker als Innovationstreiberin für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region Nordwestschweiz profilieren. Der Bau des Campus Muttenz der FHNW wird fortgeführt.

CSEM

Mit den Beiträgen des Kantons Basel-Landschaft kann das CSEM im Rahmen seiner disziplinenübergreifenden Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien wie Polytronics und OLED (organische Lichttechnologien) für die lokale Wirtschaft erschliessen. Auf diese Weise erarbeitet das CSEM die erforderliche Expertise und den bedeutenden Wissensvorsprung, den es für die Entwicklung von sogenannten Technologieplattformen einsetzt. Auf dieser Basis unterstützt das CSEM Baseltbieter KMU und die regionale Leitindustrie (Life Sciences) bei ihren Innovationsvorhaben. Darüber hinaus bietet das CSEM hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Kanton sowie Ausbildungsstellen für Lernende und Nachwuchsforschende. Der Landrat hat die Weiterführung der Beteiligung am CSEM Muttenz für die Jahre 2014–2018 beschlossen. Damit stellt die Beteiligung am CSEM Muttenz eine wesentliche Massnahme zur Förderung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuer Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen dar.

Förderung der höheren Berufsbildung

Im Rahmen der Förderung der höheren Berufsbildung und der Wirtschaftsoffensive wurde (in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Baselland sowie der Handelskammer beider Basel) bei den regionalen KMU sowie Industrie- und Dienstleistungsbetrieben der Fachkräftebedarf erhoben. Konkret wird es 2016 darum gehen, die wichtigsten Erkenntnisse der Studie «Förderung von Fachkräften auf allen Stufen von der Grundbildung bis zur Fachhochschule sowie verstärkte Akzentsetzung auf gewerblich-technische statt auf kaufmännische Ausbildungsgänge» in umsetzbare Projektkonzepte zu überführen.

Ausserdem ist geplant, die Höhere Fachschule für Informatik und Kommunikationstechnologie (HF ICT; die ehemalige KTSI) am Markt besser zu positionieren und die Ausbildungskapazität dem aktuellen regionalen Bedarf anzupassen. Schliesslich startet aprentas im Herbst 2015 den ersten Ausbildungsgang der neuen Höheren Fachschule Chemie (HF Chemie) auf Grundlage des Rahmenlehrplans Höhere Fachschule Technik, Fachrichtung Systemtechnik. Die HF Chemie ersetzt die bisherigen Vorbereitungskurse auf Berufs- und Höhere Fachprüfungen.

Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft: Umsetzung und Marschhalt SEK I

Die Einführung des neuen Lehrplans hat auf der Primarstufe mit dem Schuljahr 2015/2016 begonnen. Für die Sekundarstufe I soll die Umsetzung der Bildungsharmonisierung gemeinsam mit den wichtigsten Anspruchsgruppen während eines Marschhalts überprüft und entsprechend angepasst werden. Dies geschieht im Sinne einer Auslegung und der Ableitung von Entscheidungen und Konsequenzen daraus. Gleichzeitig werden der laufende Betrieb der Sekundarschulen und der Übertritt der Schülerinnen und Schüler aus der Primarstufe während der Zeit des Marschhalts mit hoher Qualität für die Schülerinnen und Schüler und mit geklärter Planungssicherheit für die Schulen sichergestellt.

Optimierung der Gesundheitsversorgung und Dämpfung der Kosten

Mit den Zielen einer optimierten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, eines Beitrags zur Dämpfung des Kostenwachstums im Bereich der Spalkosten sowie der Sicherung der universitären Medizin, und damit der Position der Life Science-Industrie in der Region, werden im 2016 gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt Strategien entwickelt. Dabei

werden mehrere Ebenen miteinbezogen. Aus Versorgungssicht geht es um eine gemeinsame Analyse, Planung und ein gemeinsames Monitoring des Gesundheitsversorgungsraumes Nordwestschweiz. Ziel ist es, für beide Kantone gemeinsame Handlungsoptionen zu entwickeln (Markt spielen lassen versus korrigierend eingreifen). Aus Beteiligungssicht sind die beiden Spitäler KSBL und USB beauftragt, die Zusammenführung in eine gemeinsame Spitalgruppe zu entwickeln. Ebenso prüfen und konzipieren die beiden Spitäler den Aufbau einer Tagesklinik für ambulante Eingriffe und Interventionen mit dem Ziel einer Verlagerung der stationären Leistungen in den ambulanten Bereich. Die Ergebnisse liegen Ende des 3. Quartals 2016 vor.

Alterung der Gesellschaft aktiv angehen

Die Regierung geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft aktiv an. Sie nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung und verfolgt eine umfassende Alters- und Seniorenpolitik. Mit Blick auf die Kostenentwicklung im Heimbereich werden zusammen mit den Gemeinden Angebote zur Pflege zu Hause und entsprechende Wohnformen gefördert. Eine wichtige Massnahme hierzu stellt die Revision des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter dar. Die Vorlage soll dem Landrat 2016 unterbreitet werden.

Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt

Die Instrumente für die Bedarfserfassung, Leistungsbemessung sowie zur Kostenermittlung sind erarbeitet. Eine vollständige Bedarfserfassung für die Personen mit Behinderung in den Wohnheimen, Tagesstätten und Werkstätten in Baselland ist durchgeführt und mit den einheitlich erfassten Kosten dieser Institutionen verbunden (Ermittlung Taxpunktwert). Die Verteilung der Kosten und Bedarfsstufen sind bis Ende 2016 in einem Bericht an den Regierungsrat ausgewiesen. Das Gesetz über die Behindertenhilfe BL/BS soll vom Landrat und allenfalls vom Volk im Laufe des Jahres 2016 beschlossen werden.

Absatz für heimische Nahrungsmittel

Die Landwirtschaft ist primär Produzentin von Nahrungsmitteln. Die Gesellschaft erwartet nachhaltig produzierte und gesunde Lebensmittel, aber auch Leistungen in der Pflege der Kulturlandschaft und der Biodiversität. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nur erbringen, wenn der primäre Auftrag gut erfüllt werden kann. Es gilt deshalb, ihr gute Rahmenbedingungen für den Absatz der Produkte zu verschaffen. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain (LZE) hat dazu das Ressort Markt verstärkt und wird im 2016 diese Stärkung weiter umsetzen. Dies geschieht durch die Unterstützung von Marketing- und weiteren Absatzmassnahmen landwirtschaftlicher Organisationen. Gleichzeitig beteiligt sich das LZE in der Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft (Agrarpolitik) 2018+, womit die Förderung der Produktion und Vermarktung verstärkt und die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden sollen.

Baselbieter Spezialkulturen

Das Programm Baselbieter Spezialkulturen wurde 2015 gestartet und wird 2016 mitten in der Umsetzung sein. Ziel ist die Förderung wertschöpfungsstarker Kulturen wie Obst, Wein, Gemüse, Beeren, Kräuter etc. Im Zentrum des Programms steht die unternehmerische Professionalisierung im Anbau. Das Programm ist als flankierendes Element der Wirtschaftsförderung im primären Sektor zu betrachten. Die Beteiligung des Privatsektors (Public Private Partnership) wird ausgebaut.

Minimierung des Schadenpotenzials durch Hochwasserschutz/Biodiversität

Bei der Realisierung des Ufer- und des Hochwasserschutzes sind sowohl ökologische als auch ortsplanerische Anliegen zu berücksichtigen. Mit einer vorausschauenden Gewässerunterhaltsplanung wird eine Priorisierung ermöglicht, die mit den zugesprochenen Ressourcen einen möglichst nachhaltigen Werterhalt der Schutzbauten sicherstellt. Es wird versucht, mit Revitalisierungen in Kombination mit dem Hochwasserschutz einen aktiven Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume zu leisten. Sowohl bei der Gewässerplanung als auch beim Gewässerunterhalt wird der Förderung der Biodiversität in hohem Masse Rechnung getragen.

Anzahl Einbrüche soll unter 2'000 jährlich bleiben

Im Bereich der Kriminalität ist die Bekämpfung der Einbruchskriminalität die grösste Herausforderung für die Polizei Basel-Landschaft. Die erstmals 2014/2015 erfolgreich gefahrene Aktion Ladro sowie die neu eingesetzten technischen Einsatzmittel sollen auch im 2015/2016 eingesetzt werden. Dabei gilt es, die gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der Dämmerungseinbrüche 2014/2015 in neue Aktionen einzubeziehen, um so die Einbruchszahlen unter 2'000 halten zu können.

Weitere Senkung bei den Strassenverkehrsunfällen

Die Anzahl Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden liegt im Vergleich zum Durchschnitt der letzten fünf Jahre bei -3%. In den letzten Jahren konnte eine stete Reduktion der Anzahl von Verkehrsunfällen mit Personenschäden verzeichnet werden. Dieser Erfolg basiert unter anderem auf entsprechenden Kontrollen im Bereich der häufigsten Unfallursachen, namentlich Geschwindigkeitsverhalten, Unaufmerksamkeit und Zustand der Lenkenden. Die Polizei wird ihre Anstrengungen insbesondere im präventiven Bereich entschieden fortsetzen, um die Anzahl der Verkehrsunfälle weiter zu verringern.

Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Rahmen der verschiedenen Projekte zur Erneuerung/Werterhaltung der Kantonsstrassen und dem Ausbau der kantonalen Radrouten wird hoher Wert gelegt auf eine optimale Verknüpfung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit anderen Verkehrsträgern. Es wird immer geprüft, ob die Haltestelle noch am richtigen Ort liegt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen in Sissach (dem Ausbau der Güterstrasse zur Kantonsstrasse) wird zum Beispiel eine Bushaltestelle den Bedürfnissen entsprechend verlegt.

Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich – durch eine konsequente Bevorzugung des ÖV an Lichtsignalanlagen oder durch Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen – die Fahrplan-Stabilität des Busangebotes aufrechtzuerhalten. Bei den infrastrukturellen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und das Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit: WB: Haltestellen und Doppelspurinseln; BLT 10: Doppelspur Spiesshöfli; BLT 10: Projektierung Margarethenstich (Federführung Kanton Basel-Stadt).

Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des Agglomerationsprogrammes sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Die Projekte im Agglomerationsprogramm Basel werden prioritär vorangetrieben wie zum Beispiel Salina Raurica (Verlegung der Kantonsstrasse, 2. Generation, A-Liste). Für die Projekte des Agglomerationsprogrammes 1. Generation mit Realisierungsbeginn 2015/2016 (Bundesbeiträge bis zu 40 %) wird die Ausführung vorbereitet (Allschwil, Sanierung Baslerstrasse).

Stärkung der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen erfolgt im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz, welche die regionale Zusammenarbeit aus einer integrierten Gesamtsicht koordiniert und weiterentwickelt. Im Vordergrund stehen die Prüfung von Möglichkeiten zur systematischen Identifizierung und Umsetzung von Kooperationspotenzialen und die Sicherstellung der Transparenz und des Einbezugs aller Nordwestschweizer Kantone in die Strukturen. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegt der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit in Projekten und der Konsolidierung der Strukturen. Die Vertiefung der bikantonalen Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgt im Rahmen der Partnerschaftsgefässe.

E-Government und neuer Internetauftritt als Visitenkarte

IT-gestützte Auftritte der Kantone sind heute eine Visitenkarte ihrer Träger und ebenso ein Erfordernis der Zeit hinsichtlich Information und Geschäftserledigung. Im Zeitalter von Facebook, WhatsApp, E-Banking und E-Payment wollen immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Information über die Angebote und Leistungen des Staates via Internet abrufen und ihre Geschäfte mit dem Staat ebenso elektronisch erledigen, wie sie dies vom Onlineshopping und Internetbanking her kennen. Damit ist auch die Verwaltung des Kantons Basel Landschaft gefordert, ihr Angebot in diesem Bereich laufend zu erneuern und zu erweitern. 2016 soll ein wichtiges Jahr in der Umsetzung der Kommunikation wie der Auftragsbearbeitung über das Internet werden. Die Landeskanzlei strebt an, 2016 eine rundum erneuerte Homepage des Kantons aufzuschalten. Parallel dazu und gewissermassen auch als eine Anwendung des neuen Internetauftritts wird das Projekt E-Government vehement vorangetrieben. Das bereits bestehende Angebot soll erweitert, dessen Auffindbarkeit deutlich verbessert werden.

Zukunftsstrategie Gleichstellung 2016–2019

Auf der Grundlage des Gleichstellungsberichts entwickelt die Fachstelle in Zusammenarbeit mit den Direktionen die gleichstellungspolitischen Schwerpunkte und Massnahmen 2016–2019. Priorisiert werden zudem Handlungsempfehlungen aus dem Demografie- und Armutsbericht und weitere Massnahmen, unter anderem zur Öffnung der Berufswahl, zur Verhinderung von Diskriminierung im Pflegebereich und zum Abbau von Lohnungleichheiten.

Umsetzung des Jugendsportkonzeptes

Die Schwerpunkte liegen im Ausbau des freiwilligen Schulsports und in der Weiterbildung der Lehrpersonen, die Sport unterrichten. Der freiwillige Schulsport auf der Primarstufe wird mit Unterstützung der Standortgemeinden ausgebaut und in weiteren Gemeinden mit Angeboten gestartet. Die Qualität der Angebote wird durch anerkannte Leitende sowie durch die Begleitung des Sportamtes sichergestellt. Sportunterricht erteilende Lehrpersonen werden auf der eigenen Schulsportanlage, abgestimmt auf ihre Bedürfnisse, gezielt weitergebildet.

4 Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Der Frankenschock sowie die überraschend schwache Entwicklung wichtiger Handelspartner haben die Schweizer Wirtschaft im ersten Halbjahr 2015 ausgebremst. In den kommenden Quartalen dürfte sich die Konjunkturlage jedoch allmählich wieder aufhellen und die Schweizer Wirtschaft wieder an Schwung gewinnen. Eine Wachstumsstütze bleibt dabei der private Konsum infolge Zuwanderung, niedriger Zinsen und sinkender Preise. Des Weiteren sind Impulse von der zunehmenden Belebung der Industriestaaten sowie eine allmähliche Abwertung des Frankens zu erwarten. Für das Gesamtjahr 2015 rechnet BAK Basel mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von +0.6%. Für das Budgetjahr 2016 wird ein höheres BIP-Wachstum von +1.5% erwartet. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit allmählich in Richtung 3.6 Prozent an.

Mit der Aufhebung des Mindestkurses zum Euro durch die SNB stehen der kantonalen Wirtschaft schwere Zeiten bevor. Die Baselbieter Wirtschaft ist mit den wichtigen Exportindustrien Chemie/Pharma sowie Investitionsgüter stärker mit dem Ausland verknüpft als andere Kantone. Zudem ist die Abhängigkeit insbesondere von Deutschland grösser als in der übrigen Schweiz. Darüber hinaus sind einige Branchen des Kantons durch die Nähe zur Grenze stärker dem ausländischen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Neben dem Detailhandel und dem Gastgewerbe ist hier insbesondere die Branche «Handel und Reparatur von Motorfahrzeugen» zu nennen. Für die gesamte Baselbieter Wirtschaft erwartet BAK Basel im Jahr 2015 noch eine Zunahme des BIP um +0.6%. Für das Budgetjahr 2016 wird ein BIP-Wachstum im Bereich des Gesamtschweizerischen Mittels von +1.6% erwartet.

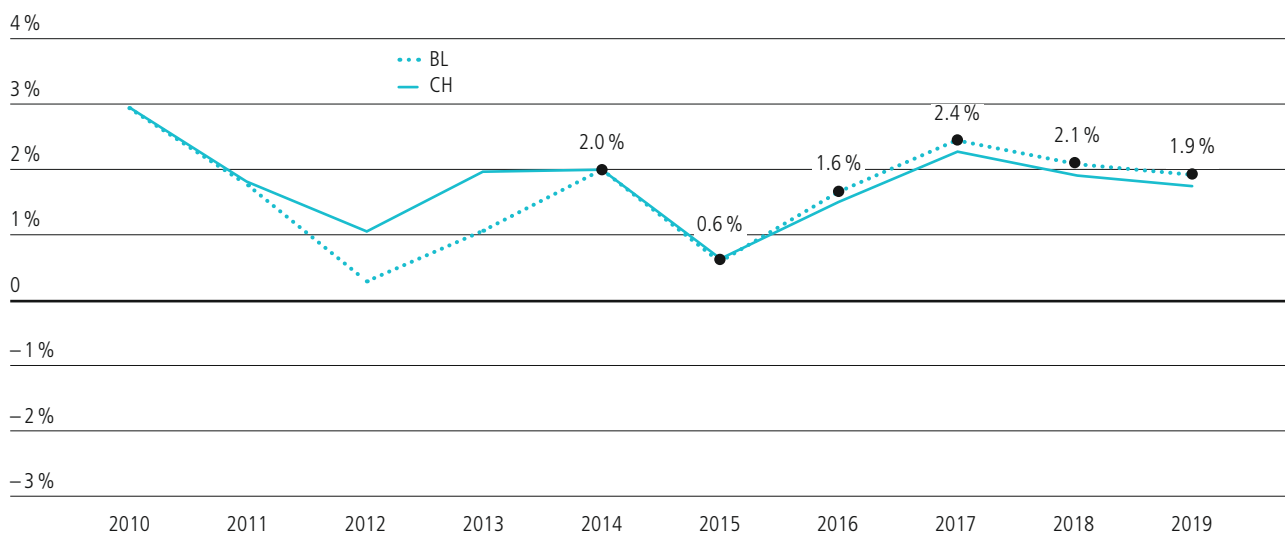
Tabelle 6: Volkswirtschaftliche Eckwerte (Stand Juli 2015)

in %	2015	2016	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt CH real	0.6	1.5	2.3	1.9	1.7
Bruttoinlandsprodukt BL real	0.6	1.6	2.4	2.1	1.9
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	-1.2	-0.1	0.3	0.9	1.4
Arbeitslosenquote	3.3	3.6	3.4	3.1	3.0
Langfristige Zinsen (Kapitalmarkt)	0.1	0.5	1.2	1.6	2.0
Kurzfristige Zinsen (Geldmarkt)	-0.2	0.0	0.1	0.6	1.4

Quelle: BAKBASEL

Abbildung 7: Prognosen BIP real (Stand Juli 2015)

Quelle: BAKBASEL



5. Einfluss der Bundespolitik

5.1 Finanzpolitik

Gemäss Hochrechnung per Ende Juni 2015 rechnet der Bund für das laufende Jahr 2015 mit einem Überschuss von CHF 0.9 Mrd. im ordentlichen Haushalt. Budgetiert war ein Überschuss von CHF 0.4 Mrd. Das eidgenössische Finanzdepartement erwartet zwar erhebliche Mindereinnahmen (CHF -1.5 Mrd.), dank umfangreicher Kreditreste (CHF 2.7 Mrd.) dürfte der Haushalt aber trotzdem besser abschliessen als budgetiert. Auf der Einnahmenseite weisen die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer die grössten negativen Abweichungen auf. Ausgabenseitig entfallen demgegenüber die höchsten Kreditreste auf die Passivzinsen und auf einnahmenabhängige Zahlungen des Bundes. Unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen im Umfang von CHF 0.3 Mrd. resultiert 2015 ein geschätztes positives Finanzierungsergebnis von CHF 1.2 Mrd.

Für das Jahr 2016 sieht der Bundesrat ein Defizit von CHF 0.4 Mrd. vor. Trotz Nullwachstum bei den Ausgaben muss aufgrund der nach unten korrigierten Einnahmenschätzungen bei der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer ein negatives Finanzierungsergebnis eingeplant werden. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden eingehalten, der strukturelle Überschuss beträgt rund CHF 200 Mio. Um auch in den Finanzplanjahren 2017–2019 die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können, erachtet das Eidgenössische Finanzdepartement weitere Sparanstrengungen als notwendig. Zwar hat der Bundesrat den Legislaturfinanzplan 2017–2019, der erst im Januar 2016 zu verabschieden ist, noch nicht abschliessend bereinigt. Er hat aber beschlossen, im Herbst 2015 eine Vernehmlassung zu einem Stabilisierungsprogramm 2017–2019 zu eröffnen, mit welchem der Haushalt ausgabenseitig um bis zu einer Milliarde Franken entlastet werden soll.

5.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

Im Juni 2015 hat die Eidgenössische Finanzverwaltung die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2016 ermittelt. Zentrale Steuerungsgrösse im Finanzausgleich ist der Ressourcenindex. Dieser ist für den Kanton Basel-Landschaft von 100.1 auf 97.6 gesunken. Damit wechselt der Kanton wieder zur Gruppe der ressourcenschwachen Kantone, welche nun 19 Kantone umfasst. Seit der Einführung des neuen Finanzausgleichs (im Jahr 2008) ist es erst das dritte Mal, dass der Kanton Basel-Landschaft als ressourcenschwach klassifiziert wird (nach 2011 und 2013). Zwar weist der Kanton Basel-Landschaft ein Wachstum des Ressourcenpotenzials aus (+2.5%), dies entspricht aber dem zweitgeringsten Wachstum aller Kantone (vor dem Kanton Schaffhausen). Das grösste Wachstum verzeichnet der Kanton Nidwalden (+16.5%), gefolgt von den Kantonen Obwalden und Luzern. Im Kanton Basel-Landschaft basiert das Ressourcenpotenzial im Wesentlichen auf den massgebenden Einkommen der natürlichen Personen und den massgebenden Gewinnen juristischer Personen. Der Ressourcenindex 2016 basiert auf den Bemessungsjahren 2010 bis 2012 und spiegelt die wirtschaftliche Situation in diesen Jahren wider. Ressourcenstärkster Kanton bleibt Zug, ressourcenschwächster Kanton wird der Jura.

Unter Berücksichtigung des Härteausgleichs (CHF 4.1 Mio.; wird ab 2016 jährlich um fünf Prozent abgebaut) ergibt sich mit dem Ressourcenausgleich (CHF -8.2 Mio.) eine Ausgleichszahlung zugunsten des Kantons Basel-Landschaft von CHF -4.1 Mio., resp. CHF -15 pro Einwohner. Somit ist der Gesamtaufwand für den Kanton im Vergleich zum Vorjahr um CHF -9.1 Mio. zurückgegangen. Absolut betrachtet bleibt der Kanton Zürich mit CHF 442 Mio. grösster Geberkanton und der Kanton Bern bleibt mit CHF 1'265 Mio. grösster Nehmerkanton.

6. Kantonale Rahmenbedingungen

6.1 Kantonaler Finanzausgleich

Der Finanzausgleich besteht aus den folgenden vier Elementen: horizontaler Finanzausgleich, Sonderlastenabgeltung, Zusatzbeiträge und Einzelbeiträge. Der horizontale Finanzausgleich, sowie die Zusatz- und Einzelbeiträge werden von den Gemeinden selbst alimentiert und haben daher keinen Einfluss auf die Kantonsfinanzen. Die Sonderlastenabgeltungen werden vom Kanton an Gemeinden mit überdurchschnittlichen Lasten in den Bereichen Bildung, Sozialhilfe und Nicht-Siedlungsfläche ausgerichtet.

Am 21. April 2015 hat der Regierungsrat dem Landrat eine Vorlage zur Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes überwiesen. Geplant ist das Inkrafttreten dieser Revision per Finanzausgleich 2016. Es sind folgende Anpassungen vorgesehen:

1. Abschaffung der Zusatzbeiträge, weil diese einen Fehlanreiz beinhalten. Die Abschaffung erfolgt aber nicht ersatzlos (siehe Punkt 5).

2. Verbesserungen am Ressourcenausgleich: Bei den Gebergemeinden wird die Grenzabschöpfung auf 60% (statt heute 80%) und der Abschöpfungssatz in Bezug auf die Steuerkraft auf 15% (heute vom Bedarf der Empfängergemeinden abhängig) fixiert. Bei den Empfängergemeinden wird der Ressourcenausgleich entsprechend gekürzt. Zudem werden Empfängergemeinden mit unterdurchschnittlichem Steuerfuss nicht mehr bestraft.
3. Abschaffung der kumulierten Sonderlastenabgeltung, weil diese zu keiner besseren Verteilung führt und zudem intransparent ist.
4. Verbesserung der bestehenden Lastenabgeltung Bildung: Dadurch werden die bestehenden Gelder besser gemäss den Lasten der einzelnen Gemeinden verteilt.
5. Ausbau der Lastenabgeltung Bildung: Ländliche Gemeinden erhalten wegen den geographisch bedingten Mehrkosten in der Bildung eine zusätzliche Lastenabgeltung.
6. Topflösung für die Lastenabgeltung: Die vom Kanton jährlich auszurichtenden Lastenabgeltungen werden in Franken fixiert.
7. Übergangsbeiträge: Diese sind zeitlich begrenzt und dienen zur Abfederung des Übergangs aufs neue System.

Die Kantonsfinanzen sind lediglich vom Punkt 6 (Sonderlastenabgeltung) betroffen. In den letzten fünf Jahren betragen die Sonderlastenabgeltungen zwischen CHF 22.3 Mio. und CHF 23.6 Mio. Dieser Betrag soll ab dem Jahr 2016 auf CHF 22.7 Mio. fixiert werden.

6.2 Neuregelung der EL-Kostenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden

6.2.1 EL-Kostenaufteilung

Zusammen mit dem Finanzausgleich wird auch der Gemeindeanteil an die Ergänzungsleistungen sowie die Kompensationsleistung für Aufgabenverschiebungen verfügt. Diese beiden Zahlungen sind Folge der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Bei den Ergänzungsleistungen bezahlen die Gemeinden bis anhin 32% des kantonalen Nettoaufwands des Vorjahres. Am 1. September 2015 hat der Regierungsrat eine Vorlage an den Landrat überwiesen, welche diesen pauschalen Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden per 2016 aufheben will. Neu sollen die Gemeinden die Ergänzungsleistungen im Bereich Alter und der Kanton die Ergänzungsleistungen im Bereich Invalidität tragen. Dadurch bezahlen der Kanton und die Gemeinden die Ergänzungsleistungen in demjenigen Bereich, in welchem sie auch ansonsten zuständig sind. Somit wird die fiskalische Äquivalenz sowohl auf der Kantons- als auch auf der Gemeindeebene hergestellt. Diese Neuaufteilung der Ergänzungsleistungsfinanzierung hat den grossen Vorteil, dass Kostendämpfungsmaßnahmen zu 100% derjenigen Staatsebene zugutekommen, welche diese Massnahmen in ihrem Bereich eingeleitet hat. Kurzfristig werden damit keine Kosten gespart, sondern diese werden nur anders finanziert. Mittel- bis langfristig hat die Herstellung der fiskalischen Äquivalenz aber zur Folge, dass Kosten eingespart werden, da die finanzielle Steuerung besser wahrgenommen werden kann.

Die Kompensationsleistungen werden ausgerichtet für Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden: Diejenige Staatsebene, welche eine Aufgabe von der anderen Staatsebene übernimmt, erhält dafür eine Kompensation. Weil gemäss der oben erwähnten Landratsvorlage zur Anpassung des Ergänzungsleistungsgesetzes die ab dem Jahr 2016 von den Gemeinden zu tragenden Ergänzungsleistungen grösser sind als deren heutiger Anteil, wird der Kanton den Gemeinden nach der gängigen Praxis bei Aufgabenverschiebungen die jährlichen Mehrkosten im Umfang von CHF 14.3 Mio. kompensieren.

6.2.2 Verzicht auf Rückerstattung Pflegenormkosten

Wegen den Pflegerestkosten, welche die Gemeinden seit dem Jahr 2011 bezahlen müssen, ist es zu einer Entlastung der Ergänzungsleistungen gekommen, von welcher die Gemeinden nach geltendem Verteilschlüssel zu 32% und der Kanton zu 68% profitieren. Die Gemeinden verlangen daher vom Kanton eine Kompensation im Umfang der Kantonsentlastung. Bei der Vernehmlassung der erwähnten Vorlage war noch vorgesehen, dass der Kanton den Gemeinden seine seit dem Jahr 2011 aufgelaufene Einsparung von CHF 30 Mio. vergütet. Unterdessen hat sich die Finanzlage des Kantons deutlich verschlechtert. Der Regierungsrat hat im Rahmen der Finanzstrategie 2016–2019 einschneidende Strategiemassnahmen beschlossen, darunter auch, den Gemeinden die besagten CHF 30 Mio. nicht auszuzahlen. Aus der erwähnten Landratsvorlage wurde daher der entsprechende Passus gestrichen. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass dieser Entscheid bei den Gemeinden auf Ablehnung stossen wird. Die Finanzstrategie 2016–2019 des Kantons sieht aber vor, dass der Verzicht auf die Rückerstattung der Kantonsentlastung bei der EL bereits innerhalb von weniger als zwei Jahren mittels folgenden Strategiemassnahmen, welche auf die Gemeinden entlastend wirken,

kompensiert wird: Begrenzung Fahrkostenabzug (jährlich CHF 6 Mio. Mehrertrag), Einführung eines Selbstbehaltes beim Abzug für Krankheitskosten (jährlich CHF 9 Mio. Mehrertrag), Erhöhung des Vermögensverzehr bei den Ergänzungsleistungen (jährlich CHF 2 Mio. Aufwandminderung) und Lohnkürzung bei den Löhnen der Lehrpersonen um 1% (jährliche CHF 2 Mio. Aufwandminderung). Diese Massnahmen wirken zudem nachhaltig weiter.

6.3 Inhaltliche und strukturelle Stärkung der Gemeinden

Für die Stärkung der Gemeinden hat der Regierungsrat am 10. Februar 2015 das Projekt Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden beschlossen und dazu ein Projektteam eingesetzt. Dieses wird vom Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion geleitet und umfasst Mitarbeiter der FKD, die Generalsekretäre der VGD, der BUD, der SID und der BKSD, die Verbandsspitze des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) sowie sechs Gemeindevertreterinnen und -vertreter.

Eine Aufgabenteilung, oder besser, eine Aufgabenzuordnung auf die beiden Staatsebenen Kanton und Gemeinde erfolgt idealerweise nach den drei Prinzipien der Subsidiarität, der Gemeindeautonomie und der fiskalischen Äquivalenz.

Subsidiarität: Öffentliche Aufgaben sind bürgernah zu regeln und damit primär der unteren Ebene zuzuordnen. Erst wenn klar ist, dass die untere Ebene mit einer Aufgabe fachlich, strukturell oder finanziell überfordert ist, ist diese gemäss dem Subsidiaritätsprinzip der oberen Ebene zuzuordnen.

Gemeindeautonomie und Variabilität: Für die Aufgaben, die die Gemeinden zu erfüllen haben, sollen diese den grösstmöglichen Regelungs- und Vollzugsfreiraum erhalten (Gemeindeautonomie), damit sie die Aufgaben ihren Eigenheiten und ihren Bedürfnissen gemäss wahrnehmen können (Variabilität) und damit nicht zwingend kantonseinheitlich durchführen müssen.

Fiskalische Äquivalenz: Mit den Aufgaben, die den Gemeinden zugeordnet werden, sollen ihnen auch die dazu notwendigen Kompetenzen und Finanzen zugeordnet werden.

Die bis jetzt erfolgten Arbeiten des Projektteams haben gezeigt, dass es beim Aufgabenteilungsprojekt eher nicht um eine Aufgabenteilung im engeren Sinne, d.h. um eine grundsätzliche Verschiebung von kantonalen Aufgabenbereichen hin zu den Gemeinden gehen kann. Vielmehr muss es in Anbetracht der immer wieder feststellbaren Neigung der Politik, bisher kommunale Aufgaben dem Kanton zu übertragen, darum gehen, drohende Kantonalisierungen von bisher kommunalen Aufgaben (z.B. Primarschule, Sozialhilfe) abzuwehren und den Status quo der heutigen Aufgabenteilung grundsätzlich zu bewahren. Zudem gilt als Erfahrungstatsache, dass staatliche Aufgaben nicht nur auf der Kantonsebene, sondern auch auf der Gemeindeebene kontinuierlich qualitativ wie quantitativ wachsen und dies dazu verleitet, kommunale Aufgaben auf die Kantonsebene zu verschieben.

Um diese Tendenz abzuwehren, müssen die Gemeinden befähigt werden, ihre Aufgaben effektiver und effizienter nach ihren individuellen Gemeindegegebenheiten lösen zu können. Dazu muss zum einen die Gemeindeautonomie und -variabilität aufgabenspezifisch im Sinne der inhaltlichen Stärkung ausgebaut werden und zum anderen muss die bisher schon praktizierte Gemeindezusammenarbeit im Sinne der strukturellen Stärkung auf eine regionale Gemeindezusammenarbeit ausgedehnt werden.

Für die *inhaltliche Stärkung* der Gemeinden hat das Projektteam fünf Gesetzgebungen identifiziert, die grosses Stärkungspotenzial der Gemeinden aufweisen:

1. Wasserversorgung
2. Raumplanung
3. Bildung
4. Sozialhilfe
5. Betreuung und Pflege im Alter

Diese fünf Bereiche sollen nun detailliert daraufhin untersucht werden, die Gemeindeaufgaben mit mehr kommunalem Gestaltungsfreiraum in materieller, finanzieller und formeller Hinsicht auszustatten. Sodann sollen die Resultate mit entsprechenden Gesetzesrevisionen umgesetzt werden.

Die strukturelle Stärkung der Gemeinden soll durch das neue Gemeindestrukturengesetz erfolgen. Aus der Erkenntnis, dass die Gemeinden die heutigen und die zukünftigen Herausforderungen verstärkt gemeinsam angehen müssen, stellt das neue Gesetz die dazu notwendigen Formen für die vermehrte interkommunale und neu für die regionale Zusammenarbeit zur Verfügung.

Neu sollen die Regionalkonferenzen, sechs oder sieben an der Zahl, die aus den Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten einer sich selbst findenden Region zusammengesetzt sind, die regionale Zusammenarbeit unter den Gemeinden befördern. Die Regionalkonferenzen haben keine hoheitliche Funktion und bilden also keine vierte Staatsebene. Vielmehr sollen die beteiligten Gemeinden in diesem Rahmen eruieren und diskutieren, wie und wo sie ihre Zusammenarbeit arrondieren, koordinieren und schliesslich intensivieren können. Die eigentliche Zusammenarbeit erfolgt dann in den klassischen Formen der Gemeindeverbände und der Zweckverbände. Basis der Regionalkonferenzen ist der Regionalvertrag, der der Zustimmung der Gemeindeversammlungen und Einwohnerräte der beteiligten Gemeinden bedarf. Jede Regionalkonferenz hat eine Geschäftsstelle.

Neben der Effizienzsteigerung für die Gemeinden ermöglicht die verstärkte Zusammenarbeit auch, dass der Kanton vermehrt kantonale Aufgaben den zusammenarbeitenden Gemeinden übertragen und so den Zentralismus stoppen und eventuell sogar abbauen kann.

Der Gesetzesentwurf hat in der Vernehmlassung Ende 2014 grossmehrheitlich eine gute Aufnahme gefunden, dies insbesondere beim Verband Basellandschaftlicher Gemeinden und bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Gemeinden, dies nicht zuletzt auch bei den nachfolgenden vier dezentralen Informationsveranstaltungen («Tour Siebedupf»). Die Gesetzesvorlage wird nach den Herbstferien dem Landrat zugeleitet.

7 Der Voranschlag im Überblick

7.1 Kennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushaltes kann anhand von ausgewählten Finanzkennzahlen (Definition siehe Anhang, Kapitel 8) beurteilt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Volkseinkommen auf regelmässig aktualisierten Prognosewerten basiert (BAK Basel, Juli 2015). Bei den Kennzahlen können sich deshalb von Jahr zu Jahr kleine Veränderungen ergeben. Dies betrifft die beiden Kennzahlen Staats- und Steuerquote.

Am 25. Januar 2013 genehmigte die FDK (Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren) in ihrer Plenarversammlung unter anderem die revidierte HRM2-Fachempfehlung Nr. 18 über die Finanzkennzahlen, da die Fassung aus dem Jahr 2008 Fehler und Lücken aufwies. Die Kennzahlen in Tabelle 7 wurden gemäss den aktualisierten Definitionen berechnet. Gegenüber den Vorjahren können sich daher leichte Veränderungen ergeben.

Tabelle 7 gibt einen Überblick über die Kennzahlen, deren Entwicklung im Vergleich zum Budget 2015 nachfolgend kurz beschrieben wird:

Tabelle 7: Finanzkennzahlen

Finanzkennzahlen	2011 Rechnung	2012 Rechnung	2013 Rechnung	2014 Rechnung	2015 Budget	2016 Budget
Staatsquote	18.8%	14.7%	15.1%	14.6%	15.1%	15.0%
Steuerquote	9.2%	9.2%	9.1%	9.2%	9.5%	9.3%
Selbstfinanzierungsgrad	0.2%	-90.2%	-8.0%	-601.5%	22.1%	10.1%
Kapitaldienstanteil	3.1%	3.0%	3.2%	3.0%	4.3%	3.9%
Zinsbelastungsanteil	0.3%	0.5%	0.3%	0.3%	1.4%	1.0%
Investitionsanteil	13.9%	7.5%	11.4%	5.3%	9.1%	8.7%
Transferanteil	37.8%	56.1%	55.3%	59.0%	58.9%	59.4%
Nettoverschuldungsquotient	87.8%	97.9%	92.3%	168.8%	171.9%	186.3%
Nettoschuld I in TCHF	1'329'620	1'526'425	1'458'029	2'730'862	2'901'624	3'093'133
Nettoschuld I in TCHF / Einwohner	4.80	5.49	5.21	9.66	10.19	10.78

Die *Staatsquote* ist definiert als konsolidierter Gesamtaufwand im Verhältnis zum Volkseinkommen. Da der konsolidierte Gesamtaufwand abnimmt während das Volkseinkommen noch leicht wächst, resultiert bei der Staatsquote eine Abnahme von 0.1 Prozentpunkten.

Die *Steuerquote* ist definiert als Fiskalertrag im Verhältnis zum Volkseinkommen. Für das Budgetjahr 2016 werden im Vergleich zum Jahr 2015 annähernd CHF 28 Mio. weniger Steuererträge erwartet. Bei gleichzeitig wachsendem Volkseinkommen führt dies zu einer Abnahme der Steuerquote um 0.2 Prozentpunkte.

Gemessen an den HRM2-Richtwerten, die nach Konjunkturlage differenziert sind (Aufschwung: 50% – 80%, Normalfall: 80% – 100%, Hochkonjunktur: >100%) ist der *Selbstfinanzierungsgrad* von 10.1% nach wie vor als ungenügend zu bezeichnen. Der Kanton kann seine Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren.

Der *Kapitaldienstanteil* nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 0.4 Prozentpunkte ab. Die Kennzahl ist ein Mass für die Belastung des Haushalts durch die Kapitalkosten. Gemessen an den HRM2-Richtwerten ist diese Belastung mit 3.9% als gering einzustufen. Die Abnahme ist vorwiegend auf den sinkenden Zinsaufwand zurückzuführen.

geringe Belastung: <5%	tragbare Belastung: 5% – 15%	hohe Belastung: 15%
------------------------	------------------------------	---------------------

Da sich der Zinsertrag nur leicht über dem Vorjahresniveau bewegt, ist der tiefere Zinsaufwand für die Abnahme des Nettozinsaufwands verantwortlich. Durch den rückläufigen Nettozinsaufwand resultiert ein Rückgang des *Zinsbelastungsanteils* um 0.4 Prozentpunkte auf 1.0%. Die Kennzahl besagt, welcher Anteil des «verfügbaren Einkommens» durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert desto grösser der Handlungsspielraum. Gemessen an den HRM2-Richtwerten ist der aktuelle Wert dieser Kennzahl als gut einzustufen.

gut: 0% – 4%	genügend: 4% – 9%	schlecht: >9%
--------------	-------------------	---------------

Der *Investitionsanteil* ist definiert als Bruttoinvestitionen in Prozent der Gesamtausgaben. Er verringert sich um rund 0.4 Prozentpunkte auf 8.7%, da die Bruttoinvestitionen proportional stärker abnehmen als die Gesamtausgaben. Die Kennzahl zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen. Gemessen an den HRM2-Richtwerten weist der aktuelle Wert auf eine schwache Investitionstätigkeit hin.

schwach: <10%	mittel: 10% – 20%	stark: 20% – 30%	sehr stark: >30%
---------------	-------------------	------------------	------------------

Der *Transferanteil* steigt um 0.5 Prozentpunkte auf 59.4%. Das heisst, der Anteil der Transferausgaben bezogen auf den konsolidierten Gesamtaufwand ist grösser geworden.

Der *Nettoverschuldungsquotient* gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wie viele Jahrestranchen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen. Die Zunahme von 171.9% auf 186.3% ist darauf zurückzuführen, dass die Nettoschuld I (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) ansteigt während gleichzeitig die Fiskalerträge abnehmen. Gemessen an den HRM2-Richtwerten ist der aktuelle Wert der Kennzahl als schlecht einzustufen.

gut: <100%	genügend: 100% – 150%	schlecht: >150%
------------	-----------------------	-----------------

Die Zunahme der *Nettoschuld I* führt trotz unterstelltem Bevölkerungswachstum zu einer Zunahme der *Nettoschuld I in CHF / Einwohner* auf CHF 10'780. Gleichzeitig wird aber im HRM2 dieser Kennzahl nur eine beschränkte Aussagekraft gebilligt, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt⁵. HRM2 gibt folgende Richtwerte vor:

gering: CHF 0 – 1'000	mittel: CHF 1'001 – 2'500	hoch: CHF 2'501 – 5'000	sehr hoch: >CHF 5'000
-----------------------	---------------------------	-------------------------	-----------------------

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand weiterer Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

5 Zudem schränkt HRM2 die Aussagekraft der Richtwerte wie folgt ein: Sie gelten sowohl für Kanton als auch Gemeinden, aber nur dann, wenn die Aufgaben zwischen Gemeinden und Kanton ungefähr im Verhältnis 50:50 aufgeteilt sind. Ist die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden anders, verschieben sich die Richtwerte entsprechend. Im Kanton Basel-Landschaft mit einem hohen Zentralisierungsgrad dürften die Richtwerte demnach höher liegen.

Abbildung 8: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad

Selbstfinanzierungsgrad, in Prozent

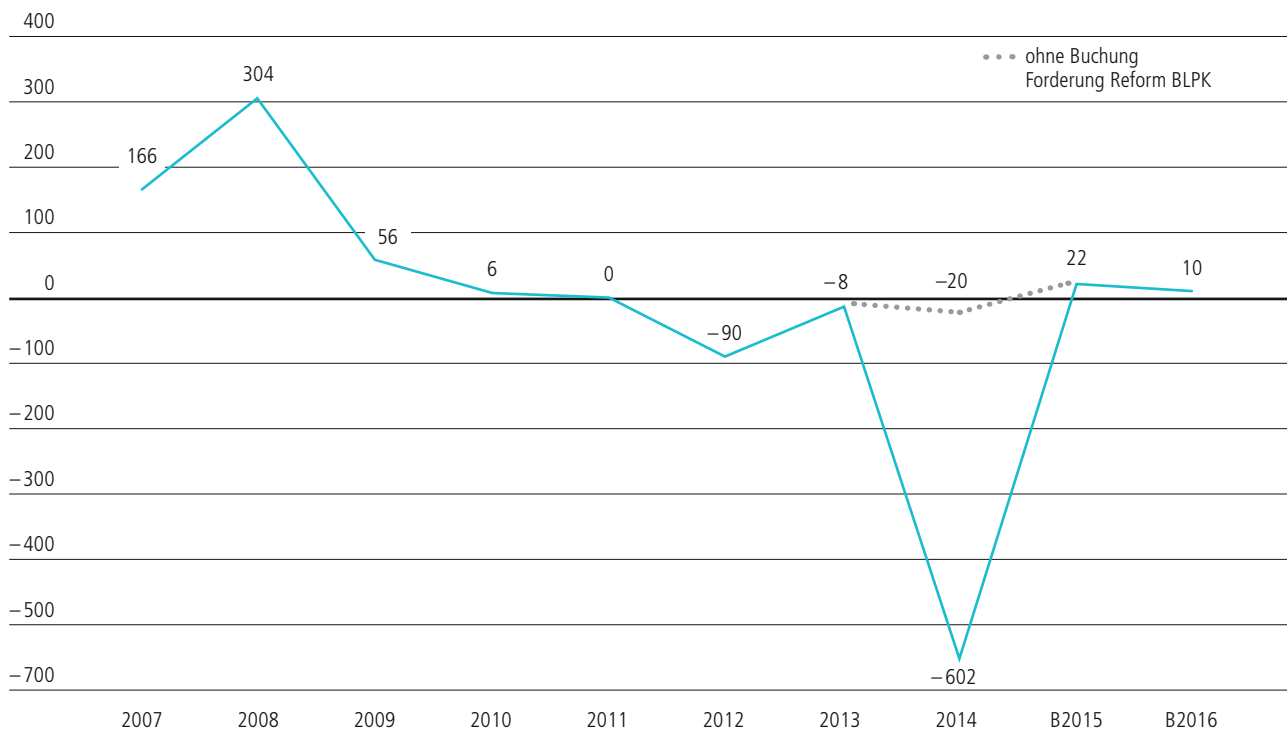


Abbildung 9: Entwicklung Saldo der Erfolgsrechnung und Wirtschaftswachstum

Erfolgsrechnung (operatives Ergebnis)/ BIP CH real (in Prozent), in Mio. CHF

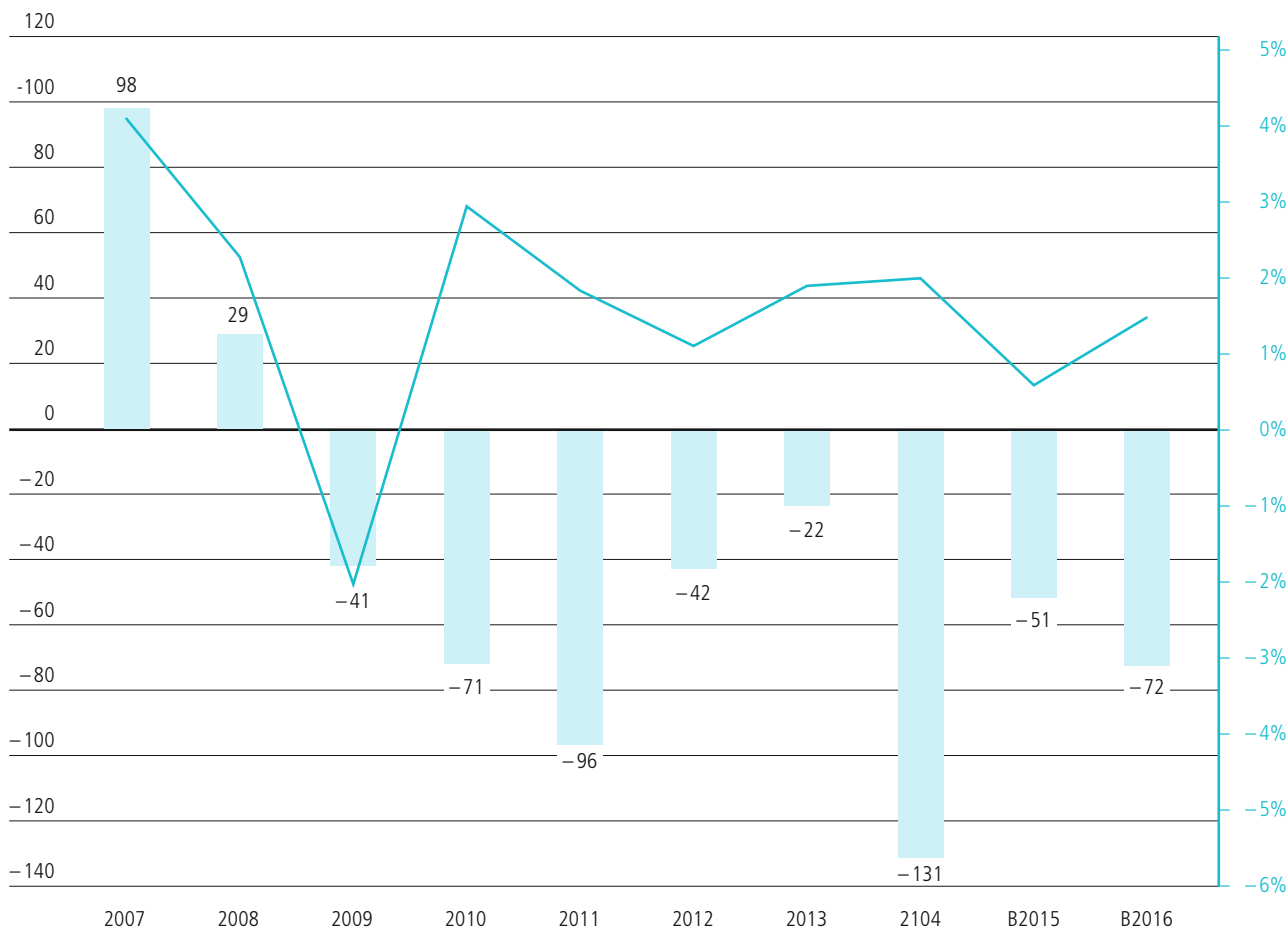
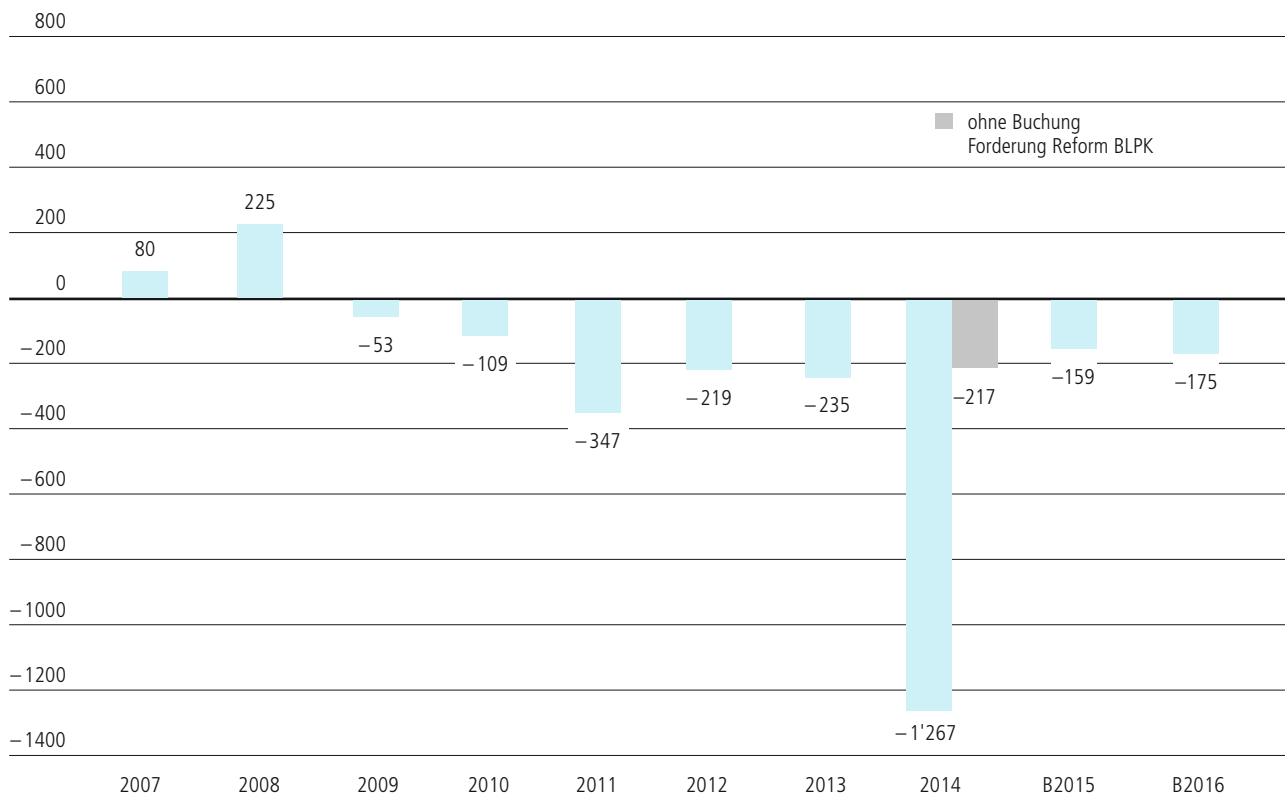


Abbildung 10: Entwicklung Finanzierungssaldo

Finanzierungssaldo, in Mio. CHF



7.2 Aufwand

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2015 und der Rechnung 2014 ist aus der folgenden Tabelle 8 ersichtlich. Insgesamt nimmt der Aufwand um CHF 19.9 Mio. oder um 0.8% ab.

Tabelle 8: Laufender Aufwand nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	627.6	621.9	596.1	-25.8	-4.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	238.6	243.9	226.7	-17.2	-7.0%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	75.7	68.2	63.4	-4.7	-6.9%
34 Finanzaufwand	31.5	57.5	46.0	-11.5	-19.9%
35 Einlagen in Fonds und Spez.-Finanz.	23.4	21.7	22.3	0.7	3.1%
36 Transferaufwand	1'459.5	1'521.0	1'574.4	53.4	3.5%
37 Durchlaufende Beiträge	97.4	100.1	85.3	-14.9	-14.8%
38 Ausserordentlicher Aufwand	1'512.1	0.0	0.0	0.0	0.0%
39 Interne Fakturen	0.2	0.2	0.2	0.0	7.4%
Gesamttotal Aufwand	4'066.0	2'634.4	2'614.5	-19.9	-0.8%

Personalaufwand

Der Personalaufwand sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 25.8 Mio. oder 4.1%. Die Veränderung wird durch folgende Sachverhalte begründet:

- Durch die Umsetzung von HarmoS (neues System 6/3) vermindert sich der Personalaufwand bei den Sekundarschulen um ca. CHF 12 Mio.
- Mit der Strategiemassnahme Dir-WOM-3 ist im Budget eine Lohnkürzung von 1% oder CHF 6 Mio. eingestellt.

- Im Budget ist ein Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben (Strategiemassnahme Dir-WOM-6) eingestellt, der zu einer Reduktion des Personalaufwandes von CHF 2.7 Mio. führt.
- Die restliche Abnahme resultiert aus dem im Kapitel 8.1 aufgezeigten Stellenabbau.

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand ist eine Abnahme um CHF 17.2 Mio. oder 7% zu verzeichnen. Die Reduktion ist durch diverse Strategiemassnahmen begründet, etwa Dir-WOM-1 «Reduktion Material- und Warenaufwand» oder Dir-WOM-3 «Kürzung Dienstleistungen und Honorare». Ein Blick auf das konsolidierte Budget im Anhang zeigt, dass in praktisch allen Kontengruppen des Sach- und übrigen Betriebsaufwands der Aufwand sinkt. Dies verdeutlicht die grossen Sparanstrengungen des Regierungsrates und der Verwaltung, um den Finanzhaushalt zu entlasten.

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens nehmen insgesamt um CHF 4.7 Mio. ab. Im Tiefbauamt Strassen erhöhen sich die Abschreibungen auf Sachanlagen um rund CHF 1.5 Mio., da in diesem Bereich das Investitionsvolumen entsprechend ansteigt. Die Reduktion erfolgt hauptsächlich im Hochbau. Dort sinkt der Abschreibungsaufwand um rund CHF 6.8 Mio. Der Wegfall der Abschreibungen von Ausstattungen des Strafjustizentrums und Abschreibungen von Gebäuden, deren Nutzungsdauer abgelaufen ist, führt zu einem Minderaufwand von ca. CHF 4 Mio. Des Weiteren führt die Umsetzung der Strategiemassnahme «Verlängerung der Abschreibungsdauer der Gebäude von 30 auf 40 Jahre» (BUD-WOM-3) zu einer Entlastung von CHF 3.4 Mio.

Finanzaufwand

Der Finanzaufwand sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um insgesamt CHF 11.5 Mio. Im Rahmen der Reform BLPK wurde die Restschuld gegenüber der Pensionskasse einmalig bis zur kompletten Tilgung zu einem technischen Zinssatz von 3% verzinst und im Budget 2015 eingestellt. Da die Tilgung vollumfänglich im Jahr 2015 erfolgte, vermindert sich der Finanzaufwand entsprechend.

Übertrag Fonds/StaatsRG

Die Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds nehmen gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.7 Mio. zu. Hauptursache dafür liegt in der Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 (aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts), welche gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.4 Mio. auf ein Volumen von CHF 20.8 Mio. steigt. Des Weiteren ist wie im Vorjahresbudget wiederum eine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds von CHF 1 Mio. budgetiert.

Transferaufwand

Der Transferaufwand nimmt um CHF 53.4 Mio. zu. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- CHF +44.4 Mio. Gesundheitsversorgung (Fallpreise/Tagestaxen): Die bezogenen und verrechneten Leistungen der Baselbieter Bevölkerung der vergangenen Jahre zeigen auf, dass die bis anhin budgetierten Werte zu optimistisch waren. Das Budget 2016 berücksichtigt diesen Umstand und stellt auf eine jährliche Zuwachsrate von +4.3% vom Rechnungsergebnis 2014 ab. Des Weiteren wurde eine Einsparung von CHF 1.5 Mio. durch die Einführung einer Software für die elektronische Erfassung und Prüfung der Einzelrechnungen (VGD-WOM-2) im Budget 2016 berücksichtigt.
- CHF +20.4 Mio. Kompensation Aufgabenverschiebung: Im Rahmen von HarmoS haben die Gemeinden per 1. August 2015 das 6. Primarschuljahr übernommen. Der Kanton hatte im 2015 demzufolge zur Kompensation dieser Aufgabenverschiebungen einen anteiligen Kompensationsbetrag für 5 Monate eingestellt. Im 2016 wird der Kompensationsbetrag für das ganze Jahr budgetiert (vgl. LRV 2014-089).
- CHF +18.1 Mio. FABI: Durch die Annahme von FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) werden die Kantone zur Leistung einer Pauschale zur Mitfinanzierung der Bahninfrastruktur verpflichtet. Der Bund erhebt die sogenannte FABI-Pauschale 2016 erstmals.
- CHF +5.6 Mio. Abschreibungen APH-Investitionsbeiträge: Durch den Ausfall eines Generalunternehmers erfolgt eine ausserordentliche Sonderabschreibung von CHF 4.3 Mio. Die restliche Erhöhung ist Folge der laufenden Aktivierungen der Investitionsbeiträge bzw. Fertigstellung einzelner Projekte.
- CHF +5.5 Mio. Ergänzungsleistungen AHV/IV: Der Prognose der SVA liegt für das Jahr 2016 ein Fallwachstum von 2.8% zu Grunde. Im Jahr 2016 erfolgt keine Rentenerhöhung. Der Budgetwert beinhaltet auch eine Entlastung im Umfang von CHF 1.35 Mio. durch zwei Strategiemassnahmen (FKD-OM-3 Erhöhung der Vergütung für Hilflosenentschädigung (CHF 0.8 Mio.) und BKSD-WOM-12 Reduktion im Behindertenbereich (CHF 0.55 Mio.)).
- CHF +4.1 Mio. Bildungszentrum kvBL
- CHF +3.2 Mio. Schulabkommen
- CHF +2.5 Mio. Abwassergebühren: Einführung einer Abgabe zur Entfernung der Mikroverunreinigung an den Bund

CHF +2.1 Mio.	Leistungsauftrag Universität Basel
CHF +2.0 Mio.	Behindertenhilfe
CHF -15.0 Mio.	Entschädigung Pflegenormkosten: Verzicht auf Rückerstattung der Kantonsentlastung bei den Ergänzungsleistungen aus den Jahren 2011–2014 an die Gemeinden (FKD-WOM-16).
CHF -14.1 Mio.	Reform BLPK: Für die Ausfinanzierung der Forderungen der BLPK gegenüber den Institutionen im Bereich der Sonderschulung, Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe sowie beim Bildungszentrum kvBL wurden die damit verbundenen Mehrbelastungen des Kantons im Budget 2015 im Umfang von CHF 8.2 Mio. aufgenommen. Für das Total der geschätzten Forderungssumme wurde bereits zu Lasten der Rechnung 2014 Rückstellungen gebildet, so dass die im Budget 2015 eingestellten Mittel nicht benötigt werden. Die Rückstellung werden jährlich erfolgswirksam verbraucht (Ertrag), was zur erwähnten Abweichung auf dieser Position führt.
CHF -8.3 Mio.	Kompensation Aufgabenverschiebung Ergänzungsleistungen: Am 1. September 2015 hat der Regierungsrat die LRV zur geplanten «Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV/ Neuaufteilung Ergänzungsleistungen» an den Landrat überwiesen (vgl. Kapitel 6.2). Die Vorlage sieht für diese Aufgabenverschiebung zwischen Kanton und Gemeinden Kompensationsleistungen von CHF 14.3 Mio. vor. Die Gesetzesrevision war bereits im Budget 2015 abgebildet, allerdings zum damaligen Stand mit Kompensationsleistungen von CHF 22.6 Mio., was die Abweichung zum Vorjahr erklärt.
CHF -7.8 Mio.	Betriebskostenbeiträge an ÖV: Durch die Annahme von FABI werden die Kantone ab 2016 von der Finanzierung der Privatbahninfrastruktur entlastet. Entsprechend entfallen Kosten für den Betrieb und die Abschreibungen dieser Infrastrukturen (CHF -9.25 Mio.). Andererseits steigen die Kosten im Regionalen Personenverkehr um CHF 1.5 Mio. (Erneuerung Tramflotte BLT sowie die jährlich um ca. 1% steigende Subvention beim U-Abo).
CHF -4.9 Mio.	Prämienverbilligung: Senkung der monatlichen Richtprämie für alle Kategorien um CHF 15, was eine Entlastung von CHF 8.4 Mio. mit sich bringt (FKD-WOM-4a). Gleichzeitig resultiert ein Mehraufwand von CHF 3.5 Mio. wegen der erwarteten Zunahme der Fallzahlen bei den EL-beziehenden Personen, denen die KVG-Durchschnittsprämie ausbezahlt werden muss, und dem erwarteten Prämienanstieg (Durchschnitt der Jahre 2011–2015 = 4.22%).
CHF -2.8 Mio.	Nachzahlung Pflegekosten: Für die Nachzahlungen an die Pflegekosten von Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen für das Kalenderjahr 2011 wurden im Budget 2015 CHF 2.8 Mio. eingestellt. Es wird davon ausgegangen, dass die Nachzahlungen Ende 2015 abgeschlossen sein werden.

Durchlaufende Beiträge

Die Durchlaufenden Beiträge nehmen insgesamt um ca. CHF 14.9 Mio. oder 14.8% ab. Hauptursache ist der Rückgang bei Direktzahlungen des Bundes an die Landwirtschaft, welche nach Einführung der neuen Agrarpolitik 2014–17 tiefer ausfallen als noch im Budget 2015 angenommen. Daneben sinken die Globalbeiträge des Bundes für Energiemassnahmen um CHF 3.1 Mio. Dagegen steigen die Bundesgelder für Jugendheime um CHF 1.3 Mio., und auch im Asylbereich wird ein Anstieg von CHF 1.3 Mio. prognostiziert.

7.3 Ertrag

Auf der Ertragsseite der Erfolgsrechnung weist das Budget 2016 eine Abnahme von CHF 45.4 Mio. oder 1.7% auf.

Tabelle 9: Laufender Ertrag nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
40 Fiskalertrag	1'617.6	1'687.8	1'660.0	-27.8	-1.6%
41 Regalien und Konzessionen	7.6	31.1	19.4	-11.6	-37.4%
42 Entgelte	135.0	152.0	146.0	-6.0	-3.9%
43 Verschiedene Erträge	3.4	1.9	2.3	0.4	21.9%
44 Finanzertrag	106.7	102.6	122.9	20.4	19.8%
45 Entnahmen aus Fonds und Spez.-Finanz.	2.2	2.0	2.2	0.2	10.7%
46 Transferertrag	452.7	505.8	504.2	-1.7	-0.3%
47 Durchlaufende Beiträge	97.4	100.1	85.3	-14.9	-14.8%
48 Ausserordentlicher Ertrag	473.0	16.1	11.7	-4.4	-27.5%
49 Interne Fakturen	0.2	0.2	0.2	0.0	7.4%
Gesamttotal Ertrag	2'895.7	2'599.4	2'554.1	-45.4	-1.7%

Fiskalertrag

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus der folgenden Tabelle 10 hervor. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 27.8 Mio. oder 1.6% ab.

Tabelle 10: Steuererträge gegliedert nach Arten

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	1'003.0	1'024.0	1'020.0	-4.0	-0.4%
Steuern auf Kapitalabfindung 2./3. Säule	14.7	15.5	15.9	0.4	2.6%
Steuerausscheidung/pauschale Steueranrech.	-1.5	-2.5	-2.5	0.0	0.0%
Vermögenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	158.0	162.0	170.0	8.0	4.9%
Quellensteuern natürliche Personen	42.0	44.0	45.5	1.5	3.4%
Nach- und Strafsteuern	7.4	8.0	8.0	0.0	0.0%
Gewinnsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	178.0	200.0	169.0	-31.0	-15.5%
Kapitalsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	7.7	7.1	8.0	0.9	12.7%
Kirchensteuer jur. Personen	9.5	10.4	8.9	-1.5	-14.5%
Vermögensgewinnsteuern	27.8	30.0	30.5	0.5	1.7%
Vermögensverkehrssteuern	30.9	32.0	32.5	0.5	1.6%
Erbschafts- und Schenkungssteuern	36.7	30.0	36.0	6.0	20.0%
Verkehrsabgaben	106.9	107.3	108.2	0.9	0.8%
Gesamttotal Steuern periodengerecht	1'621.2	1'667.8	1'650.0	-17.8	-1.1%
Einkommensteuern aus Vorjahren	-4.0				
Vermögenssteuern aus Vorjahren	-2.6				
Gewinnsteuern aus Vorjahren	1.0				
Kapitalsteuern aus Vorjahren	2.0				
Erfahrungswert Steuern aus Vorjahren		20.0	10.0	-10.0	-50.0%
Gesamttotal Steuern	1'617.6	1'687.8	1'660.0	-27.8	-1.6%

Die Einschätzung der regionalen konjunkturellen Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Ertrag der vier periodischen Steuerarten (Einkommen und Vermögen natürliche Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuer juristischer Personen) basiert auf dem durch die BAK Basel Economics entwickelten Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Basel-Landschaft mit Stand anfangs Juli 2015. Die Verwendung eines anerkannten Prognosemodells ist seit Mitte 2008 im Baselbieter Finanzhaushaltsgesetz zumindest für die Budgetierung der Erträge aus der Einkommenssteuer vorgeschrieben (§ 32b Abs. 5 FHG). Die aktuellen BAK-Prognosen basieren auf der Annahme eines Wechselkurses CHF/Euro von 1.09 Ende 2015 und 1.11 im Durchschnitt 2016. Die steuerlichen Auswirkungen des SNB-Entscheids vom 15. Januar 2015 sind zudem noch nicht abschliessend abschätzbar, was sich negativ auf die Prognosegenauigkeit auswirkt.

Bei der Einkommenssteuer liegt der Budgetbetrag 2015 um CHF 13 Mio. bzw. 1.3% höher als die Erwartung per Juli 2015. Die Wachstumsraten der BAK für die Einkommenssteuer liegen derzeit bei 0.7% für 2015 und 1.0% für 2016. Kumuliert über alle Jahre seit 2006 gleichen sich die positiven und negativen Abweichungen der Prognosen weitestgehend aus.

Der Budgetwert 2016 bei der Vermögenssteuer beinhaltet implizit eine Annahme der Börsenendstände des kommenden Jahres. Für die Steuerjahre 2008–2011 ist die Vermögenssteuer jeweils überschätzt, für 2012–2014 hingegen jeweils um CHF 10–18 Mio. unterschätzt worden. Für 2015 und 2016 sind Wachstumsraten von 3.8% bzw. 3.7% unterstellt. Der Budgetwert ist wegen der aktuell (Ende August 2015) wiederum starken Volatilität der Börsen und der aktuell eher hohen Bewertungen besonders risikobehaftet.

Bei der Gewinnsteuer der juristischen Personen ist per 2016 ein Ertragsrückgang um 5% gegenüber der Rechnung 2014 budgetiert. 2014 ist der Abschlusswert zum ersten Mal tiefer ausgefallen als der Budgetwert. In der Vergangenheit sind die Modellergebnisse und die eigenen Wachstumserwartungen hingegen regelmässig und oft sehr deutlich übertroffen worden. Der markant tiefere Erwartungswert für 2015 ist deshalb teilweise auch eine Folge des zu hohen Budgetwerts für 2014.

Die aktuelle Erwartung bei der Kapitalsteuer der juristischen Personen für 2015 liegt über dem letztjährigen Ertrag; für 2016 ist ein weiteres leichtes Wachstum budgetiert.

Die steuerbaren Erbschaften und Schenkungen nehmen aufgrund der zunehmenden Alterung der Baselbieter Bevölkerung tendenziell zu. Budgetiert für 2016 ist bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer ein Betrag in der Grössenordnung der Rechnung 2014.

In der Vergangenheit konnten jeweils zweistellige Millionenbeträge an Steuererträgen aus Vorjahren verbucht werden. Dies hat dazu geführt, dass ab Budget 2013 eine Budgetposition «Steuererträge aus Vorjahren» im Umfang von CHF 20 Mio. in Budget eingestellt wurde. In den letzten beiden Jahren sind keine Steuererträge aus Vorjahren mehr angefallen; im Gegenteil mussten geringfügige negative Abgrenzungen vorgenommen werden (R2013: CHF -1 Mio., R2014: CHF -4 Mio.). Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre konnten aber immer noch rund CHF 12 Mio. Steuererträge aus Vorjahren verbucht werden. In Anbetracht dieser neuen Entwicklung wird die Position um die Hälfte reduziert (auf CHF 10 Mio.).

Regalien und Konzessionen

Die Erträge aus Regalien und Konzessionen nehmen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um CHF 11.6 Mio. ab. Im Budget 2016 wird der Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zur Hälfte berücksichtigt, was einen Rückgang von CHF 11.8 Mio. darstellt. Erfahrungsgemäss und besonders seit der Aufhebung des Mindestkurses zwischen Franken und Euro besteht bei diesem Budgetposten (Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank) ein grosses Prognoserisiko. Mit dem Einsetzen des halben Betrags wird die Risikosituation entsprechend beachtet. Der Bund sowie zahlreiche Kantone rechnen im 2016 mit einer hundertprozentigen Gewinnausschüttung der SNB.

Entgelte

Die Erträge aus Entgelten nehmen um insgesamt CHF 6 Mio. ab. Die Abnahme ergibt sich aus folgenden Positionen: Im Bereich Abfall und Energie ist mit Mindereinnahmen von CHF 1.9 Mio. zu rechnen, da davon ausgegangen wird, dass geringere Mengen angeliefert werden. Aufgrund der aktuell rückläufigen Trendmeldungen zu den Baugesuchszahlen auf ein Niveau von 2014, wird bei den Gebühren für Amtshandlungen im Bauinspektorat von einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr von CHF 1.4 Mio. ausgegangen. Die Bussenerträge waren in den vergangenen Jahren rückläufig (Anzahl der Verkehrsübertretungen), weshalb eine Reduktion der Bussen bei der Polizei von CHF 1 Mio. vorgenommen wurde.

Verschiedene Erträge

Bei den verschiedenen Erträgen handelt es sich um eine Kontoklasse gemäss HRM2, welche ausgewählte Entgeltkonti der Spitalbetriebe beinhaltet. Seit der Verselbstständigung der Spitalbetriebe sind die verschiedenen Erträge unbedeutend geworden. Im vorliegenden Budget ist eine Zunahme von CHF 0.4 Mio. auf insgesamt CHF 2.3 Mio. zu verzeichnen.

Finanzertrag

Der Finanzertrag steigt um CHF 20.4 Mio. bzw. 19.8%. Die ist vorwiegend auf die Übertragung diverser Liegenschaften vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen (LRV 2014 -269, LRB 2548 vom 29. Januar 2015) und den Verkauf zurückzuführen.

Transferertrag

Der Transferertrag nimmt um CHF 1.7 Mio. ab. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- CHF +8.2 Mio. Der Ressourcenindex ist für den Kanton Basel-Landschaft von 100.1 auf 97.6 gesunken. Der Kanton BL wechselt damit in die Gruppe der ressourcenschwachen Kantone und wird zum Beitragsempfänger (vgl. Kapitel 5.2)
- CHF +3.7 Mio. Bundesbeitrag an Prämienverbilligung
- CHF +2.7 Mio. Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV
- CHF +1.5 Mio. Anteil an Verrechnungssteuer

- CHF -10.0 Mio. Direkte Bundessteuer: Im Abschluss 2014 lag der Anteil an der Direkten Bundessteuer mit CHF 87 Mio. um CHF 10 Mio. oder 10% deutlich unter dem Budgetwert von CHF 97 Mio. Ein ähnlich überraschendes Rechnungsergebnis musste auch der Bund zur Kenntnis nehmen. In der Staatsrechnung des Bundes wird bei der Direkten Bundessteuer der Voranschlag um mehr als CHF 2 Mrd. oder ebenfalls um 10% unterschritten. Aufgrund dieser Entwicklung musste der Budgetwert 2016 auf ein deutlich tieferes Niveau zurückgenommen werden.
- CHF -7.6 Mio. Gemeindebeitrag Ergänzungsleistungen AHV/IV: Am 1. September 2015 hat der Regierungsrat die LRV zur geplanten «Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV/Neuaufteilung Ergänzungsleistungen» an den Landrat überwiesen (vgl. Kapitel 6.2). Neu sollen die Gemeinden die

Ergänzungsleistungen im Bereich Alter und der Kanton die Ergänzungsleistungen im Bereich Invalidität tragen. Der Gemeindebeitrag im Jahr 2016 ist mit CHF 66.2 Mio. budgetiert. Die Gesetzesrevision war bereits im Budget 2015 abgebildet, allerdings zum damaligen Stand mit Gemeindebeiträgen von CHF 73.8 Mio., was die Abweichung zum Vorjahr erklärt.

CHF -1.4 Mio. Schulabkommen: Durch den Systemwechsel der Sekundarstufe I erfolgt eine Reduktion von vier auf drei Sek I Schuljahre (HarmoS), somit entfällt ein Viertel der Einnahmen (CHF -1 Mio.). Weiter hat der Kanton Solothurn entschieden, ab Sommer 2016 keine neuen Schülerinnen und Schüler an die Wirtschaftsmittelschule des Bildungszentrums kvBL zu entsenden.

Durchlaufende Beiträge

Die Durchlaufenden Beiträge nehmen insgesamt um ca. CHF 14.9 Mio. oder 14.8% ab. Hauptursache ist der Rückgang bei Direktzahlungen des Bundes an die Landwirtschaft, welche nach Einführung der neuen Agrarpolitik 2014–17 tiefer ausfallen, als noch im Budget 2015 angenommen. Daneben sinken die Globalbeiträge des Bundes für Energiemassnahmen um CHF 3.1 Mio. Dagegen steigen die Bundesgelder für Jugendheime um CHF 1.3 Mio., und auch im Asylbereich wird ein Anstieg von CHF 1.3 Mio. prognostiziert.

Ausserordentlicher Ertrag

Im ausserordentlichen Ertrag wird insgesamt eine Abnahme von CHF 4.4 Mio. verzeichnet. Diese setzt sich wie folgt zusammen: Die im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der BLPK ab 2015 eingeplanten Rückforderungen der Spitalbetriebe und des UKBB, den Arbeitnehmendenbeitrag von 5% sowie die Einsparung bei der Rententeuerung an den Kanton abzutreten, ist nicht realisierbar. Dadurch nimmt der a.o. Ertrag um CHF 5.9 Mio. ab. Des Weiteren nehmen die Abschreibungen bei den Sekundarschulen um insgesamt CHF 1.5 Mio. zu. Diese Abschreibungen werden durch die Entnahme aus dem Schulbautenfonds finanziert, was eine Erhöhung des a.o. Ertrags im gleichen Umfang zur Folge hat.

7.4 Investitionsrechnung

7.4.1 Investitionsniveau

Mit brutto rund CHF 232 Mio. und netto rund CHF 194 Mio. liegt die Jahrestranche der Investitionen rund CHF 10 Mio. tiefer als im Vorjahr.

Analog zum Vorjahr ist eine pauschale Kürzung von 10% auf die geplanten Investitionen budgetiert (Realprognose). Gemäss den Erfahrungen der letzten Jahre werden die budgetierten Investitionstranchen aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgeschöpft. Die Realprognose soll diesem Sachverhalt Rechnung tragen, indem auf die Gesamtsumme der Investitionen eine pauschale Korrektur ohne Bezug auf konkrete Projekte vorgenommen wird. Diese Planungskorrektur ist bei der Finanzverwaltung eingestellt.

Tabelle 11: Investitionsausgaben

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	180.6	204.0	194.5	-9.6	-5%
+ Investitionseinnahmen	36.7	41.0	37.4	-3.6	-9%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben)	217.2	245.1	231.9	-13.2	-5%

Die Bruttoinvestitionen sind für die Bauwirtschaft und das Gewerbe die massgebliche Grösse, während für den Kanton die Nettoinvestitionen und die daraus entstehenden Folgekosten die wesentlichen finanzpolitischen Grössen darstellen. Mit dem Transfer der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung entsprechen die Bruttoinvestitionen ab dem Jahr 2013 den Investitionen im weiteren Sinne.

Abbildung 11: Entwicklung von Brutto- und Nettoinvestitionen sowie Beiträge an Investitionen Dritter
 Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter, in Mio. CHF

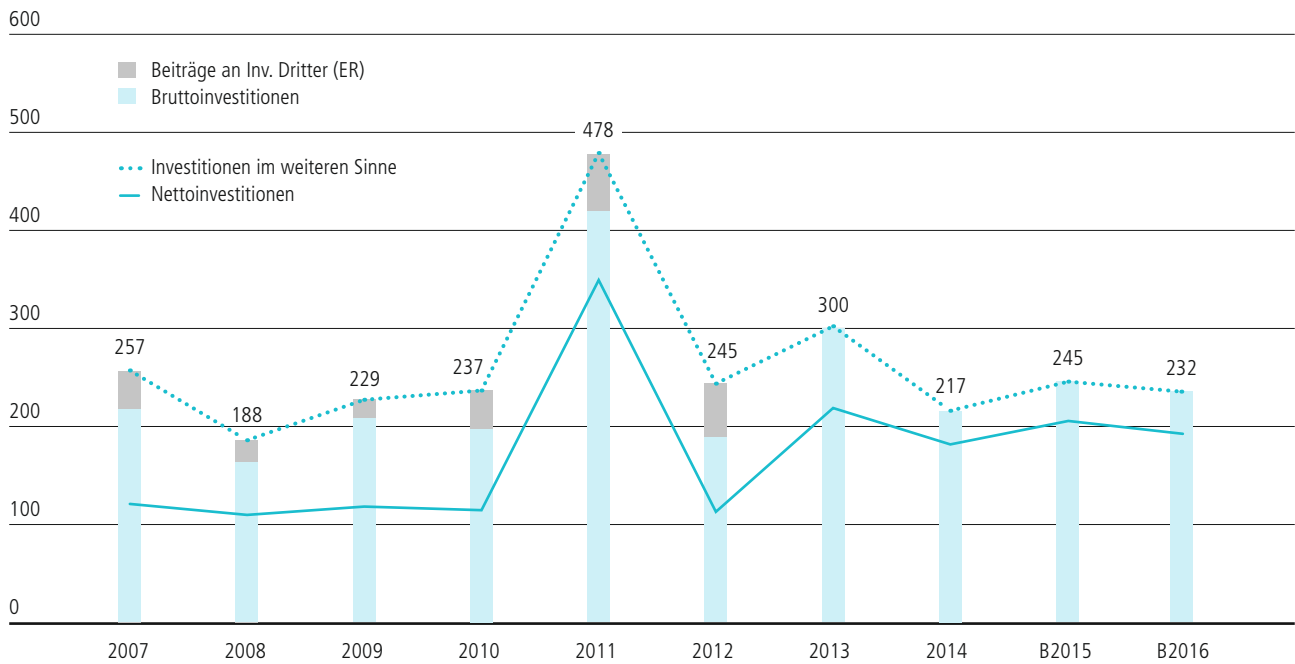
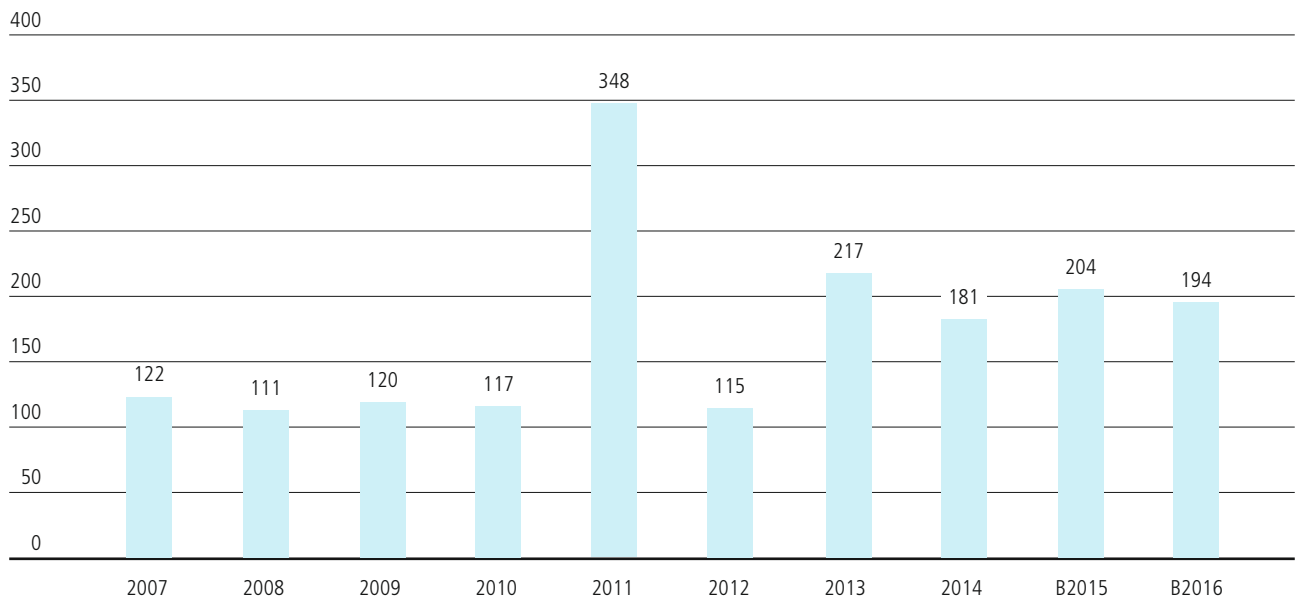


Abbildung 12: Entwicklung Nettoinvestitionen
 Nettoinvestitionen, in Mio. CHF



Mit dem Erwerb der Sekundarschulbauten und -anlagen ist das Niveau der Nettoinvestitionen im Jahr 2011 ausserordentlich hoch.
 Das höhere Investitionsniveau ab 2013 resultiert u.a. aus dem Transfer der Beiträge der Investitionen Dritter aus der Erfolgs- in die Investitionsrechnung.

7.4.2 Investitionsbudget 2016

Für Hochbauten sind im Budget 2016 CHF 146 Mio. oder 58% der Bruttoinvestitionsausgaben (vor Realprognose) eingestellt. Mit CHF 76 Mio. sticht die Investitionstranche in den Neubau FHNW deutlich heraus. Es folgt betragsmässig mit CHF 30.9 Mio. der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Neubau Schällenmätteli der Universität Basel. Die Sanierung des Gymnasiums Münchenstein schlägt mit CHF 16.4 Mio. zu Buche. Für die Sanierungsmassnahmen an der Sekundarschule Allschwil sind CHF 2.7 Mio. und für den Umbau der Sekundarschule Binningen CHF 1.9 Mio. budgetiert. Das Provisorium des Gymnasiums Muttenz ist mit CHF 2.2 Mio. eingeplant. Gleichzeitig sind eine Vielzahl von kleineren Massnahmen in der Sammelposition bauliche Investitionen zusammengefasst (CHF 5 Mio.).

Im Strassenbau sind für 2016 rund CHF 60 Mio. Bruttoinvestitionen budgetiert, dies entspricht einem Anteil von 24%. Die budgetierten CHF 29 Mio. für Werterhalt und Wertwiederherstellung (Instandsetzung/Korrektion) der Kantonsstrassen folgen einer langjährigen Planung zur Betriebsaufrechterhaltung des Kantonsstrassennetzes. Für Lärmschutzmassnahmen sind CHF 2 Mio. eingeplant. Für Instandsetzungs- und Lärmschutzmassnahmen sowie Tunnelanierungen der kantonalen Hochleistungsstrassen sind insgesamt CHF 8 Mio. budgetiert. Die Sanierung Ortsdurchfahrt Langenbruck ist mit CHF 3.5 Mio. und die Sanierung Ortsdurchfahrt Grellingen mit CHF 2.8 Mio. veranschlagt. Schliesslich sind noch die Verlegung der Rheinstrasse (Salina Raurica) und der Ausbau der Radrouten mit je CHF 2 Mio. zu nennen.

Im ÖV fallen gut CHF 14 Mio. oder 5% der Bruttoinvestitionsausgaben an. Die Realisierung des Busbahnhofs in Laufen ist mit CHF 4 Mio. und die Schienen-Sofortmassnahmen an der Baslerstrasse in Allschwil mit CHF 2 Mio. budgetiert.

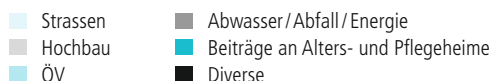
Für Abwasserreinigung und Abfallbeseitigung sind rund CHF 20 Mio. oder 8% der Bruttoinvestitionsausgaben reserviert. Es sind die Projekte Mischwasserbehandlung der Region Birstal mit CHF 5.5 Mio. und Ergolztäler mit CHF 2.0 Mio. sowie die Sanierung der Schlammanlage ARA Ergolz 1 mit CHF 2.4 Mio. zu erwähnen.

Für die Alters- und Pflegeheime sind 2016 Beiträge von CHF 10 Mio. oder 4% eingeplant und rund CHF 4 Mio. oder 1% werden in den Hochwasserschutz investiert.

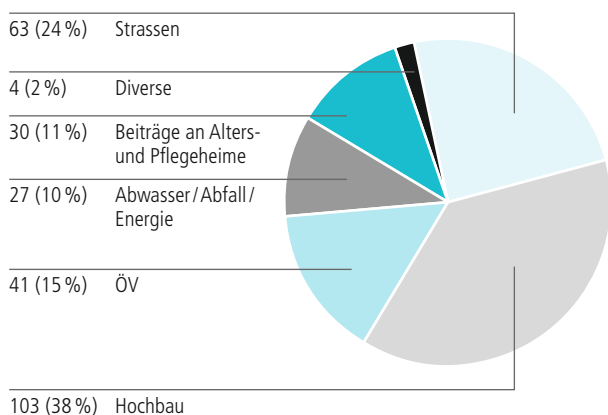
Mittels Realprognose werden die Bruttoinvestitionen von insgesamt CHF 254 Mio. auf CHF 232 Mio. gekürzt. In nachfolgender Abbildung ist die Realprognose nicht enthalten.

Abbildung 13: Bruttoinvestitionsausgaben Budget 2015 und Budget 2016

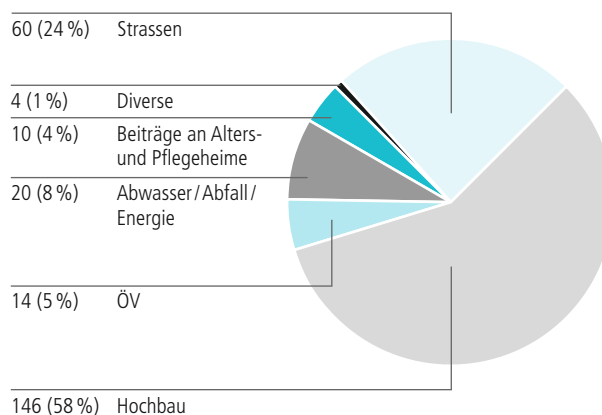
in Mio. CHF



Budget 2015



Budget 2016



**Tabelle 12: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte im Voranschlag 2016
(Investitionsausgaben in Mio. CHF)**

Bereich	Projekt	R 2014	B 2015	B 2016	F 2017	F 2018	F 2019
Strassen	Instandsetzung Kantonsstrasse / Nebenanlagen - 9981	17.3	19.0	19.0	15.0	17.0	19.0
	Korrektion Kantonsstrasse / Nebenanlagen - 9991	13.4	10.0	10.0	7.0	7.0	10.0
	Instandsetzung HLS (H18 / H2)		4.0	3.6	2.5	2.5	3.0
	Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	0.1	1.5	3.5	1.0	0.7	
	Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchfahrt (Realisierung)	0.2	3.6	2.8	0.3		
	HS-Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. - 9951	0.7	3.0	2.5	2.0	1.0	1.0
	Erneuerung H-Strassen (Chienberg-, Lange Heid-Tunnel) - 9970	2.8	1.3	2.3	1.0	1.0	1.0
	Lärmsanierung Kantonsstrassen - 9950	2.1	2.5	2.0	2.0	2.0	2.0
	Ausbauprogramm Radrouten	3.7	2.0	2.0	2.0	2.0	1.0
	Salina Raurica, Verlegung Rheinstrasse, Neu- u. Rückbau	1.0	0.5	2.0	6.0	16.0	20.0
	H2 Pratteln-Liestal (HPL)	28.5	3.5	1.0			
Hochbau	Muttenz, Neubau FHNW-Campus	9.0	55.5	76.0	69.0	26.7	0.4
	Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	12.0	19.9	30.9	45.0	37.8	3.7
	Münchenstein, Gymnasium, Sanierung Aussenhülle	0.5	0.4	8.9	0.1	1.0	14.7
	Münchenstein, Gymnasium, Nutzungsanpassung / Instandsetzung	1.6	1.2	7.5	1.5	1.0	11.0
	Bauliche Investitionen - 9990	19.3	1.8	5.0	5.0	5.0	5.0
	SEK I, Allschwil, Mindestmassnahmen (Breite)	0.1	0.4	2.7			
	Muttenz, Gymnasium prov. Schulraum			2.2			
	SEK I, Binningen UmbauSanierung Geb. 11, 2. Et.	0.0	2.6	1.9	1.7		
APH	Beiträge an Investitionen von Alters- und Pflegeheimen (APH)	34.1	30.0	10.0	18.8	18.8	18.8
Abwasser	Mischwasserbehandlung Region Birstal	0.5	0.8	5.5			6.0
	Sanierung Schlammanlage ARA E1		3.0	2.4	3.2		
	Mischwasserbehandlung Ergolztäler			2.0	4.0		2.0
	Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos - 9990	1.3	1.9	1.8	2.2	1.9	2.0
ÖV	Laufen; Busbahnhof Modul A; Realisierung	0.4	4.0	4.0	1.4		
	Allschwil, Baslerstrasse, Sofortmassnahme Schiene		0.5	2.0	1.5	1.5	1.0

8. Das Personal

8.1 Personalbedarf 2016

8.1.1 Verwaltung im engeren Sinn

Durch Strategiemassnahmen werden im Jahr 2016 23.4 Stellen abgebaut, dazu kommen 0.5 Stellen ausserhalb des Sollstellenplans). Des Weiteren erfolgt ein Abbau von 4.3 Stellen, welcher nicht in Zusammenhang mit Strategiemassnahmen steht. Im Budget 2016 sind jedoch gleichzeitig insgesamt 20.0 neue Stellen enthalten. Im vorliegenden Sollstellenplan 2016 ist dadurch gesamthaft eine Abnahme von 7.7 Stellen oder -0.3% zu verzeichnen.

Tabelle 13: Stellenentwicklung 2015–2016

	Sollstellen 2015	Sollstellen 2016	Abweichung absolut	Abweichung in %	Abbau Strategie- massnahmen
KB	47.1	46.8	-0.3	-0.6%	-0.3
FKD	371.5	370.8	-0.7	-0.2%	-7.1
VGD	185.1	181.3	-3.8	-2.1%	-6.2
BUD	469.6	468.3	-1.3	-0.3%	-1.3
SID	1047.8	1044.0	-3.8	-0.4%	-5.0
BKSD (ohne Lehrpersonen)	412.9	415.0	2.2	0.5%	-3.6
Total Sollstellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2'533.9	2'526.2	-7.7	-0.3%	-23.4
VGD (refinanzierte Stellen)	157.3	157.3	-	-	-
BKSD Lehrpersonen	1'280.0	1'274.0	-6.0	-0.5%	-0.5
GER	117.9	115.0	-3.0	-2.5%	-
Total Vollstellen	4'089.1	4'072.4	-16.7	-0.4%	-23.8

Die Veränderungen im Sollstellenplan gegenüber dem letzten Jahr präsentieren sich in den einzelnen Direktionen wie folgt:

Die Kantonalen Behörden verzeichnen aufgrund der Strategiemassnahme KB-WOM-1a einen Rückgang von 0.3 Stellen.

Die Finanz- und Kirchendirektion hat 7.6 neue Stellen im Budget eingestellt. Durch Strategiemassnahmen (FKD-WOM-1 und -11 sowie FKD-OM-5, -9 und -16) werden aber in diversen Dienststellen der FKD 7.1 Stellen abgebaut. Weitere 0.4 Stellen werden ohne Bezug zu Strategiemassnahmen reduziert. Zudem gibt es einen Rücktransfer aus dem Personalamt an die SID (Polizei) von 0.8 Stellen. Dies ergibt insgesamt eine Abweichung im Sollstellenplan 2016 von -0.7 Stellen zum Jahr 2015 bei der FKD.

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion budgetiert 3.1 neue Stellen. In der VGD werden im Jahr 2016 jedoch 6.2 Stellen aufgrund von Strategiemassnahmen (VGD-WOM-2, -5, -7, -8, -16, -33 und -34) abgebaut. Zusätzlich, ohne Bezug zu den Strategiemassnahmen, werden 0.7 Stellen reduziert. Für die VGD bedeutet dies insgesamt eine Veränderung bei den Sollstellen von -3.8 Stellen.

Einzig die Umsetzung einer Strategiemassnahme verursacht bei der Bau- und Umweltschutzdirektion eine Veränderung im Sollstellenplan. Die Massnahme BUD-WOM-10 führt zu einem Abbau von 1.3 Stellen im Hochbauamt.

Die Sicherheitsdirektion budgetiert 3.6 neue Stellen. Des Weiteren wurden 0.8 Stellen von der FKD (Personalamt) zur Polizei transferiert. Aufgrund von Strategiemassnahmen (SID-WOM-10, -12, -15 und -16) werden in der SID 5 Stellen abgebaut. Zusätzlich wurde bei der Polizei der Abbau von 3.2 Stellen im IT-Bereich nachgeführt. Dies hätte bereits im Sollstellenplan 2015 abgebildet werden sollen. Insgesamt führen die Veränderungen zu einer Abnahme im Sollstellenplan der SID von 3.8 Stellen.

Das Budget der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion weist 5.7 neue Stellen aus. Gleichzeitig erfolgt in der BKSD ein Abbau von 3.5 Stellen als Folge von Strategiemassnahmen. Im Total bedeutet dies eine Zunahme von 2.2 Stellen im Sollstellenplan der BKSD.

8.1.2 Stellen ausserhalb des Sollstellenplans

Bei den vom Bund refinanzierten Stellen der VGD (beispielsweise der regionalen Arbeitsvermittlungen) bleibt der Bestand gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bei den Lehrpersonen der BKSD ist eine Abnahme von 6 Stellen zu konstatieren. Hiervon ist die Reduktion von 0.5 Stellen auf die Strategiemassnahme BKSD-WOM-8 zurückzuführen. Der weitere Abbau erfolgt ohne Bezug zu Strategiemassnahmen. Bei den Gerichten sind insgesamt gerundet 3 Stellen weniger budgetiert. Dies ist einerseits auf den Verzicht von Reservestellen und andererseits auf die Nicht-Verlängerung von befristeten Stellen zurückzuführen.

8.2 Stellenentwicklung 2007–2016

Für die Erbringung seiner Leistungen hatte der Kanton 2007 einen Sollstellenplan von gesamthaft 2'362.1 Stellen und für das Jahr 2016 von 2'526.2 Stellen ausgewiesen. Im Zehnjahresvergleich resultiert damit eine Zunahme von 164.1 Stellen. Diese Differenz erklärt sich hauptsächlich durch den organisatorischen Wechsel der Statthalterämter und des Besonderen Untersuchungsrichteramtes (BUR) von den Gerichten (ausserhalb Sollstellenplan) zur Sicherheitsdirektion (135 Stellen) im Jahr 2011. Ohne diesen Transfer beträgt die Zunahme im Sollstellenplan in den letzten 10 Jahren nur 29 Stellen oder 1.2%. Durch diverse Verschiebungen innerhalb der Direktionen, Gerichte und den Kantonalen Behörden sind die Zahlen der einzelnen Direktionen nur bedingt miteinander vergleichbar. Beispielhaft dafür steht der organisatorische Wechsel der Finanzkontrolle von der Finanz- und Kirchendirektion zu den Kantonalen Behörden (10.8 Stellen) im Jahr 2010 oder die Zentralisierungsprojekte im Bereich Informatik und Personal zur FKD.

Tabelle 14: Kantonale Stellenentwicklung 2007–2016

	Sollstellen 2007	Sollstellen 2016	Abweichung 07/16 absolut	Abweichung 07/16 in %
Kantonale Behörden	25.0	46.8	21.8	87.2%
Finanz- und Kirchendirektion	295.8	370.8	75.0	25.3%
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (ohne refinanzierte Stellen und Spitalbetriebe)	183.4	181.3	-2.1	-1.2%
Bau- und Umweltschutzdirektion	496.7	468.3	-28.5	-5.7%
Sicherheitsdirektion	965.0	1'044.0	79.0	8.2%
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	396.2	415.0	18.9	4.8%
Total Sollstellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2'362.1	2'526.2	164.1	7.0%
VGD (refinanzierte Stellen)	130.5	157.3	26.8	20.5%
VGD (Spitalbetriebe)	2'864.8	0.0	-2'864.8	
BKSD Lehrpersonen	1'503.4	1'274.0	-229.4	-15.3%
Gerichte	219.4	115.0	-104.5	-47.6%
Total Vollstellen	7'080.2	4'072.4	-3'007.8	-42.5%

Im Gesamttotal ist seit 2007 ein Rückgang von 3'007.8 Stellen zu verzeichnen, welcher hauptsächlich durch strukturelle Faktoren ausserhalb des Sollstellenplanes bedingt ist. Der überwiegende Teil dieser Abnahme ist auf die Ausgliederung der Spitäler und psychiatrischen Kliniken im Jahr 2012 mit 2'864.8 Stellen zurückzuführen.

Des Weiteren haben die Lehrpersonen um 229.4 Stellen abgenommen, was mehrheitlich auf die Umsetzung des HarmoS-Konkordats im Jahr 2015 zurückzuführen ist.

Bei den Gerichten steht die Differenz hauptsächlich in Zusammenhang mit dem bereits erwähnten organisatorischen Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion.

9. Beteiligungen

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen aufgeführt, für welche im Budget 2016 des Kantons Aufwand (bspw. für den Leistungseinkauf) bzw. Ertrag (bspw. aus Dividenden) sowie Beiträge in der Investitionsrechnung eingestellt sind:

Tabelle 15: Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge von Beteiligungen

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF	Investitions- rechnung in CHF
ARA Rhein AG (wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge	1'750'000	1'750'000	
Autobus AG (AAGL)	Betriebskostenbeiträge Dividende	5'800'000	6'642	
Baselland Transport AG (BLT)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge Beiträge Verbundabonnemente	12'100'000 23'100'000		
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	2'400'000	42'000'000 8'500'000 2'400'000	
BSABB	Verzinsung Dotationskapital		3'000	
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag Mieteträge	64'203'000	3'585'000	
Fondation des Archives de l'ancien évêché de Bâle	Beitrag	110'000		
Hardwasser AG	Wasserzins (Entnahmegebühr)		380'000	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	17'000		
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	1'100'000	115'000	
Kantonsspital Baselland	Anteilmässige Tarifzahlung (55 %) Gemeinwirtschaftliche Leistungen Baurechtszinsen Darlehenszinsen	128'157'451 13'500'000	2'521'656 2'071'059	
Kraftwerk Augst AG	Konzession f. Wassernutzung für Energieerzeugung Dividende		575'000 150'000	
Kraftwerk Birsfelden AG	Konzession f. Wassernutzung f. Energieerzeugung und Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Dividende	58'000	3'000'000 262'500	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		3'000	
MCH Group AG	Dividende Darlehenszinsen		235'625 1'050'000	
NSNW AG	Aufwand für Strassenunterhalt kant. HLS Dividende	2'860'250	255'000	
ProRheno AG (wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	2'200'000	2'200'000	900'000
Psychiatrie Baselland	Anteilmässige Tarifzahlung (55 %) Gemeinwirtschaftliche Leistungen Baurechtszinsen Darlehenszinsen	28'099'130 8'000'000	942'318 668'700	
Schweizer Salinen AG	Dividende Regalien Konzession		348'000 50'000 200'000	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		11'440'000 12'390	
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'500'000	

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF	Investitions- rechnung in CHF
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufwand Vollzug Prämienverbilligung (CHF 106.4 Mio.)	1'700'000		
	Verwaltungsaufwand Ergänzungsleistungen (CHF 215.35 Mio.)	4'800'000		
Swisslos	Gewinnausschüttung		10'000'000	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Leistungseinkauf	6'109'225		
Universität Basel	Leistungsauftrag	164'000'000		
	Darlehenszinsen	100'000	100'000	
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Anteilmässige Tarifzahlung (55%)	10'977'684		
	Gemeinwirtschaftliche Leistungen	5'251'000		
Waldenburgerbahn AG (WB)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	1'300'000		
TOTAL		487'692'740	99'324'890	900'000

10. Angepasste Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2016 haben die Kantonalen Behörden und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft. Die Finanz- und Kirchendirektion sowie die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion haben bei der Überprüfung der Leistungsaufträge Anpassungsbedarf festgestellt und deshalb folgende Änderungen vorgenommen:

P2100 Generalsekretariat / P2108 Zentrale Informatik

Mit dem Beschluss vom 2. Dezember 2014 (RRB Nr. 1871) hat der Regierungsrat einer Reorganisation der Zentralen Informatik und des Generalsekretariats der FKD zugestimmt. Die Aufgabenbereiche Informatikplanung und -koordination (IPK) sowie die der Zentralen Informatikdienste (ZID) sollten als «Zentrale Informatik» zusammengeführt und somit aus dem Generalsekretariat herausgelöst werden. Dabei wurden einzelne organisatorische und personelle Änderungen in der ZID nachvollzogen. Der Leistungsauftrag des Generalsekretariats umfasst nach wie vor die Produktgruppen und Produkte der eigentlichen Stabsstelle.

P2206 Amt für Geoinformation

Die staatliche Nachführung der amtlichen Vermessung wird ab 1. Januar 2016 vollständig an die privaten Nachführungsgeometer abgetreten sein. Dadurch fallen die Produkte 30203 Mutationsurkunden, 30205 Daten der amtlichen Vermessung sowie 30302 Schnurgerüste, Terraindaten weg. Zusätzlich wurde mit dem 30301 ÖREB-Kataster aufgrund eines neuen Bundesauftrages ein neues Produkt definiert.

P2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain

Für die Dienststelle «Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain» lassen sich die Anpassungen auf die Leistungsaufträge bereits mit genügender Präzision festlegen, da die Auswirkungen unter AVENIR VGD geringer sind und die Abgrenzungen bereits «geschärft» vorliegen. Die wichtigsten Änderungen ergaben sich aus der Integration der Abteilung Natur und Landschaft aus dem Amt für Raumplanung. Die Produktpalette wurde um die nachgenannte Produktgruppe 40850 Natur und Landschaft sowie die Produkte 40851 Landschaftsqualität und 40852 Biologische Vielfalt der neuen Abteilung Natur und Landschaft ergänzt.

11. Anträge

1. Dem Budget 2016 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 2'614.5 Mio. und einem Ertrag von CHF 2'554.1 Mio., was einen Aufwandüberschuss von CHF 60.5 Mio. ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2016 mit Ausgaben von CHF 231.9 Mio. und Einnahmen von CHF 37.4 Mio., ergebend Nettoinvestitionen von CHF 194.5 Mio., wird zugestimmt.
3. Vom aus der Gesamtrechnung resultierenden Finanzierungssaldo von CHF -174.7 Mio. wird Kenntnis genommen.
4. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2016 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2016 auf 100% festgelegt.
5. Die geänderten Leistungsaufträge der Finanz- und Kirchendirektion sowie der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
6. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die Jahresprogramm-Massnahmen 2016 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 15. September 2015

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Anton Lauber

Der Landschreiber: Peter Vetter

12. Dekret über den Steuerfuss 2016

Dekret über den Steuerfuss 2016

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf §19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974⁶ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf §32^b Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987⁷, beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2016

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2016 beträgt 100%.

§ 2 In-Kraft-Treten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

6 GS 35.0000, SGS 331

7 GS 35.0000, SGS 310

**Kantonale Behörden,
Direktionen, Dienststellen
und Gerichte**

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Landeskanzlei unterstützt Landrat und Regierungsrat in ihrer politischen Führungsaufgabe. Regierung und Parlament arbeiten bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit möglichst optimal zusammen. Diese Zusammenarbeit, die jeder der beiden Behörden ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Die Landeskanzlei als zentrale Stabsstelle kennt die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln und hat gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits. Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal genutzt werden.

Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskanzlei haben den Anspruch, die der Behörde von Verfassung und Gesetz sowie Landrat und Regierung übertragenen Aufgaben stets einwandfrei, termingerecht und mit optimalem Einsatz an Mitteln zu erfüllen. Verschiedene Tätigkeiten der Landeskanzlei konzentrieren sich auf das strategische Schwerpunktfeld 'Auftritt und Kooperation' des Regierungsrates. Die Landeskanzlei trägt aber auch massgebend dazu bei, dass der Kanton im Bereich der Aussenbeziehungen in der interkantonalen und grenznahen internationalen Zusammenarbeit sowie der Interessenvertretung gegenüber dem Bund und anderen Regionen über die relevanten Informationen und Dienstleistungen verfügt. Die Landeskanzlei unterstützt zudem die Bemühungen des Regierungsrates, den Kanton Basel-Landschaft regional und auf Bundesebene gut zu vernetzen.

Gesamtübersicht Budget

Der budgetierte Aufwand der Kantonalen Behörden übersteigt leicht den des Vorjahresbudgets. Bewirkt wird der leichte Anstieg durch hohe Ausgaben für zentrale IT-Projekte wie insbesondere die Erarbeitung von E-Government-Lösungen für den Kanton.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	9'897'232	10'702'747	10'498'045	-204'702	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'050'037	2'573'650	2'473'400	-100'250	-4%
34 Finanzaufwand	783	1'000	1'000	0	0%
36 Transferaufwand	1'186'046	1'288'765	1'198'385	-90'380	-7%
42 Entgelte	-1'001'381	-895'000	-870'300	24'700	3%
44 Finanzertrag	-5				
46 Transferertrag	-191'235	-187'650	-195'100	-7'450	-4%
Total Aufwand	13'134'097	14'566'162	14'170'830	-395'332	-3%
Total Ertrag	-1'192'620	-1'082'650	-1'065'400	17'250	2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	11'941'477	13'483'512	13'105'430	-378'082	-3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	41.0	47.1	46.8	-0.3	-0.6%

2000 Landrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Landrat ist die gesetzgebende Behörde des Kantons Basel-Landschaft. Er erlässt alle wichtigeren Bestimmungen in der Form des Gesetzes. Ausführende Bestimmungen kann er in der Form des Dekrete erlassen, soweit ein Gesetz dies ausdrücklich vorsieht.

Der Landrat übt die Oberaufsicht über alle Behörden und Organe aus, die kantonale Aufgaben wahrnehmen. Die Oberaufsicht ist ein Element der Gewaltenteilung. Sie dient der Machthemmung und der Machtausbalancierung im Staat.

Im Weiteren genehmigt der Landrat Staatsverträge, deren Abschluss nicht in die alleinige Kompetenz der Regierung fallen, und die grundlegenden Planung der staatlichen Tätigkeiten, etwa das Regierungsprogramm und den Finanzplan. Er beschliesst die kantonalen Richtpläne, entscheidet über neue finanzielle Ausgaben, setzt das jährliche Budget fest, nimmt die Staatsrechnung ab, übt die Mitwirkungsrechte aus, die den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumt werden, wählt u.a. die Mitglieder der kantonalen Gerichte, verleiht das Kantonsbürgerrecht an Ausländerinnen und Ausländer und gewährt schliesslich auch Begnadigungen und Amnestieerteilungen.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'282'700	1'224'000	1'278'000	54'000	4%	
305	Arbeitgeberbeiträge	65'206	73'030	73'912	882	1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	8	2'000	2'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	20'214	40'000	40'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	226'995	272'000	258'000	-14'000	-5%	
341	Realisierte Kursverluste	13					
	Total Aufwand	1'595'135	1'611'030	1'651'912	40'882	3%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'595'135	1'611'030	1'651'912	40'882	3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Fraktionsentschädigungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	104'500	120'000	135'000	15'000	13%	
Gemeindebeitrag Präsidentenfest	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	35'000	30'000	15'000	-15'000	-50%	
Total Transferaufwand			139'500	150'000	150'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			139'500	150'000	150'000	0	0%	

2001 Regierungsrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Regierungsrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons. Er besteht aus fünf Mitgliedern. Jedes Mitglied steht einer Direktion vor. Der Regierungsrat bestimmt die wichtigen Ziele und Mittel des staatlichen Handelns. Er plant und koordiniert die staatlichen Tätigkeiten und legt dem Landrat Entwürfe zu Verfassungsänderungen, Gesetzen und Dekreten zum Beschluss vor. Er erlässt Verordnungen auf der Grundlage und im Rahmen der Gesetze und Staatsverträge.

Der Regierungsrat beaufsichtigt die anderen Träger öffentlicher Aufgaben, sorgt für eine rechtmässige und wirksame Verwaltungstätigkeit und bestimmt im Rahmen von Verfassung und Gesetz die zweckmässige Organisation der kantonalen Verwaltung. Der Regierungsrat entscheidet nach Massgabe des Gesetzes über Verwaltungsbeschwerden und versagt Erlassen die Anwendung, wenn sie dem Bundesrecht oder kantonalen Verfassungs- oder Gesetzesrecht widersprechen. Zu den Aufgaben des Regierungsrats gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zudem vertritt er den Kanton nach innen und nach aussen und pflegt die Beziehungen mit den Behörden des Bundes und anderer Kantone. Er schliesst im Rahmen seiner Zuständigkeit endgültig Staatsverträge sowie Verwaltungsvereinbarungen ab, verleiht das Kantonsbürgerrecht an Schweizerinnen und Schweizer und nimmt Wahlen vor, soweit diese nicht anderen Organen übertragen sind. Weitere Zuständigkeiten können dem Regierungsrat durch Gesetz eingeräumt werden.

Ein Kernelement der auslaufenden Legislatur 2012-2015 ist die Baselbieter Wirtschaftsoffensive. Der Regierungsrat hat seine Ziele, seine Massnahmen, seinen Finanzplan und seine Investitionsplanung darauf ausgerichtet, die Vision eines pulsierenden Wirtschafts- und Bildungsstandortes Basel-Landschaft umzusetzen. Bis 2018 soll der Ertrag aus Unternehmenssteuern um 50 Prozent gesteigert werden. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, betreibt der Kanton eine aktive Arealentwicklung und eine offensive Standortpolitik. Die Anstrengungen tragen bereits erste Früchte. Erschwert wird die Zielerreichung allerdings durch die anstehende Unternehmenssteuerreform des Bundes (USR III), mit welcher auch eine steuerliche Entlastung der Unternehmen angestrebt wird.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'455'719	1'455'719	1'455'719	0	0%	
304	Zulagen	4'942	9'225	7'907	-1'318	-14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	284'583	330'507	340'460	9'952	3%	
310	Material- und Warenaufwand			2'000	2'000		X
313	Dienstleistungen und Honorare	69'043	20'000	15'000	-5'000	-25%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	224'985	210'000	190'000	-20'000	-10%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	217'390	140'000	160'000	20'000	14%	
341	Realisierte Kursverluste	131					
426	Rückerstattungen	-321'451	-200'000	-180'000	20'000	10%	
	Total Aufwand	2'256'792	2'165'451	2'171'085	5'635	0%	
	Total Ertrag	-321'451	-200'000	-180'000	20'000	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'935'341	1'965'451	1'991'085	25'635	1%	

2002 Landeskantlei

Auftrag und Zielsetzungen

Die Landeskantlei vereint unter einem Dach die Stabsstellen von Regierungsrat und Landrat. Ihre Einheiten „Regierungsgeschäfte“ und „Parlamentsdienste“ unterstützen die beiden Behörden in ihrer politische Führungsaufgabe.

Die Aufgaben, die sich einem Staat heute stellen, lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament einen engen Austausch und eine gute Zusammenarbeit pflegen. Die Landeskantlei kann dank ihrer Organisation einen nicht unbeachtlichen Beitrag zur Kooperation von Exekutive und Legislative leisten. .

Die unter der Führung des Landschreibers in einer Behörde zusammengefassten Stabsstellen der Regierung und des Parlaments können sich zudem auf die Leistungen gemeinsamer interner Stabsstellen wie der Personalbetreuung, des Rechnungswesens oder der IT-Abteilung verlassen, was wiederum erlaubt, dass die Landeskantlei ihre Leistungen kostengünstig erbringt

Der Landeskantlei sind weitere Aufgaben übertragen, die sich nicht direkt aus der Aufgabe der Betreuung von Parlament und Regierung ergeben. So obliegen ihr die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen und eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen sowie die Übernahme von Repräsentationspflichten und die Betreuung kantonaler Publikationen, besonders des Internetauftritts und der kantonalen Gesetze in der Gesetzessammlung sowie des Amtsblatts des Kantons und der Personalnachrichten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'534'144	2'482'441	2'553'889	71'448	3%	
304	Zulagen	44'069	31'248	44'599	13'352	43%	
305	Arbeitgeberbeiträge	680'094	470'460	464'001	-6'459	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	8'039	13'000	16'000	3'000	23%	
310	Material- und Warenaufwand	590'299	553'000	575'500	22'500	4%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	42'115	63'200	96'100	32'900	52%	
313	Dienstleistungen und Honorare	214'818	303'000	264'000	-39'000	-13%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgieb	69'515	35'000	25'000	-10'000	-29%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	27'189	24'800	23'300	-1'500	-6%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	641	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-62'148	-55'000	-55'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-438'670	-460'000	-445'300	14'700	3%	
440	Zinsertrag	-5					
	Total Aufwand	4'210'922	3'977'149	4'063'389	86'240	2%	
	Total Ertrag	-500'823	-515'000	-500'300	14'700	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'710'099	3'462'149	3'563'089	100'940	3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Trinationaler Raum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	142'426	167'863	142'040	-25'823	-15%	
Leistungen für Gemeinden	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-52'100	-54'000	-52'100	1'900	4%	
Oberrhein Kooperation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	454'616	449'402	435'845	-13'557	-3%	
Interreg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	164'747	250'000	250'000	0	0%	
Interkantonale Zusammenarbeit	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	151'716	155'000	162'000	7'000	5%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-139'135	-133'650	-143'000	-9'350	-7%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
E-Government Aktionsplan	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			42'000	42'000		X
Total Transferaufwand			913'505	1'022'265	1'031'885	9'620	1%	
Total Transferertrag			-191'235	-187'650	-195'100	-7'450	-4%	
Transfers (Netto)			722'270	834'615	836'785	2'170	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand	164'747					
Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	17'048					
Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand	343'000					
Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	58'000					
Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	27'936					
Beitrag an TEB 2014-2016	36	Transferaufwand	88'826	95'063	80'440	-14'623	-15%	
Beitrag an Infobest Palmrain 2014-2016	36	Transferaufwand	53'600	72'800	61'600	-11'200	-15%	
Beiträge an Interreg V (2014-2020)	36	Transferaufwand		250'000	250'000	0	0%	
Sammelvorlage IT/Auftritt BL	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	136'296					
Beitrag Kooperationsfond ORK 2015-2018	36	Transferaufwand		19'600	15'400	-4'200	-21%	
Beitrag an Regio Basiliensis 2015-2018	36	Transferaufwand		349'860	349'860	0	0%	
Beitrag an Sekretär ORK 2015-2018	36	Transferaufwand		32'177	25'240	-6'937	-22%	
Beitrag an Sekretariat ORK 2015-2018	36	Transferaufwand		47'765	37'530	-10'235	-21%	
E-Government BL	30	Personalaufwand		150'000		-150'000	-100%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		500'000		-500'000	-100%	
		Total		650'000		-650'000	-100%	
E-Government BL Modul 1	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			500'000	500'000		X 1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			889'453	1'517'265	1'320'070	-197'195	-13%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			889'453	1'517'265	1'320'070	-197'195	-13%	

1 Während im Jahr 2015 der Lohnaufwand für die Projektleitung und die Projektassistenz noch als Teil des eGovernment-Verpflichtungskredits budgetiert wurde, sind diese Lohnkosten für 2016 unter der Budgetposition Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals erfasst worden. Entsprechend sinkt die Belastung aus Verpflichtungskrediten um den verschobenen Betrag.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.2	22.1	22.1	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2002.006 eGovernment und neuer Internetauftritt

IT-gestützte Auftritte der Kantone sind heute eine Visitenkarte ihrer Träger und ebenso ein Erfordernis der Zeit hinsichtlich Information und Geschäftserledigung. Im Zeitalter von Facebook, WhatsApp, eBanking und ePayment wollen immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Information über die Angebote und Leistungen des Staates via Internet abrufen und ihre Geschäfte mit dem Staat ebenso elektronisch erledigen, wie sie dies vom Online Shopping und von Internet-Banking her kennen. Damit ist auch die Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft gezwungen, ihr Angebot in diesem Bereich laufend zu erneuern und zu erweitern. 2016 soll ein wichtiges Jahr in der Umsetzung der Kommunikation wie der Auftragsbearbeitung über das Internet werden. Die Landeskanzlei strebt an, 2016 eine neue rundum erneuerte Homepage des Kantons aufzuschalten. Parallel dazu und gewissermassen auch als eine Anwendung des neuen Internet-Auftritts wird das Projekt eGovernment vehement vorangetrieben. Im Jahr 2016 sollen die Konturen des früher oft gescholtenen eGovernment des Kantons sichtbar werden. Das bereits bestehende Angebot soll erweitert werden, dessen Auffindbarkeit deutlich verbessert. Ebenfalls zu Beginn des Jahres 2016 wird das neue CD-Konzept, das die Landeskanzlei für den Kanton entwickelt, in Kraft treten. Erste Schritte zur Umsetzung sollen 2016 erfolgen. Der neue Internet-Auftritt wird eine der ersten weit herum sichtbare Anwendung des neuen Konzepts sein.

2002.007 Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die Verstärkung der Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen erfolgt im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz, welche die regionale Zusammenarbeit aus einer integrierten Gesamtsicht koordiniert und weiterentwickelt. Im Vordergrund stehen die Prüfung von Möglichkeiten zur systematischen Identifizierung und Umsetzung von Kooperationspotentialen und die Sicherstellung der Transparenz und des Einbezugs aller Nordwestschweizer Kantone in die Strukturen. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegt der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit in Projekten und der Konsolidierung der Strukturen. Die Schweizer Partner treten in der Zusammenarbeit weitestgehend geschlossen auf und vereinbaren gemeinsame Ziele und Anliegen zur Behandlung und Umsetzung. Die Vertiefung der bikantonalen Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgt im Rahmen der Partnerschaftsgefässe.

2003 Staatsarchiv

Auftrag und Zielsetzungen

Archivierung macht staatliches Handeln nachvollziehbar, dient der Rechtsstaatlichkeit, schafft Transparenz gegenüber der Bevölkerung und ermöglicht wissenschaftliche Forschung. Das Staatsarchiv ist das zentrale Archiv der Kantonsverwaltung. Als Fachstelle unterstützt es die kantonalen Dienststellen bei der Aktenführung und entscheidet darüber, welche Unterlagen aus rechtlichen oder historischen Gründen aufbewahrt werden müssen. Zudem ist es Kompetenzzentrum in Fragen der elektronischen Archivierung.

Als "Gedächtnis des Kantons" sorgt es für die fachgerechte langfristige Aufbewahrung, Erschliessung und Vermittlung von archivischem Kulturgut auf allen Datenträgern. Die Bestände des Staatsarchivs reichen vom 13. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Schwerpunkt bilden die Unterlagen seit der Kantonsgründung im Jahr 1832. Daneben befinden sich im Staatsarchiv auch Unterlagen von Privaten (Einzelpersonen, Firmen, Vereine), Fotografien, Karten, Pläne und Zeitungen. Das Staatsarchiv ist öffentlich und für alle Interessierten zugänglich.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'042'231	993'553	954'668	-38'885	-4%	
304	Zulagen	10'676	10'676	6'325	-4'351	-41%	
305	Arbeitgeberbeiträge	223'696	205'987	191'318	-14'669	-7%	
309	Übriger Personalaufwand	3'051	5'000	2'000	-3'000	-60%	
310	Material- und Warenaufwand	31'694	40'000	25'000	-15'000	-38%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	25'564	30'000	26'000	-4'000	-13%	
313	Dienstleistungen und Honorare	91'942	101'500	61'000	-40'500	-40%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'340	4'500	4'000	-500	-11%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'392	4'500	3'000	-1'500	-33%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	119					
341	Realisierte Kursverluste	-1					
424	Benützunggebühren und Dienstleistungen	-62'831	-70'000	-70'000	0	0%	
429	Übrige Entgelte	-30					
	Total Aufwand	1'436'704	1'395'716	1'273'311	-122'405	-9%	
	Total Ertrag	-62'861	-70'000	-70'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'373'844	1'325'716	1'203'311	-122'405	-9%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag Archiv ehem. Fürstbistum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	110'000	100'000		-100'000	-100%	1
Beitrag GRK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'000	7'000	7'000	0	0%	
Beitrag KOST	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'897					
Total Transferaufwand			127'897	107'000	7'000	-100'000	-93%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			127'897	107'000	7'000	-100'000	-93%	

1 Strategiemassnahme KB-WOM-4

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.2	8.2	8.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2003.001 Elektronische Aktenführung

Förderung der elektronischen Vorgangsbearbeitung in der Verwaltung (Strategieentwicklung, Beratung) Sicherstellung der langfristigen Archivierung von elektronischen Daten und Unterlagen aus den Applikationen der Verwaltung

2003.003 Bewirtschaftung der Archivbestände

Archivische Aufarbeitung, Bewertung, Erschliessung, Verdichtung zwecks schneller Verfügbarkeit und wirtschaftlicher Raumnutzung

2003.004 Archivbenutzung

Effiziente und erfolgreiche Rückgriffe der Verwaltung und der interessierten Bevölkerung auf archivierte Unterlagen im Rahmen des Informations- und Datenschutzgesetzes

2004 Finanzkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzkontrolle, das Fachorgan der Finanzaufsicht, stellt in Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Oberaufsichtsbehörden eine wirksame Kontrolle über den staatlichen Finanzhaushalt sicher.

Sie erbringt für das Parlament und die Exekutive unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern.

Sie arbeitet fachlich selbständig und unabhängig. Mit den Regierungs- und Verwaltungsstellen sowie mit den parlamentarischen Kommissionen verkehrt sie direkt.

Mit ihrer Tätigkeit will sie das Vertrauen des Volkes und der Steuerzahler zum Staat fördern, indem sie sich einsetzt für eine gesetzes- und zweckkonforme sowie wirtschaftliche Verwendung staatlicher Mittel; ebenso sorgt sie für eine transparente und nachvollziehbare Rechnungslegung des öffentlichen Finanzhaushaltes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'523'125	1'629'779	1'615'058	-14'721	-1%	
304	Zulagen	10'542	12'554	11'860	-694	-6%	
305	Arbeitgeberbeiträge	284'670	337'563	323'160	-14'403	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	16'248	20'000	20'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	2'720	4'400	4'300	-100	-2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	11'508	15'250	15'000	-250	-2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	16'284	67'000	56'800	-10'200	-15%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'279	6'000	5'500	-500	-8%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'180	14'200	13'000	-1'200	-8%	
426	Rückerstattungen	-116'250	-110'000	-120'000	-10'000	-9%	
	Total Aufwand	1'879'556	2'106'746	2'064'678	-42'068	-2%	
	Total Ertrag	-116'250	-110'000	-120'000	-10'000	-9%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'763'306	1'996'746	1'944'678	-52'068	-3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'316	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferaufwand			4'316	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			4'316	5'000	5'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.6	10.8	10.8	0.0	0.0%

2005 Ombudsman

Auftrag und Zielsetzungen

Der Ombudsman wird vom Landrat gewählt. Als unabhängige Vertrauensperson und Vermittler steht er der Bevölkerung bei Problemen mit Behörden und Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden sowie mit privaten Institutionen, die in Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben hoheitlich handeln, kostenlos zur Verfügung. Der Ombudsman erteilt Rat und hilft Streitfälle schlichten.

Der Ombudsman wirkt in erster Linie auf ein gütliches Einvernehmen hin. Er erfüllt diese Aufgabe, indem er über die Rechtmässigkeit, Korrektheit und Zweckmässigkeit der Verwaltung in Kanton und Gemeinden sowie der Justizverfahren wacht und dabei die Verwaltung und die Justiz zu bürgerfreundlichem Verhalten anregt und sie vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützt.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	323'398	364'083	301'936	-62'148	-17%	1
304	Zulagen	4'349	4'349	4'349	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	95'752	80'980	67'000	-13'980	-17%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	4'992	7'200	3'900	-3'300	-46%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'987	6'000	3'000	-3'000	-50%	
313	Dienstleistungen und Honorare		800	500	-300	-38%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	1'401	1'500	1'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	767	3'300	2'500	-800	-24%	
	Total Aufwand	432'646	469'212	385'684	-83'528	-18%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	432'646	469'212	385'684	-83'528	-18%	

1 Reduktion budgetierten Stellen und Streichung der Volontariatsstelle (Strategiemassnahme KB -WOM-1a)

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	828	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferaufwand			828	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			828	1'000	1'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.0	2.0	1.7	-0.3	-15.0%

Strategiemassnahme KB-WOM-1a

2006 Aufsichtsstelle Datenschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Datenschutzbeauftragte ist verpflichtet die unabhängige Aufsicht über den Umgang mit Informationen und das Bearbeiten von Personendaten durch öffentliche Organe gemäss internationalem, nationalem und kantonalem Recht zu gewährleisten.

Die Aufsichtsstelle setzt sich für den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Personen ein, deren Daten von öffentlichen Organen bearbeitet werden (Datenschutz). Zudem setzt sie sich dafür ein, dass Privatpersonen ihr Recht auf Informationszugang wahrnehmen können (Öffentlichkeitsprinzip).

Der Zuständigkeitsbereich der Aufsichtsstelle ist im Informations- und Datenschutzgesetz wie folgt definiert:

- Organisationseinheiten des Kantons und der Gemeinden, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen;
- die Organisationseinheiten der juristischen Personen des kantonalen und kommunalen öffentlichen Rechts, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen;
- Private, soweit ihnen von Kanton oder Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen sind.

Zu den Aufgaben der Aufsichtsstelle gehören im Wesentlichen:

- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (sog. Datenschutz-Audits)
- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden in den Bereichen Datenschutz, Informationssicherheit und Öffentlichkeitsprinzip
- Vorabkontrolle von Projekten, die eine Bearbeitung von Personendaten vorsehen (insb. IT-Projekte).
- Beratung von Privatpersonen, die von einer Datenbearbeitung durch öffentliche Organe betroffen sind.
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen
- Erlass von förmlichen Empfehlungen und Weisungen
- Laufende Beobachtung der aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip
- Stellungnahme zu Erlassen, die für das Öffentlichkeitsprinzip oder den Datenschutz relevant sind.
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der politischen Organe und der öffentlichen Organe
- Berichterstattung
- Zusammenarbeit mit Organen der Gemeinden, der anderen Kantone, des Bundes und des Auslands, welche die gleichen Aufgaben erfüllen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals		651'935	612'838	-39'097	-6%	
304	Zulagen		5'140	3'163	-1'977	-38%	
305	Arbeitgeberbeiträge		130'518	136'884	6'366	5%	
309	Übriger Personalaufwand		10'000	12'000	2'000	20%	
310	Material- und Warenaufwand		24'000	20'500	-3'500	-15%	
313	Dienstleistungen und Honorare		60'500	62'000	1'500	2%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggeb		3'000	3'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen		17'000	12'000	-5'000	-29%	
	Total Aufwand		902'093	862'385	-39'708	-4%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)		902'093	862'385	-39'708	-4%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kantonsbeitrag Datenschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		3'500	3'500	0	0%	
Total Transferaufwand				3'500	3'500	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)				3'500	3'500	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen		4.0	4.0	0.0	0.0%

Beitrag zu strategischen Zielen

Das strukturelle Defizit im Finanzhaushalt des Kantons Basel-Landschaft muss in den nächsten Jahren mit erster Priorität dauerhaft und nachhaltig beseitigt werden. Dazu hat der Regierungsrat im Juli 2015 eine Finanzstrategie mit 132 Massnahmen vorgestellt, welche den Staatshaushalt bis 2019 mit insgesamt CHF 188 Mio. entlasten sollen. Die Massnahmen umfassen Optimierungen und Synergiegewinne bei der Erbringung öffentlicher Leistungen, zielgerichtete Beiträge, die Aufhebung einzelner Leistungsaufträge, verwaltungsinterne Effizienzsteigerungen sowie die Ausschöpfung von bisher nicht genutztem Ertragspotenzial. In der kantonalen Verwaltung werden mittelfristig Stellen abgebaut und ab 2016 die Löhne um ein Prozent gesenkt. Das strukturelle Defizit in der Erfolgsrechnung des Kantons Basel-Landschaft beträgt CHF 113 Mio. Werden die Investitionen hinzugerechnet und ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent als Zielgrösse angestrebt, beträgt die Lücke CHF 188 Mio.

Der Regierungsrat und die Finanz- und Kirchendirektion sind entschlossen, das Haushaltsdefizit mit der vorgestellten Finanzstrategie 2016 - 2019 nachhaltig zu beseitigen. Die Saldoentlastung soll nicht durch ein einmaliges Sparpaket, sondern durch eine kontinuierliche Saldoentlastung erreicht werden. Mit jedem künftigen Budget wird der Regierungsrat dem Landrat auch Massnahmen unterbreiten, damit Aufgaben und Finanzen jeweils über einen Planungszeitraum von vier Jahren ins Gleichgewicht gebracht werden können.

Als weiterer zentraler Beitrag der Finanz- und Kirchendirektion zum strategischen Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" steht auch im Jahr 2016 die Stärkung der finanziellen Steuerung. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Systematisierung, eine Priorisierung und eine Konsolidierung einzelner bestehender und künftiger Projekte und Massnahmen. Die finanzielle Steuerung wird auf der mittelfristigen Ebene gestärkt, indem ab der Jahresplanung 2017 ergänzend zum Budget die drei darauffolgenden Finanzplanjahre in der gleichen Planungsqualität wie das Budget zusammengestellt werden. Als Taktgeber für alle Arbeiten in diesem Bereich gilt die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Parallel dazu stehen drei Teilprojekte im Vordergrund: die Etablierung eines integrierten vierjährigen Aufgaben- und Finanzplans (AFP), die Optimierung der Rechnungslegung und die Verbesserung der Haushaltssteuerung.

Die Stärkung der finanziellen Steuerung unterstützt die nachhaltige Finanzpolitik des Regierungsrates. Diese strebt nach einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt, einer ausreichenden Selbstfinanzierung der Investitionen, einer tragbaren Schuldenlast und der Substanzerhaltung von Vermögenspositionen, um das gewünschte Leistungsniveau aufrecht halten zu können.

Die Steuerverwaltung wird auch im Jahr 2016 die Vorbereitungen für die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform (USR) III weiter vorantreiben. Damit sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft verbessert werden. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsoffensive und damit zum strategischen Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung".

Bis in zwei Jahren sollen alle Baselbieter Gemeinden in sechs oder sieben Regionalkonferenzen zusammenarbeiten und ihre Sachgeschäfte koordinieren. So sieht es der Kanton im neuen Gesetz zu den Gemeindestrukturen vor. Die Regionalkonferenzen, die im Jahr 2016 entstehen sollen, werden als Koordinations- und als Kommunikationsplattformen dienen, auf welcher die Gemeinden ihre Kooperationen intensivieren, professionalisieren und dabei sich selbst entlasten können. Ein Geschäftsführer soll dereinst in jeder Region die gemeinsamen Geschäfte koordinieren, einen effizienten Ablauf gewährleisten und für einen regelmässigen Kontakt und Informationsaustausch mit dem Kanton sorgen.

Gesamtübersicht Budget

Die Ertragsseite des Budgets der Finanz- und Kirchendirektion ist stark beeinflusst durch die Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurs vom 15. Januar 2015 und der Auswirkung auf die konjunkturelle Entwicklung. Für das Gesamtjahr 2015 rechnet BAK Basel mit einem Schweizer BIP-Wachstum von +0.6% und für das Budgetjahr 2016 wird eine Beschleunigung des BIP-Wachstums auf +1.5% erwartet. Im Budget 2015 rechnete man noch mit einem Wachstum von +2.2%. Somit wurden die Steuererträge in der Vorjahresplanung zu hoch eingeschätzt. Aufgrund der eingetrübten Wirtschaftsaussichten fallen die prognostizierten Steuererträge um CHF 28 Mio. tiefer aus als im Vorjahresbudget.

Im Budget wird der Anteil am Reingewinn der SNB zur Hälfte berücksichtigt, was die Hauptursache für den Rückgang von CHF 11.8 Mio. bzw. 50% bei der Kontengruppe 41 Regalien und Konzessionen darstellt. Erfahrungsgemäss und besonders seit der Aufhebung des Mindestkurses zwischen Franken und Euro, besteht bei diesem Budgetposten (Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank) ein grosses Prognoserisiko. Mit dem Einsetzen des halben Betrags wird die Risikosituation entsprechend beachtet.

Beim Transferertrag resultiert bei der FKD insgesamt ein Rückgang gegenüber Budget 2015 von CHF 1.1 Mio. Dies resultiert darin, dass sich im Jahr 2014 die Erträge aus der Direkten Bundessteuer, wie beim Bund, deutlich schlechter entwickelt haben als angenommen. Die Prognosen gegenüber dem überschätzten Budgetwert 2015 mussten daher um CHF 10 Mio. nach unten angepasst werden. Des Weiteren hat sich der Ressourcenindex 2015 des Kantons Basel-Landschaft gegenüber dem Vorjahr von 100.1 auf 97.6 gesenkt. Damit wechselt der Kanton in die Gruppe der Ressourcenschwachen Kantone und wird zum Beitragsempfänger. Nach den letztjährigen Ausgleichszahlungen von CHF 0.7 Mio., welche der Kanton zu leisten hatte, erhält er 2016 ein Ausgleich von CHF 8.2 Mio. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Entlastung von rund CHF 8.9 Mio. Auf der Ertragsseite ist ferner der Wegfall der im Vorjahr budgetierten Rückforderung des Arbeitnehmendenbeitrags der Spitalbetriebe an die Sanierung der BLPK (CHF 5.9 Mio. a.o. Ertrag) zu verkräften.

Die Aufwandseite des Budgets ist durch die Umsetzung der Strategiemassnahmen geprägt. Die von der Regierung in der Finanzstrategie vom Juli 2015 beschlossene Lohnkürzung von 1% auf den gesamten Personalaufwand des Kantons (Strategiemassnahme Dir-WOM-3), wird bis zur definitiven Beschlussfassung durch den Landrat im Dezember 2015, vorerst zentral im Personalamt eingestellt. Die Lohnkürzung von 1% beträgt für den ganzen Kanton CHF 6 Mio.

Die Abnahme des Transferaufwands um CHF 4.6 Mio. ist ebenfalls auf Strategiemassnahmen zurückzuführen. Durch den Verzicht auf die Rückerstattung der Kantonsentlastung bei den Ergänzungsleistungen aus den Jahren 2011-2014 an die Gemeinden aufgrund der Pflegenormkosten resultiert eine Entlastung von CHF 15 Mio. (FKD-WOM-16). Des Weiteren ist geplant im Rahmen der Prämienverbilligung die Strategiemassnahme FKD-WOM-4a „Senkung der monatlichen Richtprämie für alle Kategorien um CHF 15“ umzusetzen, welche eine Reduktion des Transferaufwands von CHF 8.4 Mio. mit sich bringt. Auch strukturelle Faktoren beeinflussen den Transferaufwand: Im Rahmen von HarmoS haben die Gemeinden per 1. August 2015 das 6. Primarschuljahr übernommen. Der Kanton hatte im 2015 demzufolge zur Kompensation dieser Aufgabenverschiebungen einen anteiligen Kompensationsbetrag für 5 Monate eingestellt. Im 2016 wird der Kompensationsbetrag für das ganze Jahr budgetiert, was eine Zunahme des Transferaufwands von rund CHF 20.4 Mio. ergibt.

Im Rahmen der Reform BLPK wurde die Restschuld gegenüber der Pensionskasse einmalig bis zur kompletten Tilgung zu einem technischen Zinssatz von 3% verzinst. Diese fällt im 2016 weg, was bei der Kontengruppe 34 Finanzaufwand zu einer Aufwandminderung gegenüber Budget 2015 von CHF 12 Mio. führt.

Neu wird in der Finanz- und Kirchendirektion die Dienststelle „2108 Zentrale Informatik“ geführt. Sie resultiert aus der Ausgliederung und Zusammenführung der Aufgaben der beiden ehemaligen Abteilungen „Informatikplanung und -koordination“ sowie „Zentralen Informatikdienste“ des Generalsekretariats FKD (Dienststelle 2100). Die Ausgliederung erfolgt saldoneutral.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	45'378'906	46'604'471	40'482'595	-6'121'876	-13%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	41'481'176	42'143'187	40'178'088	-1'965'099	-5%
34 Finanzaufwand	29'959'496	55'860'738	44'474'100	-11'386'638	-20%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	23'114'519	21'440'000	21'840'000	400'000	2%
36 Transferaufwand	397'248'371	452'498'899	447'948'519	-4'550'380	-1%
37 Durchlaufende Beiträge	28'200'390	27'300'000	28'600'000	1'300'000	5%
38 Ausserordentlicher Aufwand	1'509'146'756	0		0	-100%
40 Fiskalertrag	-1'617'620'875	-1'687'755'000	-1'659'950'000	27'805'000	2%
41 Regalien und Konzessionen	-217'669	-23'530'000	-11'690'000	11'840'000	50%
42 Entgelte	-14'930'964	-15'613'500	-15'534'200	79'300	1%
43 Verschiedene Erträge	-1'139'912	-938'860	-700'000	238'860	25%
44 Finanzertrag	-73'784'245	-73'458'800	-74'227'650	-768'850	-1%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-130'058	-40'000	-40'000	0	0%
46 Transferertrag	-303'362'129	-350'264'000	-349'184'800	1'079'200	0%
47 Durchlaufende Beiträge	-28'200'390	-27'300'000	-28'600'000	-1'300'000	-5%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-459'445'986	-5'930'000		5'930'000	100%
49 Interne Fakturen	-22'454	-21'127	-26'816	-5'689	-27%
Total Aufwand	2'074'529'613	645'847'295	623'523'302	-22'323'994	-3%
Total Ertrag	-2'498'854'683	-2'184'851'287	-2'139'953'466	44'897'821	2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-424'325'069	-1'539'003'992	-1'516'430'164	22'573'827	1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	327.7	371.5	370.8	-0.7	-0.2%

In der Finanz- und Kirchendirektion wird mit Budget 2016 die neue Dienststelle „Zentrale Informatik“ geschaffen. Diese resultiert aus der Ausgliederung und Zusammenführung der Aufgaben der beiden ehemaligen Abteilungen „Informatikplanung und -koordination“ sowie „Zentralen Informatikdienste“ des Generalsekretariats FKD. Insgesamt resultiert aus dem Transfer der Stellen eine Abnahme von 0.3 Sollstellen.

Des Weiteren werden im Rahmen von diversen Massnahmen in der Finanz- und Kirchendirektion insgesamt 7.2 Stellen im Budget 2016 abgebaut. Dagegen erfolgt in der Steuerverwaltung, der Zentralen Informatik sowie im Personalamt eine Zunahme von total 7.6 Stellen.

0.8 Stellen werden vom Dienstleistungszentrum des Personalamts zur HR -Abteilung der Polizei zurück transferiert, was eine entsprechende Abnahme zur Folge hat.

Die Details gehen aus den Kommentaren bei den entsprechenden Dienststellen hervor.

2100 Generalsekretariat FKD

Auftrag und Zielsetzungen

Mit Beschluss vom 2. Dezember 2014 (2014-1871) hatte der Regierungsrat einer Reorganisation der Zentralen Informatik und damit des Generalsekretariats der Finanz- und Kirchendirektion zugestimmt. Die Aufgaben der bisherigen Informatikplanung und -koordination [IPK] und der Zentralen Informatikdienste [ZID] wurden zu folgedessen als „Zentrale Informatik“ zusammengeführt, aus dem Generalsekretariat herausgelöst und auf Ebene Dienststelle bei der FKD angesiedelt.

Das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion nimmt als zentrale Stabsstelle der Querschnittsdirektion FKD neben den klassischen internen Aufgaben auch vielfältige direktionsübergreifende sowie bürger- und gemeinderelevante Aufgaben wahr. Es dient in der Beratung, Unterstützung und Koordination nicht nur den Organen der Finanz- und Kirchendirektion, sondern auch zahlreichen Organen der gesamten Verwaltung im Interesse der effizienten und effektiven Aufgabenerfüllung.

Die Aufgabenschwerpunkte des Generalsekretariats bilden Information und Kommunikation nach innen und aussen und in übergeordneten Gremien, die HR-Beratung innerhalb der Finanz- und Kirchendirektion, Vorbereitungsarbeiten auf dem Gebiet der Gesetzgebung sowie Beschwerdefunktionen im Verwaltungsverfahren. Daneben dient das Generalsekretariat als Fachzentrum in allgemeinen Gemeindefragen, insbesondere in rechtlicher Hinsicht, und ist zuständig für Fragen, die kirchliche Angelegenheiten und die Medienpolitik des Kantons betreffen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	43'711	35'000	35'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'981'859	10'606'709	1'061'235	-9'545'474	-90%	1,2
304	Zulagen	131'002	126'205	15'815	-110'390	-87%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	1'642'008	1'911'489	224'600	-1'686'889	-88%	1
309	Übriger Personalaufwand	164'363	278'549	8'500	-270'049	-97%	1
310	Material- und Warenaufwand	327'218	325'500	141'500	-184'000	-57%	1,3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	5'031'386	3'256'547	1'800	-3'254'747	-100%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	12'987'199	9'537'882	104'000	-9'433'882	-99%	1,4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'888'565	2'066'001		-2'066'001	-100%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	34'196	38'700	15'000	-23'700	-61%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	121'262	106'680	33'000	-73'680	-69%	1,5
341	Realisierte Kursverluste	4'327					
410	Regalien	-45'362	-80'000	-50'000	30'000	38%	
412	Konzessionen	-172'308	-250'000	-200'000	50'000	20%	6
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'300					
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-222'164					
425	Erlös aus Verkäufen	-905'657	-737'200		737'200	100%	1
439	Übriger Ertrag	-4'260					
	Total Aufwand	31'357'096	28'289'262	1'640'450	-26'648'812	-94%	
	Total Ertrag	-1'351'050	-1'067'200	-250'000	817'200	77%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	30'006'046	27'222'062	1'390'450	-25'831'612	-95%	

- 1 Die grossen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus der Ausgliederung der Zentralen Informatik aus dem Generalsekretariat.
- 2 Einsparungen von rund CHF 50'000 aufgrund Mutationsgewinnen und Wegfall einer befristeten Stelle.
- 3 Einsparung von insgesamt CHF 35'000 (Strategiemassnahme FKD -OM-1 "Reduktion Anzahl und des Standards der gedruckten Berichte - Jahresbericht, Jahresplanung und Finanzplan" von CHF 18'000 sowie der Strategiemassnahme Dir-WOM-1 "Reduktion Material- und Warenaufwand" von CHF 17'000).
- 4 Einsparung von CHF 33'000 gemäss Umsetzung der Strategiemassnahme Dir -WOM-4 "Kürzung Dienstleistungen und Honorare um 25%".
- 5 Einsparung von insgesamt CHF 27'000 gemäss Strategiemassnahme Dir -WOM-5 "Abschaffung Beitrag an Betriebsanlässe von CHF 100 pro Person und Jahr" in der FKD.
- 6 Aufgrund des rückgängigen Umsatzes der Schweizer Rheinsalinen AG sind im 2016 geringere Einnahmen zu erwarten.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	98'406	76'319	30'000	-46'319	-61%	1
Beiträge an Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'090'161	10'008'400	9'835'400	-173'000	-2%	
Total Transferaufwand			10'188'568	10'084'719	9'865'400	-219'319	-2%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			10'188'568	10'084'719	9'865'400	-219'319	-2%	

1 Der bis 2015 im Generalsekretariat budgetierte Jahresbeitrag an die SIK wird im 2016 bei der Zentralen Informatik budgetiert.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Telefonie der Kant Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	433'873					1
ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'151'173	1'350'000		-1'350'000	-100%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'585'047	1'350'000		-1'350'000	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'585'047	1'350'000		-1'350'000	-100%	

1 Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus der Ausgliederung der Zentralen Informatikdienste aus dem Generalsekretariat.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	71.8	85.9	7.9	-78.1	-90.9%

Die grosse Abweichung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus der Ausgliederung der Zentralen Informatik aus dem Generalsekretariat. Das Generalsekretariat verzeichnet seinerseits eine kleine Zunahme um 0.3 aus dem Transfer einer Teilzeitstelle aus der Steuerverwaltung zur Entlastung der HR-Beratung.

Jahresprogramm

2100.015 Teilrevision des Gemeindegesetzes

Aufgrund der überwiesenen Motion Koch (2014 / 146) zur Einführung des Initiativrechts in Gemeinden mit Gemeindeversammlungen ist Anfang 2016 eine Teilrevision des Gemeindegesetzes an die Hand zu nehmen.

2100.016 Teilrevision des Anmeldungs- und Registergesetzes

Die Vernehmlassung zum Entwurf zur Teilrevision des Anmeldungs- und Registergesetzes konnte erst im Dezember 2014 gestartet werden. Trotz der entstandenen Verzögerung sollte der Regierungsrat die Teilrevision im Frühling 2015 dem Landrat vorlegen können. Der Landrat wird das Gesetz anschliessend im Sommer/Herbst 2015 beraten und es voraussichtlich per 1. Januar 2016 in Kraft setzen. Die Gesetzesänderung erweitert den Kreis der zugriffsberechtigten Stellen auf das kantonale Personenregister und regelt Details.

2100.017 Neues Brand- und Elementarschadenpräventionsgesetz

Im zweiten Halbjahr 2015 wird der Regierungsrat den Entwurf des Brand- und Elementarschadenpräventionsgesetzes nach durchgeführter Vernehmlassung zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird das Gesetz im ersten Halbjahr 2016 beraten und es voraussichtlich per 1. Januar 2017 in Kraft setzen. Das Gesetz fasst die bisherigen

Brandschutzmassnahmen mit neu einzuführenden Schutzmassnahmen gegen Elementarschäden in einem Präventionsgesetz zusammen.

2100.018 Änderung der Kantonsverfassung und Gesetz zu den Gemeindestrukturen

Im Herbst 2015 wird der Regierungsrat die Entwürfe zur Änderung der Kantonsverfassung sowie zu einem Gemeindestrukturengesetz zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird die Gesetzesänderung im ersten Halbjahr 2016 beraten und sie voraussichtlich per 1. Januar 2017 in Kraft setzen. Die Verfassungsänderung verankert das Subsidiaritätsprinzip für die Gesetzgebung und verstärkt die Gemeindeautonomie. Das Gemeindestrukturengesetz konsolidiert die Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, führt Regionalkonferenzen für die Gemeindepräsidien ein und ermöglicht die faktische wie auch finanzielle, kantonale Unterstützung bei Gemeindezusammenschlüssen.

2100.019 Projekt Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden

Im Zusammenhang mit dem revidierten kantonalen Finanzausgleich fordern die Gemeinden eine direktionsübergreifende Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Die Vorarbeiten dazu hat ein regierungsrätlich eingesetztes Projektteam, zusammengesetzt aus Verwaltungs- und Gemeindevertreterinnen und -vertretern, anfangs 2015 aufgenommen. 2016 soll mit der Umsetzung des Projekts begonnen werden. Angesichts des Umfangs und der Komplexität der verschiedenen Themenbereiche wird es wohl mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

2101 Fachstelle für Gleichstellung

Auftrag und Zielsetzungen

Gleichstellung für Frauen und Männer Kanton Basel-Landschaft (Gleichstellung BL) unterstützt Behörden, Unternehmen und Bevölkerung in ihrem Auftrag, die von Verfassung und Gesetz verlangte Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen. Information und fachliche Beratung sind die wichtigsten Dienstleistungen des kantonalen Kompetenzzentrums:

- für den Regierungsrat, Kommissionen und kantonale Stellen, indem wir Geschäfte prüfen, Schulungen anbieten, die Zukunftsstrategie Gleichstellung koordinieren und die erzielten Fortschritte dokumentieren und auswerten,
- für Arbeitgebende, Gemeinden, Schulen und Organisationen, die auf Entscheidungsgrundlagen, Ideen oder Instrumente angewiesen sind, um das Gleichstellungsgesetz oder ein Projekt zu realisieren,
- für Parlamentarier und Politikerinnen, Parteien und Medien, die ihre Arbeit auf aktuelle Hintergrundinformationen, erprobte Massnahmen, eine geschlechtersensible Sprache und motivierende Bilder stützen wollen,
- für Privatpersonen, die sich informieren wollen, Materialien und Fachliteratur wünschen oder Auskunft einer spezialisierten Beratungsstelle brauchen.

Ziel ist die Realisierung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung, die Frauen und Männern gleiche Chancen auf Zugang und Mitbestimmung in jedem Lebensbereich ermöglicht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'946	12'000	12'000	0	0%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	316'615	356'900	316'586	-40'314	-11%	2
304	Zulagen	2'965	2'965	3'163	198	7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	56'122	68'748	61'050	-7'697	-11%	
310	Material- und Warenaufwand	50'790	32'000	32'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	164	200	200	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	61'464	41'500	32'000	-9'500	-23%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'335	2'297	1'300	-997	-43%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'234	12'400	9'600	-2'800	-23%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'684	8'000	8'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-178	-500	-500	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-900	-5'000		5'000	100%	3
	Total Aufwand	506'320	537'010	475'899	-61'111	-11%	
	Total Ertrag	-1'078	-5'500	-500	5'000	91%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	505'242	531'510	475'399	-56'111	-11%	

1 Nachfolgegremium KfG.

2 Mit der Auflösung der Kommission für Gleichstellung gemäss Strategiemassnahme FKD -WOM-1 wird u.a. auch deren Sekretariatsstelle aufgehoben. Dies wirkt sich auf den Personalaufwand der Fachstelle für Gleichstellung aus.

3 Die Einnahmen der Kurse zum Gleichstellungsgesetz fallen jedes zweite Jahr an.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
CH-Gleichstellungskonferenz/Zukunftstag	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'288	3'000	5'300	2'300	77%	1
Chancengleichheitspreis	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-10'000		10'000	100%	2
Total Transferaufwand			2'288	3'000	5'300	2'300	77%	
Total Transferertrag				-10'000		10'000	100%	
Transfers (Netto)			2'288	-7'000	5'300	12'300	176%	

1 Beiträge an Schweiz. Konferenz sowie Verein Zukunftstag.

2 2016 endet die bikantonale Preisverleihung.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.5	2.5	2.2	-0.3	-12.0%

Mit der Auflösung der Kommission für Gleichstellung gemäss Strategiemassnahme FKD -WOM-1 wird u.a. auch deren Sekretariatsstelle aufgehoben.

Jahresprogramm

2101.001 Gleichstellungsbericht 2012-2015

Ein umfassender Gleichstellungsbericht wertet die Zielerreichung der Legislaturziele 2012-2015 und direktionsspezifischen Massnahmen aus. Im Fokus sind dabei die drei Schwerpunktbereiche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Innovation und betriebliche Massnahmen. Der Bericht bietet eine faktenbasierte Grundlage für die Weiterentwicklung der kantonalen Gleichstellungspolitik.

2101.002 Zukunftsstrategie Gleichstellung 2016-2019

Auf der Grundlage des Gleichstellungsberichts entwickelt die Fachstelle in Zusammenarbeit mit den Direktionen die gleichstellungspolitischen Schwerpunkte und Massnahmen 2016-2019. Priorisiert werden zudem Handlungsempfehlungen aus dem Demografie- und Armutsbericht und weitere Massnahmen u.a. zur Öffnung der Berufswahl, zur Verhinderung von Diskriminierung im Pflegebereich und zum Abbau von Lohnungleichheiten.

2101.003 Innovationsfaktor Gleichstellung

Jede Innovation in Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern steigert auch die Wohn- und Standortqualität. Gesucht sind die gleichstellungspolitischen Massnahmen und Best Practice in den Gemeinden.

2102 Finanzverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzverwaltung nimmt im Bereich des Staatshaushalts übergeordnete Koordinations- und Steuerungsaufgaben für den Regierungsrat wahr. Der Finanzverwalter und sein Team beraten den Regierungsrat, den Finanzdirektor und die Direktionen in finanz-, volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen. Die Finanzverwaltung gliedert sich in die Bereiche Finanz- und Volkswirtschaft, Controlling und Rechnungswesen. Zu ihren Kernkompetenzen gehören die Steuerung der Planungsprozesse (Regierungsprogramm, Jahresplanung, Finanzplanung) und des Berichtswesens, das Finanzrecht, die Risikopolitik, das IKS sowie die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und -prozesse. Im Rahmen der Steuerung der Finanzstruktur (Vermögen und Verpflichtungen) wird die Zahlungsbereitschaft des Kantons sichergestellt. Die Finanzverwaltung ist zudem Koordinationsstelle für die Partnerschaftsverhandlungen BS-BL, für Versicherungen, Prämienverbilligungen sowie Beteiligungen des Kantons.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'296'929	2'680'045	2'615'017	-65'028	-2%	
304	Zulagen	28'241	23'550	32'616	9'066	39%	
305	Arbeitgeberbeiträge	391'679	486'105	485'454	-651	0%	
309	Übriger Personalaufwand	9'528	25'000	25'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	6'698	8'000	7'700	-300	-4%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'469'614	1'265'600	1'054'945	-210'655	-17%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	11'194	11'000	11'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'732	7'000	7'000	0	0%	
340	Zinsaufwand	29'044'268	54'751'538	42'960'000	-11'791'538	-22%	2
341	Realisierte Kursverluste	772'355					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	25'171	40'000	300'000	260'000	650%	3
349	Verschiedener Finanzaufwand	-2'600'000					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'026'328	1'040'000	1'040'000	0	0%	
411	Schweizerische Nationalbank		-23'200'000	-11'440'000	11'760'000	51%	4
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-651'866	-719'860	-480'000	239'860	33%	5
439	Übriger Ertrag	-411'850	-160'000	-160'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-6'924'052	-3'800'000	-3'450'000	350'000	9%	
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368					
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-50'000	-50'000	-50'000	0	0%	
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-4'064'613	-3'940'000	-4'100'000	-160'000	-4%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-48'618'941	-50'620'000	-50'620'000	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-129'558	-40'000	-40'000	0	0%	
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-500					
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		-5'930'000		5'930'000	100%	6
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-22'454	-21'127	-26'816	-5'689	-27%	
	Total Aufwand	32'486'737	60'337'838	48'538'732	-11'799'106	-20%	
	Total Ertrag	-60'878'202	-88'480'987	-70'366'816	18'114'171	20%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-28'391'465	-28'143'149	-21'828'084	6'315'065	22%	

- 1 Im Rahmen der Umsetzung der Strategiemassnahme Dir -WOM-4 wurden die Dienstleistungen und Honorare in der Finanzverwaltung gekürzt.
- 2 Verzinsung der Restforderung aus Reform BLPK im 2015.
- 3 Jährliche Kommissionen aus Anleihen neu unter Kontogruppe 342 anstatt 340.
- 4 Im Voranschlag wird der Anteil am Reingewinn der SNB zur Hälfte berücksichtigt. Erfahrungsgemäss und besonders seit der Aufhebung des Mindestkurses zwischen Franken und Euro, besteht bei diesem Budgetposten ein grosses Prognoserisiko. Mit dem Einsetzen des halben Betrags wird die Risikosituation entsprechend beachtet.
- 5 Durch die Kündigung des Krankentaggeld-Versicherungsvertrags per Ende 2015, fällt die entsprechende Courtage von insgesamt CHT 170'000 im Budget 2016 weg.
- 6 Die ab 2015 geplante Rückforderung der Spitalbetriebe und dem UKBB, den Arbeitnehmendenbeitrag von 5% sowie die Einsparung bei der Rententeuerung an den Kanton abzutreten, ist nicht realisierbar.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ressourcenausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich	7'583'624	684'000		-684'000	-100%	1
	462	Finanz- und Lastenausgleich			-8'193'000	-8'193'000		X1
Härteausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich	4'264'259	4'264'000	4'051'000	-213'000	-5%	2
Direkte Bundessteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-87'224'406	-106'000'000	-96'000'000	10'000'000	9%	3
Verrechnungssteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-18'687'096	-16'380'000	-17'883'000	-1'503'000	-9%	4
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	460	Ertragsanteile von Dritten	-438'757	-480'000	-257'000	223'000	46%	4
Anteil an Bundessteuern, LSVA	460	Ertragsanteile von Dritten	-12'626'742	-12'790'000	-12'781'000	9'000	0%	
Familienzulagen Landwirte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	624'867	650'000	650'000	0	0%	
Ergänzungsl. zu AHV/IV Renten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	196'113'751	209'900'000	215'350'000	5'450'000	3%	5
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'304'895		-1'300'000	-1'300'000		X6
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-89'635'872	-118'530'000	-112'458'000	6'072'000	5%	7
CO2 Abgabe	369	Verschiedener Transferaufwand	110'892	140'000	140'000	0	0%	
	469	Verschiedener Transferertrag	-399'469	-400'000	-500'000	-100'000	-25%	8
Verwaltungsaufwand SVA für EL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	4'836'320	4'547'000	4'800'000	253'000	6%	
Prämienverbilligung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	115'632'333	111'330'000	106'400'000	-4'930'000	-4%	9
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-77'745'078	-80'964'000	-84'700'000	-3'736'000	-5%	10
Verlustscheine obl. Krankenversicherung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'840'074	9'000'000	10'000'000	1'000'000	11%	11
Verw.Aufwand SVA für Prämienverbilligung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'809'041	1'833'000	1'700'000	-133'000	-7%	
Familienzulagen Nichterwerbstätige	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'849'216	2'800'000	1'990'000	-810'000	-29%	12
Verwaltungsaufwand SVA für FamZulagen NE	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	83'215	126'000	90'000	-36'000	-29%	
Total Transferaufwand			342'747'591	345'274'000	345'171'000	-103'000	0%	
Total Transferertrag			-288'062'315	-335'544'000	-334'072'000	1'472'000	0%	
Transfers (Netto)			54'685'276	9'730'000	11'099'000	1'369'000	14%	

FKD

- 1 Der Ressourcenindex ist für den Kanton Basel-Landschaft von 100.1 auf 97.6 gesunken. Der Kanton Basel-Landschaft wechselt damit in die Gruppe der Ressourcenschwachen Kantone und wird zum Beitragsempfänger.
- 2 Gemäss NFA wird der Härteausgleich gegenüber 2015 um 5% reduziert.
- 3 Im Jahr 2014 haben sich die Erträge aus der Direkten Bundessteuer, wie beim Bund, deutlich schlechter entwickelt als angenommen. Die Prognosen gegenüber dem überschätzten Budgetwert 2015 mussten daher nach unten angepasst werden.
- 4 Gemäss Prognose Bund.
- 5 Der Prognose der SVA liegt für das Jahr 2016 ein Fallwachstum von 2.8% zu Grunde. Im Jahr 2016 erfolgt keine Rentenerhöhung. Der Budgetwert beinhaltet eine Entlastung im Umfang von CHF 1.35 Mio. durch die zwei folgenden Strategiemassnahmen: FKD-OM-3 Erhöhung der Vergütung für Hilflosenentschädigung (CHF 0.88 Mio.) und BKSD -WOM-12 Reduktion im Behindertenbereich (CHF 0.55 Mio.).
- 6 Der Bundesbeitrag an den Verwaltungsaufwand wird neu in der Kontengruppe 461 verbucht. Im Budget 2015 war der Bundesbeitrag noch in der Kontengruppe 463 enthalten.

- 7 Diese Position beinhaltet die Bundesbeiträge an die AHV EL/IV, welche von CHF 44.7 Mio. auf CHF 46.3 Mio. angestiegen sind sowie die Beiträge der Gemeinden. Die Gemeindebeiträge nehmen von CHF 73.82 Mio. auf CHF 66.16 Mio. ab. Im Budget 2015 waren die Gemeindebeiträge auf der Basis der geplanten Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV/IV Neuaufteilung Ergänzungsleistungen (Vernehmlassungsentwurf vom 8. Juli 2014) eingestellt. Im Budget 2016 bemessen sich die Gemeindebeiträge auf der überarbeiteten Teilrevision des Gesetzes. Die mit der Neuaufteilung einhergehenden Kompensationsleistungen sind im Statistischen Amt (Dienststelle 2105) budgetiert und kommentiert.
- 8 Höhere Rückverteilung der CO₂-Abgabe vom Bund an die Kantone und die Gemeinden.
- 9 Durch die Umsetzung der Strategiemassnahme FKD -WOM-4a im Bereich der Prämienverbilligung, welche vorsieht die monatliche Richtprämie für alle Kategorien um CHF 15 zu senken, nimmt der Aufwand um CHF 8.4 Mio. ab. Gleichzeitig resultiert ein Mehraufwand von CHF 3.5 Mio. wegen der erwarteten Zunahme der Fallzahlen bei den EL-beziehenden Personen, denen die KVG-Durchschnittsprämie ausgezahlt werden muss, und dem erwarteten Prämienanstieg (Durchschnitt der Jahre 2011 – 2015 = 4.22%).
- 10 Der Bund passt seine Beiträge zur Prämienverbilligung jährlich an die Kostenentwicklungen im Gesundheitswesen an. Gemäss Hochrechnung des Bundesamts für Gesundheit steigen die Bundesbeiträge um rund CHF 3.7 Mio. an.
- 11 Steigende Fallzahlen und Forderungen der Krankenversicherer führen bei der Übernahme der Verlustscheine der obligatorischen Krankenversicherung zu einer Erhöhung des Aufwands gegenüber dem Budget 2015 um schätzungsweise CHF 1 Mio.
- 12 Die laufende Entwicklung im 2015 weist darauf hin, dass die Familienzulagen für Nichterwerbstätige sich auf einem Niveau von 2 Mio. einpendeln. Auch für die Folgejahre wird damit gerechnet, dass eine Sättigungsgrenze erreicht ist und sich die Zuwachsraten nicht steigern werden.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Umsetzung Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand	127'972	16'550		-16'550	-100%	A
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	341'183	600'000		-600'000	-100%	A
		Total	469'155	616'550		-616'550	-100%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			469'155	616'550		-616'550	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			469'155	616'550		-616'550	-100%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Realprognose	50	Sachanlagen		-22'700'000	-21'608'200	1'091'800	5%	1
Total Investitionsausgaben				-22'700'000	-21'608'200	1'091'800	5%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen				-22'700'000	-21'608'200	1'091'800	5%	

- 1 In den vergangenen Jahren wurden die budgetierten und bewilligten Investitionen nie ausgeschöpft. Das Investitionsvolumen der geplanten Projekte wird daher pauschal um 10% nach unten korrigiert. Diese Planungskorrektur ist bei der Finanzverwaltung eingestellt. Das bewilligte Investitionsvolumen beträgt CHF 216.1 Mio. abzüglich der Planungskorrektur von CHF 21.6 Mio. (10%); also CHF 194.5 Mio.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.8	19.5	19.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2102.003 Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems (IKS)

Die Umsetzung des IKS Konzeptes soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Für das Jahr 2016 ist der Abschluss der Projektphase bzw. die Überführung in den Courant Normal geplant.

A 2102.004 Umsetzung Entlastungspaket 12/15

Das Entlastungspaket 12/15 wird mit einem Schlussbericht per Ende 2015 abgeschlossen. Massnahmen, die bis Ende 2015 nicht realisiert werden können, werden auf einer verlängerten Zeitachse weiterverfolgt.

2102.005 Weiterentwicklung der Strategie und Planung

Der Planungs- und Strategieausschuss, der vom Finanzverwalter und dem ersten Landschreiber geleitet wird, wird direktionsübergreifend folgende Projekte bearbeiten:

Etablierung einer strategischen „Watchlist“ in Zusammenarbeit mit den Direktionen, mit dem Ziel, dem Regierungsrat die strategisch relevanten Themen vorzuschlagen. Des Weiteren soll die Themenvorbereitung für die Regierungsklausuren systematisiert werden.

2102.007 Interkantonale Zusammenarbeit BL/BS

Die Strategiemassnahmen Universität Basel (Reduktion Beitrag BL) und Kultur (Reduktion des Kulturprozents an BS auf 0.5%) werden mit dem Kanton BS im Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen verhandelt.

2102.008 Nachhaltige Finanzsteuerung

Die Vorlage betreffend Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und Änderung der Kantonsverfassung soll an den Landrat überwiesen werden, so dass er 2016 darüber beschliessen kann. Die Volksabstimmung über die neuen Rechtsgrundlagen ist für September 2016 vorgesehen, so dass die Reform am 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt werden kann. Bis Ende 2016 soll dem Landrat erstmals der neu konzipierte Aufgaben- und Finanzplan (AFP) für die Jahre 2017-2020 zum Beschluss vorgelegt werden. Im AFP werden die Strategiemassnahmen jährlich integriert. Die Haushaltsoptimierung wird dadurch zu einem kontinuierlichen Prozess.

2102.009 Beteiligungscontrolling

Es soll 2016 die Institutionalisierung von Eigentümergesprächen sowie die Überprüfung der Einhaltung der Richtlinie zu den Beteiligungen an die Hand genommen werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Ausarbeitung des neuen Public Corporate Governance Gesetzes (PCGG).

2102.010 Umsetzung Strategiemassnahmen

Die Umsetzung der Strategiemassnahmen wird als prioritäres Regierungsdossier etabliert. Ein stringentes Umsetzungscontrolling soll gewährleisten, dass zwischen budgetierten Strategiemassnahmen und deren Umsetzung eine möglichst geringe Differenz resultiert.

2102.011 Bewirtschaftung Staatsbeiträgen

Verbesserung und Intensivierung des Controllings bei den Staatsbeiträgen und Entwicklung eines neuen Staatsbeitragsgesetzes.

2103 Kantonales Sozialamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das kantonale Sozialamt vollzieht die Kantonsaufgaben gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) und verkehrt mit den Sozialhilfebehörden sowie den Sozialdiensten der Gemeinden und von anderen Kantonen. Es prüft die Meldungen hinsichtlich des ordnungsgemässen und angemessenen Vollzuges der Sozialhilfegesetzgebung und sorgt für die Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug des Sozialhilfegesetzes betraut sind. Ebenso vollzieht es die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen auf der Basis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ausserdem bevorschusst das kantonale Sozialamt die gerichtlich oder vormundschaftlich genehmigten Unterhaltsbeiträge für Kinder und hilft geschiedenen oder getrennten Ehegatten bei der Vollstreckung der gerichtlich verfügbaren Unterhaltsansprüche. Für die Überprüfung der Sozialpolitik des Kantons erhebt das Amt statistische Daten aus dem Bereich der Sozialhilfe und erstellt jährlich eine umfassende Sozialhilfestatistik. Weitere Aufgaben stellen die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen. Das kantonale Sozialamt koordiniert zudem die Zuweisung, Unterbringung und finanzielle Unterstützung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Kanton. Auch ist das Sozialamt bei Beschwerden verfahrensleitende Instanz und bereitet die Beschwerdeentscheide zu Handen des Regierungsrates vor.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'895	1'000	1'800	800	80%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'105'992	2'186'214	1'871'967	-314'247	-14%	1
304	Zulagen	35'342	34'058	24'753	-9'305	-27%	
305	Arbeitgeberbeiträge	337'566	409'182	346'076	-63'106	-15%	1
309	Übriger Personalaufwand	8'863	3'000	3'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	23'078	27'200	19'500	-7'700	-28%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'527	1'400		-1'400	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	311'302	320'500	279'550	-40'950	-13%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	11'476					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'514	13'000	8'000	-5'000	-38%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'370'595	2'395'680	2'395'680	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	5'323	5'200	100	-5'100	-98%	
370	Durchlaufende Beiträge	28'200'390	27'300'000	28'600'000	1'300'000	5%	2
421	Gebühren für Amtshandlungen	-212'884	-370'000	-252'000	118'000	32%	3
423	Schul- und Kursgelder	-7'808					
439	Übriger Ertrag	-355					
440	Zinsertrag	-4'211	-12'800	-6'650	6'150	48%	
470	Durchlaufende Beiträge	-28'200'390	-27'300'000	-28'600'000	-1'300'000	-5%	2
	Total Aufwand	33'426'862	32'696'434	33'550'426	853'992	3%	
	Total Ertrag	-28'425'647	-27'682'800	-28'858'650	-1'175'850	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	5'001'215	5'013'634	4'691'776	-321'858	-6%	

- 1 Reduktion im Personalbereich von insgesamt 180 Stellenprozenten im Rahmen der Umsetzung der Strategiemassnahmen FKD-OM-5 sowie FKD-OM-9 (weiter Details dazu sind im Kommentar des Personals zu finden).
- 2 Asylwesen: Die Bestandeszahlen dürften im Jahr 2016 leicht ansteigen. Die Vergütungsansätze werden sich, wenn überhaupt, nur marginal verändern, für das wirtschaftliche Umfeld ist keine substantielle Erhöhung zu erwarten.
B-Flüchtlinge: Die Ausgaben in diesem Bereich werden sich voraussichtlich in etwa auf dem Niveau des Jahres 2014 bewegen.
- 3 Das KSA rechnet in diesem Bereich mit weniger Einnahmen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration vorläufig aufgenommenen Personen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	780'243	700'000	750'000	50'000	7%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-780'243	-450'000	-800'000	-350'000	-78%	1
Nothilfe	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'434'068	3'000'000	2'600'000	-400'000	-13%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-2'434'068	-3'000'000	-2'700'000	300'000	10%	2,3
Zuständigkeit Unterstützung Bedürftiger	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'807'750	2'923'230	2'820'000	-103'230	-4%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-781'389	-800'000	-830'000	-30'000	-4%	
Sozialhilfe - Eingliederungsmassnahmen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'815'403	1'320'000	1'550'000	230'000	17%	4
Verbandsbeitrag & SODK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	73'247	74'000	74'000	0	0%	
Notfälle	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	246'599	125'000	200'000	75'000	60%	5
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'828					
Pflegekinder	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	753'191	400'000	600'000	200'000	50%	6
Über-/Unterdeckung B-Flüchtlinge	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	20'137					
Über-/Unterdeckung Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'559'174	-750'000	-1'000'000	-250'000	-33%	7
Stiftung Anlaufstelle Baselland, Liestal	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	70'000	70'000		-70'000	-100%	8
Total Transferaufwand			8'980'500	8'612'230	8'594'000	-18'230	0%	
Total Transferertrag			-5'536'566	-5'000'000	-5'330'000	-330'000	-7%	
Transfers (Netto)			3'443'934	3'612'230	3'264'000	-348'230	-10%	

- 1 Mehr VA-Entscheide des Bundesamt für Migration in den Vorjahren führt zu erhöhten Integrationsaufwendungen.
- 2 Schnellere Ausschaffungen.
- 3 Im Rahmen der Umsetzung der Strategiemassnahme FKD -OM-8 wurde der Nothilfefonds um CHF 100'000 reduziert.
- 4 Bereits im laufenden Jahr (2015) ist eine Zunahme bei den Eingliederungsmassnahmen um rund 15% zu verzeichnen. Dies entspricht Mehrausgaben von mind. CHF 230'000. Dieser Trend wird voraussichtlich auch im kommenden Jahr 2016 anhalten.
- 5 Die Tendenz zeigt, dass vermehrt gravierende Notfälle gemeldet werden, welche automatisch höhere Kosten generieren. Aus diesem Grund wird das Budget 2016 erhöht.
- 6 Die Fremdplatzierungen steigen allgemein. Obschon das KSA lediglich bei denjenigen Fremdplatzierungen zum Kostenträger wird, bei welchen das sorgeberechtigte Elternteil aus dem Kanton wegzieht, zeigen Erfahrungswerte, dass prozentual mit derselben Zunahme (wie allgemein bei Fremdplatzierungen) zu rechnen ist.
- 7 Im Rahmen der Strategiemassnahme FKD -OM-7 wurden die Schwankungsreserven vom Asyl um CHF 250'000 reduziert.
- 8 Der Betrag wird mittels Bundesgelder finanziert. Dies erfolgt im Rahmen der Umsetzung der Strategiemassnahme FKD -OM-6.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.3	20.4	18.6	-1.8	-8.9%

Die Reduktion im Sollstellenplan erklärt sich einerseits durch die definitive Streichung einer 90 %-Stelle beim Kantonalen Sozialamt (Strategiemassnahme FKD-OM-5). Andererseits wurden in der Abteilung Asyl des Kantonalen Sozialamtes per 2016 von 150 Stellenprozenten lediglich 60% budgetiert (Strategiemassnahme FKD -OM-9); budgetmässige Einsparung von 90% per 2016. Diese Reduktion wurde auch im Sollstellenplan vollzogen. Sofern sich im 2015/2016 zeigt, dass die 90% wieder besetzt werden müssen, werden diese im Rahmen der Jahresplanung 2017 wieder beantragt.

Jahresprogramm

2103.001 Zielsetzungen Sozialhilfe

Im 2016 wird voraussichtlich die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes in Kraft treten. Im Zuge davon ist das umfangreiche Handbuch (Nachschlagewerk des Sozialhilfegesetzes) zu revidieren und andere umfassende Vorbereitungsarbeiten vorzunehmen. Im 2016 werden auch erste Erkenntnisse über den Sozialhilfemissbrauch vorliegen, da Daten vorhanden sein werden. Bezüglich der Umsetzung des 'Kompetenzzentrums' für den Bereich der Eingliederungsmassnahmen wird sich aufgrund der Erhebungen auch zeigen, inwieweit optimiert werden muss. Im Zuge des Gemeindestrukturgesetzes werden sich auch Fragestellungen zur Organisation und Struktur der Sozialhilfebehörden stellen. Nichtzuletzt ist vermehrt die Unterstützung und Schulung der Gemeinden voranzutreiben zwecks Sicherstellung der Qualität.

2103.002 Zielsetzungen Asylwesen

Schwerpunktthema im Jahr 2016 bleibt die Thematik der Neuorganisation im Asylbereich auf Bundesebene und dessen Auswirkungen auf die Kantone resp. Gemeinden. Unabhängig davon stellen sich vermehrt Fragen der Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, die es zu lösen gilt.

2104 Personalamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Personalamt (PA) ist unterteilt in das Kompetenzzentrum Personal (KPZ) und das Dienstleistungszentrum Personal (DLZ). Das PA ist für die Umsetzung der Personalpolitik verantwortlich und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat zu allen Themen des Personalwesens. Zudem ist das PA für die Sicherstellung der einheitlichen und rechtskonformen Anwendung der personalrechtlichen Bestimmungen, für die Weiterentwicklung des Lohnsystems und für das Erlassen von Richtlinien verantwortlich. Die Unterstützung durch Informatiksysteme im Personalbereich ist zudem ein wichtiger Pfeiler, um den täglichen Anforderungen gerecht zu werden und um Lösungen anzubieten, die ein neuzeitliches Personalwesen ermöglichen. Im Weiteren trägt das PA die Gesamtverantwortung für den Bereich der Berufs-, Aus- und Weiterbildung und unterstützt die HR-Beratungen zu Fachthemen von Führungsverantwortlichen und Mitarbeitenden. Das PA entwickelt Instrumente zur Führungsentwicklung und stellt das jährliche Weiterbildungsangebot des Kantons zusammen. Das PA bietet im DLZ umfassende administrative Dienstleistungen für den Personalbereich. Das PA ist zudem Anstellungsbehörde im Bereich der geschützten / integrativen Arbeitsplätze und stellt eine entsprechende Koordination mit den Direktionen und den Kantonalen Behörden sicher. Das Personalcontrolling ermöglicht die Identifikation und Auswertung von Kennzahlen, um die Führung optimal zu unterstützen.

FKD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		5'000	5'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'742'158	4'115'081	769'922	-3'345'159	-81%	1,2 3
302	Löhne der Lehrkräfte			-2'228'973	-2'228'973		X 1
304	Zulagen	38'428	27'744	39'203	11'459	41%	
305	Arbeitgeberbeiträge	578'648	754'431	716'159	-38'272	-5%	
306	Arbeitgeberleistungen	6'201'966					
309	Übriger Personalaufwand	-3'266'049	414'500	312'000	-102'500	-25%	3,4
310	Material- und Warenaufwand	24'907	58'000	59'000	1'000	2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	723	5'000	500	-4'500	-90%	
313	Dienstleistungen und Honorare	931'173	1'036'600	961'700	-74'900	-7%	3,5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	31'999	30'450	18'800	-11'650	-38%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	68'123	101'350	100'800	-550	-1%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	264	14'700		-14'700	-100%	
340	Zinsaufwand	3'911		4'000	4'000		X
341	Realisierte Kursverluste	366					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'550'052					
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	1'509'146'756	0		0	-100%	
426	Rückerstattungen	-107'720	-138'600	-140'000	-1'400	-1%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-70'681	-54'000	-60'000	-6'000	-11%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-459'445'986					
	Total Aufwand	1'519'053'423	6'562'856	758'110	-5'804'746	-88%	
	Total Ertrag	-459'624'387	-192'600	-200'000	-7'400	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'059'429'036	6'370'256	558'110	-5'812'146	-91%	

- Die von der Regierung in der Finanzstrategie vom Juli 2015 beschlossene Lohnkürzung von 1% auf den gesamten Personalaufwand des Kantons BL (Strategiemassnahme Dir-WOM-3), wird bis zur definitiven Beschlussfassung durch den Landrat im Dezember 2015, zentral im Personalamt eingestellt. Bei einem Beschluss durch den Landrat wird diese anschliessend auf die einzelnen Organisationseinheiten verteilt. Die Lohnkürzung von 1% beträgt in der Kontengruppe 301 rund CHF 3.8 Mio. sowie in der Kontengruppe 302 rund CHF 2.2 Mio.
- Der Abbau von 4 Sollstellen bei den Geschützten Arbeitsplätzen reduziert den Personalaufwand um TCHF 150 (Strategiemassnahme FKD-OM-16). Des Weiteren wird im Rahmen der Strategiemassnahme FKD-WOM-11 1 FTE abgebaut, 0.8 FTE werden zur Polizei transferiert sowie 0.6 FTE für OdA aufgebaut. Der im 2015 unterjährig erfolgte Stellentransfer vom Stab Personal der BKSD ins DLZ (2.5 FTE) sind im 2016 erstmals ganzjährig budgetiert.
- Für die Strategiemassnahme Dir-WOM-2 "Reduktion des Personalaufwands" wurde für den entsprechenden Sozialplan TCHF

600 budgetiert. Dies betrifft die Kontengruppen Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals (TCHF 510), übriger Personalaufwand (TCHF 30) sowie Dienstleistungen und Honorare (TCHF 60).

- 4 Die Umsetzung der Strategiemaßnahme FKD-OM-12 "Reduktion der Stelleninsetratekosten" führt zu einer Reduktion von TCHF 100.
- 5 Durch die Umsetzung der beiden Strategiemaßnahmen Dir -WOM-4 "Kürzung Dienstleistungen und Honorare um 25%" sowie FKD-WOM-2 "Kurswesen im Angebot des Personalamts um 20% reduzieren" erfolgt in der Kontengruppe 313 eine Einsparung von ca. TCHF 130.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge für Kinderbetreuung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	25'000	25'000	25'000	0	0%	
Total Transferaufwand			25'000	25'000	25'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			25'000	25'000	25'000	0	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand	589'054	500'000		-500'000	-100%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		200'000		-200'000	-100%	
		Total	589'054	700'000		-700'000	-100%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			589'054	700'000		-700'000	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			589'054	700'000		-700'000	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	41.8	66.3	61.1	-5.2	-7.8%

Im Personalamt resultiert eine Reduktion von insgesamt 5.2 Stellen gegenüber dem Sollstellenplan 2015. Diese Abnahme setzt sich aus den folgenden Positionen zusammen:

Bei den Geschützten Arbeitsplätzen erfolgt eine Reduktion des Bestandes um 4 Sollstellen, da die Spitäler zukünftig die gesamten Kosten der bei ihnen im Einsatz stehenden Geschützten Arbeitsplätze tragen sollen. Ausserdem wird im Rahmen von weiteren Optimierungsmassnahmen 1 Sollstelle im Personalamt abgebaut.

0.8 Stellen werden vom Dienstleistungszentrum des Personalamts zur HR -Abteilung der Polizei zurück transferiert, was eine entsprechende Abnahme zur Folge hat.

Für den Betrieb von Oda (überbetriebliche Kurse für Lernende) werden 0.6 Sollstellen aufgebaut.

Jahresprogramm

2104.009 Personensicherheitsprüfung

Erstellung von allgemein gültigen Grundlagen zur Personensicherheitsprüfung (PSP) für definierte Personenkreise in allen Direktionen, Gerichten und besonderen Behörden unter Berücksichtigung des Verhältnismässigkeitsprinzips.

2104.010 Zeitwirtschaft

Im Projekt SAP Zeitwirtschaft sollen die jetzigen dezentralen Presento-Lösungen durch eine einheitliche SAP Lösung ersetzt werden. Die für zwei Pilot-Dienststellen bereits eingeführte SAP Lösung soll bis Anfang 2016 optimiert und danach sukzessive innerhalb der ganzen Verwaltung ausgerollt werden. Dies geschieht innerhalb des Rahmens und der Vorgaben des ERP III Projektes.

2104.011 HR-Kennzahlensystem

Um Entscheidungsträgern wichtige Informationen über personelle Sachverhalte schnell und zielführend liefern zu können wird am Aufbau eines HR-Kennzahlensystems gearbeitet. Phase II des Projekts (Überarbeitung der bestehenden Kennzahlen, Definition der Kennzahlen für die weiteren Kategorien des Kennzahlensystems) soll bei entsprechenden personellen Ressourcen im ersten Quartal 2016 starten.

2104.012 ERP HCM

Weiterentwicklung des ERP HCM im Rahmen der Vorgaben des übergeordneten Projekts in Zusammenarbeit mit den Direktionen/ Behörden. Namentlich Optimierung der SAP Zeitwirtschaft und weiterer Rollout, Nacharbeiten zum Rollout eRecruiting, Optimierung der Personalkostenplanung und des Stellenplans (im Rahmen des IAFP), Optimierung der Rückvergütung im Bereich Besoldung der Lehrpersonen (BESO), Einführung einer schlanken Version für die automatische Erstellung von HR Dokumenten sowie Employee und Managers Self Service Lösungen.

2104.013 Führung im Kanton BL

Kompetente Führungskräfte sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine zielgerichtete, effiziente und zukunftsgerichtete Aufgabenerfüllung der kantonalen Verwaltung. Deshalb setzt das Personalamt den eingeleiteten Prozess zu Entwicklung und Förderung der Führungskompetenzen der angehenden und bereits Führungsverantwortung tragenden Kaderangehörigen fort. Dabei sind für alle Kaderstufen und -funktionen zielgruppenorientierte Angebote zu entwickeln und durchzuführen, welche die gemeinsame kantonale Führungskultur und die individuellen Führungskompetenzen stärken. Neben Weiterbildungsangeboten werden auch individualisierte Massnahmen für Einzelpersonen oder Führungsgremien zur Verfügung gestellt.

2104.014 Nachfolgeplanung

Auf Grund der Altersstruktur der Führungskräfte der kantonalen Verwaltung und der demografischen Entwicklung wird der Fachkräftemangel eine grosse Herausforderung für den Arbeitgeber Kanton Basel-Landschaft. Daher kommt der Nachfolgeplanung eine stark steigende Bedeutung zu. Das Personalamt wird in Zusammenarbeit mit den Direktionen und besonderen Behörden die konzeptionellen Grundlagen erarbeiten, um eine Nachfolgeplanung für Schlüsselfunktionen zu entwickeln und in Pilotprojekten umzusetzen.

2105 Statistisches Amt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt führt die durch Bundes- oder Kantonsrecht vorgegebenen statistischen Erhebungen durch. Die erhobenen Daten werden mittels geeigneter Medien der Regierung, der Verwaltung, dem Parlament und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es erarbeitet darüber hinaus im Auftrag der Direktion oder der Regierung Entscheidungsgrundlagen auf der Basis statistischer Informationen.

Das Amt prüft Budgets bzw. Rechnungen der Einwohner- und Bürgergemeinden im Rahmen der Passation und Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden. Es berät die Gemeinden in Finanzfragen. Es führt den Finanzausgleich durch und bearbeitet die Gesuche der Gemeinden für Einzelbeiträge.

Das Amt ist zudem verantwortlich für die Umsetzung des Anmelde- und Registergesetzes vom 19. Juni 2008 (ARG). Mit dem auf der Basis der harmonisierten Einwohnerregister aufgebauten kantonalen Personenregister arbo, können den Dienststellen für den Vollzug ihrer Aufgaben aktuelle Personendaten zur Verfügung gestellt werden. Es führt ferner, gemeinsam mit der GIS-Fachstelle des Amtes für Geoinformation, das Gebäude- und Wohnungsregister gemäss den Vorgaben des Bundes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'886'041	1'925'878	1'842'898	-82'980	-4%	
304	Zulagen	14'430	19'071	16'209	-2'862	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	292'114	354'946	346'254	-8'692	-2%	
310	Material- und Warenaufwand	45'627	67'000	51'750	-15'250	-23%	
313	Dienstleistungen und Honorare	147'264	48'000	22'000	-26'000	-54%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	8'793	10'000	10'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	15'119	23'000	22'000	-1'000	-4%	
341	Realisierte Kursverluste	1					
425	Erlös aus Verkäufen	-2'003	-2'000	-2'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-78	-200	-200	0	0%	
	Total Aufwand	2'409'388	2'447'894	2'311'111	-136'783	-6%	
	Total Ertrag	-2'081	-2'200	-2'200	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'407'307	2'445'694	2'308'911	-136'783	-6%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kompensation Aufgabenverschiebungen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		37'087'500	49'190'000	12'102'500	33%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-7'550'000	-7'550'000	-7'550'000	0	0%	
14.0 Gesundheit	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-220'000	-220'000	-220'000	0	0%	
09.1 Baustatistik/GWR	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-27'800	-25'000	-27'800	-2'800	-11%	
09.3 Leerwohnungszählung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'000	1'000	1'000	0	0%	
59.0 Finanzausgleich	362	Finanz- und Lastenausgleich	22'240'838	22'600'000	22'680'000	80'000	0%	2
47.0 Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'370	2'500	2'500	0	0%	
13.1 Sozialhilfestatistik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	27'467	27'500	27'500	0	0%	
08.0 Energiestatistik	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	10'000	10'000	10'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Entschädigungen Pflegenormkosten	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		15'000'000		-15'000'000	-100%	3
Total Transferaufwand			22'281'675	74'728'500	71'911'000	-2'817'500	-4%	
Total Transferertrag			-7'797'800	-7'795'000	-7'797'800	-2'800	0%	
Transfers (Netto)			14'483'875	66'933'500	64'113'200	-2'820'300	-4%	

- 1 CHF 34.89 Mio. für Kompensation Harnos/6. Primarschuljahr gemäss LRV 2014 -089. Kompensationsbetrag für das ganze Jahr, im Vorjahresbudget handelte es sich um einen anteiligen Kompensationsbetrag für 5 Monate. Weitere CHF 14.3 Mio. beträgt die budgetierte Kompensationsleistung der Ergänzungsleistungen.
- 2 CHF 22.68 Mio. für Lastenausgleich Bildung, Sozialhilfe und Nicht -Siedlungsfläche gemäss LRV 2015 -161.
- 3 Wegfall der Rückerstattung der Kantonsentlastung bei den Ergänzungsleistungen an die Gemeinden gemäss Finanzstrategie 2016-2019 des Regierungsrates (Strategiemassnahme FKD -WOM-16).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.2	15.3	15.3	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2105.004 Weiterentwicklung Finanzausgleich

Aufgrund der Evaluation 2013/14 ergab sich ein Bedarf sowohl nach kurzfristigen Änderungsmassnahmen als auch nach einer längerfristigen Weiterentwicklung des Finanzausgleichs. Kurzfristige Änderungen auf Ebene der Finanzausgleichsverordnung (FAV) wurden bereits mit dem Finanzausgleich 2014 wirksam; das längerfristige Projekt Weiterentwicklung des Finanzausgleichs mit Änderungen auf der Ebene des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) wurde im 2014 gestartet, Ziel des Inkrafttretens des revidierten FAG ist der Finanzausgleich 2016.

2105.007 Indikatoren

Konzeptionelle Arbeiten sowie Datenerhebung und -aufbereitung zu den Umweltindikatoren im Rahmen der Umweltberichterstattung beider Basel

2105.008 Webportal

Weiterer Ausbau und Dynamisierung der statistischen Datenpräsentation im Zahlenfenster des Webportals www.statistik.bl.ch

2105.009 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Erstmalige Durchführung der Passation der Gemeinderechnungen 2014 nach HRM2

2106 Steuerverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonale Steuerverwaltung vollzieht eidgenössische und kantonale Steuergesetze. Sie prüft Steuererklärungen, veranlagt natürliche und juristische Personen und bezieht die Staats- und die direkte Bundessteuer sowie im Auftragsverhältnis auch die Gemeindesteuer. Sie veranlagt und bezieht die Grundstückgewinn-, die Handänderungs- sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer und bearbeitet und bezieht die Quellensteuer.

Die kantonale Steuerverwaltung stellt eine einheitliche Veranlagungspraxis im Kanton sicher; sie betreut und unterstützt die Gemeindesteuerämter. Sie bearbeitet das Meldewesen und den Verkehr mit Amtsstellen sowie mit der eidgenössischen Steuerverwaltung.

Aufgrund der politischen Vorgaben bereitet die kantonale Steuerverwaltung die Anpassungen der Steuergesetze vor und setzt beschlossene Änderungen um. Durch eine hohe und kompetente Auskunftsbereitschaft und eine effiziente Infrastruktur fördert sie das gute Steuerklima im Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'180	5'000	5'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	15'673'555	15'922'109	16'070'212	148'103	1%	1
304	Zulagen	210'259	200'826	209'999	9'173	5%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'608'636	2'991'617	2'966'253	-25'363	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	112'892	105'000	105'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	430'224	467'000	426'300	-40'700	-9%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5'694	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'613'204	2'440'000	2'430'000	-10'000	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	76'153	70'000	70'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	40'928	40'000	40'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	0					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'460					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	309'278	264'000	310'000	46'000	17%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'970'091	-9'750'000	-9'800'000	-50'000	-1%	
425	Erlös aus Verkäufen	-23'984	-25'000	-25'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-389'400	-390'000	-390'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-5'554	-36'000	-1'000	35'000	97%	3
	Total Aufwand	22'090'463	22'510'551	22'637'764	127'212	1%	
	Total Ertrag	-10'389'029	-10'201'000	-10'216'000	-15'000	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	11'701'434	12'309'551	12'421'764	112'212	1%	

- 1 Per Budget 2015 wurde der pauschale Korrekturbetrag für Vakanz bei der Stellenbesetzung um CHF 200'000 auf CHF 600'000 erhöht; dies entspricht 3.6% der budgetierten Lohnsumme der kantonalen Steuerverwaltung. Im Rahmen der Strategiemassnahme FKD-OM-14 "verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen" wurde für die Steuerverwaltung ein zusätzlich einzusparender Pauschalbetrag bei der Lohnsumme von CHF 92'178 festgelegt und deshalb ins Budget eingestellt.
- 2 Für die Herstellung der Steuererklärungen wurden im Durchschnitt der Steuerjahre 2013/2014 durch diverse aktive Sparmassnahmen mehr als CHF 100'000 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2008/2009 eingespart; dies entspricht einem Drittel des Ausgangswerts. Zusätzlich wurde durch die Umsetzung der Strategiemassnahme Dir -WOM-1 "Reduktion Material- und Warenaufwand" eine weitere Reduktion von CHF 46'700 im Budget 2016 eingestellt.
- 3 Die aktuelle Zinssituation reduziert den Zinsertrag weitestgehend; auf Ebene der Gegenposition 342 Kapitalbeschaffung sind die per 2015 angestrebten Konditionenverbesserungen nicht realisiert worden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bezugsentschädigungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-722'326	-755'000	-755'000	0	0%	
Veranlagungsentschädigung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'533'580	3'400'000	3'470'000	70'000	2%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'119'180	-1'050'000	-1'120'000	-70'000	-7%	
Meldungen an die AHV	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-123'942	-110'000	-110'000	0	0%	
Gemeindeanteil Fristerstreckungsgebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	124'950	120'000	120'000	0	0%	
Total Transferaufwand			3'658'530	3'520'000	3'590'000	70'000	2%	
Total Transferertrag			-1'965'448	-1'915'000	-1'985'000	-70'000	-4%	
Transfers (Netto)			1'693'082	1'605'000	1'605'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	158.3	161.6	165.4	3.8	2.3%

Stellenzuwachs infolge von Mengenwachstum und zusätzlichen Aufgaben in den beiden Geschäftsbereichen Quellensteuer bzw. Spezialsteuern von insgesamt 4 Sollstellen.

Des weiteren erfolgt ein Transfer von 0.3 Sollstellen zum Generalsekretariat FKD zur Entlastung der HR -Beratung.

Jahresprogramm

2106.009 Unternehmenssteuerreform III (USR III)

Weiterführung der Vorbereitungsarbeiten zur USR III unter Berücksichtigung der Botschaft des Bundesrats und der parlamentarischen Beratungen auf Bundesebene.

2106.011 Steuergesetzrevision 2017

Vorlage und Beratung einer Änderung des Steuergesetzes zur Umsetzung diverser harmonisierungsrechtlicher Vorgaben und von weiteren Vereinfachungen im Steuerwesen (Änderungen beim Steuerstrafrecht, Einführung Selbstbehalt bei Krankheits- und Unfallkosten, Beschränkung Pendlerabzug, Abschaffung Lohnmeldepflicht etc.) – Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2016; allenfalls Durchführung einer Volksabstimmung im 2. Semester 2016.

2106.012 Umsetzung des internationalen Informationsaustausches

Technische und organisatorische Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des bundesrechtlich vorgegebenen automatischen und spontanen Informationsaustausches sowie des Austausches von Informationen auf Ersuchen.

2107 Kantonale Steuern

Auftrag und Zielsetzungen

Beim Profitcenter "Kantonale Steuern" handelt es sich nicht um eine Organisationseinheit. Im Interesse einer möglichst hohen Transparenz werden die Steuererträge und die direkt damit zusammen hängenden Aufwände kostenartengenau aufgezeigt.

Die Erhebung der Verkehrsabgaben (Konto 4030 0 000) und die Einlagen in den H2-Fonds (Konto 3501 0 000) werden durch die Dienststelle Motorfahrzeugkontrolle (2432) verantwortet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
31800010	WB auf Steuerforderungen	-3'267'154					
31810000	Tatsächliche Forderungsverluste	13'642'218	16'100'000	16'000'000	-100'000	-1%	
34990000	Vergütungszins Steuern	2'394'496	800'000	900'000	100'000	13%	1
35010000	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	20'538'139	20'400'000	20'800'000	400'000	2%	
40000000	Einkommenssteuern natürliche Personen	-1'002'998'459	-1'024'000'000	-1'020'000'000	4'000'000	0%	2
40000010	Einkommenssteuern nat Personen Vorjahre	4'000'029					
40000020	Steuern auf Kapitalabfind 2./3. Säule	-14'736'402	-15'500'000	-15'900'000	-400'000	-3%	
40000030	Erfahrungswert period Steuern Vorjahre		-20'000'000	-10'000'000	10'000'000	50%	3
40000990	Steuerausscheid/pausch Steueranrechnung	1'485'425	2'500'000	2'500'000	0	0%	
40010000	Vermögenssteuern natürliche Personen	-157'999'753	-162'000'000	-170'000'000	-8'000'000	-5%	4
40010010	Vermögenssteuern nat Personen Vorjahre	2'599'728					
40020000	Quellensteuern Grenzgänger F	-41'984'606	-44'000'000	-45'500'000	-1'500'000	-3%	5
40090000	Nach- und Strafsteuern	-7'447'933	-8'000'000	-8'000'000	0	0%	
40100000	Gewinnsteuern juristische Personen	-177'999'897	-200'000'000	-169'000'000	31'000'000	16%	6
40100010	Gewinnsteuern jur Personen Vorjahre	-999'825					
40110000	Kapitalsteuern juristische Personen	-7'700'166	-7'100'000	-8'000'000	-900'000	-13%	7
40110010	Kapitalsteuern jur Personen Vorjahre	-2'000'014					
40190000	Kirchensteuern juristische Personen	-9'458'807	-10'355'000	-8'850'000	1'505'000	15%	8
40220000	Vermögensgewinnsteuern	-27'831'215	-30'000'000	-30'500'000	-500'000	-2%	9
40230000	Vermögensverkehrssteuern	-30'913'794	-32'000'000	-32'500'000	-500'000	-2%	10
40240000	Erbschafts- und Schenkungssteuern	-36'744'770	-30'000'000	-36'000'000	-6'000'000	-20%	11
40300000	Verkehrsabgaben	-106'890'416	-107'300'000	-108'200'000	-900'000	-1%	12
42900000	Übrige Entgelte	-397'125	-300'000	-400'000	-100'000	-33%	13
42900010	Eingang abgeschriebener Forderungen	-2'690'573	-3'900'000	-3'800'000	100'000	3%	
44010020	Zinsen Steuerforderungen	-14'112'506	-15'000'000	-16'000'000	-1'000'000	-7%	14
	Total Aufwand	33'307'698	37'300'000	37'700'000	400'000	1%	
	Total Ertrag	-1'634'821'080	-1'706'955'000	-1'680'150'000	26'805'000	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-1'601'513'382	-1'669'655'000	-1'642'450'000	27'205'000	2%	

- 1 Unter der Annahme eines für 2016 unveränderten Vergütungszinssatzes von 0.2% ist ein an den letzten Erfahrungswert angepasster und entsprechend erhöhter Budgetwert eingestellt.
- 2 Die BAK-Prognose von Juli 2015 geht von einem Wechselkurs CHF/Euro von 1.09 Ende 2015 und 1.11 im Durchschnitt 2016 aus. Die Wachstumsraten der BAK für die Einkommenssteuer liegen derzeit bei 0.7% für 2015 und 1.0% für 2016.
- 3 In der Vergangenheit konnten jeweils zweistellige Millionenbeträge an Steuererträgen aus Vorjahren verbucht werden. Dies hat dazu geführt, dass ab Budget 2013 eine Budgetposition „Steuererträge aus Vorjahren“ im Umfang von CHF 20 Mio. in Budget eingestellt wurde. In den letzten beiden Jahren sind keine Steuererträge aus Vorjahren mehr angefallen, im Gegenteil mussten geringfügige negative Abgrenzungen vorgenommen werden (R2013: CHF -1 Mio., R2014: CHF -4 Mio.). Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre konnten aber immer noch rund CHF 12 Mio. Steuererträge aus Vorjahren verbucht werden. In Anbetracht dieser neuen Entwicklung wird die Position um die Hälfte reduziert (auf CHF 10 Mio.).
- 4 Für 2015 und 2016 sind Wachstumsraten von 3.8% bzw. 3.7% unterstellt. Der Budgetwert ist wegen der Volatilität der Börsen (Stichtagsprinzip Jahresende) und der aktuell hohen Bewertungen risikobehaftet.
- 5 Aufgrund der Meldung an den Bund mit den definitiven Werten für 2014 und der Einschätzung der weiteren Entwicklung ist für 2016 ein leichtes Wachstum budgetiert.
- 6 Aufgrund der BAK-Prognosen und der Halbjahresberichterstattungen von börsenkotierten Unternehmen ist für 2015 ein mindestens fünfprozentiger Rückgang der Gewinnsteuer gegenüber der Rechnung 2014 zu erwarten; für 2016 ist eine

Gewinnstagnation gegenüber der Erwartung 2015 budgetiert.

- 7 Die aktuelle Erwartung für 2015 liegt über dem letztjährigen Ertrag; für 2016 ist ein weiteres leichtes Wachstum budgetiert.
- 8 Auf der Gewinn- und der Kapitalsteuer der juristischen Personen (Konti 4010 und 4011) wird ein fünfprozentiger Zuschlag als Kirchensteuer erhoben.
- 9 Für 2016 ist ein leichtes Wachstum gegenüber Budget 2015 budgetiert.
- 10 Für 2016 ist ein leichtes Wachstum gegenüber Budget 2015 budgetiert.
- 11 Die steuerbaren Erbschaften und Schenkungen nehmen aufgrund der zunehmenden Alterung der Baselbieter Bevölkerung tendenziell zu.
- 12 Der Verkehrssteuer wird weiterhin ein moderates Wachstum unterstellt.
- 13 Der Budgetwert 2016 für den Ertrag aus der Bewirtschaftung von Fremd-Verlustscheinen wird an den IST-Wert für 2014 angepasst.
- 14 Der Budgetwert basiert auf einem unveränderten Verzugszinssatz von 6%.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Steueranteil der Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'364'219	10'251'450	8'761'500	-1'489'950	-15%	1
Total Transferaufwand			9'364'219	10'251'450	8'761'500	-1'489'950	-15%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			9'364'219	10'251'450	8'761'500	-1'489'950	-15%	

- 1 Der im Konto 4019 0 000 der Erfolgsrechnung ausgewiesene Steuerertrag wird unter Abzug von einem Prozent Bezugsprovision auf die drei Landeskirchen verteilt.

2108 Zentrale Informatik

Auftrag und Zielsetzungen

Mit Beschluss vom 2. Dezember 2014 (2014-1871) hatte der Regierungsrat einer Reorganisation der Zentralen Informatik und damit des Generalsekretariats der Finanz- und Kirchendirektion zugestimmt. Die Aufgaben der bisherigen Informatikplanung und -koordination [IPK] und der Zentralen Informatikdienste [ZID] wurden zugeordnet als „Zentrale Informatik“ zusammengeführt, aus dem Generalsekretariat herausgelöst und auf Ebene Dienststelle bei der FKD angesiedelt.

Die Dienststelle „Zentrale Informatik“ ist Ansprechpartner für die IT-Leistungen der gesamten Verwaltung. Sie erbringt als Kompetenzzentrum mit einer modernen Infrastruktur und engagierten Mitarbeitenden umfassende IT-Dienstleistungen für die Direktionen und Gerichte des Kantons. Die Zentrale Informatik ist zudem für die Umsetzung und die Weiterentwicklung der kantonalen Informatik-Strategie und für das gemeinsame IT-Service-Management-System (GSMS) verantwortlich. Sie unterstützt die dezentralen Informatikstellen und Projektgruppen bei der Planung, Einführung und beim Betrieb von Informatiklösungen. Des Weiteren erbringt die Zentrale Informatik die Basis- und Infrastrukturleistungen (z.B. Betrieb der Rechenzentren, der Infrastruktur, der Netzwerke, der Server, der Clients, des Servicedesks sowie zahlreicher Applikationen) sowie Fachinformatikdienstleistungen. Sie trägt die Verantwortung für die Public Private Partnership (PPP) im Bereich SAP.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals			10'008'060	10'008'060	X	1
304	Zulagen			118'301	118'301	X	2
305	Arbeitgeberbeiträge			1'813'638	1'813'638	X	3
309	Übriger Personalaufwand			223'830	223'830	X	4
310	Material- und Warenaufwand			98'500	98'500	X	5
311	Nicht aktivierbare Anlagen			2'611'636	2'611'636	X	6
313	Dienstleistungen und Honorare			7'870'397	7'870'397	X	7
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen			3'030'430	3'030'430	X	8
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen			50'000	50'000	X	9
425	Erlös aus Verkäufen			-724'500	-724'500	X	10
	Total Aufwand			25'824'791	25'824'791	X	
	Total Ertrag			-724'500	-724'500	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)			25'100'291	25'100'291	X	

- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Details zu den Veränderungen im Sollstellenplan (Veränderung Sollstellen +2.7) sind im Personalbereich kommentiert. Weiter gibt es im 2016 eine Zunahme der bei den in den ZI budgetierten Berufspraktika. Rechnung 2014: 8'041'599, Budget 2015: 9'493'999, Budget 2016: 10'008'060, Abw. Absolut: 514'061, Abw. in %: 5
- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Rechnung 2014: 116'374, Budget 2015: 109'008, Budget 2016: 118'301, Abw. Absolut: 9'293, Abw. in %: 9
- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Rechnung 2014: 1'484'961, Budget 2015: 1'680'604, Budget 2016: 1'813'638, Abw. Absolut: 133'034, Abw. in %: 8
- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Rechnung 2014: 166'951, Budget 2015: 270'549, Budget 2016: 223'830, Abw. Absolut: -46'719, Abw. in %: -17
- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Bei den Konten 310 - 315 wurden diverse Einsparungen (in Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategiemaßnahmen) im Betrag von rund CHF 1.25 Mio. vorgenommen, davon betroffen sind sowohl der Betrieb wie auch Projekte. Rechnung 2014: 116'574, Budget 2015: 147'500, Budget 2016: 98'500, Abw. Absolut: -49'000, Abw. in %: -33
- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Bei den Konten 310 - 315 wurden diverse Einsparungen (in Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategiemaßnahmen) im Betrag von rund CHF 1.25 Mio. vorgenommen, davon betroffen sind sowohl der Betrieb wie auch Projekte. Für das Jahr 2016 wurden in den Vorjahren budgetierte Beträge im Umfang von CHF 1 Mio. der Kontengruppen 311 und 313 neu in der Kontengruppe 315 budgetiert. Rechnung 2014: 5'031'386, Budget 2015: 3'254'547, Budget 2016: 2'611'636, Abw. Absolut: -642'911, Abw. in %: -20
- Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Bei den Konten 310 - 315 wurden diverse Einsparungen (in Zusammenhang mit der Umsetzung der

Strategiemassnahmen) im Betrag von rund CHF 1.25 Mio. vorgenommen, davon betroffen sind sowohl der Betrieb wie auch Projekte. Für das Jahr 2016 wurden in den Vorjahren budgetierte Beträge im Umfang von CHF 1 Mio. der Kontengruppen 311 und 313 neu in der Kontengruppe 315 budgetiert. Rechnung 2014: 12'839'774, Budget 2015: 9'400'882, Budget 2016: 7'870'397, Abw. Absolut: -1'530'485, Abw. in %: -16

- 8 Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Bei den Konten 310 - 315 wurden diverse Einsparungen (in Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategiemassnahmen) im Betrag von rund CHF 1.25 Mio. vorgenommen, davon betroffen sind sowohl der Betrieb wie auch Projekte. Für das Jahr 2016 wurden in den Vorjahren budgetierte Beträge im Umfang von CHF 1 Mio. der Kontengruppen 311 und 313 neu in der Kontengruppe 315 budgetiert. Rechnung 2014: 1'888'565, Budget 2015: 2'066'001, Budget 2016: 3'030'430, Abw. Absolut: 964'429, Abw. in %: 47
- 9 Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Rechnung 2014: 51'327, Budget 2015: 64'680, Budget 2016: 50'000, Abw. Absolut: -14'680, Abw. in %: -23
- 10 Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Rechnung 2014: -905'657, Budget 2015: -737'200, Budget 2016: -724'500, Abw. Absolut: 12'700, Abw. in %: -2

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
SIK, SwissICT, Vereinsbeitrag	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			25'319	25'319		X1
Total Transferaufwand					25'319	25'319		X
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)					25'319	25'319		X

- 1 Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Rechnung 2014: 67'177, Budget 2015: 25'319, Budget 2016: 25'319, Abw. Absolut: 0, Abw. In %: 0

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
ERP-Etape 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'337'500	1'337'500		X1,A
Erneuerung erstes Rechenzentrum	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			800'000	800'000		X2,B
Total Verpflichtungskredite Aufwand					2'137'500	2'137'500		X
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)					2'137'500	2'137'500		X

- 1 Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Beim Projekt ERP-Etape 3 sind Einsparungen (in Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategiemassnahmen) von CHF 412'500 vorgenommen worden. Einzelne Teilprojekte müssen deshalb verschoben werden. Infolge Kürzungen von mehreren Jahrestanchen in Serie kann der Endtermin voraussichtlich nicht mehr gehalten werden. Rechnung 2014: 1'151'173, Budget 2015: 1'350'000, Budget 2016: 1'337'500, Abw. Absolut: -12'500, Abw. In %: -1
- 2 Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt. Die Sanierung des 1. Rechenzentrums muss nach fast 20 Jahren saniert werden. Immer häufiger kommt es deshalb zu Ausfällen. Rechnung 2014: 0, Budget 2015: 0, Budget 2016: 800'000, Abw. Absolut: 800'000, Abw. In %: >100

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen			80.9	80.9	X

Für die neu geschaffene Dienststelle "Zentrale Informatik" sind die Vergleichszahlen jeweils am Schluss des Kommentarfeldes aufgeführt.

Insgesamt werden durch die Ausgliederung und Zusammenführung der Aufgaben der beiden ehemaligen Abteilungen „Informatikplanung und –koordination“ sowie „Zentrale Informatikdienste“ des Generalsekretariats FKD 78.2 Sollstellen in die neue Dienststelle „Zentrale Informatik“ transferiert und gleichzeitig 0.3 Stellen abgebaut.

Des weiteren plant die Zentrale Informatik für den Betrieb der Anwendungs- und Rechnerinfrastruktur für das Jahr 2016 je eine zusätzliche Stelle für die IT-Strategie Schulen (LRV 2013-176), für die Schuladministrationslösung (LRV 2013 -223) und im Meldewesen (bestätigt mit RRB 2015-0913).

Besetzte Stellen Ende 2014: 62.2, Sollstellen 2015: 78.2, Sollstellen 2016: 80.9, Abs. Abw.: 2.7, Abw. In %: 3

Jahresprogramm

A 2108.001 Projekt Enterprise Resource Planning (ERP) Etappe 3

Inhaltlich umfasst die dritte Etappe die Fortführung der Organisationsentwicklung und die Weiterentwicklung der strategischen Applikationslandschaft. Besonders zu erwähnen sind auch die Anforderungen des Entlastungspakets. Ohne die Bereitstellung der entsprechenden Informatik-Instrumente könnten einige geplante Einsparungen nicht oder nur ansatzweise erreicht werden. Die Umsetzung folgender Themengebiete ist besonders erwähnenswert: Einführung der Instrumente für das Dienstleistungszentrum Personal; Integration der Sekundarschulen in die Finanzprozesse des Kantons; Konzeption, Umsetzung und Einführung des integrierten Aufgaben- und Finanzplanes; Anpassung der Finanzprozesse an die Anforderung von E-Government; weitere Optimierung der Materialwirtschaft und Logistik des Kantons; Erweiterung der Immobilienbewirtschaftung (ehemals getrennt im Hochbauamt [HBA] und Amt für Liegenschaftsverkehr [ALV]). Nachdem bereits im Budget 2015 CHF 0.55 Mio. eingespart wurden, kommt es im Budget 2016 zu zusätzlichen Saldokürzungen im Betrag von CHF 0.41 Mio. (in Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategiemassnahmen). Dadurch werden in mehreren Teilprojekten die geplanten Aktivitäten auf der Zeitachse weiter nach hinten verschoben (2017/2018).

B 2108.002 Sanierung bzw. Einmietung Erstes Rechenzentrum

Das 1. Rechenzentrum an der Rheinstrasse 33b muss nach fast 20 Jahren saniert werden, da die Gebäudetechnik nicht mehr gewartet werden kann (vgl. Landratsvorlage 2. Rechenzentrum). Die wirtschaftlichen Abklärungen werden zeigen, ob eine Sanierung sinnvoll ist oder ob eine Einmietung wie beim 2. Rechenzentrum angestrebt wird. Infolge fehlender Ersatzteile und Wartungsmöglichkeiten bei der Gebäudetechnik besteht dringender Handlungsbedarf.

**Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion**

**VG
D**

Beitrag zu strategischen Zielen

Das Projekt AVENIR VGD wurde Ende 2015 abgeschlossen. Die VGD ist organisatorisch neu aufgestellt und umfasst neben dem Generalsekretariat folgende weitere Organisationseinheiten:

- Standortförderung Baselland
- Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit KIGA
- Amt für Gesundheit AfG
- Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen ALV
- Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain LZE
- Amt für Wald beider Basel AfW

Die Wirtschaft im Kanton Basel-Landschaft soll qualitativ und nachhaltig wachsen. Die Regierung spricht sich gegen ein reines Breitenwachstum und die damit verbundenen negativen Externalitäten aus. Mit der Standortförderung sollen ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre wirtschaftliche Entwicklung erhalten. Hierzu werden im 2016 die Standortförderung Baselland gestrafft und fokussiert und die Innovationsförderung mit den Kantonen Basel-Stadt und Jura koordiniert und auf die für den Wirtschaftsraum Nordwestschweiz wichtigen Fokusthemen ausgerichtet. Basis für diese Arbeiten bilden die Wirtschafts- und Innovationsstrategie, die im ersten Quartal 2016 vorliegen sollen.

Mit den Zielen einer optimierten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, eines Beitrags zur Dämpfung des Kostenwachstums im Bereich der Spalkosten sowie der Sicherung der universitären Medizin, und damit der Position der Life Science-Industrie in der Region, werden im 2016 gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt Strategien entwickelt. Dabei werden mehrere Ebenen miteinbezogen. Aus Versorgungssicht geht es um eine gemeinsame Analyse, Planung und ein gemeinsames Monitoring des Gesundheitsversorgungsraums Nordwestschweiz. Ziel ist es, für beide Kantone gemeinsame Handlungsoptionen zu entwickeln (Markt spielen lassen versus korrigierend eingreifen). Aus Beteiligungssicht sind die beiden Spitäler KSBL und USB beauftragt, die Zusammenführung in eine gemeinsame Spitalgruppe zu entwickeln. Ebenso prüfen und konzipieren die beiden Spitäler den Aufbau einer Tagesklinik für ambulante Eingriffe und Interventionen mit dem Ziel einer Verlagerung der stationären Leistungen in den ambulanten Bereich. Die Ergebnisse liegen Ende des 3. Quartals 2016 vor.

Die Regierung geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft aktiv an. Sie nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung und verfügt über eine umfassende Alters- und Seniorenpolitik. Mit Blick auf die Kostenentwicklung im Heimbereich wird zusammen mit den Gemeinden das Angebot zur Pflege zu Hause und entsprechende Wohnformen gefördert. Eine wichtige Massnahme hierzu stellt die Revision des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter dar. Die Vorlage soll dem Landrat im 2016 unterbreitet werden.

Zur Sicherung der vielfältigen Landschaften, der ökologisch wertvollen Lebensräume und der Artenvielfalt werden die Programme „Biodiversität und Landschaftsqualität im Landwirtschaftsgebiet“ sowie „Naturschutz im Wald“ lanciert. Weiter soll der Wald in der Lage sein, und soll sich dessen Pflege darauf ausrichten, dass er einen wesentlichen Schutz vor Naturgefahren (Siedlungsgebiet, Infrastrukturanlagen) zu leisten vermag. Hierfür soll im 2016 eine kantonale Waldpolitik formuliert und daraus abgeleitet eine Waldstrategie erarbeitet werden.

Gesamtübersicht Budget

Die zum Vorjahresbudget grössten Veränderungen im Planjahr 2016 und die hauptsächlichsten Ursachen werden, bezogen auf die einzelnen Kostenarten, nachstehend im Detail aufgeführt. Ausserdem verweisen wir auf die Detailtabelle im Anhang, wo die einzelnen Strategiemassnahmen mit einem totalen Entlastungsbetrag von CHF 5.2 Mio. für die VGD ausgewiesen ist.

SACH- UND ÜBRIGER BETRIEBSAUFWAND (Kostenart 31 / - CHF 0.7 Mio.)

Der Regierungsrat hat im März 2015 beschlossen (RRB Nr. 462) die Kontengruppen 310, 311, 314, 315 und 343 um generell 10% gegenüber dem Budget 2015 zu reduzieren, was vollständig umgesetzt wurde (- CHF 0.3 Mio.). Weitere namhafte Budgetreduktionen sind zudem in Folge der "Strategiemassnahmen" in der Kontengruppe 313 "Dienstleistungen und Honorare" umgesetzt worden. Im Bereich der Informatikkonten, um die Vorgabe (gekürzter IT-Richtwerte für das Planjahr 2016) erreichen zu können und auch in den übrigen Bereichen und bei Vorhaben/Projekten durch die zeitliche Streckung der Realisierungsphasen (z.B. ÖREB-Kataster, VK Standortpolitische Massnahmen 2014-17, VK Realisierung AV93, 3. Etappe).

TRANSFERAUFWAND (Kostenart 36 / + CHF 47.0 Mio.)

Gesundheitskosten (Fallpreise/Tagestaxen + CHF 44.4 Mio.)

Aufgrund der durch die Baselbieter Bevölkerung bezogenen und verrechneten Leistungen der vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass die bis anhin budgetierten Planwerte, welche teils durch externe Expertisen unterlegt waren, eindeutig zu optimistisch bemessen waren. Die für das Jahr 2016 berechneten Planwerte stellen auf eine jährliche Zuwachsrate von + 4.3% vom Rechnungsergebnis 2014 ab (CHF 354.3 Mio.). Zudem ist eine approximative Einsparung in Höhe von CHF 1.5 Mio. durch die Einführung einer Software für die elektronische Erfassung und Prüfung der Einzelrechnungen berücksichtigt worden.

Gemeinwirtschaftliche und besondere Leistungen (GWL) an das UKBB (- CHF 0.2 Mio.)

Auf das Jahr 2016 wird der entsprechende Verpflichtungskredit erneuert und die Abgeltung der GWL an das UKBB neu verhandelt. Im Vergleich zum Vorjahresbudget ist der Planwert um CHF 0.2 Mio. auf CHF 5.25 Mio. zurückgenommen worden.

Abschreibungen Investitionsbeiträge APH (+ CHF 5.6 Mio.)

In den Jahren 2015 und 2016 werden einerseits wiederum einige Bauprojekte fertiggestellt werden und die linearen Abschreibungen ab Folgemonat des Vorliegens der Bauabrechnungen zusätzlich beginnen. Andererseits ist eine ausserordentliche Direktabschreibung als Folge des Ausfalls eines Generalunternehmers (CHF 4.3 Mio.) als einmaliger Faktor enthalten.

Nachzahlungen Pflegefinanzierung 2011 (- CHF 2.75 Mio.)

Die unpräjudiziellen Nachzahlungen an die Pflegekosten von Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen für das Kalenderjahr 2011 wurden im Budget 2015 als Einmaleffekt eingestellt. Es wird davon ausgegangen, dass die Nachzahlungen Ende 2015 abgeschlossen sein werden.

DURCHLAUFENDE BEITRÄGE (Kostenart 37/47 / - CHF 14.2 Mio.)

Die Direktzahlungen des Bundes an die Landwirtschaft wurden für das Jahr 2015 aufgrund von Schätzungen des Bundesamtes für Landwirtschaft budgetiert. Die definitiven Zahlungen nach Einführung der neuen Agrarpolitik 2014-17 fielen tiefer aus. Zudem werden neu mit der Intergration der Abteilung Natur und Landschaft ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain die Bundesbeiträge an die Biodiversität und Landschaftsqualität direkt (und nur noch) bei den entsprechenden Verpflichtungskrediten budgetiert.

ENTGELTE (Kostenart 42 / - CHF 0.35 Mio.)

Die budgetierte Veränderung der Entgelte ist mit der definitiven Aufhebung der laufenden Nachführungen auf Ende 2015 (s/Randziffer Nr. 2 beim Profitcenter P2206 "Amt für Geoinformation") begründet.

FINANZERTRAG (Kostenart 44 / - CHF 0.49 Mio.)

Die geplante und budgetierte Umsetzung der Revision der Jagd- und Fischereigesetzgebung (EP 12/15 Massnahme) war für die Erhöhung dieser Budgetposition im Budget 2015 verantwortlich (s/Kommentar zur Erfolgsrechnung im Profitcenter P2200 "Generalsekretariat" in der Jahresplanung 2015). Die vermeintlichen Erträge mussten nun für das Budgetjahr 2016 wieder entfernt werden, da sich diese Gesetzesrevision als nicht umsetzbar erwiesen hat.

ÜBERTRAG FONDS / STAATSRECHNUNG (Kostenart 45 / + CHF 0.12 Mio.)

Faktischer Personalkostenausgleich durch Erhöhung der Fondsentnahme im Vollzug des Wirtschaftsförderungsgesetzes (WiFöG).

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	40'246'524	44'410'993	44'503'782	92'789	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	10'376'074	10'752'171	10'008'996	-743'175	-7%
34 Finanzaufwand	128'543	130'000	118'200	-11'800	-9%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	290'000	210'000	210'000	0	0%
36 Transferaufwand	403'962'479	401'661'444	448'640'677	46'979'233	12%
37 Durchlaufende Beiträge	54'610'763	61'432'900	47'279'900	-14'153'000	-23%
38 Ausserordentlicher Aufwand	2'990'000				
39 Interne Fakturen	177'427	166'877	179'179	12'302	7%
42 Entgelte	-4'061'261	-3'222'500	-2'868'800	353'700	11%
43 Verschiedene Erträge	-81'687	-166'500	-181'500	-15'000	-9%
44 Finanzertrag	-5'585'051	-5'643'440	-5'149'330	494'110	9%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-157'500	-157'500	-277'500	-120'000	-76%
46 Transferertrag	-25'753'955	-35'903'314	-35'906'463	-3'149	0%
47 Durchlaufende Beiträge	-54'610'763	-61'432'900	-47'279'900	14'153'000	23%
Total Aufwand	512'781'808	518'764'385	550'940'733	32'176'348	6%
Total Ertrag	-90'250'217	-106'526'154	-91'663'493	14'862'661	14%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	422'531'591	412'238'231	459'277'241	47'039'010	11%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	311.9	342.4	338.6	-3.8	-1.1%

Im Rahmen von AVENIR VGD wurden 33.70 Sollstellen vom Generalsekretariat auf die anderen Dienststellen verteilt. Dieser Transfer geschah saldoneutral. Daneben wurden gewisse Korrekturen früherer Kürzungen vorgenommen bzw. langjährige befristete Stellen für dauernde Aufgaben konsequenterweise im Sollstellenplan abgebildet. Wir verweisen diesbezüglich auf die detaillierteren Anmerkungen zu den Abschnitten "Personal" der einzelnen Profitcenter.

Die ausgewiesene Nettoabnahme der Direktion um -3.80 Stellen stellt sich wie folgt dar:

- 0.70 im Amt für Geoinformation AGI (Aufhebung laufende Nachführung amtliche Vermessung / VGD -OM-9).
- + 0.80 im Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen ALV (Umwandlung befr. Stelle Fleischkontrolle sowie Stellenabbau der Hundefachstelle).
- + 0.35 im Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain LZE (Umwandlung befr. Stelle 0.40 Feuerbrand, Laubbockkäfer, Kirschessigfliege plus Stellenreduktion von 0.05 im Bereich Bildung).
- + 0.35 im Amt für Wald beider Basel AfW (Trennung Stelle Kantonstierarzt und Jagdverwalter, unbefristete Aufstockung).
- 1.60 im Amt für Gesundheit AfG (Umwandlung befristete Projekt -Stellen Betreuung und Pflege im Alter in unbefristete plus Stellenabbau in den Bereichen 'Kinder- und Jugendzahnpflege' und 'Gesundheitsförderung').
- 3.00 im Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit KIGA (Stellenabbau bzw. Verschiebungen).

2200 Generalsekretariat VGD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist die Stabstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle der Gesamtdirektion. Sie umfasst drei Abteilungen.

Die Abteilung Support beinhaltet sämtliche Funktionen zur Unterstützung der anderen Dienststellen (HR, Rechnungswesen, Rechtsdienst, IT) und stellt den Abgleich mit den übergeordneten Prozessen auf Stufe Konzern sicher.

Die Abteilung Strategie und Controlling ist zuständig für die Strategieentwicklung, -planung und -kontrolle auf Stufe Direktion sowie für die Beteiligungen des Kantons im Aufgabenbereich der VGD.

Die dritte Abteilung umfasst insbesondere die Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten und die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten im Erwerbsleben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	172'579	193'000	40'000	-153'000	-79%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'912'038	6'515'130	2'416'137	-4'098'993	-63%	1
304	Zulagen	90'227	89'376	28'883	-60'493	-68%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	1'224'483	1'280'924	454'866	-826'058	-64%	1
306	Arbeitgeberleistungen	1'511					
309	Übriger Personalaufwand	140'707	132'450	104'911	-27'539	-21%	1
310	Material- und Warenaufwand	315'604	349'275	27'560	-321'715	-92%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	34'383	364'900	384'087	19'187	5%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	208'089	500		-500	-100%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	1'109'405	1'117'250	349'853	-767'397	-69%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	463	6'900	88'346	81'446	>1000%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	39'541	33'500	33'000	-500	-1%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	133'858	173'800	15'500	-158'300	-91%	1,2
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	4'780	2'601		-2'601	-100%	1
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'500	500		-500	-100%	1
341	Realisierte Kursverluste	734					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'137	2'200	2'000	-200	-9%	1
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	290'000	210'000		-210'000	-100%	1
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	2'990'000					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-390'089	-432'200		432'200	100%	1
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-5'365	-13'000		13'000	100%	1
425	Erlös aus Verkäufen	-15'332	-100		100	100%	1
426	Rückerstattungen	-8'803	-37'500		37'500	100%	1
429	Übrige Entgelte	-100'000					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-38'351	-43'500	-10'500	33'000	76%	1
440	Zinsertrag	-26	-10		10	100%	1
443	Liegenschaftenertrag FV	-601'545	-595'000		595'000	100%	1
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-4'924'000	-4'500'000		4'500'000	100%	1
447	Liegenschaftenertrag VV	-2'518	-492'500		492'500	100%	1
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-152'500	-152'500	-5'000	147'500	97%	1
	Total Aufwand	12'673'039	10'472'306	3'945'142	-6'527'164	-62%	
	Total Ertrag	-6'238'529	-6'266'310	-15'500	6'250'810	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	6'434'510	4'205'996	3'929'642	-276'354	-7%	

VGD

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) sind die Werte nicht direkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar und in die Profitcenter P2205 "Amt für Wald beider Basel", P2208 "Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen" sowie die neuen Profitcenter P2214 "Amt für Gesundheit" und P2215 "Standortförderung BL" aufgeteilt worden.
- 2 Einsparung von CHF 41'500 durch Abschaffung der budgetierten Betriebsanlässe (SID -WOM 5).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesundheitsinstitutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'172'047	1'459'556		-1'459'556	-100%	1
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	19'613	22'300	550	-21'750	-98%	1,2
Abhängigkeitserkrankungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'822'226	4'060'000		-4'060'000	-100%	1
	460	Ertragsanteile von Dritten	-903'597	-960'000		960'000	100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-632'358	-750'000		750'000	100%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-16'082	-200'000		200'000	100%	1
Prävention	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		3'000		-3'000	-100%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	801'622	767'700		-767'700	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-88'500	-114'250		114'250	100%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-32'163					
Veterinärwesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	6'500	6'000		-6'000	-100%	3
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	35'620	35'770		-35'770	-100%	3
APH	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		2'750'000		-2'750'000	-100%	1
	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	121'090	1'000'000		-1'000'000	-100%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-200'784	-260'000		260'000	100%	1
Baselland Tourismus	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	600'000	600'000		-600'000	-100%	4
Impfungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-272'865	-220'000		220'000	100%	1
Beiträge an Sanitätsdienste	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	413'000	413'000		-413'000	-100%	1
Wildschäden	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	140'383	214'000		-214'000	-100%	5
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-283					5
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-59'070					5
Akutsomatik Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	109'894'847	110'862'639		-110'862'639	-100%	1
Standortpolitik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		390'000		-390'000	-100%	4
Rehabilitation Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	9'048'447	11'043'253		-11'043'253	-100%	1
Akutsomatik Privatspitäler BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	16'584'124	11'927'936		-11'927'936	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-4'133					1
Akutsomatik UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	10'109'536	10'523'450		-10'523'450	-100%	1
Akutsomatik Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	120'455'279	111'304'981		-111'304'981	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-500'130					1

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Rehabilitation Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	15'019'859	11'768'938		-11'768'938	-100%	1
Akutsomatik Spitäler and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	23'886'471	20'229'486		-20'229'486	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-129'972					1
Rehabilitation Spitäler and. Kt. und Aus	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	10'821'575	12'232'683		-12'232'683	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-5'556					1
Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	25'876'967	27'817'582		-27'817'582	-100%	1
Psychiatrie Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	697'081	630'897		-630'897	-100%	1
Psychiatrie BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	7'451'345	6'400'704		-6'400'704	-100%	1
Psychiatrie and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	5'081'483	4'796'451		-4'796'451	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-4'435					1
GWL Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	14'539'107	13'500'000		-13'500'000	-100%	1
GWL Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	8'000'000	8'000'000		-8'000'000	-100%	1
GWL UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	5'635'170	5'451'000		-5'451'000	-100%	1
GWL Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	313'250	345'000		-345'000	-100%	1
MUBA 64+	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	54'924	55'000	55'000	0	0%	2
Reg. Heilmittelinsp. NW-CH (RHI)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-55'625					
Beiträge Kinder- und Jugendzahnpflege	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'306'034	1'355'000		-1'355'000	-100%	1
Kantonales Tabakprogramm	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		130'000		-130'000	-100%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-130'000		130'000	100%	1
Regressforderungen Unfall	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-452'840	-300'000		300'000	100%	1
Total Transferaufwand			391'851'975	380'096'326	55'550	80'040'776	-100%	
Total Transferertrag			-3'302'768	-2'934'250		2'934'250	100%	
Transfers (Netto)			388'549'207	377'162'076	55'550	77'106'526	-100%	

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab B2016 unter Profitcenter P2214 "Amt für Gesundheit" geführt.
- 2 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) verbleibt im Generalsekretariat einzig der Beitrag an die Schweizerische Vereinigung für öffentliches Beschaffungswesen sowie der Beitrag an den Verein der kantonalen Schlichtungsstellen und die Abgeltung für die Standmiete für den Auftritt des Kantons Basel -Landschaft an der MUBA.
- 3 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab B2016 unter Profitcenter P2208 "Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen" geführt.
- 4 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab B2016 unter Profitcenter P2215 "Standortförderung BL" geführt.
- 5 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab B2016 unter Profitcenter P2205 "Amt für Wald beider Basel" geführt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand	100'000					1

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesundes Körpergewicht 2012-2015	30	Personalaufwand	5'531					1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	149'647	227'000		-227'000	-100%	1
	46	Transferertrag	-88'500	-114'250		114'250	100%	1
		Total	66'678	112'750		-112'750	-100%	
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand	187'975					1
Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand	600'000	600'000		-600'000	-100%	2
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand	224'500	224'500		-224'500	-100%	1
Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	30	Personalaufwand	35'529					2
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'646'703	1'500'000		-1'500'000	-100%	2
		Total	1'682'232	1'500'000		-1'500'000	-100%	
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transferaufwand	275'000	275'000		-275'000	-100%	1
GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand	14'900'000	13'500'000		-13'500'000	-100%	1
GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand	8'000'000	8'000'000		-8'000'000	-100%	1
GWL UKBB 2014 bis 2015	36	Transferaufwand	5'635'211	5'451'000		-5'451'000	-100%	1
Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transferaufwand	347'626	345'000		-345'000	-100%	1
Zentrum Selbsthilfe 2015 - 18	36	Transferaufwand		120'000		-120'000	-100%	1
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2015-17)	36	Transferaufwand		225'000		-225'000	-100%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			32'107'722	30'467'500		30'467'500	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-88'500	-114'250		114'250	100%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			32'019'222	30'353'250		30'353'250	-100%	

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab B2016 unter Profitcenter P2214 "Amt für Gesundheit" geführt.
- 2 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab B2016 unter Profitcenter P2215 "Standortförderung BL" geführt.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
APH-Investitionsbeiträge	56	Eigene Inv.-Beitr.	34'125'296	30'000'000		-30'000'000	-100%	1
Total Investitionsausgaben			34'125'296	30'000'000		-30'000'000	-100%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			34'125'296	30'000'000		-30'000'000	-100%	

- 1 Aufgrund zeitlicher Verschiebungen gewisser ehemals angemeldeter grösseren Vorhaben resultiert nun ein markant tieferer Wert für das Jahr 2016 aus dem aktualisierten Zehnjahreszahlungsplan. Diese Position konnte technisch noch nicht in die neue Dienststelle "Amt für Gesundheit" (P2214) transferiert werden, gehört aber thematisch nicht mehr zum "Generalsekretariat".

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	46.5	51.8	18.1	-33.7	-65.1%

Aus dem Projekt AVENIR VGD ergeben sich Transfers von Total -33.7 Stellen zu anderen Profitcentern.

03.2 Stellen gehen ins P2205 "Amt für Wald beider Basel" (AfW).

04.7 Stellen gehen ins P2208 "Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen" (ALV).

20.7 Stellen gehen ins P2214 "Amt für Gesundheit" (AfG).

05.1 Stellen gehen ins P2215 "Standortförderung BL".

Somit bleiben im Generalsekretariat 18.1 Stellen übrig.

Jahresprogramm

2200.001 AVENIR VGD

Das Projekt AVENIR VGD sieht eine Verbesserung der strategischen Ausrichtung und Positionierung der VGD vor. Das Projekt beinhaltet neben dem strategischen Entwicklungsprozess der Direktion mit der Ausrichtung auf die drei VGD-Handlungsfelder Volkswirtschaft, Gesundheit und Landschaft sowie der konsequenten Trennung von Stabs- und Linienaufgaben auch eine Organisationsentwicklung. Dem Landrat wurde eine entsprechende Vorlage mit dem Zweck einer Neuorganisation der VGD unterbreitet. 2015 soll die Umsetzung erfolgen.

2200.003 Public Corporate Governance - Umsetzung Eigentümerstrategien

Auf Basis der regierungsrätlichen Richtlinien Public Corporate Governance wurden für die Beteiligungen in der Zuständigkeit der VGD Eigentümerstrategien formuliert (Kantonsspital Baselland KSBL, Psychiatrie Baselland PBL, Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB, die Rheinhäfen beider Basel sowie die Messe Schweiz MCH Group). Auf der Basis von Piloten, zu denen das KSBL sowie die Rheinhäfen gehören, sollen für alle Beteiligungen systematisch Eignerstrategien entwickelt werden und ab 2015 zur Anwendung gelangen.

2201 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Als wichtigster öffentlicher Dienstleistungsbetrieb im Handlungsfeld Volkswirtschaft der VGD steht das KIGA Baselland an einer der zentralen Schnittstellen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Die Abteilung Arbeitsbedingungen erteilt Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen, dazu gehören auch die Grenzgängerbewilligungen. Zur Arbeitsaufsicht gehören Kontrollen, wie unter anderem innerhalb der Personenfreizügigkeit gefordert, oder die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Das Arbeitsinspektorat setzt sich mit dem Gesundheitsschutz und der Sicherheit am Arbeitsplatz auseinander. Das Messwesen und die Kalibrierstelle gehören ebenfalls zu dieser Abteilung. Eine weitere Dienstleistung für Handel und Industrie ist die Konformitätsbewertungsstelle für Waagen.

Der Schutz der Arbeitnehmenden steht im Zentrum der Abteilung Arbeitsrecht/Arbeitnehmerschutz. Eine wichtige Basis dafür ist das Arbeitsgesetz. Die Überwachung von Verleih- und Vermittlungsfirmen, die Kontrolle der berufsmässigen Chauffeure und die arbeitsvertragliche Rechtsauskunft sind weitere Aufgaben in diesem Bereich. Die Abteilung ist zudem zuständig für die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe, überwacht den Verkauf und die Lagerung von Feuerwerk, überprüft die Preisanschriften in Werbung und Verkaufsgeschäften und betätigt sich im Bereich der Wohnbauförderung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	7'782	8'000	8'300	300	4%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'951'074	4'369'868	4'112'854	-257'013	-6%	1
304	Zulagen	74'348	64'326	66'873	2'547	4%	
305	Arbeitgeberbeiträge	789'518	863'707	826'779	-36'928	-4%	1
309	Übriger Personalaufwand	27'522	31'000	49'400	18'400	59%	2
310	Material- und Warenaufwand	56'183	74'050	63'575	-10'475	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	44'712	48'700	43'830	-4'870	-10%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	14					
313	Dienstleistungen und Honorare	36'614	28'100	24'400	-3'700	-13%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	5					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	12'239	20'800	18'720	-2'080	-10%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	39'888	47'150	47'150	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	58'457	67'150	93'750	26'600	40%	3
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	28'371	15'000	20'000	5'000	33%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	455	200	100	-100	-50%	
340	Zinsaufwand	4'989	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	655	700	700	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'349	1'700	1'700	0	0%	
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	4'623	2'050	2'050	0	0%	
391	Int Fakturen Dienstleistungen	22'454	21'127	26'816	5'689	27%	
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	6'686		6'649	6'649	X	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'084'653	-1'141'200	-1'116'200	25'000	2%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-16					
425	Erlös aus Verkäufen	-15'949	-13'600	-13'500	100	1%	
426	Rückerstattungen	-1'294	-2'000	-2'000	0	0%	
429	Übrige Entgelte	-453	-600	-600	0	0%	
440	Zinsertrag	-46	-60	-60	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-5'000	-5'000	-5'000	0	0%	
	Total Aufwand	5'167'938	5'668'628	5'418'647	-249'981	-4%	
	Total Ertrag	-1'107'411	-1'162'460	-1'137'360	25'100	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'060'527	4'506'168	4'281'287	-224'881	-5%	

- 1 Reduktion aufgrund von Stellenabbau und Verschiebungen (s/Abschnitt "Personal").
- 2 Mehrkosten aufgrund zusätzlichem Schulungsaufwand der Inspektoren in den Bereichen Arbeitsmarktaufsicht und Schwarzarbeitsbekämpfung.
- 3 Zusätzliche Kosten für Informationsveranstaltungen mit den Vollzugsorganen der Sozialpartner in den Bereichen Arbeitsmarktaufsicht und Schwarzarbeitsbekämpfung.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	360	Ertragsanteile an Dritte	91'466	100'000	100'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'262'137	5'411'378	5'385'396	-25'982	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'199'423	-1'259'700	-1'153'600	106'100	8%	
Eichstätte	360	Ertragsanteile an Dritte	11'682	15'000	15'000	0	0%	
	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'142	10'000	2'500	-7'500	-75%	
Volkswirtschaft	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	600'000	668'750	668'750	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-166'215	-300'000	-300'000	0	0%	
Total Transferaufwand			5'967'427	6'205'128	6'171'646	-33'482	-1%	
Total Transferertrag			-1'365'639	-1'559'700	-1'453'600	106'100	7%	
Transfers (Netto)			4'601'789	4'645'428	4'718'046	72'618	2%	

VGD

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	37.3	43.5	40.5	-3.0	-6.9%

Stellenabbau von 0,5 Stellen im Arbeitsinspektorat, 1,5 Stellen in der Fachstelle Messwesen und Stellenverschiebung von 1,0 Stellen zum Profitcenter P2202 " Öffentliche Arbeitslosenkasse " .

Jahresprogramm

2201.001 E-Government

Die Inangriffnahme des Updates der Plattform für Arbeitsbewilligungen (ePublic) musste in der Vergangenheit mehrfach verschoben werden und soll nun 2016 unter der Projektleitung der Landeskantlei erfolgen. Unter dem Gesichtspunkt der Anforderung der Standortförderung wie auch des Abstimmungsergebnisses zur Masseneinwanderungsinitiative ist dies von zunehmender Dringlichkeit.

2202 Abteilung Öffentliche Arbeitslosenkasse (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse unterstützt Stellensuchende mit Arbeitslosengeldern. Arbeitnehmende erhalten bei einem Konkurs ihres Arbeitgebers Leistungen aus der Insolvenzenschädigung. Firmen gewährt die Öffentliche Arbeitslosenkasse Schlechtwetter- oder Kurzarbeitsentschädigungen.

Die Aufwendungen der öffentlichen Arbeitslosenkasse werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'636'792	3'510'761	3'477'688	-33'073	-1%	
304	Zulagen	43'225	61'323	51'171	-10'152	-17%	
305	Arbeitgeberbeiträge	408'799	626'901	617'250	-9'650	-2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'084					
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	143'663	143'700	143'663	-37	0%	
	Total Aufwand	3'233'563	4'342'684	4'289'773	-52'912	-1%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'233'563	4'342'684	4'289'773	-52'912	-1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-3'233'563	-4'342'684	-4'289'773	52'912	1%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-3'233'563	-4'342'684	-4'289'773	52'912	1%	
Transfers (Netto)			-3'233'563	-4'342'684	-4'289'773	52'912	1%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.4	37.2	37.2	0.0	0.0%

Stellenverschiebung von 1,0 Stellen aus dem Profitcenter P2201 "Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) und der Abbau von 1,0 Stellen durch Optimierungen im Rechnungswesen (VGD -WOM-7) heben sich gegenseitig auf.

Jahresprogramm

2202.001 Flexible Ressourcierung

Aufgrund der Wechselkursfreigabe anfangs 2015 bestehen grössere Unsicherheiten bezüglich der zu erwartenden arbeitsmarktlichen Entwicklung 2016. Es wird nötig sein, diese äusserst aufmerksam zu beobachten und gegebenenfalls auf Negativentwicklungen rasch mit zusätzlichen Ressourcen zu reagieren.

2203 Arbeitsvermittlung/Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen/ Amtsstelle AVIG (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

In diesem Profitcenter sind die umfangreichen Dienstleistungen erfasst, welche das KIGA Baselland nebst den finanziellen Leistungen der Öffentlichen Arbeitslosenkasse im Vollzug der Arbeitslosenversicherung erbringt. Es sind dies die Beratung und Vermittlung der Stellensuchenden in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, deren Unterstützung mit Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen, sowie diverse Sonderfunktionen (Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen, sogenannte „Überweisungen zum Entscheid“ etc.). Die Aufwendungen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, der Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen und der Amtsstelle AVIG (Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung) werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	10'896'651	11'361'362	11'588'049	226'687	2%	
304	Zulagen	185'862	177'903	120'311	-57'592	-32%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	1'707'886	1'983'429	2'009'865	26'436	1%	
309	Übriger Personalaufwand	179'136	263'600	255'280	-8'320	-3%	
310	Material- und Warenaufwand	138'402	113'000	93'540	-19'460	-17%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	410'566	231'800	193'700	-38'100	-16%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	195'440	195'085	194'135	-950	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	397'856	195'250	268'660	73'410	38%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	344'826					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	90'540	113'600	9'360	-104'240	-92%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	924'087	996'950	1'013'560	16'610	2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	57'739	67'000	48'000	-19'000	-28%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	28'403	63'900	43'030	-20'870	-33%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	117'904	120'000	108'000	-12'000	-10%	
425	Erlös aus Verkäufen	-50					
426	Rückerstattungen	-12'386					
447	Liegenschaftenertrag VV	-4'200					
	Total Aufwand	15'675'298	15'882'879	15'945'490	62'611	0%	
	Total Ertrag	-16'636					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'658'662	15'882'879	15'945'490	62'611	0%	

1 Weniger Aufwand bei den Erziehungszulagen.

2 Die Belastung der Zentralen Informatikdienste BL für den Client- & Server -Betrieb fällt höher aus.

3 Der Aufwand reduziert sich aufgrund des Verzichts auf Softwarelizenzen für eine Internet Jobsuchmaschine.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-15'658'662	-15'882'879	-15'945'490	-62'611	0%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-15'658'662	-15'882'879	-15'945'490	-62'611	0%	
Transfers (Netto)			-15'658'662	-15'882'879	-15'945'490	-62'611	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	116.7	120.1	120.1	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2203.001 Flexible Ressourcierung

Aufgrund der Wechselkursfreigabe anfangs 2015 bestehen grössere Unsicherheiten bezüglich der zu erwartenden arbeitsmarktlichen Entwicklung 2016. Es wird nötig sein, diese äusserst aufmerksam zu beobachten und gegebenenfalls auf Negativentwicklungen rasch mit zusätzlichen Ressourcen zu reagieren.

2205 Amt für Wald beider Basel

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Wald überwacht und vollzieht in beiden Basel mittel- und unmittelbar die Einhaltung und Umsetzung der waldrechtlichen Regelungen und Vorgaben. Die Erhaltung, der Schutz und die Pflege des Waldareals verfolgen folgende Zielsetzungen:

- Das "System Wald" wird zur Sicherung seiner vielfältigen Funktionen langfristig erhalten.
- Die Attraktivität des Siedlungsraums und die Vielfalt der Landschaften werden aktiv beeinflusst.
- Die nachhaltige Nutzung von Holz als Rohstoff und Energieträger sowie die Wirkung des Waldes zum Schutz von Mensch, Siedlung und Infrastruktur werden gewährleistet.
- Eine vielfältige Flora und Fauna werden erhalten und gefördert.
- Die Benützung des Waldes als Erholungsraum wird ermöglicht und beschränkt.
- Die Bevölkerung verfügt über ein hohes Mass an Waldverständnis und der Forstdienst ist qualifiziert.

Zusätzlich vollzieht das Amt im Kantonsgebiet Basel-Landschaft die Aufgaben aus der Jagd- und Fischereigesetzgebung.

Daraus ergeben sich folgende wichtigen Aufgabengebiete:

- Erarbeiten der mittel- und langfristigen wald-, jagd- und fischereipolitischen Zielsetzungen. Beraten der Direktion bzw. des Departements in politischen und rechtlichen Fragen zur Wald-, Jagd und Fischereigesetzgebung.
- Aktive Vertretung der Wald-, Jagd- und Fischereinteressen auf allen Verwaltungsstufen und auf Bundesstufe.
- Erheben der für die Ziele und die Kontrolle einer nachhaltigen Entwicklung notwendigen Daten.
- Gewährleisten einer auf die nachhaltige Erfüllung aller Waldfunktionen ausgerichteten Bewirtschaftung der Wälder; Formulierung von Grundsätzen der waldbaulichen Behandlung.
- Gewährleisten einer langfristig ökologisch vertretbaren Jagd und Fischerei mit dem Ziel gesunder Wildtierpopulationen.
- Koordination der öffentlichen Interessen und Sicherstellen der öffentlichen Ziele im Wald, im Wildtiermanagement und bezüglich der Vitalität der Gewässer.
- Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Personen mit einem hoheitlichen Auftrag des Kantons (Revierförster, Jagd- und Fischereiaufseher).
- Beratung und Unterstützung von Waldeigentümern und Pächtern und deren Institutionen.
- Bewirtschaftung der Waldungen im Eigentum des Kantons.
- Bereitstellung von adressatengerechten Informationen über die Bedeutung von Wald, Wildtieren und deren Nutzung.

VGD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		18'800	29'500	10'700	57%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'325'639	1'421'404	1'774'524	353'120	25%	1
304	Zulagen	24'545	18'669	31'232	12'563	67%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	247'541	282'942	356'257	73'315	26%	1
309	Übriger Personalaufwand		500	500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	20'470	21'600	35'300	13'700	63%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'510	8'000	6'000	-2'000	-25%	
313	Dienstleistungen und Honorare	776'870	742'500	581'500	-161'000	-22%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	3'861	20'000	32'000	12'000	60%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		1'500	500	-1'000	-67%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'706	500	5'000	4'500	900%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	30'638	36'000	47'500	11'500	32%	1
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	4'400		1'000	1'000	X	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	40'000	500	140'500	140'000	>1000%	3
341	Realisierte Kursverluste	13					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	152	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-20'700	-30'000	-123'000	-93'000	-310%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen			-8'000	-8'000	X	1
425	Erlös aus Verkäufen	-133'886	-68'000	-70'500	-2'500	-4%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
426	Rückerstattungen	-2'692	-23'000	-42'000	-19'000	-83%	1
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-40'000	-120'000	-155'000	-35'000	-29%	4
440	Zinsertrag	-2	-200	-100	100	50%	
447	Liegenschaftenertrag VV			-1'500	-1'500		X 1
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			-2'500	-2'500		X 1
	Total Aufwand	2'481'344	2'573'015	3'041'414	468'399	18%	
	Total Ertrag	-197'281	-241'200	-402'600	-161'400	-67%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'284'063	2'331'815	2'638'814	306'999	13%	

- 1 Veränderung aufgrund AVENIR VGD mit Integration der "Jagd und Fischerei" aus dem Profitcenter P2200 "Generalsekretariat".
- 2 Reduktion im Bereich Naturgefahrenkarte aufgrund des geringeren Anpassungsbedarf und Abwälzung der Kosten auf die Verursacher und zusätzliche Reduktion um CHF 50'000 aus Umsetzung RRB zur Kürzung der Kostenart 313 Dienstleistungen und Honorare.
- 3 Darstellung Verwendung Vorteilsausgleich.
- 4 Hier enthalten CHF 140'000 zur korrekten Darstellung "Verwendung Vorteilsausgleich" (s/auch KoA 319).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Wald	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	513'681	513'000	513'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'620'386	2'062'200	1'943'800	-118'400	-6%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'489'359	-1'233'450	-1'218'100	15'350	1%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-60'351	-60'350	-60'500	-150	0%	
Fisch und Wild	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			81'650	81'650		X2
Wildschäden	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			16'000	16'000		X2
		Total Transferaufwand	4'134'067	2'575'200	2'554'450	-20'750	-1%	
		Total Transferertrag	-1'549'710	-1'293'800	-1'278'600	15'200	1%	
		Transfers (Netto)	2'584'357	1'281'400	1'275'850	-5'550	0%	

- 1 Unklarheit bezüglich tatsächlicher Bundesbeiträge; Verhandlungen über Programmperiode 2016 -19 starten im Juni, Bundesbeschluss liegt erst im Dezember vor.
- 2 Veränderung aufgrund AVENIR VGD mit Integration der "Jagd und Fischerei" aus dem Profitcenter P2200 "Generalsekretariat".

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	11.7	11.7	15.3	3.6	30.3%

Der Personalbestand gemäss Sollstellenplan ist aufgrund der Eingliederung der Jagd und Fischerei (AVENIR VGD) um 3.2 Stellen gestiegen. Zusätzlich kommt eine 0.35 Stelle für den administrativen Teil der Jagdverwaltung dazu. Dies ergibt die ausgewiesene Zunahme von 3.55 Stellen.

Jahresprogramm

2205.003 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Auf Basis der neu erstellten Waldbodenkarte wird schrittweise ein Informationsnetz über den Wassergehalt typischer bzw. empfindlicher Waldböden aufgebaut. Das System soll dazu beitragen, Schäden durch "das Befahren der Böden zum falschen Zeitpunkt" zu verringern. 2015 wird ein Kurs für die Revierförster / Betriebsleiter und die Maschinisten durchgeführt.

2205.004 Waldpflege und Waldbeobachtung

Schwerpunkt 2016 bilden verschiedene Schutzbautenprojekte (Burg, Liestal, Füllinsdorf). Schutzwälder in Bacheinhängen sowie entlang von Kantonsstrassen sind so gepflegt, dass sich keine zusätzliche Gefährdung für die Bevölkerung ergibt. Die Walddauerbeobachtung wird weitergeführt. Die Ergebnisse dienen als Frühwarnsystem über die Auswirkungen von Immissionen aus der Luft und der Veränderung des Klimas (Bbeitrag an die Wasserstrategie). Schwerpunkte bilden das Monitoring zum Eschentriebsterben und Herkunftsuntersuchungen, z.B. Stieleichen aus der Ukraine, in Pratteln und Muttenz.

2205.005 Teilrevision Waldgesetz (Vorarbeiten)

Ende 2016 liegt ein Entwurf zuhanden des Parlaments vor.

2205.006 Monitoring Asiatischer Laubholzbockkäfer

Der Asiatische Laubholzbockkäfer gilt gemäss Eidgenössischer Pflanzenschutzverordnung als besonders gefährlicher Schadorganismus. Die Überwachung der Ausbreitung und die Bekämpfung des Schädling sind kantonale Aufgaben. Wieviel Monitoring oder allenfalls Bekämpfung im Jahr 2016 notwendig sein wird, entscheidet sich aufgrund neuer Funde in Weil am Rhein erst im Herbst 2015.

2205.007 Nachführung Naturgefahrenkarte; Ereigniskataster

Die Naturgefahrenkarte ist nicht statisch, sondern muss laufend / periodisch nachgeführt werden. Auslöser dazu sind bisher primär Gegengutachten im Auftrag von Gemeinden und Grundeigentümern, die materiell zu prüfen sind. Der Bund hat eine neues Datenmodell für den Ereigniskataster entwickelt. 2016 werden regionale/kantonale Naturgefahrenbeobachter ausgebildet (kein Angebot 2015).

2205.008 Umsetzung des Postulates "Wanderwege für Biker"

Gestützt auf die Landratsentscheide vom 20. Januar 2014 soll ein kantonales (regionales) Bikenetz erarbeitet werden. Ende 2016 soll die Konolidierungsphase mit den Gemeinden und den betroffenen Organisationen abgeschlossen sein.

2205.010 Revision Jagdgesetz

Aufgrund der negativen Rückmeldungen in der Vernehmlassung hat der Regierungsrat Ende 2014 die Revision sistiert und eine Analyse bestellt. Darauf aufbauend soll das Gesetz unter Einbezug der Anspruchsgruppen revidiert werden. Die notwendige Landratsvorlage soll Mitte 2016 vorliegen.

2205.011 Anpassung Besatzstrategie

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Fischuntersuchungen (u.a. Genetik) haben gezeigt, dass der Besatz der Gewässer mit Jungfischen nur sehr bedingt Einfluss hat auf den Fischbestand. In Zusammenarbeit mit den Fischereiverbänden / Pächtern sollen die Besatzmassnahmen angepasst und der Fischbestand in den Baselbietern Gewässern mittel- bis langfristig auf die ökologischen Gegebenheiten ausgerichtet werden.

2206 Amt für Geoinformation

Auftrag und Zielsetzungen

Dem Amt für Geoinformation obliegen die operative Führung der amtlichen Vermessung im Kanton sowie die Führung und der Betrieb des kantonalen Geoinformationssystems (GIS). Es vollzieht die Aufgaben im Bereich der Geoinformation, die dem Kanton durch eidgenössische und kantonale Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse übertragen sind.

Die Katasteraufsicht nimmt die Vorbereitung, Ausschreibung, begleitende Verifikation und in begründeten Fällen die Durchführung der Ersterhebungen und Erneuerungen sowie der laufenden Nachführung der amtlichen Vermessung wahr. Zudem beaufsichtigt sie die Baulandumlegungsverfahren und den kommunalen Leitungskataster.

Die GIS-Fachstelle sorgt für die koordinierte Weiterentwicklung der Geoinformationssysteme in der Verwaltung und betreibt und pflegt die kantonale Geodateninfrastruktur. Zudem berät und unterstützt sie die Direktionen, Dienststellen, Gemeinden und Dritte und nimmt die Koordination mit dem Bund und den Nachbarkantonen im Bereich der Geoinformation wahr.

Schliesslich ist das Amt für Geoinformation für den Aufbau und Betrieb des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) verantwortlich.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'319	8'000	8'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'209'290	2'030'462	1'983'753	-46'709	-2%	
304	Zulagen	20'657	21'906	22'139	234	1%	
305	Arbeitgeberbeiträge	609'875	391'950	377'632	-14'318	-4%	
309	Übriger Personalaufwand		5'100		-5'100	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	20'945	18'000	13'000	-5'000	-28%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	276'869	313'000	271'500	-41'500	-13%	
313	Dienstleistungen und Honorare	904'156	683'510	158'000	-525'510	-77%	1
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt		2'000		-2'000	-100%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'449	1'000	1'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	11'409		10'000	10'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	31'630	25'000	27'000	2'000	8%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-732					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	14					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	186	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-968'963	-315'000	-15'000	300'000	95%	2
425	Erlös aus Verkäufen	-52'247	-15'000		15'000	100%	
426	Rückerstattungen	-53'819	-10'000	-10'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-3	-20	-20	0	0%	
	Total Aufwand	4'089'066	3'501'027	2'873'124	-627'904	-18%	
	Total Ertrag	-1'075'031	-340'020	-25'020	315'000	93%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'014'035	3'161'007	2'848'104	-312'904	-10%	

1 Abschluss periodische Nachführung 2015.

2 Definitive Aufhebung laufende Nachführung Ende 2015.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Geoinformation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	108'804	64'000	56'250	-7'750	-12%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-537'944	-890'000	-475'000	415'000	47%	1
Total Transferaufwand			108'804	64'000	56'250	-7'750	-12%	
Total Transferertrag			-537'944	-890'000	-475'000	415'000	47%	
Transfers (Netto)			-429'140	-826'000	-418'750	407'250	49%	

1 Abschluss periodische Nachführung 2015.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'716					
	46	Transferertrag	-32'971					
		Total	-23'255					
Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	114'500	114'000	816'000	702'000	616%	1
	46	Transferertrag	-98'781	-293'000	-330'000	-37'000	-13%	
		Total	15'719	-179'000	486'000	665'000	372%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			124'216	114'000	816'000	702'000	616%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-131'752	-293'000	-330'000	-37'000	-13%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			-7'536	-179'000	486'000	665'000	372%	

1 Start bundeskonforme amtliche Vermessung ausserhalb dem Baugebiet (AV93 3. Etappe).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.3	15.9	15.2	-0.7	-4.4%

Der bewusste Verzicht auf Wiederbesetzung einer durch ordentliche Pensionierung vakant werdenen Stelle (VGD -OM-9) wurde durch die definitive Aufhebung der laufenden Nachführung der amtliche Vermessung auf Ende 2015 ermöglicht.

Jahresprogramm

2206.002 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

Zum Abschluss der Verbundaufgabe AV93 wurde 2015 dem Landrat die Vorlage betreffend der dritten Etappe (langfristige Massnahme) vorgelegt. Das Konzept sieht darin ein gebietsweises Vorgehen vor, was zu Synergien und damit zu Einsparung von Zeit und Geld führt. Im Jahr 2016 wird vorgesehen, die Arbeiten im gesamten Bezirk Arlesheim und in den direkt südlich angrenzenden Gemeinden in die Wege zu leiten.

2206.006 Pflege und Weiterentwicklung der kantonalen Geodateninfrastruktur

Das Angebot an verfügbaren Geodaten wird weiter ausgebaut. Die Entwicklung von directionsübergreifenden und fachspezifischen Applikationen für die Dienststellen zu GeoView BL wird fortgeführt. Die Vernetzung der kantonalen Gebäudedatenbank mit den sich ändernden Umssystemen - statistisches Amt (STA), Bauinspektorat (BIT) und basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) - wird verstärkt. Die kontinuierliche Harmonisierung der Geodaten und Geodienste an die Anforderungen des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) wird fortgesetzt.

2206.007 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

Der Bund verpflichtet die Kantone, den ÖREB-Kataster bis spätestens 1. Januar 2020 einzuführen. Die dazu notwendigen Konzept-/Gesetzgebungsarbeiten werden 2016 abgeschlossen und die Umsetzung in Angriff genommen.

2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain (LZE)

Auftrag und Zielsetzungen

Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain in Sissach ist die kompetente Dienststelle des Kantons Basel-Landschaft für Landwirtschaft, Natur und Ernährung. Dazu übernimmt das LZE vielfältige Aufgaben in Bildung, Beratung, Förderung, Schutz, Regulierung und Vollzug.

Bildungs- und Beratungsziele und Aufgaben

- Der Ebenrain bildet Landwirtinnen und Landwirte aus, so dass diese in der Lage sind, ihre zukünftigen Betriebe selbständig, wirtschaftlich konkurrenz- und leistungsfähig sowie nachhaltig und ressourceneffizient zu führen.
- Durch Weiterbildung und Beratung befähigt der Ebenrain die Bauernbetriebe, sich permanent erfolgreich an sich ändernde Rahmenbedingungen und Marktchancen anzupassen und weiter zu entwickeln.
- Der Ebenrain bereitet junge Menschen auf eine berufliche Grundbildung im hauswirtschaftlichen oder in einem der Hauswirtschaft verwandten Umfeld vor.
- Der Ebenrain bietet mit der Gastronomie und Tagungsstätte die Infrastruktur und den Service für eigene Anlässe und für Kurse öffentlicher und privater Anbieter.

Förderziele und Aufgaben

- Der Ebenrain unterstützt seine Zielgruppen – insbesondere die Bäuerinnen und Bauern – darin, unternehmerische Eigenverantwortung zu übernehmen und ihre Rolle als starke Partner in der Wertschöpfungskette von der Produktion bis zum Konsum erfolgreich einzunehmen.
- Der Ebenrain fördert eine wirtschaftlich und ökologisch orientierte Landnutzung und Produktion von Lebensmitteln sowie den Markt für landwirtschaftliche Produkte.
- Der Ebenrain fördert eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung und Nutzung des ländlichen Raums. Er ist bemüht um eine Abwägung und Ausgleich der Ansprüche unterschiedlicher Landnutzer und Wirtschaftssektoren.
- Der Ebenrain erkennt komparative Standortvorteile und schafft Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die optimale Nutzung des individuellen Potenzials der Landwirte und weiterer Anspruchsgruppen der vor- und nachgelagerten Sektoren.
- Der Ebenrain fördert eine gesunde Ernährung sowie eine ökologische und ökonomische Haushaltführung.

Schutzziele und Aufgaben

- Der Ebenrain strebt eine nachhaltige, ressourcenschonende und multifunktionale Landwirtschaft an, welche die Ziele der Produktion auf der einen Seite, der Biodiversität und der Landschaftsqualität auf der anderen Seite optimal vereint.
- Der Ebenrain unterstützt die Landwirtschaft bei der Bewältigung der Anforderungen aus Umweltschutz, Landschaftsschutz und Klimawandel und sorgt dafür, dass sich die Landwirtschaftsbetriebe in diesem Rahmen erfolgreich entwickeln können.

Regulierungsziele und Aufgaben

- Der Ebenrain ist der kompetente Ansprechpartner in der Landwirtschaft, Natur und Ernährung für alle Anspruchsgruppen.
- Der Ebenrain entwickelt vorausschauende kantonale Agrarstrategien und beteiligt sich an der nationalen Agrarpolitik.

Vollzugsziele und Aufgaben

- Der Ebenrain gewährleistet einen praxisnahen, fairen und effizienten Vollzug der nationalen und kantonalen Agrarpolitik sowie eine effiziente und wirkungsvolle Umsetzung der Hoheitsaufgaben in der Landwirtschaft und Ernährung.
- Der Ebenrain unterstützt die betriebswirtschaftliche und ressourcenschonende Verbesserung der Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft (Land, Erschliessung, Gebäude, Anlagen), damit die Landwirtschaftsbetriebe konkurrenz- und zukunftsfähig bleiben bzw. werden.
- Der Ebenrain unterstützt die Landwirtschaft in ihren Anliegen zu Grundeigentum, Pacht und Raumplanung und stellt damit die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe sicher.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	15'963	-58'800	39'000	97'800	166%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'540'752	4'493'025	4'544'616	51'591	1%	
304	Zulagen	40'710	51'160	46'089	-5'071	-10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	598'978	842'481	842'913	432	0%	
309	Übriger Personalaufwand	5'424	6'000	6'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	344'694	328'500	289'480	-39'020	-12%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	57'289	31'700	30'200	-1'500	-5%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	38'000	42'500	43'000	500	1%	
313	Dienstleistungen und Honorare	200'680	388'700	453'200	64'500	17%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	30'708	550'000	499'500	-50'500	-9%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	17'455	16'000	14'400	-1'600	-10%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	38'672	37'300	43'300	6'000	16%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	68'453	105'500	106'000	500	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'400	500	500	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'500					
341	Realisierte Kursverluste	-32					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	168	200	200	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	54'610'763	61'432'900	47'279'900	-14'153'000	-23%	3
421	Gebühren für Amtshandlungen	-37'880	-36'000	-36'000	0	0%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-126'792	-131'500	-131'500	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-181'603	-140'000	-140'000	0	0%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-53'594	-52'400	-50'400	2'000	4%	
425	Erlös aus Verkäufen	-77'914	-76'400	-76'400	0	0%	
426	Rückerstattungen	-3'053					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-3'336	-3'000	-3'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-5	-50	-50	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-52'700	-55'600	-52'600	3'000	5%	
470	Durchlaufende Beiträge	-54'610'763	-61'432'900	-47'279'900	14'153'000	23%	3
	Total Aufwand	59'608'777	68'267'666	54'238'297	-14'029'368	-21%	
	Total Ertrag	-55'147'639	-61'927'850	-47'769'850	14'158'000	23%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'461'138	6'339'816	6'468'447	128'632	2%	

VGD

- 2015 erfolgte eine Lohngutschrift für einen Mitarbeiter für den Verpflichtungskredit Ökologischer Ausgleich über dieses Konto. Diese Gutschrift wird mit Integration Abt. Natur und Landschaft hinfällig. Der effektive Aufwand ist unverändert.
- Aufwanderhöhung um CHF 70'000 für das Projekt "Baselbieter Spezialkulturen", welches jedoch zu 100% durch einen Beitrag aus dem Wirtschaftsförderungsfonds refinanziert ist (s/Randziffer Nr. 1 zum Transferaufwand und -ertrag).
- Die Direktzahlungen des Bundes an die Landwirtschaft wurden 2015 aufgrund von Schätzungen des Bundesamtes für Landwirtschaft budgetiert. Die definitiven Zahlungen nach Einführung der neuen Agrarpolitik 2014 -17 fielen tiefer aus. Zudem werden neu mit der Intergration der Abteilung Natur und Landschaft ins LZE die Bundesbeiträge an die Biodiversität und Landschaftsqualität direkt bei den entsprechenden Verpflichtungskrediten budgetiert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Landwirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	86'600	141'000	141'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'152'013	1'263'790	1'354'790	91'000	7%	1,A
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-27'150	-16'000	-16'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-34'883	-39'000	-289'000	-250'000	-641%	1,A
Melioration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	661'593	920'000	720'000	-200'000	-22%	2
Beiträge an diverse Naturschutzprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		65'000	65'000	0	0%	
Naturschutz im Wald	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		1'631'000	1'631'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-280'000	-280'000	0	0%	
Ökologischer Ausgleich	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		8'700'000	9'430'000	730'000	8%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-8'140'000	-8'520'000	-380'000	-5%	3
Bundesbeitrag Schutz/Unterhalt Biotope	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-500'000	-500'000	0	0%	
Total Transferaufwand			1'900'206	12'720'790	13'341'790	621'000	5%	
Total Transferertrag			-62'033	-8'975'000	-9'605'000	-630'000	-7%	
Transfers (Netto)			1'838'173	3'745'790	3'736'790	-9'000	0%	

- 1 a) Programm Baselbieter Spezialkulturen: Beiträge an Produzenten neu + CHF 180'000; Dienstleistungen an Dritte neu + CHF 70'000; Finanzierung über Beitrag Wirtschaftsförderungsfond CHF 250'000. b) Reduktion der Beiträge an Landw. Hochbau um CHF 50'000 (VGD-WOM-19) sowie c) Verzicht der Förderung nachhaltiger Anbautechnik im Obstbau mit Minderkosten von CHF 30'000 (VGD-WOM-24).
- 2 Kürzung der Jahrest ranchen an die Gesamtmeliorationen im Laufental; Verlängerung der Verpflichtungskreditdauern; Reduktion zusammen CHF 200'000 (VGD-WOM-20).
- 3 Total der Beiträge an Biodiversität und Landschaftsqualität (inkl. Bundesbeitrag) gemäss Verpflichtungskredit "Biodiversität (ehem. Öko. Ausgleich)".

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesamtmelioration Blauen 2009-2018	36	Transferaufwand	353'828	120'000	100'000	-20'000	-17%	1
Gesamtmelioration Brislach 2008-2017	36	Transferaufwand		300'000	220'000	-80'000	-27%	1
Gesamtmelioration Wahlen 2009-2021	36	Transferaufwand	307'765	500'000	400'000	-100'000	-20%	1
VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		100'000		-100'000	-100%	
	36	Transferaufwand		1'631'000		-1'631'000	-100%	
	46	Transferertrag		-280'000		280'000	100%	
		Total		1'451'000		-1'451'000	-100%	
VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17	30	Personalaufwand		105'000	104'814	-186	0%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		260'000	235'000	-25'000	-10%	
	36	Transferaufwand		8'700'000	9'430'000	730'000	8%	2
	46	Transferertrag		-8'140'000	-8'520'000	-380'000	-5%	2
		Total		925'000	1'249'814	324'814	35%	
VK Verleg. Amph Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		10'000	9'000	-1'000	-10%	3
VK Naturschutz im Wald 2016-2019	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			100'000	100'000		X
	36	Transferaufwand			1'631'000	1'631'000		X

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	46	Transferertrag			-280'000	-280'000		X
		Total			1'451'000	1'451'000		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			661'593	11'726'000	12'229'814	503'814	4%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag				-8'420'000	-8'800'000	-380'000	-5%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			661'593	3'306'000	3'429'814	123'814	4%	

- 1 Kürzung der Jahrestanchen und Verlängerung der Verpflichtungskreditdauer an die Gesamtmeliorationen im Laufental um gesamthaft CHF 200'000 (VGD-WOM-20).
- 2 Die Beiträge für Biodiversität und Landschaftsqualität entsprechen den Beträgen gemäss Landratsvorlage, dito der Anteil der Bundesbeiträge.
- 3 Zum Abschluss des Projektes "Verlegung Amphibien Zurlindengrube Pratteln" und zur Entlassung der Fläche durch den Bundesrat aus dem Bundesinventar der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung (IANB) ist ein Betrag von CHF 100'000 notwendig. Diese letzte Tranche ist im Finanzplan für das Jahr 2017 eingestellt, damit das Areal alsdann einem ökonomischen Nutzen zugeführt werden kann.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	31.0	37.3	37.7	0.4	0.9%

Aufnahme einer bisher befristeten Stelle (Feuerbrand, Laubbockkäfer, Kirschessigfliege) in den Sollstellenplan (+ 0.4) und Stellenreduktion (VGD-WOM-16) im Bereich Bildung (- 0.05). Die Zunahme der Stellen gegenüber 2014 war bedingt durch die Integration der Abteilung "Natur und Landschaft" ins LZE (vorher bei BUD / ARP).

VGD

Jahresprogramm

A 2207.001 Baselbieter Spezialkulturen

Das Programm Baselbieter Spezialkulturen wurde im 2015 gestartet und wird 2016 Mitten in der Umsetzung sein. Ziel ist die Förderung wertschöpfungsstarker Kulturen wie Obst, Wein, Gemüse, Beeren, Kräuter etc. Im Zentrum des Programms steht die unternehmerische Professionalisierung im Anbau. Das Programm ist als flankierendes Element der Wirtschaftsförderung im primären Sektor zu betrachten. Die Beteiligung des Privatsektors (Public Private Partnership) wird ausgebaut.

2207.002 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Das Ressourcenprojekt Ammoniak BL ist seit 2012 in Umsetzung.

2207.003 Absatz für heimische Nahrungsmittel

Die Landwirtschaft ist primär Produzent von Nahrungsmitteln. Die Gesellschaft erwartet nachhaltig produzierte und gesunde Lebensmittel, aber auch Leistungen in der Pflege der Kulturlandschaft und der Biodiversität. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nur erbringen, wenn der primäre Auftrag gut erfüllt werden kann. Es gilt deshalb, ihr gute Rahmenbedingungen für den Absatz der Produkte zu verschaffen. Das LZE hat dazu das Ressort Markt verstärkt und wird im 2016 diese Stärkung weiter umsetzen. Dies geschieht durch die Unterstützung von Marketing- und weiteren Absatzmassnahmen landwirtschaftlicher Organisationen. Gleichzeitig beteiligt sich das LZE in der Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft (Agrarpolitik) 2018+, wo die Förderung der Produktion und Vermarktung verstärkt und die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden soll.

2207.004 Bildung und Beratung

Die Anforderungen an den Beruf Landwirt/Landwirtin sind hoch. Es braucht eine starke und regional verankerte Ausbildung. Gleichzeitig sind die Veränderungen in der Landwirtschaft (Technologie, Ökonomie und Umwelt) gross und erfordern eine dauernde berufliche Weiterbildung und Beratung. Der Kanton bietet die nötigen Kurse an und entwickelt sein Weiterbildungs- und Beratungsangebot laufend den aktuellen Bedürfnissen. Um ein fachlich breites, solides und dennoch kosteneffizientes Angebot in den beiden Basel anbieten zu können, verstärkt das LZE die Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen.

2207.005 ErnährungPlus

Mit Informationen, Kursen und Beratungen fördert das LZE die ausgewogene Ernährung sowie die Verwendung saisonaler landwirtschaftlicher Produkte aus der Region, dies für die breite Bevölkerung und für öffentliche (Kinderhorte, Schulen etc) und private Stellen (Firmen). Der Ernährungsbericht des Bundes dient dabei als Entscheidungsgrundlage für die Prioritäten. Im 2016 wird das Angebot für Firmen ausgebaut und weiter in die Breitenwirkung investiert.

2208 Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Auftrag und Zielsetzungen

Die Abteilungen der Lebensmittelsicherheit des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen vollziehen die eidgenössische und kantonale Lebensmittelgesetzgebung sowie Teile der Landwirtschafts-, Epidemien-, Gesundheits- und Strahlenschutzgesetzgebung. Sie sorgen durch Inspektionen und analytische Untersuchungen von Stichproben dafür, dass im Kanton keine gesundheitsgefährdenden Lebensmittel, Trinkwasser und Gebrauchsgegenstände wie Geschirr, Kosmetika, Textilien und Spielwaren in Verkehr gebracht werden. Weiter stellen sie sicher, dass niemand im Umgang mit Lebensmitteln getäuscht wird. Durch geeignete Kanäle werden Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Vollzugsadressaten informiert. Zur Aufgabe gehören neben der Kontrolle von Solarien und Saunas auch die Überwachung der Badewasserqualität und der Hygiene in öffentlichen Bädern und Flussbadestellen.

Die Abteilung Veterinärwesen setzt sich ein für die Gesundheit von Mensch und Tier. Es versteht sich als Dienstleistungserbringer zum Wohl von Mensch und Tier und tritt ein für eine verantwortungsvolle Nutzung der Tiere und unbedenkliche Lebensmittel tierischen Ursprungs. Grundlage des Handelns ist der Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel und Tierarzneimittel.

Die Abteilung Umweltanalytik beschäftigt sich mit der qualitativen und quantitativen Untersuchung von Stoffen in der Umwelt. Sie beschafft wissenschaftliche Grundlagen, erkennt und beschreibt Umweltverschmutzungen und liefert so einen wesentlichen Beitrag für den Vollzug der Umweltschutzgesetze. Bei vielen Projekten des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) und des Lufthygieneamts beider Basel (LHA) sind die Fachleute der Abteilung Umweltanalytik von Anfang an dabei. So wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Umweltschutz effizient und effektiv betreiben zu können.

VGD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter			10'000	10'000	X	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'560'089	2'654'804	3'357'405	702'601	26%	1
304	Zulagen	37'745	41'436	43'900	2'464	6%	
305	Arbeitgeberbeiträge	433'162	486'095	610'497	124'401	26%	1
309	Übriger Personalaufwand	82'634	57'000	67'880	10'880	19%	1
310	Material- und Warenaufwand	300'169	328'100	299'000	-29'100	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	268'365	321'300	276'260	-45'040	-14%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	2'584	4'000	2'800	-1'200	-30%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	60'878	56'000	275'950	219'950	393%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	150'852	91'000	98'000	7'000	8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	5'335	5'000	5'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	23'349	32'000	49'200	17'200	54%	1
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'191		3'600	3'600	X	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'051	2'000	1'050	-950	-48%	
341	Realisierte Kursverluste	108					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	167		400	400	X	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			210'000	210'000	X	1
421	Gebühren für Amtshandlungen	-661'813	-652'000	-816'200	-164'200	-25%	1
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-41'238	-33'000	-46'000	-13'000	-39%	1
425	Erlös aus Verkäufen	-10'177					
426	Rückerstattungen	-500		-7'500	-7'500	X	1
430	Verschiedene betriebliche Erträge			-13'000	-13'000	X	1
440	Zinsertrag	-6					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			-25'000	-25'000		X 1
	Total Aufwand	3'928'678	4'078'735	5'310'942	1'232'207	30%	
	Total Ertrag	-713'734	-685'000	-907'700	-222'700	-33%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'214'944	3'393'735	4'403'242	1'009'507	30%	

1 Integration Veterinärwesen (AVENIR VGD).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Veterinärwesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			6'000	6'000		X 1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			7'150	7'150		X 1
Rückerst. Zollproben, Grenzkontr., etc.	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-43'638	-25'000	-25'000	0	0%	
Total Transferaufwand					13'150	13'150		X
Total Transferertrag			-43'638	-25'000	-25'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-43'638	-25'000	-11'850	13'150	53%	

1 Integration Veterinärwesen (AVENIR VGD).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	23.0	24.9	30.4	5.5	22.1%

Durch die Zusammenlegung des Kantonalen Laboratoriums mit dem Veterinärwesen (AVENIR VGD) und den reinen Stellentransfer aus dem Generalsekretariat der VGD erhöht sich die Sollstellenzahl um 4,7 in diesem Profitcenter. Ausserdem sind die ehemals befristeten Stellen (amtliche Fleischkontrolleure) nun in den Sollstellenplan integriert (+ 1,0) und die Kapazität im Sekretariat befristet um 0,1 Stelle erhöht worden. Zudem wurde ein Stellenabbau im Bereich 'Hundefachstelle' im Umfang von 0.3 Stellen vorgenommen (VGD-WOM-2). Der Sollstellenplan erhöht sich dadurch gesamthaft um 5,5 auf 30,4 Stellen.

Jahresprogramm

2208.001 Trinkwasserüberwachung (chemische Untersuchungen)

Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf dem modernsten Stand gehalten und wo notwendig auf diesen gebracht. Die Wasserversorgungen im Kanton werden regelmässig auf das Vorhandensein von Spurenstoffen untersucht, welche durch Siedlung, Industrie, Landwirtschaft oder Deponieabstrom ins Grundwasser eingetragen werden könnten.

2208.004 Trinkwasserüberwachung (Ereignisbeobachtung)

Trinkwasserfassungen mit einem hohen mikrobiologischen Risiko werden gezielt nach Regenereignissen beprobt. Damit können Aussagen über die Wasserqualität im Worst Case gemacht werden und ob die Infrastruktur für die Gewinnung eines sicheren Trinkwassers ausreicht.

2208.005 Radonmessungen in Kindergärten, Tagesheimen und Schulen

Mit Messkampagnen 2013-2016 in möglichst allen (öffentlichen und privaten) Kindergärten, Schulen und Tagesheimen inkl. Sonderschulen wird das Radonrisiko der Bevölkerungsgruppe Kinder und Jugendliche, die am meisten gefährdet ist, erfasst. So können die Grundlagen für allfällige Massnahmen zum Schutz vor Radon geschaffen werden.

2208.006 Inspektion Betriebe

Sichere Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände werden durch gezielte Kontrollen gewährleistet.

2208.007 Dienstleistung Umweltanalytik

Die Umweltanalytik des Kantons wird auf dem modernsten Stand gehalten und wo notwendig auf diesen gebracht. Als kantonsinternes Kompetenzzentrum für Analytik wird eine effektive Dienstleistung zum Schutz der Umwelt und ein schnelles Eingreifen bei Störfällen sichergestellt.

2208.008 Lebensmittelanalytik

Mit gezielten Kampagnen wird die chemische und mikrobiologische Lebensmittelsicherheit überprüft.

2208.009 Gebrauchsgegenstände

Mit gezielten Kampagnen wird die chemische, physikalische und mikrobiologische Sicherheit von Gebrauchsgegenständen überprüft.

2208.010 Tierschutz

Die Würde und das Wohlergehen des Tieres wird durch gezielte Kontrollen geschützt.

2208.011 Tierseuchen

Mit geeigneten Massnahmen werden Tierseuchen bekämpft.

2214 Amt für Gesundheit

Auftrag und Zielsetzungen

Das im Zuge von AVENIR VGD zur Schärfung der strategischen Ausrichtung kantonaler Gesundheitsthemen hin neu geschaffene Profitcenter P2214 "Amt für Gesundheit" (AfG) erbringt Dienstleistungen zum Wohl der Öffentlichkeit in den folgenden Abteilungen:

- Alter
Entwicklung und aktive Umsetzung der kantonalen Senioren- und Alterspolitik (Runder Tisch für Altersfragen), Versorgungsplanung/Pflegefinanzierung, Umsetzung von Bundesstrategien auf kantonaler Ebene (Demenz; Palliative Care)
- Gesundheitsförderung
Aktion gesundes Körpergewicht, Gesundheit in der frühen Kindheit, Gesundheit in der Jugend, Suchtprävention
- Heilmittel (Kantonsapotheker)
hoheitliche Tätigkeiten im Bereich des Vollzugs der Heilmittelgesetzgebung einschliesslich Betäubungsmittelgesetzgebung, Information und Beratung in pharmazeutischen und heilmittelrechtlichen Fragen
- Medizinische Dienste (Kantonsarzt & Kantonszahnärztin)
hoheitliche Tätigkeiten im Bereich Bewilligungserteilung und Aufsicht im Sinne einer guten Gesundheitsversorgung, Strategie betreffend «nicht übertragbare Krankheiten»; Beurteilung epidemiologischer Meldungen
- Rechtsdienst
Stabsstelle für alle Fragen des Gesundheitsrechts
- Spitäler & Therapieeinrichtungen
Spitalplanung/Spitallisten/Tarife, Spitalfinanzierung; kantonaler Beauftragter für Suchtfragen

Im Berichtsjahr wird sich das AfG entlang des integralen Gesundheitsversorgungsprozesses auf die Feinjustierung seiner Organisation und Aufgaben sowie die Wirkung seiner Tätigkeiten konzentrieren. Ein wichtiges Element wird die Positionierung des Amtes „nach aussen“ (Kommunikation, Stakeholder Management) darstellen. Die Ziele im Einzelnen:

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter			11'900	11'900	X	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals			2'476'524	2'476'524	X	1
304	Zulagen			31'884	31'884	X	1
305	Arbeitgeberbeiträge			483'495	483'495	X	1
309	Übriger Personalaufwand			2'000	2'000	X	1
310	Material- und Warenaufwand			260'300	260'300	X	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV			1'000	1'000	X	1
313	Dienstleistungen und Honorare			355'100	355'100	X	1,2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen			83'000	83'000	X	1
318	Wertberichtigungen auf Forderungen			1'000	1'000	X	1
319	Verschiedener Betriebsaufwand			500	500	X	1
421	Gebühren für Amtshandlungen			-159'000	-159'000	X	1
423	Schul- und Kursgelder			-5'000	-5'000	X	1
	Total Aufwand			3'706'703	3'706'703	X	
	Total Ertrag			-164'000	-164'000	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)			3'542'703	3'542'703	X	

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab Budget 2016 nicht mehr unter Profitcenter P2200 "Generalsekretariat" geführt.
- 2 Diese Kostenart wurde zudem im Umfang von CHF 19'500 als Umsetzung des RRB's zur Kürzung der Dienstleistungen und Honorare im Umfange von 25% reduziert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesundheitsinstitutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			5'172'100	5'172'100		X1,2
	460	Ertragsanteile von Dritten			-950'000	-950'000		X1,2
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte			-650'000	-650'000		X1,2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-150'000	-150'000		X1,2
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			4'050	4'050		X1
Alters- und Pflegeheime	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge			6'600'000	6'600'000		X1,3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-260'000	-260'000		X1,4
Impfungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte			-220'000	-220'000		X1
Rettung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			413'000	413'000		X1,5
Psychiatrie and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			5'507'800	5'507'800		X1,6
Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			28'099'130	28'099'130		X1,7
Psychiatrie Priv. BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			756'941	756'941		X1,8
Psychiatrie BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			8'091'223	8'091'223		X1,9
Rehabilitation Spitäler and. Kt. und Aus	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			11'750'868	11'750'868		X1,10
Akutsomatik Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			130'299'276	130'299'276		X1,11
Akutsomatik Spitäler and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			25'937'702	25'937'702		X1,12
Akutsomatik Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			118'331'976	118'331'976		X1,13
Akutsomatik Privatspitäler BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			18'008'273	18'008'273		X1,14
Akutsomatik UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			10'977'684	10'977'684		X1,15
Rehabilitation Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			9'825'475	9'825'475		X1,16
Rehabilitation Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			16'309'677	16'309'677		X1,17
Regressforderungen Unfall	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte			-300'000	-300'000		X1,18
GWL Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			13'500'000	13'500'000		X1,18
GWL Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			8'000'000	8'000'000		X1,18
GWL UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			5'251'000	5'251'000		X1,19
GWL Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			345'000	345'000		X1,18
Förderung Hausärzte-Weiterbildung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			225'000	225'000		X1,18
RHI NWCH	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			100'000	100'000		X20
Beiträge Kinder- und Jugendzahnpflege	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			1'375'000	1'375'000		X1,21

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Prävention	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			281'500	281'500		X1,22
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte			-281'000	-281'000		X1,23
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-23'000	-23'000		X1,24
Total Transferaufwand					425'162'675	425'162'675		X
Total Transferertrag					-2'834'000	-2'834'000		X
Transfers (Netto)					422'328'675	422'328'675		X

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab Budget 2016 nicht mehr unter Profitcenter P2200 "Generalsekretariat" geführt.
- 2 Diese Position entspricht den früher unter dem Profitcenter P2200 Generalsekretariat geführten beiden Positionen "Abhängigkeitserkrankungen" (B15 netto CHF 2'150'000) und "Gesundheitsinstitutionen" (B15 netto CHF 1'459'556). Die Nettokosten für den Kanton belaufen sich im Budget 2016 auf CHF 3'422'100 (B15 = CHF 3'609'556). Die Verminderung ist massgeblich auf den um CHF 200'000 tiefer budgetierten Staatsbeitrag an die Ambulante Alkoholberatung zurückzuführen (VGD-WOM-25).
- 3 Die notwendige und ausserordentliche Sonderabschreibung aufgrund des Ausfalls eines Generalunternehmers wird das Jahr 2016 um rd. CHF 4.3 Mio. einmalig zusätzlich belasten. Die restliche Erhöhung des Abschreibungsbetrages ist Folge der laufenden Aktivierungen der Investitionsbeiträge bzw. der Fertigstellung einzelner Projekte.
- 4 Diese Position entspricht der früher unter dem Profitcenter P2200 Generalsekretariat unter der KoA 463 geführten Position "APH" und beinhaltet die "Einnahmen aus Subventionsverzinsungen" in unveränderter Höhe.
- 5 Diese Position entspricht der früher unter dem Profitcenter P2200 Generalsekretariat unter der KoA 363 geführten Position "Beiträge an Sanitätsdienste" in unveränderter Höhe.
- 6 Die Psychiatrie verzeichnete 2014 schweizweit stark steigende Fallzahlen. Daher musste der Budgetwert (2015 = CHF 4'796'451) nun überproportional erhöht werden.
- 7 Da die Psychiatrie Baselland aufgrund einer anhaltend hohen Auslastung nicht mehr Leistungstage erbringen kann und da die Tarife tendenziell zurückgehen, wurde das Budget trotz schweizweit hohem Wachstum in der Psychiatrie in diesem Falle nur leicht von CHF 27'817'582 auf CHF 28'099'130 erhöht.
- 8 Die Psychiatrie verzeichnete 2014 schweizweit und insbesondere bei den privaten Kliniken im Kanton Basel -Landschaft stark steigende Fallzahlen. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional von CHF 630'897 auf CHF 756'941 erhöht werden.
- 9 Die Psychiatrie verzeichnete 2014 bei den universitären Psychiatrischen Kliniken Basel stark steigende Fallzahlen, was einem gesamtschweizerischen Trend entspricht. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional von CHF 6'400'704 auf CHF 8'091'223 erhöht werden.
- 10 Bei der Rehabilitation wurde für das Jahr 2015 von einem zu hohen Wachstum ausgegangen. Daher konnte das Budget nun von CHF 12'232'682 auf CHF 11'750'868 reduziert werden.
- 11 Die Fallzahlen in den Akutspitälern im Kanton Basel -Stadt haben vom Jahr 2013 auf das Jahr 2014 sehr stark zugenommen. Dies insbesondere beim Universitätsspital Basel, welches ohnehin den grössten Anteil an Spitalbehandlungen von Patienten aus dem Kanton Basel-Landschaft im Kanton Basel-Stadt hat. Hier dürfte auch die seit 2014 geltende volle Freizügigkeit zwischen den beiden Basel einen wesentlichen Effekt gehabt haben. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional von CHF 111'304'981 auf CHF 130'799'276 erhöht werden. Ausserdem ist die prognostizierte Entlastung durch die "elektronische Prüfung der Spitalrechnungen" im Umfang von CHF 0.5 Mio. hier berücksichtigt worden (VGD -OM-2).
- 12 Die Fallzahlen haben im Jahr 2014 sehr stark zugenommen. Dies vor allem beim Spital Dornach (SO), das zulasten des Kantonsspitals Baselland mehr Patienten aus dem Kanton Basel -Landschaft akquirieren konnte. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional von CHF 20'229'486 auf CHF 25'937'702 erhöht werden.
- 13 Im Jahr 2014 wurde im Rahmen der Budgetierung von einem markanten Einbruch der Fallzahlen beim Kantonsspital Baselland auf CHF 110'862'639 im Jahr 2015 ausgegangen. Dieser trat aber nicht ein. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional erhöht werden. Ausserdem ist die prognostizierte Entlastung durch die "elektronische Prüfung der Spitalrechnungen" im Umfang von CHF 1.0 Mio. hier berücksichtigt worden (VGD -OM-2).
- 14 Hauptsächlich aufgrund der nachlassenden Patientenzahlen sowie Abgängen bei den Chefärzten im KSBL haben die privaten Akutspitäler im Kanton Basel-Landschaft 2014 stark zugelegt. Dies betrifft insbesondere die Hirslanden Klinik Birschhof. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional von CHF 11'927'936 auf CHF 18'008'273 erhöht werden.
- 15 Aufgrund der stets hohen Auslastung des UKBB erhöht sich das Budget hier nur leicht von CHF 10'523'450 auf CHF 10'977'684.
- 16 Die Rehabilitation im Kantonsspital Baselland blieb nach einem starken Anstieg von 2012 auf 2013 stabil. Daher konnte hier das Budget für 2016 leicht von CHF 11'043'253 auf CHF 9'825'475 reduziert werden.
- 17 Sowohl im staatlichen Felix Platter-Spital wie auch in den privaten Rehabilitationskliniken im Kanton Basel -Stadt haben die Fallzahlen im Jahr 2014 sehr stark zugenommen. Daher musste das Budget 2016 nun überproportional von CHF 11'768'938 auf CHF 16'309'677 erhöht werden.
- 18 Budget 2016 ohne Veränderung zu Vorjahr.
- 19 Die Abgeltungen für die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen des UKBB müssen für die Jahre 2016 ff. neu verhandelt werden. Der Beitrag wurde im Vergleich zum Vorjahr um CHF 200'000 auf CHF 5'251'000 reduziert.

- 20 Im Rahmen der PK-Sanierung der PKBS an der das RHI angeschlossen ist, werden die Arbeitgeberbeiträge der Kantone des RHI gemäss Verteilschlüssel zu übernehmen sein. Der mutmassliche Anteil von CHF 100'000 wurde für das Jahr 2016 budgetiert.
- 21 Im Budget 2015 wurde von einer Einsparung (EP 12/15) in Höhe von CHF 145'000, aufgrund der LRV "Teilrevision des Gesetzes über die Kinder- und Jugendzahnpflege", ausgegangen. Aufgrund der Vernehmlassungsantworten hat der Regierungsrat am 4. November 2014 auf die Weiterleitung der Vorlage an den Landrat verzichtet. Hingegen können nun durch die neue Verordnung im Bereich der kieferorthopädischen Subventionierung mit tieferen Beiträgen voraussichtlich CHF 125'000 im Budgetjahr 2016 eingespart werden (VGD -OM-7).
- 22 Neben kleineren Präventionsprojekten ist hier auch der Verpflichtungskreditbeitrag in Höhe von CHF 224'500 (LRV 2012/311) an die gesetzliche Schwangerschaftsberatung im Kanton Basel -Landschaft 2013-2016 enthalten.
- 23 In dieser Position sind v.a. die Bundesbeiträge an das "Tabakprogramm" sowie an den Verpflichtungskredit "Gesundes Körpergewicht 2016-2019" enthalten.
- 24 In dieser Position sind die Ertragsanteile für das Projekt "Mein Körper gehört mir" (MKGM) enthalten.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand			13'500'000	13'500'000	X	1,2
GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand			8'000'000	8'000'000	X	1,2
Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transferaufwand			345'000	345'000	X	1,2
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2015-17)	36	Transferaufwand			225'000	225'000	X	1,2
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand			224'500	224'500	X	1,2
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transferaufwand			237'500	237'500	X	1,3
Zentrum Selbsthilfe 2015 - 18	36	Transferaufwand			74'000	74'000	X	1,4
Gesundes Körpergewicht 2016-2019	30	Personalaufwand			59'769	59'769	X	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			248'000	248'000	X	1,5
	46	Transferertrag			-178'000	-178'000	X	1,5
		Total			129'769	129'769	X	
GWL UKBB 2016 bis 2018	36	Transferaufwand			5'251'000	5'251'000	X	6
Total Verpflichtungskredite Aufwand					28'164'769	28'164'769	X	
Total Verpflichtungskredite Ertrag					-178'000	-178'000	X	
Total Verpflichtungskredite (netto)					27'986'769	27'986'769	X	

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) ab Budget 2016 nicht mehr unter Profitcenter P2200 "Generalsekretariat" geführt.
- 2 Budget 2016 ohne Veränderung zu Vorjahr.
- 3 Budget 2015 = CHF 275'000 für Verpflichtungskredit "Aids-Hilfe und Frauen-Oase". Die Kündigung des Vertrages mit der Frauen-Oase ist auf den frühestmöglichen Termin (1.7.2016) vorgesehen und wird eine Einsparung von CHF 37'500 im Budgetjahr und von CHF 75'000 in den Folgejahren aufweisen (VGD -WOM-28).
- 4 Die Kündigung des Vertrages mit dem Zentrum Selbsthilfe ist auf den frühestmöglichen Termin (1.7.2016) vorgesehen und wird eine Einsparung von CHF 74'000 im Budgetjahr und von CHF 148'000 in den Folgejahren aufweisen (VGD -WOM-29).
- 5 Für die Neuauflage des Verpflichtungskredites und Aktionsprogrammes "Gesundes Körpergewicht 2016 -2019" wird von einer um CHF 17'000 erhöhten Nettobelastung für den Kanton im Vergleich zu 2015 ausgegangen.
- 6 Die Abgeltungen für die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen des UKBB müssen für die Jahre 2016 ff. neu verhandelt werden. Der Beitrag wurde im Vergleich zum Vorjahr um CHF 200'000 auf CHF 5'251'000 reduziert.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
APH Investitionsbeiträge (Global)	56	Eigene Inv.-Beitr.			10'000'000	10'000'000	X	
Total Investitionsausgaben					10'000'000	10'000'000	X	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen					10'000'000	10'000'000	X	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen			19.1	19.1	X

+ 20.7 Stellen als Transfer vom "Generalsekretariat" bedingt durch das Projekt AVENIR VGD.

+ 01.2 Stellen aus Vollzug GeBPA (Gesetz für die Betreuung und Pflege im Alter) mit Umwandlung befristeter Projektstellen in unbefristete.

- 02.8 Stellen durch Abbau in den Bereichen "Kinder- und Jugendzahnpflege" (VGD -WOM-33) und "Gesundheitsförderung" (VGD-WOM-34).

Dies ergibt ein Total von 19.1 Stellen als Anfangsbestand im neuen "Amt für Gesundheit".

Jahresprogramm

2214.001 Stationäre Spitalversorgung

Monitoring der Spitalkosten zur Optimierung von Prognosen und Budgeterstellung; Umsetzung des „e-Billing Konzepts“ zur 100% Kontrolle von Spitalrechnungen; Einbezug von Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei Tarifgenehmigungs- und –festsetzungsverfahren.

2214.002 Gesundheitsförderung

Konzept Gesundheitsförderung Baselland 2016-2019 (Auf der Basis des im Jahr 2015 entwickelten Folgekonzepts der Gesundheitsförderung Baselland wird eine Umsetzungsplanung erstellt. Im Vordergrund steht aufgrund des grossen Bedarfs durch die demographische Entwicklung der Aufbau eines kantonalen Programms zur Förderung der Gesundheit in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz); Konzept Gesundheitsförderung 2016 (Jugendarbeit, Präventionsnetzungsgruppen - Think Tank); Zusammenarbeit mit Schulen; Gesundheitsförderung im Alter.

2214.003 Alter

Weiterführung des Monitorings im Bereich Pflegenormkosten; Abschluss des Projektes GeBPA; Tätigkeiten im Feld 4 des Altersleitbildes (Dienstleistung und Pflege).

2214.004 Medizinische Dienste

Ausbau der Netzwerks Infektionsschutz; Überprüfung des Bewilligungswesens auf Anpassungsbedarf; Entwicklung eines eigenständigen Lehrangebots der VGD in Zusammenarbeit mit Swss TPH / Inst. Für Hausarztmedizin; Ausführung des NCD-Konzepts in Arztpraxen.

2214.005 Heilmittel

Etablierung der Abteilung in neuer Struktur; Überprüfung des Bewilligungs- und Überwachungswesens auf Anpassungsbedarf; Dienstleistungen vor dem Hintergrund der neuen Gebührenverordnung.

2214.006 Leitung und Stab

Im Verlauf des Berichtsjahres sollen die Organisation und Struktur der Abläufe des Amtes für Gesundheit im operativen Umfeld geschärft und wo nötig, feinjustiert werden. Starkes Gewicht liegt zudem auf der Positionierung des Amtes gegen Aussen, insbesondere der Pflege der Kommunikation und des Stakeholder Management sowie auf der Beobachtung des politischen Umfeldes zur Schärfung der strategischen Ausrichtung der kantonalen Gesundheitspolitik.

2215 Standortförderung BL

Auftrag und Zielsetzungen

Die Standortförderung BL übernimmt die bisherigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftsoffensive. Sie genießt in der kommenden Legislaturperiode weiterhin höchste Priorität. Es sind weiterhin alle Direktionen involviert, entsprechend soll das Thema auf Ebene des Gesamtregierungsrates bleiben.

Die Standortförderung BL hat den Auftrag

- bis Ende 1. Quartal 2016 eine umfassende Wirtschaftsstrategie vorzulegen, die verwaltungsintern sowie mit dem Kanton Basel-Stadt abgestimmt ist.
- die positiven Errungenschaften der Wirtschaftsoffensive fortführen und sie in die Verwaltung zu integrieren.
- für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen eine kompetente Anlaufstelle in der kantonalen Verwaltung zu betreiben. Die bisher bestehende Anlaufstelle für KMU (KMU-info) wird in den Welcome Shop integriert.
- Das Key Account Management weiter zu entwickeln und auszubauen.

Die finanziellen Mittel der neuen Organisationseinheit richten sich grundsätzlich nach den bisherigen Ressourcen der einstigen Hauptabteilungen Volkswirtschaft und Wirtschaftsförderung sowie der Wirtschaftsoffensive. Der Regierungsrat hat beschlossen, die Mittel aus dem Verpflichtungskredit für die Wirtschaftsoffensive für die Jahre 2016 sowie 2017 um jeweils CHF 0.5 Mio. auf noch CHF 1,0 Mio. zu kürzen. Das bedeutet, dass ab 2016 CHF 0,5 Mio. weniger als bisher zur Verfügung stehen. Durch die Zusammenführung der Aufgaben im Modell Standortförderung soll eine kostenseitige Synergie erreicht werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter			13'400	13'400	X	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals			755'242	755'242	X	1
304	Zulagen			2'767	2'767	X	1
305	Arbeitgeberbeiträge			131'345	131'345	X	1
309	Übriger Personalaufwand			600	600	X	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen			5'000	5'000	X	1
443	Liegenschaftenertrag FV			-595'000	-595'000	X	1
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen			-4'500'000	-4'500'000	X	1
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			-240'000	-240'000	X	1
	Total Aufwand			908'355	908'355	X	
	Total Ertrag			-5'335'000	-5'335'000	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)			-4'426'645	-4'426'645	X	

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) werden diese Positionen nicht mehr im Profitcenter P2200 "Generalsekretariat" geführt. Es handelt sich um den Personalaufwand für die 5.1 Vollstellen sowie um Einnahmen aus Baurechtszinsen und den Gewinnanteil der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) sowie der Entnahme aus dem Wirtschaftsförderungsfonds als Verwaltungskostenentschädigung.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			18'500	18'500	X	1
Standortförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			1'266'666	1'266'666	X	1
Total Transferaufwand					1'285'166	1'285'166	X	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)					1'285'166	1'285'166	X	

- 1 Aufgrund neuer Struktur (AVENIR VGD) werden diese Positionen nicht mehr im Profitcenter P2200 "Generalsekretariat" geführt. Es handelt sich um den Beitrag an die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (CHF 18'500) sowie den Beitrag im Rahmen des Verpflichtungskredits "Baselland Tourismus (CHF 600'000) und um den Aufbau und Betrieb des "Schweizerischen Innovationspark Regio NWCH" [SIP] (CHF 666'666).

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand			600'000	600'000	X	1
Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	30	Personalaufwand			49'587	49'587	X	2
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'000'000	1'000'000	X	2
		Total			1'049'587	1'049'587	X	
Schweizer Innovationspark Region NWCH	36	Transferaufwand			666'666	666'666	X	3
Total Verpflichtungskredite Aufwand					2'316'253	2'316'253	X	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)					2'316'253	2'316'253	X	

- 1 Dieser Verpflichtungskredits wurde bis anhin in unveränderter Höhe im Generalsekretariat geführt und hat nun bedingt durch AVENIR VGD das Profitcenter gewechselt.
- 2 Auch der Verpflichtungskredit "Wirtschaftsoffensive" wurde bis anhin im Generalsekretariat geführt und ist nun durch AVENIR VGD in dieses Profitcenter transferiert worden. Ausserdem wurde die Jahrestrenche 2016 um CHF 450'000 reduziert (VGD-WOM-6).
- 3 Der à fonds perdu Beitrag des Kantons Basel-Landschaft für den Aufbau und Betrieb beträgt für die Jahre 2016 bis 2018 gesamthaft CHF 2.0 Mio. Der Investitionsbeitrag für den Kanton Basel-Landschaft beträgt weitere CHF 8.0 Mio. (je CHF 4.0 Mio. in den Jahren 2017 und 2018) und wird im Investitionsprogramm abgebildet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen			5.1	5.1	X

Aus dem Projekt AVENIR VGD wurden 5.1 Stellen vom "Generalsekretariat" in das neue Profitcenter P2215 "Standortförderung BL" verschoben.

Jahresprogramm

2215.001 Etablierung Profitcenter "Standortförderung Baselland"

Per 2016 soll das im Rahmen von AVENIR VGD nun separat in Erscheinung tretende Profitcenter P2215 "Standortförderung BL" vollständig aufgebaut sein. Es wird im kommenden Jahr primär darum gehen, die neu geschaffene Dienststelle in all seinen Aufgaben zu bestätigen und die Standortförderung zielgerichtet, gemäss den Zielsetzungen der kantonalen Wirtschaftsstrategie und den Erkenntnissen aus dem dazumal vorliegenden Wirtschaftsbericht, zu entwickeln.

Bau- und
Umweltschutzdirektion

BUD

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Querschnittsfunktionen Infrastruktur, Planung, Bewilligung und Umweltschutz weisen zu allen Schwerpunktfeldern einen hohen Bezug auf.

1. Innovation und Wertschöpfung

Die BUD erstellt, betreibt und unterhält die kantonalen Infrastrukturen. Diese sind Grundvoraussetzung für prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft. Die baulichen Anlagen müssen über lange Zeit erhalten und sollten dauerhaft betriebsbereit und sicher gehalten werden. Die prioritäre Zielsetzung ist es, trotz reduziertem Budget, eine leistungsfähige, sichere, wirtschaftsfreundliche und umweltgerechte Infrastruktur für die Mobilität, für Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen sowie den Hochwasserschutz und die langfristige Sicherung von vitalen und sauberen Gewässern anzubieten und, soweit die zugesprochenen Ressourcen reichen, deren Unterhalt und Weiterentwicklung zu ermöglichen. Allein die baulichen Aktivitäten für die Infrastruktur stellen einen beachtlichen Teil der Wertschöpfung der Region dar.

Infolge der stark beschränkten finanziellen Mittel, erfolgen die Massnahmen nicht vorsorglich sondern - soweit die zugeteilten Ressourcen es erlauben - allenfalls im Rahmen von sowieso notwendigen Instandsetzungen.

Anlagen zur Ver- und Entsorgung sind für geordnete Wirtschafts- und Siedlungsverhältnisse Voraussetzung. Im technisch-industriellen Umweltschutz sorgt die BUD für einen gesetzeskonformen, sicheren Betrieb von Abwasserreinigungs- und Energie-Anlagen sowie Abfallentsorgung. Mit der integralen Wasserstrategie soll die aktuelle Versorgungssicherheit erhalten bleiben. Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes und Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Die Infrastruktur der Verwaltungsbauten leistet indirekt wesentliche Beiträge an Innovation und Wertschöpfung. Zur Bereitstellung des notwendigen Raums sind zahlreiche Projekte von prioritärer Bedeutung.

Mit der Raumplanung müssen die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen klar ausgeschieden sein. Aufbau von Raumbewirtschaftung sowie Bewirtschaftung eines zweckdienlichen Liegenschaftsportfolio unterstützen die Entwicklung. Die Bewilligungsverfahren für alle Nutzungsarten müssen rasch und rechtssicher abgewickelt werden, was für ansässige wie potentielle Investoren einen wichtigen Faktor darstellt.

Transparenter Umgang mit Altlasten, Vollzug von Schadstoffminderungsmassnahmen sowie Vorkehrungen zur Minimierung der Risiken mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen, schaffen kalkulierbare, klare Bedingungen.

2. Basel-Bildungs-Landschaft (BBL)

Der Beitrag unserer Infrastruktur - insbesondere der Bildungsbauten - ist unverkennbar. Bewirtschaftung und Werterhaltung der Bildungsbauten kommt höchste Priorität zu. Diese müssen über lange Zeit erhalten und sicher betrieben werden. Ohne funktionierendes Verkehrsnetz sind die Bildungsorte nicht erreichbar.

Sanierung, Umbau, Ausbau und Neubau der Schulbauten der Sekundarschulstufen I und II bilden einen Beitrag zur Sicherung des Bildungsangebots und zur Umsetzung von HarmoS. Insbesondere die Übernahme der rund 100 Gebäude der Sekundarschulbauten durch den Kanton mit einem durchschnittlichen Alter von 43 Jahren löst eine grosse Anzahl Bauprojekte aus. Auch hier erfolgen infolge der stark beschränkten finanziellen Mittel die Massnahmen nicht vorsorglich sondern - soweit die zugeteilten Ressourcen es erlauben - allenfalls im Rahmen von sowieso notwendigen Instandsetzungen.

Bei den partnerschaftlichen Projekten für die Universität Basel und für die Fachhochschule Nordwestschweiz trägt die BUD bei Projektierung und Realisierung die Verantwortung für die Interessenwahrung des Kantons.

3. Zusammenleben in Baselland

Zusammenleben ohne Verkehrsinfrastruktur, welche sämtlichen Bevölkerungsgruppen in allen Kantonsteilen offen stehen, ist undenkbar. Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze ermöglichen erst das Miteinander. Dabei spielt der öffentliche Verkehr eine herausragende Rolle, weil dieser ohne Alterslimiten genutzt werden kann und gleichzeitig integratives Sozialverhalten fördert.

Die Bedeutung des Schutzes vor Naturgefahren ist nicht nur für Siedlungsgebiete, sondern auch für die verbindende Mobilität von grosser Wichtigkeit. Bei ungenügender Schutz-Infrastruktur ist rasch eine Talschaft isoliert.

Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans zur Aufteilung in Wohnen, Verkehr, Arbeit, Freizeit, ebenso wie die Bewältigung von Umweltherausforderungen sowie Ver- und Entsorgungsaufgaben, fördern ein geordnetes Zusammenleben.

4. Natur- und Klimawandel

Eine Kernaufgabe der BUD besteht darin, dem Natur- und Klimawandel mit Instrumenten von Umweltschutz, Bau-, Planungs-, Sicherheits- und Verkehrsmassnahmen zu begegnen.

Die BUD verhält sich als Anbieter der Infrastrukturen in Hoch- und Tiefbauten mit den zugesprochenen rationierten Ressourcen vorbildlich. Der Schutz der lebenswichtigen Ressourcen Boden, Wasser, Luft wird durch den Vollzug der massgebenden Gesetzgebung sowie durch den effizienten, ökologischen Betrieb von Entsorgung, Recycling und Energieanlagen sichergestellt, bei welchem Aufbereitung und Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf sowie Energie-(Rück-)Gewinnung an Bedeutung zunehmen. Mit der Wasserstrategie wird eine Priorisierung und Koordination zur nachhaltigen Sicherstellung von Qualität und Quantität vorgenommen. Mit der Energiestrategie sollen die Massnahmen für einen Ausstieg aus der Kernenergie koordiniert umgesetzt werden. Hierzu soll auch das kantonale Energiegesetz revidiert werden. Nachhaltige Angebotsoptimierungen im öffentlichen Verkehr sollen u.a. eine Veränderung des Modal-Split und somit verringerte Umweltbelastung aus dem Verkehr heraus erreichen. Mit planerischen und baulichen Massnahmen ist der Dynamik von Geländeinstabilität und Hochwasserereignissen naturnah zu begegnen.

Weiter wird durch Überprüfung der Prozesse für Information und Förderung, Regulierung und Gesetze die Effizienz im Vollzug der Energie- und Umweltgesetzgebung weiter optimiert, so z.B. beim Umgang mit Altlasten, Massnahmenvollzug bei Schadstoffminderung, Nichtionisierende Strahlung und Sicherheit durch Risikominimierung. Schliesslich ist der rechtssichere, klar geregelte Umgang mit Arealen ein bedeutsamer Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. In den Bewilligungsverfahren wird auch die strikte Einhaltung der energie- und umweltschutzrelevanten Vorgaben konsequent durchgesetzt.

5. Mobilität

Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze, bestehend aus Strassennetzen von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetzen für Nah- und Fernbereich sowie Verkehrswegen für den Langsamverkehr ermöglichen erst die Mobilität im gewohnten Umfang. Dabei geht es auf dem Kantonalen Verkehrsnetz nebst Werterhaltung auch um Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss. Wirtschaftliches Verkehrsmanagement gewinnt an Bedeutung. Die koordinierte Planung und Vernetzung aller beeinflussbaren Mobilitätsformen gewähren das erreichbare Optimum zur Befriedigung der Nachfrage. Aufgrund des Platzmangels werden künftige Angebotserweiterungen tendenziell eher im öffentlichen Verkehr stattfinden. Eine zukunftsfähige Verkehrs-Infrastruktur ist auch in Zeiten des Sparens unverzichtbar. Deshalb wird eine nachhaltige Abstimmung vorangetrieben und die Um- und Neubauten verkehrsübergreifend projiziert und falls es die kantonalen Finanzen zulassen auch realisiert.

Bewirtschaftung und Werterhaltung der Verkehrs-Infrastruktur haben höchste Priorität. Diese Anlagen müssen trotz reduziertem Budget über lange Zeit erhalten sowie jederzeit betriebsbereit und sicher zur Verfügung stehen.

Im öffentlichen Verkehr sollen als permanente Aufgabe nachhaltige Angebotsoptimierungen bei Erfüllung des 7. Generellen Leistungsauftrages 2014-2017 wesentliche Beiträge zur Aufrechterhaltung der Mobilität bei laufend steigendem Verkehrsaufkommen auf beschränktem Raum leisten.

Mit planerischen und baulichen Massnahmen sollen Behinderungen des Verkehrsflusses durch die Dynamik von Naturgefahren begegnet werden.

Die Zugehörigkeit der Hochleistungsstrassen ist aufgrund der Diskussion in den eidgenössischen Räten weiterhin ungewiss.

6. Auftritt und Kooperation

Bei der Organisation von Ver- und Entsorgung wie Wasserversorgung, Abwasser-Reinigung sowie Abfall-Recycling und -entsorgung werden seit Jahrzehnten enge Kooperationsverhältnisse mit Nachbarkantonen sowie Privatwirtschaft gepflegt und optimiert.

Im öffentlichen Verkehr wird mit dem Tarifverbund Nordwestschweiz eine intensive Zusammenarbeit, sowohl mit allen Nachbarkantonen als auch mit allen beteiligten Unternehmen als entscheidendes Erfolgselement, gepflegt.

7. Effizientes und effektives staatliches Handeln

Das dauerhaft betriebsbereite und sichere Infrastrukturangebot durch optimale Werterhaltung und Bewirtschaftung in ökonomisch und ökologisch sinnvollem Rahmen ist ein wirkungsvoller Beitrag an Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns, welcher im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons und den zugesprochenen Mittel bezweckt wird.

Die Strategie für ein Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung bildet die Basis für eine technisch und wirtschaftlich optimale Raumbereitstellung für die Leistungserbringung der Verwaltung zu Gunsten von Steuer- und Gebührenzählern.

Die Abwicklung der Baubewilligungsverfahren mit hoher Rechtssicherheit und vergleichsweise kurzen Bewilligungsfristen erscheinen nach Rückmeldungen von Investoren im interkantonalen und internationalen Vergleich als sehr effizient und attraktiv. Mit etappierter Einführung und Weiterentwicklung eines elektronischen Baugesuchportals können Attraktivität und Effizienz weiter erhöht werden.

Gesamtübersicht Budget

Die Abnahme im Personalaufwand von -3 % gegenüber Budget 2015 sind u. a. auf den Auftrag der Regierung eine Reduktion im Personalaufwand bei Stellenwiederbesetzung zu erzielen (CHF -0.33 Mio.) und den Abbau von Ferien- und Überzeit (CHF -0.85 Mio.) zurückzuführen.

Die Abnahme im Sach- und übrigen Betriebsaufwand von -9 % (CHF -10.1 Mio.) gegenüber Budget 2015 sind vor allem auf den Auftrag der Regierung in den Kostenartengruppen 310, 311, 314, 315 und 343 (CHF -5.05 Mio.) und in der Kostenart 313 (CHF -1.55 Mio.) gegenüber dem Budget 2015 zu reduzieren.

Die geringeren Abschreibungen von -7 % (CHF -4.7 Mio.) sind auf die Differenz der Investitionen zur Jahrestrenche 2015 und auf die Sstrategiemassnahme «Verlängerung der Abschreibungsdauer der Gebäude von 30 Jahre auf 40 Jahre» zurückzuführen.

Der Transferaufwand nimmt u. a. durch die Annahme von FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) gegenüber 2015 zu, da die Kantone einerseits zur Leistung einer Pauschale (CHF 18.103 Mio. für 2016) zur Mitfinanzierung der Bahninfrastruktur verpflichtet werden und andererseits von der Finanzierung der Privatbahninfrastruktur (CHF -7.75 Mio.) entlastet werden. Des Weiteren führt der Bund die Abgabe zur Entfernung der Mikroverunreinigung ein (CHF 2.5 Mio.).

Die Abnahme der Entgelte von 12 % (CHF 4.2 Mio.) ist durch Mindereinnahmen (Anlieferung geringerer Mengen) im Bereich Abfall und Energie (CHF 1.9 Mio.) beim Amt für Industrielle Betriebe, im Tiefbauamt aufgrund des Auftrags der Regierung u. a. im Treibstoffeinkauf (Kostenart 310) gegenüber dem Budget 2015 10 % zu reduzieren und in der Folge im Treibstoffverkauf analog reduziert wird (CHF 0.8 Mio.), und aufgrund der aktuell rückläufigen Trendmeldungen zu den Baugesuchszahlen auf das Niveau von 2014, zurückzuführen.

Mit der Übertragung diverser Liegenschaften vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen und dem Verkauf ist mit einem höheren Finanzertrag zu rechnen.

Da die Abschreibungen der Sekundarschulbauten höher sind, wird mehr Eigenkapital (15 %, CHF 1.5 Mio.) zu deren Deckung entnommen.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	66'400'880	68'503'627	66'538'837	-1'964'790	-3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	105'652'214	110'888'984	100'793'959	-10'095'025	-9%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	74'623'861	67'061'271	62'340'250	-4'721'021	-7%
34 Finanzaufwand	957'093	1'115'650	1'004'000	-111'650	-10%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG			280'000	280'000	X
36 Transferaufwand	92'885'563	88'807'687	102'404'400	13'596'713	15%
37 Durchlaufende Beiträge	9'807'002	6'884'000	3'786'000	-3'098'000	-45%
41 Regalien und Konzessionen	-6'673'500	-6'754'000	-6'974'000	-220'000	-3%
42 Entgelte	-29'430'078	-34'283'365	-30'126'450	4'156'915	12%
43 Verschiedene Erträge	-299'013	-55'000	-100'000	-45'000	-82%
44 Finanzertrag	-26'996'279	-23'201'000	-43'285'812	-20'084'812	-87%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'481'500	-1'300'500	-1'300'500	0	0%
46 Transferertrag	-51'409'250	-45'526'234	-46'040'329	-514'095	-1%
47 Durchlaufende Beiträge	-9'807'002	-6'884'000	-3'786'000	3'098'000	45%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-13'508'514	-10'179'367	-11'682'000	-1'502'633	-15%
49 Interne Fakturen	-154'973	-145'750	-152'362	-6'612	-5%
Total Aufwand	350'326'613	343'261'218	337'147'446	-6'113'772	-2%
Total Ertrag	-139'760'109	-128'329'216	-143'447'453	-15'118'237	-12%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	210'566'505	214'932'002	193'699'993	-21'232'010	-10%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	447.2	469.6	468.3	-1.3	-0.3%

Bereich Generalsekretariat BUD

Der Bereich Generalsekretariat BUD umfasst die Aufgaben- und Themenvielfalt der Direktion mit all seinen Querschnittsfunktionen. Auf eine detaillierte Kommentierung auf Bereichsebene wird deshalb verzichtet. Detaillierte Kommentare finden sich im Dienststellenkommentar 2300 Generalsekretariat BUD.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	5'499'781	5'608'535	5'802'073	193'539	3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'432'567	2'262'100	1'806'182	-455'918	-20%
34 Finanzaufwand	825				
36 Transferaufwand	514'650	778'000	677'400	-100'600	-13%
42 Entgelte	-6'738	-14'500	-10'000	4'500	31%
43 Verschiedene Erträge	-4'000				
44 Finanzertrag	-7				
46 Transferertrag	-20'967				
Total Aufwand	7'447'823	8'648'635	8'285'655	-362'979	-4%
Total Ertrag	-31'712	-14'500	-10'000	4'500	31%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	7'416'110	8'634'135	8'275'655	-358'479	-4%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	35.8	36.5	40.1	3.6	9.9%

2300 Generalsekretariat BUD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat (GSK) ist die Stabsstelle der Direktionsvorsteherin oder -vorstehers sowie Koordinations- und Beratungsstelle für die ganze Direktion. Namentlich sind dem GSK folgende Aufgaben übertragen:

Beratung und Koordination zu Handen der Direktionsvorsteherin oder -vorstehers und der Dienststellen; interne und externe Kommunikation; das Rechtswesen der ganzen Direktion auf sämtlichen Rechtsgebieten samt Vertretung nach Aussen in Rechtsgeschäften; Koordination, Beratung und Unterstützung der Direktion, Bereiche und ihren Dienststellen im Personalwesen, zentrale Führung des Rechnungswesens der BUD. Weiter werden alle Controllingprozesse im GSK koordiniert und konsolidiert.

Der Informatikbetrieb wurde an den Zentralen Informatikdienst (ZID) in der FKD übertragen. Das Personal wurde ins ZID transferiert; die Sachmittel bleiben weiterhin in der Direktion budgetiert. Im GSK der BUD bleiben weiterhin die Informatikentwicklung sowie die Pflege aller GIS-Applikationen.

Dem GSK ist weiter die Zentrale Beschaffungsstelle angegliedert, welche für die fachlich und formal korrekte Abwicklung der Beschaffungen der gesamten Verwaltung zuständig ist. Administrativ, jedoch nicht weisungsgebunden, ist das Aktuariat der Baurekurskommission dem GSK angegliedert.

Mit Koordination und Optimierung von Verwaltungsprozessen werden Wirkungsorientierung und Rationalisierung vorangetrieben (RP 2012-2015: R-SH-1, R-SH-2, R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	78'129	72'960	79'089	6'129	8%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'388'464	4'496'758	4'679'449	182'692	4%	
304	Zulagen	64'002	68'488	69'828	1'340	2%	
305	Arbeitgeberbeiträge	934'009	926'529	931'407	4'878	1%	
309	Übriger Personalaufwand	35'178	43'800	42'300	-1'500	-3%	
310	Material- und Warenaufwand	122'231	176'000	139'600	-36'400	-21%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	82'104	261'000	234'700	-26'300	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	807'334	1'182'500	932'000	-250'500	-21%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	262'354	460'100	413'100	-47'000	-10%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	32'628	30'000	30'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	125'611	152'500	56'782	-95'718	-63%	1
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	4					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	300					
340	Zinsaufwand	3					
341	Realisierte Kursverluste	524					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	298					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-3'350	-9'500	-5'000	4'500	47%	
425	Erlös aus Verkäufen	-50					
426	Rückerstattungen	-3'338	-5'000	-5'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-4'000					
440	Zinsertrag	-7					
	Total Aufwand	6'933'173	7'870'635	7'608'255	-262'379	-3%	
	Total Ertrag	-10'745	-14'500	-10'000	4'500	31%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	6'922'427	7'856'135	7'598'255	-257'879	-3%	

BUD

1 Die Reduktion der Kostenart 313 ist auf Strategiemassnahmen der Regierung (RRB 1215 vom 7. Juli 2015) zurückzuführen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	425'947	673'000	677'400	4'400	1%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'967					
Projektbeiträge Naturschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	88'703	105'000		-105'000	-100%	1
Total Transferaufwand			514'650	778'000	677'400	-100'600	-13%	
Total Transferertrag			-20'967					
Transfers (Netto)			493'683	778'000	677'400	-100'600	-13%	

- 1 Die Beiträge für Natur- und Landschaft werden in der VGD (LZE) budgetiert dies im Zusammenhang mit dem Transfer der Abteilung «Natur und Landschaft» zur VGD ins Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain (LRV 2014 -250 und LRB 2427 vom 11. Dezember 2014).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	35.8	36.5	40.1	3.6	9.9%

Die Abweichung im Vergleich 2015 zu 2016 in Höhe von 3.6 Stellen ist zurückzuführen auf die Übernahme der Telefonzentrale vom Hochbauamt und das Projekt NOP und den hieraus erwachsenden verschiedenen reorganisatorischen Massnahmen innerhalb der Direktion und der Productcenter AUE/2305, HBA/2304, TBA/2301, BIT/2310.

Jahresprogramm

2300.001 Gleichstellung von Frau und Mann

Schwerpunktfeld «Förderung der Gleichstellung»

Nach fachlichen Kriterien wird versucht, insbesondere in der Baubranche sowie bei naturwissenschaftlichen Berufen, die geschlechterneutrale Chancengleichheit zu wahren, soweit der Stellenmarkt dies zulässt.

2300.002 Luftverkehr EuroAirport

Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung und unterstützt Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz.

Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.

Bereich Infrastruktur und Mobilität

Der Bereich Infrastruktur und Mobilität umfasst die beiden Dienststellen Tiefbauamt und Amt für Industrielle Betriebe.

Die prioritäre Zielsetzung des Bereichs ist es, trotz reduzierten Budgets, eine leistungsfähige, sichere, wirtschaftsfreundliche und umweltgerechte Infrastruktur für die Mobilität, für Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen sowie den Hochwasserschutz und die langfristige Sicherung von vitalen und sauberen Gewässern anzubieten und, soweit die zugeteilten Ressourcen reichen, deren Unterhalt und Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Eine zukunftsfähige Verkehrs-Infrastruktur, die insbesondere dem steigenden Verkehrsaufkommen, den sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen und den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht wird, ist auch in Zeiten des Sparens unverzichtbar. Deshalb wird mit dem Geschäftsbereich Mobilität die nachhaltige Abstimmung von Siedlung und Verkehr vorangetrieben, mit dem Geschäftsbereich Verkehrsinfrastruktur die Um- und Neubauten verkehrsträgerübergreifend projektiert und falls es die kantonalen Finanzen zulassen auch realisiert, und mit dem Geschäftsbereich Kantonsstrassen die bestehende Strasseninfrastruktur gemäss einer Priorisierung (abhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln) erhalten und gepflegt. Ebenso definiert und bestellt das Tiefbauamt ein optimal koordiniertes und attraktives Gesamtangebot des öffentlichen Verkehrs im Kanton und plant gemeinsam mit den Nordwestschweizer Kantonen und dem benachbarten Ausland das künftige Angebot für den Regionalverkehr. Damit die Grundmobilität von Gesellschaft und Wirtschaft (IV, ÖV und Strassen-Güterverkehr) mit den zugeteilten finanziellen Mitteln sichergestellt werden kann, müssen vorhandene Kapazitäten im Netz besser ausgenutzt und bestehende Infrastrukturen optimiert werden. Kapazitätserweiterungen können wo nötig durch Spezialfinanzierungen geplant und realisiert werden.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte wie die behinderten- und altersgerechte Gestaltung bzw. Anpassung der Infrastruktur, die Lärmsanierung der Kantonsstrassen sowie die Fertigstellung des kantonalen Radroutennetzes können mit den zugeteilten Budgets im Moment nur punktuell angegangen werden.

Der integrale Hochwasserschutz ist auf die Revitalisierungsplanung abgestimmt. Revitalisierungen werden aber aus finanziellen Gründen nur noch im Zusammenhang mit einem Hochwasserschutz- oder Unterhaltsprojekt der Gewässersohlsicherung umgesetzt. Die Gewässer und deren Ufer werden gemäss einer Priorisierung (abhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln) gepflegt und unterhalten. In Abschnitten ohne regelmässigen Sohlen- und Uferunterhalt kann gegen die Erosion innerhalb des Gewässerraums nichts unternommen werden.

Mit einer konsequenten und langfristigen Erhaltungsplanung der Infrastrukturen und der vorausschauenden Gewässerunterhaltsplanung wird eine Priorisierung ermöglicht, die mit den zugesprochenen Ressourcen einen möglichst nachhaltigen Werterhalt sicherzustellen bezweckt. Dank einem effizienten Strassenunterhaltsdienst wird versucht, trotz reduziertem Budget, ein zu jeder Jahreszeit sicheres und betriebstaugliches Strassennetz bereit zu stellen.

Die Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser wird unter anderem durch Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung, den Ausbau des Fernwärmenetzes, der Erweiterung von Abwasserreinigungs-Anlagen oder der Fertigstellung und Inbetriebnahme von Mischwasserbecken erreicht. Weiter wird mit eigener Produktion von erneuerbarer Energie und durch ein umfassendes Energiemonitoring aller Infrastruktur-Anlagen ein energieeffizienter Betrieb bei der Leistungserbringung gefördert. Mit leistungsstarken Entsorgungsanlagen werden Industrie und Gewerbe ein interessanter Produktionsstandort angeboten.

Mit all diesen Massnahmen wird erreicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes trotz des Sparens erhalten wird, die Infrastrukturen die Ressourcen sorgsam nutzen, die Behandlung von Wertstoffen und Abfällen umweltgerecht erfolgt, und der Verkehr mit möglichst wenig Emissionen verbunden ist.

Eine vorschriftsgemässe Wartung der kantonseigenen Fahrzeuge garantiert deren Betriebssicherheit und einen emissionsarmen Betrieb. Zudem wird beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte grosser Wert auf die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme gelegt. Bei der Integration von elektrisch betriebenen Fahrzeugen in die eigene Flotte fährt der Kanton die Strategie des „fast followers“. Dadurch kann mit einer Abwägung von bezifferbaren Kosten und bekannten Nutzen trotz Spardruck eine Vorbildrolle eingenommen werden.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	24'483'375	26'259'088	25'746'939	-512'149	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	42'450'456	47'825'739	44'712'320	-3'113'420	-7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	35'518'441	36'964'613	39'022'320	2'057'707	6%
34 Finanzaufwand	9'775	8'100	8'100	0	0%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG			280'000	280'000	X
36 Transferaufwand	76'722'566	81'755'779	95'871'000	14'115'221	17%
42 Entgelte	-23'315'716	-26'656'650	-23'980'500	2'676'150	10%
43 Verschiedene Erträge	-295'013	-55'000	-100'000	-45'000	-82%
44 Finanzertrag	-770	-600	-600	0	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'000				
46 Transferertrag	-40'551'796	-43'128'281	-43'877'135	-748'854	-2%
49 Interne Fakturen	-4'623	-2'050	-2'050	0	0%
Total Aufwand	179'184'613	192'813'319	205'640'679	12'827'360	7%
Total Ertrag	-64'168'919	-69'842'581	-67'960'285	1'882'296	3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	115'015'695	122'970'738	137'680'394	14'709'656	12%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	199.8	211.8	211.7	-0.1	-0.1%

2301 Tiefbauamt Strassen

Auftrag und Zielsetzungen

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur (Kantonsstrassen inkl. Tunnel, Radrouten, Bushaltestellen etc.) werden durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch eine konsequente, langfristige Erhaltungsplanung gemäss der dualen Erhaltungsstrategie vor dem Hintergrund der reduzierten Finanzmittel soweit möglich sichergestellt. Im Rahmen der rollenden Mehrjahresplanung und vor dem Hintergrund von weiteren Entlastungsmassnahmen, hat das Tiefbauamt die 4-Jahresbudgetierung für den Strassenunterhalt in Betracht gezogen, um die vorhandenen Mittel wirtschaftlicher einzusetzen und damit wesentlich mehr erreichen zu können. Künftig sollen die Arbeiten jeweils über das ganze Jahr verteilt ausgeführt werden. Für die 4-Jahresbudgetierung wurde vom Regierungsrat eine Vorlage an den Landrat überwiesen, welche einen Verpflichtungskredit von CHF 116 Mio. für die Werterhaltung der Kantonsstrassen (Instandsetzung und Korrektur) und von CHF 36 Mio. für den baulichen und betrieblichen Unterhalt beantragt (ohne Hochleistungsstrassen) (LRV 2013-271, vom 13. August 2013, LRB 1573 vom 14. November 2013).

Mit dieser Vorgehensweise soll erreicht werden, dass die Werterhaltung und der bauliche Unterhalt zum ökonomisch richtigen Zeitpunkt erfolgt, so dass die Bewältigung der Anforderungen an die Mobilität mit einer kostenoptimierten Infrastruktur erfolgt.

Entsprechend der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes und der Verkehrsinfrastruktur-Strategie werden die entsprechenden Planungen der Strasseninfrastruktur vorangetrieben, um so eine grosse Planungssicherheit für alle zu gewährleisten; und je nach finanziellen Mitteln, rasch oder mehreren Jahren Verzögerung realisiert (bzw. wenn notwendig, sistiert).

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes wird z. B. die Planung der Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben. Zum gleichen Zweck wird die vorgesehene Übernahme der A22, Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont durch den Bund unter fairen Bedingungen befürwortet, um langfristig den Erhalt und notwendigen Ausbau zu sichern.

Mit geeigneten Massnahmen (hohe Haltekanten bei Bushaltestellen, geeignete Beläge, Fussgängerampeln richtig ausgerüstet etc.) wird gewährleistet, dass für Menschen mit Bewegungshilfen, Rollgepäck oder Kinderwagen die Abnahme der Mobilitätseinschränkung zu vermehrter, selbstbestimmter Bewegungsfreiheit führt. (RP 2012-2015: BUD-SH-2). Infolge der stark beschränkten finanziellen Mittel, erfolgen diese Massnahmen nicht vorsorglich, sondern allenfalls im Rahmen von sowieso notwendigen Instandsetzungen. Da momentan kein Sonderprogramm zur barrierefreien Anpassung ÖV – Haltestellen etc. finanziert werden kann, werden bis Ende 2023 nicht alle notwendigen Massnahmen für eine barrierefreie Anpassung der relevanten Strassenanlagen erfolgen.

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die vorgesehenen Strassenprojekte, gemäss standardisiertem Ablauf, sicherheitstechnisch überprüft. Parallel werden z.B. die Fussgängerstreifen laufend überprüft und Massnahmen bei hohem Kosten-Nutzen-Verhältnis ergriffen wie z.B. Verbesserung der Beleuchtung, etc..

Unter der Randbedingung der knappen Finanzen werden mit der Planung zum weiteren Ausbau des kantonalen Radroutennetzes, der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen (Steuerung der LSA-Anlagen, Busspuren, situationsbedingte Fahrbahnhaltestellen) und der lärmtechnischen Sanierung der Kantonsstrassen die Voraussetzungen so weit wie möglich geschaffen, dass der Verkehr die Ressourcen sorgsam nutzt und mit so wenig Emissionen wie möglich verbunden ist.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'908	2'520	2'004	-516	-20%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	12'084'757	12'567'024	12'232'108	-334'915	-3%	
304	Zulagen	212'858	210'485	209'142	-1'343	-1%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'377'572	2'358'715	2'272'784	-85'931	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	145'603	152'000	198'000	46'000	30%	
310	Material- und Warenaufwand	35'986	73'000	63'000	-10'000	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	815'406	918'500	745'450	-173'050	-19%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	388'866	510'000	510'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	2'063'295	2'439'000	2'220'000	-219'000	-9%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	4'048'879	4'600'000	3'860'250	-739'750	-16%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	94'034	95'500	95'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggeb	56'954	60'000	60'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	336'484	402'000	363'186	-38'814	-10%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-7'619					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	372'786	327'000	334'000	7'000	2%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	25'341'693	26'120'210	27'570'814	1'450'604	6%	3
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	100					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-111'083		-110'000	-110'000		X 4
425	Erlös aus Verkäufen	-9'622	-11'000	-11'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-225'751	-400'000	-290'000	110'000	28%	4
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-295'013	-55'000	-100'000	-45'000	-82%	
440	Zinsertrag	-377					
	Total Aufwand	48'369'560	50'835'954	50'736'238	-99'716	0%	
	Total Ertrag	-641'846	-466'000	-511'000	-45'000	-10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	47'727'715	50'369'954	50'225'238	-144'716	0%	

- 1 Die Reduktion auf der Kostenart 311 ist unter anderem auf die Strategiemassnahmen der Regierung zurückzuführen, welche eine 10 % Reduktion verlangt. Ebenfalls fand eine Verschiebung des Weiterbildungsaufwandes im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz statt, welche neu über die Kostenart 309 budgetiert wird.
- 2 Die Reduktion auf dem Baulichen und Betrieblichem Unterhalt der Hochleistungsstrassen ist auf die Strategiemassnahmen der Regierung zurückzuführen sowie einer Reduktion der 2014 nicht ausgeschöpften Mittel. Da es sich hierbei um eine erneute Kürzung auf dem Unterhaltskonto handelt, ist es dem Tiefbauamt nicht mehr möglich, den Leistungsauftrag lückenlos zu erfüllen. Die Senkung wird sich sehr stark auf den Service public auswirken.
- 3 Die Bewegungen der Abschreibungen sind auf die Differenz der Investitionen der Jahrestanche 2015 zurückzuführen.
- 4 Dabei handelt es sich um eine Anpassung der Kontierung der Einnahmen von Aufgrabungsbewilligungen, welche neu auf der Kostenart 421 anstelle auf der Kostenart 426 verbucht werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Einnahmen Mineralölsteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-11'952'254	-12'032'281	-12'090'310	-58'029	0%	
Leitungskataster	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	20'124					
Total Transferaufwand			20'124					
Total Transferertrag			-11'952'254	-12'032'281	-12'090'310	-58'029	0%	
Transfers (Netto)			-11'932'130	-12'032'281	-12'090'310	-58'029	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand	25'944	27'500		-27'500	-100%	
Unterhalt Kantonsstrassen (exkl. H-Str.)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'346'684	9'000'000	8'025'000	-975'000	-11%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			7'372'628	9'027'500	8'025'000	-1'002'500	-11%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			7'372'628	9'027'500	8'025'000	-1'002'500	-11%	

- 1 Die Reduktion auf dem Verpflichtungskredit ist auf die Strategiemassnahmen der Regierung zurückzuführen, in dem eine Senkung um 10 % vorgegeben wurde sowie eine Reduktion der nicht ausgeschöpften Mittel im Jahr 2014. Da es sich hierbei um erneute Kürzungen auf dem Unterhaltskonto handelt, ist es dem Tiefbauamt nicht mehr möglich, den Leistungsauftrag lückenlos zu erfüllen. Die Senkung wirkt sich sehr stark auf den Service public aus.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	17'256'852	19'000'000	19'000'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-874'225					
		Nettoinvestitionen	16'382'627	19'000'000	19'000'000	0	0%	
Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	13'365'466	10'000'000	10'000'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-885'293					
		Nettoinvestitionen	12'480'173	10'000'000	10'000'000	0	0%	
Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	747'834	3'000'000	2'500'000	-500'000	-17%	
Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	2'826'738	1'300'000	2'300'000	1'000'000	77%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'748'450	-3'400'000	-3'400'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	1'078'288	-2'100'000	-1'100'000	1'000'000	48%	
Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	632'679	500'000	500'000	0	0%	
Salina Raurica	50	Sachanlagen	984'900	550'000	2'250'000	1'700'000	309%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-700'000	-700'000	X	
		Nettoinvestitionen	984'900	550'000	1'550'000	1'000'000	182%	
Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	-66'420					
Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	3'676'983	2'000'000	2'000'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'170'000	-630'000	-630'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	2'506'983	1'370'000	1'370'000	0	0%	
Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	2'092'397	2'500'000	2'000'000	-500'000	-20%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-980'443	-600'000	-500'000	100'000	17%	
		Nettoinvestitionen	1'111'954	1'900'000	1'500'000	-400'000	-21%	
7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Sachanlagen	163'973					
H18, Aesch; Knoten Angenstein	50	Sachanlagen		150'000	200'000	50'000	33%	
H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Sachanlagen	7'239	100'000	100'000	0	0%	
0aH2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	28'494'140	5'000'000	1'500'000	-3'500'000	-70%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-28'257'015	-29'000'000	-15'000'000	14'000'000	48%	
		Nettoinvestitionen	237'125	-24'000'000	-13'500'000	10'500'000	44%	
Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	278'805					
H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	186'014	1'500'000	500'000	-1'000'000	-67%	
Muttenz/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen		200'000	100'000	-100'000	-50%	
Allschwil, Dorfplatz Tramenschlaufe	50	Sachanlagen		50'000	200'000	150'000	300%	
Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen	272'822	700'000	500'000	-200'000	-29%	
Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen	20'288					
Allschwil, Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen			250'000	250'000	X	
Instandsetzung (A18/A22) 9960	50	Sachanlagen		4'000'000	3'600'000	-400'000	-10%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Richtplan, Projektierung Strassennetz	50	Sachanlagen	71'169	150'000	150'000	0	0%	
Seltisberg,San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	56'241	2'000'000	500'000	-1'500'000	-75%	
Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	122'446	1'500'000	3'500'000	2'000'000	133%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-400'000	-400'000		X
		Nettoinvestitionen	122'446	1'500'000	3'100'000	1'600'000	107%	
Augst, San./Umgestalt. Ortsdurchfahrt A1	50	Sachanlagen	14'582					
Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen	150'677	200'000	200'000	0	0%	
Grellingen,San./Umgest.Ortsdurc hf.,Real.	50	Sachanlagen	200'090	3'600'000	2'800'000	-800'000	-22%	
Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	303'872					
Aesch, Zubringer Pfeffingerring,Vorproj.	50	Sachanlagen	18'554					
Aesch;Zubringer Dornach an H18,Proj/Real	50	Sachanlagen	931	100'000	100'000	0	0%	
Allschwil, Kreisel Hegenheimermattweg	50	Sachanlagen	31'313	200'000	500'000	300'000	150%	
ELBA Allschwil;Zubringer Nordtang.Vorpro	50	Sachanlagen		100'000	500'000	400'000	400%	
Liestal, Betriebs-u. Gestalt.konzept Ost	50	Sachanlagen		200'000	400'000	200'000	100%	
Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt	50	Sachanlagen		100'000	50'000	-50'000	-50%	
Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	1'069'638	2'500'000	700'000	-1'800'000	-72%	
Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Real.	50	Sachanlagen	141'444	1'000'000	1'000'000	0	0%	
Aesch,Betriebs-u.Gestaltungskon zept	50	Sachanlagen		50'000	100'000	50'000	100%	
ELBA;Entw.planung ELBA; Projektierung	50	Sachanlagen		1'250'000	1'500'000	250'000	20%	
Augst; neue Führung Kantonsstr.Umfahrung	50	Sachanlagen			100'000	100'000		X
Total Investitionsausgaben			73'121'670	63'500'000	59'600'000	-3'900'000	-6%	
Total Investitionseinnahmen			-33'915'426	-33'630'000	-20'630'000	13'000'000	39%	
Total Nettoinvestitionen			39'206'244	29'870'000	38'970'000	9'100'000	30%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	119.8	123.8	123.7	-0.1	-0.1%

Die Abweichung in Höhe von -0.1 Stellen gründet auf eine reorganisatorische Massnahme innerhalb der Direktion zum Productcenter GSK/2300.

Jahresprogramm

2301.001 Werterhalt beim Strassennetz

Im Vordergrund stehen die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Substanzerhaltung. Durch die erneute massive Reduktion der finanziellen Mittel in der Erfolgsrechnung müssen in Betrieb und Unterhalt Abstriche gemacht werden und es ist vermehrt mit Mängeln wie Schlaglöchern, herumliegender Abfall, etc. zu rechnen. Infolge der begrenzten Mittel für Investitionen kann die Anpassung an die heutigen Normen nicht mehr in jedem Fall ausgeführt werden, sondern es muss vermehrt eine minimale Instandsetzung erfolgen, indem der bestehende Strassenkörper mit Belagersersatz «am Leben» erhalten wird. Auf den generellen Einsatz von Lärmschutzbelägen wird im Regelfall bewusst verzichtet, auch wenn die Grenzwerte nicht eingehalten werden, da die Erneuerungskosten, gemäss heutigem Stand der Technik, sehr viel höher ausfallen als bei herkömmlichen Belägen. Wo sinnvoll, wird die Werterhaltung mit einer Umgestaltung an die geänderten Bedürfnisse verbunden; so werden entsprechende Planungen in Birsfelden (Zentrum) und in Therwil (Bahnhofstrasse) gestartet bzw. weitergeführt. Mit hoher Priorität werden Projekte gestartet bzw. weiterverfolgt, die einen hohen Werterhaltungsanteil beinhalten (z.B. Langenbruck: Korrektur/Umgestaltung Hauensteinerstrasse; Reigoldswil: Sanierung Ziefenstrasse; Seltisberg: Lupsingerstrasse). Andere Projekte, die ebenfalls einen hohen Werterhaltungsanteil haben, müssen infolge der begrenzten Mittel für Investitionen nach 2020 verschoben werden (wie z.B. Allschwil: Sanierung Baslerstrasse) mit den entsprechenden Konsequenzen (mutmasslich höherer Aufwand für den laufenden Unterhalt für Strasse und Geleise; Risiko des Verlustes von Bundesbeiträgen im Rahmen des Aggloprogrammes etc.).

2301.006 Senkung der CO₂ - Emissionen/Luftreinhaltung

Mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten und einem attraktiven, öffentlichen Verkehr wird die Senkung der CO₂ - Emissionen und die Reduktion des Schadstoffausstosses des motorisierten Verkehrs gefördert. Für den Ausbau der Radrouten sind z. B. folgende Projekte in Arbeit bzw. im Bau; Grellingen - Laufen, Bubendorf - Ziefen; Zwingen - Brislach; Oberwil - Allschwil.

2301.007 Sicherung der Strassen

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald sind diverse Sicherheitsholzschläge vorgesehen. Nach Bedarf erfolgen im Rahmen des betrieblichen Unterhaltes Felsräumungen und im Rahmen der Werterhaltung und Erneuerung von Kantonsstrassen Böschungssicherung.

2301.008 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des Agglomerationsprogrammes sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Die Projekte im Agglomerationsprogramm Basel werden prioritär vorangetrieben wie z. B. Salina Raurica; Verlegung der Kantonsstrasse (2. Generation; A-Liste). Für die Projekte des Agglomerationsprogrammes 1. Generation mit Realisierungsbeginn bis ca. 2015/16 (Bundesbeiträge bis zu 40 %) wird die Ausführung vorbereitet (Allschwil; Sanierung Baslerstrasse).

2301.009 Prioritäten bei der Mobilität

Die Optimierung aller Verkehrsträger zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Wo zweckdienlich und sinnvoll wird mit einem attraktiven öffentlichen Verkehr und mit dem Ausbau der Kantonalen Radrouten als ergänzende Massnahme die Verkehrsverlagerung gefördert. In Allschwil; Erneuerung Baslerstrasse ist der Baubeginn 2015 vorgesehen; dabei werden die Haltestellen der Linie 6 an die heutigen Anforderungen angepasst sowie Radstreifen realisiert; d. h. Tram und MIV können Velos sicher überholen. Mit hoher Priorität werden die Arbeiten für einen abgetrennten Radweg als Verbindung zwischen Allschwil und Oberwil weiter vorangetrieben.

2301.010 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Rahmen der verschiedenen Projekte zur Erneuerung/Werterhaltung der Kantonsstrassen und dem Ausbau der kantonalen Radrouten wird hoher Wert gelegt auf eine optimale Verknüpfung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit anderen Verkehrsträgern; es wird immer geprüft, ob die Haltestelle noch am richtigen Ort liegt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen in Sissach; dem Ausbau der Güterstrasse zur Kantonsstrasse, wird z. B. eine Bushaltestelle den Bedürfnissen entsprechend verlegt.

2301.011 Senioren-, Behindertengerecht

Im Rahmen der Erneuerung und Werterhaltung von Kantonsstrassen werden diese speziellen Bedürfnisse vermehrt beachtet wie z. B. bei der Wahl der Beläge, Höhe der Anschlagkanten bei Übergängen über die Strasse sowie Tram- und Bushaltestellen und bei der Ausrüstung von Lichtsignalanlagen. Wenn immer möglich werden in diesem Rahmen Bushaltestellen so umgebaut, dass ein hindernisfreier Zugang zum ÖV möglich ist.

2301.012 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Auf Grund der Unfallstatistik der Polizei werden die Unfallorte ermittelt und Vorschläge zur Verbesserung/Eliminierung

erarbeitet (z. B. Bruderholzstrasse Münchenstein - Bottmingen). Diese werden im Rahmen der Werterhaltung oder in speziellen Projekten umgesetzt.

Mit der Inbetriebnahme der A22, Pratteln - Liestal, können Unfallorte entlang der Rheinstrasse eliminiert werden.

2302 Tiefbauamt Fahrzeugwesen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Tiefbauamt bewirtschaftet den kantonalen Fahrzeugpark. Die Bewirtschaftung umfasst die Evaluation und den Einkauf der Fahrzeuge, den Einbau von Ausrüstung, die Wartung und den Unterhalt, die Bearbeitung der Unfallschäden und das Versicherungswesen. Bei der Beschaffung werden den Anforderungen der Fahrzeugnutzer und der Beschaffungsstelle entsprochen. Bei jeder Beschaffung räumt das Tiefbauamt dem ökologischen Aspekt höchste Priorität ein.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	988'645	1'011'191	1'044'864	33'673	3%	
304	Zulagen	19'925	23'328	13'365	-9'963	-43%	
305	Arbeitgeberbeiträge	159'799	206'265	206'250	-15	0%	
309	Übriger Personalaufwand	118					
310	Material- und Warenaufwand	7'914'512	8'900'000	8'010'000	-890'000	-10%	1,2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'870'926	1'410'000	1'694'100	284'100	20%	2,3
313	Dienstleistungen und Honorare	143'904	158'000	150'000	-8'000	-5%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'008'097	1'112'000	1'068'400	-43'600	-4%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'854	6'100	3'799	-2'301	-38%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-122					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'413	12'000	12'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7'000	8'000	8'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-7'255'983	-8'155'000	-7'353'500	801'500	10%	1
426	Rückerstattungen	-63'262	-50'000	-50'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-352	-500	-500	0	0%	
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-4'623	-2'050	-2'050	0	0%	
	Total Aufwand	12'120'071	12'846'884	12'210'778	-636'106	-5%	
	Total Ertrag	-7'324'220	-8'207'550	-7'406'050	801'500	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'795'851	4'639'334	4'804'728	165'394	4%	

- Die Kostenarten 310 und 425 sind gemeinsam zu betrachten. Die Anpassungen im Treibstoffeinkauf und -verkauf wurden aufgrund Erfahrungswerten aus den letzten Jahren vorgenommen.
- Diese Budgetminderungen resultieren aus den Strategiemassnahmen der Regierung, in den Kostenartengruppen 310, 311 und 315 gegenüber dem Budget 2015, 10 % zu reduzieren.
- Beschaffung von je zwei zusätzlichen Patrouillenfahrzeugen und Gefangenentransportern für die Polizei BL.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.9	10.0	10.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2302.001 Senkung der CO2-Emissionen

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Flotte werden - unter Beachtung der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit sowie der Einhaltung der Sparvorgaben - prioritär Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoss und/oder alternativem Antriebskonzept beschafft. Um diesem strategischen Ziel gerecht zu werden, steht die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme im Vordergrund. Downsizing: Bei einer Ersatzbeschaffung wird geprüft, ob ein Fahrzeug aus einer kleineren Fahrzeugklasse gewählt werden kann. Downshifting: Bei einer Ersatzbeschaffung wird unter Beibehaltung der Fahrzeugklasse geprüft ob eine kleinere Motorengrösse gewählt werden kann. Bei einer Ersatzbeschaffung werden die Ratings der Auto-Umweltliste des VCS und der Verbrauchskatalog des TCS berücksichtigt. Durch die vorschriftsmässige Wartung der Fahrzeuge erhalten wir eine hohe Betriebssicherheit und Betriebsbereitschaft.

2303 Tiefbauamt Wasserbau

Auftrag und Zielsetzungen

Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten, ohne Schaden anzurichten. Dabei spielt die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten eine wichtige Rolle. Aufgrund des Sparauftrages wird dies nicht lückenlos möglich sein. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplannerischer Anliegen rasch oder mit einigen Jahren Verzögerung (bzw. wenn notwendig, sistiert) realisiert. Mit Revitalisierungen wird versucht einen aktiven Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume, sofern die Ressourcen dazu vorliegen, zu leisten.

Die Planung der Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und Revitalisierungsplanung und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der vorhandenen reduzierten Finanzmittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund der realisierten Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'379'552	1'456'143	1'419'713	-36'430	-3%	
304	Zulagen	36'892	31'949	36'527	4'578	14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	265'448	295'744	273'316	-22'428	-8%	
309	Übriger Personalaufwand	-26'889					
310	Material- und Warenaufwand	30					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	58'609	67'000	60'300	-6'700	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	107'990	120'000	120'000	0	0%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'074'668	1'250'000	1'125'000	-125'000	-10%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	42'650	40'000	36'000	-4'000	-10%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	40'302	49'000	40'301	-8'699	-18%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-4					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500	1'000	1'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'055'627	1'082'587	1'132'039	49'452	5%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-17'985	-20'000	-20'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'173	-20'000	-10'000	10'000	50%	
426	Rückerstattungen	-2'066					
	Total Aufwand	4'035'374	4'393'423	4'244'196	-149'227	-3%	
	Total Ertrag	-22'224	-40'000	-30'000	10'000	25%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'013'150	4'353'423	4'214'196	-139'227	-3%	

- 1 Die Reduktion auf dem Gewässerunterhaltskonto ist auf die Strategiemassnahmen der Regierung zurückzuführen, in dem eine Senkung um 10 % vorgegeben wurde. Da es sich hierbei um eine erneute Kürzung auf dem Unterhaltskonto handelt, ist es dem Tiefbauamt nicht mehr möglich, den Leistungsauftrag lückenlos zu erfüllen.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	5'509	100'000	100'000	0	0%	
Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	1'395'771	1'500'000	1'500'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-601'000	-575'000	-400'000	175'000	30%	
		Nettoinvestitionen	794'771	925'000	1'100'000	175'000	19%	
Allschwil, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen		100'000		-100'000	-100%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gelterkinden, Eibach, Hochwasserschutz	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-68'035					
Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen	247'661	200'000	100'000	-100'000	-50%	
Rothenfluh, HWS Ergolz	50	Sachanlagen			100'000	100'000		X
Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	17'398					
Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	552'818	1'000'000	200'000	-800'000	-80%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-400'000	-250'000	150'000	38%	
		Nettoinvestitionen	552'818	600'000	-50'000	-650'000	-108%	
Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	33'009	100'000	700'000	600'000	600%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-300'000	-300'000		X
		Nettoinvestitionen	33'009	100'000	400'000	300'000	300%	
Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	577'621	600'000	500'000	-100'000	-17%	
"Bäche ans Licht"	50	Sachanlagen		400'000	400'000	0	0%	
Total Investitionsausgaben			2'829'786	4'000'000	3'600'000	-400'000	-10%	
Total Investitionseinnahmen			-669'035	-975'000	-950'000	25'000	3%	
Total Nettoinvestitionen			2'160'751	3'025'000	2'650'000	-375'000	-12%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.9	16.9	16.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2303.008 Minimierung des Schadenpotentials durch Hochwasserschutz / Biodiversität

Bei der Realisierung des Ufer- und Hochwasserschutzes sind, auch in Zeiten des Sparens, sowohl ökologische als auch ortsplanerische Anliegen zu berücksichtigen. Mit einer vorausschauenden Gewässerunterhaltsplanung wird eine Priorisierung ermöglicht, die mit den zugesprochenen Ressourcen einen möglichst nachhaltigen Werterhalt der Schutzbauten sicherzustellen bezweckt. Es wird versucht, trotz reduziertem Budget, mit Revitalisierungen in Kombination mit dem Hochwasserschutz einen aktiven Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume zu leisten. Sowohl bei der Gewässerplanung als auch beim Gewässerunterhalt wird der Förderung der Biodiversität in hohem Masse Rechnung getragen. Das Tiefbauamt unterstützt damit trotz reduzierten Mitteln die Ziele der Prävention im Bereich «Natur- und Klimawandel».

2306 Amt für Industrielle Betriebe

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Industrielle Betriebe (AIB) engagiert sich mit seinen Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen für sauberes Wasser und gesunde Gewässer, Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung und für eine umweltgerechte Behandlung von Werkstoffen und Abfällen.

Der gesetzeskonforme Betrieb der technischen Anlagen im Umweltbereich stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Legislaturziele des strategischen Schwerpunktes Natur- und Klimawandel dar. Dazu zählen insbesondere die Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser sowie die Rückgewinnung von Werkstoffen (R-NK-2), die Produktion von erneuerbarer Energie und der energieeffiziente Betrieb bei der Leistungserbringung (R-NK-1).

Der auf die zukünftigen Anforderungen ausgerichtete Ausbau und Werterhalt der Anlagen ist eine Voraussetzung für das Wohnen und die wirtschaftliche Entwicklung gemäss strategischem Schwerpunkt Innovation und Wertschöpfung (Legislaturziel R-IW-1).

Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt im Bereich der Abwasserbewirtschaftung und der Fachhochschule (FHNW) leistet das AIB einen Beitrag zu den Legislaturzielen R-AK-4 und R-BBL-2.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'250	910	2'250	1'340	147%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'775'943	5'405'895	5'294'612	-111'283	-2%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	175'266	180'000	245'000	65'000	36%	1
304	Zulagen	108'609	117'655	103'125	-14'530	-12%	
305	Arbeitgeberbeiträge	882'056	1'062'316	1'010'037	-52'279	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	87'571	101'500	93'100	-8'400	-8%	
310	Material- und Warenaufwand	965'073	1'155'500	1'035'387	-120'113	-10%	2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'200'841	742'650	600'735	-141'915	-19%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VW	8'285'503	8'868'100	9'084'900	216'800	2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'084'980	1'615'650	1'476'550	-139'100	-9%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	457'861	549'000	519'300	-29'700	-5%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'966'655	2'548'350	2'164'965	-383'385	-15%	4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	364'665	396'600	293'700	-102'900	-26%	5
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	61'292	78'194	73'830	-4'364	-6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-28'262	16'095		-16'095	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'500		401'000	401'000	X	6
330	Abschreibungen Sachanlagen VW	8'817'015	9'482'641	9'896'467	413'826	4%	
341	Realisierte Kursverluste	2'561					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	113	100	100	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			280'000	280'000	X	7
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-7'856'768	-8'710'450	-6'846'000	1'864'450	21%	8
425	Erlös aus Verkäufen	-7'770'722	-9'290'000	-9'290'000	0	0%	
426	Rückerstattungen		-200		200	100%	
440	Zinsertrag	-42	-100	-100	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'000					
	Total Aufwand	29'210'491	32'321'157	32'575'058	253'902	1%	
	Total Ertrag	-15'628'532	-18'000'750	-16'136'100	1'864'650	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	13'581'960	14'320'407	16'438'958	2'118'552	15%	

- 1 Die Entlastung der Betriebsleitung auf der Deponie und die Bewältigung der überplanmässig angelieferten Mengen auf die Deponie Höli kann nur mit zusätzlichen temporären Kapazitäten bewältigt werden.
- 2 Die Einrechnung der aktuellen Währungssituation sowie ein Erfolg bei Verhandlungen mit Lieferanten führen zu tieferen Kosten beim Einkauf von Fäll- und Flockungsmittel.

- 3 Der 2015 budgetierte Kauf des Miet-Trax auf der Deponie fällt im Budget 2016 weg.
- 4 Diverse Sanierungsarbeiten (Bsp. Schlammbehandlung ARA Ergolz1 und ARA Ergolz2) im 2015 fallen 2016 nicht mehr an.
- 5 Der 2015 budgetierte Kauf des Miet-Trax senkt die Ausgaben für die Miete desselbigen.
- 6 Mehrkosten zur Aufrechterhaltung der Deponie
- 7 Zweckgebundene Einlage in den Fonds
- 8 Eine zu optimistische Budgetierung in Verbindung mit der geringeren Liefermenge der ARGE Elbis als vertraglich vereinbart führt zu tieferen Einnahmen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an ARA	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'614'920	3'435'000	3'995'000	560'000	16%	1
Abwassergebühren	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			2'500'000	2'500'000		X2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-28'238'067	-30'701'000	-31'401'000	-700'000	-2%	3
Beitrag an VASA-Gebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	755'064	892'000	750'000	-142'000	-16%	4
Entschädigungen Deponie Kelsag Liesberg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'321'359	1'550'000	1'400'000	-150'000	-10%	5
Verbandsbeiträge Abfall	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'780	6'000	6'000	0	0%	
Beiträge IWB an Wärmeverbund St. Jakob	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-330'675	-300'000	-300'000	0	0%	
Beitrag BL Mitnutzung BS-Kanalisation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	423'085	500'000	500'000	0	0%	
Beiträge VA Aesch	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	84'536	100'000	90'000	-10'000	-10%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-30'800	-95'000	-85'825	9'175	10%	
Total Transferaufwand			6'204'746	6'483'000	9'241'000	2'758'000	43%	
Total Transferertrag			-28'599'542	-31'096'000	-31'786'825	-690'825	-2%	
Transfers (Netto)			-22'394'797	-24'613'000	-22'545'825	2'067'175	8%	

- 1 Übernahme des Anstiegs der von der ARA Rhein sowie der Pro Rheno AG prognostizierten Kosten.
- 2 Einführung des Bundes der Abgabe zur Entfernung der Mikroverunreinigung.
- 3 Der an die Gemeinden verrechnete Betrag ist direkt abhängig von den Kosten zur Erreichung der Vollkostenrechnung.
- 4 Es werden weniger Abfälle erwartet als im Vorjahr budgetiert, dadurch sinkt die mengenabhängige VASA -Gebühr.
- 5 Gemäss Nachfolgevertrag muss die Kelsag dem AIB im letzten Betriebsjahr einen Rabatt von 10% gewähren.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Sachanlagen	1'256'208	1'850'000	1'800'000	-50'000	-3%	
Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen	21'004	50'000	1'250'000	1'200'000	>1000%	
Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen	214'894	200'000		-200'000	-100%	
Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	242'548	200'000		-200'000	-100%	
Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	516'425	800'000	5'500'000	4'700'000	588%	
Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	263'104	1'400'000	700'000	-700'000	-50%	
Solaranlagen	50	Sachanlagen	461'573					
Massnahmen im Netz Frenkentäler	50	Sachanlagen	474'876	2'800'000		-2'800'000	-100%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen	432'079	4'500'000	500'000	-4'000'000	-89%	
Wasser Sammelposition-9990	50	Sachanlagen		500'000	700'000	200'000	40%	
Ara Zeglingen, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		1'000'000	500'000	-500'000	-50%	
Ara Nushof, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen			1'500'000	1'500'000		X
Ara Rünenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		2'000'000	1'100'000	-900'000	-45%	
Flankierende Massnahmen Vordere Frenke	50	Sachanlagen	51'379					
Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	680'229					
Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	43'464					
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	70'314					
FHMW Muttenz Netzausbau	50	Sachanlagen	98'238	1'000'000		-1'000'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-92'500	-300'000		300'000	100%	
		Nettoinvestitionen	5'738	700'000		-700'000	-100%	
FWKM Muttenz Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen		2'000'000		-2'000'000	-100%	
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	47'655					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-8'774					
		Nettoinvestitionen	38'881					
Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen	35'768	500'000	50'000	-450'000	-90%	
Mischwasserbehandlung Ergolztäler	50	Sachanlagen			2'000'000	2'000'000		X
ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	802					
ARA Häfelfingen Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	30'565					
Sanierung Schlammanlage ARA E1	50	Sachanlagen		3'000'000	2'400'000	-600'000	-20%	
Ara ProRheno, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	33'236	700'000	900'000	200'000	29%	
Ara Rhein, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		1'000'000		-1'000'000	-100%	
Deponie Ausbau und Abschluss	50	Sachanlagen	387'768	300'000	300'000	0	0%	
Metallausscheidung	50	Sachanlagen		2'500'000	1'000'000	-1'500'000	-60%	
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen		500'000		-500'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-20'000		20'000	100%	
		Nettoinvestitionen		480'000		-480'000	-100%	
Total Investitionsausgaben			5'362'129	26'800'000	20'200'000	-6'600'000	-25%	
Total Investitionseinnahmen			-101'274	-320'000		320'000	100%	
Total Nettoinvestitionen			5'260'855	26'480'000	20'200'000	-6'280'000	-24%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	49.8	55.4	55.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2306.005 Sicherer Betrieb und Werterhalt der Infrastruktur

Der Grossteil der Mitarbeitenden im AIB ist für den täglichen und sicheren Betrieb und den vorausschauenden Unterhalt der technischen Anlagen verantwortlich. Mit gezielter Erhebung und Auswertung von Betriebsdaten werden die Anlagenbelastung und die Reserven regelmässig erfasst, um rechtzeitig den nötigen Bedarf für Massnahmen zu erkennen. Gleichzeitig sollen die Anlagen so lange in Betrieb stehen, als ein sicherer und wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet werden kann. Dabei wird die Regionalisierung der Anlagen unter Nutzung der AIB-Synergien intensiv geprüft. Neben einer Vielzahl von Werterhaltungsmassnahmen an Bau, Maschinen und Steuerung stehen als grössere Werterhaltungsmassnahmen an:

- Ersatz des rund 40-jährigen Rechensystems auf der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Birs (wurde im Rahmen des Ausbaus bewusst nicht erneuert).
- Ersatz der Steuerung von Lokalen Anlagen und Mischwasserbecken.
- Erweiterung des Verfahrensmonitoring zur Erhöhung der Betriebssicherheit auf Lokalen und regionale ARA.
- Ableitung ARA Rünenberg Nord verbunden mit Aufhebung ARA Rünenberg Süd.
- Sanierung der Schlammbehandlung der ARA Ergolz 1.
- Kanalsanierungen zum Schutz des Grundwassers.
- Weiterführung Projektierung für den Neubau der ARA Frenke oder Projektierung der Ableitung ARA Frenke und Ausbau der ARA Ergolz 2.
- Projektierung und Baukredit für den Ausbau der ARA Basel.
- Ableitung der ARA Zeglingen/Kilchberg und Nusshof/Hersberg auf die ARA Ergolz 2.

Diese Massnahmen stellen das Ziel der dauernden Betriebsbereitschaft unserer Anlagen sicher und stärken die strategischen Schwerpunkte «Natur- und Klimawandel» und «Innovation und Wertschöpfung».

2306.006 Umgang mit knapper werdender Ressourcen (erneuerbare Energien und energieeffizienter Betrieb)

Zur Rückgewinnung von Eisen und nichtmagnetischen Metallen aus der angelieferten Schlacke der Kehrlichtverbrennung soll der nötige Kredit für eine entsprechende Aufbereitungsanlage beantragt werden. Mit einem umfassenden Energiemonitoring und verschiedenen Optimierungsprojekten soll der Energieverbrauch der Anlagen weiterhin gesenkt resp. mit der Produktion von erneuerbarer Energie die Eigenversorgung erhöht werden. Dazu zählen insbesondere der Ausbau der Fernwärmenetze Liestal und Muttenz (vorbehältlich Verkauf, LRV 2014-216, vom 17. Juni 2014 und LRB Nr. 2500 vom 15. Januar 2015). Diese Massnahmen dienen dem Ziel der Schonung lebenswichtiger Ressourcen und stärken den strategischen Schwerpunkt «Natur- und Klimawandel».

2306.007 Schutz der natürlichen Umwelt

Mit gezielter Erhebung und Auswertung der Betriebsdaten werden mögliche Betriebsverbesserungen zur Optimierung des Umweltnutzens der Anlagen erkannt. Mit Blick auf die kommenden Anforderungen zur Elimination von Spurenstoffen in den Abwasserreinigungsanlagen engagiert sich das AIB in verschiedenen Projekten mit externen Partnern aus Wirtschaft und Forschung. Eine geringere Belastung der Fliessgewässer durch gereinigtes Abwasser und entlastetes Mischwasser wird mit folgenden Projekten und Investitionen erreicht:

- Grosstechnischer (Folge-)Versuch zur Elimination von Spurenstoffen in der ARA Ergolz 1 in Sissach.
- Bau der neuen Mischwasserbecken in Duggingen, Grellingen und Böckten.

Diese Massnahmen zielen auf die Schonung der lebenswichtigen Ressource Wasser und unterstützen somit den strategischen Schwerpunkt «Natur- und Klimawandel».

2314 Öffentlicher Verkehr

Auftrag und Zielsetzungen

Zur Bewältigung der Transportbedürfnisse, zur optimierten Ausnutzung der Verkehrsnetze und zu Gunsten eines sorgsamem Umgangs mit den nicht erneuerbaren Ressourcen leistet der öffentliche Verkehr einen unverzichtbaren Beitrag. Mittels "Generellen Leistungsaufträgen ÖV" (GLA) werden die Angebote und der Finanzplan für vier Jahre festgelegt. Im Rahmen der Erarbeitung eines GLA werden ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Grundanforderungen des Kantons zu einem wirkungsvollen Paket an ÖV-Leistungen geschnürt.

Mit dem per Dezember 2013 in Betrieb gesetzten 7. GLA 2014-2017 konnte eine Konstanz des ÖV-Angebots mit Fokus auf Verbesserung der Qualität und Stabilisierung der Kosten angestrebt werden. Als wichtiges Element dieses Pakets wurde 2014 erstmals ein Bonus/Malus-System mit den SBB zur Anwendung gebracht und somit ein finanzieller Anreiz zur Verbesserung der Qualität geschaffen. Aufgrund der positiven Effekte wird das Bonus-Malus-System in den kommenden Jahren bis mindestens zum Ende der Laufzeit des 7. GLA weitergeführt.

Mit dem positiven Volksentscheid vom 9. Februar 2014 zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) wird die Finanzierung der Infrastruktur von Privatbahnen, deren Linien vom Bund als regionaler Personenverkehr anerkannt werden, ab 1. Januar 2016 zu 100 % vom Bund übernommen. Die Kantone entrichten im Gegenzug einen Beitrag in Form einer gebundenen Pauschale. Weiter haben die Kantone den Auftrag, sich in neuen Planungsstrukturen zu organisieren (sogenannte Planungsregionen). Dies mit dem Ziel, für die neu definierten Ausbauschritte (STEP = Strategische Entwicklungsplan Bahninfrastruktur) in sich abgestimmte Angebotskonzepte beim Bund einzureichen und zur Umsetzung zu beantragen. Diese neuen Strukturen wurden 2014 aufgebaut und der Ausbauschritt 2030 erfolgreich beim Bund eingereicht. Diese Neustrukturierung der Finanzmodalitäten führt aber zu erheblichen Verschiebungen der Finanzflüsse zwischen Kanton und Bund, wie auch zwischen Kanton und Transportunternehmungen. Neben der Pauschale sind durch die Kantone weiterhin alle Planungskosten zu tragen. Die Kosten für Vorprojekte und Realisierung von Bahninfrastrukturmassnahmen übernimmt hingegen neu der Bund.

Entsprechend der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die notwendigen Planungen der Infrastruktur für den ÖV vorangetrieben. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes wird z. B. die Planung der Tram-Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben. Weiter wird 2016 das Vorprojekt für die Doppelspur im Laufental abgeschlossen und das nachfolgende Bauprojekt ausgelöst. Mit einer Doppelspur kann sichergestellt werden, dass das Laufental mit einem zweiten Schnellzug bedient werden kann und somit von den übergeordneten Fernverkehrsplanungen der SBB mittelfristig und langfristig keine negativen Konsequenzen zu tragen hat.

Neben der Sicherstellung des Betriebsangebots müssen auch die Planungen für künftige Weiterentwicklungen rechtzeitig angegangen werden. Daher sind sowohl für Tramlinien als auch für die Regio-S-Bahn Mittel für die mittel- und langfristigen Planungen eingestellt.

Mit einem geeigneten Angebot wird gewährleistet, dass für Menschen mit Bewegungshilfen, Rollgepäck oder Kinderwagen die Abnahme der Mobilitätseinschränkung zu vermehrter, selbstbestimmter Bewegungsfreiheit führt. Dieser Ausbau hat gemäss Vorgabe Bund (BehiG) bis 2023 zu erfolgen. Damit wird ein wesentlicher Schritt zum gender-, senioren- und behindertengerechten ÖV-Angebot beigetragen. Da der notwendige Umbau der Haltestellen infolge der begrenzten Investitionsmittel prioritär im Rahmen der ordentlichen Werterhaltungsmassnahmen erfolgen soll, kann aus heutiger Sicht der Endtermin 2023 nicht eingehalten werden.

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die betrieblichen Massnahmen der Transportunternehmungen unterstützt. Das Projekt zur Sicherung von Bahnübergängen wird abgeschlossen. Im Rahmen der Erneuerungs- und Instandsetzungsmassnahmen werden auch die Sicherungsanlagen überprüft und erneuert.

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur werden durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch die notwendigen Instandsetzungsarbeiten sichergestellt. Diese Arbeiten erfolgen durch das Tiefbauamt selbst oder mittels Beiträgen an die konzessionierten Transportunternehmungen. Dabei werden in Zusammenarbeit mit den Transportunternehmungen die notwendigen Instandsetzungsmassnahmen mit notwendigen Ausbauten koordiniert und auf eine kostenoptimierte Gebrauchsdauer ausgelegt.

Ziele all dieser Massnahmen sind die Aufrechterhaltung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, die Erhaltung der technischen Transportsicherheit der Anlagen, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes und die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion oder einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene/Strasse.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	654'223	904'496	757'671	-146'825	-16%	1
304	Zulagen	11'267	11'069	10'279	-791	-7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	115'060	132'383	142'792	10'410	8%	
310	Material- und Warenaufwand	8'265					
313	Dienstleistungen und Honorare	257'074	300'000	240'000	-60'000	-20%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'927	5'500	4'667	-833	-15%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	304'106	279'175	423'000	143'825	52%	2
421	Gebühren für Amtshandlungen	-300					
	Total Aufwand	1'353'922	1'632'623	1'578'409	-54'214	-3%	
	Total Ertrag	-300					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'353'622	1'632'623	1'578'409	-54'214	-3%	

- 1 Durch die Annahme von FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) wurde den Kantonen die Verantwortung für die Planung des Regionalverkehrs auf der Schiene übertragen. 2015 wurden CHF 180'000.– über Kostenart 301 und CHF 60'000.– über Kostenart 313 budgetiert. 2016 werden diese als Verpflichtungskredit (LRV 2015 -198 vom 19. Mai 2015) budgetiert.
- 2 Die Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, welche im Besitz des Kantons BL sind, werden über die Investitionsrechnung finanziert und ziehen entsprechende Abschreibungen nach sich. Auch 2015 und 2016 werden grosse Investitionen getätigt und entsprechend steigt der Abschreibungsbedarf.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Infrastrukturvorhaben ÖV	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			18'103'000	18'103'000		X1
Beiträge an ÖV-Projekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	160'976	50'000	800'000	750'000	>1000%	2
Betriebskostenbeiträge an ÖV	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	69'558'420	73'800'000	66'050'000	-7'750'000	-11%	3
Abschreibungen Investitionsbeiträge	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	778'300	1'422'779	1'677'000	254'221	18%	4
Total Transferaufwand			70'497'697	75'272'779	86'630'000	11'357'221	15%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			70'497'697	75'272'779	86'630'000	11'357'221	15%	

- 1 Durch die Annahme von FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) werden die Kantone zur Leistung einer Pauschale zur Mitfinanzierung der Bahninfrastruktur verpflichtet. Der Bund erhebt die sogenannte FABI -Pauschale 2016 erstmals. Diese beträgt für das Jahr 2016 CHF 18.103 Mio.
- 2 Im Ausbauschnitt 2025 von FABI sind keine Mittel für den Doppelspurausbau im Laufental enthalten. Somit stehen 2016 noch keine Bundesmittel für dessen dringend notwendige Projektierung zur Verfügung. Deshalb wird in den Jahren 2015 und 2016 das Vorprojekt für den Doppelspurausbau im Laufental über den Kredit für die Regio -S-Bahn 2. Etappe finanziert.
- 3 Durch die Annahme von FABI werden die Kantone ab 1. Januar 2016 von der Finanzierung der Privatbahninfrastruktur entlastet. Entsprechend entfallen Kosten für den Betrieb und die Abschreibungen dieser Infrastrukturen (CHF 9.25 Mio.). Andererseits steigen die Kosten im Regionalen Personenverkehr um CHF 1.5 Mio. Diese Mehrkosten sind vorwiegend auf die Erneuerung der Tramflotte der BLT sowie die jährlich um ca. 1% steigenden Subventionen an das U -Abo zurückzuführen.
- 4 Die Investitionen in die Infrastrukturen der BLT und der WB werden über die Investitionsrechnung finanziert und ziehen entsprechende Abschreibungen nach sich. Auch 2015 werden grosse Investitionen getätigt, weshalb 2016 der Abschreibungsbedarf nochmals ansteigt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskost.	36	Transferaufwand	168'422	50'000	800'000	750'000	1000%	1
Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 LäufeLingen	36	Transferaufwand	-7'446					
FABI Raum Basel 2016-2025	30	Personalaufwand			180'000	180'000		X 2
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			80'000	80'000		X 2
		Total			260'000	260'000		X
FABI Trinat. Raum Basel 2016-2025	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			140'000	140'000		X 2
Total Verpflichtungskredite Aufwand			160'976	50'000	1'200'000	1'150'000	2'300%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			160'976	50'000	1'200'000	1'150'000	2'300%	

- 1 Im Ausbauschnitt 2025 von FABI sind keine Mittel für den Doppelspurausbau im Laufental enthalten. Somit stehen 2016 noch keine Bundesmittel für dessen dringend notwendige Projektierung zur Verfügung. Deshalb wird in den Jahren 2015 und 2016 das Vorprojekt für den Doppelspurausbau im Laufental über den Kredit für die Regio -S-Bahn 2. Etappe finanziert.
- 2 Durch die Annahme von FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) wurde den Kantonen die Verantwortung für die Planung des Regionalverkehrs auf der Schiene übertragen. Diese zusätzlichen Aufgaben führen zu einem grösseren Bedarf an externer Unterstützung, um erfolgreich Mittel für den Ausbau des Bahnnetzes beantragen zu können (LRV 2015-198 vom 19. Mai 2015).

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Laufen, Ausbau Bushof	50	Sachanlagen	401'807	4'000'000	4'000'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-1'600'000	-1'200'000	400'000	25%	
		Nettoinvestitionen	401'807	2'400'000	2'800'000	400'000	17%	
Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	899'756	500'000	500'000	0	0%	
	56	Eigene Inv.-Beitr.		500'000	500'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-236'528					
		Nettoinvestitionen	663'228	1'000'000	1'000'000	0	0%	
Tram/Bahnübergänge Optimierungen	50	Sachanlagen	4'750					
	56	Eigene Inv.-Beitr.	2'844'964	4'000'000	800'000	-3'200'000	-80%	
		Nettoinvestitionen	2'849'714	4'000'000	800'000	-3'200'000	-80%	
Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr.	41'445	200'000	200'000	0	0%	
Trasseesanie rung BLT Linie 12/14	56	Eigene Inv.-Beitr.	3'508'790	3'600'000	500'000	-3'100'000	-86%	
Richtplan, Projektierung Schienennetz	56	Eigene Inv.-Beitr.	22'466	50'000	50'000	0	0%	
Trasseesanie rung Linie 11	50	Sachanlagen	1'238'821					
	56	Eigene Inv.-Beitr.	2'294'280	500'000	500'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'729'486					
	66	Rückzahlung eigener Inv.-Beitr.	-17'924					
		Nettoinvestitionen	1'785'691	500'000	500'000	0	0%	
Bahnhof Laufen, Vorprojekte Module B&C	50	Sachanlagen	-35'032					

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	56	Eigene Inv.-Beitr.		100'000	100'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	-35'032	100'000	100'000	0	0%	
BLT Linie 10/17 Doppelspur Spiesshöfli	50	Sachanlagen		400'000	400'000	0	0%	
BLT Linie 10/17 Doppelspur Ettingen-Flü	56	Eigene Inv.-Beitr.	11'600'000	1'500'000		-1'500'000	-100%	
Salina Raurica, ÖV-Anlagen	56	Eigene Inv.-Beitr.	423'109	2'200'000	1'000'000	-1'200'000	-55%	
Herzstück	50	Sachanlagen		1'000'000	1'000'000	0	0%	
SBB Laufental,Doppelspur,Vorfinanzierung	50	Sachanlagen			500'000	500'000		X
Allschwil, Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen	187'677	1'000'000	2'500'000	1'500'000	150%	
Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	Sachanlagen	586'999					
Bushalt. Umsetz. BehiG Bus,Projekt.	50	Sachanlagen	71'079	300'000	400'000	100'000	33%	
Muttenz, Busbahnhof,Real.Aggllo (A2, Ö29)	56	Eigene Inv.-Beitr.		400'000	100'000	-300'000	-75%	
WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	Eigene Inv.-Beitr.	1'265'712	13'500'000	300'000	-13'200'000	-98%	
Tramhaltest.,Umsetz.BehiG,Proj. (500991)	56	Eigene Inv.-Beitr.		250'000	500'000	250'000	100%	
BLT 10, 10/17&11,Instandsetz (501231)	56	Eigene Inv.-Beitr.	2'562'257	6'900'000		-6'900'000	-100%	
Total Investitionsausgaben			27'918'880	40'900'000	13'850'000	-27'050'000	-66%	
Total Investitionseinnahmen			-1'983'938	-1'600'000	-1'200'000	400'000	25%	
Total Nettoinvestitionen			25'934'942	39'300'000	12'650'000	-26'650'000	-68%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	4.4	5.7	5.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2314.006 Umsetzung des Konzeptes «Räumliche Entwicklung»

Der kantonale Richtplan (KRIP) stellt eine Ausformulierung der Grundsätze des «Konzepts der Räumlichen Entwicklung» (KORE) dar. Mit den generellen Leistungsaufträgen ÖV (GLA) werden die im KRIP formulierten Handlungsanweisungen in ein konkretes und verbindliches ÖV-Angebotskonzept für vier Jahre gegossen. Die Erarbeitung des GLA stellt eine komplexe und vielschichtige Aufgabe dar. Zur Quantifizierung der räumlichen und verkehrlichen Wirkung von beabsichtigten ÖV-Massnahmen sind jeweils umfangreiche Planungsarbeiten notwendig.

2314.007 Prioritäten bei der Mobilität

Die Optimierung aller Verkehrsträger (inkl. Kostenoptimierung) zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung. Wo zweckdienlich und sinnvoll wird mit einem attraktiven, öffentlichen Verkehr und mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten als ergänzende Massnahme die Verkehrsverlagerung gefördert. Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich, durch konsequente ÖV-Bevorzugung an Lichtsignalanlagen oder durch Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen die Fahrplan-Stabilität des Busangebots aufrechtzuerhalten. Bei den infrastrukturellen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit: WB; Haltestellen und Doppelspurinseln; BLT 10; Doppelspur Spiesshöfli; BLT 10; Projektierung Margarethenstich (Federführung Kanton Basel-Stadt).

2314.008 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Vordergrund steht das Funktionieren der Transportkette im ÖV durch gezielte räumliche und zeitliche Bündelung der Zubringerverkehre in den drei Talschaften auf die Hauptachse und einer rasterartigen Vernetzung der ÖV-Linien im Agglomerationsraum. Nach Genehmigung des Projektierungs-Baukredites für den Bushof Laufen wurde die Projektierung vorangetrieben und die Realisierung 2015 gestartet. Das Vorprojekt ÖV-Anlagen Salina Raurica (Verlängerung Tramlinie 14) wurde 2015 abgeschlossen; 2016 soll das Bauprojekt gestartet werden, sofern das generelle Projekt und der notwendige Projektierungskredit vom Landrat bewilligt werden. Ein spezieller Fokus liegt bei diesem Projekt auf einer guten Verknüpfung des Trams mit den SBB (Bahnhof Pratteln) und den Buslinien (Endhaltestelle Augst).

2314.009 Weiterentwicklung des EuroAirports

Der EuroAirport ist ein wichtiger Faktor für den starken Wirtschaftsstandort Basel und Nordwestschweiz. Die internationale Erreichbarkeit ist strategisch von sehr hoher Bedeutung. Zur Förderung der regionalen Erreichbarkeit des Flughafens mit dem öffentlichen Verkehr, ist der Schienenanschluss eine wichtige Massnahme. Die BUD beteiligt sich aktiv, zusammen mit den Partnern in der Nordwestschweiz, an den planerischen Arbeiten zur Anbindung der S-Bahn an den EuroAirport.

2314.010 Senioren- und Behindertengerechte Infrastruktur

Im Rahmen des GLA werden die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Gesellschaftsgruppen berücksichtigt. So wird explizit für jenen Teil der Bevölkerung, der bewusst oder gezwungenermassen auf das Auto verzichtet, ein ÖV-Angebot definiert, welches eine minimale Mobilitätsvorsorge gewährleistet. Insbesondere stellen die Bedürfnisse der älteren Personen einen wichtigen Pfeiler in der Angebotsplanung dar. Neben dem Angebot wird aber auch die Infrastruktur im ÖV im Rahmen der Verhältnismässigkeit behindertentauglich und altersgerecht umgebaut. Neben der Realisierung eines ebenerdigen Einstiegs bei allen Verkehrsmitteln mittels hohen Haltekanten, werden auch alle Informationssysteme visuell und akustisch auf die Bedürfnisse von Personen mit körperlichen Einschränkungen angepasst. Konkret betrifft dies den Ausbau Infrastruktur WB (Erneuerung aller Haltestellen) sowie Haltestellen der BVB - Linie 6 (Projekt Sanierung Baslerstrasse). Die Projektierungsarbeiten für ein Gesamtkonzept für behindertengerechte Bushaltestellen wurden 2014 gestartet. Die Umsetzung selber wird teilweise umfangreiche Anpassungen im Schienen- und Strassenbereich nach sich ziehen. Sie erfolgt soweit möglich im Rahmen der ordentlichen Werterhaltung; infolge der knappen Finanzen ist ein Sonderprogramm für den Umbau der Haltestellen, ausserhalb der normalen Werterhaltung, nicht möglich. Damit kann der der Endtermin 2023 aus heutiger Sicht nicht eingehalten werden kann.

2314.011 Förderung des senioren- und behindertengerechten Zugangs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln

Das Angebot und die Infrastruktur im ÖV werden hinsichtlich Tauglichkeit für Personen mit Behinderungen im Rahmen von Werterhaltungsmassnahmen angepasst. Die Förderung des Zugangs dieser Bevölkerungsgruppe umfasst meist Massnahmen, die auch den regulären Benützern Vorteile bieten, wie ebenerdiger Einstieg und verbesserte optische Anzeigen.

2314.012 Werterhalt beim Schienennetz

Im Vordergrund stehen die Werterhaltung und der Ausbau der Anlagen bei den Gleistrassen, bei den Fahrleitungen und bei den Sicherungsanlagen. Mit Annahme von FABI wird der Werterhalt auf den vom BAV anerkannten Linien des regionalen Personenverkehrs (BLT und WB) ab 2016 via Bahninfrastrukturfonds des Bundes finanziert. Hingegen verbleiben die Aufwendungen für den Werterhalt der Linien des Ortsverkehrs (BVB) bei den Kantonen. Entsprechend finanziert die BUD die Infrastruktur der BVB mit entsprechenden Beiträgen, ist bei der Projektierung und Realisierung von WB- und BLT-Projekten jedoch nur noch begleitend dabei.

2314.013 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Die Optimierungsmassnahmen der Tram/Bahnübergänge werden 2016 mit den letzten Restarbeiten abgeschlossen. Im Rahmen der Instandsetzungsmassnahmen werden wo nötig die bahntechnischen Sicherungsanlagen jeweils erneuert.

2314.014 Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln ist von grosser Bedeutung für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV werden deshalb die Anforderungen und Kriterien zusammen mit den Transportunternehmungen definiert und entsprechende Aufwände abgegolten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Sicherheit beim Nachtnetz.

2314.015 Senkung der CO2-Emissionen

Die ökologische Verträglichkeit der Mobilität ist eine zentrale Aufgabe des Kantons. Unter Berücksichtigung der sich verändernden Ansprüche der Bevölkerung bezüglich Komfort und Sicherheit werden deshalb Massnahmen zur Senkung der CO2-Emission gezielt gefördert. Dabei bewirkt das Umsteigen vom Privatverkehr auf den öffentlichen

Verkehr per se bereits die wirkungsvollste Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Kopf. Des Weiteren werden im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV, Investitionen der Transportunternehmen in moderne und somit CO₂-arme Antriebsformen bei den Bussen (EURO 06) gefördert.

2314.016 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des ÖV sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Weiter erlaubt es auch, das Zusammenspiel der Wirkungen von übergeordneten Projekten des Bundes und von regionalen Projekten der Kantone sichtbar zu machen und hinsichtlich der Effektivität zu positionieren.

2314.017 Bündelung der regionalen Zusammenarbeit

Zur Erreichung der gesamtheregionalen Wirkung der ÖV-Systeme engagiert sich die BUD in verschiedenen regionalen Arbeitsgruppen. Im Konkreten beteiligt sich die BUD hinsichtlich ÖV aktiv in der mit FABI neu geschaffenen Planungsregion Nordwestschweiz. Weiter ist die BUD in reduziertem Mass in Gremien der Oberrheinkonferenz (ORK), des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) und der Metropolitankonferenz Basel (MKB), aktiv.

Bereich Immobilien

Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Funktionstüchtigkeit und gute Aufgabenerfüllung benötigt die Kantonale Verwaltung Boden, Bauten und Anlagen. Der Bereich Immobilien ist das Dienstleistungszentrum für den Immobilienverkehr und die Immobilienbewirtschaftung sowie das Fachorgan für Hochbauten des Kantons Basel-Landschaft. Er betreut die Immobilien im Finanz- und Verwaltungsvermögen des Kantons.

Der Bereich Immobilien setzt die vom Regierungsrat festgelegte, langfristig ausgerichtete Bodenpolitik mit allen grundbuchrelevanten Bedürfnissen durch. Das Ziel ist eine angemessene, auf das Kantonsgebiet verteilte Landreserve für künftige Vorhaben und zu Abtauschzwecken zu schaffen und die laufenden Bedürfnisse des Kantons an Grund und Boden zeitgerecht, kostengünstig und unter Ausnutzung der Preisfluktuationen abzudecken. Entbehrliche Grundstücke werden zum Marktwert abgestossen.

Für die Bereitstellung von Raum wie Schul- und Sportanlagen, Verwaltungsbauten, Militäranlagen und Bauten für die Justiz mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen ist der Bereich Immobilien zuständig. Öffentliche Hochbauten, welche den Verwaltungstätigkeiten im notwendigen Mass dienen sollen, werden ausschliesslich vom Bereich Immobilien geplant, erstellt, eingerichtet und bewirtschaftet.

Im Rahmen der integralen Immobilienbewirtschaftung werden sämtliche Bedürfnisse im Bereich nach übergeordneten Immobilien- und Arealentwicklungsstrategien sowie unter ökonomischen und ökologischen Aspekten umgesetzt. Mittels Gesamtkonzepten sind die Immobilien möglichst effizient zu nutzen und auf bedarfsgerechte Art zu bewirtschaften. Die Substanz- und Werterhaltung ist dabei von besonderer Bedeutung.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	19'303'042	19'898'651	19'071'536	-827'115	-4%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	56'042'553	55'070'515	49'965'323	-5'105'192	-9%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	39'105'420	30'096'658	23'317'930	-6'778'728	-23%
34 Finanzaufwand	944'490	1'106'750	995'400	-111'350	-10%
36 Transferaufwand	104'984	100'000	100'000	0	0%
41 Regalien und Konzessionen	-171'340	-150'000	-150'000	0	0%
42 Entgelte	-793'541	-535'000	-585'000	-50'000	-9%
44 Finanzertrag	-26'995'486	-23'200'200	-43'285'200	-20'085'000	-87%
46 Transferertrag	-151'805	-100'000		100'000	100%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-13'508'514	-10'179'367	-11'682'000	-1'502'633	-15%
49 Interne Fakturen	-150'349	-143'700	-150'312	-6'612	-5%
Total Aufwand	115'500'490	106'272'574	93'450'188	-12'822'385	-12%
Total Ertrag	-41'771'036	-34'308'267	-55'852'512	-21'544'245	-63%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	73'729'454	71'964'307	37'597'676	-34'366'631	-48%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	104.1	113.0	109.1	-3.9	-3.5%

2304 Hochbauamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Hochbauamt betreut alle Parzellen und Hochbauten im Verwaltungs-, Finanz- und Treuhandvermögen des Kantons sowie die kantonalen Einmietungen. Es ist für die Bereitstellung von Raum mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen für die Verwaltungstätigkeiten des Kantons zuständig.

Es ist zuständig für den Immobilienverkehr sowie die Immobilienverwaltung des gesamten Liegenschaftsbestandes des Kantons, für die Durchführung und Überwachung des baulichen und betrieblichen Gebäudeunterhalts der Hochbauten inklusive Instandhaltung, Reinigung, Ver- und Entsorgung, die Raumbewirtschaftung und das Mietwesen.

Öffentliche Hochbauten des Kantonsverwaltungsvermögens werden vom Hochbauamt geplant, erstellt, bewirtschaftet, eingerichtet, unterhalten und gewartet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	15'947'768	16'474'711	15'825'600	-649'111	-4%	1
303	Temporäre Arbeitskräfte	81'643					
304	Zulagen	337'207	356'372	304'078	-52'294	-15%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	2'881'707	2'967'568	2'853'858	-113'710	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	54'717	100'000	88'000	-12'000	-12%	
310	Material- und Warenaufwand	720'044	652'500	559'900	-92'600	-14%	3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'132'082	1'650'000	1'585'000	-65'000	-4%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	9'347'870	9'045'000	8'235'000	-810'000	-9%	4
313	Dienstleistungen und Honorare	10'525'069	9'670'000	8'984'000	-686'000	-7%	5
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	12'290'635	12'643'000	11'555'000	-1'088'000	-9%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	473'712	450'000	530'000	80'000	18%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	19'814'817	20'255'800	17'825'000	-2'430'800	-12%	6
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	98'232	120'000	114'208	-5'792	-5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	79'476	15'000	14'000	-1'000	-7%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	38'398	35'000	39'000	4'000	11%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	39'105'420	30'096'658	23'317'930	-6'778'728	-23%	7
341	Realisierte Kursverluste	8'930					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	148	750		-750	-100%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	935'413	1'106'000	995'400	-110'600	-10%	3
412	Konzessionen	-171'340	-150'000	-150'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-787					
425	Erlös aus Verkäufen	-103'305	-90'000	-90'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-676'877	-365'000	-415'000	-50'000	-14%	
427	Bussen	-12'572	-80'000	-80'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-128	-200	-200	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-2'740'551	-1'300'000	-22'085'000	-20'785'000	<-1000%	8
443	Liegenschaftenertrag FV	-12'233'942	-9'867'000	-9'575'000	292'000	3%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-12'020'865	-12'033'000	-11'625'000	408'000	3%	
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-13'508'514	-10'179'367	-11'682'000	-1'502'633	-15%	9
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-150'349	-143'700	-150'312	-6'612	-5%	
	Total Aufwand	114'873'287	105'638'359	92'825'974	-12'812'385	-12%	
	Total Ertrag	-41'619'231	-34'208'267	-55'852'512	-21'644'245	-63%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	73'254'056	71'430'092	36'973'462	-34'456'631	-48%	

BUD

- Die Reduktion der Kostenart 301 ist auf die Strategiemassnahmen der Regierung (RRB 1215 vom 7. Juli 2015; «Reduktion Sollstellenplan» und «Abbau Ferien- und Überzeitguthaben») und auf eine reorganisatorische Massnahme innerhalb der Direktion zum Generalsekretariat zurückzuführen.
- Aufgrund der aktuellen Altersstruktur der Mitarbeitenden werden die Zulagen (insbesondere Erziehungszulagen) im Budget 2016 abnehmen.

- 3 Diese Budgetminderungen resultieren aus den Strategiemassnahmen der Regierung, in den Kostenartengruppen 310, 311, 314, 315 und 343 gegenüber dem Budget 2015, 10 % zu reduzieren.
- 4 Der Minderaufwand ist auf tiefere Strom- und Heizbezüge zurückzuführen.
- 5 Die Reduktion der Kostenart 313 ist unter anderem auf die Strategiemassnahmen der Regierung (RRB 1215 vom 7. Juli 2015) zurückzuführen.
- 6 Der Minderaufwand ist aufgrund des Rückgangs von Schulraumeinmietungen im Zusammenhang mit HarmoS zurückzuführen.
- 7 Die Budgetminderung resultiert aus dem Wegfall von rund CHF 4.0 Mio. Abschreibungen insbesondere der Ausstattungen des Strafjustizzentrums, Abschreibungen von Gebäuden, bei welchen die Nutzungsdauer abgelaufen ist sowie der Strategiemassnahme Verlängerung der Abschreibungsdauer Gebäude von 30 Jahre auf 40 Jahre mit über CHF 3.4 Mio. Demgegenüber steht ein Anstieg der Abschreibungen der Sekundarschulbauten, die 2015 massgebliche Investitionen erfahren.
- 8 Mit der Übertragung diverser Liegenschaften vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen (LRV 2014 -269, LRB 2548 vom 29. Januar 2015) und dem Verkauf ist mit einem höheren Ertrag zu rechnen.
- 9 Da die Abschreibungen der Sekundarschulbauten höher ausfallen, wird mehr Eigenkapital zur Deckung entnommen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitr. Betriebskosten Mensa FHNW Muttenz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	104'984	100'000	100'000	0	0%	
Betriebskostenanteil Gemeinde Muttenz	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-131'976	-100'000		100'000	100%	1
Bundesbeitrag für SSR Gitterli Liestal	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-19'829					
Total Transferaufwand			104'984	100'000	100'000	0	0%	
Total Transferertrag			-151'805	-100'000		100'000	100%	
Transfers (Netto)			-46'822		100'000	100'000		X

- 1 Bei den Sporthallen im Miteigentum ist es zu Forderungen verschiedener Gemeinden an den Kanton gekommen. Die Verhandlungen sind im Gange. Da Abschluss und Ergebnis noch offen sind, wurde kein Ertrag für 2016 budgetiert.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbau/Amortis. Kant. Labor Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	514'688	505'000	495'000	-10'000	-2%	
Ausbau/Amortis. Polizeiposten Therwil	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'531	29'215	29'215	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			522'219	534'215	524'215	-10'000	-2%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			522'219	534'215	524'215	-10'000	-2%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	8'998'248	55'500'000	76'000'000	20'500'000	37%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-7'500'000	-7'500'000		X
		Nettoinvestitionen	8'998'248	55'500'000	68'500'000	13'000'000	23%	
Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen	1'869'750	1'400'000	1'500'000	100'000	7%	
Bauliche Investitionen 9990	50	Sachanlagen	19'257'169	1'800'000	5'000'000	3'200'000	178%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	1'654'655	500'000	1'500'000	1'000'000	200%	
Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	2'893'955	220'000	430'000	210'000	95%	
Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	22'002					
Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	3'723'267	16'860'000	8'210'000	-8'650'000	-51%	
Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	17'858'992	786'000	350'000	-436'000	-55%	
Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	54	Darlehen	12'001'952	19'940'000	30'940'000	11'000'000	55%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-4'510'000	-7'110'000	-2'600'000	-58%	
		Nettoinvestitionen	12'001'952	15'430'000	23'830'000	8'400'000	54%	
Arllesheim, Mieterausbau Einm. SIPO-West	50	Sachanlagen	-310'764					
Mieterausbauten Einmietungen 9930	50	Sachanlagen	5'400	500'000	500'000	0	0%	
Muttenz, Nachnutzung FH-Gebäude	50	Sachanlagen	78	100'000	2'770'000	2'670'000	>1000%	
Liestal, Erweiterung Kantonsgericht	50	Sachanlagen			300'000	300'000	X	
Augst, RAR 1. Etappe Arbeitsplätze	50	Sachanlagen	377'445	750'000	465'000	-285'000	-38%	
Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen	529'086	400'000	8'900'000	8'500'000	>1000%	
Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	9'021					
Liestal, ZID, Sanierung 1. Rechenzentrum	50	Sachanlagen			200'000	200'000	X	
Mü'stein, Gym., TP 02.2 Nutzungsanp/IS	50	Sachanlagen	1'607'843	1'180'000	7'527'000	6'347'000	538%	
Gutsbetrieb Wildenstein, Freilaufstall	50	Sachanlagen	-59'099					
Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen	4'860	320'000	360'000	40'000	13%	
Muttenz, GIBM Erweiterungsbau/San.Altbau	50	Sachanlagen		400'000	350'000	-50'000	-13%	
Muttenz, FH-Aula, Infrastr. Gesamtsani.	50	Sachanlagen		400'000	300'000	-100'000	-25%	
Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen		100'000	100'000	0	0%	
Münchenstein, Gym. Erw., Pavillonproviso	50	Sachanlagen	1'885'749					
Mü'stein, Gym., TP 02.1 Erweiterung	50	Sachanlagen	107'749	710'000	480'000	-230'000	-32%	
Liestal, Ausbau Schiessstand Polizei	50	Sachanlagen	581'392					
Muttenz, Quartierplan SEK II Polyfeld	50	Sachanlagen		700'000	40'000	-660'000	-94%	
Total Investitionsausgaben			73'018'750	102'566'000	146'222'000	43'656'000	43%	
Total Investitionseinnahmen				-4'510'000	-14'610'000	-10'100'000	-224%	
Total Nettoinvestitionen			73'018'750	98'056'000	131'612'000	33'556'000	34%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	104.1	113.0	109.1	-3.9	-3.5%

Die Abweichungen in Höhe von -2.6 Stellen gründen auf eine reorganisatorische Massnahme innerhalb der Direktion zum Productcenter GSK/2300 und in Höhe von 1.3 Stellen auf weitere Optimierungsmassnahmen.

Jahresprogramm

2304.001 Flächenmanagement

Auf der Basis der erarbeiteten Grundlagen zur Optimierung des Verwaltungsstandorts Liestal hat der Regierungsrat den Auftrag für die Ausarbeitung einer Projektierungsvorlage für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes im Kreuzboden erteilt (Etappe 1). Im Zusammenhang mit dem notwendig werdenden Erwerb von Land oder Rechten, aber auch aus städtebaulichen Überlegungen, wurde nochmals die Standortfrage aufgeworfen. Nebst der Standortfrage stellen sich auch immobilienwirtschaftliche Fragen, wie die Gegenüberstellung eines durch den Kanton zu erstellenden und zu finanzierenden Neubaus zu einer gemeinsamen Entwicklung eines Verwaltungsneubaus mit Dritten. Gemeinsam mit den SBB wird die Einmietung in einem seitens SBB neu zu erstellenden Empfangsgebäude am Bahnhof SBB geprüft. Die Absicht wurde mittels eines Letter of Intent zwischen Regierung und SBB festgehalten. Etappe 2 Sanierung des Verwaltungsgebäudes Rheinstrasse 29, erfolgt nach der Realisierung des Verwaltungsneubaus. Etappe 3 Neubau Kantonsgericht wurde zeitlich verschoben.

2304.002 Landratsvorlagen/ Verpflichtungskredite

Die Schwerpunkte für das Jahr 2015/16 bilden zahlreiche Investitionsvorhaben von notwendigen Infrastrukturen im Bereich Bildung konkret für die neu übernommenen Sekundarschulbauten, die Schulbauten der Sekundarstufe II sowie für die FHNW in Muttenz. Ende 2015 wird voraussichtlich ebenfalls die Baukreditvorlage für das Sammlungszentrum Römerstadt vorliegen.

2304.003 Unterhaltsmassnahmenpläne

Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird laufend aktualisiert und systematisch optimiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt bilden auch 2016 der Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen für die Liegenschaften.

2304.004 Unterhaltsstandards

Auf der Basis einer formulierten Immobilien- und Objektstrategie werden übergeordnete Unterhaltsrichtlinien und objektbezogene Unterhaltsstandards mit kurz- bis langfristigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen abgeleitet.

2304.005 Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen

Basierend auf der Immobilienstrategie des Hochbauamtes wurden sämtliche Liegenschaften im Verwaltungsvermögen abgeleitet von der Objektstrategie mit den Unterhaltsstandards (vgl. 2304.004 Unterhaltsstandards) in vier Kategorien bewertet. Die notwendigen Ressourcen für einen optimalen Werterhalt der Liegenschaften werden nach Priorität definiert und eingesetzt. Auf Grund der finanziellen Situation des Kantons wurden im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 in diesem Leistungsteil Kürzungen vorgenommen. Sollten die Finanzmittel für den Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen über eine längere Zeit zurückgebunden werden, kann die Werterhaltung nicht mehr vollumfänglich sichergestellt werden.

2304.006 Wirtschaftsoffensive und Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik BL

Für die aktive Mitwirkung der Bodenpolitik an der Wirtschaftsoffensive ist neben der Veräusserung von bereits vorhandenen Grundstücken, insbesondere der Ankauf von Grundstücken notwendig. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Arealentwicklung und damit den strategischen Ankauf und Verkauf von Grundstücken gerichtet. Hierbei findet eine enge Zusammenarbeit des Hochbauamtes mit dem Amt für Raumplanung statt. Grundstücke für Infrastrukturbauwerke (Hoch- und Tiefbau) werden vorausschauend beschafft.

Bereich Umwelt und Energie

Der Bereich Umwelt und Energie umfasst die Dienststellen Sicherheitsinspektorat (SIT), Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und Amt für Umweltschutz und Energie (AUE).

Folgende Aufgaben werden im Bereich wahrgenommen:

- Vollzug der massgebenden Gesetzgebung im Bereich Umweltschutz und Energie, so z. B. Umweltschutzgesetz (USG), Gewässerschutzgesetz (GSchG), Energiegesetz (EnG), Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG), Wasserrechtsgesetz (WRG), eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltebestimmungen, Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), Störfallverordnung (StFV), Einschliessungsverordnung (ESV), Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) sowie der Schutz vor übermässigen Lichtemissionen.
- Überwachung der Umsetzung der Gesetzgebung und Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Umweltschutz, Luftqualität, technische Risiken und Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik. Kontinuierliche und flächendeckende Überwachung der Luftqualität. Für Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.
- Beurteilung im Bewilligungsverfahren von Bauten und Anlagen sowie Kontrolle der Auflageneinhaltung.

Die Leistungsaufträge im Bereich entsprechen weitestgehend dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel; damit sollen bis 2016 prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Katasters der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz und Pratteln wird fortgeführt.
2. Wasser: Umsetzung der Wasserstrategie des Regierungsrates.
3. Energie und Klimaschutz: Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes von 1991.
4. Luft: Kontinuierliche und flächendeckende Überwachung der Luftqualität. Umsetzung und Nachführung des Luftreinhalteplans beider Basel. Einhaltung der Immissionsgrenzwerte nach NIS Verordnung.
5. Vollzug: Die Vollzugsinstrumente werden im Sinne eines wirkungsorientierten Umweltschutzes weiterentwickelt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'320'082	8'900'830	8'451'709	-449'121	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'672'099	4'358'200	3'418'493	-939'707	-22%
34 Finanzaufwand	347	100		-100	-100%
36 Transferaufwand	4'003'245	3'824'400	3'876'000	51'600	1%
37 Durchlaufende Beiträge	9'517'897	6'784'000	3'686'000	-3'098'000	-46%
41 Regalien und Konzessionen	-6'502'160	-6'604'000	-6'824'000	-220'000	-3%
42 Entgelte	-657'263	-754'600	-679'100	75'500	10%
44 Finanzertrag	-3				
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'480'500	-1'300'500	-1'300'500	0	0%
46 Transferertrag	-2'181'020	-2'287'116	-2'100'694	186'422	8%
47 Durchlaufende Beiträge	-9'517'897	-6'784'000	-3'686'000	3'098'000	46%
Total Aufwand	25'513'670	23'867'530	19'432'202	-4'435'328	-19%
Total Ertrag	-20'338'842	-17'730'216	-14'590'294	3'139'922	18%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	5'174'828	6'137'314	4'841'908	-1'295'406	-21%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	52.4	58.0	57.2	-0.8	-1.4%

2305 Amt für Umweltschutz und Energie

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) ist die zentrale Anlaufstelle für Umwelt- und Energiefragen. Das AUE vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Verordnungen in den Bereichen Umweltschutz und Energie. In diesen Bereichen sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Katasters der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)
2. Integrale Wasserstrategie: Die Wasserstrategie (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)
3. Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2012 zeigt Wege auf, wie der Kanton in seiner Energiepolitik auf aktuelle Herausforderungen reagieren und die Energieversorgung in den nächsten 20 Jahren - im Einklang mit der „Energiestrategie 2050“ des Bundes - nachhaltiger, sicherer und wirtschaftlicher organisieren kann. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'399'065	4'759'129	4'590'513	-168'616	-4%	
304	Zulagen	63'288	65'131	58'554	-6'577	-10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	905'084	978'871	929'137	-49'735	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	19'354	30'000	30'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	20'835	37'000	32'500	-4'500	-12%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	28'925	30'000	21'000	-9'000	-30%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	167'637	200'000	191'500	-8'500	-4%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'516'499	1'920'100	1'612'850	-307'250	-16%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	18'341	20'000	18'000	-2'000	-10%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	25'583	30'000	26'000	-4'000	-13%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	66'570	103'000	82'122	-20'878	-20%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'804	5'000	3'000	-2'000	-40%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	371'013	227'000	209'000	-18'000	-8%	
341	Realisierte Kursverluste	3					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten		100		-100	-100%	
370	Durchlaufende Beiträge	9'517'897	6'784'000	3'686'000	-3'098'000	-46%	3
412	Konzessionen	-6'502'160	-6'604'000	-6'824'000	-220'000	-3%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-94'230	-51'600	-64'100	-12'500	-24%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-45'247	-36'000	-42'000	-6'000	-17%	
426	Rückerstattungen	-99'854	-180'000	-180'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-3					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'480'500	-1'300'500	-1'300'500	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-9'517'897	-6'784'000	-3'686'000	3'098'000	46%	3
	Total Aufwand	17'117'290	15'189'331	11'490'176	-3'699'155	-24%	
	Total Ertrag	-17'739'891	-14'956'100	-12'096'600	2'859'500	19%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-622'601	233'231	-606'424	-839'655	-360%	

BUD

1 Diese Budgetminderungen resultieren aus den Strategiemassnahmen der Regierung, in den Kostenartengruppen 310, 311, 314, 315 und 343 gegenüber dem Budget 2015, 10 % zu reduzieren.

- 2 Einschränkung der Kosten aufgrund von Strategiemassnahmen der Regierung.
- 3 Als Basis - und in Abhängigkeit der kantonalen Förderbeiträge für Energiemassnahmen - wird der Durchschnittswert der ausbezahlten Globalbeiträge der vergangenen 5 Jahre (2010 -2014) verwendet. Der Kanton Basel-Landschaft trifft vorausschauend Annahmen, welche durch den Bund auf fünf Jahre zurück überprüft und im folgenden Budget jeweils angepasst werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Energie	360	Ertragsanteile an Dritte	25'182	25'000	25'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'933'873	3'759'000	3'756'000	-3'000	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-183'225	-250'000	-200'000	50'000	20%	1
Abwasser	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	28'975	25'000	70'000	45'000	180%	
Gewässer	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	15'215	15'400	25'000	9'600	62%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-248'331	-280'000	-250'000	30'000	11%	
1.4 Gewässerschutz Oberflächengewässer	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-9'246	-40'000		40'000	100%	
Total Transferaufwand			4'003'245	3'824'400	3'876'000	51'600	1%	
Total Transferertrag			-440'802	-570'000	-450'000	120'000	21%	
Transfers (Netto)			3'562'443	3'254'400	3'426'000	171'600	5%	

- 1 Anpassung der Pauschale für die Bearbeitung der Gesuche aus dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	888'122	1'017'000	760'000	-257'000	-25%	
	36	Transferaufwand	3'677'930	3'623'000	3'620'000	-3'000	0%	
	46	Transferertrag	-183'225	-250'000	-200'000	50'000	20%	1
		Total	4'382'827	4'390'000	4'180'000	-210'000	-5%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			4'566'052	4'640'000	4'380'000	-260'000	-6%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-183'225	-250'000	-200'000	50'000	20%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			4'382'827	4'390'000	4'180'000	-210'000	-5%	

- 1 Anpassung der Pauschale für die Bearbeitung der Gesuche aus dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	33.7	37.8	37.0	-0.8	-2.1%

Die Abweichung in Höhe von -0.8 Stellen gründet im Nachgang zum Projekt NOP auf eine reorganisatorische Massnahme innerhalb der Direktion zum Productcenter GSK/2300.

Jahresprogramm

2305.003 Das gemeinsame Projekt Baselland/Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs EAWAG «Wasserversorgung BL 21» wird in der Periode 2013-2016 umgesetzt

In den Themenbereichen Wasserversorgung, Spurenstoffe, Trinkwasseraufbereitung, Mikrobiologie, Wasserversorgung und Kommunikation werden in Modellregionen vertiefte Analysen zu prioritären Herausforderungen der Wasserversorgung in Basel-Landschaft erarbeitet. Die methodischen Ansätze sowie die konzeptionellen Erkenntnisse lassen sich auf die restlichen Grundwasservorkommen und Wasserversorgungen im Kanton Basel-Landschaft übertragen.

2305.004 Die vom Regierungsrat 2012 verabschiedete Wasserstrategie wird ab 2013 umgesetzt

Die Wasserstrategie beinhaltet Leitsätze und Indikatoren für eine ganzheitliche Wasserwirtschaft im Kanton Basel-Landschaft. Bei der Planung der kantonalen Vollzugsaufgaben dient die Wasserstrategie als Referenz- und Koordinationsinstrument.

2305.005 Das kantonale Energiegesetz wird teilrevidiert

Direktionsziel «Nachhaltiger Umgang mit Energie». Aufgrund der geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere dem beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie und der neuen Stromgesetzgebung, wird das kantonale Energiegesetz überprüft und angepasst.

2305.006 Reduktion von CO₂ Emissionen (BUD 10)

Im Rahmen der Reduktion von CO₂ Emissionen wurde das Energieförderprogramm ins Leben gerufen.

2305.007 Umsetzung des Massnahmeplans zur Abfall- und Ressourcenwirtschaft ab 2016 für den Kanton Basel-Landschaft

Direktionsziel «Schutz der natürlichen Umwelt». Die heutigen Abfälle sind die Rohstoffe der Zukunft. Ein Massnahmenplan zeigt die Möglichkeiten auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft auf. Er wird ab 2016 gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt sukzessive umgesetzt.

2311 Lufthygieneamt beider Basel

Auftrag und Zielsetzungen

Das eidgenössische Umweltschutzgesetz verlangt den Schutz von Mensch und Umwelt vor schädlichen und lästigen Luftverunreinigungen und Strahlung (z. B. durch Antennen, Licht). Das Lufthygieneamt (LHA) ist in BL und BS verantwortlich für den Vollzug der Gesetzgebung in der Luftreinhaltung, bei nichtionisierender Strahlung (NIS) und bei Lichtimmissionen.

Die Luftqualität wird kontinuierlich und flächendeckend überwacht. Bei Überschreitung der Immissionsgrenzwerte wird der Luftreinhalteplan nachgeführt und umgesetzt.

Die Einhaltung der Grenzwerte für industrielle und gewerbliche Anlagen wird bei Neuanlagen im Rahmen der Bewilligung geprüft und anschliessend periodisch gemessen und kontrolliert. Bei Nichteinhaltung werden Sanierungen veranlasst.

Im Bereich NIS wird die Einhaltung der Grenzwerte sichergestellt; im Bewilligungsverfahren für Neuanlagen und nach Inbetriebnahme durch Kontrollen und Messungen.

Für den Schutz vor Lichtimmissionen werden bis 2017 Grundlagen nach Vorgabe des Bundes - und parlamentarischer Aufträge in BL und BS – erarbeitet.

Insgesamt sind diese Aufgaben dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel, insbes. dem Legislaturziel R-NK-2 «Lebenswichtige Ressourcen werden geschont» zuzuordnen; sie werden anhand des Zielindikators NK-4 «Luftqualität» und den Berichtsindikatoren NK-11, NK-12, NK-13 «Emissionszielwerte gemäss Luftreinhalteplan» gemessen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'826'425	1'902'244	1'759'536	-142'707	-8%	
304	Zulagen	30'918	27'847	25'776	-2'070	-7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	362'229	395'050	365'698	-29'352	-7%	
309	Übriger Personalaufwand	9'942	8'000	7'000	-1'000	-13%	
310	Material- und Warenaufwand	87'305	104'000	93'500	-10'500	-10%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	108'275	76'000	68'000	-8'000	-11%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	6'416	7'700	7'700	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	174'995	56'000	95'625	39'625	71%	1,2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	131'548	124'000	111'000	-13'000	-10%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	6'203	8'000	6'500	-1'500	-19%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	31'194	25'000	24'196	-804	-3%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'780					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'530	4'200	2'000	-2'200	-52%	
341	Realisierte Kursverluste	350					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-375'419	-457'000	-358'000	99'000	22%	3
	Total Aufwand	2'779'110	2'738'040	2'566'532	-171'509	-6%	
	Total Ertrag	-375'419	-457'000	-358'000	99'000	22%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'403'691	2'281'040	2'208'532	-72'509	-3%	

- 1 Für Aufträge an Dritte im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Lindansanierung der ARA STEIH, Huningue, wird ein Mehraufwand von ca. CHF 80'000 budgetiert. Dieser Aufwand wird in Rechnung gestellt und hat Gebühreneinnahmen in demselben Umfang (Kontengruppe 421) zur Folge.
- 2 Die Reduktion der Kostenart 313 ist unter anderem auf die Strategiemassnahmen der Regierung (RRB 1215 vom 7. Juli 2015) zurückzuführen.
- 3 Der Regierungsrat hat 2014 die Massnahme des EP12/15 «Gebühren für den kantonalen Aufwand im Zusammenhang mit der Oel-, Gasfeuerungskontrolle der Gemeinden» über CHF 150'000.– mittels Regierungsratsbeschluss definitiv zurückgezogen. Demzufolge werden die Einnahmen nicht mehr budgetiert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge SO an Leistungen LHA	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-17'261	-25'000	-20'000	5'000	20%	
Luftmessungen/Vollzug Lenkungsabgabe VOC	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-607'370	-457'500	-556'000	-98'500	-22%	1,2
Betriebskostenanteil BS Lufthygieneamt	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'115'587	-1'164'616	-1'074'694	89'922	8%	3
IG VOCV Artikel 9	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-70'000		70'000	100%	1,2
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-1'740'217	-1'717'116	-1'650'694	66'422	4%	
Transfers (Netto)			-1'740'217	-1'717'116	-1'650'694	66'422	4%	

- 1 Die Rückerstattung des Bundes für den Vollzug der VOCV (Bundesverordnung über die Lenkungsabgabe auf VOC = flüchtige organische Verbindungen) wurde mit Revision der Verordnung neu geregelt. Für den Vollzug der VOCV in BL und BS werden ab 1.1.2015 gesamthaft CHF 279'000.– statt wie bisher CHF 180'000 zurückerstattet. Die Rückerstattung in der Übergangszeit (2013 bis 2014) für den Vollzug von Art.9 VOCV (mit CHF 70'000.– budgetiert) wurde aufgehoben.
- 2 Die Rückerstattung des Bundes für den Vollzug von Art. 9 VOCV wurde per 1.1.2015 aufgehoben. Sie wurde für 2014 bis 2015 mit CHF 70'000.– budgetiert.
- 3 Der Betriebskostenanteil von BS ergibt aus dem paritätischen Kostenteiler gemäss Vereinbarung über das Lufthygieneamt beider Basel. Änderungen im Aufwand und Ertrag, die sich auf beide Kantone beziehen, schlagen sich hälftig auf die Rückerstattung aus BS nieder.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.2	15.7	15.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2311.022 Vollzug der Luftreinhalteverordnung bei kleinen Holzfeuerungen

Die ursprünglich vorgesehene periodische Holzfeuerungskontrolle bei kleinen Holzfeuerungen (kleiner 70kW; entspricht dem Wärmebedarf von 7 EFH) kam wegen Vorbehalten des Kaminfegermeisterverbandes BL nicht zustande; und eine Kontrolllösung ohne Unterstützung der Kaminfeger kommt aus Effizienzgründen nicht in Frage. Folgendes alternatives Vollzugsmodell soll nun umgesetzt werden: Information und Beratung der Anlagenbetreiber durch die Gemeinden und den Kanton. Spezifischer hoheitlicher Vollzug z. B. bei Reklamationen, Anfragen, Verdachtsfällen in der Zuständigkeit der Gemeinden und fachliche Unterstützung durch zugelassene Holzfeuerungsfachleute.

2311.023 Qualitätssicherung und Optimierung bei der Emissionsüberwachung

Zur Verbesserung der Qualität bei der Emissionsüberwachung wird das im 2015 zu erarbeitende QS-Konzept umgesetzt. Es ist (nach heutigem Kenntnisstand; April 2015) im gemeinsam mit dem Bund und Kantonen erarbeiteten Konzept vorgesehen, dass sich private und behördliche Messfachstellen in Anlehnung an ISO 17025 akkreditiert werden.

2311.024 Luftreinhalteplan 2016

Der Luftreinhalteplan 2016 (LRP), als Nachführung des LRP 2010, wird abgeschlossen und den Regierungen BL und BS zur Beschlussfassung vorgelegt. Er enthält eine Standortbestimmung zur Umsetzung der bisherigen Massnahmen, die Nachführung des Emissionskatasters und der Mehrjahres-Immissionskarten, den allfälligen Handlungsbedarf und, abhängig davon, allfällig notwendige neue Massnahmen.

2312 Sicherheitsinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Im Vollzug der Störfallverordnung (StFV), der Einschliessungsverordnung (ESV), der Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) ist das Sicherheitsinspektorat für Bevölkerung, Industrie- und Gewerbebetriebe, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsstellen und Ereignisdienste von Gemeinden, Kantonen und dem Bund kompetente Ansprechstelle.

Das Sicherheitsinspektorat führt eine umfassende Übersicht über die Gefahren und Risiken, die von chemischen und biologischen Stoffen ausgehen. Es überwacht die Umsetzung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich ihrer technischen Risiken und die Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik.

Die Tätigkeit des Sicherheitsinspektorats orientiert sich am Leitsatz: Keine Lebensgefährdung und kein bleibender Schaden für Mensch und Umwelt.

Es setzt sich kompetent dafür ein, dass Risiken verantwortungsbewusst erkannt, beurteilt und optimiert werden. Dabei berücksichtigt es die ökologischen und die ökonomischen Folgen. Es fördert die Sicherheitskultur und den Risikodialog in unserem Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'520	6'540	4'500	-2'040	-31%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	551'575	574'078	550'636	-23'442	-4%	
304	Zulagen	14'303	16'176	10'279	-5'897	-36%	
305	Arbeitgeberbeiträge	126'256	122'765	114'080	-8'686	-7%	
309	Übriger Personalaufwand	9'123	15'000	6'000	-9'000	-60%	
310	Material- und Warenaufwand	11'710	21'000	19'400	-1'600	-8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	247	1'000	900	-100	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare		330'100	22'600	-307'500	-93%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'059	12'000	11'000	-1'000	-8%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	116	100	100	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-6					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-41'073	-30'000	-35'000	-5'000	-17%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-1'440					
	Total Aufwand	725'903	1'098'759	739'494	-359'265	-33%	
	Total Ertrag	-42'513	-30'000	-35'000	-5'000	-17%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	683'391	1'068'759	704'494	-364'265	-34%	

- 1 Gemäss LRB Nr. 2427 vom 11. Dezember 2014 wurde dem Sicherheitsinspektorat einmalig für das Budget 2015 ein Betrag von CHF 300'000.– CHF für die Neobiotabekämpfung bewilligt. Dieser Betrag entfällt im Budget 2016.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.5	4.5	4.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2312.001 Umfassender Risikokataster chemischer und biologischer Risiken

Natur und Klimawandel: Das Schadenpotenzial durch Naturgefahren und Störfällen wird durch eine effiziente Prävention minimiert. Weiterführung der laufenden Arbeiten zur Zusammenführung und zeitgemässen Kommunikation der chemischen und biologischen Risiken im Kanton. Zusätzlich werden die aktuellen Risiken auf bestehenden Geoinformationssystemen dargestellt. Das ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Konflikten zwischen Raumplanung und Störfallrisiken und vereinfacht die Planungsprozesse. Somit können in einem Frühstadium der Planung erforderliche Massnahmen mit einbezogen werden. Das Risikokataster kann durch die Öffentlichkeit eingesehen werden. Im Rahmen der Umsetzung der Revision der Störfallverordnung 2015 werden die kantonalen Risikokataster harmonisiert.

2312.002 Bekämpfung invasiver Neobiota

Natur und Klimawandel: Nachhaltiger Erhalt der Erholungs- und Rückzugsräume. Biodiversität: Die gemäss RRB Nr. 877 vom 10. Juni 2014 und LRB Nr. 2501 vom 15. Januar 2015 genehmigte Strategie zum Vorgehen gegen ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota, wird im Rahmen der bewilligten Mittel umgesetzt. Mit der konsequenten Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung der invasiven Neobiota, koordiniert durch das Sicherheitsinspektorat und unterstützt durch die Fachgruppe Neobiota, wird ein grundlegender Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt geleistet.

Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung

Der Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung umfasst das Amt für Raumplanung und das Bauinspektorat. Mit den Tätigkeitsbereichen Baubewilligungsverfahren, Raumplanung und Denkmalpflege sowie Lärmschutz garantiert der Bereich die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie in beiden Amtsstellen und koordiniert deren Arbeiten.

Ein wichtiges Ziel ist die Sicherung und Förderung der Standortqualität des Kantons. Gezielte raumplanerische Massnahmen im Verbund mit einem modernen, kundenfreundlichen und speditiven Baubewilligungsverfahren sollen dazu beitragen, dass die Attraktivität des Kantons sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung erhalten werden kann. Mit einer gezielten Arealentwicklungsstrategie, einer angepassten Organisation und der Vereinfachung der administrativen Abläufe im Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung sollen im Jahr 2016 prioritär folgende Ziele erreicht werden:

1. Revision des kantonalen Richtplanes auf der Basis des revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetzes. (RP2012-2015: R-IW-1, BUD-IW-1, BUD-IW-2/BUD1)
2. Entwicklung und Umsetzung der Arealstrategie als Teil der Wirtschaftsoffensive. (RP2012-2015: R-IW-1, BUD-IW-2, VGD-IW-3)
3. Einführung und Weiterentwicklung einer online-Plattform für das elektronische Baubewilligungswesen als wichtiger Baustein der kantonalen eGovernment-Strategie zur Vereinfachung der administrativen Abläufe, was als positiver Standortfaktor für Wirtschaft und Bevölkerung zählt. (RP2012-2015: R-IW-2, VGD-IW-4, BUD-IW-3)
4. Verbesserung der Bearbeitungsmethoden und Anpassung der Prozesse im Baubewilligungsverfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der "E-Government-Strategie Schweiz" des Bundes. (RP2012-2015: R-SH-3, BUD30)

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'794'600	7'836'523	7'466'580	-369'943	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'054'539	1'372'430	891'642	-480'788	-35%
34 Finanzaufwand	1'656	700	500	-200	-29%
36 Transferaufwand	11'540'118	2'349'508	1'880'000	-469'508	-20%
37 Durchlaufende Beiträge	289'105	100'000	100'000	0	0%
42 Entgelte	-4'656'820	-6'322'615	-4'871'850	1'450'765	23%
44 Finanzertrag	-12	-200	-12	188	94%
46 Transferertrag	-8'503'662	-10'837	-62'500	-51'663	-477%
47 Durchlaufende Beiträge	-289'105	-100'000	-100'000	0	0%
Total Aufwand	22'680'018	11'659'161	10'338'722	-1'320'439	-11%
Total Ertrag	-13'449'599	-6'433'652	-5'034'362	1'399'290	22%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	9'230'419	5'225'509	5'304'360	78'851	2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	55.1	50.3	50.2	-0.1	-0.2%

2307 Amt für Raumplanung

Auftrag und Zielsetzungen

Grosse Lebensqualität, attraktive Landschaften, hervorragende Standortgunst sind zentrale Anliegen. Raumplanung ist bewahrende und gestaltende Auseinandersetzung mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Geschehen im Raum.

Mit der Raumplanung wird dem Finanz- und Sachbezug des staatlichen Handelns auch der Raumbezug beigelegt. Das ARP erstellt in Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen Entscheidungsgrundlagen für die Regierung zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft. Die Richtplanung ist das Instrument für die Koordination aller raumwirksamen und abzustimmenden Tätigkeiten quer über die fachlichen und politischen Grenzen hinweg. Der Richtplan ist eines der Führungsinstrumente des Regierungsrates. Das zielorientierte Prüfen der räumlichen Planung der Gemeinden vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Raumentwicklung ist eine Hoheitsaufgabe. Dazu gehören Erstellen der Genehmigungsanträge an die Regierung und Beraten der Gemeinden bei ihren räumlichen Aufgaben.

Damit erbringt das Amt wichtige Leistungen zur Verbesserung der Standortgunst des Kantons und der Region – insbesondere durch laufende Erhöhung der Qualität des Siedlungs- und des Landschaftsraumes und der Erschliessung für eine lebenswerte Region.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'360	6'540	-23'640	-30'180	-461%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'712'574	2'637'881	2'478'181	-159'699	-6%	
304	Zulagen	30'324	35'262	26'092	-9'170	-26%	
305	Arbeitgeberbeiträge	628'473	564'170	520'700	-43'469	-8%	
309	Übriger Personalaufwand	11'313	16'800	12'700	-4'100	-24%	
310	Material- und Warenaufwand	32'141	133'230	64'405	-68'825	-52%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	27'225	42'000	37'100	-4'900	-12%	
313	Dienstleistungen und Honorare	398'386	330'000	236'200	-93'800	-28%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	64'971	60'000	60'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'401					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	50'042	73'500	40'695	-32'805	-45%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	19					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'245	600	600	0	0%	
340	Zinsaufwand	1'141					
341	Realisierte Kursverluste	43					
370	Durchlaufende Beiträge	14'365					
425	Erlös aus Verkäufen	-118					
470	Durchlaufende Beiträge	-14'365					
	Total Aufwand	3'988'020	3'899'983	3'453'034	-446'949	-11%	
	Total Ertrag	-14'483					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'973'537	3'899'983	3'453'034	-446'949	-11%	

- 1 Aufgrund der zeitlichen Verschiebung von wichtigen Druckaufträgen in der Richtplanung ins Jahr 2017 und den Entlastungsvorgaben von Direktion und Regierung wurden die Auslagen für Publikationen und Drucksachen 2016 auf ein Minimum reduziert.
- 2 Die Reduktion der Kostenart 313 ist unter anderem auf die Strategiemassnahmen der Regierung (RRB 1215 vom 7. Juli 2015) zurückzuführen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Lärmessungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-14'223	-10'000	-20'000	-10'000	-100%	
Plangenehmigung Bund	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-10'000	-10'000		X
Beitrag Kt. BS an Regionalplanungsstelle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-16'500		-22'500	-22'500		X
Rückerstattungen Kantone Aggloprogramm	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-230'609					
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-261'332	-10'000	-52'500	-42'500	-425%	
Transfers (Netto)			-261'332	-10'000	-52'500	-42'500	-425%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	57'451	383'000	219'000	-164'000	-43%	1
VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	28'790	30'000	30'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			86'242	413'000	249'000	-164'000	-40%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			86'242	413'000	249'000	-164'000	-40%	

- 1 Aufgrund der Verzögerungen im politischen Prozess der Gemeinde Pratteln kann der Einwohnerrat voraussichtlich erst gegen Ende 2015 über die neue Zonenordnung in Salina Raurica beschliessen. Auf die ursprünglich vorgesehene Testplanung wird verzichtet, weil aufgrund der Ausbauplanungen der ARA dafür nicht ausreichend Areal zur Verfügung steht. Stattdessen werden Gemeinde und Kanton gemeinsam einen Nutzungsplan erarbeiten. 2016 werden deshalb für die Umsetzung der Gebietsplanung deutlich weniger Mittel benötigt als ursprünglich budgetiert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.7	19.1	19.1	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2307.011 Kantonaler Richtplan

Nebst der Umsetzung als Daueraufgabe muss der kantonale Richtplan als Folge der vom Volk angenommenen RPG-Revision angepasst werden. Dies betrifft die Integration des Raumkonzepts in den Kantonalen Richtplan, aber auch die Festsetzung siedlungslenkender Massnahmen mit Blick auf die Entwicklung nach innen und die Bauzonengrösse. Gleichzeitig sind die räumlichen Aspekte der Wirtschaftsoffensive in den Richtplan zu integrieren und mit anderen Massnahmen abzustimmen. Zudem ist zu prüfen, ob allenfalls eine Teilrevision des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes notwendig wird. Schliesslich werden die ersten «Prototypen» der kantonalen Nutzungspläne zur Ausscheidung des Gewässerraums gemäss Gewässerschutzgesetzgebung und teilrevidiertes Raumplanungs- und Baugesetz entwickelt werden.

2307.012 Raum- / Umweltbeobachtung

Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis der Raumbelastung sind periodisch erstellte Berichte (Entwicklung Lärmbelastung).

2307.013 Agglomerationsprogramm

Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms hat der Landrat im Jahr 2010 der Schaffung einer Trägerschaft und der Einrichtung einer Geschäftsstelle im Amt zugestimmt. Seit 1. Juli 2014 ist das Agglomerationsprogramm als ein selbstständiger Verein; administrativ bleibt er dem Amt für Raumplanung unterstellt.

2307.014 Salina Raurica

Nach Genehmigung des Richtplanes durch den Bundesrat im September 2010 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen und der Nutzungsplanungen in den Gemeinden auf Hochtouren. Die revidierten Zonenpläne von Augst und Pratteln werden Mitte 2015 auf der Basis des Richtplanes genehmigungsreif. Die Verlegung der Kantonsstrasse hat im 3. Quartal des Jahres 2014 die Stufe 'Bauprojekt' erreicht.

2307.016 Lärmsanierung Gemeindestrassen

Ca. 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Dazu werden Messungen des Strassenbelages und Kalibrationsmessungen zur Überprüfung des Rechenmodells vorgenommen. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis zum Ablauf der gesetzlichen Fristen im Jahre 2018. Genehmigung und Erwirken der Verfügungen durch ARP als kantonale Vollzugsbehörde.

2307.017 Lärmsanierung Kantonsstrassen

Auf Grundlage des Lärm-Immissionskatasters des ARP werden zusammen mit dem Tiefbauamt die notwendigen Lärmsanierungsprojekte erarbeitet. Dazu werden Messungen des Strassenbelages und Kalibrationsmessungen zur Überprüfung des Rechenmodells vorgenommen. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis zum Ablauf der gesetzlichen Fristen im 2018. Genehmigung und Erwirken der Verfügungen durch ARP als kantonale Vollzugsbehörde.

2307.018 Wirtschaftsoffensive, Teilprojekt Arealentwicklung

Die Arealdatenbank der Wirtschaftsoffensive wird laufend auf dem aktuellen Stand gehalten. Daneben engagiert sich das Amt bei der konkreten Umsetzung einzelner Fokus-Areale etwa im Dreispitz, in Birsfelden oder entlang der Ergolzachse.

2307.019 Projekt «3D-Visualisierung»

In Zusammenarbeit mit der GIS-Fachstelle des Amtes für Geoinformation werden in diesem Projekt die Grundlagen geschaffen, Geoinformationen auch in der dritten Dimension zu erfassen, zu verwalten und darzustellen. Ziel ist es unter anderem die Gebäude kantonsweit in LoD2-Qualität (Gebäudekubus plus Dachform) zur Verfügung zu stellen.

2308 Kantonale Denkmalpflege

Auftrag und Zielsetzungen

Ortsbilder, Bauern- und Bürgerhäuser, Kirchen und Pfarrhäuser sowie weitere historisch und architektonisch bedeutende Objekte aller Epochen tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. Sie wirken identitätsstiftend und vermitteln Heimat.

Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich zusammen mit den Gemeinden für den Schutz von historischen Zeugen als Bestandteil des kulturellen Erbes ein und fördert fachgerechte Pflege sowie Erforschung. Sie begleitet Bau-, Sanierungs-, Renovations- und Planungsvorhaben, kann dafür Kantonsbeiträge beantragen und erarbeitet die Grundlagen dazu, wie Inventare, Dokumentationen und Wegleitungen.

Die Ortsbildpflege fördert Schutz und Pflege der historischen Siedlungskerne von nationaler und regionaler Bedeutung und trägt damit zur qualitativen Entwicklung des örtlichen Erscheinungsbildes bei.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	15'111	12'996	15'111	2'115	16%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	489'268	494'213	496'869	2'656	1%	
304	Zulagen	11'071	11'253	10'674	-578	-5%	
305	Arbeitgeberbeiträge	96'848	112'941	110'826	-2'116	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	690	800	1'000	200	25%	
310	Material- und Warenaufwand	71'486	57'000	16'000	-41'000	-72%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		500		-500	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	25'728	12'000	22'000	10'000	83%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	7'196		8'000	8'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'950	13'000	7'992	-5'008	-39%	
370	Durchlaufende Beiträge	260'000	100'000	100'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	170					
470	Durchlaufende Beiträge	-260'000	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	986'349	814'703	788'472	-26'231	-3%	
	Total Ertrag	-259'830	-100'000	-100'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	726'519	714'703	688'472	-26'231	-4%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Subventionen Kulturdenkmäler	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-313'302					
VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	313'245	300'000		-300'000	-100%	1
VK Subvention Kulturdenkmäler 2016-2019	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			300'000	300'000	X1	
Total Transferaufwand			-57	300'000	300'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			-57	300'000	300'000	0	0%	

- 1 Der Verpflichtungskredit 2014-2015 läuft Ende 2015 aus, der entsprechende Innenauftrag (501279) wird geschlossen. Mit dem neu zu sprechenden Verpflichtungskredit 2016-2019 wird ein neuer Innenauftrag (501481) eröffnet.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Subvention Kulturdenkmäler 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'485					
	36	Transferaufwand	-313'302					
		Total	-311'817					
VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	18'359	60'000		-60'000	-100%	1
	36	Transferaufwand	313'245	300'000		-300'000	-100%	1
		Total	331'604	360'000		-360'000	-100%	
VK Subvention Kulturdenkmäler 2016-2019	36	Transferaufwand			300'000	300'000		X 2
Total Verpflichtungskredite Aufwand			19'787	360'000	300'000	-60'000	-17%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			19'787	360'000	300'000	-60'000	-17%	

- 1 Der Verpflichtungskredit 2014-2015 läuft Ende 2015 aus, der Innenauftrag wird abgerechnet und geschlossen.
- 2 Mit dem neu zu sprechenden Verpflichtungskredit 2016 -2019 wird ein neuer Innenauftrag eröffnet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.6	3.6	3.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2308.001 Unterschutzstellung von historischen Zeugen

Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.

2308.002 Publikation Kunstdenkmäler der Schweiz

Erarbeitung einer Projekt- und Finanzierungsplanung zur Erstellung des Manuskriptes zu Band V: Bezirk Laufen.

2309 Natur und Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Abteilung Natur und Landschaft wird gemäss Landratsbeschluss 2014-250 vom 11. Dezember 2014 per 1. Januar 2015 in das landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain (LZE) der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion integriert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	20'493					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	670'014					
304	Zulagen	13'365					
305	Arbeitgeberbeiträge	132'008					
309	Übriger Personalaufwand	300					
310	Material- und Warenaufwand	238					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	817					
313	Dienstleistungen und Honorare	94'374					
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	632'846					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'600					
370	Durchlaufende Beiträge	14'740					
470	Durchlaufende Beiträge	-14'740					
	Total Aufwand	1'589'794					
	Total Ertrag	-14'740					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'575'053					

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ökologischer Ausgleich	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'356'279					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'448'358					
Naturschutz im Wald	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'705'704					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-280'000					
Beiträge an diverse Naturschutzprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'980					
Bundesbeitrag Schutz/Unterhalt Biotope	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-513'972					
Total Transferaufwand			10'069'963					
Total Transferertrag			-8'242'330					
Transfers (Netto)			1'827'633					

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013	30	Personalaufwand	1					
VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	101'206					

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	36	Transferaufwand	1'705'704					
	46	Transferertrag	-280'000					
		Total	1'526'910					
VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17	30	Personalaufwand	71'305					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	267'380					
	36	Transferaufwand	8'356'279					
	46	Transferertrag	-7'448'358					
		Total	1'246'605					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			10'501'874					
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-7'728'358					
Total Verpflichtungskredite (netto)			2'773'516					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.4				

2310 Bauinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Das Bauinspektorat ist die zentrale Dienstleistungsstelle des Kantons Basel-Landschaft für die Belange des Baubewilligungsverfahrens, der Bauinspektion und des Baupolizeiwesens. Ausserdem ist das Bauinspektorat die Leit- und Koordinationsbehörde bei komplexen Bauvorhaben mit mehreren Bewilligungsverfahren. Die Kernbereiche des Auftrages des Bauinspektorats sind die Bearbeitung und Bewilligung der Gesuche für Bauten, bauliche Anlagen und Zweckänderungen über und unter der Erde unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsgrundlagen von Bund, Kanton und Gemeinden, die Behandlung von Einsprachen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens sowie der Entscheid über die UVP-Pflicht des Bauprojektes und Koordination dieses Prüfungsablaufes im Zusammenhang mit dem anschliessenden Baubewilligungsverfahren. Bei Gemeinden mit eigenem Baubewilligungswesen koordiniert das Bauinspektorat die Stellungnahmen kantonaler Amtsstellen und erstellt einen abschliessenden Prüfbericht an die Gemeinde. Als Baupolizei- und Bauaufsichtsbehörde erlässt das Bauinspektorat Verfügungen betreffend Entfernung oder Änderung vorschriftswidriger Gebäude, Gebäudeteile, Anlagen und Zweckänderungen. Bei schweren Unfällen auf den Baustellen unterstützt das Bauinspektorat die Untersuchungsbehörden bei den Ermittlungsarbeiten. Bereits im Vorfeld von Baugesuchsverfahren, bei Projektentwicklungen oder für allgemeine Auskünfte zum Baubewilligungswesen stehen die Mitarbeitenden des Bauinspektorats für die Beratung der Bauherrschaften und planenden Architekten zur Verfügung.

Das Bauinspektorat unterstützt mit Hilfe eines schnellen Baubewilligungsverfahrens den Kanton Basel-Landschaft in seinen Bemühungen, im Standortwettbewerb optimale Bedingungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen und für bereits ansässige Unternehmen zu schaffen (IW-9, R-IW1). Das Bauinspektorat gewährleistet mit einem kundenfreundlichen und schnellen Baubewilligungsverfahren eine hohe Rechts- und Planungssicherheit (BUD-IW-4). Die Einführung und Weiterentwicklung einer online-Plattform für die Eingabe von Baugesuchen trägt dazu bei, das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen (VGD-IW-2). Ein modernes und kundenfreundliches Baubewilligungsverfahren zählt als positiver Standortfaktor für Wirtschaft und Bevölkerung (BUD-IW-4). Mit der optimalen Koordination des Baubewilligungsverfahrens und der Sicherstellung eines effektiven Baupolizeiwesens im Rahmen der regierungsrätlichen Strategie werden die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden nach Effizienz und Effektivität staatlichen Handelns sichergestellt (R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'107'167	3'211'924	3'124'950	-86'974	-3%	
304	Zulagen	46'491	50'745	41'906	-8'838	-17%	
305	Arbeitgeberbeiträge	728'094	670'499	646'460	-24'039	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	3'331	10'500	4'750	-5'750	-55%	
310	Material- und Warenaufwand	10'494	26'400	15'600	-10'800	-41%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	7'336	3'500	3'150	-350	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	75'371	95'700	76'400	-19'300	-20%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	20'012	20'000	20'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'297	24'000	14'000	-10'000	-42%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	19'278	7'000	19'000	12'000	171%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'416	1'000	1'500	500	50%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	473	700	500	-200	-29%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'655'758	-6'312'415	-4'870'700	1'441'715	23%	1
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-38	-200	-100	100	50%	
425	Erlös aus Verkäufen	-56		-50	-50	X	
426	Rückerstattungen	-1'020	-10'000	-1'000	9'000	90%	
440	Zinsertrag	-12	-200	-12	188	94%	
	Total Aufwand	4'029'759	4'121'967	3'968'216	-153'751	-4%	
	Total Ertrag	-4'656'884	-6'322'815	-4'871'862	1'450'953	23%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-627'124	-2'200'848	-903'646	1'297'202	59%	

- 1 Die Prognosen für die zu erwartenden Einnahmen aus Baubewilligungsgebühren mussten trotz den im Jahr 2014 leicht nach oben angepassten Bewilligungsgebühren aufgrund der aktuell rückläufigen Trendmeldungen zu den Baugesuchszahlen auf das Niveau des Jahres 2014 korrigiert werden. Gegenüber dem Jahr 2014 wird mit einem realistischen Zuwachs von ca. CHF 200'000.– gerechnet.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gemeindeanteile an Bauvorhaben	360	Ertragsanteile an Dritte	1'470'212	2'025'308	1'570'000	-455'308	-22%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		24'200	10'000	-14'200	-59%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-837	-10'000	-9'163	<-1000%	
Total Transferaufwand			1'470'212	2'049'508	1'580'000	-469'508	-23%	
Total Transferertrag				-837	-10'000	-9'163	-1'095%	
Transfers (Netto)			1'470'212	2'048'671	1'570'000	-478'671	-23%	

- 1 Die Vergütung des Anteils an den Baubewilligungsgebühren an die Gemeinden beträgt gemäss dem gesetzlich verankerten Verteilschlüssel rund ein Drittel der Einnahmen. Eine Korrektur der erwarteten Gesamteinnahmen hat demgemäss auch eine Korrektur des Gemeindeanteils zur Folge.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.4	27.6	27.5	-0.1	-0.4%

Die Abweichung in Höhe von -0.1 Stellen gründet auf eine reorganisatorische Massnahme innerhalb der Direktion zum Productcenter GSK/2300.

Jahresprogramm

2310.001 Elektronisches Baubewilligungsverfahren und Dokumenten-/Plan-Scanning

Bereits im Jahr 2013 wurde mit der Entwicklung eines webbasierten Baubewilligungsverfahrens auf der Basis einer in anderen Kantonen bereits eingeführten Spezial-Software begonnen. Dieses wird die bestehende aber mittlerweile technologisch in die Jahre gekommene Fachapplikation ablösen und die Effizienz und Benutzerfreundlichkeit wesentlich steigern. Um die komplexen Abläufe des kantonalen Bewilligungs- und Koordinationssystems optimal abzubilden und die gewohnte Qualität der Bearbeitung beizubehalten, bedarf es weitreichender Anpassungen. Der ursprüngliche Zeitplan musste daher revidiert werden und die Einführung wird um ca. 1 Jahr verschoben. Als erster Meilenstein bei der Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens wird bis Ende 2016 die heute bestehende Baugesuchs-Software des Bauinspektorats durch ein neues webtaugliches System abgelöst sein. In einem weiteren Schritt werden 2017 die Arbeiten zur Einbindung der Gemeinden und Integration des GWR (Gebäude-Wohnungs-Register) in das neue System in Angriff genommen. Diese beiden Projektschritte bilden die Grundlage für die Realisierung der elektronischen Baubewilligungs-Plattform BL. Mit deren Einführung können die technologischen und sicherheitstechnischen Standards entsprechend der eidgenössischen Strategie «eGovernment Schweiz» erfüllt werden. Mit der Entwicklung der neuen Software-Lösung geht auch eine Überprüfung der internen Verfahrensabläufe einher, mit dem Ziel, auch auf organisatorischer Ebene eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahrensabläufe zu erwirken. Als Ergebnis dieser Massnahmen soll das Baubewilligungsverfahren gestrafft und gleichzeitig kundenfreundlicher abgewickelt werden können, was sich im Sinne der Bestrebungen der Wirtschaftsförderung positiv auf die Standortattraktivität des Kantons Basel-Landschaft auswirken würde.

2310.004 Einführung und Umsetzung der vereinheitlichten Baubegriffe (IVHB)

Das Bauinspektorat begleitet gemeinsam mit der Rechtsabteilung der Bau- und Umweltschutzdirektion die Umsetzung der Vorgaben des Interkantonalen Konkordats zur Vereinheitlichung der Baubegriffe (IVHB) gemäss Landratsbeschluss vom 22. Mai 2014 (2013-139) in das kantonale Recht und berät bei Bedarf die Gemeinden bei der Übernahme in das kommunale Zonenrecht.

Sicherheitsdirektion

SID

Beitrag zu strategischen Zielen

Die überwiegende Zahl der bedeutenden Vorhaben, welche die Sicherheitsdirektion für das Jahr 2016 plant, gehören zum strategischen Schwerpunktfeld „Zusammenleben in Baselland“. Deutlich weniger relevant für die Projekte der SID ist das strategische Schwerpunktfeld „Natur- und Klimawandel“, dem aber immerhin zwei relevante Vorhaben der SID, geplant für 2016, zugeordnet werden.

Die Kernaufgabe unserer Direktion ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4). In ihrer strategischen Ausrichtung zielt die Sicherheitsdirektion weiterhin darauf ab, die Verkehrssicherheit auf unseren Strassen und den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität jeder Form und jeden Inhalts auf einem möglichst hohen Niveau zu festigen und zu steigern. Ein Hauptthema in den vergangenen Jahren, nämlich die Einbruchskriminalität, beschäftigt die Bevölkerung nach wie vor. Die Zunahme der Einbrüche in unserem Kanton konnte 2014 gestoppt werden. In den Jahren 2015 und 2016 soll mit der richtigen Strategie erreicht werden, dass die Einbruchszahlen deutlich reduziert werden und die Aufklärungsquote bei den Einbruchdiebstählen auf ein Niveau über dem Landesdurchschnitt angehoben wird. Die erfreulichen Erfolge bei der Senkung Verkehrsunfälle mit Personenschäden dürfen nicht zum Stillstand bei den Anstrengungen um mehr Verkehrssicherheit auf unseren Strassen führen. Das strategische Ziel bei der Polizei Basel-Landschaft lautet, die Anzahl Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre um weitere 3 Prozent zu verringern.

Die Handlungen des Kantons haben eine integrierende Wirkung auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche, Frauen, Migrantinnen und Migranten (Legislaturziel R-Z-1). Die Sicherheitsdirektion will dieses Ziels mit verschiedenen strategischen Projekten möglichst stark und nachhaltig unterstützen: Im Bereich der Familien steht die Umsetzung des neuen Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB-Gesetz) an, sofern dieses zustande kommt. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bzw. der Kombination zwischen Erwerbstätigkeit und Familienzeit, stellt weiterhin eine strategische Zielsetzung dar (Direktionsziel SID-Z-1), die mit dem Ausbau des Angebots an preisgünstigen FEB-Angeboten entscheidend gefördert wird. Der Vollzug des neuen FEB-Gesetzes bietet eine grosse Chance, die Position des Kantons als familienfreundlichen Lebensstandort zu stärken und seine Attraktivität als Wohn- und Unternehmensstandort insgesamt zu steigern (Legislaturziel R-IW-1). Die Fortsetzung des Projekts „familienfreundliche KMU im Baselbiet“ soll dazu beitragen, dass im Kanton Basel-Landschaft möglichst viele Unternehmen ihren Mitarbeitenden Arbeitsbedingungen anbieten können, die für berufstätige Familienangehörige mit Betreuungsaufgaben attraktiv sind. Die Integration von Migrantinnen und Migranten in unserem Land bildet ein strategisches Schwerpunktziel des Bundesrats. Sie ist eine Verbundaufgabe, an der Bund, Kanton und Gemeinden in gemeinsamer Verantwortung partizipieren (Direktionsziel SID-Z-2). Das mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement abgeschlossene kantonale Integrationsprogramm definiert die integrationsfördernden Projekte, die durch den Bund massgeblich finanziert werden und seit anfangs 2014 umgesetzt werden. Im Zentrum steht die Kooperation mit den Gemeinden (Legislaturziel R-SH-2). Mit dem strategischen Projekt „Communis – gemeinsam mit den Gemeinden“, sollen Gemeinden mit einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil in ihrer Integrationsarbeit gestärkt werden. Das Projekt wurde 2014 gestartet und wird 2015 und 2016 mit weiteren Gemeinden fortgesetzt.

Die aktualisierte, den Bedürfnissen der Gegenwart und der Zukunft entsprechende Gesetzgebung ist eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau der Rechtssicherheit (Direktionsziel SID-Z-6). Bis 2016 wird die Vorlage für die Revision des Verwaltungsorganisationsgesetzes erarbeitet. Das strategische Hauptziel der Revision will dem Regierungsrat einen grösseren Spielraum für die Organisation der kantonalen Verwaltung verschaffen (Motion 2012-322; Strategisches Schwerpunktfeld „Effizientes und effektives staatliches Handeln“).

Im Strategischen Schwerpunktfeld „Natur und Klimawandel“ ist der Fachbereich „Bevölkerungsschutz“ der SID (Direktionsziel SID-NK-1) mit zwei strategischen Projekten vertreten: Die Notwendigkeit, die kantonalen Rechtsgrundlagen der Bundesgesetzgebung über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz anzupassen, wird dazu genutzt, erkannte Optimierungen aus Einsätzen und Übungen in das kantonale Recht einzufügen. Ein kantonales Konzept zum Schutz kritischer Infrastrukturen, welche die Verfügbarkeit von wichtigen Gütern und Dienstleistungen (Energie, Verkehr, Kommunikation u.a.) sicherstellen, fehlt: 2016 sollen die Grundlagen für den planerischen Schutz der kritischen Infrastrukturen erarbeitet werden.

Gesamtübersicht Budget

Die Jahresplanung 2016 der Sicherheitsdirektion (SID) und das darin enthaltene Budget 2016, weist gegenüber dem Budget 2015 folgende wichtigsten Veränderungen auf, welche sich in grossen Teilen nach den vom Regierungsrat mit RRB Nr. 0516 vom 24.03.2015 beschlossenen Budgetrichtlinien 2016 und den damit verbundenen Saldoangaben an die Direktionen richten.

Der Personalaufwand sinkt gegenüber dem Budget 2015 um rund CHF 1.60 Mio. (-1%). Dies soll mittels

konsequenter Bewirtschaftung (Abbau) vorhandener Überzeit- und Ferienguthaben, sowie der Nichtverlängerung befristeter Anstellungsverträge und Reduktion des Personalaufwands bei Stellenwiederbesetzungen, erreicht werden. Zudem wurden Pensenreduktionen oder der Stellenabbau über natürliche Fluktuationen berücksichtigt. Auch der Wegfall der Krankentaggeld-Versicherung (CHF 0.51 Mio.) sorgt für tieferen Personalaufwand. Der Sach- und übrige Betriebsaufwand wurde mittels linearen Kürzungen und Strategiemassnahmen um rund CHF 1.3 Mio. tiefer budgetiert. Die Zunahme beim Transferaufwand (CHF 0.24 Mio.) wird durch erwartete Mehreinnahmen beim Transferertrag (0.39 Mio. CHF) kompensiert. Insgesamt sinkt der Aufwand der SID im Budget 2016 gegenüber dem Budget 2015 von CHF 193.272 Mio. um CHF 2.83 Mio. auf nun CHF 190.44 Mio. (- 1%).

Mit der bei der Polizei (- 1 Mio. Franken) und bei der Staatsanwaltschaft (- 0.5 Mio. Franken) per 2016 eingestellten Reduktion der Bussenerträge, welche sich aufgrund der schrittweisen Anpassung dieser Erträge auf ein realistischeres Niveau ergeben, sinken die erwarteten Erträge der Entgelte (Bussen und Gebühren) um CHF 0.95 Mio. Diese tiefere Budgetierung, welche auch seitens der landrätlichen Finanz- und Geschäftsprüfungskommission sowie der Finanzkontrolle per Budget 2016 erwartet wird, wirkt sich somit auf die Gesamterträge der SID aus, welche im Budget 2016 - gegenüber dem Budget 2015 - von CHF 102.788 Mio. um CHF 0.659 Mio. auf nunmehr CHF 102.13 Mio. sinken.

Insgesamt budgetiert die SID per 2016 gegenüber 2015 einen um CHF 2.17 Mio. besseren Saldo. Dieser beträgt nun Minus CHF 88.31 Mio.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	140'805'145	139'340'052	137'740'897	-1'599'155	-1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	32'194'807	29'492'765	28'173'006	-1'319'759	-4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'102'520	1'100'429	1'102'164	1'735	0%
34 Finanzaufwand	403'523	391'500	425'300	33'800	9%
36 Transferaufwand	23'608'676	21'538'100	21'777'450	239'350	1%
37 Durchlaufende Beiträge	1'715'020	1'410'000	1'222'713	-187'287	-13%
41 Regalien und Konzessionen	-757'992	-775'000	-775'000	0	0%
42 Entgelte	-69'550'319	-81'101'898	-80'152'036	949'862	1%
43 Verschiedene Erträge	-191'923	-20'700	-26'800	-6'100	-29%
44 Finanzertrag	-273'276	-260'869	-256'600	4'269	2%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-317'183	-315'000	-400'000	-85'000	-27%
46 Transferertrag	-17'793'408	-18'905'261	-19'297'003	-391'742	-2%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'715'020	-1'410'000	-1'222'713	187'287	13%
Total Aufwand	199'829'690	193'272'846	190'441'530	-2'831'316	-1%
Total Ertrag	-90'599'121	-102'788'728	-102'130'152	658'576	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	109'230'569	90'484'118	88'311'378	-2'172'740	-2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1'013.8	1'047.8	1'044.0	-3.8	-0.4%

Die Abnahme des Sollstellenplans 2016 der SID gegenüber demjenigen des Vorjahres ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen:

Generalsekretariat/Swisslosfonds:

Aufgrund der immer komplexeren Verwaltung des Swisslosfonds, soll das Pensum der Verwalterin um 10% erhöht werden. Die Personalkosten werden durch Abgeltung des Verwaltungsaufwands seitens von Swisslos an die SID zurückvergütet und sind somit kostenneutral.

Polizei:

Ein Pensenttransfer vom Dienstleistungszentrum des Personalamtes zur HR -Abteilung der Polizei wegen polizeilichen HR -Funktionen (welche durch das Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) nicht übernommen wurden) führt zu einer Erhöhung um 0.8 Vollstelle.

Für die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben, welche durch die Polizei BL durch Leistungsvereinbarungen mit einzelnen Gemeinden übernommen wurde, erhöht sich der Bestand um 2.5 Vollstellen. Diese Personalkosten werden durch entsprechende Erträge refinanziert.

Die vom Bund finanzierte Aufstockung des Nachrichtendienstes im Bereich der Terrorismusabwehr führt zu einer Erhöhung um 1.0 Vollstelle.

Abbau von 4.0 Stellen als finanzielle Strategiemassnahme der Regierung.

Abbau von 3.2 Sollstellen im Rahmen Aufbau ZID gemäss RRB 2013 -2046 per 1.1.15 in der ZID umgesetzt und bei der Polizei im Budget ebenfalls, jedoch nicht auf der Vollstellenplanung, was jetzt mit der Vollstellenplanung 2016 nachgezogen werden muss.

Total Polizei: -2.9 Vollstellen

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Abbau einer halben Stelle auf Grund der Strategiemassnahmen der Regierung -0.5 Stellen

Motorfahrzeugkontrolle

Abbau einer halben Stelle auf Grund der Strategiemassnahmen der Regierung -0.5 Stellen

Bereich Stab SID

Im Bereich Stab SID sind die folgenden Stabs-Organisationseinheiten zusammengefasst:

- Generalsekretariat SID
- Rechtsdienst des Regierungsrates

Der Rechtsdienst des Regierungsrates ist eine eigene Dienststelle innerhalb der SID und wurde dem Bereich Stab - welcher so namentlich nur im Rechnungswesen existiert - zugeordnet, damit die buchhalterische Abbildung dieser Dienststelle in Budget und Erfolgsrechnung gemacht werden kann. Der Rechtsdienst gehört somit nicht zum eigentlichen Generalsekretariat. Er wird unter der Profitcenter-Nummer 2401 geführt.

Das Generalsekretariat ist ebenfalls eine eigene Dienststelle innerhalb der SID. Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in Einheiten gegliedert, welche Stabsfunktionen für die ganze Direktion oder Fachaufgaben ausüben (z.B. Integration, Familien, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewilligungen usw.). Das Generalsekretariat wird unter der Profitcenter-Nummer 2400 geführt.

ACHTUNG:

Ab 01.01.2015 ist die Aufsichtsstelle Datenschutz administrativ nicht mehr der Sicherheitsdirektion zugeordnet, sondern den Kantonalen Behörden. In den Zahlen Rechnung 2014 ist die Aufsichtsstelle Datenschutz jedoch noch enthalten. Die aktuellen Zahlen der Aufsichtsstelle Datenschutz sind somit unter der Rubrik der Kantonalen Behörden zu finden.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	13'999'550	13'707'296	12'972'565	-734'731	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'422'684	8'504'629	8'004'194	-500'435	-6%
34 Finanzaufwand	4'476	3'100	3'100	0	0%
36 Transferaufwand	20'372'330	18'563'500	18'518'500	-45'000	0%
41 Regalien und Konzessionen	-757'992	-775'000	-775'000	0	0%
42 Entgelte	-4'348'281	-4'619'500	-4'577'500	42'000	1%
43 Verschiedene Erträge	-18'030		-3'000	-3'000	X
44 Finanzertrag	1'022	-100	-100	0	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-317'183	-315'000	-350'000	-35'000	-11%
46 Transferertrag	-2'473'516	-2'792'571	-2'232'571	560'000	20%
Total Aufwand	43'799'041	40'778'525	39'498'359	-1'280'166	-3%
Total Ertrag	-7'913'980	-8'502'171	-7'938'171	564'000	7%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	35'885'061	32'276'354	31'560'188	-716'166	-2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	76.9	77.2	77.3	0.1	0.1%

Erhöhung des Pensums der Swisslosfonds-Verwalterin von 90% auf 100% infolge der immer komplexeren Verwaltung des Fonds. Die Erhöhung ist kostenneutral, sie wird über die Fondsrechnung an die Direktion abgegolten.

2400 Generalsekretariat SID

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in folgende Einheiten gegliedert:

- Die Kommunikation sorgt für eine rasche, transparente und offene Informationspolitik sowohl nach innen gegenüber den Mitarbeitenden als auch nach aussen gegenüber den Medien und der Bevölkerung. Weitere Aufgaben sind u.a. die Bearbeitung von Anliegen aus der Bevölkerung.
- Zur Organisationseinheit "Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales" gehören das Bewilligungswesen (Gastwirtschafts- und Taxibewilligungen u.a.), das Passbüro (Reisepässe und Identitätskarten), der Zivil- und Verwaltungsvollzug, der Straf- und Massnahmenvollzug mit den alternativen Vollzugsformen (gemeinnützige Arbeit, electronic monitoring), die Bezirksgefängnisse, die Bewährungshilfe, die Opferhilfe, der Fachbereich für Kindes- und Jugendschutz und die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt.
- Zur Organisationseinheit "Familie, Integration und Dienste" gehören das Fundbüro und der Verwertungsdienst sowie die Fachbereiche Familie und Integration. Das Fundbüro besorgt das Fundwesen und der Verwertungsdienst verwahrt und verwertet Fundsachen sowie sichergestellte und beschlagnahmte Güter. Der Fachbereich Familie berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen, analysiert periodisch die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft und entwirft Konzepte im familienpolitischen Bereich sowie Vorschläge für Massnahmen zu deren Umsetzung. Er ist zuständig für die Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit in familienpolitischen Angelegenheiten. Der Fachbereich Integration koordiniert die Massnahmen der kantonalen Stellen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Er stellt den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Einwohnergemeinden und dem Kanton Basel-Stadt sicher und ist Ansprechpartner für die Bundesbehörden. Zusammen mit den anderen Dienststellen ist er für die Umsetzung des kantonalen Integrationsgesetzes verantwortlich. Er sorgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt für ein abgestimmtes Angebot für die Migrationsbevölkerung in der Region und orientiert die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über die Angebote zur Integrationsförderung.
- Zu den Zentralen Diensten gehören die Abteilung HR (Human Resources), die Informatik, die Organisation, das Finanz- und Rechnungswesen (zum Teil für mehrere Mandanten und Profitcenter SID), das Controlling und das Qualitätsmanagement (u.a. mit IKS- und Risk-Management sowie Public Corporate Governance). Auch die zentrale Kanzlei gehört zu den Zentralen Diensten. Hier wird auch der Swisslos-Fonds betreut.
- Der Fachbereich Rechtsetzung erarbeitet Gesetzgebungsvorhaben, Vernehmlassungen und Stellungnahmen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	58'640	57'000	57'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'463'007	9'730'175	9'239'478	-490'697	-5%	1
304	Zulagen	110'949	97'749	104'134	6'385	7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'956'356	1'890'716	1'808'679	-82'036	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	121'373	181'500	84'500	-97'000	-53%	2
310	Material- und Warenaufwand	136'608	117'000	110'500	-6'500	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'944'682	1'168'600	1'312'070	143'470	12%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VW	1'488					
313	Dienstleistungen und Honorare	4'675'361	4'098'380	3'209'494	-888'886	-22%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'218'014	2'217'049	2'634'030	416'981	19%	5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	83'647	67'000	75'000	8'000	12%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	226'157	207'000	134'000	-73'000	-35%	6
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	14'780	101'100	1'100	-100'000	-99%	7
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'078	3'500	3'500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	149					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'311	3'100	3'100	0	0%	
412	Konzessionen	-757'992	-775'000	-775'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
421	Gebühren für Amtshandlungen	-3'874'031	-4'150'000	-4'178'000	-28'000	-1%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-84'703	-49'500	-93'500	-44'000	-89%	8
425	Erlös aus Verkäufen	-37'545	-81'000	-45'000	36'000	44%	8
426	Rückerstattungen	-316'102	-292'000	-214'000	78'000	27%	9
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-18'030		-3'000	-3'000		X
440	Zinsertrag	1'022	-100	-100	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-317'183	-315'000	-350'000	-35'000	-11%	
	Total Aufwand	21'019'601	19'939'869	18'776'585	-1'163'283	-6%	
	Total Ertrag	-5'404'564	-5'662'600	-5'658'600	4'000	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'615'037	14'277'269	13'117'985	-1'159'283	-8%	

- 1 Aufgrund der Budgetvorgaben des Regierungsrates, welche er mit RRB Nr. 0516 vom 24.3.2015 (Budgetrichtlinien 2016) beschlossen hat, soll der Personalaufwand gesenkt werden. Dies wird u.a. erreicht, indem Ferien- und Überzeitguthaben abgebaut, Vakanzen nicht wiederbesetzt, befristete Anstellungsverhältnisse nicht mehr verlängert werden oder indem ein Stellenabbau infolge natürlicher Fluktuation erfolgt.
- 2 Reduktion der Ausbildungskosten infolge von Strategiemassnahmen um CHF 100'000.
- 3 Die Erhöhung stammt vorwiegend aus dem IT-Bereich, wo mit höheren Kosten vor allem bei den Servern gerechnet wird.
- 4 Das Budget für Fachexperten und Beraterleistungen wird aufgrund von Strategiemassnahmen um rund CHF 0.15 Mio. reduziert. Der Fachbereich Integration kürzt das Projektbudget um CHF 0.2 Mio. Das IT -Budget für Beraterleistungen wird auch zugunsten der Konten 311 und 315 reduziert.
- 5 Die Erhöhung ist vorwiegend auf Verschiebungen des IT -Budgets zurückzuführen. Es wird mehr Unterhalt für Server und Fachapplikationen geplant.
- 6 Reduktion der Anlässe und Wegfall der jährlichen Betriebsanlässe infolge von Strategiemassnahmen.
- 7 Reduktion der Wertberichtigungen bei der Opferhilfe, weil einige grössere offene Posten inzwischen ausgebucht wurden.
- 8 Die Gebühren aus dem Verwertungswesen von rund CHF 40'000 waren im Vorjahr auf dem Konto 425 geplant und erscheinen nun korrekt auf dem Konto 424, weshalb es hier zu einer Verschiebung kommt.
- 9 Die Abweichung stammt hauptsächlich von der Opferhilfe. Der Betrag der Rückerstattungen wurde an die IST -Zahlen 2014 angepasst.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	33'333					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	200'000	200'000	215'000	15'000	8%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-942'571	-942'571	-842'571	100'000	11%	1
Pässe u. Identitätskarten	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'089'671	2'150'000	2'150'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	550					
Straf- u. Massnahmenvollzug	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	15'457'212	13'750'000	13'710'000	-40'000	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	450					
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-395'969	-735'000	-260'000	475'000	65%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-955'000	-955'000	-955'000	0	0%	
Opferhilfe	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	6'330					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'593'463	1'546'000	1'526'000	-20'000	-1%	
Familie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	921					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	38'000	37'500	37'500	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Intervention gegen häusliche Gewalt	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	62'478	60'000	60'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-62'478	-60'000	-60'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-117'498	-100'000	-115'000	-15'000	-15%	
Präventionsprogramm Take-off	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	420'000	420'000	420'000	0	0%	
Verbandsbeiträge	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	500					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	469'422	400'000	400'000	0	0%	
Total Transferaufwand			20'372'330	18'563'500	18'518'500	-45'000	0%	
Total Transferertrag			-2'473'516	-2'792'571	-2'232'571	560'000	20%	
Transfers (Netto)			17'898'814	15'770'929	16'285'929	515'000	3%	

- 1 Reduktion der Bundesbeiträge ab 2016 um CHF 100'000, da auch der Kanton infolge von Strategiemassnahmen eine Reduktion des Projektbudgets vornimmt (vgl. Kostenart 313 bzw. dortige Begründung).
- 2 Im Jahr 2016 soll das Gefängnis Laufen wieder geschlossen werden. Somit fällt die Vermietung von Haftplätzen des Gefängnisses Laufen an Basel im Umfang von CHF 0.4 Mio. weg. Zusätzlich wurden die Entschädigungen von ausserkantonalen Anstalten an die Vergangenheitswerte angepasst und um CHF 0.08 Mio. reduziert.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Take off (2014 - 2017)	36	Transferaufwand	420'000	420'000	420'000	0	0%	
Mobile Computing (Freigabe erst mit LRV)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		500'000	500'000	0	0%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			420'000	920'000	920'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			420'000	920'000	920'000	0	0%	

- 1 Die Landratsvorlage für Mobile Computing wird voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2015 dem Landrat vorgelegt. Das Projekt wurde gegenüber der ursprünglichen Planung um ein Jahr nach hinten verschoben. Die Tranche von CHF 0.5 Mio. für das Jahr 2015 wird somit ins das Jahr 2016 verlagert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	67.3	71.6	71.7	0.1	0.1%

Aufgrund der immer komplexeren Verwaltung des Swisslosfonds, soll das Pensum der Verwalterin um 10% erhöht werden. Die Personalkosten werden durch Abgeltung des Verwaltungsaufwands seitens von Swisslos an die SID zurückvergütet und sind somit kostenneutral.

Jahresprogramm

2400.009 Vorbereitung der Umsetzung des Gesetzes zur familienergänzenden Kinderbetreuung

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-1 und R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-3, FKS-IW-1)
Im zweiten Halbjahr 2015 wird das Volk entscheiden, welche gesetzlichen Grundlagen für die familienergänzende Kinderbetreuung in Basel-Landschaft gelten sollen. Abgeleitet von dieser Volksentscheid soll die Umsetzung der neuen gesetzlichen Grundlage erfolgen. Unabhängig für welchen Regelungsvorschlag (Vorlagen 2014-270, 2014-271, 2014-272) sich das Volk entscheidet, wird dabei die Beratung der Gemeinden zur Erstellung der

FEB-Reglemente eine zentrale Rolle spielen.

2400.012 Kantonales Integrationsprogramm 2014 - 2017 (KIP)

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-2 und SID-Z-3, Massnahme SID 3, SID 4)

Die im KIP definierten integrationsfördernden Projekte, welche durch den Bund maßgeblich mitfinanziert werden, werden seit dem 1. Januar 2014 umgesetzt. In diesem Programm werden, mit Ausnahme der Integrationsförderung in den Regelstrukturen, sämtliche Integrationstätigkeiten für die Migrationsbevölkerung des Kantons in drei Pfeilern zusammengefasst: 1. Information und Beratung, 2. Bildung und Arbeit, 3. Verständigung und gesellschaftliche Integration. Im 2016 ist ein Schwerpunkt das Projekt „communis – Integration gemeinsam mit den Gemeinden“, welches zum Ziel hat, BL-Gemeinden in ihrer Integrationsarbeit zu stärken und entsprechende Strategiepapiere zu erarbeiten (siehe auch Jahresprogramm-Massnahme 2400.022). Ein weiterer Schwerpunkt ist die sprachliche Frühförderung: Kinder, welche in einem nicht deutschsprachigen Umfeld aufwachsen, respektive Zuhause nicht Deutsch sprechen, sollen bereits vor dem Kindergartenentritt adäquat gefördert werden.

2400.013 Projekt "familienfreundliche KMU im Baselbiet"

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-1)

2015 wurde das Projekt „KMU im Baselbiet in Aktion – Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor“ gestartet. Das Beratungsprojekt für interessierte Firmen zu Themen der Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz, welches 2012/13 unter dem Namen "familienfreundliche KMU im Baselbiet" mit 12 teilnehmenden Betrieben schon einmal durchgeführt und 2014 abgeschlossen wurde, geht damit in die zweite Runde.

Die Firmen werden im Zuge des Projekts durch eine externe Fachstelle auf ihre Familienfreundlichkeit (Flexible Arbeitszeiten, Kinderbetreuung, familienfreundliche Stellvertretungsregelungen usw.) geprüft und es wird aufgezeigt, wo es noch Verbesserungspotential gibt. Weiter organisiert der Fachbereich Familien Vernetzungstreffen unter den Betrieben und unterstützt die mediale Berichterstattung zu den umgesetzten Massnahmen.

2400.018 Portraits der Baseltbieter Familien- und Begegnungszentren

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-1 und SID Z-3, Massnahme SID 1 und SID 2)

Im Kanton Basel-Landschaft gibt es insgesamt zwölf Familienzentren, die als wichtiger Begegnungsort für Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft, insbesondere für Familien, dienen. Die Familienzentren unterscheiden sich in ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Einbindung bei den jeweiligen Gemeinden und in der Palette der Angebote. Nach einer 2015 durchgeführten umfangreichen Analyse der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, werden 2016 Koordinationsmassnahmen zur Verbesserung der Vernetzung und zur Unterstützung der Familienzentren geplant und umgesetzt.

2400.021 Familienhandbuch Nordwestschweiz

Schwerpunktfeld „Zusammenleben in Baselland“ (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID Z-1, Massnahme SID 2)

Familien stehen heute aufgrund unserer immer komplexer und anspruchsvoller werdenden Gesellschaft vor zahlreichen Herausforderungen. Gleichzeitig wurden entlang der kommunalen und kantonalen Strukturen Beratungs- und Anlaufstellen für Familien in den unterschiedlichen Problemsituationen geschaffen. Die Beratungsangebote unterscheiden sich von Kanton zu Kanton durch die verschiedenen Strukturen. Hilfesuchende sollen sich trotzdem in der Angebotslandschaft der Kantone zurechtfinden, weshalb mit dem Familienhandbuch Nordwestschweiz eine zentrale, kantonsübergreifende Informationsplattform in Form einer Website geschaffen werden soll, welche die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Familien in den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau und Solothurn übersichtlich präsentiert. Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der vier Nordwestschweizer Kantone unter der Projektleitung des Kantons Basel-Landschaft.

2400.022 Communis – gemeinsam mit den Gemeinden

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-2 und SID-Z-3)

Im Projekt „Communis – gemeinsam mit den Gemeinden“ erarbeitet eine kommunale Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Fachbereichs Integration ein Strategiepapier. Ziel ist es, BL-Gemeinden mit einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil in ihrer Integrationsarbeit zu stärken und gemeinsam individuelle, an die effektiven spezifischen Bedürfnisse angepasste Strategiepapiere zu erarbeiten. Dabei werden bereits bestehende kommunale Integrationsmassnahmen systematisiert und neue mögliche Lösungsansätze in der Arbeitsgruppe diskutiert und schliesslich im Strategiepapier zusammengefasst. Der Fachbereich Integration begleitet und unterstützt die Gemeinden und steht während des mehrwöchigen Prozesses mit seinem Fachwissen beratend zur Seite. Das Projekt wurde 2014 gestartet und soll im Jahr 2016 mit weiteren Gemeinden durchgeführt werden.

2400.023 Kinderschutz: Prävention und Bericht Beratung und für Kinder und Jugendliche; Situationsanalyse und Handlungsvorschläge

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel: R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-5)

Im Rahmen eines Leistungsvertrags mit dem Bundesamt für Sozialversicherung läuft das Projekt zur Nachhaltigen

Optimierung der Kinder- und Jugendpolitik BL (NOKJ) unter der Federführung der BKSD und der Mitwirkung von VGD und SID. Die SID, Fachstelle Kindes- und Jugendschutz, ist dabei insbesondere verantwortlich für den Bericht zur Bestandsaufnahme und Identifizierung allfälliger Lücken bei den Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Ein flächendeckender, einfacher Zugang zu Familien- und Erziehungsberatung und Unterstützung erhöht die Chancen, dass Probleme rechtzeitig bearbeitet werden und Massnahmen, die stärker in die Lebensverhältnisse der Betroffenen eingreifen und zudem kostspieliger sind, weniger häufig ergriffen werden müssen.

Gleichzeitig wird die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz, welche derzeit mit 70 Stellenprozenten besetzt ist, mit einer 50%-Stelle für die Dauer von drei Jahren verstärkt. Diese befristete Stelle wird vollumfänglich durch den Bund finanziert. Dadurch kann Privaten und Fachpersonen zu Bürozeiten von Montag bis Freitag ein schneller Zugang zu den richtigen Stellen und eine unkomplizierte Erstberatung zu vermuteten Kindeswohlgefährdungen gewährt werden. Auch Weiterbildungen zum Thema Kindes- und Jugendschutz für Fachpersonen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit können dadurch vermehrt umgesetzt werden.

2400.024 Revision des Verwaltungsorganisationgesetzes

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-6)

Die Motion 2012-322, Teilrevision des Verwaltungsorganisationgesetzes soll mit dem Ziel umgesetzt werden, die heutigen Rechtsgrundlagen zu aktualisieren und der Regierung einen grösseren Spielraum für die Organisation der Verwaltung zu verschaffen.

2400.025 Teilrevision des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-6)

Die vom Landrat im Dezember 2014 überwiesenen Empfehlungen zu den Schnittstellen der Strafverfolgungsbehörden werden, soweit sie die gesetzlichen Grundlagen des Kantons betreffen, im Rahmen einer Teilrevision des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung umgesetzt.

2400.026 Verordnung über die Administrativuntersuchung

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-6)

Auf Anregung der Geschäftsprüfungskommission werden klare Rechtsgrundlagen für die Durchführung von Administrativuntersuchungen geschaffen. Die wesentlichen Modalitäten für die Durchführung einer Administrativuntersuchung werden voraussichtlich im Verwaltungsverfahrensgesetz und in einer Verordnung geregelt werden.

2401 Rechtsdienst des Regierungsrates

Auftrag und Zielsetzungen

Der Rechtsdienst des Regierungsrates bereitet Beschwerdeentscheide für die Regierung vor. Er erstellt juristische Gutachten für die gesamte Kantonsverwaltung und wirkt bei der Gesetzgebung mit. Im Übrigen vertritt er den Kanton in verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Beschwerdeverfahren vor den Gerichten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'294'137	1'473'027	1'405'495	-67'531	-5%	
304	Zulagen	14'846	17'100	14'232	-2'868	-17%	
305	Arbeitgeberbeiträge	220'084	260'029	259'046	-983	0%	
310	Material- und Warenaufwand	9'516	13'000	12'000	-1'000	-8%	
313	Dienstleistungen und Honorare	4'162	3'500	3'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützunggeb	3'000	2'500	2'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'667	1'000	1'500	500	50%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	5'101	5'000	5'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-35'900	-47'000	-47'000	0	0%	
	Total Aufwand	1'552'513	1'775'156	1'703'274	-71'882	-4%	
	Total Ertrag	-35'900	-47'000	-47'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'516'613	1'728'156	1'656'274	-71'882	-4%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.6	5.6	5.6	0.0	0.0%

2402 Aufsichtsstelle Datenschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Ab 1. Januar 2015 ist die Aufsichtsstelle Datenschutz administrativ nicht mehr der Sicherheitsdirektion zugeordnet, sondern den Kantonalen Behörden. In den Zahlen Rechnung 2014 ist die Aufsichtsstelle Datenschutz jedoch noch enthalten. Die aktuellen Zahlen der Aufsichtsstelle Datenschutz sind somit unter der Rubrik der Kantonalen Behörden zu finden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	617'837					
304	Zulagen	6'128					
305	Arbeitgeberbeiträge	125'495					
309	Übriger Personalaufwand	10'698					
310	Material- und Warenaufwand	16'310					
313	Dienstleistungen und Honorare	66'584					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	3'566					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'962					
341	Realisierte Kursverluste	16					
	Total Aufwand	854'597					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	854'597					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	4.0				

Bereich Zivilrechtsverwaltung

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	13'890'899	13'105'733	13'009'232	-96'501	-1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	906'155	1'151'215	878'650	-272'565	-24%
34 Finanzaufwand	37'006	45'000	41'000	-4'000	-9%
36 Transferaufwand	172'066	160'000	175'000	15'000	9%
42 Entgelte	-23'373'138	-24'071'500	-24'501'600	-430'100	-2%
43 Verschiedene Erträge	-8'610				
44 Finanzertrag	-4'062	-10'000	-7'100	2'900	29%
Total Aufwand	15'006'126	14'461'948	14'103'882	-358'066	-2%
Total Ertrag	-23'385'810	-24'081'500	-24'508'700	-427'200	-2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-8'379'684	-9'619'552	-10'404'818	-785'266	-8%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	108.8	110.5	110.5	0.0	0.0%

2410 Zivilrechtsverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft ist zuständig für die Umsetzung und den Vollzug des Bundes- und des kantonalen Zivilrechts sowie des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts im Kanton Basel-Landschaft. Die Dienststelle bietet aus einer Hand das gesamte Angebot an Dienstleistungen des Grundbuchamtes, der behördlichen Teile des Erbrechts, des Betreibungs- und Konkursamtes, des Zivilstandswesens und des Bürgerrechtswesens sowie bezüglich der Adoptionen und Namensänderungen. Ausserdem arbeiten bei der Zivilrechtsverwaltung Beglaubigungspersonen, welche die Beglaubigung von Dokumenten und Unterschriften durchführen können. Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für die Durchführung freiwilliger Liegenschaftsversteigerungen, führt das Aktuariat der Aufsichtskommission über die Notariate und ist mitwirkungsverpflichtete Behörde im Sinne von Art. 609 ZGB (behördliche Mitwirkung bei der Erbteilung zum Schutz der Gläubiger).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'160	7'000	2'500	-4'500	-64%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	11'465'334	10'875'858	10'883'561	7'703	0%	
304	Zulagen	139'894	145'331	123'732	-21'599	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'282'614	2'057'545	1'988'939	-68'606	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	896	20'000	10'500	-9'500	-48%	
310	Material- und Warenaufwand	119'417	159'190	127'550	-31'640	-20%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	6'440	4'500	5'000	500	11%	
313	Dienstleistungen und Honorare	477'828	782'425	537'500	-244'925	-31%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	100'417	89'800	92'100	2'300	3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	36'319	30'000	31'800	1'800	6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	152'855	77'100	80'900	3'800	5%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	12'878	8'200	3'800	-4'400	-54%	
341	Realisierte Kursverluste	1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	37'005	45'000	41'000	-4'000	-9%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-23'367'677	-24'071'500	-24'501'600	-430'100	-2%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-2'500					
426	Rückerstattungen	-2'961					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-8'130					
439	Übriger Ertrag	-480					
440	Zinsertrag	-4'062	-10'000	-7'100	2'900	29%	
	Total Aufwand	14'834'060	14'301'948	13'928'882	-373'066	-3%	
	Total Ertrag	-23'385'810	-24'081'500	-24'508'700	-427'200	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-8'551'750	-9'779'552	-10'579'818	-800'266	-8%	

- 1 Aufwandsenkung für Frankatur/Porto aufgrund Zusammenlegung der Behörden im Zivilrecht und weiterer Strategiemassnahmen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bundesanteil Handelsregistergebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	172'066	160'000	160'000	0	0%	
Bundesanteil eSchKG	360	Ertragsanteile an Dritte			15'000	15'000	X	
Total Transferaufwand			172'066	160'000	175'000	15'000	9%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			172'066	160'000	175'000	15'000	9%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	108.8	110.5	110.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2410.002 Anpassung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB)

Schwerpunktfeld: „Zusammenleben in Baselland“ (Legislaturziel: R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-6)

Die Mitsprache und Mitbestimmung der Gemeinden in den Gremien der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) soll gestärkt werden. Deshalb werden im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) klare Rechtsgrundlagen geschaffen, damit Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in die Spruchkörper der KESB's delegiert werden können, ohne dass eine Verletzung der Regeln über die Unvereinbarkeit droht.

Bereich Polizei Basel-Landschaft

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	69'654'928	68'185'987	68'195'717	9'730	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'589'854	6'770'344	6'705'858	-64'486	-1%
34 Finanzaufwand	172'072	155'200	157'000	1'800	1%
36 Transferaufwand	2'669'257	2'455'200	2'709'700	254'500	10%
42 Entgelte	-17'278'414	-23'836'600	-22'818'600	1'018'000	4%
43 Verschiedene Erträge	-1'184				
44 Finanzertrag	-3'483	-7'000	-7'200	-200	-3%
46 Transferertrag	-3'754'777	-3'462'100	-3'820'100	-358'000	-10%
Total Aufwand	80'086'111	77'566'731	77'768'275	201'544	0%
Total Ertrag	-21'037'858	-27'305'700	-26'645'900	659'800	2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	59'048'253	50'261'031	51'122'375	861'344	2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	511.0	531.6	528.7	-2.9	-0.6%

- Transfer vom Dienstleistungszentrum des Personalamts zur HR -Abteilung der Polizei +0.8
- Erhöhung gemäss Polizeigesetz für gemeindepolizeiliche Tätigkeiten, durch Erträge refinanziert +2.5
- Erhöhung für den Nachrichtendienst, Entschädigung durch Bund +1.0
- Abbau als finanzielle Strategiemassnahme der Regierung -4.0 Stellen
- Abbau von 3.2 Sollstellen im Rahmen Aufbau ZID gemäss RRB 2013 -2046 per 01.01.15 in der ZID umgesetzt und bei der Polizei im Budget ebenfalls, jedoch nicht auf der Vollstellenplanung, was jetzt mit der Vollstellenplanung 2016 nachgezogen wird -3.2

2420 Polizei Basel-Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Aufgaben und der Auftrag der Polizei Basel-Landschaft sind im Polizeigesetz geregelt. Dabei wird der allgemeine Auftrag wie folgt definiert:

§ 2 Allgemeiner Auftrag

- 1 Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 2 Sie steht im Dienste der Bevölkerung und der Behörden.

Die Aufgaben sind im Gesetz wie folgt umschrieben:

§ 3 Aufgaben

Die Polizei Basel-Landschaft erfüllt folgende Aufgaben:

- a. Sie ergreift Massnahmen, um unmittelbar drohende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt abzuwehren und eingetretene Störungen zu beseitigen.
- b. Sie trifft Vorkehrungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten.
- c. Sie hilft Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht oder anderweitig in Not sind.
- d. Sie wirkt mit bei der Strafverfolgung nach den Vorschriften der Schweizerischen Strafprozessordnung¹⁾.
- e. Sie erhebt Ordnungsbussen gemäss dem Ordnungsbussengesetz²⁾ sowie dem Betäubungsmittelgesetz³⁾.
- f. Sie leistet den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden Amts- und Vollzugshilfe, soweit die polizeiliche Mithilfe durch die Rechtsordnung vorgesehen oder zu deren Durchsetzung erforderlich ist.
- g. Sie trifft Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr und vollzieht die Strassenverkehrsvorschriften.
- h. Sie erfüllt weitere Aufgaben, die ihr durch Gesetz, Dekret und Verordnung übertragen sind.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	57'822'740	56'585'623	56'439'082	-146'541	0%	
304	Zulagen	1'289'862	1'133'765	1'228'287	94'521	8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	9'679'426	9'546'799	9'742'049	195'250	2%	
309	Übriger Personalaufwand	862'901	919'800	786'300	-133'500	-15%	1
310	Material- und Warenaufwand	1'013'963	871'910	1'007'076	135'166	16%	2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'579'291	1'915'420	1'362'403	-553'017	-29%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	31'161	22'020	30'000	7'980	36%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'087'587	1'147'140	1'287'856	140'716	12%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'074'959	1'166'360	1'254'576	88'216	8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	662'801	706'790	743'090	36'300	5%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	796'564	695'204	714'857	19'653	3%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	317'677	235'000	280'000	45'000	19%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	25'851	10'500	26'000	15'500	148%	
340	Zinsaufwand	12					
341	Realisierte Kursverluste	27'890					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	143'382	155'200	157'000	1'800	1%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	788					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'736'800	-2'888'000	-2'891'000	-3'000	0%	
422	Spital- und Heimplatz, Kostgelder	-43'278	-43'000	-53'000	-10'000	-23%	
423	Schul- und Kursgelder	-36'040	-25'000	-25'000	0	0%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-600'385	-814'600	-769'600	45'000	6%	
425	Erlös aus Verkäufen	-27'185	-16'000	-30'000	-14'000	-88%	
426	Rückerstattungen	-188					
427	Bussen	-13'717'258	-20'000'000	-19'000'000	1'000'000	5%	5
429	Übrige Entgelte	-117'280	-50'000	-50'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1'184					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
440	Zinsertrag	-3'483	-7'000	-7'200	-200	-3%	
	Total Aufwand	77'416'854	75'111'531	75'058'575	-52'956	0%	
	Total Ertrag	-17'283'081	-23'843'600	-22'825'800	1'017'800	4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	60'133'773	51'267'931	52'232'775	964'844	2%	

- 1 Durch die Streichung einer Polizeischulklasse im 2016 reduzieren sich die Nebenausbildungskosten der Aspiranten.
- 2 Durch gezielte Imagewerbung will die Polizei im Jahre 2016 den Beruf des Polizisten und dessen Arbeit weiter stärken, was zu einer leichten Erhöhung des Material- und Warenaufwandes führt.
- 3 Infolge von Strategiemassnahmen wurden Ersatz- und Neubeschaffungen gestrichen. Zudem wurde die Vorgabe bezüglich bessere Erreichung von Einkaufskonditionen infolge des Eurowechselkurses berücksichtigt.
- 4 Bei der Realisierung von Projekten (z.B. Umsetzung Strategie, Reorganisationsvorhaben) ist die Polizei auf externe Unterstützung angewiesen.
- 5 Die Bussenerträge waren in den vergangenen Jahren rückläufig (Anzahl der Verkehrsübertretungen), weshalb eine Anpassung der Budgetwerte nach unten vorgenommen wurde.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sicherheit und Ordnung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	29'318	22'000	22'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'075'149	-653'000	-1'125'000	-472'000	-72%	1
Kriminalitätsbekämpfung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	917'359	882'000	996'500	114'500	13%	2
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'120	11'000	36'700	25'700	234%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-303'455	-300'000	-400'000	-100'000	-33%	3
Verkehrssicherheit	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	353'522	300'000	300'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'596	20'000	20'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'460'048	-1'555'600	-1'563'300	-7'700	0%	
Support	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	72'388	60'700	72'100	11'400	19%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	176'112	159'500	132'400	-27'100	-17%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-785'849	-828'500	-616'800	211'700	26%	4
Human Resources	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			1'130'000	1'130'000		X5
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte			-115'000	-115'000		X6
SV IPH Hitzkirch	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'101'843	1'000'000		-1'000'000	-100%	7
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-130'276	-125'000		125'000	100%	8
Total Transferaufwand			2'669'257	2'455'200	2'709'700	254'500	10%	
Total Transferertrag			-3'754'777	-3'462'100	-3'820'100	-358'000	-10%	
Transfers (Netto)			-1'085'520	-1'006'900	-1'110'400	-103'500	-10%	

- 1 In Zusammenhang mit der Einführung des neuen Polizeigesetzes wurden mit mehreren Gemeinden Dienstleistungsverträge für gemeindepolizeiliche Tätigkeiten abgeschlossen. Zudem wurden die Erträge für das WEF von "Support und HR" nach "Sicherheit und Ordnung" umgegliedert.
- 2 Die Auswertung von DNA-Proben bei Einbruchdiebstählen sind für die Aufklärung der Delikte elementar. Es findet eine Anpassung an die IST-Kosten der letzten Jahre statt.
- 3 Rückerstattung des Bundes für eine zusätzliche Stelle im Nachrichtendienst.

- 4 Die Erträge für das WEF wurden nach "Sicherheit und Ordnung" umgegliedert. Im Weiteren wurden die Rückerstattungen Armasuisse für die Switches der Kommunikationsgeräte reduziert.
- 5 Die Kosten für die interkantonale Polizeischule in Hitzkirch sind neu unter "Human Resources".
- 6 Die Erträge von der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch sind neu unter "Human Resources".
- 7 Die Kosten für die interkantonale Polizeischule in Hitzkirch sind neu unter "Human Resources".
- 8 Die Erträge von der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch sind neu unter "Human Resources".

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	511.0	531.6	528.7	-2.9	-0.6%

Ein Pensentransfer vom Dienstleistungszentrum des Personalamtes zur HR -Abteilung der Polizei wegen polizeilichen HR -Funktionen (welche durch das Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) nicht übernommen wurden) führt zu einer Erhöhung um 0.8 Vollstelle. Für die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben, welche durch die Polizei BL durch Leistungsvereinbarungen mit einzelnen Gemeinden übernommen wurde, erhöht sich der Bestand um 2.5 Vollstellen. Diese Personalkosten werden durch entsprechende Erträge refinanziert.

Die vom Bund finanzierte Aufstockung des Nachrichtendienstes im Bereich Terrorismusabwehr führt zu einer Erhöhung um 1.0 Vollstelle.

Abbau von 4.0 Stellen als finanzielle Strategiemassnahme der Regierung (Einbruchsprävention 1.0 Stelle, Verkehrsinstruktion 3.0 Stellen)

Abbau von 3.2 Sollstellen im Rahmen Aufbau ZID gemäss RRB 2013 -2046 per 01.01.15 in der ZID umgesetzt und bei der Polizei im Budget ebenfalls, jedoch nicht auf der Vollstellenplanung, was jetzt mit der Vollstellenplanung 2016 nachgezogen wird.

Jahresprogramm

2420.001 Einbrüche

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Ziel: Die Anzahl Einbrüche bleibt unter der Anzahl von 2'000 jährlich. Im Bereich der Kriminalität ist die Bekämpfung der Einbruchskriminalität die grösste Herausforderung für die Polizei Basel-Landschaft. Die erstmals 2014/2015 erfolgreich gefahrene Aktion Ladro sowie die neu eingesetzten technischen Einsatzmittel (precobs bspw.) sollen auch im 2015/2016 eingesetzt werden. Dabei gilt es, die gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der Dämmerungseinbrüche 2014/2015 in neue Aktionen einzubeziehen, um so die Einbruchszahlen unter 2'000 halten zu können.

2420.002 Aufklärungsquote bei Einbruchdiebstählen

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Ziel: Die Aufklärungsquote bei Einbruchdiebstählen liegt über dem Landesdurchschnitt (Basis PKS). Die zwischen Herbst 2014 und Frühjahr 2015 durchgeführte Aktion Ladro zielte sowohl darauf, die Täterschaft nach einem Einbruch festnehmen zu können, als auch darauf, mutmassliche Täter durch starke Kontrolltätigkeit von Taten abzuhalten. Zur Zeit arbeitet die Polizei Basel-Landschaft daran, eine Strukturermittlung bei der Einbruchskriminalität aufzubauen. Diese soll im Jahr 2016 operativ sein und ebenfalls die Verbesserung der Aufklärungsquote bei Einbruchdiebstählen bewirken.

2420.003 Strassenverkehrsunfälle

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Ziel: Die Anzahl Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden liegt im Vergleich zum Durchschnitt der letzten 5 Jahre bei Minus 3 %. In den letzten Jahren konnte eine stete Reduktion der Anzahl Verkehrsunfälle mit Personenschäden verzeichnet werden. Dieser Erfolg basiert unter anderem auf entsprechenden Kontrollen im Bereich der häufigsten Unfallursachen, namentlich Geschwindigkeitsverhalten, Unaufmerksamkeit und Zustand der Lenkenden. Die Polizei BL wird Ihre Anstrengungen insbesondere im präventiven Bereich entschlossen fortsetzen, um weitere Verminderungen der Anzahl der Verkehrsunfälle zu erreichen.

2420.004 Mobile Computing

Schwerpunktfeld: "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Ziel: Einführung von Mobile Computing. Mobile Computing hat zum Ziel, mittels mobiler Datenerfassung an der Front die Effizienz zu steigern und damit die Präsenz „auf der Strasse“ zu erhöhen. Im Jahr 2015 soll die Landratsvorlage erarbeitet und dem Kantonsparlament unterbreitet werden. Sofern der Landrat der Vorlage zustimmt, stehen die Jahre 2016 und 2017 im Zeichen der Realisierung und Einführung. Zu diesem Zweck wird ein Pilot aufgebaut und im Einsatz

getestet. Basierend auf den Ergebnissen des Pilots wird der flächendeckende iterative Rollout für das Jahr 2018 geplant.

Bereich Sicherheit 1

Zum Bereich Sicherheit 1 gehören die folgenden Organisationseinheiten:

Amt für Migration (Dienststelle 2430)

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (Dienststelle 2431)

Motorfahrzeugkontrolle (Dienststelle 2432)

In allen drei Dienststellen konnten Strategiemassnahmen geplant werden und der Zielsaldo wurde somit um CHF 0.2 Mio. übertroffen (Amt für Migration). Die Saldoverbesserung gegenüber dem Budget 2015 beträgt CHF 1.177 Mio.

Aufgrund des Spardrucks mussten die Kosten im Bereich Sach- und übriger Betriebsaufwand flächendeckend gesenkt und auf Leistungseinkäufe im Bereich Katastrophenvorsorge musste praktisch gänzlich verzichtet werden.

Die Kostenreduktion bei den Durchlaufenden Beiträgen ist saldoneutral infolge Rückerstattung durch den Bund (Kontengruppe 47).

Die Position der Kontengruppe 45 als auch die Zunahme beim Transferertrag werden auf Stufe Profitcenter erläutert.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	11'893'828	12'179'188	12'197'743	18'555	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	4'063'952	3'687'485	3'108'212	-579'273	-16%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'102'520	1'100'429	1'102'164	1'735	0%
34 Finanzaufwand	101'857	106'000	142'000	36'000	34%
36 Transferaufwand	247'004	246'400	261'250	14'850	6%
37 Durchlaufende Beiträge	1'715'020	1'410'000	1'222'713	-187'287	-13%
42 Entgelte	-11'311'099	-11'368'668	-11'504'743	-136'075	-1%
43 Verschiedene Erträge	-58'851	-16'700	-16'800	-100	-1%
44 Finanzertrag	-144'501	-141'369	-139'800	1'569	1%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG			-50'000	-50'000	X
46 Transferertrag	-4'432'187	-4'246'250	-4'730'888	-484'638	-11%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'715'020	-1'410'000	-1'222'713	187'287	13%
Total Aufwand	19'124'182	18'729'502	18'034'082	-695'420	-4%
Total Ertrag	-17'661'656	-17'182'987	-17'664'944	-481'957	-3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	1'462'525	1'546'515	369'138	-1'177'377	-76%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	101.6	106.9	105.9	-1.0	-0.9%

Abbau auf Grund der Strategiemassnahmen der Regierung:

Kreiskommando -0.5 Stellen

Fahrzeugzulassung 0.5 Stellen

2430 Amt für Migration

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Migration klärt und regelt die Anwesenheitsberechtigung von ausländischen Personen im Kanton Basel-Landschaft. Es wendet die Bestimmungen des Ausländergesetzes, des Asylgesetzes, des EU-Freizügigkeitsabkommens sowie der jeweiligen Verordnungen und Weisungen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'914'144	2'857'038	2'920'337	63'299	2%	
304	Zulagen	37'767	39'086	33'297	-5'789	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	556'018	569'790	574'863	5'073	1%	
309	Übriger Personalaufwand	3'228					
310	Material- und Warenaufwand	40'881	43'500	41'100	-2'400	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'430	2'000	1'500	-500	-25%	
313	Dienstleistungen und Honorare	357'699	316'100	272'409	-43'691	-14%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	25'428					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	14'154	13'000	13'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	31'356	20'000	20'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	678'173	134'700	323'697	188'997	140%	1
370	Durchlaufende Beiträge	808'409	1'180'000	992'713	-187'287	-16%	2
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'633'707	-2'313'700	-2'383'375	-69'675	-3%	
426	Rückerstattungen	-480					
429	Übrige Entgelte	-4'525					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	40					
440	Zinsertrag	-12	-500	-500	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-808'409	-1'180'000	-992'713	187'287	16%	2
	Total Aufwand	5'468'685	5'175'214	5'192'917	17'703	0%	
	Total Ertrag	-3'447'093	-3'494'200	-3'376'588	117'612	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'021'592	1'681'014	1'816'329	135'315	8%	

- Umstellung auf das Brutto-Prinzip bei der Berechnungsart von nicht gedeckten Haftkosten. Das Konto beinhaltet 20% Vorhalteleistungen für Haftplätze im Gefängnis Bässlergut.
- Der Bund vergütet die effektiv belegten Haftplätze im Gefängnis Bässlergut zu fixen Tagesansätzen. Das AFM mietet pauschal jährlich eine feste Anzahl Haftplätze. Erfahrungsgemäss beträgt die Abweichung für die fremdbestimmte Haftplatzbelegung bis zu 20%.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Migration	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	243'654	240'000	240'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-442'449	-207'000	-777'800	-570'800	-276%	1
Haftkosten Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-393'000	-295'650	-248'178	47'472	16%	
		Total Transferaufwand	243'654	240'000	240'000	0	0%	
		Total Transferertrag	-835'449	-502'650	-1'025'978	-523'328	-104%	
		Transfers (Netto)	-591'795	-262'650	-785'978	-523'328	-199%	

- Höhere Bundesentschädigung aufgrund verstärkter aktiver Rückkehrberatung im Asylbereich sowie Mehreinnahmen infolge Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.3	29.2	29.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2430.001 Präventionsmassnahmen gegen Jihadismus und islamistischen Extremismus

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

In den Bereichen Zulassung, Einreise und Aufenthalt werden Personen mit einem möglichen islamistischen Hintergrund aufgrund einer vertraulichen Länderherkunftsliste (d.h. Personen aus den Regionen Maghreb, Nord- und Ostafrika, Nordkaukasus, Mittlerer / Naher Osten und Südasien) mit den einschlägigen Polizei-Registern abgeglichen. Betroffene Personen werden durch den Staatsschutz gescannt. Im Einzelfall kann die Einreise, bzw. der Familiennachzug oder die weitere Anwesenheitsregelung durch das AFM abgelehnt, sistiert oder verzögert werden, um die erforderlichen Fakten zu erheben.

2431 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Dienststelle besorgt die vom Bund dem Kanton übertragenen Aufgaben des Militär- und Zivilschutzwesens, des Wehrpflichtersatzes, des Waffenplatzes, der wirtschaftlichen Landesversorgung, der Kantonalen Sicherheitskooperation sowie die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen des Bevölkerungsschutzes und des Kulturgüterschutzes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	81'188	84'600	64'500	-20'100	-24%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'360'994	4'392'780	4'439'267	46'488	1%	
304	Zulagen	53'419	47'729	44'123	-3'606	-8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	607'682	798'428	756'223	-42'205	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	46'948	24'500	23'000	-1'500	-6%	
310	Material- und Warenaufwand	157'061	186'515	116'515	-70'000	-38%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	344'901	600'015	203'960	-396'055	-66%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	7'410	1'000	1'200	200	20%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'059'027	913'255	792'551	-120'704	-13%	3
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	153'873	151'950	177'300	25'350	17%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	281'948	250'950	250'230	-720	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggeb	105'893	54'400	48'300	-6'100	-11%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	57'598	108'100	88'450	-19'650	-18%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	16'385	45'000	45'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'788					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'102'520	1'100'429	1'102'164	1'735	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	10'574	16'000	12'000	-4'000	-25%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen			60'000	60'000		X 4
370	Durchlaufende Beiträge	906'611	230'000	230'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-681					
424	Benützungsggebühren und Dienstleistungen	-26'234	-40'000	-40'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-57'106	-84'000	-53'560	30'440	36%	
426	Rückerstattungen	-179'368	-19'300	-19'300	0	0%	
427	Bussen	-80'510	-81'000	-82'000	-1'000	-1%	
429	Übrige Entgelte	-5'760	-21'000	-21'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-58'890	-16'700	-16'800	-100	-1%	
440	Zinsertrag	-881	-300	-300	0	0%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-20'263	-20'000	-15'000	5'000	25%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-123'331	-115'000	-115'000	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			-50'000	-50'000		X 5
470	Durchlaufende Beiträge	-906'611	-230'000	-230'000	0	0%	
	Total Aufwand	9'357'820	9'005'652	8'454'783	-550'868	-6%	
	Total Ertrag	-1'459'634	-627'300	-642'960	-15'660	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	7'898'186	8'378'352	7'811'823	-566'528	-7%	

- 1 Infolge von Strategiemassnahmen wird der Warenaufwand gekü rzt.
- 2 Die letztjährig budgetierte Ersatzbeschaffung " Boot für Oelwehr und Rheinrettung " fällt weg. Durch die Umsetzung von Strategiemassnahmen wird der Warenaufwand gesenkt.
- 3 Umsetzung RRB Beschluss Kürzung Dienstleistungen und Honorare als Strategiemassnahme.
- 4 Neue Position nicht baulicher Unterhalt von Liegenschaften für den Betrieb und Werterhaltung der neuen Trümmerpiste (Wegfall Standort Zivilschutzausbildung Langenbruck). Kostenbeitrag Basel -Stadt und Dritter für gemeinsame Nutzung mit CHF 30'000 eingestellt unter Transferertrag, Kontengruppe 461 Entschädigung von Gemeinwesen.
- 5 Für die Steuerung im Bereich Schutzraumbauten wird ein externer Planer beauftragt (Kosten im Konto Löhne nebenamtliche Mitarbeiter eingestellt). Da es sich um eine zweckgebundene Finanzierung handelt, werden die Gelder dem Schutzplatzfonds belastet.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Militär-, Unterhalt u. Vergütungen	460	Ertragsanteile von Dritten	-1'089'409	-1'100'000	-1'060'000	40'000	4%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-2'167'271	-2'212'600	-2'213'910	-1'310	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'910					
Zivilschutz und Schadenwehren	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-21'000	-21'000	-51'000	-30'000	-143%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-56'362	-130'000	-100'000	30'000	23%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'350	6'400	21'250	14'850	232%	
Total Transferaufwand			3'350	6'400	21'250	14'850	232%	
Total Transferertrag			-3'335'953	-3'463'600	-3'424'910	38'690	1%	
Transfers (Netto)			-3'332'603	-3'457'200	-3'403'660	53'540	2%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ölwehrmassnahmen auf Fliessgewässern	50	Sachanlagen	73'188					
Total Investitionsausgaben			73'188					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			73'188					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	40.3	43.0	42.5	-0.5	-1.2%

Abbau einer halben Stelle auf Grund der Strategiemassnahmen der Regierung beim Kreiskommando.

Jahresprogramm

2431.001 Gesetzesrevision Bevölkerungs- und Zivilschutz

Schwerpunktfeld "Natur- und Klimawandel" (Legislaturziel R-NK-1, Direktionsziel SID-NK-1)

Auf Grund von Teilrevisionen der eidgenössischen Gesetze über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz, des Kulturgüterschutzes sowie der Landesversorgung muss das kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz mit seiner Verordnung revidiert werden. Im Rahmen dieser Revision werden auch erkannte Optimierungsmassnahmen aus Einsätzen und Übungen in die kantonale Gesetzgebung aufgenommen.

Die Vorarbeiten werden im Jahre 2015 abgeschlossen. Im ersten Quartal 2016 soll das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden, damit der Landrat seine Beratungen im 2. Semester 2016 aufnehmen kann.

2431.002 Schutz Kritischer Infrastrukturen

Schwerpunktfeld "Natur- und Klimawandel" (Legislaturziel R-NK-1, Direktionsziel SID-NK-1)

Kritische Infrastrukturen stellen die Verfügbarkeit von wichtigen Gütern und Dienstleistungen wie zum Beispiel Energie, Verkehr oder Kommunikation sicher. Schwerwiegende Ausfälle können gravierende Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat nach sich ziehen. Die Stabsübungen SEISMO 12 (Erdbeben) und SVU 14 (Strommangellage) des Kantonalen Krisenstabes zeigten auf, dass ein kantonales Konzept mit zweckmässigen Massnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen fehlt. Im Jahre 2016 werden die Grundlagen für den planerischen Schutz der kritischen Infrastrukturen im Kanton Basel-Landschaft erarbeitet.

2432 Motorfahrzeugkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Motorfahrzeugkontrolle besorgt die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen Administration des motorisierten Strassenverkehrs sowie des Einzugs der eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben. Sie ist für das Inkasso der Verkehrssteuern zuständig.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'779'300	2'926'144	2'907'253	-18'891	-1%	
304	Zulagen	33'483	26'921	30'092	3'171	12%	
305	Arbeitgeberbeiträge	410'764	397'172	394'788	-2'384	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	8'893	15'000	10'000	-5'000	-33%	
310	Material- und Warenaufwand	417'787	461'000	412'000	-49'000	-11%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'086	20'000	6'000	-14'000	-70%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		5'000	3'000	-2'000	-40%	
313	Dienstleistungen und Honorare	198'697	191'000	137'000	-54'000	-28%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'710	10'000	5'000	-5'000	-50%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	19'825	10'000	10'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'161	15'000	25'000	10'000	67%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	73'263	130'000	110'000	-20'000	-15%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'420	5'000	5'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	91'283	90'000	70'000	-20'000	-22%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-6'895'663	-7'049'000	-7'255'840	-206'840	-3%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'306'790	-1'610'000	-1'480'000	130'000	8%	
426	Rückerstattungen	-29'488	-70'668	-70'668	0	0%	
429	Übrige Entgelte	-90'787	-80'000	-99'000	-19'000	-24%	
440	Zinsertrag	-14	-5'569	-9'000	-3'431	-62%	
	Total Aufwand	4'050'672	4'302'237	4'125'132	-177'104	-4%	
	Total Ertrag	-8'322'743	-8'815'237	-8'914'508	-99'271	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-4'272'070	-4'513'000	-4'789'376	-276'375	-6%	

1 Reduktion aufgrund der finanziellen Strategiemassnahmen der Regierung.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Motorfahrzeugkontrolle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-260'785	-280'000	-280'000	0	0%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-260'785	-280'000	-280'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-260'785	-280'000	-280'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.0	34.7	34.2	-0.5	-1.4%

Abbau einer halben Stelle auf Grund der Strategiemassnahmen der Regierung bei der Fahrzeugzulassung.

Jahresprogramm

2432.001 Zusammenarbeit mit den Kantonen Solothurn und Aargau

Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" (Legislaturziel R-SH-1)

Die Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit dem Kanton Solothurn (Thierstein/Dorneck) und dem Kanton Aargau (Fricktal) werden im Bereich Disposition der periodischen Fahrzeugprüfung und im Bereich der Fahrzeugzulassung geprüfert.

2432.002 Verstärkte Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt

Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" (Legislaturziel R-SH-1)

Um die Dienstleistungen im Bereich Fahrzeug- und Führerzulassung noch stärker auf die Bedürfnisse der Kundschaft auszurichten, verstärken die Motorfahrzeugkontrollen BL und BS sowie die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel ihre Zusammenarbeit. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, bis 2016 kundfreundliche Lösungen zu realisieren.

Bereich Sicherheit 2

Der Bereich Sicherheit 2 umfasst das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof und die Jugendanwaltschaft. Das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs. Die Jugendanwaltschaft ist in der Jugendstrafrechtspflege tätig.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	10'263'641	10'555'004	10'314'059	-240'944	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'046'944	3'379'592	3'189'592	-190'000	-6%
34 Finanzaufwand	1'342	2'200	2'200	0	0%
36 Transferaufwand	148'019	113'000	113'000	0	0%
42 Entgelte	-2'052'036	-2'278'630	-2'272'593	6'037	0%
43 Verschiedene Erträge	-4'886	-4'000	-7'000	-3'000	-75%
44 Finanzertrag	-122'056	-100'400	-100'400	0	0%
46 Transferertrag	-7'132'929	-8'404'340	-8'513'444	-109'104	-1%
Total Aufwand	13'459'946	14'049'796	13'618'851	-430'944	-3%
Total Ertrag	-9'311'907	-10'787'370	-10'893'437	-106'067	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	4'148'039	3'262'426	2'725'414	-537'011	-16%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	71.4	72.2	72.2	0.0	0.0%

2441 Jugendanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Jugendanwaltschaft untersucht Straftaten, die von Jugendlichen begangen worden sind. Sie beurteilt die Straftaten selbständig, ausser wenn es sich um Freiheitsstrafen von über 3 Monaten oder um stationäre Unterbringungen handelt. In den letztgenannten Fällen überweist sie diese dem Jugendgericht zur Beurteilung. Die Jugendanwaltschaft ist auch für den Vollzug der Strafen und Massnahmen zuständig. In den vergangenen Jahren hat sie ihre Präventionsarbeit wesentlich verstärkt und erweitert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'737'909	1'779'179	1'718'703	-60'476	-3%	
304	Zulagen	16'803	14'304	19'767	5'463	38%	
305	Arbeitgeberbeiträge	377'863	327'792	314'099	-13'693	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	1'692					
310	Material- und Warenaufwand	16'017	10'000	10'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	80'967	88'500	88'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützunggeb	10'641					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	23'823	15'000	15'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	23'271	2'500	2'500	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	859	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-85'483		-160'000	-160'000	X	1
426	Rückerstattungen	-14'679	-20'000	-20'000	0	0%	
427	Bussen	-12'307	-186'750	-20'000	166'750	89%	2
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-4'886	-4'000	-7'000	-3'000	-75%	
440	Zinsertrag	-5	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	2'289'845	2'238'275	2'169'569	-68'706	-3%	
	Total Ertrag	-117'359	-210'850	-207'100	3'750	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'172'485	2'027'425	1'962'469	-64'956	-3%	

- Die Erträge aus Gebühren wurden im 2015 irrtümlicherweise auf der Kostenart 427 (Bussen) budgetiert. Die Verbuchung in der Erfolgsrechnung im vergangenen Jahr stimmt jedoch. Nun erfolgt per 2016 eine Anpassung bzw. Erhöhung im 421 und Reduktion im 427.
- Vergleiche Kommentar zur Kostenart 421. Es erfolgt eine Verschiebung der Budgetwerte von 427 zu 421.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	13.6	13.6	13.6	0.0	0.0%

2442 Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene

Auftrag und Zielsetzungen

Der Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene, ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz. Er wendet sich an entwicklungsgefährdete, kriminelle, gewalttätige und süchtige junge Männer. Der Arxhof arbeitet mit dem Ansatz eines sozialtherapeutischen Milieus und mit den Grundsätzen der Selbsthilfe. Schwerpunkte der Resozialisierung bilden die verschiedenen sozialpädagogischen Lernfelder, die Psychotherapie sowie die Berufsausbildung in den Lehrbetrieben mit internem Berufsfachunterricht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'736'351	6'926'784	6'859'347	-67'437	-1%	
304	Zulagen	118'861	124'838	89'328	-35'510	-28%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'137'588	1'249'010	1'179'719	-69'291	-6%	
309	Übriger Personalaufwand	136'575	133'096	133'096	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	1'430'588	1'541'792	1'511'792	-30'000	-2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	175'730	271'500	271'500	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	157'014	120'000	120'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	655'126	849'300	709'300	-140'000	-16%	1
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	308'654	216'000	216'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	77'184	145'000	125'000	-20'000	-14%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	9'222					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	81'825	115'000	115'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-3'119	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	483	1'200	1'200	0	0%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-105'458	-110'000	-110'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'791'363	-1'959'880	-1'960'593	-713	0%	
426	Rückerstattungen	-42'747	-2'000	-2'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-72	-300	-300	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-121'980	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	11'022'083	11'698'520	11'336'282	-362'238	-3%	
	Total Ertrag	-2'061'619	-2'172'180	-2'172'893	-713	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'960'464	9'526'340	9'163'389	-362'951	-4%	

- 1 Minderaufwand Dienstleistung Dritter (Fremdarbeiten) in den Bereichen Forst und Gartenbau sowie im Untersuchungs-Bereich (UP).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Prävention Sucht und Gewalt	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	133'239	103'000	103'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'132'929	-8'404'340	-8'513'444	-109'104	-1%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	14'780	10'000	10'000	0	0%	
Total Transferaufwand			148'019	113'000	113'000	0	0%	
Total Transferertrag			-7'132'929	-8'404'340	-8'513'444	-109'104	-1%	
Transfers (Netto)			-6'984'910	-8'291'340	-8'400'444	-109'104	-1%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	57.8	58.6	58.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2442.002 Überprüfung Leistungsangebot und Konzept

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3)

Unter dem Titel "Arxhof 2017" überprüft die Leitung des Massnahmenzentrums Arxhof in Zusammenarbeit mit der Arxhofkommission das bestehende Konzept. Die Institution des Massnahmenzentrums muss sich in ihrem Leistungsangebot auf die Bedürfnisse und Erwartungen der einweisenden Behörden ausrichten, damit dieses auch genützt wird. In den Jahren 2015 und 2016 wird intensiv geprüft, ob Anpassungen am Leistungsangebot und allenfalls am Konzept des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof notwendig sind, um die gute Belegung der Institution auch in Zukunft zu sichern.

Bereich Staatsanwaltschaft

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	21'102'297	21'606'844	21'051'580	-555'264	-3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'165'219	5'999'500	6'286'500	287'000	5%
34 Finanzaufwand	86'770	80'000	80'000	0	0%
42 Entgelte	-11'187'352	-14'927'000	-14'477'000	450'000	3%
43 Verschiedene Erträge	-100'363				
44 Finanzertrag	-196	-2'000	-2'000	0	0%
Total Aufwand	28'354'286	27'686'344	27'418'080	-268'264	-1%
Total Ertrag	-11'287'910	-14'929'000	-14'479'000	450'000	3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	17'066'375	12'757'344	12'939'080	181'736	1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	144.1	149.4	149.4	0.0	0.0%

2450 Staatsanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Staatsanwaltschaft ist zuständig für Strafverfolgung und Anklage bei Verfahren gegenüber Erwachsenen. Sie leitet das Vorverfahren bis zur Anklageerhebung. Sie vertritt den Strafverfolgungsanspruch des Kantons Basel-Landschaft vor den Gerichten. Sie führt Einigungs- und Vergleichsverhandlungen. Die Vorverfahren werden mittels Anklageerhebung, Einstellung, Nichtanhandnahme und Strafbefehl abgeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft stellt eine Organisationseinheit dar, welche in Hauptabteilungen gegliedert ist. Sie wird von der Ersten Staatsanwältin geleitet. Die Hauptabteilungen werden von Leitenden Staatsanwältinnen bzw. Leitenden Staatsanwälten geleitet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	17'827'927	17'918'131	17'476'509	-441'621	-2%	
304	Zulagen	161'059	161'178	149'633	-11'545	-7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	3'078'592	3'417'535	3'345'437	-72'097	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	34'719	110'000	80'000	-30'000	-27%	
310	Material- und Warenaufwand	169'035	150'000	135'000	-15'000	-10%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	25'365	8'500	8'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'894'080	2'578'000	2'578'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'464	3'000	3'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	104'719	60'000	62'000	2'000	3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	70'704	100'000	100'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'264'775	2'300'000	2'600'000	300'000	13%	1
319	Verschiedener Betriebsaufwand	635'077	800'000	800'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	7'068	10'000	10'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	79'702	70'000	70'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'624'035	-5'850'000	-5'900'000	-50'000	-1%	
426	Rückerstattungen	-69'322	-75'000	-75'000	0	0%	
427	Bussen	-6'493'995	-9'002'000	-8'502'000	500'000	6%	2
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-100'363					
440	Zinsertrag	-196	-2'000	-2'000	0	0%	
	Total Aufwand	28'354'286	27'686'344	27'418'080	-268'264	-1%	
	Total Ertrag	-11'287'910	-14'929'000	-14'479'000	450'000	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	17'066'375	12'757'344	12'939'080	181'736	1%	

- 1 Erhöhung der Wertberichtigungen auf Forderungen aufgrund der Vergangenheitswerte, weil diese Position sich in den letzten Jahren stetig erhöht hat.
- 2 Reduktion der Erträge aus Bussen aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass weniger hohe Bussen ausgestellt werden müssen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	144.1	149.4	149.4	0.0	0.0%

**Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion**

BKSD

Beitrag zu strategischen Zielen

Universität Basel:

In ihrer 3. Leistungsperiode seit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft wird die Universität entlang der Strategie 2014–2021 ihr Angebot weiter profilieren. Schwerpunkte sind dabei vor allem die Life Sciences (Molekularbiologie, Biomedizin, Neurowissenschaften), die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung, die Bildungswissenschaften sowie die European and Global Studies. Durch den Leistungsauftrag werden die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“ unterstützt.

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW):

2016 ist das 2. Jahr der vierten Leistungsperiode der FHNW. Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2015–2017 wurden Ende 2014 von den vier Kantonsparlamenten beschlossen (LRV 2014-199, LRB 2368 vom 13. November 2014). Das primäre Ziel der FHNW in dieser vierten Leistungsauftragsperiode ist die Konsolidierung des Erreichten. Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, soll die FHNW weiterhin nach Fachbereichen differenziert moderat wachsen können. Mittels interdisziplinärer, strategischer Themenfelder möchte sich die FHNW überdies noch stärker als Innovationstreiberin für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region Nordwestschweiz profilieren. Der Bau des Campus Muttenz der FHNW wird fortgeführt. Diese Massnahme leistet einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“.

CSEM:

Mit den Beiträgen des Kantons Basel-Landschaft kann das CSEM im Rahmen seiner disziplinenübergreifenden Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien wie Polytronics und OLED (organische Lichttechnologien) für die lokale Wirtschaft erschliessen. Auf diese Weise erarbeitet das CSEM die erforderliche Expertise und den bedeutenden Wissensvorsprung, den es für die Entwicklung von sogenannten Technologieplattformen einsetzt. Auf dieser Basis unterstützt das CSEM Baselbieter KMU und die regionale Leitindustrie (Life Sciences) bei ihren Innovationsvorhaben. Darüber hinaus bietet das CSEM hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Kanton sowie Ausbildungsstellen für Lernende und Nachwuchsforschende. Der Landrat hat die Weiterführung der Beteiligung am CSEM Muttenz für die Jahre 2014–2018 beschlossen (LRV 2012-217, LRB NR. 1443 vom 19. September 2013). Damit stellt die Beteiligung am CSEM Muttenz eine wesentliche Massnahme zur Förderung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuer Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen gemäss Legislaturziel dar. Zudem entspricht die Forschungsausrichtung des CSEM der regierungsrätlichen Strategie von "Innovation und Wertschöpfung" und im speziellen der nachhaltigen Entwicklung.

Umsetzung Schuladministrationslösung SAL:

(Inhaltlich mit IT-Strategie Schulen und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig.) Mit der Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL) sollen die Schulen in ihrer täglichen Administrationsarbeit unterstützt und die kantonale Verwaltung mit Daten zur Steuerung der Schulen beliefert werden. In einer ersten Etappe werden die Schulen der Sekundarstufe I, die Gymnasien, die kantonale Verwaltung sowie optional mit eingeschränktem Funktionsumfang die Schulen in Trägerschaft der Gemeinden eingebunden. In einer zweiten Etappe sind eine Funktionserweiterung sowie gegebenenfalls die Einführung bei den Berufsfachschulen und ein möglicher Anschluss der Gemeindeschulen mit vollem Funktionsumfang vorgesehen. Der Start der Umsetzung (Landratsvorlage 2013/223) erfolgte anfangs 2014. Es wird davon ausgegangen, dass die Lösung in den oben genannten Organisationen in mehreren Schritten in den Jahren 2015 und 2016 eingeführt werden kann. Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet.

Umsetzung IT-Strategie Schulen:

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig.) In diesem Projekt geht es um die stufen- und bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen auf Basis eines Medienkonzeptes, welches im Schulprogramm festgehalten werden soll. Die IT-Strategie Schulen gilt verpflichtend für kantonale Schulen und formuliert Empfehlungen für die Gemeindeschulen. Das Projekt umfasst die Ausstattung der Schulen inklusive Beschaffung, Life Cycle Management, Services und strategischem Betriebsmodell der kantonalen Dienstleister für die Schulen. Die Umsetzung läuft ab dem Jahr 2015 in mehreren themenbezogenen Teilschritten. Mit der Umsetzung der IT-Strategie Schulen wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet. Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“. Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet.

Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft – Umsetzung und Marschhalt SEK I:

Die Einführung des neuen Lehrplans hat auf der Primarstufe mit dem Schuljahr 2015/2016 begonnen. Für die Sekundarstufe I soll die Umsetzung der Bildungsharmonisierung gemeinsam mit den wichtigsten Anspruchsgruppen

während eines Marschhalts überprüft und entsprechend angepasst werden. Dies geschieht im Sinn einer Auslegeordnung und der Ableitung von Entscheidungen und Konsequenzen daraus. Gleichzeitig werden der laufende Betrieb der Sekundarschulen und der Übertritt der Schülerinnen und Schüler aus der Primarstufe während der Zeit des Marschhalts mit hoher Qualität für die Schülerinnen und Schüler und mit gekläarter Planungssicherheit für die Schulen sichergestellt.

Dies trägt zur Stärkung der Strategie „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung; Implementierung des neuen Rahmenlehrplans Berufsmaturität:

Die nachhaltige Förderung der Berufsmaturität (BM) ist nach wie vor ein zentrales Anliegen zur Gewinnung starker Lernender für die Berufsbildung. Wie die Evaluation der in beiden Basel durchgeführten BM-Kampagne gezeigt hat, ist die BM bzw. sind die Chancen, die eine Berufslehre mit BM eröffnet, bei Jugendlichen und ihren Eltern, aber auch bei den an den Sekundarschulen unterrichtenden Lehrpersonen, noch viel zu wenig bekannt. Die Förderung der BM wird bikantonal neu in einer verbundpartnerschaftlich organisierten Gruppe mit den drei Wirtschaftsverbänden HKBB, WiKa und GV BS koordiniert.

Nachdem an den Berufsfachschulen unseres Kantons – in enger Kooperation mit den Berufsfachschulen von Basel-Stadt – der neue Berufsmaturitäts-Rahmenlehrplan auf Schuljahr 2015/16 erfolgreich implementiert wurde, werden ab 2016 auch die schriftlichen BM-Schlussprüfungen gemeinsam durchgeführt. Die Validierung der BM-Schlussprüfungen in den vier Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, SO, BL und BS) erfolgt unter der Leitung von BL.

Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt:

Die Instrumente für die Bedarfserfassung, Leistungsbemessung sowie zur Kostenermittlung sind erarbeitet. Eine vollständige Bedarfserfassung für die Personen mit Behinderung in den Wohnheimen, Tagesstätten und Werkstätten in Basel-Landschaft ist durchgeführt und mit den einheitlich erfassten Kosten dieser Institutionen verbunden (Ermittlung Taxpunktwert). Die Verteilung der Kosten und Bedarfsstufen sind bis Ende 2016 in einem Bericht an den Regierungsrat ausgewiesen. Das Gesetz über die Behindertenhilfe BL/BS ist vom Landrat und ggf. Volk im Laufe des Jahres 2016 beschlossen.

Gemeinsame Bedarfsplanung BS / BL der stationären und ambulanten Kinder- und Jugendhilfe:

Der Planungsbericht über die Leistungsangebote der stationären Kinder- und Jugendhilfe umfasst die Planungsperiode 2015 - 2017. Im Jahr 2016 erfolgen Schritte zur Umsetzung der neuen Bedarfsplanung. Zudem entwickelt der Kanton in Zusammenarbeit mit den relevanten Partnerinnen und Partnern Perspektiven für die mittel- bis langfristige Entwicklung der ambulanten und stationären Angebote im Kanton.

Entwicklungskonzept Augusta Raurica:

Das Entwicklungskonzept Augusta Raurica, das die Zukunftsperspektiven der Gemeinde Augst und der Römerstadt aufzeigt, wird in seinen grundsätzlichen Zielsetzungen auf die Machbarkeit hin geprüft. Weiter wird ein Grobkonzept entwickelt. In Teilprojekten werden die Grundlagen für eine koordinierte Verkehrserschliessung des Raumes Augst in Koordination mit dem strategischen Entwicklungsareal Salina Raurica und für eine Siedlungsentwicklung im Augster Oberdorf entwickelt. Das Teilprojekt "Bauen über Ruinen" wird geprüft. Ausserdem entsteht ein Konzept für die etappenweise museale Entwicklung von Augusta Raurica. Die Massnahmen tragen zu den strategischen Schwerpunkten "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität), "Auftritt und Kooperation" (Standortattraktivität) und "Innovation und Wertschöpfung" bei.

Individuelle Beratung:

Das Sportamt verstärkt seine individuellen Beratungsleistungen für die Sportvereine, Sportverbände, Schulen und Gemeinden. Durch die kompetenten und bedarfsgerechten Beratungsleistungen profitieren alle Anspruchsgruppen. Insbesondere wird die ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit gezielt gestärkt.

Gesamtübersicht Budget

Das Budget der BKSD ist durch folgende Faktoren stark geprägt:

- Das Budget 2016 wird durch die Finanzstrategie der Regierung zur Behebung des strukturellen Defizits stark beeinflusst. Bereits 2016 werden folgende öffentlich publizierte Strategiemassnahmen in der BKSD umgesetzt oder eingeplant, um in der politischen Diskussion konkretisiert zu werden:

BKSD-OM-1: Verstetigung Erhöhung Pflichtlektionen Sek-Stufe 1, Gym und FMS (P2507/P2508/P2510)

BKSD-OM-3: Restriktive Steuerung des separativen Angebotes der Speziellen Förderung

- (P2506)
- BKSD-WOM-1: Abbau von 2 Stellen im AVS (P2506)
- BKSD-WOM-2: Reduktion Leistungsangebot in der FEBL (P2503)
- BKSD-WOM-4: Restriktive Steuerung separate Sonderschulung (P2506/P2507/P2511)
- BKSD-WOM-5: Reduktion Kulturförderung BL (P2512)
- BKSD-WOM-8: Reduktion Freifachangebot an den Gymnasien (P2508)
- BKSD-WOM-9: Reduktion Beitrag an Spitalschulen um 20% (P2506)
- BKSD-WOM-10: Streichung Reisekostenbeitrag Berufsschüler und -schülerinnen ausserkantonale (P2510)
- BKSD-WOM-12: Reduktion Behindertenbereich 1% (P2511)
- BKSD-WOM-14: Überführung der BVS 2 in einjähriges Brückenangebot (P2510)
- BKSD-WOM-19: Entwicklung und Aufbau einer Zugangssteuerung zu WMS und FMS (P2508/P2510)
- BKSD-WOM-21: Streichung Lageraufstockung SEK I und Sek II (P2507/P2508)
- BKSD-WOM-22: Streichung Lehrabschlussprüfungs-Checks (P2509)
- BKSD-WOM-24: Abbau von Ferien- Überzeitguthaben (div. Profit Center)
- BKSD-WOM-25: Abschaffung der budgetierten Betriebsanlässe (CHF 100 pro Person und Jahr) (alle Profit Center)
- BKSD-WOM-26: Kantonsbibliothek: Erhöhung der Nutzungsgebühr (P2512)

Neben Reduktionen, die technisch an einer Position im Budget 2016 festzumachen sind, zeigt sich der Leistungsabbau mehrheitlich über verschiedene Kontengruppen oder über mehrere Profitcenter verteilt. Die Kommentierung in den Profitcentern erfolgt aber nur bei Abweichungen gegenüber dem Budget 2015, die kommentierungspflichtig sind.

- Dir-WOM-1: Reduktion Material- und Warenaufwand um 5%
- Dir-WOM-4: Kürzung Dienstleistungen und Honorare um 25%

Diese beiden Strategiemassnahmen sowie die Vorgabe zur Informatikplanung erfordern komplexe und einschneidende Anpassungen in praktisch allen Profitcentern. Da eine Vielzahl von Einzelpositionen davon betroffen sind, wird in den einzelnen Profitcentern die pflichtmässige Kommentierung pauschal angegeben. Gegenüber dem Budgetwert 2015 wird die Reduktion im Material- und Warenaufwand vollständig umgesetzt. Unter die Massnahme "Dienstleistung und Honorare" fallen alle Expertentätigkeiten in den Berufsfachschulen und den Gymnasien im Zusammenhang mit den Abschlussprüfungen. Da diese nicht reduziert werden können, resultiert bei dieser Massnahme nur eine Reduktion von 17.51% statt 25%. Die Differenz wurde jedoch durch weitere Massnahmen kompensiert.

Die grössten Veränderungen im Budget der BKSD sind durch folgende Faktoren geprägt:

Personalaufwand:

- Im Jahr 2016 ist die organisatorische Umsetzung der dreijährigen Sekundarschule vollständig erfolgt. Dies führt im Personalaufwand zu einer deutlichen Reduktion.

Sachaufwand:

- Alle Bereiche des Sachaufwands, welche nicht gebunden sind (Lehrmittel, refinanzierter Sachaufwand der SBMV), wurden über die vom Regierungsrat beschlossenen Strategiemassnahmen wesentlich reduziert.

Transferaufwand

- Die Tranchen an die Universität Basel, die Fachhochschule (FHNW), die aprentas und die Effekte der Freizügigkeit in den Schulabkommen mit den anderen Kantonen führen zu einem Kostenwachstum.

Des Weiteren belastet der Beschluss 2015-037 zur Verdoppelung der Beiträge an die überbetrieblichen Kurse die BKSD finanziell zusätzlich.

Für die Abnahme im Transferbereich insgesamt sind die Positionen zur Ausfinanzierung der Forderungen der BLPK (Budgetantrag 2014-250_01-09) verantwortlich, da diese mit der vollständigen Rückstellung der Forderungen in der Rechnung 2014 nicht mehr beansprucht werden.

Transferertrag

- Die Mindereinnahmen können im Wesentlichen auf folgende zwei Gründe zurückgeführt werden: Im Bereich des Regionalen Schulabkommens (RSA) ist die Reduktion mit dem Systemwechsel (6/3) in der Sekundarstufe I zu erklären. Weiter hat der Kanton Solothurn entschieden, ab Sommer 2016 keine neuen Schülerinnen und Schüler an die Wirtschaftsmittelschule des Bildungszentrums kvBL zu entsenden.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	302'024'664	288'607'903	273'325'472	-15'282'431	-5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	36'153'548	37'620'091	34'852'642	-2'767'449	-7%
34 Finanzaufwand	32'830	12'503	15'080	2'577	21%
36 Transferaufwand	540'608'028	555'251'916	552'471'172	-2'780'744	-1%
37 Durchlaufende Beiträge	3'061'116	3'085'000	4'364'499	1'279'499	41%
42 Entgelte	-7'353'991	-7'047'220	-7'244'980	-197'760	-3%
43 Verschiedene Erträge	-820'121	-193'000	-227'000	-34'000	-18%
44 Finanzertrag	-15'252	-10'430	-10'340	90	1%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-161'669	-168'250	-176'150	-7'900	-5%
46 Transferertrag	-54'141'256	-55'040'692	-53'529'441	1'511'251	3%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'061'116	-3'085'000	-4'364'499	-1'279'499	-41%
Total Aufwand	881'880'187	884'577'413	865'028'865	-19'548'548	-2%
Total Ertrag	-65'553'404	-65'544'592	-65'552'410	-7'818	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	816'326'782	819'032'821	799'476'455	-19'556'366	-2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	412.1	412.9	415.0	2.2	0.5%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	1'484.8	1'280.0	1'274.0	-6.0	-0.5%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	1'896.9	1'692.9	1'689.0	-3.9	-0.2%

Ab Schuljahr 2015/2016 dauert die Sekundarschule neu 3 Jahre (6/3). Dieser Effekt wurde bereits mit der Angabe der Vollstellen der Lehrpersonen im 2015 berücksichtigt. Bei den Gymnasien reduzieren die Einführung des vierjährigen Gymnasiums per 2014/2015 die jährliche Lektionenzahl und die Massnahme "Reduktion Freifachangebot" die Vollstellen. In den Berufsfachschulen wurde die Kurs- und Klassenbildung weiter optimiert.

Die Sollstellen des Verwaltungspersonals werden gemäss den Vorlagen SAL(1) und IT -Strategie Schulen (3.7) für den Betrieb aufgestockt. Eine zusätzliche Stelle ist für die HR -Beratung der Schulen im Rahmen des Projekts NOP (neue Organisation Personal) vorgesehen. Im Zusammenhang mit den Strategiemassnahmen resultiert eine Reduktion von 3.5 Vollstellen.

2500 Generalsekretariat BKSD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat BKSD unterstützt als Stabsorganisation die Direktionsvorsteherin in der Führung der Direktion und koordiniert die Geschäfte zur Sicherstellung des zielkonformen Handelns der Direktion. Zudem erbringt es Querschnittsaufgaben für die Dienststellen und koordiniert die direktionsübergreifende Zusammenarbeit. Insbesondere erbringt es folgende Aufgaben:

- die Bewirtschaftung der Regierungs- und Landratsgeschäfte der Direktion.
- die interne und externe Kommunikation der Direktion.
- die Finanzplanung und Budgetprozess der Direktion.
- das finanzielle und betriebliche Rechnungswesen, die zentrale Buchführung der Direktion sowie das interne Kontrollsystem (IKS) im Finanzbereich.
- die Raum- und Infrastrukturplanung für die gesamte Direktion inklusive der Schulen in kantonaler Trägerschaft.
- die Bewirtschaftung der interkantonalen Schulabkommen.
- die Unterstützung der Dienststellen, Schulleitungen und Schulräte in Fragen der Personalrekrutierung, -führung und -entwicklung.
- die Rechtsetzungsarbeiten der Direktion, die Entscheid- und Beschwerdeinstruktion sowie die aktive Pflege der Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Kultur und Schulen sowie die Unterstützung der Dienststellen und Schulen in Rechtsfragen.
- die Planung, Koordination und Betreuung inklusive Beschaffung, Support und Betrieb der Informatik der kantonalen Schulen, die Entwicklung von IT-strategischen Vorgaben im Schulbereich.
- Die Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen und der Bildungsentwicklung und -planung, schweizerische Bildungsmonitorings, Bildungsstatistik und -prognostik sowie Bildungsberichte. Mit der Übergabe des Projektes Bildungsharmonisierung zur Umsetzung in die Linie verbleiben beim Stab Bildung noch die Verantwortung für die Verpflichtungskredite zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung sowie Koordinationsaufgaben.
- die Fachführung im Rahmen der Trägerschaftsverantwortung für die Hochschulen sowie strategische Fragen der Hochschulentwicklung, der Forschungs- und Innovationspolitik sowie die Bearbeitung hochschulpolitischer Fragestellungen und deren Koordination zwischen Bund, interkantonalen Gremien und kantonalen Behörden. Zusätzlich wird in Bezug auf die Themen Innovation und Forschung ein Beitrag zu günstigen Rahmenbedingungen geleistet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	216'789	372'850	278'450	-94'400	-25%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'418'343	5'939'888	6'486'638	546'750	9%	2
304	Zulagen	69'465	70'408	53'927	-16'481	-23%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'133'069	1'175'981	1'223'256	47'275	4%	
309	Übriger Personalaufwand	157'512	323'000	286'380	-36'620	-11%	
310	Material- und Warenaufwand	44'942	52'000	46'000	-6'000	-12%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'829'673	1'095'047	1'385'502	290'455	27%	3
313	Dienstleistungen und Honorare	771'689	865'696	843'119	-22'577	-3%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	386'614	696'669	884'833	188'164	27%	4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützunggeb	26'991	28'000	28'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	99'975	110'670	100'000	-10'670	-10%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'447					
341	Realisierte Kursverluste	180					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	50					
424	Benützunggebühren und Dienstleistungen	-11'306	-12'000		12'000	100%	
425	Erlös aus Verkäufen	-7'900	-5'000		5'000	100%	
440	Zinsertrag	-13					
	Total Aufwand	11'158'738	10'730'209	11'616'106	885'897	8%	
	Total Ertrag	-19'219	-17'000		17'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	11'139'519	10'713'209	11'616'106	902'897	8%	

- 1 Aus dem EP 12/15 wurde die Streichung der im 2016 stattfindenden Vollversammlung der Amtlichen Kantonalkonferenz beschlossen.
- 2 4.7 (1/3.7) Stellen zusätzlich für die wiederkehrenden Aufgaben zu den Projekten SAL (2013 -176) und IT-Strategie (2013-223). Zudem wird eine Stelle ICT Pädagogik aus der FEBL in die Direktionsinformatik transferiert. Eine zusätzliche Stelle ist für die HR-Beratung der Schulen im Rahmen des Projekts NOP (neue Organisation Personal) vorgesehen.
- 3 Der in der LRV 2013-176 ausgewiesene Betriebsaufwand für die IT-Strategie Schulen wird im Budget 2016 erstmals aufgenommen.
- 4 Der in der LRV 2013-223 ausgewiesene Betriebsaufwand für die SAL wird im Budget 2016 erstmals aufgenommen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
EDK Beiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	335'883	391'000	340'500	-50'500	-13%	1
Beiträge an Institutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	85'000	85'000	85'000	0	0%	
Universität Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	159'900'000	161'900'000	164'000'000	2'100'000	1%	2
FHNW	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	65'686'090	63'674'000	64'203'000	529'000	1%	3
CSEM Forschungszentrum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'000'000	3'000'000	3'000'000	0	0%	
Total Transferaufwand			229'006'973	229'050'000	231'628'500	2'578'500	1%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			229'006'973	229'050'000	231'628'500	2'578'500	1%	

- 1 Der Beitrag an die EDK basiert auf Erfahrungswerten.
- 2 Abweichung aufgrund Tranchierung gemäss LRV 2013 -282.
- 3 Abweichung aufgrund Tranchierung gemäss LRV 2014 -199.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK SAL Schuladministrationslösung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'103					
VK Leistungsauftrag an die FHNW 2012-14	36	Transferaufwand	65'686'090					
VK Ums. IT-Strategie Schulen; 2014-2019	30	Personalaufwand	31'097	300'000	300'000	0	0%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	59	1'469'000	1'655'000	186'000	13%	1
		Total	31'156	1'769'000	1'955'000	186'000	11%	
VK Umsetz. SAL 2013-2016	30	Personalaufwand	183'514	680'000	319'191	-360'809	-53%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'640'381	1'113'000	945'000	-168'000	-15%	2
		Total	1'823'895	1'793'000	1'264'191	-528'809	-29%	
VK CSEM Forschungszentrum 2014-2018	36	Transferaufwand	3'000'000	3'000'000	2'000'000	-1'000'000	-33%	3
VK Leistungsauftrag Uni Basel 2014-2017	36	Transferaufwand	159'900'000	161'900'000	164'000'000	2'100'000	1%	4
VK CSEM Drittmittelquote 2016-2018	36	Transferaufwand			1'000'000	1'000'000		X3
VK Leistungsauftrag an die FHNW 2015-17	36	Transferaufwand		63'674'000	64'203'000	529'000	1%	5
VK ICT Primar	30	Personalaufwand		160'000	90'000	-70'000	-44%	

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'111					
		Total	3'111	160'000	90'000	-70'000	-44%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			230'447'355	232'296'000	234'512'191	2'216'191	1%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			230'447'355	232'296'000	234'512'191	2'216'191	1%	

- 1 Gemäss LRV 2013-176.
- 2 Gemäss LRV 2013-223; Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-4).
- 3 Gemäss LRV 2012-217
- 4 Gemäss LRV 2013-282
- 5 Gemäss LRV 2014-199

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	50.6	45.3	52.0	6.7	14.8%

4.7 (1/3.7) Stellen zusätzlich für die wiederkehrenden Aufgaben zu den Projekten SAL (2013 -176) und IT-Strategie (2013-223). Zudem wird eine Stelle ICT Pädagogik aus der FEBL in die Direktionsinformatik transferiert. Eine zusätzliche Stelle ist für die HR-Beratung der Schulen im Rahmen des Projekts NOP (neue Organisation Personal) vorgesehen.

Jahresprogramm

2500.002 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

2016 ist das 2. Jahr der vierten Leistungsperiode der FHNW. Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2015–2017 wurden Ende 2014 von den vier Kantonsparlamenten beschlossen (LRV 2014-199, LRB 2368 vom 13. November 2014). Das primäre Ziel der FHNW in dieser vierten Leistungsauftragsperiode ist die Konsolidierung des Erreichten. Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, soll die FHNW weiterhin nach Fachbereichen differenziert moderat wachsen können. Mittels interdisziplinärer, strategischer Themenfelder möchte sich die FHNW überdies noch stärker als Innovationstreiberin für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region Nordwestschweiz profilieren. Der Bau des Campus Muttenz der FHNW wird fortgeführt. Diese Massnahme leistet einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“.

2500.003 Universität Basel

In ihrer 3. Leistungsperiode seit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft wird die Universität entlang der Strategie 2014–2021 ihr Angebot weiter profilieren. Schwerpunkte sind dabei vor allem die Life Sciences (Molekularbiologie, Biomedizin, Neurowissenschaften), die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung, die Bildungswissenschaften sowie die European and Global Studies. Durch den Leistungsauftrag werden die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“ unterstützt.

2500.004 CSEM

Mit den Beiträgen des Kantons Basel-Landschaft kann das CSEM im Rahmen seiner disziplinenübergreifenden Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien wie Polytronics und OLED (organische Lichttechnologien) für die lokale Wirtschaft erschliessen. Auf diese Weise erarbeitet das CSEM die erforderliche Expertise und den bedeutenden Wissensvorsprung, den es für die Entwicklung von sogenannten Technologieplattformen einsetzt. Auf dieser Basis unterstützt das CSEM Baselbieter KMU und die regionale Leitindustrie (Life Sciences) bei ihren Innovationsvorhaben. Darüber hinaus bietet das CSEM hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Kanton sowie Ausbildungsstellen für Lernende und Nachwuchsforschende. Der Landrat hat die Weiterführung der Beteiligung am CSEM Muttenz für die Jahre 2014–2018 beschlossen (LRV 2012-217, LRB NR. 1443 vom 19. September 2013). Damit stellt die Beteiligung am CSEM Muttenz eine wesentliche Massnahme zur Förderung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuer Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen gemäss Legislaturziel dar. Zudem entspricht die Forschungsausrichtung des CSEM der regierungsrätlichen Strategie von "Innovation und Wertschöpfung" und im speziellen der nachhaltigen Entwicklung.

2500.005 Umsetzung Schuladministrationslösung SAL

(Inhaltlich mit IT-Strategie Schulen und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig) Mit der Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL) sollen die Schulen in ihrer täglichen Administrationsarbeit unterstützt und die kantonale Verwaltung mit Daten zur Steuerung der Schulen beliefert werden. In einer ersten Etappe werden die Schulen der Sekundarstufe I, die Gymnasien, die kantonale Verwaltung sowie optional mit eingeschränktem Funktionsumfang die Schulen in Trägerschaft der Gemeinden eingebunden. In einer zweiten Etappe sind eine Funktionserweiterung sowie gegebenenfalls die Einführung bei den Berufsfachschulen und ein möglicher Anschluss der Gemeindeschulen mit vollem Funktionsumfang vorgesehen. Der Start der Umsetzung (Landratsvorlage 2013/223) erfolgte anfangs 2014. Es wird davon ausgegangen, dass die Lösung in den oben genannten Organisationen in mehreren Schritten in den Jahren 2015 und 2016 eingeführt werden kann. Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet.

2500.006 Umsetzung IT-Strategie Schulen

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig) In diesem Projekt geht es um die stufen- und bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen auf Basis eines Medienkonzeptes, welches im Schulprogramm festgehalten werden soll. Die IT-Strategie Schulen gilt verpflichtend für kantonale Schulen und formuliert Empfehlungen für die Gemeindeschulen. Es umfasst die Ausstattung der Schulen inklusive Beschaffung, Life Cycle Management, Services und strategischem Betriebsmodell der kantonalen Dienstleister für die Schulen. Die Umsetzung läuft ab dem Jahr 2015 in mehreren themenbezogenen Teilschritten. Mit der Umsetzung der IT-Strategie Schulen wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet. Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“. Die Koordination der aktuellen ICT-Vorlagen im Bildungsbereich wird durch eine übergeordnete Programmleitung „Informatik Schulen Baselland IT.sbl“ gewährleistet.

2500.007 ICT Primarschule

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und IT-Strategie Schulen zusammenhängend, formal unabhängig.) Der Landrat hat am 10. April 2014 die Einführung von ICT und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt ab der 3. Primarklasse, verpflichtend ab Schuljahr 2015/16 beschlossen. Zur Gewährleistung des Pädagogischen Supports ICT wird der Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,1 Mio. CHF (2014-2020) für eine Anstellung im Umfang von ca. 70% während dieser Jahre eingesetzt.

Mit der ICT Primarschule wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet. Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Schwerpunkte „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“.

2501 Schulabkommen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Profitcenter Schulabkommen umfasst mehrere interkantonale Schulabkommen. Es sind dies:

- Regionales Schulabkommen Nordwestschweiz (RSA)
- Fachschulvereinbarung (FSV)
- Höhere Fachschulvereinbarung (HFSV)
- Fachhochschulvereinbarung (FHV)
- Berufsfachschulvereinbarung (BFSV)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV)

Diese Abkommen ermöglichen den Einwohnerinnen und Einwohnern aus den Vereinbarungskantonen, Schulen, Studiengänge oder Ausbildungen in einem anderen Abkommenskanton ohne finanzielle Nachteile zu besuchen. Mit den Abkommen werden einheitliche Kantonsbeiträge der Abkommenskantone festgelegt. Auszubildende aus den Abkommenskantonen sind solchen aus dem Standortkanton rechtlich gleichgestellt, insbesondere hinsichtlich Aufnahme, Promotion, Ausschluss sowie Schul- bzw. Studiengebühren. Die FHV regelt auch den interkantonalen Lastenausgleich, die Freizügigkeit für Studierende sowie die Optimierung des Fachhochschulangebots. Sie trägt zu einer koordinierten schweizerischen Hochschulpolitik bei.

Zudem beinhaltet das Profitcenter Schulabkommen die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Kosten des Privatschulbesuchs innerhalb der obligatorischen Schulzeit. Die Erziehungsberechtigten werden durch einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 2'500 unterstützt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	85					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	14'725					
	Total Aufwand	14'810					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'810					

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Privatschulbesuche	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'391'030	3'735'475	3'725'000	-10'475	0%	
Schulabkommen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	60'647'092	59'864'858	63'055'996	3'191'138	5%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-30'728'822	-30'877'056	-29'452'041	1'425'015	5%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-9'742					
Total Transferaufwand			64'038'122	63'600'333	66'780'996	3'180'663	5%	
Total Transferertrag			-30'738'564	-30'877'056	-29'452'041	1'425'015	5%	
Transfers (Netto)			33'299'558	32'723'277	37'328'955	4'605'678	14%	

- 1 Für die Mehrausgaben können hauptsächlich diese Gründe angeführt werden:

Es ist mit einer Zunahme von zehn Baselbieter Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschulen und 15 Schülerinnen und Schüler der Gymnasien an einer Schule in BS zu rechnen. Daraus und anhand der aktuellsten Zahlen anderer Angebote resultieren im Bereich des Regionalen Schulabkommens (RSA) Mehrausgaben von rund CHF 600'000. Anhand der aktuellen Zahlen und einem schweizweit prognostizierten weiteren Anstieg der Studierendenzahlen ist im Bereich der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) mit einem Wachstum von rund CHF 800'000 zu rechnen.

Im Bereich der Fachhochschulvereinbarung (FHV) steigen die Studierendenzahlen. Zudem verursachen die Durchführung von neuen Masterstudiengängen Mehrkosten. Zusammen mit der Erhöhung der FHV -Tarife ergeben sich Mehrausgaben von rund CHF 800'000.

Bei den mittels Höherer Fachschulvereinbarung finanzierten Ausbildungsgängen der Sozialpädagogik werden 15 zusätzliche Studierende erwartet. Mehrkosten: CHF 200'000.

Die Erhöhung des Berufsfachschulvereinbarungs -Tarifs (um CHF 2'700 Vollzeit; um CHF 200 Teilzeit) im Sommer 2016 verursacht Mehrkosten von rund CHF 400'000.

Die Zunahme von 30 Lernenden in den Berufen Fachleute Betreuung EFZ und Fachleute Bewegungs- und Gesundheitsförderung EFZ, welche Berufsfachschulen in Basel -Stadt besuchen, verursachen Mehrkosten von CHF 230'000.
- 2 Die Mindereinnahmen können im Wesentlichen auf folgende zwei Gründe zurückgeführt werden:

Im Bereich des Regionalen Schulabkommens (RSA) sind ca. 1 Mio. CHF durch den Systemwechsel der Sekundarstufe I zu erklären. Durch die Reduktion von vier auf drei Sek I -Schuljahre (Harmos) fällt auch ein Viertel der Einnahmen in diesem Bereich weg.

Weiter hat der Kanton Solothurn entschieden, ab Sommer 2016 keine neuen Schülerinnen und Schüler an die Wirtschaftsmittelschule des Bildungszentrums kvBL zu entsenden.

2502 Projekte im Schulsektor

Auftrag und Zielsetzungen

Dieses Profitcenter bildet die strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen, vom Kindergarten bis zum Abschluss der Sekundarstufe II, ab. Sowohl der reguläre Kredit "Projekte im Schulsektor" als auch die Verpflichtungskredite werden insbesondere für die Umsetzung der Beschlüsse zur Bildungsharmonisierung unter Berücksichtigung der Auslegeordnung und der Entscheide aus dem Marschhalt SEK I eingesetzt (2009-351; Landratsbeschlüsse vom 17. Juni 2010 sowie des Soveräns vom 26. September 2010; BKSD 4). Die Vorlage „Integrative Schulung an der Volksschule“ (2013-284) mit einem Entwurf der Änderung des Bildungsgesetzes zur Strukturoptimierung der Speziellen Förderung und der Sonderschulung wurde vom Landrat am 12. Juni 2014 zurückgewiesen. Ein entsprechend überarbeiteter Entwurf der Vorlage bildet eine Grundlage für die Festlegung des weiteren Vorgehens zur Optimierung der Steuerung. Daran anschliessend und mit Blick auf das Erreichen / Bewahren einer Abschlussquote von mindestens 95% der 25-jährigen der Sekundarstufe II sollen Angebotslücken nach der obligatorischen Schule für Jugendliche und Erwachsene mit Leistungseinschränkungen im Sinne der stufenübergreifenden Stimmigkeit der integrativen Ausrichtung der "Laufbahn Schule" geschlossen werden unter Berücksichtigung bestehender Angebote. Das Sprachenkonzept ist Taktgeber für die Einführung der Strukturrevision gemäss HarmoS-Konkordat ab Schuljahr 2012/13, aufsteigend mit den Schülerinnen und Schülern der 3. Klassen. Diese Schülerinnen und Schüler werden im Schuljahr 2015/16 ins 6. Primarschuljahr übertreten und den Abschluss der Sekundarschule Ende Juni 2019 erreichen und in die nachobligatorische Sekundarstufe II übertreten. Zur möglichst stimmigen Gestaltung der Bildungslaufbahn gehört, dass die Brückenangebote in Verbindung mit Basel-Stadt für einen Teil dieser Schülerinnen und Schüler hinsichtlich Bedarf und Optimierungsmöglichkeiten überprüft werden.

Die einzelnen Schulen und Lehrpersonen werden bei der guten Bewältigung der grossen Aufgabe der Strukturumstellung unterstützt. Die Chance, die Schulen für Schülerinnen und Schüler tragfähiger zu machen und integrativer zu gestalten, einen Unterricht auf aktuellem fachdidaktischen Stand sicherzustellen sowie eine auf Selbstständigkeit und Zusammenarbeit angelegte Lernkultur im Hinblick auf das Lebenslange Lernen zu fördern, soll dabei genutzt werden.

Für die gute Umsetzung der Beschlüsse der Bildungsharmonisierung bis 2019 wurden den Kindergärten und Primarschulen 9,45 Mio. CHF und den Sekundarschulen 8,17 Mio. CHF (gesamthaft 17.6 Mio. CHF) zweckgebunden aus den Verpflichtungskrediten zur Verfügung gestellt. Gemäss den unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen der einzelnen Schulen werden diese Zusatzmittel für den Umsetzungsauftrag bis 2019 mit lokalen im Schulprogramm abgestimmten Prioritäten genutzt. Der Einsatz dieser Mittel wird in einer Balance zwischen Betriebssicherung und Planungssicherheit der Schulen in ihrer professionellen Mehrjahresplanung einerseits und den Anforderungen des Marschhalts SEK I andererseits kontinuierlich überprüft und angepasst.

Der Bildungsrat hat den Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft am 26. November 2014 grundsätzlich beschlossen und für die Primarstufe auf Schuljahr 2015/16 in Kraft gesetzt. Für die Sekundarschule muss der bisherige Stufenlehrplan Sekundarschule im Sinne des Marschhalts SEK I in Form einer Übergangsregelung zur Betriebssicherung mit den Zielen hoher Qualität für die ab 2016/2017 übertretenden Schülerinnen und Schüler und der professionell notwendigen Planungssicherheit für die Sekundarschulen angepasst werden. Im Schuljahr 2015/16 werden erstmals alle Schülerinnen und Schüler der 6. Primarschule den Check P 6 in Deutsch, Mathematik und Französisch absolvieren, fakultativ ist das Modul für „Mensch, Natur und Gesellschaft“ mit praktisch-kreativen Aufgabenstellungen („Explore-it“).

Das auf vier Jahre verlängerte Gymnasium setzt mit den Schülerinnen und Schülern ein, welche im Schuljahr 2014/15 in die ersten Klassen eintreten.

Die Bildungsharmonisierung und der Marschhalt SEK I steuert damit einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei. Vor allem die Zielsetzungen „Entwicklung eines Bildungssystems“ und „Vergleichbare und durchlässige Gestaltung des Bildungsangebots“ werden dadurch eingelöst. Zu erwarten ist, dass der Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler mit dem Volksschulabschluss sukzessive verbessert und in den Evaluationen der Grundkompetenzen durch die EDK und mit den Checks des Bildungsraumes Nordwestschweiz aussagekräftig transparent gemacht wird.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	291'849	413'600	321'657	-91'943	-22%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	214'486	67'400		-67'400	-100%	1
304	Zulagen	4'547					
305	Arbeitgeberbeiträge	100'328					
310	Material- und Warenaufwand	68					
313	Dienstleistungen und Honorare	23'004	35'000	30'460	-4'540	-13%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'684					
	Total Aufwand	636'966	516'000	352'117	-163'883	-32%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	636'966	516'000	352'117	-163'883	-32%	

- 1 Veränderungen resp. Verschiebungen ergeben sich durch den Abschluss von Projekten, insbesondere Reform der Berufsmaturität, sowie die Aufnahme neuer Aufgaben wie das Mandat Laufbahnorientierung oder „Brückenangebote“ bzw. Integrative Schulung Sekundarstufe II. Durch die Optimierung bestehender und Entwicklung neuer Angebote zur Unterstützung der beruflichen Orientierung auf allen Stufen bis zum Abschluss Sekundarstufe II sollen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer aber auch Eltern im Prozess der Laufbahnwahl unterstützt werden und der Bezug zur Berufswelt und -wahl in allen Schulstufen verstärkt verankert werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Projekte im Bildungswesen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	183'014	279'000	367'883	88'883	32%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-15'000	-45'000	-30'000	15'000	33%	1
VK Projekte im Bildungswesen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'236'782	1'100'000	993'119	-106'881	-10%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'000					
Total Transferaufwand			1'419'796	1'379'000	1'361'002	-17'998	-1%	
Total Transferertrag			-35'000	-45'000	-30'000	15'000	33%	
Transfers (Netto)			1'384'796	1'334'000	1'331'002	-2'998	0%	

- 1 Veränderungen resp. Verschiebungen ergeben sich durch den Abschluss von Projekten, insbesondere Reform der Berufsmaturität, sowie die Aufnahme neuer Aufgaben wie das Mandat Laufbahnorientierung oder „Brückenangebote“ bzw. Integrative Schulung Sekundarstufe II. Durch die Optimierung bestehender und Entwicklung neuer Angebote zur Unterstützung der beruflichen Orientierung auf allen Stufen bis zum Abschluss Sekundarstufe II sollen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer aber auch Eltern im Prozess der Laufbahnwahl unterstützt werden und der Bezug zur Berufswelt und -wahl in allen Schulstufen verstärkt verankert werden.

- 2 Alle in Zusammenhang mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung stehenden Verpflichtungskredite machen ein Gesamttotal von gegen 54 Mio. CHF aus. Die Jahresstranche 2016 für alle Verpflichtungskredite beträgt 6,61 Mio. CHF, ergänzend zum Budget „Projekte im Schulsektor“ mit 0,75 Mio. CHF für 2016, das auch weitgehend für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung – dosiert entsprechend der Entscheide aus dem Marschhalt SEK I – sowie die entsprechende interkantonale Zusammenarbeit eingesetzt wird. Für die Umsetzung des Gesamtsprachenkonzeptes mit einem Verpflichtungskredit von 12,5 Mio. CHF bestehen Reglemente, die den Anspruch der einzelnen Schulen für die Nutzung des Fortbildungsangebotes hinsichtlich Mehrsprachendidaktik und Sprachkompetenzfortbildung steuern.

Für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung an den Schulen bzw. der Schulraum- und Personalplanung sowie die Einführung des Lehrplans und die Anpassung des Schulprogramms sind den einzelnen Schulen per Entscheid vom 31. Januar 2013 Personalmittel im Umfang von 7,95 Mio. CHF für die Primarschulen und 5,6 Mio. CHF für die Sekundarschulen zur Verfügung gestellt worden mit indikativen Jahresstranchen. Zusätzlich erhalten die Primarschulen per Entscheid vom 5. September 2014 Mittel im Umfang von 1,5 Mio. CHF für die Fortbildung von Klassenlehrerinnen und -lehrern, die erstmals eine 6. Primarschulklasse unterrichten. Den Sekundarschulen wurden mit Entscheid vom 10. Dezember 2014 zusätzliche Mittel für die funktionsbezogene Fortbildung im Umfang von 2,574 Mio. CHF gewährt. Die Mittelkompetenz liegt bei den Schulleitungen gemäss Planung im Schulprogramm mit einer Anhörung des Lehrerinnen- und Lehrerkonventes und Genehmigung durch den Schulrat. Der Bereich Weiterbildung ist im Marschhalt SEK I exponiert vertreten und wird in enger Absprache zwischen Schulleitungen und Marschhaltentscheiden kontinuierlich diskutiert und die Mittelverwendung laufend angepasst. Gemäss ihrer Finanzplanung setzen die einzelnen Schulen der Primarstufe und Sekundarstufe I ihre Ressourcen nun schwergewichtig im 2016 ein.

Die Umsetzung des Sprachenkonzeptes begann 2012/13, aufsteigend mit den 3. Klassen der Primarschule. Der grösste Teil des Verpflichtungskredites „Umsetzung des Sprachenkonzeptes“ wird in Form von „Anrechten“ der Schulen für die funktionsbezogene Fortbildung ihrer Lehrerinnen und Lehrer genutzt. Die Weiterbildungsplanung der einzelnen Schulen zur Nutzung ihrer diesbezüglich gewährten Zusatzmittel sollen kantonal zusammengefasst werden, damit die Jahresstranchen präziser gefasst werden können.

Mit dem Verpflichtungskredit für die Leistungsmessungen mit Checks und die Aufgabensammlung werden die Aufbau- und Erprobungskosten aufgrund einer Verzögerung bis Ende 2016 finanziert und nicht nur bis Ende 2014.

Der Verpflichtungskredit zur nominellen Besitzstandswahrung in Form einer persönlichen Zulage für Sekundarlehrpersonen, die auf Schuljahr 2015/16 an die Primarschule wechseln, wurde 2015 erstmals mit einer Jahresstranche budgetiert. Der Kredit wurde mit einer Laufzeit bis Schuljahr 2025/26 bewilligt, wird aber aufgrund der guten Personalplanung nur in Einzelfällen beansprucht werden müssen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Bildungsharmonisierung 2010-2019	30	Personalaufwand	2'511'380	3'900'000	4'100'000	200'000	5%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	247'981					
	36	Transferaufwand	79'300	100'000	100'000	0	0%	
	46	Transferertrag	-20'000					
		Total	2'818'661	4'000'000	4'200'000	200'000	5%	
VK Gesamtsprachenkonzept 2011-2018	30	Personalaufwand	1'328'367	1'620'000	1'520'000	-100'000	-6%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	38'549					
	36	Transferaufwand	57'458	100'000	60'000	-40'000	-40%	1
		Total	1'424'374	1'720'000	1'580'000	-140'000	-8%	
VK Aufgabens.+Leistungschecks 2011-2014	36	Transferaufwand	623'554	900'000	833'119	-66'881	-7%	1
VK Besitzw. Sek-Lehrpers. Niv.A 2015-26	30	Personalaufwand		151'000		-151'000	-100%	
VK Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	30	Personalaufwand	88'691					
	36	Transferaufwand	476'470					
		Total	565'161					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			5'451'750	6'771'000	6'613'119	-157'881	-2%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-20'000					
Total Verpflichtungskredite (netto)			5'431'750	6'771'000	6'613'119	-157'881	-2%	

- 1 Alle in Zusammenhang mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung stehenden Verpflichtungskredite machen ein Gesamttotal von gegen 54 Mio. CHF aus. Die Jahresstranche 2016 für alle Verpflichtungskredite beträgt 6,61 Mio. CHF, ergänzend zum Budget „Projekte im Schulsektor“ mit 0,75 Mio. CHF für 2016, das auch weitgehend für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung – dosiert entsprechend der Entscheide aus dem Marschhalt SEK I – sowie die entsprechende interkantonale Zusammenarbeit eingesetzt wird. Für die Umsetzung des Gesamtsprachenkonzeptes mit einem Verpflichtungskredit von 12,5 Mio. CHF bestehen Reglemente, die den Anspruch der einzelnen Schulen für die Nutzung des Fortbildungsangebotes hinsichtlich Mehrsprachendidaktik und Sprachkompetenzfortbildung steuern.

Für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung an den Schulen bzw. der Schulraum- und Personalplanung sowie die Einführung des Lehrplans und die Anpassung des Schulprogramms sind den einzelnen Schulen per Entscheid vom 31. Januar 2013 Personalmittel im Umfang von 7,95 Mio. CHF für die Primarschulen und 5,6 Mio. CHF für die Sekundarschulen zur Verfügung gestellt worden mit indikativen Jahresstranchen. Zusätzlich erhalten die Primarschulen per Entscheid vom 5. September 2014 Mittel im Umfang von 1,5 Mio. CHF für die Fortbildung von Klassenlehrerinnen und -lehrern, die erstmals eine 6. Primarschulklasse unterrichten. Den Sekundarschulen wurden mit Entscheid vom 10. Dezember 2014 zusätzliche Mittel für die funktionsbezogene Fortbildung im Umfang von 2,574 Mio. CHF gewährt. Die Mittelkompetenz liegt bei den Schulleitungen gemäss Planung im Schulprogramm mit einer Anhörung des Lehrerinnen- und Lehrerkonventes und Genehmigung durch den Schulrat. Der Bereich Weiterbildung ist im Marschhalt SEK I exponiert vertreten und wird in enger Absprache zwischen Schulleitungen und Marschhaltentscheiden kontinuierlich diskutiert und die Mittelverwendung laufend angepasst. Gemäss ihrer Finanzplanung setzen die einzelnen Schulen der Primarstufe und Sekundarstufe I ihre Ressourcen nun schwergewichtig im 2016 ein.

Die Umsetzung des Sprachenkonzeptes begann 2012/13, aufsteigend mit den 3. Klassen der Primarschule. Der grösste Teil des Verpflichtungskredites „Umsetzung des Sprachenkonzeptes“ wird in Form von „Anrechten“ der Schulen für die funktionsbezogene Fortbildung ihrer Lehrerinnen und Lehrer genutzt. Die Weiterbildungsplanung der einzelnen Schulen zur Nutzung ihrer diesbezüglich gewährten Zusatzmittel sollen kantonal zusammengefasst werden, damit die Jahresstranchen präziser gefasst werden können.

Mit dem Verpflichtungskredit für die Leistungsmessungen mit Checks und die Aufgabensammlung werden die Aufbau- und Erprobungskosten aufgrund einer Verzögerung bis Ende 2016 finanziert und nicht nur bis Ende 2014.

Der Verpflichtungskredit zur nominellen Besitzstandswahrung in Form einer persönlichen Zulage für Sekundarlehrpersonen, die auf Schuljahr 2015/16 an die Primarschule wechseln, wurde 2015 erstmals mit einer Jahresstranche budgetiert. Der Kredit wurde mit einer Laufzeit bis Schuljahr 2025/26 bewilligt, wird aber aufgrund der guten Personalplanung nur in Einzelfällen beansprucht werden müssen.

Jahresprogramm

2502.002 Projekte im Schulbereich

Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der reguläre Kredit „Projekte im Schulsektor“ sowie die Position „Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor“ über 2,5 Mio. CHF im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung und Umsetzungsbegleitung der Beschlüsse von Landrat und Souverän zur Bildungsharmonisierung. Neben der Umsetzung der Bildungsharmonisierung und der entsprechenden Kooperation bei Projekten im Bildungsraum Nordwestschweiz liegt das Gewicht prioritär auf Themen der Sekundarstufe II mit den drei zusammenhängenden Mandaten „Laufbahnorientierung“, „Neuausrichtung der Brückenangebote“ und „Sonderpädagogik Sek II“. Der Fokus liegt damit einerseits auf der Verankerung der aktiven Schul-, Berufs- und Studienwahl in der ganzen Schülerinnen- und Schülerlaufbahn mit dem prioritären Ziel, den Übergang in die Sekundarstufe II zu optimieren im Hinblick auf den Ausbildungserfolg im Abschluss Sekundarstufe II. Dies bedeutet auch mehr direkte Übertritte in die Sekundarstufe II aufgrund des erwarteten besseren Lernerfolgs mit dem Erreichen des an den Erwerb bestimmter Grundkompetenzen gebundenen Volksschulabschlusses und einer besseren individuellen Klärung der eigenen Kompetenzprofile, Motivation und der Laufbahnziele. Die Konzeptarbeiten für eine am verbleibenden Bedarf der Schülerinnen und Schüler ausgerichtete Neuausrichtung und Bündelung der Brückenangebote soll in Zusammenarbeit mit Basel-Stadt angegangen werden. Andererseits sind als Folge der Neuorganisation der Sonderpädagogik auf Volksschulstufe auch Fragen zu den Anschlüssen in die Sekundarstufe II zu klären und entsprechende Massnahmen und Angebote – auch im Rahmen der Brückenangebote – zu entwickeln. Weiterhin wird der Aufbau des „Bildungsmonitorings“ als Projekt der EDK (mit ersten Kompetenzmessungen 2016/2017) und die aussagekräftige Berichterstattung über die erworbenen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler einen Schwerpunkt bilden. Gemäss Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz vom März 2013 werden weiterhin gemeinsame Vorhaben für die Volksschule und die Sekundarstufe II – Berufsbildung und allgemeinbildende Schulen – umgesetzt. Die Vorbereitung des vierkantonalen Bildungsberichtes 2017 bildet 2016 einen Schwerpunkt.

Die einzelnen Schulen bearbeiten bei der Umsetzung die Schwerpunktthemen und Leitideen: Geleitete Schulen, Kompetenzorientierung, Laufbahnorientierung sowie Integration und Sozialisation.

2503 Fachstelle Erwachsenenbildung

Auftrag und Zielsetzungen

Der Fachstelle Erwachsenenbildung FEBL obliegt die Informations- und Koordinationsfunktion im Quartärbereich des Kantons Basel-Landschaft. Die beiden Abteilungen „Weiterbildung Schulbereich“ und „Weiterbildung Quartärbereich“ fördern übergreifend die Verankerung des lebenslangen Lernens und engagieren sich für eine Aufwertung des quartären Bildungsbereichs. Die FEBL fördert subsidiär die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung von Erwachsenen im Kanton. Im Fokus stehen dabei strukturell benachteiligte Erwachsene und Bildungsthemen mit hohem öffentlichen Interesse. Weiterbildungsentwicklungen werden aufgenommen und deren Umsetzung im kantonalen Umfeld wird gefördert. Konzepte und Massnahmenkataloge werden zuhanden politischer oder umsetzender Instanzen erstellt.

Weiterbildung Schulbereich

Die Abteilung „Weiterbildung Schulbereich“ unterstützt mit verschiedenen bedarfsgerechten Weiterbildungsformaten die Beteiligten im Schulbereich bei der Erbringung ihrer Leistungen. Im Rahmen des Weiterbildungsprogramms werden Angebote gemacht, mithilfe derer Schulbeteiligte ihre Kompetenzen weiterentwickeln können.

Diese Angebote können

- im Rahmen des Kursprogramms oder fallspezifisch und
- individuell in Form schulinterner Weiterbildungen (SCHIVE) in Anspruch genommen werden.

Die Weiterbildungen stehen in Bezug zum Berufsauftrag der Lehrpersonen im Kanton Basel-Landschaft. Die Teilnahme an berufsrelevanten Angeboten anderer Anbieter kann finanziell gefördert werden.

Zusätzlich haben schulbeteiligte Personen und Gruppen im Zuge der Schulberatung die Möglichkeit, situationsspezifische Begleitung in Entwicklungsprozessen in Anspruch zu nehmen.

Die Vernetzung der Akteure im Schulbereich wird durch Veranstaltungen und Foren gefördert. Auf Anfrage und im Auftrag werden weitere Formate zur Verfügung gestellt.

Die FEBL leistet mit ihren Weiterbildungsformaten einen Beitrag zur Erhaltung und Erweiterung der Qualität des Unterrichts und der Guten Schule Baselland. Die Arbeit der FEBL erfolgt wo sinnvoll und wenn möglich in Kooperation mit Partnerorganisationen und/oder anderen Dienststellen auf kantonaler und interkantonalen Ebene.

Weiterbildung Quartärbereich

Koordination, subsidiäre Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung und der kantonal geförderten Weiterbildung im Quartärbereich, sowie Verankerung des lebenslangen Lernens innerhalb der kantonalen Bildungssystematik mit folgenden Zielen:

- die Förderung der Teilhabe an Bildung und des lebenslangen Lernens;
- die Verbesserung der Arbeitsmarktfähigkeit gering qualifizierter Personen;
- die Förderung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben;
- die Förderung der Chancengleichheit und des sozialen Zusammenhalts;
- die Vervollständigung des kantonalen Bildungsangebots durch den quartären Bildungsbereich und damit die Unterstützung der Durchlässigkeit innerhalb der kantonalen Bildungssystematik;
- die Förderung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Angeboten und Abschlüssen;
- die Befähigung der Bevölkerung zur Übernahme der Eigenverantwortung, der Entfaltung von individuellen Fähigkeiten und der Selbstbestimmung auch in Zeiten des stetigen Wandels;
- die Befähigung der Bevölkerung zur Teilhabe am öffentlichen Leben und zur Teilnahme an der Demokratie.

Die Abteilung Weiterbildung Quartärbereich der FEBL fördert subsidiär die kantonale Weiterbildung durch Leistungs- und Projektvereinbarungen und Projektaufträge. Im Vordergrund steht die Unterstützung von:

- Bildungsmaßnahmen zur Integration von Menschen mit unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, insbesondere denjenigen mit Einschränkungen und Migrationshintergrund.
- Bildungsangebote zu gesellschaftlich relevanten Bildungsthemen, insbesondere im Bereich der Erziehung, Gesundheit, Prävention, Integration und Altersfragen.
- Subsidiäre Förderung von Sprachkursen für erwachsene Migrantinnen und Migranten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	927'825	973'657	818'790	-154'867	-16%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	13'309					
304	Zulagen	8'818	8'138	7'080	-1'058	-13%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
305	Arbeitgeberbeiträge	212'434	234'714	154'763	-79'951	-34%	1
309	Übriger Personalaufwand	980'492	1'405'381	1'143'381	-262'000	-19%	2
310	Material- und Warenaufwand	28'862	65'000	58'500	-6'500	-10%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	42	5'000	4'500	-500	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	356'189	398'000	304'750	-93'250	-23%	2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	1'272					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	12'139	15'000	14'000	-1'000	-7%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	460	643	640	-3	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-121'419	-150'000	-150'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-7	-150	-150	0	0%	
	Total Aufwand	2'541'840	3'105'534	2'506'404	-599'129	-19%	
	Total Ertrag	-121'427	-150'150	-150'150	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'420'413	2'955'384	2'356'254	-599'129	-20%	

- 1 Transfer der Stelle ICT Pädagogik aus der FEBL in die Direktionsinformatik.
- 2 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Leistungsabbau im Rahmen von BKSD -WOM-2).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Weiterbildungsbeiträge	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	56'089	70'000	70'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	954'402	1'103'619	1'103'619	0	0%	
Sprachförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	356'402	430'000	430'000	0	0%	
Beitrag an Oda KV aprentas	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		75'000	75'000	0	0%	
Total Transferaufwand			1'366'892	1'678'619	1'678'619	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			1'366'892	1'678'619	1'678'619	0	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Volkshochschule b.B. 2013-2016	36	Transferaufwand	748'500	748'619	748'619	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			748'500	748'619	748'619	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			748'500	748'619	748'619	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.1	8.3	7.3	-1.0	-12.1%

Transfer der Stelle ICT Pädagogik aus der FEBL in die Direktionsinformatik.

Jahresprogramm

2503.001 Weiterbildung Schulbereich

Im Rahmen der Bildungsharmonisierung sowie der fortschreitenden Realisierung der teilautonomen Schule werden aufgrund der kantonalen Bedarfsermittlung Weiterbildungen angeboten. Dies erfolgt mit diversen Kooperationspartnern.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt wird 2016 eine bikantonale Tagung für Schulleitungen durchgeführt. Ziel ist Austausch und Vernetzung der Schulleitungen zu gemeinsamen aktuellen Themen der Schulentwicklung und gegenseitiges Lernen vom jeweiligen Erfahrungsstand.

Das gemeinsame Weiterbildungsprogramm für Schulbeteiligte in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird im Hinblick auf Gliederung, Layout und Programmgenerierung in einem gemeinsamen Prozess revidiert und wird so der Gliederung des neuen Lehrplans Volksschulen gerecht.

Um Schulen bei der Umsetzung von Vorhaben in Projektform zu unterstützen, wird ein praxisbegleitendes Weiterbildungsformat mit dem Fokus auf Projektleitung und Projektmanagement entwickelt.

Diese Massnahmen unterstützen den strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2503.002 Weiterbildung Quartärbereich

Erarbeitung von umsetzungsrelevanten Steuerungsinstrumenten auf der Grundlage der Verordnung Weiterbildung Basel-Landschaft (Mitbericht und RRB noch ausstehend).

- Förderkonzept Quartärbereich
- Förderprogramm Weiterbildung
- Qualitätsrahmenkonzept Weiterbildung
- Förderkonzept Sprachförderung für erwachsene Migrantinnen und Migranten.

Diese Steuerungsinstrumente legen die Grundlage für eine Systematisierung der kantonal geförderten Weiterbildung im Rahmen einer Programmsteuerung und leisten einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" und "Zusammenleben in BL".

Sprachförderung für erwachsenen Migrantinnen und Migranten

- Subsidiäre Angebotsförderung
- Koordination der gesamten kantonalen Sprachförderung
- Implementierung des Sprachfördersystems „fide“ des Bundes in die kantonale Sprachförderung

Förderung und Erwerb von Grundkompetenzen Erwachsener

- Umsetzung des Bundesgesetzes über die Weiterbildung (WeBiG) vom 20. Juni 2014 (in Kraft ab 2017)

Elternbildung

- Konzepterstellung für die Koordination der Elternbildung im Kanton Basel-Landschaft (Bericht zu den Postulaten von Regula Meschberger, SP-Fraktion: "Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung" (2008/333) und von Christian Steiner, CVP/EVP-Fraktion: "Eltern bilden statt Kinder therapieren" (2006/101)

2504 Schulpsychologischer Dienst

Auftrag und Zielsetzungen

Der SPD ist eine Dienststelle mit doppeltem Auftrag: Die Produktegruppe 121 „Abklärung und Beratung“ umfasst die Abklärungs- und Beratungsarbeit im Zusammenhang mit Anmeldungen von Einzelfällen. Adressaten dieser Dienstleistung sind Eltern, deren Schulkinder und die Lehrpersonen. Die Produktegruppe 122 „Unterstützung von Schule und Behörden“ beinhaltet Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schulleitungen und Lehrpersonen unabhängig von Einzelfällen. Generelles Ziel ist die Unterstützung der Kooperation zwischen Schule und Eltern in ihren Bildungsaufgaben, sowie die Förderung von positiven Schullaufbahnen. Im Einzelnen hat der Dienst folgende Aufgaben:

- Er berät und unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten in Fragen des Lernens, des Verhaltens und der Entwicklung.
- Er berät Schulleitungen und andere Behörden in (schul-)psychologischen Fragestellungen.
- Er vermittelt zwischen individuellen Bildungsbedürfnissen und schulischen Angeboten.
- Er beantragt mit Zustimmung der Inhaber der elterlichen Sorge bei den zuständigen Behörden die notwendigen Massnahmen.
- Er gewährleistet als kantonale Fachstelle eine kantonsweit einheitliche Anwendung der Indikationsstellungen.

Umfeldentwicklungen: Je stärker das System Schule belastet ist, desto grösser wird die Komplexität der dem schulpsychologischen Dienst zur Anmeldung gebrachten Probleme. Die hohe Individualisierung der Gesellschaft führt zum Anspruch an die Volksschule, nicht nur angemessene, sondern immer optimale Lösungen anbieten zu können. Dieser Anspruch ist nicht finanzierbar und zwingt zu einer sorgfältigen Beurteilung des Einzelfalls. Vor diesem Hintergrund ist eine nach einheitlichen Kriterien durchgeführte, wissenschaftlich fundierte Diagnostik und Indikationsstellung ein Gebot der Chancengleichheit für Alle. Der damit verbundene Mehraufwand (mitverursacht auch durch Folgen des NFA bzw. des Sonderpädagogikkonkordates) wird durch tendenziell sinkende Schülerzahlen nur teilweise kompensiert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'453'501	2'620'821	2'724'753	103'932	4%	
304	Zulagen	26'143	29'246	18'272	-10'974	-38%	
305	Arbeitgeberbeiträge	415'288	513'692	532'093	18'401	4%	
309	Übriger Personalaufwand	10'280	12'000	13'000	1'000	8%	
310	Material- und Warenaufwand	42'404	59'000	53'100	-5'900	-10%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	153					
313	Dienstleistungen und Honorare	29'666	33'500	28'625	-4'875	-15%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	7'491					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	17'834	21'300	18'000	-3'300	-15%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	72					
	Total Aufwand	3'002'830	3'289'560	3'387'843	98'284	3%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'002'830	3'289'560	3'387'843	98'284	3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Schulpsycho. Leistung Allschwil/Muttenz	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	202'000	101'000		-101'000	-100%	1
Total Transferaufwand			202'000	101'000		-101'000	-100%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			202'000	101'000		-101'000	-100%	

1 Transferleistungen entfallen wegen Kantonalisierungen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.7	21.2	21.1	-0.1	-0.5%

Reduktion des Personalaufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-2). Die Umsetzung erfolgt bereits im 2016 aufgrund eines Personalwechsels.

Jahresprogramm

2504.005 Konsolidierung der Kantonalisierung der Schulpsychologie

Während Jahren wurde die Schulpsychologie, die gemäss Bildungsgesetz eine kantonale Aufgabe darstellt, in Allschwil und Muttenz an die Gemeinde ausgelagert und pauschal abgegolten. Aufgrund mangelnder Rechtsgrundlagen für die Auslagerung und dem Bedürfnis nach Steuerung aus einer Hand nahm der Kanton analog den andern 84 Gemeinden per Schuljahr 15/16 die Aufgabe zurück. Das führte zur Bildung von zwei neuen Standorten, personellen Veränderungen und Änderungen bei Abläufen und Zuständigkeiten. Die Implementierung dieser Veränderungen braucht Zeit. 2016 soll deshalb als Phase der Konsolidierung gestaltet werden.

2504.006 Erhöhung der Bereitschaft bei schwerwiegenden Ereignissen

Der Sicherheit an Schulen wird im Kanton generell vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Als Schuldienst trägt der SPD dazu bei, dass die Funktionsfähigkeit der Schule auch bei Eintreten von schwerwiegenden Ereignissen aufrecht erhalten bleibt. Er tut dies mit Zurverfügungstellung von notfallpsychologischem Knowhow und seit letztem Jahr zusätzlich mit einer erweiterten telefonischen Bereitschaft für Schulleitungen (Notfallpikett). Die Nutzung dieser Unterstützung soll im 2016 dokumentiert und evaluiert werden.

2505 Schul- und Büromaterialverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Schul- und Büromaterialverwaltung beschafft, lagert und speditiert Schul- und Büromaterialien, Bürogeräte und Drucksachen für die kantonale Verwaltung und Schulen im Kanton Basel-Landschaft und sorgt dafür, dass durch kostengünstigen und fachkundigen Einkauf unter Berücksichtigung der Ökologie ein optimales Preis- und Leistungsverhältnis erreicht wird. Weiter betreibt sie eine Hausdruckerei als Dienstleistung für kantonale Stellen und Schulen. Im Rahmen des ERP-Systems kommt das Modul Materialwirtschaft zum Einsatz. Per 1. Januar 2010 wurde für die Dienststellen und Schulen auf SAP ein Webshop eingerichtet. Der Verlag des Kantons Basel-Landschaft produziert und vertreibt Bücher verschiedener Reihen und produziert teils auch Lehrmittel. Die Schul- und Büromaterialverwaltung stellt dem Verlag die Infrastruktur und Logistik zur Verfügung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'827	10'500	10'500	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'421'379	1'596'914	1'502'814	-94'100	-6%	
304	Zulagen	15'683	23'130	17'793	-5'337	-23%	
305	Arbeitgeberbeiträge	243'855	301'908	298'909	-2'999	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	4'744	6'000	4'000	-2'000	-33%	
310	Material- und Warenaufwand	1'759'227	1'680'000	1'728'100	48'100	3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'937	10'500	9'450	-1'050	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	41'929	52'100	52'100	0	0%	
315	Unterhalt Mobiliens/immaterielle Anlagen	40'523	50'000	45'000	-5'000	-10%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	183'462	240'000	230'000	-10'000	-4%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'804	8'250	7'000	-1'250	-15%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	192	200	200	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	154'592	155'000	155'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	72	100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'375'656	-2'300'000	-2'350'000	-50'000	-2%	
426	Rückerstattungen	-19'587	-20'500	-20'500	0	0%	
440	Zinsertrag	-4	-20	-20	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-80'000	-80'000	-80'000	0	0%	
	Total Aufwand	3'879'226	4'134'602	4'060'966	-73'636	-2%	
	Total Ertrag	-2'475'247	-2'400'520	-2'450'520	-50'000	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'403'979	1'734'082	1'610'446	-123'636	-7%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
CH-Schule Santiago de Chile	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	35'382	35'000	35'000	0	0%	
Beiträge an interk. Lehrmittelzentrale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	16'522	17'000	17'000	0	0%	
Total Transferaufwand			51'904	52'000	52'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			51'904	52'000	52'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.4	16.4	16.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2505.003 Erweiterung Kompetenzzentrum Logistik

Die SBMV ist das Kompetenzzentrum der Kantonalen Verwaltung im Bereich Büro-, Schul- und Verbrauchsmaterial. Die polizeispezifischen Artikel (ohne persönliche Ausrüstung) werden neu durch die SBMV beschafft und an die kantonalen Polizeistellen speditiert.

Gemäss RRB Nr. 1801 vom 5. November 2013 wird der Teilbereich "Ver- und Entsorgung" aus dem Bereich "Betrieb" des HBA in die SBMV integriert und führungs- und fachtechnisch der Leitung SBMV unterstellt. Die Umsetzung wird sukzessive vorangetrieben.

2506 Amt für Volksschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Volksschulen (AVS) versteht sich als Kompetenzzentrum der Volksschule und unterstützt, evaluiert und beaufsichtigt diese. Es nimmt Querschnittsfunktionen wahr und arbeitet mit den Dienst- und Fachstellen innerhalb der BKSD zusammen. Es behandelt Geschäfte, die für das Volksschulwesen von pädagogischer, schulpolitischer und finanzieller Bedeutung sind, und ist zuständig für vielfältige Prozesse auf allen Stufen der Volksschule. Dazu gehören insbesondere auch Aufgabenstellungen wie die Projekte Sonderschulkonzept, TimeOut oder BerufswegBereitung. Das AVS stellt den Schulen im Rahmen des Qualitätssicherungsprozesses gemäss Bildungsgesetz eine professionelle Aussensicht in Form eines externen Evaluationsberichts mit Entwicklungsempfehlungen zur Verfügung und leistet Unterstützung bei der Internen Evaluation. Es beurteilt den Unterricht der Schulleitungsmitglieder zuhänden der Schulräte, führt periodisch standardisierte Gespräche mit den Schulleitungen, bewilligt die Klassenbildung der Sekundarschulen sowie Ausnahmen für den Kindergarten und die Primarschule. Es überprüft die Einhaltung kantonaler Vorschriften, welche die Volksschule betreffen, kann entsprechende Weisungen erlassen und beantragt dem Bildungsrat die Einführung der obligatorischen Lehrmittel. Für die Musikschulen wird ein besonderes Fortbildungsangebot für Behörden und Lehrpersonen zur Verfügung gestellt. Als Kompetenzzentrum sorgt das AVS in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen für die koordinierte Kommunikation im Volksschulbereich und nimmt seine Führungsverantwortung auch im Bereich der Schnittstellen zwischen den einzelnen Dienststellen und den Volksschulstufen wahr. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt die Bearbeitung besonderer Vorkommnisse im Volksschulbereich. Das AVS ist verantwortlich für die Verträge mit Privatschulen, die Veröffentlichung von Informationsbroschüren und die Erstellung von Statistiken. Es vermittelt Stellvertretungen und koordiniert die bezahlten Urlaube. Das AVS arbeitet in Schulentwicklungsprojekten mit. Diese haben zum Ziel, Antworten auf aktuelle Problem- und Handlungsfelder zu finden und Entwicklungen zu initiieren.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	20'100	45'280	44'780	-500	-1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'979'992	2'931'126	2'046'846	-884'280	-30%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	263'349	75'600	500	-75'100	-99%	2
304	Zulagen	30'683	34'941	31'440	-3'501	-10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	573'653	595'475	461'462	-134'014	-23%	1
309	Übriger Personalaufwand	35'565	51'000	30'000	-21'000	-41%	
310	Material- und Warenaufwand	74'094	126'550	95'952	-30'598	-24%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'142	400		-400	-100%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften WV	246	150		-150	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	243'194	439'490	105'164	-334'326	-76%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	53					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	24'419	8'500	3'000	-5'500	-65%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	95'086	151'600	75'000	-76'600	-51%	4
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000	2'500	2'000	-500	-20%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-39'201	-21'000		21'000	100%	
426	Rückerstattungen	-15'520	-23'520		23'520	100%	
440	Zinsertrag	5					
	Total Aufwand	4'344'575	4'462'612	2'896'144	-1'566'468	-35%	
	Total Ertrag	-54'716	-44'520		44'520	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'289'859	4'418'092	2'896'144	-1'521'948	-34%	

- 1 Abbau von 2 Stellen im Rahmen von BKSD-WOM-1 und die organisatorische Verschiebung des Time-Outs in die Sek I.
- 2 Verschiebung von Aufgaben aus P2506 Amt für Volksschulen in das Profit Center P2507 Sekundarschulen (TimeOut, Leistungsmessung und Übertrittsprüfungen).
- 3 Umsetzung Sparvorgaben und Verschiebung von Aufgaben aus P2506 Amt für Volksschulen in die Profit Center P2507 und P2514.
- 4 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-2/Dir-WOM-4).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Musikförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	100'118	87'000		-87'000	-100%	1
ergänzende, unterstützende Schulangebote	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	179'000	214'000	38'000	-176'000	-82%	1
Sonderschulung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	284'189					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	46'087'301	50'690'977	51'025'708	334'731	1%	2
Spitalschulen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	418'945	530'000	410'900	-119'100	-22%	3
PK Reform	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		1'435'000	-1'214'000	-2'649'000	-185%	2
Total Transferaufwand			47'069'552	52'956'977	50'260'608	-2'696'369	-5%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			47'069'552	52'956'977	50'260'608	-2'696'369	-5%	

- 1 Saldoneutrale Verschiebung von Aufgaben aus P2506 in das Profit Center P2514.
- 2 Für die Ausfinanzierung der Forderungen der BLPK gegenüber den Institutionen im Bereich der Sonderschulung, Kinder -, Jugend- und Behindertenhilfe sowie beim Bildungszentrum kvBL wurden die damit verbundenen Mehrbelastungen des Kantons im Budget 2015 aufgenommen (Budgetantrag 2014 -250_01-09). Für das Total der geschätzten Forderungssumme wurde jedoch bereits zu Lasten der Rechnung 2014 Rückstellungen gebildet. Somit werden die im Budget 2015 eingestellten Mittel nicht benötigt werden. Zu Gunsten eines transparenten Ausweises werden unter den Positionen der PK -Reform die geplanten jährlichen Auflösungen der Rückstellungen ausgewiesen, welche in den Leistungsabteilungen enthalten sind und mittels vereinbarten Tarifierhöhungen finanziert werden.
- 3 Neuverhandlung der Leistungsvereinbarung im Rahmen von BKSD -WOM-9.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.6	22.6	17.9	-4.7	-20.9%

Abbau von 2 Stellen im Rahmen von BKSD -WOM-1 (1.95) und die organisatorische Verschiebung des Time -Outs in die Sek I (P2507).

Jahresprogramm

2506.004 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft – Umsetzung und Marschhalt SEK I

Die Einführung des neuen Lehrplans hat auf der Primarstufe mit dem Schuljahr 2015/2016 begonnen.

Für die Sekundarstufe I soll die Umsetzung der Bildungsharmonisierung gemeinsam mit den wichtigsten Anspruchsgruppen während eines Marschhalts überprüft und entsprechend angepasst werden. Dies geschieht im Sinn einer Auslegeordnung und der Ableitung von Entscheiden und Konsequenzen daraus. Gleichzeitig werden der laufende Betrieb der Sekundarschulen und der Übertritt der Schülerinnen und Schüler aus der Primarstufe während der Zeit des Marschhalts mit hoher Qualität für die Schülerinnen und Schüler und mit geklärter Planungssicherheit für die Schulen sichergestellt.

Dies trägt zur Stärkung der Strategie "Basel-Bildungs-Landschaft" bei.

2506.009 Governance der geleiteten teilautonomen Schulen

Die Governance der geleiteten teilautonomen Schulen soll weiter gestärkt werden. Dies einerseits über die Zusammenarbeit mit dem Präsidialausschuss und andererseits über die vier jährlich stattfindenden Schulleitungsforen (SLF). Der strategische Schwerpunkt "Basel-Bildungs-Landschaft" wird dadurch weiter gestärkt.

2507 Sekundarschulen inkl. Werkjahr

Auftrag und Zielsetzungen

Die teilautonom geleiteten Sekundarschulen, aufgeteilt in verschiedene Schulkreise, vermitteln den Schülerinnen und Schülern eine niveauspezifische Ausbildung, die ihnen den Eintritt in eine berufliche Grundbildung oder in eine weiterführende Schule ermöglicht. Die Sekundarschule weist folgende drei Anforderungsniveaus auf: Niveau A inkl. Werkjahr (Allgemeine Anforderungen), Niveau E (Erweiterte Anforderungen) und Niveau P (Progymnasiale Anforderungen). Die Schülerinnen und Schüler erhalten gemäss Stufenlehrplan einen alters-, stufen- und geschlechtergerechten Unterricht, der in zeitgemässen Lehr- und Lernformen vermittelt wird. Sonderschulung, Gesundheitsförderung und Prävention stellen ebenso wie die Förderung der Handlungskompetenz und des Verantwortungsbewusstseins essentielle Bestandteile des Bildungsanspruches dar. Des Weiteren fördert die Sekundarschule die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen und unterstützt die Jugendlichen geschlechterdifferenziert bei ihrer persönlichen und kulturellen Selbstfindung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Sekundarschulen eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern fortzubilden. Im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Schulprogramms sowie unterstützt durch das Amt für Volksschulen obliegt der Schulleitung die Führung der Schule in pädagogischer, personeller, organisatorischer und administrativer Hinsicht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	357'688	460'000	400'000	-60'000	-13%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'074'503	8'737'237	9'172'858	435'620	5%	
302	Löhne der Lehrkräfte	113'581'327	102'111'769	91'786'576	-10'325'194	-10%	2
304	Zulagen	1'569'547	1'654'441	1'394'908	-259'533	-16%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	24'302'591	20'505'256	18'724'754	-1'780'501	-9%	2
309	Übriger Personalaufwand	52'889	100'000	160'000	60'000	60%	3
310	Material- und Warenaufwand	4'253'443	4'772'000	4'285'635	-486'365	-10%	4
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'920'922	1'421'030	1'169'360	-251'670	-18%	4,5
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VW	19'553	35'500	31'950	-3'550	-10%	4
313	Dienstleistungen und Honorare	578'766	600'500	521'512	-78'988	-13%	6
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'552					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	202'793	273'300	336'850	63'550	23%	5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	490'638	480'000	472'500	-7'500	-2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'098'597	2'558'800	2'052'212	-506'588	-20%	4
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	200					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	160	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	68					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	17'699	5'000	7'500	2'500	50%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	3'444					
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-300'692	-160'000	-125'000	35'000	22%	
425	Erlös aus Verkäufen	-5'533					
426	Rückerstattungen	-364					
427	Bussen	-500					
439	Übriger Ertrag	-604'323					
440	Zinsertrag	-2'744					
	Total Aufwand	158'526'379	143'719'834	130'521'615	-13'198'219	-9%	
	Total Ertrag	-914'157	-160'000	-125'000	35'000	22%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	157'612'222	143'559'834	130'396'615	-13'163'219	-9%	

- 1 Die Sitzungstätigkeiten unterliegen jährlichen Schwankungen.
- 2 Per 2016 ist das neue System 6/3 vollständig umgesetzt; die Sekundarschule dauert neu drei Jahre.
- 3 Im Rahmen der flächendeckenden Anbindung der Sekundarschulen an SAP werden die benötigten Mittel für den organisatorischen Betrieb saldoneutral verschoben und sachgerecht abgebildet.
- 4 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-1/Dir-WOM-4).

- 5 Innerhalb der Kontengruppen wird der Informatikaufwand saldoneutral verschoben.
- 6 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-1/Dir-WOM-4) sowie Verschiebung von Aufgaben aus P2506 Amt für Volksschulen in das Profit Center P2507 Sekundarschulen. (TimeOut, Leistungsmessung und Übertrittsprüfungen)

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Spezielle Förderung an Privatschulen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'721'507	3'600'000	3'405'000	-195'000	-5%	
Mittagstisch	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	420					
Logopädie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	231'172	210'000	255'000	45'000	21%	
Mitgliederbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	75					
Fremdsprachenklassen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	127'328	260'000	50'000	-210'000	-81%	1
Bauernverband beider Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			10'000	10'000		X
Total Transferaufwand			3'080'501	4'070'000	3'720'000	-350'000	-9%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			3'080'501	4'070'000	3'720'000	-350'000	-9%	

- 1 Auf der Primarstufe werden in diesen Klassen nur noch wenige Schülerinnen und Schüler eingeschult.

Kennzahlen

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
Klassen	567	518	434	-84	-16.22
Anz. Lernende	10'554	9'460	7'908	-1'552	-16.41
Lernende pro Klasse	18.62	18.3	18.2	-0.1	-0.55

Die Rechnung 2014 zeigt letztmals die 4-jährige Sekundarschule. Im Budget 2015 wurde die Klassenzahl auf der Basis der unterjährigen Veränderung auf die 3-jährige Sekundarschule gewichtet abgebildet. Im Budget 2016 wird das erste Schuljahr nach der Umstellung gezeigt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	71.6	71.0	72.3	1.3	1.8%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	918.6	710.0	711.0	1.0	0.1%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	990.2	781.0	783.3	2.3	0.3%

Das Time-Out (2.8) wird neu organisatorisch in der SEK I eingebunden.

Mit der Reduktion auf drei Sekundarschuljahre wird die Anzahl Mitarbeitende im Schulsozialdienst reduziert (1.5).

Der Ausweis Vollstellen Lehrpersonen referenziert per 2015 auf die 2-jährige Klassenbildung der dreijährigen Sekundarschule.

2508 Gymnasien

Auftrag und Zielsetzungen

Die vier Gymnasien Liestal, Münchenstein, Muttenz und Oberwil führen je eine Maturitätsabteilung und eine Fachmittelschule (FMS), das Gymnasium Laufental-Thierstein neben der Maturitätsabteilung das Niveau P der Sekundarstufe I. Seit 2007 werden an den vier FMS-Standorten auch die Fachmaturitäten angeboten. Damit bieten sie auf der Sekundarstufe II die Ausbildungsgänge an, die zum späteren Besuch einer Hochschule (Universität und Fachhochschule) befähigen. Diese allgemeinbildenden Ausbildungsgänge befähigen die Schülerinnen und Schüler - im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen - grundlegende Kenntnisse zu erwerben sowie ihre geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Denken zu entwickeln. Die Schulen streben eine breit gefächerte, ausgewogene und kohärente Bildung an, nicht aber eine fachspezifische oder berufliche Ausbildung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Gymnasien eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern weiterzubilden. Das Erreichen der Ziele wird durch ein professionelles Qualitätsmanagement sichergestellt. Die Aufsicht über die Gymnasien obliegt den jeweiligen Schulräten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	60'634	81'000	81'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'634'432	5'961'377	5'915'230	-46'147	-1%	
302	Löhne der Lehrkräfte	55'293'151	55'345'818	54'893'963	-451'854	-1%	
304	Zulagen	839'002	857'428	811'800	-45'628	-5%	
305	Arbeitgeberbeiträge	12'915'065	11'952'711	11'650'862	-301'849	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	166'693	172'000	198'100	26'100	15%	
310	Material- und Warenaufwand	933'396	937'640	820'308	-117'332	-13%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	893'987	970'591	594'907	-375'684	-39%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VW	3'112	1'700	3'200	1'500	88%	
313	Dienstleistungen und Honorare	672'704	688'236	618'800	-69'436	-10%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	70'244	160'680	200'770	40'090	25%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	271'279	245'500	244'000	-1'500	-1%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	571'429	530'772	498'600	-32'172	-6%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'270	1'300	1'155	-145	-11%	
341	Realisierte Kursverluste	37		10	10	X	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'063	250	650	400	160%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-400					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-1'260					
425	Erlös aus Verkäufen	-382'708	-377'500	-370'500	7'000	2%	
439	Übriger Ertrag	-13'177					
440	Zinsertrag	-89	-150	-150	0	0%	
	Total Aufwand	79'328'496	77'907'002	76'533'355	-1'373'647	-2%	
	Total Ertrag	-397'634	-377'650	-370'650	7'000	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	78'930'862	77'529'352	76'162'705	-1'366'647	-2%	

- 1 Der gesamte Material- und Sachaufwand ist insgesamt geprägt durch die Reduktion aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir-WOM-1/Dir-WOM-4). Je nach Bedarf der Schulen wurde die stark gekürzte Pauschale je Schülerin oder Schüler aufwandskonform zugewiesen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vereinsmitgliedschaften	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	14'766	8'300	12'500	4'200	51%	
Total Transferaufwand			14'766	8'300	12'500	4'200	51%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			14'766	8'300	12'500	4'200	51%	

Kennzahlen

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Lernende	4'174	4'055	4'012	-43	-1.06
Klassen	196	198	196	-2	-1.01
Lernende pro Klasse	21.3	20.4	20.47	0.07	0.34

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	53.0	54.6	54.6	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	395.4	395.0	392.0	-3.0	-0.8%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	448.4	449.6	446.6	-3.0	-0.7%

Bei den Gymnasien reduzieren die Einführung des vierjährigen Gymnasiums per 2014/2015 die jährliche Lektionenzahl und die Massnahme "Reduktion Freifachangebot" die Vollstellen.

Jahresprogramm

2508.001 Gemeinsames Prüfen

Gemäss Vorgaben des Regierungsausschusses des Bildungsraums Nordwestschweiz sind an allen Gymnasien Strukturen für das gemeinsame Prüfen zu schaffen. Die Gymnasien sind gehalten, die Vorgaben umzusetzen, verfügen aber über einen gewissen Spielraum. Die Umsetzungsarbeiten werden vor allem zeitliche Ressourcen binden.

2508.003 Vierjähriges Gymnasium

Das vierjährige Gymnasium lässt den Schulen einen gewissen Spielraum. Der schulspezifische Pool von 10 Semesterstunden kann von den Gymnasien individuell gestaltet werden. Daneben bedingt die vierjährige Ausbildungsdauer eine umfassende Neuorganisation des Jahresablaufs.

2509 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) ist verantwortlich für die Information und Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen bezüglich Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen (BIZ, Berufsberatung), die Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen durch eine ihren individuellen Fähigkeiten angepasste berufliche Grund-, Weiter- und Nachholbildung und die Bereitstellung von Beratungs-, Stütz-, Förder- und Brückenangeboten sowie für die finanzielle Unterstützung von in Ausbildung stehenden Personen (Ausbildungsbeiträge).

Die strategischen Ziele und die dazugehörigen Entwicklungsschwerpunkte des AfBB basieren auf den strategischen Schwerpunkten der Regierung (insbesondere Basel-Bildungs-Landschaft) und lauten wie folgt:

1. Förderung der Ausbildungsqualität gemeinsam mit den Ausbildungspartnern zu Gunsten der Lernenden und des Wirtschaftsstandortes BL
 - Qualitätsentwicklung
 - Qualifikationsverfahren (QV)
2. Möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene erreichen einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Bildungsabschluss
 - Lehrstellenmarkt
 - Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung
 - Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote
 - Aktive Berufswahl auf allen Stufen
3. Berufliche Laufbahnen von Erwachsenen fördern
 - Höhere Berufsbildung
 - Zielgruppenspezifische Angebote für Erwachsene (Nachholbildung / Tertiär / Quartär)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	18'724	8'100	5'300	-2'800	-35%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'450'567	5'680'892	5'629'248	-51'644	-1%	
304	Zulagen	55'713	69'788	57'273	-12'515	-18%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'213'957	1'246'278	1'175'131	-71'147	-6%	
309	Übriger Personalaufwand	42'152	56'700	60'800	4'100	7%	
310	Material- und Warenaufwand	268'537	337'380	301'375	-36'005	-11%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	29'488	10'720	9'100	-1'620	-15%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	997	800	800	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	3'007'180	2'964'180	3'032'556	68'376	2%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	10'035	1'480	1'330	-150	-10%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	65'694	67'140	67'140	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	118'263	124'070	117'250	-6'820	-6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-537	3'000	1'910	-1'090	-36%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'179	2'330	2'330	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	93'700	115'000	115'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-104'470	-120'000	-122'880	-2'880	-2%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-6'400					
425	Erlös aus Verkäufen	-2'008					
426	Rückerstattungen	-1'302'050	-1'085'000	-995'000	90'000	8%	
427	Bussen	-82					
440	Zinsertrag	-12					
470	Durchlaufende Beiträge	-93'700	-115'000	-115'000	0	0%	
	Total Aufwand	10'376'650	10'687'858	10'576'544	-111'314	-1%	
	Total Ertrag	-1'508'721	-1'320'000	-1'232'880	87'120	7%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'867'929	9'367'858	9'343'664	-24'194	0%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Stipendien und Ausbildungsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'871'720	11'463'000	10'934'000	-529'000	-5%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-872'652	-830'000	-788'000	42'000	5%	2
check-in aprentas II	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	460'000	460'000	154'000	-306'000	-67%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-153'333	-153'000	-194'000	-41'000	-27%	
Berufswegbereitung (BWB)	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-162'500	-74'000		74'000	100%	4
private Org.& überbetriebliche Kurse	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'925'457	4'927'300	5'636'580	709'280	14%	5
	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		35'500	35'500	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-19'302	-380'000	-380'000	0	0%	
Mentoring/Beiträge an BS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	250	17'000	17'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-53'066	-55'000	-55'000	0	0%	
KIGA (seco)-Beitrag an RAV-Beratungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-119'748	-174'000	-174'000	0	0%	
Bundesbeitrag an Berufsbildung	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'183'156	-21'000'000	-21'000'000	0	0%	
Bundesbeitrag an „wie weiter?“	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-271'205	-270'000	-270'000	0	0%	
ProfesionELLE	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	80'000	80'000	80'000	0	0%	
Kampagne Berufslehre & Berufsmatur	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-42'400					
Abschreibungen ÜK-Zentren	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	10'694					
VK check-in III 2016-2021	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			153'000	153'000		X6
Total Transferaufwand			17'348'121	16'982'800	17'010'080	27'280	0%	
Total Transferertrag			-21'877'362	-22'936'000	-22'861'000	75'000	0%	
Transfers (Netto)			-4'529'242	-5'953'200	-5'850'920	102'280	2%	

- 1 Mit EP 12/15 (Ü8) wurde die Bewilligungspraxis angepasst. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich ein rückläufiger Gesuchseingang, was voraussichtlich zu geringeren Stipendienzahlungen führen dürfte.
- 2 Für die Bundesbeiträge an Stipendien ist eine Kürzungsrunde angekündigt.
- 3 Der VK check-in aprentas II (LRV 2011-048) bewegt sich innerhalb des Gesamtkredites.
- 4 Der VK Berufswegbereitung (LRV 2008-054) wurde Ende 2014 abgeschlossen.
- 5 Die Landratsvorlage 2015-037 (Beiträge an die Berufsbildung) wurde am 25.6.2015 beschlossen. Sie sieht Mehrausgaben von CHF 740'000 vor.
- 6 Der VK check-in III 2016-2021 ist im Frühling 2015 in den verwaltungsinternen und politischen Prozess eingespielen worden.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Berufswegbereitung (BWB) 2009-2013	30	Personalaufwand	30'891					
VK Sicherung der Attest-Lehrst. 2011-15	30	Personalaufwand	425'000	210'000		-210'000	-100%	1
VK check-in aprentas II; 2011-2016	36	Transferaufwand	460'000	460'000	154'000	-306'000	-67%	2
	46	Transferertrag	-153'333	-153'000	-194'000	-41'000	-27%	

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
		Total	306'667	307'000	-40'000	-347'000	-113%	
VK Berufswegbereitung (BWB) 2014-2018	30	Personalaufwand	966'670	680'823	1'160'358	479'535	70%	3
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'146	35'000	35'000	0	0%	
	46	Transferertrag	-162'500	-74'000		74'000	100%	3
		Total	810'316	641'823	1'195'358	553'535	86%	
VK check-in III 2016-2021	36	Transferaufwand			153'000	153'000		X4
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'888'707	1'385'823	1'502'358	116'535	8%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-315'833	-227'000	-194'000	33'000	15%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'572'874	1'158'823	1'308'358	149'535	13%	

- 1 Der VK Sicherung der Attest-Lehrstellen (LRV 2008-327) läuft im Sommer 2015 aus.
- 2 Der VK check-in aprentas II (LRV 2011-048) bewegt sich innerhalb des Gesamtkredites.
- 3 Der VK Berufswegbereitung 2014-2018 (LRV 2013-265) bewegt sich innerhalb des Gesamtkredites. Die einzelnen Jahrestanchen weisen unterschiedliche Höhen auf.
- 4 Der VK check-in III 2016-2021 ist im Frühling 2015 in den verwaltungsinternen und politischen Prozess eingespielen worden.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
ÜK-Zentrum Holzbau	56	Eigene Inv.-Beitr.	770'000					
Total Investitionsausgaben			770'000					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			770'000					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	44.9	44.9	44.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2509.007 Förderung der Höheren Berufsbildung (HBB)

Im Rahmen der Förderung der höheren Berufsbildung und der Wirtschaftsoffensive wurde (in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Baselland sowie der Handelskammer beider Basel) bei den regionalen KMU sowie Industrie- und Dienstleistungsbetrieben der Fachkräftebedarf erhoben. Konkret wird es 2016 darum gehen, die wichtigsten Erkenntnisse der Studie "Förderung von Fachkräften auf allen Stufen von der Grundbildung bis zur Fachhochschule sowie verstärkte Akzentsetzung auf gewerblich-technische statt auf kaufmännische Ausbildungsgänge" in umsetzbare Projektkonzepte zu überführen.

Ausserdem ist geplant, die Höhere Fachschule für Informatik und Kommunikationstechnologie (HF ICT; die ehemalige KTSI) am Markt besser zu positionieren und die Ausbildungskapazität dem aktuellen regionalen Bedarf anzupassen. Schliesslich startet aprentas im Herbst 2015 den ersten Ausbildungsgang der neuen Höheren Fachschule Chemie (HF Chemie) auf Grundlage des Rahmenlehrplans Höhere Fachschule Technik, Fachrichtung Systemtechnik. Die HF Chemie ersetzt die bisherigen Vorbereitungskurse auf Berufs- und Höhere Fachprüfungen.

Mit der Förderung der höheren Berufsbildung wird ein bedeutender Beitrag zur regierungsrätlichen Strategie „Innovation und Wertschöpfung“ geleistet.

2509.008 Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung; Implementierung des neuen Rahmenlehrplans Berufsmaturität

Die nachhaltige Förderung der Berufsmaturität (BM) ist nach wie vor ein zentrales Anliegen zur Gewinnung starker Lernender für die Berufsbildung. Wie die Evaluation der in beiden Basel durchgeführten BM-Kampagne gezeigt hat, ist

die BM bzw. sind die Chancen, die eine Berufslehre mit BM eröffnet, bei Jugendlichen und ihren Eltern, aber auch bei den an den Sekundarschulen unterrichtenden Lehrpersonen, noch viel zu wenig bekannt. Die Förderung der BM wird bikantonal neu in einer verbundpartnerschaftlich organisierten Gruppe mit den drei Wirtschaftsverbänden HKBB, WiKa und GV BS koordiniert.

Nachdem an den Berufsfachschulen unseres Kantons – in enger Kooperation mit den Berufsfachschulen von Basel-Stadt – der neue Berufsmaturitäts-Rahmenlehrplan auf Schuljahr 2015/16 erfolgreich implementiert wurde, werden ab 2016 auch die schriftlichen BM-Schlussprüfungen gemeinsam durchgeführt. Die Validierung der BM-Schlussprüfungen in den vier Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz (AG, SO, BL und BS) erfolgt unter der Leitung von BL.

2509.009 Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote

Die Umsetzung der Bildungsharmonisierung und des Sonderschulkonkordats hat auch Auswirkungen auf die nachobligatorische Bildung im Bereich der Brückenangebote und der Berufsbildung. Fragen in diesem Zusammenhang werden im Rahmen der bis 2018 laufenden Mandate Brückenangebote (BrA) und Spezielle Förderung auf Sekundarstufe II geklärt. Vordringlich erscheint auch die Bereitstellung von Anschlusslösungen für die InSo-Schüler/innen nach Abschluss der Volksschule, da sie zwar ein Recht auf ihren Fähigkeiten entsprechende Bildung auf Sekundarstufe II haben, die Berufsbildung aber keine Reduktion von Leistungszielen kennt, sondern nur den Nachteilsausgleich.

Das erfolgreiche Projekt BWB (BerufsWegBereitung) wird im Rahmen eines zweiten Verpflichtungskredits bis 2018 weitergeführt. In dieser zweiten Projektphase werden die Erkenntnisse aus dem Evaluationsbericht der ersten Fünfjahresperiode umgesetzt und das Projekt 2018 erneut evaluiert. Ziel ist, 2019 BWB in die Linienorganisation zu überführen.

Alle diese Bereiche stärken den strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2509.010 Förderung der Ausbildungsqualität; Lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung (LQE)

Seit der Einführung der Revision des Berufsbildungsgesetzes 2004 müssen die Lerninhalte der drei Lernorte gemäss neuer Bildungspläne (Betrieb, Berufsfachschule, überbetriebliche Kurse) gezielt aufeinander abgestimmt, die Kooperation der lokalen Bildungspartner gefördert und damit die Qualitätsentwicklungsprozesse lernortsübergreifend gesichert werden. Hierfür wurde für jeden Beruf eine bikantonale QE-Gruppe konstituiert und ein entsprechendes spezifisches Bildungsmonitoring aufgebaut. Das SBFJ spricht in diesem Zusammenhang von der Fünfjahresüberprüfung. Diese Entwicklungsschritte leisten einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2510 Berufsfachschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonalen Berufsfachschulen (Gewerblich-industrielle Berufsfachschule (GIB) Liestal, GIB Muttenz, Berufsfachschule Gesundheit), die Berufsfachschulen privater Träger (Bildungszentrum kvBL, Berufsfachschule aprentas) und die berufsvorbereitenden Schulen (KVS, BVS2, SBA+) sind zuständig für die schulische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen gemäss den Vorgaben des Bundes (Berufsbildungsgesetz, BBG) und des Kantons (Bildungsgesetz, Verordnungen für die Berufsbildung usw.). Sie leisten durch eine an die individuellen Fähigkeiten ihrer Lernenden sowie Kursteilnehmenden und Studierenden angepasste berufliche Grund- und Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen und zur Wirtschaftsstandortförderung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	22'815	17'800	17'800	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'094'511	2'794'711	3'199'561	404'850	14%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	22'037'690	22'978'592	21'936'855	-1'041'737	-5%	2
304	Zulagen	326'333	307'976	326'334	18'358	6%	
305	Arbeitgeberbeiträge	5'313'700	5'139'416	4'741'604	-397'812	-8%	
309	Übriger Personalaufwand	130'492	151'410	165'050	13'640	9%	
310	Material- und Warenaufwand	711'559	748'550	673'800	-74'750	-10%	3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'067'722	874'500	725'520	-148'980	-17%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	4'297	6'000	6'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	757'975	824'300	653'376	-170'924	-21%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	59'157	116'800	173'570	56'770	49%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	146'507	145'000	145'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	211'825	253'830	218'020	-35'810	-14%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'225	1'000	4'000	3'000	300%	
341	Realisierte Kursverluste	228					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'734	1'880	1'650	-230	-12%	
349	Verschiedener Finanzaufwand		100		-100	-100%	
423	Schul- und Kursgelder	-854'958	-922'500	-850'000	72'500	8%	
425	Erlös aus Verkäufen	-337'053	-307'000	-316'000	-9'000	-3%	
426	Rückerstattungen	-60'526	-44'300	-49'000	-4'700	-11%	
440	Zinsertrag	-20	-110	-20	90	82%	
	Total Aufwand	33'889'769	34'361'865	32'988'141	-1'373'724	-4%	
	Total Ertrag	-1'252'556	-1'273'910	-1'215'020	58'890	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	32'637'212	33'087'955	31'773'121	-1'314'834	-4%	

- 1 Im Budget 2016 konnte die korrekte Zuweisung zu den Konten Löhne Verwaltungspersonal und Löhne Lehrpersonen vorgenommen werden.
- 2 Die Klassenbildung konnte optimiert werden. Die Durchführung von Erwachsenenbildungskursen ist rückläufig.
- 3 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-1/Dir-WOM-4).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bildungszentrum KV BL	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	34'595'119	33'764'594	37'893'709	4'129'115	12%	1
aprentas	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'800'958	2'893'410	3'740'440	847'030	29%	2
Lehrbetriebsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	15'097	11'500	12'000	500	4%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-167'032	-164'000	-164'000	0	0%	
PK Reform	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		4'941'000	-4'625'821	-9'566'821	-194%	1
Total Transferaufwand			37'411'175	41'610'504	37'020'328	-4'590'176	-11%	
Total Transferertrag			-167'032	-164'000	-164'000	0	0%	
Transfers (Netto)			37'244'143	41'446'504	36'856'328	-4'590'176	-11%	

- 1 Für die Ausfinanzierung der Forderungen der BLPK gegenüber den Institutionen im Bereich der Sonderschulung, Kinder -, Jugend- und Behindertenhilfe sowie beim Bildungszentrum kvBL wurden die damit verbundenen Mehrbelastungen des Kantons im Budget 2015 aufgenommen (Budgetantrag 2014 -250_01-09). Für das Total der geschätzten Forderungssumme wurde jedoch bereits zu Lasten der Rechnung 2014 Rückstellungen gebildet. Somit werden die im Budget 2015 eingestellten Mittel nicht benötigt werden. Zu Gunsten eines transparenten Ausweises werden unter den Positionen der PK -Reform die geplanten jährlichen Auflösungen der Rückstellungen ausgewiesen, welche in den Leistungsabteilungen enthalten sind und mittels vereinbarten Tarifierhöhungen finanziert werden.
- 2 Mit der neuen Leistungsvereinbarung vom 1. Juli 2014 werden die Lektionenpauschalen laufend erhöht (2014 -2018). Dies führt im Jahr 2016 zu Mehrkosten von rund CHF 300'000. Zudem müssen aufgrund der Lernendenzahlen in den Jahren 2014, 2015 und voraussichtlich 2016 jeweils zwei Klassen mehr geführt werden. Dies führt ebenfalls zu Mehrkosten von CHF 540'000.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	26.9	26.3	26.3	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	170.8	175.0	171.0	-4.0	-2.3%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	197.7	201.3	197.3	-4.0	-2.0%

Die Klassenbildung konnte optimiert werden. Die Durchführung von Erwachsenenbildungskursen ist rückläufig. Der Wegfall der Klassenlehrfunktion wirkt sich aufwandmindernd aus.

2511 Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB) sichert Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ihren Familien den Zugang zu bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden Angeboten (R-Z-1). Es fördert die Koordination und Zusammenarbeit sowohl zwischen den staatlichen Stellen und den privaten Institutionen als auch der verschiedenen Einrichtungen untereinander. Es ist im Kanton Basel-Landschaft für die Planung, Entwicklung und Finanzierung von Leistungen der Behindertenhilfe in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Tagesgestaltung sowie der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Heimen (inklusive Sonderschulheime) zuständig. Es unterstützt und finanziert ebenso Pflegefamilien als gleichwertige Partner in der stationären Jugendhilfe (R-AK-4, BKSD 16, 17, 20, 21). Das AKJB schliesst mit den meist privat getragenen Einrichtungen Vereinbarungen ab, die den Leistungsauftrag, die Qualitätsentwicklung und die finanzielle Abgeltung regeln. Es überprüft im Finanz- und Leistungscontrolling die Leistungserfüllung und die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen. Für den Bereich der Behindertenhilfe vollzieht es das Bundesgesetz IFEG. Zudem ist es für die Kinder- und Jugendförderung, die Schulsozialdienste der Sekundarstufen I und II, die familienergänzende Kinderbetreuung sowie die heilpädagogische Früherziehung verantwortlich. In der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich entwickelt es die Mittagsbetreuung an den Sekundarschulen. (BKSD –BBL-6/BKSD 13). Das AKJB erteilt die Bewilligung und führt die Aufsicht über die Heime für Kinder und Jugendliche (Schul- und Wohnheime), die Kindertagesstätten und die Heime für behinderte Erwachsene. Es stellt mit der Bewilligungsabklärung und einer regelmässigen Aufsicht eine Mindestqualität der Heime und Kindertagesstätten für Kinder, Jugendliche und behinderte Erwachsene sicher. Zudem ist das AKJB zuständig für die Entgegennahme von Meldungen der Dienstleistungsangebote in der Familienpflege und übt die Aufsicht über diese Angebote aus. Das AKJB ist die kantonale Verbindungsstelle zur interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE. Als kantonale Verbindungsstelle zum Bundesamt für Justiz erfüllt das AKJB in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt Aufgaben im Rahmen der Verfahren für Bau- und Betriebsbeiträge des Bundesamtes für Justiz an Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. Das AKJB fördert zudem mit Beiträgen die Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten (R-AK-4, R-M-2, BKSD 19).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	193	900	3'000	2'100	233%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'324'024	1'375'055	1'446'749	71'695	5%	
304	Zulagen	16'244	16'422	18'386	1'964	12%	
305	Arbeitgeberbeiträge	328'332	263'697	396'949	133'252	51%	1
309	Übriger Personalaufwand	4'182	500	3'500	3'000	600%	
310	Material- und Warenaufwand	10'359	12'770	12'040	-730	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	21					
313	Dienstleistungen und Honorare	189'206	348'470	191'450	-157'020	-45%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	497	500	500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	5'364	4'000	5'400	1'400	35%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'670	14'400	26'800	12'400	86%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	124'318					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	31					
370	Durchlaufende Beiträge	2'967'416	2'970'000	4'249'499	1'279'499	43%	3
426	Rückerstattungen	-342					
439	Übriger Ertrag		-110'000	-100'707	9'293	8%	
440	Zinsertrag	-2					
470	Durchlaufende Beiträge	-2'967'416	-2'970'000	-4'249'499	-1'279'499	-43%	3
	Total Aufwand	4'980'856	5'006'713	6'354'273	1'347'560	27%	
	Total Ertrag	-2'967'760	-3'080'000	-4'350'206	-1'270'206	-41%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'013'096	1'926'713	2'004'067	77'354	4%	

- Der Betrag enthält neben den Arbeitgeberbeiträgen für die Mitarbeitenden des AKJB auch die Arbeitgeberbeiträge auf den Lohnanteil der Pflegefamilien in der Höhe von CHF 136'956.
- Das Budget 2015 enthielt Aufwendungen für Dienstleistungen und Honorare von anderen Direktionen im Rahmen des gemeinsamen Bundesprogrammes zur Entwicklung der Kinder- und Jugendpolitik NOKJ in der Höhe von CHF 89'600. Im Jahr 2016 sind weit weniger Mittel in diesem Konto vorgesehen. Hingegen sind zusätzliche Lohnkosten für das Bundesprogramm

in der Höhe von CHF 68'600 im AKJB-Budget enthalten.

- Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die anerkannten Einrichtungen im Kanton erhöhen sich insbesondere, weil der Erlenhof in Reinach auf das Jahr 2016 in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Basel -Landschaft (bisher Basel-Stadt) kommt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'803'585	13'188'608	12'143'739	-1'044'869	-8%	1,2
Behindertenhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	73'625'543	74'978'540	76'972'612	1'994'072	3%	2,3
Jugendhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	40'551'593	39'127'535	40'939'738	1'812'203	5%	2,4
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-109'547	-96'636	-85'000	11'636	12%	
PK Reform	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		1'799'500	-1'287'550	-3'087'050	-172%	2
Total Transferaufwand			125'980'721	129'094'183	128'768'539	-325'644	0%	
Total Transferertrag			-109'547	-96'636	-85'000	11'636	12%	
Transfers (Netto)			125'871'174	128'997'546	128'683'539	-314'007	0%	

- Es sind weniger belegte Schulplätze als für 2015 budgetiert zu erwarten.
- Für die Ausfinanzierung der Forderungen der BLPK gegenüber den Institutionen im Bereich der Sonderschulung, Kinder -, Jugend- und Behindertenhilfe sowie beim Bildungszentrum kvBL wurden die damit verbundenen Mehrbelastungen des Kantons im Budget 2015 aufgenommen (Budgetantrag 2014 -250_01-09). Für das Total der geschätzten Forderungssumme wurde jedoch bereits zu Lasten der Rechnung 2014 Rückstellungen gebildet. Somit werden die im Budget 2015 eingestellten Mittel nicht benötigt werden. Zu Gunsten eines transparenten Ausweises werden unter den Positionen der PK -Reform die geplanten jährlichen Auflösungen der Rückstellungen ausgewiesen, welche in den Leistungsabteilungen enthalten sind und mittels vereinbarten Tarifierhöhungen finanziert werden.
- Trotz BKSD-WOM-12 führt die Umsetzung der genehmigten Bedarfsplanung Tranche 2016, die höhere Belegung von Wohn- und Arbeitsplätzen in ausserkantonalen Einrichtungen und die gestiegene Nachfrage nach Fahrten für Betagte und Behinderte zu Mehrkosten. Die Beiträge an Fahrten für Betagte und Behinderte werden dem Landrat zu Genehmigung beantragt.
- 2014 erfolgte eine deutliche Zunahme an Platzierungen in Heimen, welche im Budget 2015 nicht abgebildet werden konnte. Es ist eine weitere Zunahme der Fachpflegefamilien zu erwarten.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ums. Konzept Behindertenhilfe 2010-14	30	Personalaufwand	49'036					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	52'295					
		Total	101'331					
VK Koord. Jugendhilfe 2014-2017	30	Personalaufwand		70'000	84'293	14'293	20%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		10'000	5'000	-5'000	-50%	
	43	Verschiedene Erträge	-40'000	-40'000	-49'293	-9'293	-23%	
		Total	-40'000	40'000	40'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			101'331	80'000	89'293	9'293	12%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-40'000	-40'000	-49'293	-9'293	-23%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			61'331	40'000	40'000	0	0%	

Kennzahlen

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Sonderschulung					
500704 Sonderschulung Internat (Schule in Heimen)	9'762'123	11'259'651	9'907'000	-1'352'651	-12.01
500705 Fahrtkosten	115'604	110'900	123'000	12'100	10.91
500706 Fahrtkosten Heilpädagogische Früherziehung	90'257	60'497	60'440	-57	-0.09
500708 Heilpädagogische Früherziehung	1'775'097	1'687'440	1'981'899	294'459	17.45
500710 Beratung + Dienstleistung Sonderschulung	60'505	70'120	71'400	1'280	1.83
Jugendhilfe					
500698 Unterbringung in Heimen	38'107'226	36'737'850	38'340'000	1'602'150	4.36
500699 Unterbringung in Pflegefamilien	2'066'820	2'025'049	2'178'044	152'995	7.56
500700 Beratung + Dienstleistungen Kind + Jugend	268'000	268'000	336'694	68'694	25.63
Behindertenhilfe					
500694 Betreutes Wohnen + betreute Tagesgestaltung	51'135'744	52'128'482	53'263'207	1'134'725	2.18
500695 Begleitete Arbeit	20'970'965	21'470'808	21'883'155	412'347	1.92
500696 Fahrten für Behindertenhilfe	1'358'385	1'200'000	1'647'000	447'000	37.25
500697 Beratung + Dienstleistungen	160'449	179'250	179'250	0	0
PK Reform (501351)		1'799'500		-1'799'500	-100
501351 Sonderschulung			-240'500	-240'500	X
501351 Jugendhilfe			-258'694	-258'694	X
501351 Behindertenhilfe			-788'356	-788'356	X

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.7	9.7	9.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2511.001 Umsetzung Bedarfsplanung Behindertenhilfe BL / BS 2014 bis 2016

Die Tranche 2016 der Bedarfsplanung über die Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe für die Jahre 2014 bis 2016 wird umgesetzt.

2511.002 Bedarfsplanung Behindertenhilfe BL / BS 2017 bis 2019

Die Bedarfsplanung für die Periode 2017 bis 2018, evtl. 2019 ist erarbeitet und vom Regierungsrat genehmigt.

2511.003 Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt

Die Instrumente für die Bedarfserfassung, Leistungsbemessung sowie zur Kostenermittlung sind erarbeitet. Eine vollständige Bedarfserfassung für die Personen mit Behinderung in den Wohnheimen, Tagesstätten und Werkstätten in Basel-Landschaft ist durchgeführt und mit den einheitlich erfassten Kosten dieser Institutionen verbunden (Ermittlung Taxpunktwert). Die Verteilung der Kosten und Bedarfsstufen sind bis Ende 2016 in einem Bericht an den Regierungsrat ausgewiesen. Das Gesetz über die Behindertenhilfe BL/BS ist vom Landrat und ggf. Volk im Laufe des Jahres 2016 beschlossen.

2511.004 Bedarfsorientierte Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung

Um das Ziel von bedarfsgerechten Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schul- wie im Frühbereich zu erreichen, verfolgen die BKSD und die SID in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Umsetzung der allfällig vom Landrat oder vom Volk beschlossenen Regelung zum Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung.

2511.005 Umsetzung des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe

Die im Konzept Kinder- und Jugendhilfe formulierten zehn Handlungsempfehlungen werden in entsprechenden Projekten umgesetzt. 2016 erfolgen wichtige Schritte für eine bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen im Kanton, für die Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende sowie

zur Neuregelung der ambulanten Jugendhilfe, damit diese besser verfügbar wird. Die Umsetzung des Konzeptes wird durch den Bund mit Mitteln im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit (KJFG) mitfinanziert. Die zusätzlichen Finanzmittel des Bundes ermöglichen in den Bereichen der Kinder- und Jugendförderung sowie des Kinderschutzes zusätzliche Entwicklungsschritte.

2511.006 Gemeinsame Bedarfsplanung BS / BL der stationären und ambulanten Kinder- und Jugendhilfe

Der Planungsbericht über die Leistungsangebote der stationären Kinder- und Jugendhilfe umfasst die Planungsperiode 2015 - 2017. Im Jahr 2016 erfolgen Schritte zur Umsetzung der neuen Bedarfsplanung. Zudem entwickelt der Kanton in Zusammenarbeit mit den relevanten Partnerinnen und Partnern Perspektiven für die mittel- bis langfristige Entwicklung der ambulanten und stationären Angebote im Kanton.

2511.007 Konzept frühe Förderung

BKSD, VGD und SID arbeiten an der Erstellung eines Konzeptes zur frühen Förderung und beziehen bei den Arbeiten die Gemeinden und privaten Anbieter ein. Das Konzept schlägt die bedarfsgerechten Massnahmen zur Unterstützung der Gemeinden und privaten Anbieter in ihren Aktivitäten im Frühbereich vor. Frühe Förderung unterstützt die individuellen Bildungs- und Entwicklungsprozesse und fördert die Kinder dahingehend, dass sie bei Eintritt in den Kindergarten über die notwendigen Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn verfügen.

2512 Amt für Kultur

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kultur besteht aus vier Hauptabteilungen, die sich innerhalb der Kulturkonferenz organisieren. Es koordiniert die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Kulturbereich. Die Hauptabteilungen sind operativ selbständig. Die Hauptabteilung kulturelles.bl fungiert als Drehscheibe und Mittlerin zwischen den Fördergremien und den Kulturschaffenden. Sie ist die Geschäftsstelle für Belange im Kunst- und Kulturförderungsbereich. Die Kantonsbibliothek ist eine Grundeinrichtung für Bildung, Begegnung, Kultur und Freizeit. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen fördert sie die individuelle Bildung sowie das Bewusstsein für eigene und fremde Kulturen. Als gesellschaftlicher und kultureller Treffpunkt wirkt sie integrativ und fördert die Lese- und Medienkompetenz. Die Hauptabteilung Archäologie und Museum ist verantwortlich für die Sicherung und Erhaltung ausgewählter naturgeschichtlicher und kulturhistorischer Denkmäler und Objekte sowie die Erforschung und Vermittlung natur- und kulturhistorischer sowie zeitgenössischer Themen. Die Hauptabteilung Römerstadt Augusta Raurica ist verantwortlich für die Erhaltung, Erforschung und Vermittlung der römischen Kolonialstadt. Sie macht diese der Öffentlichkeit zugänglich und fördert mit Ausstellungen, Workshops und Publikationen das Verständnis für deren archäologisches Erbe.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	43'553	38'000	38'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'698'110	9'425'317	9'320'834	-104'483	-1%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	60'041	260'792	260'792	0	0%	
304	Zulagen	132'013	135'920	101'258	-34'662	-26%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'725'605	1'760'699	1'772'156	11'456	1%	
309	Übriger Personalaufwand	8'194	25'500	25'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	2'066'165	1'999'000	1'813'000	-186'000	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	142'950	263'800	198'800	-65'000	-25%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	27'926	17'000	17'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'265'235	1'087'030	918'030	-169'000	-16%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	763'768	740'000	655'000	-85'000	-11%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	60'152	141'501	131'501	-10'000	-7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	195'040	169'500	164'500	-5'000	-3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	132'410	128'900	112'000	-16'900	-13%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'834	500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	629					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'300	1'200	1'200	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder		-8'000	-8'000	0	0%	
424	Benützunggebühren und Dienstleistungen	-926'060	-989'000	-1'389'000	-400'000	-40%	4
425	Erlös aus Verkäufen	-162'092	-164'500	-164'500	0	0%	
426	Rückerstattungen	-5'192	-5'000	-5'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-17'179	-1'000	-1'000	0	0%	
439	Übriger Ertrag	-132'350	-33'000	-73'000	-40'000	-121%	
440	Zinsertrag	-78					
447	Liegenschaftenertrag VV	-12'275	-10'000	-10'000	0	0%	
	Total Aufwand	16'327'926	16'194'659	15'530'071	-664'588	-4%	
	Total Ertrag	-1'255'225	-1'210'500	-1'650'500	-440'000	-36%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'072'701	14'984'159	13'879'571	-1'104'588	-7%	

- 1 Ersatz Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-4).
- 2 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-4).
- 3 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Dir -WOM-1).
- 4 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Erhöhung Nutzungsgebühr Kantonsbibliothek; BKSD -WOM-26).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Archäologie & Museum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	82'000	72'000	72'000	0	0%	
bibliothekarische Leistungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	23'305	10'000	10'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-15'200	-25'000	-25'000	0	0%	
archäologische Leistungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-743'507	-760'000	-760'000	0	0%	
Projektbeiträge Kultur	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'978'629	3'125'000	2'735'000	-390'000	-12%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-5'171	-14'000	-14'000	0	0%	
Kulturvertragspauschale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'661'003	9'790'000	10'060'000	270'000	3%	
Verein Kulturraum Roxy	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	550'000	550'000	550'000	0	0%	
Archäobiologie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	20'000	46'000	46'000	0	0%	
VK Ruinensanierung Pfeffingen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-324'219					
Zusatzbeitrag Theater Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		700'000		-700'000	-100%	2
Total Transferaufwand			13'314'937	14'293'000	13'473'000	-820'000	-6%	
Total Transferertrag			-1'088'097	-799'000	-799'000	0	0%	
Transfers (Netto)			12'226'840	13'494'000	12'674'000	-820'000	-6%	

- 1 Reduktion des Aufwands aufgrund Vorgaben der Regierung (Reduktion Kulturförderung BL; BKSD -WOM-5).
- 2 Der Budgetantrag 2014-250_07 betreffend die Erhöhung des Zusatzbeitrages an das Theater Basel wird inhaltlich nicht fortgeführt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ruinensanierung Pfeffingen	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'371'387	750'000	1'050'000	300'000	40%	1
	46	Transferertrag	-324'219					
		Total	1'047'168	750'000	1'050'000	300'000	40%	
VK Verein Kulturraum Roxy 2014-2017	36	Transferaufwand	550'000	550'000	550'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'921'387	1'300'000	1'600'000	300'000	23%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-324'219					
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'597'168	1'300'000	1'600'000	300'000	23%	

- 1 Gemäss aktuellen Hochrechnungen kann die Anlage mit einer höheren Kredittranche im 2016 insgesamt kostengünstiger abgeschlossen und bereits Ende 2017/Anfang 2018 wieder eröffnet werden und nicht erst um 2020, wie ursprünglich veranschlagt. Zudem werden die Subventionen des Bundes (25%) damit optimal ausgeschöpft

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	82.2	83.2	83.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2512.001 Burgen und Ruinen

Die 2013 in Angriff genommene, mehrjährig geplante Sicherung der Ruine Pfeffingen kommt gut voran. Nach Abschluss der Arbeiten am Wohnturm werden die umliegenden Bauten der "neuen Behausung" gesichert. Die Sicherung dieses Kulturguts von nationaler Bedeutung trägt zur Umsetzung der strategischen Schwerpunkte "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie "Auftritt und Kooperation" (Standortattraktivität) bei.

2512.002 Erhaltung und Erschliessung des Natur- und Kulturerbes

Das bedeutende natur- und kulturgeschichtliche Archiv des Kantons ist unzureichend untergebracht. Archäologie und Museum benötigt für die rund 2 Millionen Objekte einen sicheren Aufbewahrungsort. Zudem braucht es Massnahmen zur langfristigen Konservierung einzelner Bestände. Beides sind Massnahmen zur Erreichung der strategischen Schwerpunkte "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität), "Basel-Bildungs-Landschaft" (Erschliessung von Wissen) sowie "Auftritt und Kooperation" (Standortattraktivität).

2512.003 Lesezentren an den Sekundarschulen

Nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojektes an der Sekundarschule Waldenburgertal in Oberdorf hat die Sekundarschule Binningen das zweite Lesezentrum eröffnet. In Sissach wird im Sommer 2015 das dritte eröffnet. Die BKSD hat ein Reglement für die definitive Einführung von Lesezentren an Sekundarschulen erlassen. Interessierte Schulen, welche die räumlichen und personellen Voraussetzungen erfüllen, nehmen das Lesezentrum ins Schulprogramm auf und ermöglichen den Betrieb über eine Umwidmung von Lektionen aus dem ergänzenden Angebot. Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Schwerpunkte „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Vermittlung von Wissen).

2512.005 Entwicklungskonzept Augusta Raurica

Das Entwicklungskonzept Augusta Raurica, das die Zukunftsperspektiven der Gemeinde Augst und der Römerstadt aufzeigt, wird in seinen grundsätzlichen Zielsetzungen auf die Machbarkeit hin geprüft. Weiter wird ein Grobkonzept entwickelt. In Teilprojekten werden die Grundlagen für eine koordinierte Verkehrserschliessung des Raumes Augst in Koordination mit dem strategischen Entwicklungsareal Salina Raurica und für eine Siedlungsentwicklung im Augster Oberdorf entwickelt. Das Teilprojekt "Bauen über Ruinen" wird geprüft. Ausserdem entsteht ein Konzept für die etappenweise museale Entwicklung von Augusta Raurica.

Die Massnahmen tragen zu den strategischen Schwerpunkten "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität), "Auftritt und Kooperation" (Standortattraktivität) und "Innovation und Wertschöpfung" bei.

2512.006 Sammlungszentrum Augusta Raurica

Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen in Koordination mit der Bau- und Umweltschutzdirektion (Federführung HBA). Mit der Zustimmung des Stimmvolks vom 9. Juni 2013 hat die Projektierung und Ausarbeitung einer Baukreditvorlage begonnen.

Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Schwerpunkte „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität), „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Erschliessung von Wissen) sowie „Innovation und Wertschöpfung“.

2513 Sportamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Sportamt hat den Auftrag, den Sport im Kanton differenziert für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu fördern. Primär geht es darum, gute Rahmenbedingungen im Interesse von Sport und Bewegung zu setzen. Die Basis der Sportförderung bilden die Bereiche Ausbildung, Anlässe, Beratung, Unterstützung und Vermittlung. Im Zentrum steht die Organisation von sportfachbezogenen Aus-, Weiter- und Fortbildungskursen für Leitende der Sparten Jugendsport Baselland (JSBL), Jugend + Sport (J+S) sowie Erwachsenensport. Das Sportamt prüft und bewilligt die von ausgebildeten Leiterinnen und Leitern angemeldeten Sportkurse in J+S und JSBL. Das Sportamt setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung des Vereins- und Verbandssports ein, aber auch für die Anliegen des Schulsports, Individualsports, Breitensports und Leistungssports. Unterstützt werden auch Angebote im Bereich der allgemeinen Bewegungsförderung, mit dem Ziel, die Anzahl an regelmässig bewegungsaktiven Baselbieterinnen und Baselbietern zu erhöhen.

Die Verwaltung des Swisslos-Sportfonds gehört ebenso zum Aufgabenbereich wie die Durchführung von Breitensport-Veranstaltungen, mit dem Ziel, das physische und psychische Wohlbefinden, die Leistungsfähigkeit sowie die Integration durch Sport zu fördern. Das Sportamt sorgt für die Umsetzung des Kantonalen Sportanlagen-Konzepts (KASAK). Als Drehscheibe der sportlichen Aktivitäten bietet das Sportamt kompetente Beratung für alle Belange im Zusammenhang mit Sport und Bewegung sowie der Planung und Realisierung von Sportanlagen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'139	5'000	4'800	-200	-4%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	981'940	1'021'983	1'043'563	21'580	2%	
304	Zulagen	12'397	8'396	12'691	4'295	51%	
305	Arbeitgeberbeiträge	167'160	216'948	219'459	2'511	1%	
309	Übriger Personalaufwand	5'762	4'300	5'200	900	21%	
310	Material- und Warenaufwand	41'135	63'800	51'500	-12'300	-19%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	14'009	18'000	17'500	-500	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	649'857	847'650	846'850	-800	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	10'193	5'000	6'000	1'000	20%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	10'113	7'500	10'000	2'500	33%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	176'316	251'350	228'510	-22'840	-9%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	587	1'000	1'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-292'968	-318'900	-317'900	1'000	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-15'350	-12'500	-10'500	2'000	16%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'596	-1'000	-1'200	-200	-20%	
439	Übriger Ertrag	-13'092	-9'000	-3'000	6'000	67%	
440	Zinsertrag	-11					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-81'669	-88'250	-96'150	-7'900	-9%	
	Total Aufwand	2'073'608	2'450'926	2'447'072	-3'854	0%	
	Total Ertrag	-404'686	-429'650	-428'750	900	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'668'922	2'021'276	2'018'322	-2'954	0%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbildungsbeiträge im Sport	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	255'809	250'500	272'000	21'500	9%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-116'648	-108'000	-130'400	-22'400	-21%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-9'005	-15'000	-8'000	7'000	47%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sportprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	45'800	123'500	75'000	-48'500	-39%	
Mitgliederbeiträge Sportamt	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	957	1'200	1'000	-200	-17%	
Jugendsportkonzept	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			40'000	40'000		X
Total Transferaufwand			302'566	375'200	388'000	12'800	3%	
Total Transferertrag			-125'653	-123'000	-138'400	-15'400	-13%	
Transfers (Netto)			176'913	252'200	249'600	-2'600	-1%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.4	9.4	9.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2513.001 Qualitativ gute Ausbildung

Das Sportamt stellt in den Bereichen Jugend + Sport, Erwachsenensport und Vereinsmanagement den qualitativ hohen Ausbildungsstandard weiterhin sicher. Vereinsleiterinnen und Vereinsleiter werden vor Ort weitergebildet. Zur Förderung der Bewegungs- und Sportaktivitäten der Bevölkerung wird eine neue Ausbildung für ehrenamtlich tätige Bewegungscoachs eingeführt. Bewegungscoachs begleiten bisher bewegungsinactive Person im Bestreben um vermehrte körperliche Aktivitäten.

2513.002 Individuelle Beratung

Das Sportamt verstärkt seine individuellen Beratungsleistungen für die Sportvereine, Sportverbände, Schulen und Gemeinden. Durch die kompetenten und bedarfsgerechten Beratungsleistungen profitieren alle Anspruchsgruppen. Insbesondere wird die ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit gezielt gestärkt.

2513.003 Anlässe und Breitensportveranstaltungen

Den Teilnehmenden der Anlässe und Breitensportveranstaltungen wird ein nachhaltiges Sporterlebnis geboten. Zur Förderung der Sportaktivitäten der Bevölkerung werden zusätzlich zu den bestehenden Breitensportveranstaltungen ein kantonaler Aktionstag und ein Sportforum durchgeführt. Das Baselbieter Sportabzeichen wird aus Anlass seines 20-jährigen Bestehens gewürdigt und gefördert.

2513.004 Vermittlung der Sportangebote

Die Vermittlungsleistungen des Sportamtes werden intensiviert. Durch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit soll die Bevölkerung auf die öffentlich zugängliche Sportinfrastruktur und auf bestehende Sportangebote des Kinder-, Jugend- und Erwachsenensports aufmerksam gemacht werden, mit der Zielsetzung, möglichst viele Menschen dazu zu bringen, sich regelmässig zu bewegen und bereits sportlich aktive Menschen zu zusätzlichen Sportaktivitäten zu animieren.

2513.005 Umsetzung Jugendsportkonzept

Die Schwerpunkte liegen im Ausbau des freiwilligen Schulsports und in der Weiterbildung der Lehrpersonen, die Sport unterrichten.

Der freiwillige Schulsport auf der Primarstufe wird mit Unterstützung der Standortgemeinden ausgebaut und in weiteren Gemeinden mit Angeboten gestartet. Die Qualität der Angebote wird durch anerkannte Leitende sowie durch die Begleitung des Sportamtes sichergestellt. Sportunterricht erteilende Lehrpersonen werden auf der eigenen Schulsportanlage, abgestimmt auf ihre Bedürfnisse, gezielt weitergebildet.

2514 Kindergärten, Primar- und Musikschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Profitcenter P2514 umfasst das Budget der Primarstufe und der Musikschulen. Es bildet die Kosten ab, welche der Kanton für die kommunalen Schulträger übernimmt: Personal- und Sachaufwand sowie Leistungs- und Subventionsvereinbarungen.

Beim Personalaufwand sind es die Entschädigung der Vorstände der Schulleitungskonferenz, inkl. Präsidialausschuss, die Weiterbildung für Schulleitungen (insb. das Schulleitungsforum), die Spesen bei kantonal angeordneten Veranstaltungen bzw. Anlässen sowie die Stellvertretungen für Lehrpersonen bei kantonal angeordneten Angeboten. Beim Sachaufwand sind es die gemäss Entscheid des Bildungsrats obligatorischen Lehrmittel (§ 93 des Bildungsgesetzes), die vierkantonale Aufgabensammlung und Checks sowie die bikantonale Übertrittsprüfung von der Primar- in die Sekundarstufe I.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'378	5'800	5'500	-300	-5%	
302	Löhne der Lehrkräfte	61'950	47'500	56'800	9'300	20%	
304	Zulagen	2'178					
305	Arbeitgeberbeiträge	27'142					
310	Material- und Warenaufwand	1'088'378	1'524'000	1'428'000	-96'000	-6%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	26'597	27'000	27'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare		3'000	2'250	-750	-25%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'210	2'000	3'650	1'650	83%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
427	Bussen	-800					
	Total Aufwand	1'211'833	1'609'300	1'523'200	-86'100	-5%	
	Total Ertrag	-800					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'211'033	1'609'300	1'523'200	-86'100	-5%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bauernverband beider Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			20'000	20'000		X1
LV mit Musikvereinen und -verbänden	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			192'000	192'000		X2
Talentförderung und Impulsprogramm	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			85'000	85'000		X1
Musikschulübergreifende Projekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			20'000	20'000		X
Total Transferaufwand					317'000	317'000		X
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)					317'000	317'000		X

1 Verschiebung von Aufgaben aus P2506 Amt für Volksschulen in das Profit Center P2514.

2 Verschiebung von Aufgaben aus P2506 Amt für Volksschulen in das Profit Center P2514. Im Transferaufwand sind Beiträge an folgende Organisationen enthalten:

- Knabenkantorei Basel
- Mädchenkantorei Basel
- Jugendsymphonieorchester der Regio Basiliensis
- Musikverband beider Basel

Gerichte

GER

Gesamtübersicht Budget

Die Verbesserung des Personalaufwands kommt daher, dass befristete auslaufende Stellen nicht mehr verlängert werden und seinerzeit bewilligte Reservestellen im Budget 2016 gestrichen worden sind. Im Weiteren nimmt die Anzahl der nebenamtlichen Richter und Richterinnen am Kantonsgericht um eine Person ab.

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand kann das Budget 2016 versus 2015 moderat zurückgenommen werden. Die Resultatverbesserung setzt sich zusammen aus tieferen Aufwänden in den Bereichen unentgeltliche Rechtspflege und tatsächlichen Forderungsverlusten.

In den Entgelten (Gerichtsgebühren, Rückerstattungen und Bussen) wurde im Budget 2015 von zu hohen Werten ausgegangen. Der tiefere Wert im Budget 2016 scheint daher realistischer und liegt immer noch über den Rechnungszahlen 2014.

Bei den Verschiedenen Erträge wurde im Bereich der Rückforderung aus unentgeltlicher Rechtspflege neu auch das mögliche Ertragspotenzial aus Verfügungen der Zivilkreisgerichte mit eingerechnet, mit welchem im Spätherbst 2014 begonnen worden ist.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	22'804'098	23'687'916	23'016'236	-671'680	-3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	10'740'237	10'430'700	10'260'500	-170'200	-2%
34 Finanzaufwand	7'899	10'600	8'820	-1'780	-17%
42 Entgelte	-8'626'737	-9'811'900	-9'198'500	613'400	6%
43 Verschiedene Erträge	-909'362	-500'000	-1'050'000	-550'000	-110%
44 Finanzertrag	-118	-490	-140	350	71%
Total Aufwand	33'552'234	34'129'216	33'285'556	-843'660	-2%
Total Ertrag	-9'536'217	-10'312'390	-10'248'640	63'750	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	24'016'017	23'816'826	23'036'916	-779'910	-3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	115.8	117.9	115.0	-3.0	-2.5%

Der Rückgang ist darauf zurück zu führen, dass diverse bewilligte Restpensen gestrichen werden. Im Weiteren wird darauf verzichtet, befristete Stellenprozente zu verlängern.

2600 Kantonsgericht BL

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonsgericht ist die oberste rechtsprechende Behörde des Kantons. Es übt die Aufsicht aus über die Friedensrichterämter und die Gerichte.

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht:

Beschwerdeinstanz bei Rechtsmitteln gegen Entscheide des Regierungsrats, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, des Landrats, des Amtes für Migration, der Spitäler, der Anwaltsprüfungskommission etc. sowie gegen Entscheide des Steuer- und Enteignungsgerichts.

Abteilung Zivilrecht:

Berufungs- und Beschwerdeinstanz gegen Urteile der Zivilkreisgerichte und der Friedensrichter und Friedensrichterinnen sowie der Schlichtungsstellen, einzige kantonale Instanz für gewisse Spezialmaterien (u.a. Immaterialgüter- und Kartellrecht), Rechtsmittelbehörde gegen Entscheide der Betreibungs- und Konkursämter.

Abteilung Strafrecht:

Berufungsinstanz gegen Urteile des Straf- und Jugendgerichts; Beschwerdeinstanz gegen Verfahrenshandlungen, Verfügungen und Beschlüsse der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des Straf- und Jugendgerichts sowie des Zwangsmassnahmengerichts. Revisionsinstanz. Sekretariat der Anwaltsaufsichtskommission.

Abteilung Sozialversicherungsrecht:

Beurteilung von Beschwerden und Klagen in den Bereichen AHV, IV, BVG, UVG, KVG, EL, EO, ALV, Familienzulagen und Prämienverbilligung. Sekretariat der Anwaltsprüfungskommission.

Gerichtsverwaltung:

Die Gerichtsverwaltung ist Stabsstelle / Generalsekretariat der Judikative und unterstützt alle Gerichte in administrativen Belangen (Personal, Finanzen, Informatik, Infrastruktur, Information / Kommunikation). Zentralbehörde für internationale Rechtshilfe in Zivilstreitigkeiten. Zuständig für den Gerichtsweibeldienst.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'484'343	1'724'000	1'558'006	-165'994	-10%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'947'577	7'480'822	7'240'414	-240'408	-3%	2
304	Zulagen	80'950	61'164	67'966	6'801	11%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'699'744	1'619'640	1'569'404	-50'236	-3%	3
309	Übriger Personalaufwand	104'850	113'960	76'750	-37'210	-33%	4
310	Material- und Warenaufwand	167'796	146'000	157'000	11'000	8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	89'049	133'000	135'000	2'000	2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'110'937	1'239'500	1'232'700	-6'800	-1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	105'232	190'000	190'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	41'609	50'000	42'000	-8'000	-16%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	85'668	66'000	78'400	12'400	19%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'134'650	1'000'000	1'000'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	119'029	102'000	129'000	27'000	26%	5
341	Realisierte Kursverluste	2					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	448	1'000	820	-180	-18%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'000'149	-2'480'000	-2'095'000	385'000	16%	6
426	Rückerstattungen	-196'222	-300'000	-182'000	118'000	39%	7
427	Bussen	-26'640	-40'000	-30'000	10'000	25%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-483'514	-500'000	-500'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-20	-50	-20	30	60%	
	Total Aufwand	13'171'883	13'927'086	13'477'460	-449'627	-3%	
	Total Ertrag	-2'706'544	-3'320'050	-2'807'020	513'030	15%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	10'465'339	10'607'036	10'670'440	63'403	1%	

- 1 Die Anzahl der nebenamtlichen Richter und Richterinnen ist um eine Person reduziert worden.
- 2 Bewilligte Reservestellen aus der Vergangenheit sind im Budget 2016 gestrichen.
- 3 Siehe Erläuterungen unter den Kostenarten 300 & 301.
- 4 Im Budget 2016 entfällt ein Ausbildungskonzept für Übersetzer, da dies im Rechnungsjahr 2015 umgesetzt wird.
- 5 Darin enthalten sind die zu entrichtenden Parteientschädigungen. Insbesondere durch Weiterzüge an das Bundesgericht und die sich daraus ergebenden Urteile können finanzielle Mehraufwendungen entstehen.
- 6 Der Gerichtsgebührenertrag wurde im Budget 2015 aufgrund von starken Vorjahren als langfristige Entwicklung hineininterpretiert. Grössere Schwankungen von Jahr zu Jahr sind möglich.
- 7 Die Abteilung Sozialversicherungsrecht muss aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids vermehrt Gerichtsgutachten in Auftrag geben. Deren Kosten fallen zunächst bei der Gerichtskasse an, werden aber im Urteil in der Regel der Invaliden -Stelle beziehungsweise anderen Versicherungsträgern auferlegt. Es ist nicht zum voraus abschätzbar, wie hoch der materielle Aufwand sein wird und zu welchem Zeitpunkt (zeitverschoben) die Rückerstattungen erfolgen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	42.4	44.1	43.0	-1.2	-2.6%

Diverse Restpensen bei den einzelnen Abteilungen werden gestrichen und befristete Anstellungen nicht mehr verlängert.

2601 Straf- und Zwangsmassnahmengericht sowie Jugendgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Anklagen der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft sowie von Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft. Für die Anordnung der Untersuchungs- und der Sicherheitshaft sowie für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen gemäss Schweizerischer Straf- und Jugendstrafprozessordnung ist das Zwangsmassnahmengericht zuständig. Das Strafgericht und das Jugendgericht sind Rechtsmittelinstanz gegen gemeinderätliche Urteile.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	532'448	600'000	550'000	-50'000	-8%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'266'092	4'463'984	4'287'715	-176'269	-4%	2
304	Zulagen	61'822	36'138	48'629	12'491	35%	
305	Arbeitgeberbeiträge	815'986	872'783	853'679	-19'104	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	14'347	21'550	15'550	-6'000	-28%	
310	Material- und Warenaufwand	53'411	63'500	55'000	-8'500	-13%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	675		1'000	1'000	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'143'712	1'599'000	1'774'000	175'000	11%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	21'869	30'000	22'000	-8'000	-27%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	14'108	15'000	14'000	-1'000	-7%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'089'606	1'720'000	1'850'000	130'000	8%	4
319	Verschiedener Betriebsaufwand	184'405	260'000	200'000	-60'000	-23%	5
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'095	4'000	4'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'984'290	-2'900'000	-3'000'000	-100'000	-3%	6
426	Rückerstattungen	-5'629	-102'000	-100'000	2'000	2%	
427	Bussen	-131'820	-300'000	-200'000	100'000	33%	7
440	Zinsertrag	-22	-50	-20	30	60%	
	Total Aufwand	10'202'576	9'685'955	9'675'574	-10'381	0%	
	Total Ertrag	-3'121'761	-3'302'050	-3'300'020	2'030	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	7'080'815	6'383'905	6'375'554	-8'351	0%	

- Dieser Budgetposten kann gemäss der Rechnung 2014 gesenkt werden. Diese Kosten sind darauf zurück zu führen, dass die Staatsanwaltschaft im 2013 und 2014 mehr Anklagefälle (insbesondere mehr Dreierkammerfälle) an das Strafgericht überwiesen hat, wobei die Fünferkammer jedoch nur noch selten zum Einsatz kommt.
- Befristete, auslaufende Stellenprozente werden nicht mehr verlängert.
- Der Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege wurde im Budget 2015 eindeutig zu tief angesetzt, wie dies auch durch die Rechnungszahlen 2014 belegt wird. Im Budget 2016 wird diesem Umstand Rechnung getragen.
- Bei den Wertberichtigungen auf Forderungen können die Abschreibungen von Jahr zu Jahr sehr stark schwanken. Insbesondere ist nicht vorhersehbar, zu welchem Zeitpunkt Haftentlassungen erfolgen und es gleichzeitig zu Ausschaffungen kommt. Auch die Anzahl der Personen mit unbekanntem Aufenthalt sind nicht im Voraus planbar.
- Das Budget 2016 umfasst den Durchschnittswert der vergangenen Jahre und kann demzufolge nach unten angepasst werden.
- In Anlehnung zum Rechnungsabschluss 2014 und unter Mitberücksichtigung der davor erfolgten Entwicklung ist eine höhere Annahme gerechtfertigt.
- Das seinerzeitige Budget für 2015 wurde aufgrund von Zahlen aus einem Ausnahmejahr erstellt. Im Budget 2016 wird die entsprechende Korrektur vorgenommen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.7	34.7	32.9	-1.8	-5.2%

Befristete, auslaufende Verträge werden nicht verlängert und bewilligte Restpensen aus der Vergangenheit gestrichen.

2603 Steuer- und Enteignungsgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Abteilung Steuergericht:

Beurteilung von Rekursen gegen Einspracheentscheide der Steuerverwaltung betreffend der Staatssteuer (inkl. Handänderungs-, Grundstücksgewinn- sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer) sowie von Beschwerden betreffend der direkten Bundessteuer und gegen Einspracheentscheide des Amtes für Militär- und Bevölkerungsschutz betreffend des Wehrpflichtersatzes (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Abteilung Enteignungsgericht:

Rechtsmittelinstanz für Beschwerden gegen Verfügungen des Kantons und der Gemeinden betreffend Erschliessungsabgaben (bspw. Wasser, Kanalisation, Strassen, Grossgemeinschaftsantennenanlage). Beurteilung von Entschädigungen aus formeller und materieller Enteignungen sowie von Gesuchen betreffend vorzeitige Besitzzeiweisung des Gemeinwesens (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	85'325	70'000	80'000	10'000	14%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	773'316	665'468	674'906	9'438	1%	
304	Zulagen	9'390	7'907	9'884	1'977	25%	
305	Arbeitgeberbeiträge	131'708	116'397	116'656	259	0%	
309	Übriger Personalaufwand	3'904	4'110	4'110	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	24'208	34'000	27'000	-7'000	-21%	
313	Dienstleistungen und Honorare	20'697	25'000	22'100	-2'900	-12%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	10'351	9'000	11'000	2'000	22%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'356	3'700	2'800	-900	-24%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		10'000	1'000	-9'000	-90%	2
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	146	1'000	500	-500	-50%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-50'982	-50'000	-51'000	-1'000	-2%	
426	Rückerstattungen		-1'500	-1'500	0	0%	
440	Zinsertrag	-16	-100	-20	80	80%	
	Total Aufwand	1'061'399	946'582	949'955	3'374	0%	
	Total Ertrag	-50'998	-51'600	-52'520	-920	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'010'401	894'982	897'435	2'454	0%	

1 Anpassung an die Rechnungszahlen 2014, da Budgetwert 2014 zu tief angenommen wurde.

2 Wie die Vergangenheit zeigt, sind Wertberichtigungen auf Forderungen eher unwahrscheinlich. Eine tiefere Budgetierung ist daher durchaus vertretbar.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.5	5.7	5.7	0.0	-0.5%

Der Präsident der Abteilung Steuergericht erledigt seine Arbeit im 23 %-Pensum; im Gerichtsorganisationsdekret sind dafür 50% vorgesehen (Abweichung nur bezüglich besetzte Stellen per 31.12.2014).

2604 Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Zivilkreisgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	75'030	80'000	75'000	-5'000	-6%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'734'968	2'901'818	2'909'962	8'144	0%	
304	Zulagen	25'956	22'713	24'622	1'909	8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	510'442	595'305	585'615	-9'690	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	9'270	13'870	10'370	-3'500	-25%	
310	Material- und Warenaufwand	34'092	44'200	34'500	-9'700	-22%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'463'674	1'609'000	1'567'000	-42'000	-3%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	10'241	13'000	12'000	-1'000	-8%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'668	9'500	7'000	-2'500	-26%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	306'396	390'000	310'000	-80'000	-21%	2
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'905	3'000	2'000	-1'000	-33%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'910'202	-2'100'000	-2'000'000	100'000	5%	3
426	Rückerstattungen	-18'009	-23'000	-23'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-308'532		-350'000	-350'000		X 4
440	Zinsertrag	-31	-190	-50	140	74%	
	Total Aufwand	5'177'642	5'682'406	5'538'069	-144'337	-3%	
	Total Ertrag	-2'236'773	-2'123'190	-2'373'050	-249'860	-12%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'940'869	3'559'216	3'165'019	-394'197	-11%	

- 1 Für die unentgeltliche Rechtspflege und Auslagen für externe Expertisekosten darf aufgrund der Rechnungszahlen 2014 von einem tieferen, finanziellen Aufwand ausgegangen werden.
- 2 Die Wertberichtigungen auf Forderungen werden sehr restriktiv gehandhabt. Zum Budget 2015 kann deshalb eine Anpassung vorgenommen werden, insbesondere in Anlehnung zum Rechnungsausweis 2014.
- 3 Bei den Gebühren für Amtshandlungen (Gerichtsgebühren) ist eine Budgetierung auf Niveau der Rechnungszahlen aus den Vorjahren realistisch und wird daher versus Budget 2015 angepasst.
- 4 In diesem Konto werden ausschliesslich Erträge aus der Rückgewinnung der unentgeltlichen Rechtspflege angezeigt. Im Budget 2015 wurde kein Ertrag eingestellt, da in der Vergangenheit (bis Ende 2013) diese ausserordentlichen Erträge zentral am Kantonsgericht ausgewiesen wurden. Mit der Rechnung 2014 kam es zu einer Änderung der bis anhin geltenden Handhabung.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.7	20.9	20.9	0.0	0.0%

Keine Abweichung

2605 Bezirksgericht Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	16'473					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	255'337					
304	Zulagen	4'105					
305	Arbeitgeberbeiträge	48'090					
310	Material- und Warenaufwand	2'678					
313	Dienstleistungen und Honorare	197'557					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	2'432					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	55					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	66'275					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	126					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-240'395					
426	Rückerstattungen	-4'920					
	Total Aufwand	593'128					
	Total Ertrag	-245'315					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	347'813					

2606 Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetriebsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Zivilkreisgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	66'692	60'000	70'000	10'000	17%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'587'500	1'795'770	1'799'377	3'607	0%	
304	Zulagen	26'964	15'500	29'260	13'760	89%	
305	Arbeitgeberbeiträge	222'406	339'777	350'122	10'345	3%	
309	Übriger Personalaufwand	8'460	5'240	8'240	3'000	57%	
310	Material- und Warenaufwand	33'194	43'000	42'000	-1'000	-2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	798'136	1'313'000	1'032'000	-281'000	-21%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	17'898	16'300	18'000	1'700	10%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	990	7'000	4'000	-3'000	-43%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	217'662	290'000	290'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'069	1'600	1'500	-100	-6%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-912'635	-1'500'000	-1'500'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-11'060	-15'400	-16'000	-600	-4%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-117'317		-200'000	-200'000	X 2	
440	Zinsertrag	-30	-100	-30	70	70%	
	Total Aufwand	2'980'971	3'887'187	3'644'499	-242'688	-6%	
	Total Ertrag	-1'041'043	-1'515'500	-1'716'030	-200'530	-13%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'939'929	2'371'687	1'928'469	-443'218	-19%	

- Die Budgetierung betreffend den Auslagen für die unentgeltlichen Prozessführungen sind nicht beeinflussbar und daher schwierig zu budgetieren. Dennoch scheint ein finanzieller Minderaufwand zum Budget 2015 als realistisch.
- In diesem Konto werden ausschliesslich Erträge aus der Rückgewinnung der unentgeltlichen Rechtspflege angezeigt. Im Budget 2015 wurde kein Ertrag eingestellt, da in der Vergangenheit (bis Ende 2013) diese ausserordentlichen Erträge zentral am Kantonsgericht ausgewiesen wurden. Mit der Rechnung 2014 kam es zu einer Änderung der bis anhin geltenden Handhabung.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2014	Sollstellenplan 2015	Sollstellenplan 2016	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	12.5	12.5	12.5	0.0	0.0%

Keine Abweichung

2607 Bezirksgericht Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'710					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	52'205					
304	Zulagen	1'305					
305	Arbeitgeberbeiträge	9'373					
310	Material- und Warenaufwand	2'815					
313	Dienstleistungen und Honorare	40'952					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	2'423					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	63					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	52'971					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	38					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-79'804					
426	Rückerstattungen	-210					
	Total Aufwand	168'854					
	Total Ertrag	-80'014					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	88'840					

2608 Bezirksgericht Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	15'075					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	95'027					
304	Zulagen	1'087					
305	Arbeitgeberbeiträge	19'825					
310	Material- und Warenaufwand	425					
313	Dienstleistungen und Honorare	51'328					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	846					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	351					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	11'748					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	69					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-50'205					
426	Rückerstattungen	-3'565					
	Total Aufwand	195'781					
	Total Ertrag	-53'770					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	142'011					

1. Konsolidiertes Budget 2016

1.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'338'132	6'740'015	6'381'068	-358'946	-5%
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	314'767'914	321'586'217	314'942'409	-6'643'808	-2%
302	Löhne der Lehrkräfte	193'491'737	184'023'679	169'945'721	-14'077'958	-8%
303	Temporäre Arbeitskräfte	316'950	440'792	505'792	65'000	15%
304	Zulagen	7'399'546	7'227'128	6'785'519	-441'608	-6%
305	Arbeitgeberbeiträge	97'552'947	94'278'363	91'078'277	-3'200'086	-3%
306	Arbeitgeberleistungen	6'203'477				
309	Übriger Personalaufwand	1'486'745	7'561'516	6'467'078	-1'094'438	-14%
30	Personalaufwand	627'557'449	621'857'709	596'105'864	-25'751'845	-4%
310	Material- und Warenaufwand	28'064'369	30'458'752	27'775'840	-2'682'912	-9%
311	Nicht aktivierbare Anlagen	24'266'843	20'843'270	19'418'820	-1'424'449	-7%
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	18'925'915	19'114'055	18'515'185	-598'870	-3%
313	Dienstleistungen und Honorare	71'977'050	69'852'494	61'599'732	-8'252'763	-12%
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	28'923'969	30'571'950	27'813'350	-2'758'600	-9%
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	10'854'165	12'595'039	13'939'911	1'344'871	11%
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	24'844'093	25'206'392	22'658'055	-2'548'337	-10%
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'105'641	8'040'920	6'946'276	-1'094'644	-14%
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	20'763'023	24'891'876	25'064'490	172'614	1%
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'923'024	2'326'800	3'008'932	682'132	29%
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	238'648'093	243'901'548	226'740'591	-17'160'957	-7%
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	75'726'382	68'161'700	63'442'414	-4'719'286	-7%
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	75'726'382	68'161'700	63'442'414	-4'719'286	-7%
340	Zinsaufwand	29'054'323	54'756'538	42'969'000	-11'787'538	-22%
341	Realisierte Kursverluste	827'357	10'700	10'710	10	0%
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	756'372	728'653	1'003'390	274'737	38%
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	1'053'316	1'226'000	1'163'400	-62'600	-5%
349	Verschiedener Finanzaufwand	-201'201	800'100	900'000	99'900	12%
34	Finanzaufwand	31'490'167	57'521'991	46'046'500	-11'475'491	-20%
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	23'404'519	21'650'000	22'330'000	680'000	3%
35	Übertrag Fonds / StaatsRG	23'404'519	21'650'000	22'330'000	680'000	3%
360	Ertragsanteile an Dritte	2'650'622	3'337'308	2'755'000	-582'308	-17%
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	423'646'357	456'823'430	498'043'125	41'219'695	9%
362	Finanz- und Lastenausgleich	34'088'721	27'548'000	26'731'000	-817'000	-3%
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	998'092'485	1'030'739'794	1'038'458'978	7'719'184	1%
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	910'085	2'458'279	8'312'500	5'854'221	238%
369	Verschiedener Transferaufwand	110'892	140'000	140'000	0	0%
36	Transferaufwand	1'459'499'162	1'521'046'811	1'574'440'603	53'393'792	4%
370	Durchlaufende Beiträge	97'394'290	100'111'900	85'253'112	-14'858'788	-15%
37	Durchlaufende Beiträge	97'394'290	100'111'900	85'253'112	-14'858'788	-15%
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	1'512'136'756	0		0	-100%
38	Ausserordentlicher Aufwand	1'512'136'756	0		0	-100%
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	4'623	2'050	2'050	0	0%
391	Int Fakturen Dienstleistungen	22'454	21'127	26'816	5'689	27%
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	150'349	143'700	150'312	6'612	5%
39	Interne Fakturen	177'427	166'877	179'179	12'302	7%
3	Aufwand	4'066'034'243	2'634'418'536	2'614'538'263	-19'880'273	-1%
400	Direkte Steuern natürliche Personen	-1'217'081'972	-1'271'000'000	-1'266'900'000	4'100'000	0%
401	Direkte Steuern juristische Personen	-198'158'710	-217'455'000	-185'850'000	31'605'000	15%
402	Übrige Direkte Steuern	-95'489'778	-92'000'000	-99'000'000	-7'000'000	-8%
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-106'890'416	-107'300'000	-108'200'000	-900'000	-1%
40	Fiskalertrag	-1'617'620'875	-1'687'755'000	-1'659'950'000	27'805'000	2%
410	Regalien	-45'362	-80'000	-50'000	30'000	38%
411	Schweizerische Nationalbank		-23'200'000	-11'440'000	11'760'000	51%
412	Konzessionen	-7'603'800	-7'779'000	-7'949'000	-170'000	-2%
41	Regalien und Konzessionen	-7'649'161	-31'059'000	-19'439'000	11'620'000	37%
421	Gebühren für Amtshandlungen	-71'193'545	-75'061'115	-73'798'015	1'263'100	2%

		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
422	Spital- und Heimplatz, Kostgelder	-576'221	-444'500	-419'500	25'000	6%
423	Schul- und Kursgelder	-1'599'266	-1'684'400	-1'618'780	65'620	4%
424	Benützungsgeldern und Dienstleistungen	-10'002'098	-10'853'650	-9'365'100	1'488'550	14%
425	Erlös aus Verkäufen	-23'312'441	-25'869'680	-24'883'603	986'077	4%
426	Rückerstattungen	-4'388'144	-4'020'688	-3'625'668	395'020	10%
427	Bussen	-20'476'483	-29'689'750	-27'914'000	1'775'750	6%
429	Übrige Entgelte	-3'406'533	-4'351'600	-4'370'600	-19'000	0%
42	Entgelte	-134'954'731	-151'975'383	-145'995'266	5'980'117	4%
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-2'222'130	-1'522'060	-1'899'300	-377'240	-25%
439	Übriger Ertrag	-1'219'887	-352'000	-386'000	-34'000	-10%
43	Verschiedene Erträge	-3'442'017	-1'874'060	-2'285'300	-411'240	-22%
440	Zinsertrag	-21'058'134	-18'876'929	-19'485'772	-608'843	-3%
441	Realisierte Gewinne FV	-2'740'551	-1'300'000	-2'085'000	-20'785'000	<-1000%
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368				
443	Liegenschaftenertrag FV	-12'835'487	-10'462'000	-10'170'000	292'000	3%
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-50'000	-50'000	-50'000	0	0%
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-4'064'613	-3'940'000	-4'100'000	-160'000	-4%
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-53'563'204	-55'140'000	-55'135'000	5'000	0%
447	Liegenschaftenertrag VV	-12'337'868	-12'806'100	-11'904'100	902'000	7%
44	Finanzertrag	-106'654'226	-102'575'029	-122'929'872	-20'354'843	-20%
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-2'247'410	-1'981'250	-2'194'150	-212'900	-11%
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-500				
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	-2'247'910	-1'981'250	-2'194'150	-212'900	-11%
460	Ertragsanteile von Dritten	-132'922'261	-149'742'281	-141'021'310	8'720'971	6%
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-74'837'990	-74'361'986	-74'057'333	304'653	0%
462	Finanz- und Lastenausgleich			-8'193'000	-8'193'000	X
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-244'491'514	-281'322'884	-280'381'493	941'391	0%
469	Verschiedener Transferertrag	-399'469	-400'000	-500'000	-100'000	-25%
46	Transferertrag	-452'651'234	-505'827'151	-504'153'136	1'674'015	0%
470	Durchlaufende Beiträge	-97'394'290	-100'111'900	-85'253'112	14'858'788	15%
47	Durchlaufende Beiträge	-97'394'290	-100'111'900	-85'253'112	14'858'788	15%
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-459'445'986	-5'930'000		5'930'000	100%
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-13'508'514	-10'179'367	-11'682'000	-1'502'633	-15%
48	Ausserordentlicher Ertrag	-472'954'500	-16'109'367	-11'682'000	4'427'367	27%
490	Int Faktoren Material- und Warenbezüge	-4'623	-2'050	-2'050	0	0%
491	Int Faktoren Dienstleistungen	-22'454	-21'127	-26'816	-5'689	-27%
492	Int Faktoren Pacht, Mieten, Benützungsko	-150'349	-143'700	-150'312	-6'612	-5%
49	Interne Faktoren	-177'427	-166'877	-179'179	-12'302	-7%
4	Ertrag	-2'895'746'372	-2'599'435'017	-2'554'061'014	45'374'003	2%
	Aufwand laufende Rechnung	4'066'034'243	2'634'418'536	2'614'538'263	-19'880'273	-1%
	Ertrag laufende Rechnung	-2'895'746'372	-2'599'435'017	-2'554'061'014	45'374'003	2%
	Saldo laufende Rechnung	1'170'287'872	34'983'519	60'477'249	25'493'730	73%

1.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
500	Grundstücke	151'600		200'000	200'000	X
501	Strassen / Verkehrswege	76'325'769	70'700'000	68'700'000	-2'000'000	-3%
502	Wasserbau	2'903'132	4'000'000	3'600'000	-400'000	-10%
503	Übriger Tiefbau	5'362'129	26'800'000	20'200'000	-6'600'000	-25%
504	Hochbauten	61'016'798	82'626'000	115'282'000	32'656'000	40%
509	Übrige Sachanlagen		-22'700'000	-21'608'200	1'091'800	5%
50	Sachanlagen	145'759'428	161'426'000	186'373'800	24'947'800	15%
541	Kantone und Konkordate	12'001'952	19'940'000	30'940'000	11'000'000	55%
54	Darlehen	12'001'952	19'940'000	30'940'000	11'000'000	55%
564	Öffentliche Unternehmungen	21'101'830	6'100'000	1'300'000	-4'800'000	-79%
565	Private Unternehmungen	3'461'193	27'600'000	3'250'000	-24'350'000	-88%

		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %
566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	34'895'296	30'000'000	10'000'000	-20'000'000	-67%
56	Eigene Investitionsbeiträge	59'458'319	63'700'000	14'550'000	-49'150'000	-77%
5	Investitionsausgaben	217'219'699	245'066'000	231'863'800	-13'202'200	-5%
630	Bund	-7'651'829	-7'205'000	-7'380'000	-175'000	-2%
631	Kantone und Konkordate	-28'257'015	-33'510'000	-29'610'000	3'900'000	12%
632	Gemeinde und Gemeindef Zweckverbände	-517'096	-300'000	-400'000	-100'000	-33%
635	Private Unternehmungen	-56'500				
637	Private Haushalte	-169'309	-20'000		20'000	100%
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-36'651'749	-41'035'000	-37'390'000	3'645'000	9%
664	Öffentliche Unternehmungen	-17'924				
66	Rückzahlung eigene Investitionsbeiträge	-17'924				
6	Investitionseinnahmen	-36'669'673	-41'035'000	-37'390'000	3'645'000	9%
	Total Investitionsausgaben	217'219'699	245'066'000	231'863'800	-13'202'200	-5%
	Total Investitionseinnahmen	-36'669'673	-41'035'000	-37'390'000	3'645'000	9%
	Total Nettoinvestitionen	180'550'026	204'031'000	194'473'800	-9'557'200	-5%

2. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten

	Total	KB Budget	FKD Budget	VGD Budget	BUD Budget	SID Budget	BKSD Budget	GER Budget
30 Personalaufwand	596'105'864	10'498'045	40'482'595	44'503'782	66'538'837	137'740'897	273'325'472	23'016'236
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	226'740'591	2'473'400	40'178'088	10'008'996	100'793'959	28'173'006	34'852'642	10'260'500
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	63'442'414				62'340'250	1'102'164		
34 Finanzaufwand	46'046'500	1'000	44'474'100	118'200	1'004'000	425'300	15'080	8'820
35 Einlagen in Fonds und Spez.-Finanz.	22'330'000		21'840'000	210'000	280'000			
36 Transferaufwand	1'574'440'603	1'198'385	447'948'519	448'640'677	102'404'400	21'777'450	552'471'172	
37 Durchlaufende Beiträge	85'253'112		28'600'000	47'279'900	3'786'000	1'222'713	4'364'499	
39 Interne Verrechnungen	179'179			179'179				
Total Aufwand	2'614'538'263	14'170'830	623'523'302	550'940'733	337'147'446	190'441'530	865'028'865	33'285'556
40 Fiskalertrag	-1'659'950'000		-1'659'950'000					
41 Regalien und Konzessionen	-19'439'000		-11'690'000		-6'974'000	-775'000		
42 Entgelte	-145'995'266	-870'300	-15'534'200	-2'868'800	-30'126'450	-80'152'036	-7'244'980	-9'198'500
43 Verschiedene Erträge	-2'285'300		-700'000	-181'500	-100'000	-26'800	-227'000	-1'050'000
44 Finanzertrag	-122'929'872		-74'227'650	-5'149'330	-43'285'812	-256'600	-10'340	-140
45 Entnahmen aus Fonds und Spez. -Finanz.	-2'194'150		-40'000	-277'500	-1'300'500	-400'000	-176'150	
46 Transferertrag	-504'153'136	-195'100	-349'184'800	-35'906'463	-46'040'329	-19'297'003	-53'529'441	
47 Durchlaufende Beiträge	-85'253'112		-28'600'000	-47'279'900	-3'786'000	-1'222'713	-4'364'499	
48 Ausserordentlicher Ertrag	-11'682'000				-11'682'000			
49 Interne Verrechnungen	-179'179		-26'816		-152'362			
Total Ertrag	-2'554'061'014	-1'065'400	-2'139'953'466	-91'663'493	-143'447'453	-102'130'152	-65'552'410	-10'248'640
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	60'477'249	13'105'430	-1'516'430'164	459'277'241	193'699'993	88'311'378	799'476'455	23'036'916

3. Funktionale Gliederung

Die anschliessend publizierte Funktionale Gliederung ist nach den Richtlinien des Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden - HRM2 dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Ertragspositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und ermöglicht eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Gliederung nach den Verwaltungsorganisationseinheiten.

Die Funktionale Gliederung wird an dieser Stelle in aggregierter Form auf Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt.

Funktion	Bezeichnung	Aufwand B2016	Ertrag B2016	Saldo B2016
0	Allgemeine Verwaltung	186'620'728	-64'630'539	121'990'189
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	233'348'865	-116'786'103	116'562'762
2	Bildung	720'908'130	-72'909'462	647'998'668
3	Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	43'927'109	-3'116'650	40'810'458
4	Gesundheit	433'245'238	-3'739'000	429'506'238
5	Soziale Sicherheit	532'778'353	-258'506'590	274'271'763
6	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	147'369'647	-17'101'310	130'268'337
7	Umweltschutz und Raumordnung	73'208'292	-62'305'719	10'902'573
8	Volkswirtschaft	77'344'416	-61'396'642	15'947'774
9	Finanzen und Steuern	165'787'500	-1'893'569'000	-1'727'781'500
	Summe	2'614'538'277	-2'554'061'015	60'477'262

4. Fonds

9010 Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Eigenkapitals

Das Fondsvermögen ist für Investitionen und Beiträge an die regionale Infrastruktur zu verwenden. Über die einzelnen Projekte ist dem LR separat Antrag zu stellen.

Als Rechtsgrundlage gelten die folgenden beiden Landratsbeschlüsse: LRB 1049 vom 25. September 1997 und LRB 1300 vom 23. Juni 2005.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 82'339'353.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	9'989	11'000		-11'000	-100%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	500		500	500	X	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			400'000	400'000	X	
441	Realisierte Gewinne FV	-55'073	-67'000		67'000	100%	
	Total Aufwand	10'489	11'000	400'500	389'500	>1000%	
	Total Ertrag	-55'073	-67'000		67'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-44'584	-56'000	400'500	456'500	815%	

9020 Schulhausfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Das Vermögen ist für die Deckung der Abschreibungen der Sekundarschulhäuser bestimmt.

Als Rechtsgrundlage gelten die Jahresrechnungen 1998, 1999 und 2000

– 1999/053 vom 23.03.1999

– 2000/067 vom 28.03.2000

– 2001/085 vom 27.03.2001

Diese Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 54'293'564.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	52'961	58'000		-58'000	-100%	
389	Einlagen in das Eigenkapital	13'508'514	10'135'000	11'682'000	1'547'000	15%	
441	Realisierte Gewinne FV	-292'004	-357'000		357'000	100%	
	Total Aufwand	13'561'476	10'193'000	11'682'000	1'489'000	15%	
	Total Ertrag	-292'004	-357'000		357'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	13'269'471	9'836'000	11'682'000	1'846'000	19%	

9070 Campus FHNW

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Eine Zuweisung von zwei Mal CHF 50 Mio. in den Fonds wurde zur Finanzierung des Campus FHNW vorgenommen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Abschluss 2006, LRV 2007-057 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 Punkt 6 sowie der Abschluss 2007, LRV 2008-079 bzw. LRB 626 vom 19. Juni 2008 Punkt 4. Die Beschlüsse unterlagen dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 99'957'932.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital			0	0	X	
	Total Aufwand			0	0	X	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung			0	0	X	

9080 Fonds zur Förderung des Wohnungsbaues

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Aus dem Fonds werden folgende Sachverhalte ausbezahlt:

- Kantonale Zusatzverbilligungen zur Reduktion von Mietzinsbelastungen
- Kantonale Bausparprämien
- Beiträge an Neubauten und Sanierungen von Mietwohnungen von Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus

In den Fonds fließen folgende Sachverhalte zurück:

- Allfällige Rückerstattungen aus obigen Geschäften
- Rückerstattungen alter Wohnbausubventionen (Kantonsanteile)

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 842 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 43'264'872.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	285'166	288'331	239'323	-49'008	-17%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	5'000	5'000	5'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	540'665	573'000	562'000	-11'000	-2%	
441	Realisierte Gewinne FV	-243'398	-298'000		298'000	100%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-3'186	-5'000	-3'200	1'800	36%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-198'001	-123'000	-118'000	5'000	4%	
	Total Aufwand	830'831	866'331	806'323	-60'008	-7%	
	Total Ertrag	-444'585	-426'000	-121'200	304'800	72%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	386'246	440'331	685'123	244'792	56%	

9090 Wirtschaftsförderungsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient der Umsetzung von wirtschafts- und standortpolitischen Massnahmen, der einzelbetrieblichen Förderung und der Finanzierung von Kooperationen sowie weiteren Projekten und Massnahmen welche geeignet sind, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortqualität zu fördern.

Als Rechtsgrundlagen gelten das Gesetz zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz), SGS 501 und die Verordnung zum Wirtschaftsförderungsgesetz, SGS 501.12.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 9'780'312.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'838	3'500	3'500	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	39					
313	Dienstleistungen und Honorare	7'195	12'350	5'000	-7'350	-60%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	360	5'000	5'000	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	125'000	125'000	245'000	120'000	96%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'880'470	3'568'650	2'604'150	-964'500	-27%	
441	Realisierte Gewinne FV	-39'672	-49'000		49'000	100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'001'336	-1'003'000	-1'003'000	0	0%	
	Total Aufwand	2'014'902	3'714'500	2'862'650	-851'850	-23%	
	Total Ertrag	-1'041'007	-1'052'000	-1'003'000	49'000	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	973'895	2'662'500	1'859'650	-802'850	-30%	

9100 Ausgleichsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds deckt ausserordentliche Beiträge an Einwohner- und Bürgergemeinden für Aufgaben ab, welche zu nicht zumutbaren finanziellen Belastungen führen würden.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 7'079'831.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	5'552'787	6'000'000	8'950'000	2'950'000	49%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-5'033'787	-5'000'000	-6'650'000	-1'650'000	-33%	
	Total Aufwand	5'552'787	6'000'000	8'950'000	2'950'000	49%	
	Total Ertrag	-5'033'787	-5'000'000	-6'650'000	-1'650'000	-33%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	519'000	1'000'000	2'300'000	1'300'000	130%	

9120 Swisslos-Fonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds entrichtet Beiträge für wohltätige und gemeinnützige Zwecke, die nicht zu den Staatsaufgaben gehören.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 543.3 – Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien, Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 und VO vom 29. März 2011, SGS 543.12 Verordnung über den Swisslos-Fonds.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 15'241'776.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	12'716	14'000		-14'000	-100%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	397'183	400'000	400'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'421'516	10'700'000	11'500'000	800'000	7%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-10'570'222	-10'000'000	-10'000'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-13'938	-30'000	-25'000	5'000	17%	
441	Realisierte Gewinne FV	-70'110	-86'000		86'000	100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-2'225	-3'000	-3'000	0	0%	
	Total Aufwand	10'831'415	11'114'000	11'900'000	786'000	7%	
	Total Ertrag	-10'656'494	-10'119'000	-10'028'000	91'000	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	174'920	995'000	1'872'000	877'000	88%	

9130 Handschin-Stiftung

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Unterstützung armer talentvoller junger Kantonsangehöriger zum Besuch von Schulen und Anstalten im In- und Ausland.

Als Rechtsgrundlage gilt das Testament des Heinrich Handschin vom 20. Oktober 1892 (CHF 1'256'260) SGS 365.21 vom 9. März 1993.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 3'270'435.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	417	630	420	-210	-33%	
305	Arbeitgeberbeiträge	3					
313	Dienstleistungen und Honorare	16'252	18'800	16'200	-2'600	-14%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'158	1'100	1'230	130	12%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	3'732	3'500	3'700	200	6%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	61'500	55'500	75'000	19'500	35%	
441	Realisierte Gewinne FV	-309'222	-165'300	-309'000	-143'700	-87%	
	Total Aufwand	83'062	79'530	96'550	17'020	21%	
	Total Ertrag	-309'222	-165'300	-309'000	-143'700	-87%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-226'161	-85'770	-212'450	-126'680	-148%	

9140 Swisslos Sportfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Förderung sportlicher Tätigkeiten und zur Schaffung sowie zum Unterhalt von Turn- und Sportplätzen, sofern diese nicht Aufgabe des Kantons sind.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 369.11 und das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 12'783'845.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	154'180	167'000	190'000	23'000	14%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'007	3'000	3'000	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	81'669	140'000	140'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'914'590	5'350'000	5'350'000	0	0%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-4'317'414	-4'300'000	-4'300'000	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-34'122	-42'000		42'000	100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-2'775	-4'000	-4'000	0	0%	
	Total Aufwand	4'154'446	5'660'000	5'683'000	23'000	0%	
	Total Ertrag	-4'354'312	-4'346'000	-4'304'000	42'000	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-199'866	1'314'000	1'379'000	65'000	5%	

9150 Ausgleichsfonds Ruhegehalt Regierungsräte

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient als Pensionskasse der Regierungsräte. Die Revision der Ruhegehaltsordnung (in Kraft ab 1. Januar 2015) sieht die Überführung der aktuellen und der alt-Mitglieder des Regierungsrates in die BLPK vor. Der Fonds wurde mit der Überführung per 31. Dezember 2014 aufgelöst.

Als Rechtsgrundlage gilt das Dekret vom 09. April 1979, BLPK-Dekret vom 22. April 2004, SGS 834.2 und 834.3.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
306	Arbeitgeberleistungen	2'034'284					
340	Zinsaufwand	29'535					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'562'397					
469	Verschiedener Transferertrag	-513'767					
	Total Aufwand	2'064'319					
	Total Ertrag	-2'076'165					
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-11'846					

9160 Fonds Bau H2

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung des Ausbaus der H2.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 439, "Reglement über den Fonds zum Bau der H2 Pratteln - Liestal" RRB 0141 vom 30. Januar 2007.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF -46'143'544.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	28'382'342	28'005'000	1'125'000	-26'880'000	-96%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-20'538'139	-20'400'000	-20'800'000	-400'000	-2%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'000'000	-7'000'000	-5'000'000	2'000'000	29%	
	Total Aufwand	28'382'342	28'005'000	1'125'000	-26'880'000	-96%	
	Total Ertrag	-27'538'139	-27'400'000	-25'800'000	1'600'000	6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	844'203	605'000	-24'675'000	-25'280'000	<-1000%	

9170 Fonds Sicherstellung Deponie Elbisgraben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur verursacherorientierten Finanzierung der Rekultivierung der Deponie Elbisgraben.

Als Rechtsgrundlage gilt der Eidg. USG Artikel 32/BUS BL § 29/BD 535/2001 vom 29. November 2001/Reglement vom 04. Dezember 2001.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 34'700'998.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	46'296	51'000		-51'000	-100%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500		500	500	X	
441	Realisierte Gewinne FV	-255'256	-312'000		312'000	100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			-280'000	-280'000	X	
	Total Aufwand	46'796	51'000	500	-50'500	-99%	
	Total Ertrag	-255'256	-312'000	-280'000	32'000	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-208'460	-261'000	-279'500	-18'500	-7%	

9180 Fonds Bundessubvention für KVA Basel

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Gelder sind so zu bewirtschaften, dass sie jährlich im erforderlichen Umfang dem Bereich "Verbrennung" in der kantonalen Abfallrechnung gutgeschrieben werden können.

Als Rechtsgrundlage gilt das Eidg. GSchG Art. 62 Abs. 2, USG BL § 31 RRB 1292 vom 16. August 2005: Reglement der Bewirtschaftung der "Bundessubventionen an den Kanton Basel-Landschaft für die Beteiligung am Bau der KVA III in Basel".

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 7'328'057.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	14'073	15'000		-15'000	-100%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'480'500	1'300'000	1'300'500	500	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-77'590	-95'000		95'000	100%	
	Total Aufwand	1'494'573	1'315'000	1'300'500	-14'500	-1%	
	Total Ertrag	-77'590	-95'000		95'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	1'416'982	1'220'000	1'300'500	80'500	7%	

9190 Fischhegefonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Kanton übertragenen Aufgaben in der Fischerei.

Als Rechtsgrundlage gilt das Fischereigesetz vom 11. Februar 1999 SGS 530.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 286'052.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	2'676	4'000	4'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	403	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	55'528	10'000	10'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	510	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-500					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-27					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	2'500	2'500	2'500	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'000	10'000	10'000	0	0%	
426	Rückerstattungen		-1'000	-1'000	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-7'510	-7'700	-7'700	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-128	-500	-500	0	0%	
	Total Aufwand	62'091	37'500	37'500	0	0%	
	Total Ertrag	-7'637	-9'200	-9'200	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	54'454	28'300	28'300	0	0%	

9200 Tierseuchenkasse

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Tierseuchenkasse übernimmt im Rahmen der Tierseuchengesetzgebung:

- die Entschädigung für Verluste von landw. Nutztieren
- Kosten für Bekämpfungsmassnahmen
- Beiträge an Tierkörperbeseitigungen ab Hof
- Beiträge an Notschlachtungen grosser landw. Nutztiere

Als Rechtsgrundlage gilt das Landwirtschaftsgesetz SGS 510 § 19 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 65'484.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	33'170	6'500	6'500	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'607	160	160	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	2'162	3'100	3'100	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	5'278					
313	Dienstleistungen und Honorare	527'993	665'200	665'200	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb		500	500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'211	1'300	1'300	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	301	2'000	2'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	11'302					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	145	300	300	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	25'000	25'000	25'000	0	0%	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	15'000					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	28'500	38'300	38'300	0	0%	
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-216'527	-213'000	-213'000	0	0%	
412	Konzessionen	-3'740	-8'000	-8'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-36'146	-34'000	-34'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'224					
426	Rückerstattungen	-90'008	-110'000	-110'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-100	-500	-500	0	0%	
440	Zinsertrag	0					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-290'052	-210'000	-210'000	0	0%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-15'779					
	Total Aufwand	656'668	742'360	742'360	0	0%	
	Total Ertrag	-654'577	-575'500	-575'500	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	2'092	166'860	166'860	0	0%	

9210 Stiftung Kirchengut

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Stiftung dient zur Erhaltung der reformierten Pfarrhäuser und Kirchen.

Als Rechtsgrundlage gilt das Kirchengesetz SGS 191 und Dekret zum Kirchengesetz SGS 191.1.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 5'055'343.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'683	11'000	11'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	147'551	155'600	160'600	5'000	3%	
305	Arbeitgeberbeiträge	32'215	34'000	35'500	1'500	4%	
309	Übriger Personalaufwand	13'009	9'000	9'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	6'573	15'000	15'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	42'428	10'000	12'000	2'000	20%	
313	Dienstleistungen und Honorare	227'934	261'400	238'900	-22'500	-9%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'978'404	1'961'000	1'961'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	11'525	11'000	12'500	1'500	14%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	14'259	27'500	27'500	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'924	9'000	9'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	38'781					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	233	800	800	0	0%	
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	471'517					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		7'500	7'500	0	0%	
383	Zusätzliche Abschreibungen		5'000	5'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-69'463	-81'500	-65'300	16'200	20%	
441	Realisierte Gewinne FV	-347'516	-80'000	-80'000	0	0%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-798'579					
447	Liegenschaftenertrag VV	-1'867'812	-2'352'500	-2'352'500	0	0%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-1'994					
	Total Aufwand	2'996'035	2'517'800	2'505'300	-12'500	0%	
	Total Ertrag	-3'085'364	-2'514'000	-2'497'800	16'200	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-89'329	3'800	7'500	3'700	97%	

9250 Projektfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Projektfonds wurde gebildet zur Unterstützung professioneller Analysen und Begleitungen in Gemeindefusions- und Gemeindezusammenarbeitsprojekten.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.11 §14.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 153'757.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	27'140	30'000	20'000	-10'000	-33%	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		20'000	20'000	0	0%	
	Total Aufwand	27'140	50'000	40'000	-10'000	-20%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	27'140	50'000	40'000	-10'000	-20%	

9260 Fonds Trinkwasserschutz

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Kanton Basel-Landschaft hat am 18. Mai 2010 mit Industriefirmen eine Vereinbarung abgeschlossen welche unter anderem die Bereitschaft der Industriefirmen vorgesehen hat dem Kanton für die Durchführung zweckmässiger Massnahmen beim Trinkwasserschutz einen Beitrag von CHF 20 Mio. zu überweisen. Die Gelder sind zweckgebunden einzusetzen. Über die Verwendung der Gelder entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Bau- und Umweltschutzdirektion.

Als Rechtsgrundlage gilt das Wasservorsorgungsgesetz (SGS 455) und das Reglement für den Fonds Trinkwasserschutz.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 12'240'089.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	836'354	1'200'000	950'000	-250'000	-21%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	200					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500	500	0	0%	
426	Rückerstattungen	-234'423					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-4'282	-7'000	-4'300	2'700	39%	
	Total Aufwand	837'054	1'200'500	950'500	-250'000	-21%	
	Total Ertrag	-238'705	-7'000	-4'300	2'700	39%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	598'349	1'193'500	946'200	-247'300	-21%	

9290 Schutzplatzfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Schutzplatzfonds wird durch Ersatzbeiträge geöffnert, wenn kein Schutzraum erstellt wird. Der Fonds wird einerseits für die Finanzierung öffentlicher Schutzräume und andererseits für die Erneuerung von privaten Schutzräumen verwendet.

Als Rechtsgrundlage gilt das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002 (Stand 1. Januar 2012).

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 4'599'800.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
311	Nicht aktivierbare Anlagen		50'000	50'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare		50'000		-50'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	86'800					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG			50'000	50'000	X	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		150'000	150'000	0	0%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-838'400	-1'500'000	-800'000	700'000	47%	
	Total Aufwand	86'800	250'000	250'000	0	0%	
	Total Ertrag	-838'400	-1'500'000	-800'000	700'000	47%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-751'600	-1'250'000	-550'000	700'000	56%	

9300 Legat Kaderli

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds Legat Kaderli wird folgendermassen verwendet:

- Durchführung wissenschaftlicher Studien zur Qualitätskontrolle
- Finanzierung von kurzen finanziellen Engpässen von Bewohnern als Darlehen
- Spezielle Anschaffungen des Arxhofes
- Spezielle kozeptuelle Projekte, welche nicht zum Auftrag gehören und deshalb nicht über das ordentliche Budget finanziert werden können (z.B. Gründung eines Vereins für Massnahmenentlassene)

Das Legat "Kaderli" wird durch den Überschuss des Kioskes Arxhof, durch allfällig entstehende Gewinne der vom Arxhof durchgeführten Tagungen, durch Schenkungen und durch Anteile des Verdienstes der Lohnzahlungen an Bewohnern in Arbeitsexternaten gespiesen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Schlussbericht vom 18. April 1986 über die Teilung der Nacherbschaft aus dem Nachlass von Frau Luise Kaderli-Schulthess.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2014 auf einen Bestand von CHF 155'584.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	36'697	37'000	35'000	-2'000	-5%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten		100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-35'242	-39'000	-35'000	4'000	10%	
439	Übriger Ertrag	-2'029		-2'000	-2'000	X	
440	Zinsertrag	-239	-600	-600	0	0%	
	Total Aufwand	36'697	37'100	35'100	-2'000	-5%	
	Total Ertrag	-37'511	-39'600	-37'600	2'000	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-813	-2'500	-2'500	0	0%	

5. Verpflichtungskredite

5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
KB	Ergebnis											
	LAKA	2007-214	2007-265	Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand	10'737'651	3'497'377	889'453	1'517'265	1'320'070	
						Gesamtkredit	1'500'000	1'044'032	164'747			
		2010-120	2010-2036	Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		67'564	17'048			
						Gesamtkredit	89'600					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand	1'372'000	1'372'000	343'000			
						Gesamtkredit	1'372'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		232'000	58'000			
						Gesamtkredit	232'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		110'720	27'936			
						Gesamtkredit	156'000					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an TEB 2011-2013	36	Transferaufwand		262'609				
						Gesamtkredit	329'570					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36	Transferaufwand		129'731				
						Gesamtkredit	225'525					
		2013-192	2013-1566	Beitrag an TEB 2014-2016	36	Transferaufwand		88'826	88'826	95'063	80'440	
						Gesamtkredit	285'188					
		2013-192	2013-1566	Beitrag an Infobest Palmrain 2014-2016	36	Transferaufwand		53'600	53'600	72'800	61'600	
						Gesamtkredit	218'400					
		2013-381	2014-1751	Sammelvorlage IT/Auftritt BL	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		136'296	136'296			
						Gesamtkredit	140'000					
		2014-116	2014-2142	Beitrag an Regio Basiliensis 2015-2018	36	Transferaufwand				349'860	349'860	
						Gesamtkredit	1'399'440					
		2014-116	2014-2142	Beitrag an Sekretär ORK 2015-2018	36	Transferaufwand				32'177	25'240	
						Gesamtkredit	191'060					
		2014-116	2014-2142	Beitrag an Sekretariat ORK 2015-2018	36	Transferaufwand				47'765	37'530	
						Gesamtkredit	128'468					
		2014-116	2014-2143	Beitrag Kooperationsfond ORK 2015-2018	36	Transferaufwand				19'600	15'400	
						Gesamtkredit	78'400					
		2014-249	2014-2143	Beiträge an Interreg V (2014-2020)	36	Transferaufwand				250'000	250'000	
						Gesamtkredit	1'750'000					
		2015-237	PENDENT	E-Government BL	30	Personalaufwand				150'000		
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				500'000		

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
KB						Gesamtkredit	242'000					
		pendent	PENDENT	E-Government BL Modul 1	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					500'000	
						Gesamtkredit	2'400'000					
FKD	Ergebnis						45'153'000	18'255'745	2'643'255	2'666'550	2'137'500	
	FKD GS	2007-003	2007-2334	Erneuerung Telefonie der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'615'344	433'873			
						Gesamtkredit	4'100'000					
		2010-140	2010-2035	ERP-Etappe 2	30	Personalaufwand		102'660				2015/2609
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		6'885'354				2015/2609
						Gesamtkredit	7'000'000					2015/2609
		2011-268	2012-251	2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'204'645				
						Gesamtkredit	1'200'000					
		2013-125	2013/1398	ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'342'230	1'151'173	1'350'000		
						Gesamtkredit	7'240'000					
	FIV	2012-111	2012-604	Umsetzung Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand		223'616	127'972	16'550		
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'119'355	341'183	600'000		
					34	Finanzaufwand		4				
						Gesamtkredit	5'000'000					
	PA	176-2007	219-2007	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		601'519				
						Gesamtkredit	673'000					
		2011-296	2012-386	Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand		1'145'981	589'054	500'000		
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		15'039		200'000		
						Gesamtkredit	11'500'000					
	ZI	2013-125	2013/1398	ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					1'337'500	
						Gesamtkredit	7'240'000					
		pendent	PENDENT	Erneuerung erstes Rechenzentrum	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					800'000	
						Gesamtkredit	1'200'000					
VGD	Ergebnis						227'531'121	42'418'639	32'673'280	33'480'250	34'218'836	
	VGD GS	2011-242	2011-121	Gesundes Körpergewicht 2012-2015	30	Personalaufwand		6'461	5'531			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		400'794	149'647	227'000		
					46	Transferertrag		-241'993	-88'500	-114'250		
						Gesamtkredit	356'250					
		2011-328	2012-257	Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand		300'000	100'000			
						Gesamtkredit	300'000					
		2011-331	2012-258	Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand		590'594	187'975			
						Gesamtkredit	750'000					
		2012-311	2013-995	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand		449'000	224'500	224'500		
						Gesamtkredit	898'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
VDG		2012-314	2013-998	Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transaufwand	1'200'000	600'000	600'000		
						Gesamtkredit	2'400'000				
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'503'542				
						Gesamtkredit	1'500'000				
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	30	Personalaufwand	35'529	35'529			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'646'703	1'646'703	1'500'000		
						Gesamtkredit	6'000'000				
		2013-346	2014-1745	Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transaufwand	275'000	275'000	275'000		
						Gesamtkredit	1'100'000				
		2013-355	2013-1647	GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transaufwand	14'900'000	14'900'000	13'500'000		
						Gesamtkredit	41'900'000				
		2013-356	2013-1648	GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transaufwand	8'000'000	8'000'000	8'000'000		
						Gesamtkredit	24'000'000				
		2013-413	2014-1839	Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transaufwand	347'626	347'626	345'000		
						Gesamtkredit	1'035'000				
		2013-414	2014-1840	GWL UKBB 2014 bis 2015	36	Transaufwand	5'635'211	5'635'211	5'451'000		
						Gesamtkredit	10'902'012				
		2014-248	2014-2235	Weiterb. Assi:ärzte in Praxen (2015-17)	36	Transaufwand			225'000		
						Gesamtkredit	675'000				
		2014-274	2014-2369	Zentrum Selbsthilfe 2015 - 18	36	Transaufwand			120'000		
						Gesamtkredit	592'000				
	AW	2005-169	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Röschenz-Dittingen	36	Transaufwand	297'617				
						Gesamtkredit	307'525				
		2005-170	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Laufen	36	Transaufwand	326'418				
						Gesamtkredit	401'740				
	AGI	2001-022	2001-1281	Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	11'685'219	9'716			
					46	Transfertrag	-6'778'365	-32'971			
						Gesamtkredit	6'004'000				
	pendent		PENDENT	Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	267'118	114'500	114'000	816'000	
					46	Transfertrag	-133'781	-98'781	-293'000	-330'000	
						Gesamtkredit	2'671'000				
	LZE	2005-293	2006-1716	Gesamtmelioration Blauen 2009-2018	36	Transaufwand	393'828	353'828	120'000	100'000	
						Gesamtkredit	856'000				
		2005-294	2006-1716	Gesamtmelioration Brislach 2008-2017	36	Transaufwand	196'000		300'000	220'000	
						Gesamtkredit	1'556'000				
		2005-295/ 2012-091	2006-1716 /2012-615	Gesamtmelioration Wahlen 2009-2021	36	Transaufwand	1'116'119	307'765	500'000	400'000	
					37	Durchlaufende Beiträge	163'000				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
VGD					47	Durchlaufende Beiträge		-163'000				
						Gesamtkredit	3'652'000					
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				10'000	9'000	
						Gesamtkredit	1'772'332					
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				100'000		
					36	Transferaufwand				1'631'000		
					46	Transferertrag				-280'000		
						Gesamtkredit	4'030'000					
					30	Personalaufwand				105'000	104'814	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				260'000	235'000	
					36	Transferaufwand				8'700'000	9'430'000	
					46	Transferertrag				-8'140'000	-8'520'000	
						Gesamtkredit	5'102'000					
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					100'000	
					36	Transferaufwand					1'631'000	
					46	Transferertrag					-280'000	
						Gesamtkredit	356'250					
					36	Transferaufwand					224'500	
						Gesamtkredit	898'000					
					36	Transferaufwand					237'500	
						Gesamtkredit	1'100'000					
					36	Transferaufwand					13'500'000	
						Gesamtkredit	41'900'000					
					36	Transferaufwand					8'000'000	
						Gesamtkredit	24'000'000					
					36	Transferaufwand					345'000	
						Gesamtkredit	1'035'000					
						Gesamtkredit	10'902'012					
					36	Transferaufwand					225'000	
						Gesamtkredit	675'000					
					36	Transferaufwand					74'000	
						Gesamtkredit	592'000					
					30	Personalaufwand					59'769	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					248'000	
					46	Transferertrag					-178'000	
						Gesamtkredit	520'000					
					36	Transferaufwand					5'251'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
VGD						Gesamtkredit	16'392'000					
	StaFö BL	2012-314	2013-998	Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand					600'000	
						Gesamtkredit	2'400'000					
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	30	Personalaufwand					49'587	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					1'000'000	
						Gesamtkredit	6'000'000					
		pendent	PENDENT	Schweizer Innovationspark Region NWCH	36	Transferaufwand					666'666	
						Gesamtkredit	2'000'000					
BUD	Ergebnis						330'229'317	156'568'419	15'318'195	14'774'715	14'478'215	
	TBA/Strassen	2007-176	2007-219	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		505'289	25'944	27'500		
						Gesamtkredit	510'000					
		2013-271	2013-1573	Unterhalt Kantonsstrassen (exkl. H-Str.)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		7'346'684	7'346'684	9'000'000	8'025'000	
						Gesamtkredit	36'000'000					
	HBA	2005-179	2005-1635	Ausbau/Amortis. Kant. Labor Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'602'632	514'688	505'000	495'000	
						Gesamtkredit	8'325'000					
		2013/388	2014/1784	Ausbau/Amortis. Polizei-posten Therwil	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		7'531	7'531	29'215	29'215	
						Gesamtkredit	292'145					
	AUE	2009-200	2009-1476	6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		4'227'465	888'122	1'017'000	760'000	
					36	Transferaufwand		14'023'898	3'677'930	3'623'000	3'620'000	
					46	Transfertrag		-1'818'590	-183'225	-250'000	-200'000	
						Gesamtkredit	50'000'000					
	ARP	2007-005A	2009-982	VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		353'361	57'451	383'000	219'000	
						Gesamtkredit	5'860'000					
		2010-410	2011-2533	VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		89'910	28'790	30'000	30'000	
						Gesamtkredit	480'000					
	ARP KD	2006-178	2006-2147	VK Subvention Kulturdenkmäler 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		293'087	1'485			2015/2609
					36	Transferaufwand		2'999'304	-313'302			2015/2609
						Gesamtkredit	3'950'000					2015/2609
		2013/283	2014/1846	VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		18'359	18'359	60'000		
					36	Transferaufwand		313'245	313'245	300'000		
						Gesamtkredit	720'000					
		pendent	PENDENT	VK Subvention Kulturdenkmäler 2016-2019	36	Transferaufwand					300'000	
	ARP NL	2007-017	2007-2428	VK Verlag Amph Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'304'361				
					36	Transferaufwand		63'449				
					46	Transfertrag		-6'045				
						Gesamtkredit	1'177'332					
		2007-218	2008-322	VK NATUR Festival beider Basel	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		7'478				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD					36	Transferaufwand		660'369				
						Gesamtkredit	720'000					
		2008-326	2009-1061	VK Naturschutz im Wald 2009-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		274'479				2015/2609
					36	Transferaufwand		9'267'053				2015/2609
					42	Entgelte		-6'768				2015/2609
					46	Transferertrag		-1'647'080				2015/2609
						Gesamtkredit	7'855'000					2015/2609
		2009-034	2009-1187	VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013	30	Personalaufwand		1'368'368	1			2015/2609
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		531'844				2015/2609
					36	Transferaufwand		22'638'858				2015/2609
					46	Transferertrag		-18'175'311				2015/2609
						Gesamtkredit	5'911'000					2015/2609
		2013-389	2014-1722	VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		101'206	101'206			
					36	Transferaufwand		1'705'704	1'705'704			
					46	Transferertrag		-280'000	-280'000			
						Gesamtkredit	4'030'000					
		2013-390	2014-1750	VK Biodiversität (ehm.Öko.Ausg.) 2014-17	30	Personalaufwand		71'305	71'305			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		267'380	267'380			
					36	Transferaufwand		8'356'279	8'356'279			
					46	Transferertrag		-7'448'358	-7'448'358			
						Gesamtkredit	5'102'000					
ÖV		2004-238 2011-378	2005-1018 2012-496	Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm	36	Transferaufwand		40'193'934				
					42	Entgelte		-129'185				
						Gesamtkredit	43'242'440					
		2006-037	2006-2036	Tram/Bahnüberg. Optimierungsm (7008 19)	36	Transferaufwand		493'948				
						Gesamtkredit	20'000'000					
		2006-037	2006-2036	Hofmatt Wanderweg	36	Transferaufwand		2'956				
		2006-037	2006-2036	Birseckstrasse FG	36	Transferaufwand		176'782				
		2006-037	2006-2036	Schwertrain (Veloquerung)	36	Transferaufwand		81'188				
		2006-037	2006-2036	LSA Gartenstadt FG	36	Transferaufwand		10'111				
		2006-037	2006-2036	Heiligholz Kreisel FG	36	Transferaufwand		46'431				
		2006-037	2006-2036	Fleischbach FG	36	Transferaufwand		36'586				
		2006-037	2006-2036	Schönenbachstrasse	36	Transferaufwand		135'577				
		2006-037	2006-2036	Weiherrmattstrasse FG	36	Transferaufwand		36'275				
		2006-037	2006-2036	Brückenstrasse	36	Transferaufwand		2'549				
		2006-037	2006-2036	Flühbergweg	36	Transferaufwand		33'442				
		2006-037	2006-2036	Hauptstrasse FG	36	Transferaufwand		7'596				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Bezeichnung 2-st.	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD		2006-037	2006-2036	Brühlmattweg	36	Transferaufwand	5'602				
		2006-037	2006-2036	Brühlstrasse	36	Transferaufwand	5'602				
		2006-037	2006-2036	Gräubern-Wegli	36	Transferaufwand	14'681				
		2006-037	2006-2036	Kläranlage	36	Transferaufwand	697'132				
		2006-037	2006-2036	Talhaus Parkplatz-Ausfahrt	36	Transferaufwand	20'797				
		2006-037	2006-2036	Obertalhaus	36	Transferaufwand	16'797				
		2006-037	2006-2036	Lampenberg Nord	36	Transferaufwand	956'528				
		2006-037	2006-2036	Schützenhaus	36	Transferaufwand	79'998				
		2006-037	2006-2036	Schöpfilin-Brücke	36	Transferaufwand	37'364				
		2006-037	2006-2036	Lindenbrücke	36	Transferaufwand	37'364				
		2006-037	2006-2036	Fussweg ob Hirschlang	36	Transferaufwand	19'073				
		2006-037	2006-2036	Mühle/Benwilerstrasse	36	Transferaufwand	34'328				
		2006-037	2006-2036	Reserve/nicht zuteilbar	36	Transferaufwand	77'745				
		2007-005A	2009-982	Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (700821)	36	Transferaufwand	750'175				
						Gesamtkredit	1'844'000				
		2007-169	2009-1080	Richtplan, Proj.Schiennetz (700818)	36	Transferaufwand	24'232				
		2007-216	2008-404	Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 Läufeifingen	36	Transferaufwand	2'457'836	-7'446			
						Gesamtkredit	2'767'400				
		2008-006	2008-418	Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand	6'650'635				
						Gesamtkredit	20'788'000				
		2008-349	2009-1398	VK Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskost.	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					
					36	Transferaufwand	1'211'143	168'422	50'000	800'000	
						Gesamtkredit	3'100'000				
		2010-266	2010-2177	Ausbau BLT Linie 10, Margar.st. (700822)	36	Transferaufwand	201'003				
						Gesamtkredit	770'000				
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung	36	Transferaufwand	228'724				
						Gesamtkredit	4'910'000				
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10/17, Instandsetzung (700826)	36	Transferaufwand	5'990'746				
						Gesamtkredit	17'400'000				
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 11, Instandsetzung (700827)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	11				
					36	Transferaufwand	13'098'903				
						Gesamtkredit	16'350'000				
		2011-221	2011-148	Trasseesamierung BLT Linie 12/14 (700817)	36	Transferaufwand	6'217'646				
						Gesamtkredit	23'230'000				
		2011-378	2012-496	Bahnhof Laufen, Vorpr. Mod. B & C (700830)	36	Transferaufwand	5'440				
						Gesamtkredit	600'000				
		2015/198	PENDENT	FABI Raum Basel 2016-2025	30	Personalaufwand				180'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					80'000	
						Gesamtkredit	2'600'000					
		2015/198	PENDENT	FABI Trinat. Raum Basel 2016-2025	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					140'000	
						Gesamtkredit	1'400'000					
				Trassensanierung Linie 11 (700820)	36	Transferaufwand		32'227'956				
					46	Transferertrag		-6'819'612				
						Gesamtkredit	39'700'000					
				WB Umbau Haltestellen und Umsetz. BehiG	36	Transferaufwand		35'175				
				WB Ausbau Infrastruktur (700824)	36	Transferaufwand		3'957				
				BLT Linie 10/17 Doppelpsp Spiessh(700832)	36	Transferaufwand		136'503				
SID	Ergebnis						6'760'000	2'820'000	420'000	920'000	920'000	
	SID GS	2010-137	2010-1990	Take off (2010 - 2013)	36	Transferaufwand		2'400'000				2015-2609
						Gesamtkredit	1'680'000					2015-2609
		2013-263	2013-1592	Take off (2014 - 2017)	36	Transferaufwand		420'000	420'000	420'000	420'000	
						Gesamtkredit	1'680'000					
		pendent	PENDENT	Mobile Computing (Freigabe erst mit LRV)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				500'000	500'000	
						Gesamtkredit	3'400'000					
BKSD	Ergebnis						1'800'685'026	1'021'987'517	239'858'978	242'314'442	244'822'287	
	BKSD GS	2008-328	2009-1063	VK SAL Schuladministrationslösung	30	Personalaufwand		36'642				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		436'440	3'103			
						Gesamtkredit	490'000					
		2008-350	2009-1119	VK CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand		15'000'000				LRB 2015-2609
						Gesamtkredit	15'000'000					LRB 2015-2609
		2009-122	2009-1376	VK Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand		600'300'000				
						Gesamtkredit	600'300'000					
		2011-315	2011-173	VK Leistungsauftrag an die FHNW 2012-14	36	Transferaufwand		184'680'090	65'686'090			
						Gesamtkredit	186'680'000					
		2011-350	2012-602	VK Ausfinanzierung Pensionskasse Uni BS	36	Transferaufwand		20'200'032				
						Gesamtkredit	24'750'000					
		2012-217	2013-1443	VK CSEM Forschungszentrum 2014-2018	36	Transferaufwand		3'000'000	3'000'000	3'000'000	2'000'000	
						Gesamtkredit	11'000'000					
		2012-217	2013-1443	VK CSEM Drittmittelquote 2016-2018	36	Transferaufwand					1'000'000	
						Gesamtkredit	4'000'000					
		2013-176	2013-1662	VK Ums. IT-Strategie Schulen; 2014-2019	30	Personalaufwand		31'097	31'097	300'000	300'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'297	59	1'469'000	1'655'000	
						Gesamtkredit	10'925'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BKSD		2013-223	2013-1527	VK Umsetz. SAL 2013-2016	30 Personalaufwand		197'889	183'514	680'000	319'191	
					31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'692'642	1'640'381	1'113'000	945'000	
					Gesamtkredit	5'315'000					
		2013-282	2013-1661	VK Leistungsauftrag Uni.Basel 2014-2017	36 Transferaufwand		159'900'000	159'900'000	161'900'000	164'000'000	
					Gesamtkredit	654'800'000					
		2013-409	2014-1896	VK ICT Primar	30 Personalaufwand				160'000	90'000	
					31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'111	3'111			
					Gesamtkredit	1'100'000					
		2014-199	2014-2368	VK Leistungsauftrag an die FHNW 2015-17	36 Transferaufwand				63'674'000	64'203'000	
					Gesamtkredit	192'850'000					
	PIS	2009-312	2010-1985	VK Gesamtsprachenkonzept 2011-2018	30 Personalaufwand		3'616'874	1'328'367	1'620'000	1'520'000	
					31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		86'179	38'549			
					36 Transferaufwand		335'260	57'458	100'000	60'000	
					Gesamtkredit	12'500'000					
		2009-351	2010-2008	VK Bildungsharmonisierung 2010-2019	30 Personalaufwand		4'627'948	2'511'380	3'900'000	4'100'000	
					31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		525'991	247'981			
					36 Transferaufwand		384'600	79'300	100'000	100'000	
					46 Transferertrag		-60'000	-20'000			
					Gesamtkredit	32'070'000					
		2009-351	2010-2008	VK Aufgabens.+Leistungschecks 2011-2014	30 Personalaufwand		1'220				
					36 Transferaufwand		1'489'340	623'554	900'000	833'119	
					Gesamtkredit	3'440'000					
		2009-351	2010-2008	VK Besitzzw. Sek-Lehrpers. Niv.A 2015-26	30 Personalaufwand				151'000		
					Gesamtkredit	4'350'000					
		2011-315	2011-187	VK Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	30 Personalaufwand		116'505	88'691			
					31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		78'084				
					36 Transferaufwand		623'280	476'470			
					Gesamtkredit	1'312'000					
	FEBL	2009-291	2010-1597	VK Volkshochschule b.B. 2009-2012	36 Transferaufwand		3'400'825				LRB 2015-2609
					Gesamtkredit	2'776'000					LRB 2015-2609
		2012-318	2013-1129	VK Volkshochschule b.B. 2013-2016	36 Transferaufwand		1'497'000	748'500	748'619	748'619	
					Gesamtkredit	2'994'476					
	SEK	1999-162	2000-373	VK Sportklassenversuch	31 Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'378'083				
					Gesamtkredit	1'239'000					
	AfBB	2005-276	2006-1595	VK zusätzliche Ausbildungsplätze	30 Personalaufwand		2'752'127				LRB 2015-2609

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BKSD					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		160				LRB 2015-2609
					36	Transferaufwand		1'485				LRB 2015-2609
						Gesamtkredit	2'900'000					LRB 2015-2609
		2006-059	2006-1735	VK Bundesbeitrag an check-in aprentas	46	Transferertrag		-621'783				2015-2609
						Gesamtkredit	-617'000					2015-2609
		2006-059	2006-1735	VK check-in aprentas	36	Transferaufwand		1'452'420				LRB 2015-2609
						Gesamtkredit	1'450'000					LRB 2015-2609
		2008-054	2008-655	VK Berufswegbereitung (BWB) 2009-2013	30	Personalaufwand		3'968'237	30'891			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		239'914				
					36	Transferaufwand		107				
					46	Transferertrag		-794'112				
						Gesamtkredit	5'100'000					
		2008-327	2009-1062	VK Sicherung der Altest-Lehrst. 2011-15	30	Personalaufwand		1'780'000	425'000	210'000		
						Gesamtkredit	2'048'000					
		2011-048	2011-2644	VK check-in aprentas II; 2011-2016	36	Transferaufwand		1'190'000	460'000	460'000	154'000	
					46	Transferertrag		-529'666	-153'333	-153'000	-194'000	
						Gesamtkredit	1'113'000					
		2013-265	2013-1593	VK Berufswegbereitung (BWB) 2014-2018	30	Personalaufwand		966'670	966'670	680'823	1'160'358	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		6'146	6'146	35'000	35'000	
					46	Transferertrag		-162'500	-162'500	-74'000		
						Gesamtkredit	5'280'000					
		2015-221	PENDENT	VK check-in III 2016-2021	36	Transferaufwand					153'000	
	AKJB	2010-270	2010-2305	VK Ums. Konzept Behindertenhilfe 2010-14	30	Personalaufwand		185'138	49'036			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		134'053	52'295			
						Gesamtkredit	350'550					
		2013-416	2014-2174	VK Koord. Jugendhilfe 2014-2017	30	Personalaufwand				70'000	84'293	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				10'000	5'000	
					43	Verschiedene Erträge		-40'000	-40'000	-40'000	-49'293	
						Gesamtkredit	240'000					
	AFK	2007-189	2008-321	VK Ruinensanierung Homburg	30	Personalaufwand		69'544				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'792'865				
					46	Transferertrag		-660'333				
						Gesamtkredit	2'870'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BKSD		2009-165	2009-1379	VK Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand		2'200'000				LRB 2015-2609
						Gesamtkredit	2'200'000					LRB 2015-2609
		2010-115	2010-2171	VK Ruinensanierung Pfeffingen	30	Personalaufwand		4'730				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'076'940	1'371'387	750'000	1'050'000	
					46	Transferertrag		-389'542	-324'219			
						Gesamtkredit	6'934'000					
		2012-317	2013-1128	VK Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		302'238				
					46	Transferertrag		-68'750				
						Gesamtkredit	275'000					
		2013-391	2014-1731	VK Verein Kulturraum Roxy 2014-2017	36	Transferaufwand		550'000	550'000	550'000	550'000	
						Gesamtkredit	2'200'000					
		pendent	PENDENT	VK Sanierung Hauptstrasse Augst		Gesamtkredit	450'000					

(Verpflichtungskredite)

5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
FKD	Ergebnis									-22'700'000	-21'608'200	
	FIV			Realprognose	50 Sachanlagen					-22'700'000	-21'608'200	
VGD	Ergebnis						24'500'000	99'844'002	34'125'296		10'000'000	
	VGD GS			APH-Investitionsbeiträge	56 Eigene Inv.-Beitr.	X		63'457'792	34'125'296			
		2013-020	2013-1460	Beteiligung UKBB	55 Anteil. und Grundkapitalien			18'825'563				
	KSB	2006-325	2007-2502	2211.252 Sicherh.relev. Massn. 2. Etappe	50 Sachanlagen	X		17'560'646				
					Gesamtkredit	X	24'500'000					
	AfG			APH Investitionsbeiträge (Global)	56 Eigene Inv.-Beitr.	X					10'000'000	
BUD	Ergebnis						2'369'525'950	1'218'182'181	145'581'542	196'631'000	206'082'000	
	TBA/Strassen			Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50 Sachanlagen	X		67'459'732	17'256'852			
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-3'500'234	-874'225			
				Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50 Sachanlagen	X		57'217'890	13'365'466			
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-3'553'724	-885'293			
				Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50 Sachanlagen	X		4'434'888	747'834	3'000'000	2'500'000	
				Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50 Sachanlagen	X		33'432'712	2'826'738	1'300'000	2'300'000	
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-10'509'604	-1'748'450	-3'400'000	-3'400'000	
				Ankauf Grundstücke 9990	50 Sachanlagen	X		3'825'995	632'679	500'000	500'000	
				Salina Raurica	50 Sachanlagen	X					50'000	
				Lärmsanierung Kantonsstrassen	50 Sachanlagen	X		16'736'544	2'092'397	2'500'000	2'000'000	
				Darlehen/Beteiligung NSNW/AG	63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-7'746'501	-980'443	-600'000	-500'000	
				H18, Aesch, Knoten Angenstein	65 Übertragung von Beteil.	X		-2'500'000				
				MuttENZ/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50 Sachanlagen	X		58'941		150'000	200'000	
				Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50 Sachanlagen	X		800'071	20'288	200'000	100'000	
				Allschwil, Baslerstr., Strassenbau	50 Sachanlagen	X					250'000	
				Instandsetzung (A18/A22) 9960	50 Sachanlagen	X				4'000'000	3'600'000	
				Liestal, Ausbau Rosen- u. Militärstrasse	50 Sachanlagen	X				200'000	400'000	
				Lärmschutz - 9980	50 Sachanlagen	X		280'420				
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				
				Strassenetzplan Rheintal	50 Sachanlagen	X		236'265				
				Aesch,Zubringer Domach an H18,Proj/Real	50 Sachanlagen	X		240'610	931	100'000	100'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD				Allschwil, Kreisel Hegenheimermattweg	50 Sachanlagen	X		158'588	31'313	200'000	500'000	
				Veränderung Nationalstrassen - 9992	50 Sachanlagen	X		17'860'449				
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-18'137'663				
				Rothenf.,Hemikerstr.,Ausb. Säge-Asph.	50 Sachanlagen	X		293'798				
				Arisdorf, Sanierung Hauptstrasse	50 Sachanlagen	X		126'643				
				Aesch,Betriebs-u.Gestaltungskonzept	50 Sachanlagen	X				50'000	100'000	
				Augst; neue Führung Kantonsstr.Umfahrung	50 Sachanlagen	X					100'000	
				1978/2567 Ergolzthal-Ost, Projektierung	Gesamtkredit	X	400'000					
				1990/3381 Ausbauprogramm Radrouten	Gesamtkredit	X	25'000'000					
				1990/3462 HZ, Pratteln-Liestal (HPL)	50 Sachanlagen	X		32'595'059				
				1994/1766 Leimental-Birstal, Projektierung	Gesamtkredit	X	650'000					
				1995/0031 Kantonsstrasse Laufental, Projektierung	50 Sachanlagen	X	700'000					
				1996/0032 Ausbauprogramm Radrouten	Gesamtkredit	X	500'000					
				1998/1346 H18, Birstal, Anschluss Aesch	Gesamtkredit	X	-32'677'827					
				1999/0162 HZ, Pratteln-Liestal (HPL)	50 Sachanlagen	X	1'407'500					
				1999/0162 Ergolzthal-Ost, Projektierung	Gesamtkredit	X	-650'000					
				2000/671 Linksufrige Birsigtalstrasse	50 Sachanlagen	X	-400'000					
				1983/006 + 1985/130	50 Sachanlagen	X	400'000					
				1984/0645 Ausbauprogramm Radrouten	Gesamtkredit	X	400'000					
				1987/079 Sissach, Umfahrung	50 Sachanlagen	X	400'000					
				1988/162 + 1990/180	50 Sachanlagen	X	870'000					
				1991/2696 Sissach, Umfahrung	50 Sachanlagen	X		327'964'073	-66'420			
					63 Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-179'699'000				
					Gesamtkredit	X	179'000'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD		1988/226 +1987/24 9	1989/1070	Binningen, Sanierung Brücke Schlossgasse	50	Sachanlagen	X		1'051'923				
						Gesamtkredit	X	900'000					
			1989/308	Ergolztal-West, Projektierung	50	Sachanlagen	X		388'832				
						Gesamtkredit	X	500'000					
		1990/180 +2004/12 4	1991/2696	Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	X		1'505'874	1'069'638	2'500'000	700'000	
						Gesamtkredit	X	248'000'000					
		1992/110	1992/0901	Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X	30'000'000					
		1994/144	1995/2418	HZ, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		392'494'433	28'494'140	5'000'000	1'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-353'863'564	-28'257'015	-29'000'000	-15'000'000	
						Gesamtkredit	X	248'000'000					
		1998/074	1998/1647	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X		22'335'490	3'676'983	2'000'000	2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-4'267'736	-1'170'000	-630'000	-630'000	
						Gesamtkredit	X	25'000'000					
		1999/026	1999/2008	Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	X		2'939'081	56'241	2'000'000	500'000	
						Gesamtkredit	X	6'900'000					
		2000/150	2000/672	H18, Laufen/Zwingen Umfahrung	50	Sachanlagen	X		3'418'280				
						Gesamtkredit	X	3'000'000					
		2001/310	2002/564	Grellingen, Kor. Baselstr./Deilsb., Proj.	50	Sachanlagen	X		138'018				
						Gesamtkredit	X	150'000					
		2004/124	2004/887	Sissach, Umfahrung		Gesamtkredit	X	94'300'000					
		2006/093	2006/1816	HZ, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	35'000'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		11'193'546	303'872			
						Gesamtkredit	X	14'000'000					
		2007/005	2009/982	Salina Raurica	50	Sachanlagen	X		360'349	12'046	50'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	10'800'000					
		2007/005 2014/439	2009/982 2015/2684	Salina Raurica	50	Sachanlagen	X		2'559'625	972'853	500'000	2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-700'000	
						Gesamtkredit	X	3'000'000					
		2007/005 A)	2009/982	Augst, San./Umgestalt. Ortsdurchfahrt A1	50	Sachanlagen	X		371'239	14'582			
						Gesamtkredit	X	500'000					
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Projektierung Strassenetz	50	Sachanlagen	X		1'577'452	71'169	150'000	150'000	
						Gesamtkredit	X	2'500'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD		2007/176	2007/219	Darlehen/Beteiligung NSNW AG	50	Sachanlagen	X	3'051'013				
		2008/269	2009/1027	7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Gesamtkredit	X	5'700'000				
		2008/310	2009/1179	Aesch, Zubringer Pfeffingerring, Vorproj. ,1180	50	Sachanlagen	X	15'953'417	163'973			
					50	Gesamtkredit	X	18'830'000				
		2008/310	2009/1179	Aesch, Zubringer Pfeffingerring, Vorproj. ,1180	50	Sachanlagen	X	406'937	18'554			
						Gesamtkredit	X	400'000				
		2008/310	2009/1179	H18, Birstal, Anschluss Aesch +1180	50	Sachanlagen	X	1'280'087	7'239	100'000	100'000	
						Gesamtkredit	X					
		2009/209	2009/1526	H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	X	3'734'239	186'014	1'500'000	500'000	
						Gesamtkredit	X					
		2009/211	2009/1527	Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	X	3'543'796	278'805			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X	-199'071				
						Gesamtkredit	X	4'845'000				
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe	50	Sachanlagen	X			50'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	400'000				
		2010/269	2010/2400	H2, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	139'800'000				
		2010/281	2012/495	Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen	X	272'822	272'822	700'000	500'000	
						Gesamtkredit	X					
		2010/281	2012/495	Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt	50	Sachanlagen	X			100'000	50'000	
						Gesamtkredit	X	200'000				
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen	X	298'157	150'677	200'000	200'000	
						Gesamtkredit	X					
		2013/271	2013/1573	Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	X	26'245'869		19'000'000	19'000'000	
						Gesamtkredit	X					
		2013/271	2013/1573	Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	X	17'373'933		10'000'000	10'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X	-60'000				
						Gesamtkredit	X	40'000'000				
		2013/335	2014/1702	Grellingen, San./Umgest.Ortsdurchf., Real.	50	Sachanlagen	X	227'993	200'090	3'600'000	2'800'000	
						Gesamtkredit	X					
		2014/036	2014/2100	Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X	297'934	122'446	1'500'000	3'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-400'000	
						Gesamtkredit	X					
		2014/166	2014/2101	Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Real.	50	Sachanlagen	X	141'444	141'444	1'000'000	1'000'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD												
		2015/005	2015/2943	ELBA Allschwil/Zubringer Nordtang.Vorpro	50	X	22'440'000					
						X		21'435		100'000	500'000	
		2015/005	2015/2943	ELBA;Entw.planung ELBA; Projektierung	50	X	4'500'000					
						X				1'250'000	1'500'000	
	ZFW			Zentrales Fahrzeugwesen	50	X	11'200'000					
	WB			Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	X		997'254				
					63	X		340'963	5'509	100'000	100'000	
				Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	X		-539'423				
					57	X		9'860'667	1'395'771	1'500'000	1'500'000	
					63	X		304'958				
					67	X		-2'747'000	-601'000	-575'000	-400'000	
				Biel-Benken, Birsig, Hochwasserschutz	50	X		-304'958				
				Rothentfluh, HWS Ergolz	50	X		82			100'000	
				Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	X		89'103	17'398			
				Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	X		296'136	33'009	100'000	700'000	
					63	X					-300'000	
		2005/309	2006/1697	HWS Allschwil, HWRB Lützelbach	50	X		107'031				
					50	X		2'577'393				
					63	X		-1'145'957	-68'035			
						X	2'950'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, Birs, HW-Schutz.Fischgängigkeit	50	X		868'454				2015/2609
						X						
		2012/060	2012/683	Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	X	1'600'000					2015/2609
						X		1'147'824	577'621	600'000	500'000	
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	X	2'600'000					
						X		433'002	247'661	200'000	100'000	
		2012/402	2013/1121	Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	X	425'000					
						X		657'773	552'818	1'000'000	200'000	
					63	X				-400'000	-250'000	
						X	2'300'000					
	HBA	2013/199	2014/1814	"Bäche ans Licht"	50	X				400'000	400'000	
				Technische Investitionen 9980	50	X		9'559'801	1'869'750	1'400'000	1'500'000	
					63	X		-131'130				
				Bauliche Investitionen 9990	50	X		43'924'054	19'257'169	1'800'000	5'000'000	
					63	X		-204'276				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD				Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	X		2'699'221	1'654'655	500'000	1'500'000	
				Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	X		5'276'864	2'893'955	220'000	430'000	
				Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		540'545	209'456	4'260'000	6'410'000	
				Liestal, Kauf Grundstücke	50	Sachanlagen			11'690'400				
				Mieterausbauten Einmietungen 9930	50	Sachanlagen	X		5'400	5'400	500'000	500'000	
				MuttENZ, Nachnutzung FH-Gebäude	50	Sachanlagen	X		181'783	78	100'000	2'770'000	
				Liestal, Erweiterung Kantonsgericht	50	Sachanlagen	X					300'000	
				Niederdorf, JUNI Arxhof	50	Sachanlagen	X		1'512				
				Liestal, ZID, Sanierung 1. Rechenzentrum	50	Sachanlagen	X					200'000	
				Sissach, Landw.Zentrum Ebenrain, San.	50	Sachanlagen	X		128'606				
				Pratteln, KIGA, Optimierungen	50	Sachanlagen	X		8'958				
				Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, 1.Et	50	Sachanlagen	X		26'687				
				MuttENZ, FHBB, Sanierung Lüftung Chemie	50	Sachanlagen	X		166'715				
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		4'548'029				
				Investition Mobilbar - 9991	50	Sachanlagen	X		433'478				
				Münchenstein, Fachstelle Messwesen		Gesamtkredit	X	560'000					
				Liestal, Rechenzentrum Zeughaus	50	Sachanlagen	X		3'974				
				MuttENZ, GIBM Erweiterungsbau/San.Altbau	50	Sachanlagen	X				400'000	350'000	
				MuttENZ, FH-Aula, Infrastr. Gesamtsani.	50	Sachanlagen	X				400'000	300'000	
				Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-257'775				
				Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen	X				100'000	100'000	
				MuttENZ, Mieterausbau Einmietung Valora	50	Sachanlagen	X		99'118				
				Liestal, Ausbau Schiessstand Polizei	50	Sachanlagen	X		1'055'569	581'392			
				MuttENZ, Quartierplan SEK II Polyfeld	50	Sachanlagen	X				700'000	40'000	
		2002/136	2002/1837	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		872'528				
						Gesamtkredit	X	875'000					
		2004/182	2005/1325	MuttENZ, Strafjustizentrum	50	Sachanlagen	X		74'763'564	17'858'992	786'000	350'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				
						Gesamtkredit	X	2'650'000					
		2005/125	2005/1393	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		82'586'710				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-67'501'294				
						Gesamtkredit	X	74'650'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD		2007/283 +2009/38 3	2008/424 +2010/18 42	Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	X		1'611'719	529'086	400'000	8'900'000	
						X	23'029'000					
		2008/046	2008/633	Muttenz, Strafjustizzentrum		X	4'450'000					
		2008/267 2012/348	2009/1245 2013/1168	Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	50	X						
					54	X		23'585'288	12'001'952	19'940'000	30'940'000	
					63	X				-4'510'000	-7'110'000	
						X	129'500'000					
		2009/100	2009/1399	Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	X		9'898'400	9'021			2015/2609
						X	9'889'000					2015/2609
		2009/383	2010/1842	Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	X		2'703'576				2015/2609
					63	X		-17'540				2015/2609
						X	2'820'000					2015/2609
		2009/383	2010/2175	Mü'stein, Gym., TP 02.1 Erweiterung	50	X		107'749	107'749	710'000	480'000	
		2009/383 2013/466	2010/2175 2014/1845	Mü'stein, Gym., TP 02.2 Nutzungsanp/IS	50	X		2'593'189	1'607'843	1'180'000	7'527'000	
						X	24'859'777					
		2009/384	2010/1936	Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	X		409'614				
					63	X		-42'068				
		2009/384 2013/349	2010/1936 2014/1701	Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	X		50'530'570	8'998'248	55'500'000	76'000'000	
					63	X					-7'500'000	
						X	302'400'000					
		2010/087	2010/2053	Muttenz, Strafjustizzentrum		X	74'200'000					
		2010/317	2010/2395	Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	X		202'933'865	22'002			
						X	195'000'000					
		2011/194	2011/125	Arlesheim, Mieterausbau Einn. SIPO-West	50	X		2'288'240	-310'764			
						X	2'425'000					
		2011/282	2012/250	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	X		16'787'125	1'342'676			
						X	15'500'000					
		2012/084	2012/765	Gutsbetrieb Wildenstein, Freilaufstall	50	X		1'662'346	-59'099			
						X	1'700'000					
		2012/138	2012/872	Augst, RAR 1. Etappe Arbeitsplätze	50	X		719'305	377'445	750'000	465'000	
						X	1'650'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD		2013/023	2013/1238	Münchenstein, Gym. Erw., Pavillonproviso	50 Sachanlagen	X		2'112'694	1'885'749			
					Gesamtkredit	X	2'392'000					
		2013/068	2013/1313	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50 Sachanlagen	X		671'285	399'101	1'000'000	600'000	
					Gesamtkredit	X	3'250'000					
		2013/348	2013/1752	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50 Sachanlagen	X		1'272'900	976'629	4'000'000		
					Gesamtkredit	X	8'990'000					
		2013/439	2015/2644	Sissach, Arealnutzung Werkhof	50 Sachanlagen	X		4'860	4'860	320'000	360'000	
					Gesamtkredit	X	8'180'000					
		2014/005	2014/1943	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50 Sachanlagen	X		382'220	203'522	600'000	700'000	
					Gesamtkredit	X	9'900'000					
		2014/033	2014/1945	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50 Sachanlagen	X		591'884	591'884	7'000'000	500'000	
					Gesamtkredit	X	7'945'000					
		2014/218	2014/2364	Basel, Uni, Neubau DBM (Abbruchkosten)	Gesamtkredit	X	4'000'000					
AIB		2003/250	2004/582	Ara Ergolz 2 Schlammanlagen	50 Sachanlagen	X		8'812'440				
					Gesamtkredit	X	9'200'000					
				Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50 Sachanlagen	X		8'888'571	1'256'208	1'850'000	1'800'000	
					Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-385'747				
				Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50 Sachanlagen	X		456'593	21'004	50'000	1'250'000	
				Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50 Sachanlagen	X		1'473'327	214'894	200'000		
				Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50 Sachanlagen	X		2'165'643	242'548	200'000		
				Netz Sammelposition 9991	50 Sachanlagen	X		2'492'566	263'104	1'400'000	700'000	
				Betriebsverbund Höli 9980	50 Sachanlagen	X		61'644				
				Wasser Sammelposition-9990	50 Sachanlagen	X				500'000	700'000	
				Ara Zeglingen, Abwasserbehandlung	50 Sachanlagen	X				1'000'000	500'000	
				Ara Nussdorf, Abwasserbehandlung	50 Sachanlagen	X					1'500'000	
				Ara Rütenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50 Sachanlagen	X				2'000'000	1'100'000	
				FWKM MuttENZ Ersatz Wärmepumpe	50 Sachanlagen	X		2'124'128		2'000'000		
					Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-693'900				
				Sanierung Hochkamin FW Liestal	50 Sachanlagen	X		150'712				
					Gesamtkredit	X	7'420'000					
				Mischwasserbehandlung Ergolzäler	50 Sachanlagen	X					2'000'000	
				Sanierung Schlammanlage ARA E1	50 Sachanlagen	X				3'000'000	2'400'000	
				Ara Rhein, Abwasserbehandlung	50 Sachanlagen	X				1'000'000		
				Deponie Ausbau und Abschluss	50 Sachanlagen	X		387'768	387'768	300'000	300'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD				Metallausscheidung	50	X				2'500'000	1'000'000	
				FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	X				500'000		
					63	X				-20'000		
			1993/1396	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6	50	X		18'748'114				
					63	X		-3'253'585				
						X	20'500'000					
			1994/1741	FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	X		15'091'127	47'655			
					61	X		-2'70'916				
					63	X		-2'471'553	-8'774			
						X	15'000'000					
			1991/034	Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	X		15'920'217				
					63	X		-2'080'521				
						X	20'300'000					
			1997/188	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 7	50	X		498'164				
						X	2'270'000					
			1997/188	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	X		1'815'149	70'314			
						X	1'800'000					
			2003/143	Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	X		20'731'490	516'425	800'000	5'500'000	
						X	24'700'000					
			2003/143 + 2011/330	Ara Birs 2 Ausbau	50	X		52'315'281	680'229			
						X						
					63	X		-12'293'122				
						X	58'000'000					
			2005/034	Ara Liesberg Ausbau	50	X		3'432'802				
					63	X		-341'882				
						X	3'600'000					
			2007/179	Ara Frenke 3, Planung und Mischwasser	50	X		835'821				
						X	800'000					
			2007/179	Ara Frenke 1, Ableitungskanal	50	X		2'161'678				
						X	3'900'000					
			2010/036	Sanierung Kanal Sissach	50	X		2'300'403				2015/2609
						X	2'600'000					2015/2609
			2010/409	Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	X		3'108'687	43'464			
						X	4'800'000					
			2011/329	ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	X		634'015	802			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr.-Abr.
BUD												
		2011/329	2012/353	ARA Häfelfingen-Abwasserbehandlung	50	X	800'000					
						X		783'884	30'565			
		2011/330	2012/354	Solaranlagen	50	X	700'000					
						X		1'883'991	461'573			
		2012/005	2012/471	FHWM Muttentz Netzausbau	50	X	1'910'000					
						X		3'829'870	98'238	1'000'000		
					63	X		-2'644'510	-92'500	-300'000		
						X	4'512'000					
		2012/065	2012/766	Massnahmen im Netz Frenkenitäl	50	X		498'841	474'876	2'800'000		
						X	10'620'000					
		2012/065	2012/766	ARA Frenke Neubau	50	X		800'789	432'079	4'500'000	500'000	
						X	39'340'000					
		2012/065	2012/766	Flankierende Massnahmen Vordere Frenke	50	X		63'596	51'379			
						X	2'000'000					
		2012/066	2012/614	Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	X		58'874	35'768	500'000	50'000	
						X	75'000					
		2013/281	2014/1733	Ara ProRheno, Abwasserbehandlung	50	X		33'236	33'236	700'000	900'000	
						X	2'200'000					
ARP		2007/005(A)	2009/982	Salina Raurica		X						
ARP NL				Ankauf von Grundstücken 999	50	X		241'754				
ALV				Überträge ins Finanzvermögen	60			-1'106				
ÖV				Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	X		9'143'906	899'756	500'000	500'000	
					56	X				500'000	500'000	
					63	X		-517'849	-236'528			
				BLT Linie 10/17 Doppelspur Spiesshöfli	50	X		23'750				
				Salina Raurica, ÖV-Anlagen	56	X				2'000'000	1'000'000	
				SBB Laufental, Doppelspur, Vorfinanzierung	50	X					500'000	
						X	2'208'500					
				Allschwil, Baslerstr., Real. Schiene	50	X		187'677	187'677	1'000'000	2'500'000	
				Trasseesanierung ink. Landerwerb L 10	63	X		677'015				
				Muttentz, Busbahnhof, Real. Agglo (A2, Ö29)	56	X				400'000	100'000	
		2002/1478		Trasseesanierung Linie 11	50	X		5'013'251	1'238'821			
					56	X		6'064'855	2'294'280	500'000	500'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD					63	X		3'647'773	-1'729'486			
					66	X		-17'924	-17'924			
						X	39'700'000					
		2006/037	2006/2036	Tram/Bahnübergänge Optimierungen	50	X		4'750	4'750			
					56	X		6'388'787	2'844'964	4'000'000	800'000	
						X	20'000'000					
		2007/005 A	2009/982	Salina Raurica, ÖV-Anlagen	56	X		1'160'647	423'109	200'000		
						X	1'344'000					
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Projektierung Schienennetz	56	X		31'147	22'466	50'000	50'000	
						X	500'000					
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Grabenring, BVB Linie 6	50	X		2'447'407				
						X	2'705'000					
		2009/348	2010/1721	Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	X		3'471'558	586'999			
						X	3'500'000					
		2010/266	2010/2177	Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	X		93'426	41'445	200'000	200'000	
						X	770'000					
		2010/283	2010/2178	BLT Linie 10/17 Instandsetzung	56	X		556'379				
						X	17'400'000					
		2010/283	2010/2178	BLT Linie 11 Instandsetzung	56	X		2'051'030				
						X	16'350'000					
		2011/221	2011/148	Trasseesanierung BLT Linie 12/14	56	X		5'088'650	3'508'790	3'600'000	500'000	
						X	23'230'000					
		2011/378	2012/496	Laufen, Ausbau Bushof	50	X		1'050'510	401'807	4'000'000	4'000'000	
					63	X				-1'600'000	-1'200'000	
						X	5'660'000					
		2011/378	2012/496	Bahnhof Laufen, Vorprojekte Module B&C	50	X		17'846	-35'032			
						X				100'000	100'000	
		2012/204	2012/1014	Bushalt. Umsetz. BehiG Bus,Projekt.	50	X		143'735	71'079	300'000	400'000	
						X	1'000'000					
		2012/204	2012/1014	Tramhaltest., Umsetz. BehiG, Proj. (500991)	56	X				250'000	500'000	
						X	2'000'000					
		2012/272	2012/1015	BLT Linie 10/17 Doppelspur Ettingen-Flü	56	X		14'758'452	11'600'000	1'500'000		
						X	16'450'000					
		2013/275	2013/1572	BLT 10, 10/17&11, Instandsetz (501231)	56	X		2'562'257	2'562'257	6'900'000		
						X	14'000'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA KOA Bezeichnung 2-st.	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Nr. Abr.
BUD		2013/465	2014/1942	WB Ausbau Infrastruktur	56	X		1'265'712	1'265'712	13'500'000	300'000	
						X	29'000'000					
		2014/174	2014/2137	Herzstück	50	X				1'000'000	1'000'000	
						X	9'767'000					
		2014/262	2014/2381	BLT Linie 10/17 Doppelspur Spiesshöfli	50	X				400'000	400'000	
						X	850'000					
SID	Ergebnis						14'243'000	13'673'955	73'188			
	AMB	2002/176	2003/1941	Ölwehmassnahmen auf Fliessgewässern	50	X		306'732	73'188			
						X	870'000					
		2005/262	2006/1558	Sicherheitsfunknetz Polycom	50	X		18'713'221				2015/2609
			,1559									
					63	X		-5'345'998				2015/2609
BKSD	Ergebnis					X	13'373'000					2015/2609
	AfBB							770'000	770'000			
				ÜK-Zentrum Holzbau	56			770'000	770'000			

6. Liste der im Budget 2016 eingestellten Strategiemassnahmen

Direktion	Dienststelle	Nr.	Massnahme	Entlastungs- beträge B2016 (TCHF)	Kompetenz
KB	Landeskanzlei	KB-OM-1	Reduktion der Ausgaben für überregionale Körperschaften	47	Landrat
KB	diverse	KB-OM-4	Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen	127	Regierungsrat
KB	Landeskanzlei/ Ombudsman	KB-WOM-1a	Anpassung Leistungsauftrag Ombudsman: Reduktion der budgetierten Stellen von 200% auf 170% und Streichung der budgetierten Volontariatsstelle	70	Landrat
KB	Staatsarchiv	KB-WOM-4	Massnahmen Staatsarchiv	100	Regierungsrat
Total Kantonale Behörden				344	

FKD	Generalsekretariat	FKD-OM-1	Reduktion Anzahl und des Standards der gedruckten Berichte – Jahresbericht, Jahresplanung, Finanzplan	18	Direktion
FKD	Finanzverwaltung	FKD-OM-3	Ausrichtung der Hilflosenschädigung (durch Bund finanziert) bis Entscheid EL	800	Direktion
FKD	Kantonales Sozialamt	FKD-OM-5	Nichtwiederbesetzung Stelle KSA	123	Direktion
FKD	Kantonales Sozialamt	FKD-OM-6	Umfinanzierung freiwilliger Beitrag an die Stiftung Anlaufstelle BL (Beratung Asyl und Flüchtlinge)	70	Direktion
FKD	Kantonales Sozialamt	FKD-OM-7	Reduktion der Schwankungsreserve Asyl	250	Direktion
FKD	Kantonales Sozialamt	FKD-OM-8	Reduktion Nothilfefonds	100	Direktion
FKD	Kantonales Sozialamt	FKD-OM-9	Nichtwiederbesetzung Stelle KoorAsyl	91	Direktion
FKD	Personalamt	FKD-OM-11	Seminarprogrammentwicklung (Verzicht auf Bildungsprogramm in Papierform)	10	Direktion
FKD	Personalamt	FKD-OM-12	Reduktion der Stelleninsesterkosten	100	Direktion
FKD	diverse	FKD-OM-14	Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen	220	Regierungsrat
FKD	Personalamt	FKD-OM-16	Geschützte Arbeitsplätze in Spitälern (PA bezahlt 50% der Personalkosten) => Spitäler sollen zukünftig gesamte Kosten übernehmen	150	Regierungsrat
FKD	Steuerverwaltung	FKD-OM-18	Verzicht auf Versand Wegleitung in gedruckter Form	10	Direktion
FKD	Generalsekretariat	FKD-WOM-1	Auflösung der Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann und Umzug der Fachstelle an die Rheinstr. 24	20	Regierungsrat
FKD	Personalamt	FKD-WOM-2	Das Kurswesen im Angebot des Personalamts soll um 20% reduziert werden	68	Regierungsrat
FKD	Statistisches Amt	FKD-WOM-3	Reduktion Personalaufwand Statistisches Amt	50	Direktion
FKD	Finanzverwaltung	FKD-WOM-4a	Prämienverbilligung: Senkung der monatlichen Richtprämie für alle Kategorien um CHF 15	8'400	Regierungsrat
FKD	Personalamt	FKD-WOM-11	Abbau einer Stelle im Personalamt	110	Regierungsrat
FKD	Statistisches Amt	FKD-WOM-16	Verzicht der Rückerstattung der Kantonsentlastung bei der EL bezüglich Pflegenormkosten in den Jahren 2015 und 2016	15'000	Regierungsrat
FKD/SVA	Finanzverwaltung	BKSD-WOM-12	Reduktion Behindertenbereich 1%	550	Regierungsrat
Total Finanz- und Kirchendirektion				26'140	

VGD	General- sekretariat	VGD-OM-2	Elektronische Prüfung Spitalrechnungen/Systematische elektronische Kontrolle aller Spitalrechnungen zwecks Identifizierung «fehlerhafter» Spitalrechnungen ab Mitte 2015	1'500	Direktion
VGD	Amt für Geoinformation	VGD-OM-3	Reduktion von Geomedia-Lizenzen von 15 auf 10	20	Direktion
VGD	Amt für Geoinformation	VGD-OM-4	Kostenloser Austausch von Geobasisdaten unter den Behörden (Bund-Kanton)	12	Direktion
VGD	Amt für Geoinformation	VGD-OM-5	Kündigung der besonderen Vereinbarung aus dem Jahr 2008 zwischen dem Amt für Geoinformation (AGI) und den privaten Nachführungsgeometern über den Transfer der AV-Daten und die Nutzung des geoShop.BL	10	Direktion
VGD	General- sekretariat	VGD-OM-6	Stationäre Drogentherapien	300	Regierungsrat
VGD	General- sekretariat	VGD-OM-7	Kinder- und Jugendzahnpflegebeiträge	125	Regierungsrat
VGD	Landwirtschaft- liches Zentrum Ebenrain	VGD-OM-8	Verpflichtungskredit Naturschutz im Wald (Folge VK für 2016 – 19)	300	Landrat

Direktion	Dienststelle	Nr.	Massnahme	Entlastungs- beträge B2016 (TCHF)	Kompetenz
VGD	diverse	VGD-OM-9	Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen	345	Regierungsrat
VGD	Amt für Lebensmittel- sicherheit und Veterinärwesen	VGD-WOM-2	Reduktion der Leistungen der Kantonalen Hundefachstelle auf Bundesvorgaben	42	Landrat
VGD	KIGA	VGD-WOM-4	Reduktion der Personalkosten im Vollzug des Wirtschaftsförderungsgesetzes (WiFöG) durch Anhebung der Fondsentnahmen zur Personalkostenreduktion.	120	Regierungsrat
VGD	KIGA	VGD-WOM-5	Nicht-Besetzung von 150 Stellenprozenten für das Projekt «Hoheitliche Eichdienstleistungen für den Kanton Basel-Stadt» im Jahr 2016.	5	Regierungsrat
VGD	KIGA	VGD-WOM-6	Reduktion Ressourcen für WiOff ab 2016	450	Regierungsrat
VGD	KIGA	VGD-WOM-7	Reorganisation Rechnungswesen KIGA Baselland	121	Direktion
VGD	KIGA	VGD-WOM-8	Abbau von 50 Stellenprozenten im Ressort Arbeitsinspektorat.	69	Regierungsrat
VGD	Amt für Wald	VGD-WOM-9	Aufhebung von Beitragsentscheiden und Leistungsvereinbarungen (Schwarzwildkosten)	100	Direktion
VGD	Amt für Wald	VGD-WOM-10	Anpassung Jungwaldpflegeprogramm	77	Direktion
VGD	Amt für Wald	VGD-WOM-11	Erhöhung Nutzniesserbeiträge	50	Direktion
VGD	Amt für Geoinformation	VGD-WOM-13	Die Laufzeiten der 2016 startenden Operate AV 93 3. Etappe werden gedehnt.	260	Direktion
VGD	Amt für Geoinformation	VGD-WOM-14	Verzicht auf Dritteleistungen im ersten Jahr des Aufbaus des ÖREB-Katasters	140	Direktion
VGD	Amt für Geoinformation	VGD-WOM-15	Reduktion Sollstellenplan 2017 um 0.8 Sollstellen	0	Direktion
VGD	Landwirtschaft- liches Zentrum Ebenrain	VGD-WOM-16	Streichung des jährlichen Budgetbeitrages im Bereich «Lehrmittel» sowie die Stellenprozente für die Mitwirkung bei «Bim Bur in d Schuel»	12	Direktion
VGD	Landwirtschaft- liches Zentrum Ebenrain	VGD-WOM-19	Reduktion der Beiträge an Landwirtschaftlichen Hochbau	50	Direktion
VGD	Landwirtschaft- liches Zentrum Ebenrain	VGD-WOM-20	Kürzung der Jahrestanchen an die Gesamtmeliorationen im Laufental, Verlängerung der Verpflichtungskreditdauer	200	Regierungsrat
VGD	Landwirtschaft- liches Zentrum Ebenrain	VGD-WOM-24	Aufgabe Förderung nachhaltige Anbautechnik im Obstbau	30	Direktion
VGD	Amt für Gesundheit	VGD-WOM-25	Reduktion des Staatsbeitrags an die ambulanten Alkoholberatungsstellen.	200	Direktion
VGD	Amt für Gesundheit	VGD-WOM-28	Verzicht auf Subvention an die Frauenoase	38	Landrat
VGD	Amt für Gesundheit	VGD-WOM-29	Verzicht auf Subvention an das Zentrum Selbsthilfe	74	Landrat
VGD	Amt für Gesundheit	VGD-WOM-33	Verzicht im Bereich kantonszahnärztlicher Dienst (ev. Outsourcing Zahnputzinstruktionen)	190	Regierungsrat
VGD	Amt für Gesundheit	VGD-WOM-34	Aufhebungen im Bereich Gesundheitsförderung (GeFö)	285	Regierungsrat
Total Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion				5'125	

BUD	Bauinspektorat	BUD-OM-1	Anhebung der Obergrenze von Baubewilligungsgebühren	50	Regierungsrat
BUD	Bauinspektorat/ ARP	BUD-OM-2	Verrechnung des kantonalen Aufwands für Vernehmlassungen des Bundes in Plangenehmigungsverfahren	25	Regierungsrat
BUD	diverse	BUD-OM-5	Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen	330	Regierungsrat
BUD	diverse	BUD-WOM-2	IT	72	Regierungsrat
BUD	HBA	BUD-WOM-3	Erhöhung Abschreibungsdauer Gebäude von 30 auf 40 Jahre	3'400	Regierungsrat
BUD	HBA	BUD-WOM-4	Reduktion Mietaufwand, Dritteinmietungen	600	Regierungsrat
BUD	AUE	BUD-WOM-5	UEB Reduktion Energiebeiträge	700	Direktion
BUD	TBA	BUD-WOM-6	Reduktion Abgeltung durch Synergiegewinne WB-BLT	300	Regierungsrat
BUD	BIT, ARP	BUD-WOM-7	Zusätzliche Sparmassnahmen ab Budget 2016 im Bereich Raumplanung und Baubewilligung (RBB)	200	Regierungsrat

Direktion	Dienststelle	Nr.	Massnahme	Entlastungs- beträge B2016 (TCHF)	Kompetenz
BUD	Hochbauamt	BUD-WOM-9	Reduktion Immobilien – Baulicher Unterhalt; Gebäudeunterhalt: Verpflichtungskredit über 4 Jahre	500	Landrat
BUD	Hochbauamt	BUD-WOM-10	Reduktion Sollstellenplan	146	Direktion
Total Bau- und Umweltschutzdirektion				6'323	

SID	alle	SID-OM-1	Gebührenüberprüfung	400	Regierungsrat
SID	General- sekretariat	SID-OM-2	Reduktion der Ausgaben im Bereich Integrationsförderung	100	Direktion
SID	diverse	SID-OM-4	Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen	680	Regierungsrat
SID	General- sekretariat	SID-WOM-1	Die Konten Aus- und Weiterbildung allgemein (CHF 150'000) und für IT-Aus- und Weiterbildung (CHF 20'000) sollen um CHF 100'000 reduziert werden, indem grundsätzlich weniger Aus- und Weiterbildungen bewilligt werden.	100	Direktion
SID	General- sekretariat	SID-WOM-2	Kürzungen bei den Honoraren für Beratungen, Experten, Gutachten GS SID um CHF 150'000. Die Dienstleistungen werden intern erbracht.	150	Direktion
SID	General- sekretariat	SID-WOM-4	Kürzung der Ausgaben für Veranstaltungen der Direktionsleitung und Kommunikation SID	21	Direktion
SID	Rechtsdienst des Regierungsrates	SID-WOM-6	Reduktion einer halben Volontariatsstelle beim Rechtsdienst des Regierungsrats	27	Direktion
SID	Rechtsdienst des Regierungsrates	SID-WOM-7	Verlängerung der Bearbeitungsfristen gemäss Vo und Leistungsauftrag	45	Regierungsrat
SID	Zivilrechts- verwaltung	SID-WOM-8	Senkung des Sach- und Betriebsaufwands (Portokosten).	250	Direktion
SID	Zivilrechts- verwaltung	SID-WOM-9	Anhebung der Gebühren im Einbürgerungswesen	330	Regierungsrat
SID	Polizei Basel-Landschaft	SID-WOM-10	Reduktion der Verkehrsinstruktion	400	Direktion
SID	Polizei Basel-Landschaft	SID-WOM-12	Reduktion der Einbruchspräventionsstellen	150	Direktion
SID	Amt für Militär und Bevölkerung- schutz	SID-WOM-15	Personalabbau mit Leistungsabbau Kreiskommando	42	Direktion
SID	Motorfahrzeug- kontrolle Basel-Landschaft	SID-WOM-16	Abbau 50 Stellenprozente	35	Direktion
SID	Motorfahrzeug- kontrolle Basel-Landschaft	SID-WOM-17	Weiterbelastung von Porto- und Verpackungskosten von A-Post Plus Briefen	103	Direktion
SID	Motorfahrzeug- kontrolle Basel-Landschaft	SID-WOM-18	Mahngebühren, Weiterbelastung von Porto und Verpackung	26	Regierungsrat
SID	Jugend- anwaltschaft	SID-WOM-19	Massnahmen im Personalbereich	60	Direktion
SID	Arxhof	SID-WOM-20	Mehrertrag aus Bundessubventionen	100	Direktion
SID	Staats- anwaltschaft	SID-WOM-22	Streichung aller Volontariatsstellen bei der Staatsanwaltschaft	100	Direktion
Total Sicherheitsdirektion				3'119	

BKSD	SEK I / Gym/FMS	BKSD-OM-1	Verstetigung Erhöhung Pflichtlektionen Sek I und Sek II	1'500	Landrat
BKSD	Sekundarschulen	BKSD-OM-3	Restriktive Steuerung des separativen Angebotes der Speziellen Förderung	674	Regierungsrat
BKSD	Amt für Volksschulen	BKSD-WOM-1	Abbau von 2 Stellen im AVS	300	Regierungsrat
BKSD	Fachstelle für Erwachsenen- bildung	BKSD-WOM-2	Reduktion Leistungsangebot	262	Regierungsrat
BKSD	Amt für Volksschulen	BKSD-WOM-4	Restriktive Steuerung separative Sonderschulung	1'640	Regierungsrat
BKSD	Amt für Kultur	BKSD-WOM-5	Reduktion Kulturförderung BL	360	Regierungsrat

Direktion	Dienststelle	Nr.	Massnahme	Entlastungs- beträge B2016 (TCHF)	Kompetenz
BKSD	Gymnasien	BKSD-WOM-8	Reduktion Freifachangebot an den Gymnasien	67	Bildungsrat
BKSD	Amt für Volksschulen	BKSD-WOM-9	Reduktion Beitrag an Spitalschulen um 20%	120	Regierungsrat
BKSD	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	BKSD-WOM-10	Streichung Reisekostenbeitrag Berufsschüler und -schülerinnen ausserkantonal	229	Landrat
BKSD	Volksschulen/ SEK II	BKSD-WOM-11	Reduktion Altersentlastung Lehrpersonen		Landrat
BKSD / SVA	Amt für Kind, Jugend und Behinderten- angebote	BKSD-WOM-12	Reduktion Behindertenbereich 1%	500	Regierungsrat
BKSD	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	BKSD-WOM-14	Überführung der BVS 2 in einjähriges Brückenangebot	600	Landrat
BKSD	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	BKSD-WOM-19	Entwicklung und Aufbau einer Zugangssteuerung zu WMS und FMS	-100	Landrat
BKSD	Amt für Volksschulen	BKSD-WOM-21	Streichung Lageraufstockung SEK I und Sek II	350	Regierungsrat
BKSD	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	BKSD-WOM-22	Streichung Lehrabschlussprüfungs-Checks	320	Regierungsrat
BKSD	Amt für Kultur	BKSD-WOM-26	Kantonsbibliothek: Erhöhung der Nutzungsgebühr	400	Regierungsrat
Total Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion				7'222	

ALLE DIR	Alle Direktionen	Dir-WOM-1	Reduktion Material- und Warenaufwand um 5.8%	5'580	Regierungsrat
ALLE DIR	Personalamt	Dir-WOM-3	Lohnkürzung um 1%	6'000	Landrat
ALLE DIR	Alle Direktionen	Dir-WOM-4	Kürzung Dienstleistungen und Honorare um 14%	7'700	Regierungsrat
ALLE DIR	Alle Direktionen	Dir-WOM-5	Abschaffung Beitrag an Betriebsanlässe (CHF 100 pro Person und Jahr)	491	Regierungsrat
ALLE DIR	Alle Direktionen	Dir-WOM-6	Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben	2'719	Regierungsrat

Strategiemassnahmen TOTAL				70'763	
----------------------------------	--	--	--	---------------	--

7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk

7.1 Rechtsgrundlagen

Das Finanzrecht des Kantons Basel-Landschaft stützt sich auf folgende Rechtsgrundlagen:

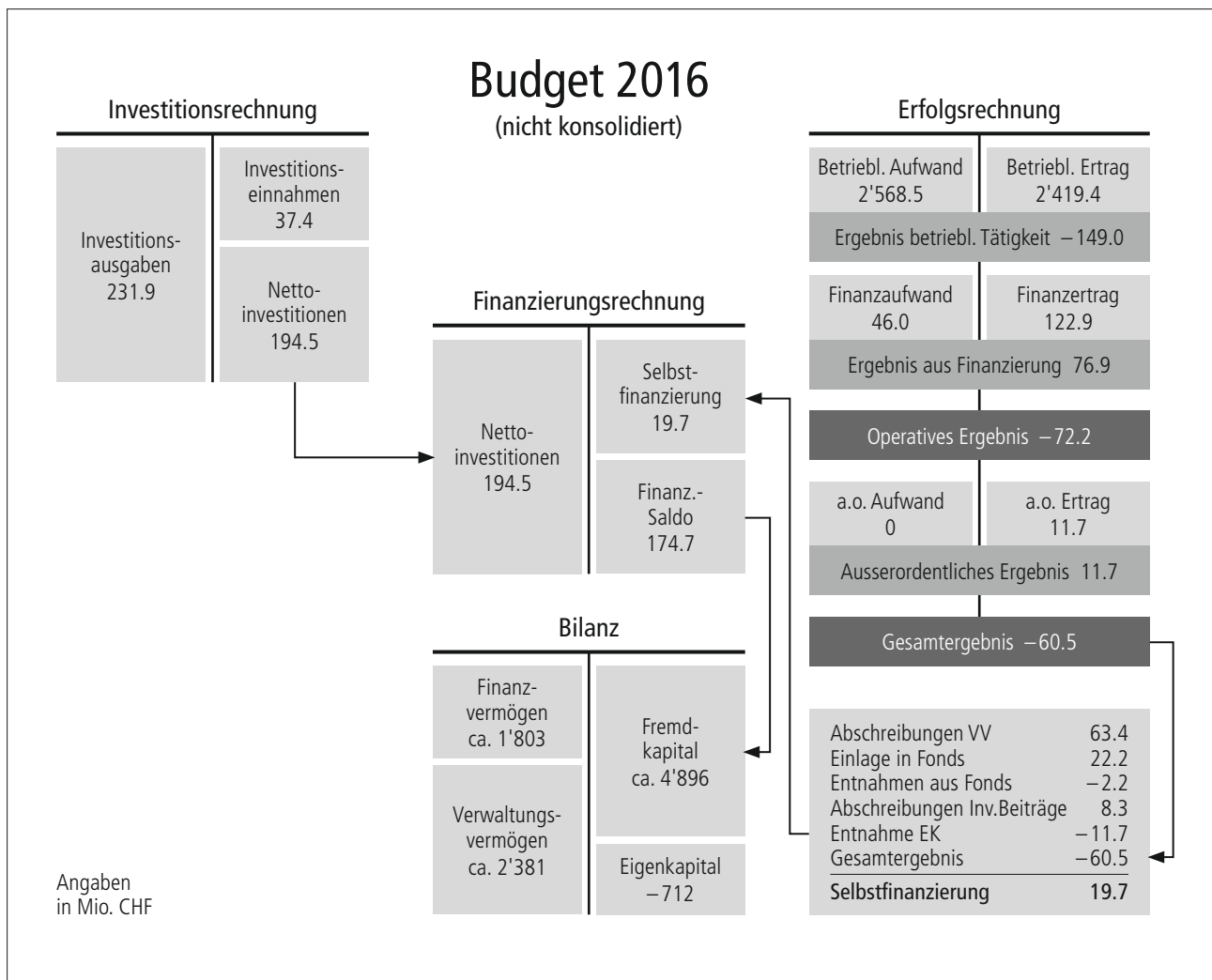
- Kantonsverfassung (namentlich die §§ 31, 66, 73, 75, 129 bis 135)
- Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)
- Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310.1)
- Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310.11)
- Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13)
- Verordnung über die Bewertung und Abschreibung des Verwaltungsvermögens (SGS 310.14)
- Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance (SGS 314.51))
- Weisungen der Finanz- und Kirchendirektion
- Handbuch Finanz- und Rechnungswesen (RRB Nr. 1915 vom 9. Dezember 2014)

7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)

Die Rechnungslegung und Haushaltsführung richtet sich nach der Fachempfehlung «Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden – HRM2» vom 25. Januar 2008 der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz.

7.3 Rechnungsaufbau

Die Erfolgsrechnung (ER) zeigt den periodisierten Wertverzehr und Wertzuwachs sowie das Jahresergebnis. Der Abschluss der Erfolgsrechnung erfolgt stufenweise. In der ersten Stufe wird das operative Ergebnis exklusive Finanzertrag und -aufwand ausgewiesen. Die zweite Stufe zeigt das ordentliche Ergebnis aus den ordentlichen Erträgen und Aufwänden (inkl. Finanzertrag und -aufwand). In der dritten Stufe werden im Jahresergebnis ausserordentliche Geschäftsfälle erfasst.



Die Bilanz zeigt die Vermögens- und Kapitalstruktur des Kantons. Die Unterscheidung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen bildet die finanzrechtliche Basis für die Regelung der Verfügungsgewalt über das Vermögen des Kantons. Das Finanzvermögen umfasst alle nicht für die Aufgabenerfüllung gebundenen Mittel wie die flüssigen Mittel, die laufenden Guthaben und die Tresoreranlagen. Die Verwaltung dieser Mittel erfolgt gemäss Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13) und liegt im Kompetenzbereich des Regierungsrates. Demgegenüber bedarf der Einsatz von Mitteln für die Aufgabenerfüllung der Zustimmung des Parlamentes im Rahmen des Kreditbewilligungsverfahrens. Soweit bei der Aufgabenerfüllung Vermögenswerte geschaffen werden, stellen diese Verwaltungsvermögen dar. Verwaltungsvermögen ist somit gekennzeichnet durch eine dauernde Bindung von Mitteln für die unmittelbare Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. für einen öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital untergliedert. Im Eigenkapitalnachweis wird die Veränderung des Eigenkapitals detailliert pro Eigenkapitalposition nachgewiesen (Jahresbericht). Die Planbilanz basiert auf Annahmen.

Im Anhang der Jahresplanung (Voranschlag und Jahresprogramm) beziehungsweise des Jahresberichts (Staatsrechnung und Amtsbericht) sind in Ergänzung zu den vorgängig beschriebenen Rechnungselementen wesentliche Einzelheiten festgehalten und kommentiert. Unter anderem enthält der Anhang zur Jahresplanung folgende Angaben: Zusammenstellung von Aufwand und Ertrag nach Aufgaben (funktionale Gliederung) und nach Kostenarten (volkswirtschaftliche Gliederung), Verzeichnis der Verpflichtungskredite, Voranschläge der Spezialrechnungen kantonaler Anstalten. Der Anhang der Jahresplanung und des Jahresberichts enthält die Nennung des auf die Rechnungslegung anzuwendenden Regelwerks und eine Begründung der Abweichungen; Zusammenfassung der Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen Grundsätze für die Bilanzierung und Bewertung; Bezeichnung der erfassten Organisationseinheiten und Angaben zu den ausserordentlichen Aufwendungen und Erträgen. Während der Laufzeit des Entlastungspakets 12/15 wird im Anhang der Jahresplanung eine Liste der einzelnen Massnahmen publiziert.

7.4 Erfasste Organisationseinheiten

Die Jahresplanung umfasst folgende Organisationseinheiten:

- Kantonale Behörden
- Finanz- und Kirchendirektion
- Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- Bau- und Umweltschutzdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- Gerichte

Die Fonds und Vorfinanzierungen werden weiterhin im Anhang zur Jahresplanung und zum Jahresbericht geführt.

7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

Periodenabgrenzung

Das HRM2 ist auf die periodengerechte Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen ausgerichtet. Die relevanten Finanzvorfälle werden im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind. Dieses Prinzip ist mit dem Grundsatz der Sollverbuchung verankert.

Bruttodarstellung

Das Prinzip des getrennten Ausweises von Aufwand bzw. Ausgaben und Ertrag bzw. Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung (Bruttodarstellung) bleibt weiterhin ein wichtiger Grundsatz für die Rechnungsführung, wobei eine leichte Aufweichung in HRM2 vorgesehen ist. Die Verpflichtungskreditsummen werden netto, das heisst abzüglich der Beiträge Dritter, ausgewiesen.

Vollständigkeit

In der Jahresplanung sind alle zu erwartenden Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und -einnahmen aufzuführen.

Jährlichkeit

Das Voranschlagsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Nicht beanspruchte Kredite verfallen grundsätzlich am Ende des Voranschlagsjahr. Davon ausgenommen sind Kreditübertragungen gemäss § 30 Abs. 1bis FHG.

Spezifikation

Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen sind nach Organisationseinheiten und nach der Artengliederung des Kontenrahmens zu unterteilen. Kredite sind grundsätzlich für den umschriebenen Zweck zu verwenden. Der Regierungsrat kann in der Investitionsrechnung im Rahmen des bewilligten gesamten Investitionsvolumens zwischen den einzelnen Objekten und in der Erfolgsrechnung im Rahmen des gesamten Lohnkredites Kreditverschiebungen vornehmen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Verständlichkeit

Die Informationen müssen auch für aussenstehende Interessierte klar, verständlich und nachvollziehbar sein.

Zuverlässigkeit

Die Informationen sollen sachlich richtig sein und richtig dargestellt werden. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise soll die Rechnungslegung bestimmen (vgl. auch die Periodenabgrenzung). Die Informationen sollen willkürfrei und wertfrei dargestellt werden (Neutralität). Die Darstellung soll nach dem Vorsichtsprinzip erfolgen.

Vergleichbarkeit

Die Voranschläge des Gesamtkantons und der Verwaltungseinheiten sollen sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar sein.

Stetigkeit

Die Stetigkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Berichterstattung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

7.6 Kontenrahmen nach HRM2

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
3	Aufwand	5	Investitionsausgaben
30	Personalaufwand	50	Sachanlagen
300	Behörden, Kommissionen und Richter	500	Grundstücke
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	501	Strassen / Verkehrswege
302	Löhne der Lehrkräfte	502	Wasserbau
303	Temporäre Arbeitskräfte	503	Übriger Tiefbau
304	Zulagen	504	Hochbauten
305	Arbeitgeberbeiträge	505	Waldungen
306	Arbeitsleistungen	506	Mobilien
309	Übriger Personalaufwand	509	Übrige Sachanlagen
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	51	Investitionen auf Rechnung Dritter
310	Material- und Warenaufwand	510	Grundstücke
311	Nicht aktivierbare Anlagen	511	Strassen
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	512	Wasserbau
313	Dienstleistungen und Honorare	513	Übriger Tiefbau
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	514	Hochbauten
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	515	Waldungen
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	516	Mobilien
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	519	Übrige Sachanlagen
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	52	Immaterielle Anlagen
319	Verschiedener Betriebsaufwand	520	Software
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	521	Patente / Lizenzen
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	529	Übrige immaterielle Anlagen
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	54	Darlehen
339	Abtragung Bilanzfehlbetrag	540	Bund
		541	Kantone und Konkordate
		542	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
		6	Investitionseinnahmen
		60	Übertrag von Sachanlagen in das FV
		600	Übertragung von Grundstücken
		601	Übertragung von Strassen
		602	Übertragung von Wasserbauten
		603	Übertragung übrige Tiefbauten
		604	Übertragung Hochbauten
		605	Übertragung Waldungen
		606	Übertragung Mobilien
		609	Übertragung übrige Sachanlagen
		61	Rückerstattungen
		610	Grundstücke
		611	Strassen
		612	Wasserbau
		613	Tiefbau
		614	Hochbauten
		615	Waldungen
		616	Mobilien
		619	Verschiedene Sachanlagen
		62	Abgang immaterielle Anlagen
		620	Software
		621	Patente / Lizenzen
		629	Übrige immaterielle Anlagen
		63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung
		630	Bund
		631	Kantone und Konkordate
		632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände

Kontenrahmen nach HRM2 – Fortsetzung

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
34	Finanzaufwand	543	Öffentliche Sozialversicherungen
340	Zinsaufwand	544	Öffentliche Unternehmungen
341	Realisierte Kursverluste	545	Private Unternehmungen
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	546	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	547	Private Haushalte
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	548	Ausland
349	Verschiedener Finanzaufwand		
35	Übertrag Fonds / StaatsRG	55	Beteiligungen und Grundkapitalien
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	550	Bund
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	551	Kantone und Konkordate
		552	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
36	Transferaufwand	553	Öffentliche Sozialversicherungen
360	Ertragsanteile an Dritte	554	Öffentliche Unternehmungen
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	555	Private Unternehmungen
362	Finanz- und Lastenausgleich	556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	557	Private Haushalte
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	558	Ausland
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV		
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	56	Eigene Investitionsbeiträge
369	Verschiedener Transferaufwand	560	Bund
		561	Kantone und Konkordate
37	Durchlaufende Beiträge	562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
370	Durchlaufende Beiträge	563	Öffentliche Sozialversicherungen
		564	Öffentliche Unternehmungen
		565	Private Unternehmungen
		566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		567	Private Haushalte
		568	Ausland
		64	Rückzahlung von Darlehen
		640	Bund
		641	Kantone und Konkordate
		642	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
		643	Öffentliche Sozialversicherungen
		644	Öffentliche Unternehmungen
		645	Private Unternehmungen
		646	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		647	Private Haushalte
		648	Ausland
		65	Übertrag von Beteiligungen
		650	Bund
		651	Kantone und Konkordate
		652	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
		653	Öffentliche Sozialversicherungen
		654	Öffentliche Unternehmungen
		655	Private Unternehmungen
		656	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		658	Ausland
		66	Rückzahlung eigene Investitionsbeiträge
		660	Bund
		661	Kantone und Konkordate

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
38	Ausserordentlicher Aufwand	57	Durchlaufende Investitionsbeiträge
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	570	Bund
381	Ausserord Sach- und Betriebsaufwand	571	Kantone und Konkordate
383	Zusätzliche Abschreibungen	572	Gemeinden und Gemeindef Zweckverbände
384	Ausserordentlicher Finanzaufwand	573	Öffentliche Sozialversicherungen
386	Ausserordentlicher Transferaufwand	574	Öffentliche Unternehmungen
389	Einlagen in das Eigenkapital	575	Private Unternehmungen
39	Interne Fakturen	576	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	577	Private Haushalte
391	Int Fakturen Dienstleistungen	578	Ausland
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten	58	Durchlaufende Investitionsbeiträge
393	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten	670	Bund
394	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand	671	Kantone und Konkordate
395	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen	672	Gemeinde und Gemeindef Zweckverbände
398	Int Fakturen Übertragungen	673	Öffentliche Sozialversicherungen
399	Übrige interne Fakturen	674	Öffentliche Unternehmungen
		675	Private Unternehmungen
		676	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		677	Private Haushalte
		678	Ausland
		68	Ausserordentliche Investitionseinnahmen
		680	Ausserord Inv-Einn für Sachanlagen
		682	Ausserord Inv-Einn für immat Anlagen
		683	Ausserord Inv-Beitr für eigene Rechnung
		684	Ausserord Rückzahlung von Darlehen
		685	Ausserord Übertragung von Beteiligungen
		686	Ausserord Rückzahlung eigener Inv-Beitr
		689	Übrige ausserord Investitionseinnahmen
		69	Übertrag an Bilanz
		690	Aktivierung Nettoinvestitionen
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	58	Ausserordentliche Investitionen
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	580	Ausserord Inv für Sachanlagen
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	582	Ausserord Inv für immaterielle Anlagen
46	Transferertrag	584	Ausserord Inv für Darlehen
460	Ertragsanteile von Dritten	585	Ausserord Inv für Beteiligungen und GK
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	586	Ausserord Investitionsbeiträge
462	Finanz- und Lastenausgleich	589	Übrige ausserord Investitionen
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	59	Übertrag an Bilanz
466	Auflösung passivierte Investitionsbeitr	590	Passivierungen
469	Verschiedener Transferertrag		
47	Durchlaufende Beiträge		
470	Durchlaufende Beiträge		
48	Ausserordentlicher Ertrag		
480	Ausserordentliche Steuererträge		
481	Ausserord Erträge Regalien, Konzessionen		
482	Ausserordentliche Entgelte		
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		
484	Ausserordentliche Finanzerträge		
485	Ausserord Entnahme aus Fonds/Spec-Fin		
486	Ausserordentliche Transfererträge		
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		
49	Interne Fakturen		
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge		
491	Int Fakturen Dienstleistungen		
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten		
493	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten		
494	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand		
495	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen		
498	Int Fakturen Übertragungen		
499	Übrige interne Fakturen		

7.7 Abweichungen von HRM2

Sämtliche Abweichungen zum HRM2 werden im Folgenden ausgewiesen und begründet.

1. Fonds und Spezialfinanzierungen werden im Anhang ausserhalb der Staatsrechnung geführt. Es werden lediglich Fonds (Fremdkapital und Eigenkapital) und Vorfinanzierungen (Eigenkapital) unterschieden. Spezialfinanzierungen werden als Fonds berücksichtigt. Somit entfallen die Sachgruppen der Spezialfinanzierungen.
2. Informatik (Hard- und Software), Msobilien, Fahrzeuge und Maschinen werden unabhängig von der Aktivierungsgrenze nicht aktiviert. Sie werden über die Erfolgsrechnung verbucht.
3. Gemäss der überarbeiteten Fachempfehlung Nr. 8 des HRM2 Handbuches (Änderung vom April 2011) werden Vorfinanzierungen über die Erfolgsrechnung zur Glättung der Abschreibungen aufgelöst. Dieses Verfahren setzt auch der Kanton BL um, mit einer Ausnahme: Der Fonds H2 wird zur Glättung der Investitionsrechnung verwendet, wie dies im Gesetz zum Bau der H2 festgehalten wurde.

7.8 Abschreibungsmethoden

Die Abschreibungen werden in der systematischen Gesetzessammlung (SGS) 310.14 geregelt.

Das Verwaltungsvermögen wird gemäss der Entwertung durch Nutzung über die angenommene Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Ausgaben für Investitionen, welche den Betrag von CHF 300'000 pro Objekt unterschreiten, werden in der Erfolgsrechnung verbucht.

Die Abschreibungen erfolgen ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme, was bei grösseren Projekten auch bei etappenweisen Inbetriebnahmen geschehen kann (z.B. Teileröffnung einer Kantonsstrasse).

Mit Budget 2016 wird die Abschreibungsdauer von Gebäuden (Rohbau, Innenausbau) von 30 auf neu 40 Jahre erhöht. Dies Änderung erfolgt im Rahmen der Umsetzung der Strategiemassnahme BUD-WOM-3.

Es kommen folgende Anlagekategorien zur Anwendung:

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Grundstücke	keine Abschreibung	
Vorbereitungsarbeiten, Gebäude (Rohbau, Innenausbau)	40*	2.50*
Gebäude (Haustechnikanlagen), Betriebseinrichtungen, Umgebung	15	6.67
Ausstattung	1	100.00
Kantonsstrassen	40	2.50
Elektromechanische Anlagen Tunnelbau	20	5.00
Kantonale Hochleistungsstrassen	40	2.50
Wasserbauten	40	2.50
ÖV-Anlagen	40	2.50
Kanalisation AIB	60	1.67
Tiefbauten AIB	25	4.00
Maschinen AIB	15	6.67
EMSRT AIB (Elektronik, Maschinen, Steuerung, Anlage)	10	10.00
Werkstrassen AIB	40	2.50
Tunnel AIB	40	2.50
Deponiekörper AIB	30	3.33
Fernwärmeleitungen AIB	40	2.50
Funkanlagen (Polycom)	15	6.67
Anlagen im Bau	–	–
Investitionsbeiträge ÖV	40	2.50
Investitionsbeiträge Kanalisation AIB	60	1.67
Investitionsbeiträge Tiefbau AIB	25	4.00
Investitionsbeiträge EMSRT	10	10.00
Investitionsbeiträge Alters- und Pflegeheime	25	4.00
Investitionsbeiträge Pflegewohnungen	10	10.00
Investitionsbeiträge an Kurszentren der Berufsbildung	30	3.33
Investitionen in Mieterausbau	20	5.00
Beteiligungen im Verwaltungsvermögen	–	–
Darlehen im Verwaltungsvermögen	–	–

* Änderung gemäss Strategiemassnahme BUD-WOM-3

Das Finanzvermögen wird nicht abgeschrieben. Wertveränderungen beim Finanzvermögen sind separat zu ermitteln und mit Wertberichtigungen zu berücksichtigen. Die Wertschriften im Finanzvermögen werden wie bisher per Bilanzstichtag zum eidg. Steuerwert bewertet, die Anlagen im Finanzvermögen werden einer periodischen Neubewertung unterzogen.

7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag

In der Jahresplanung 2016 werden die folgenden ausserordentlichen Erträge beansprucht:

- CHF 11'682'000 für Entnahmen aus Vorfinanzierungen des Eigenkapitals zur Deckung der geplanten Abschreibungen 2016 der Sekundarschulbauten und -anlagen

7.10 Kommentierungsgrundsätze

Für den Ausweis der folgenden beiden Zahlenbereiche «Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)» sowie «Transferaufwand und -ertrag» gelten die folgenden Kommentierungsvorschriften:

Abweichungen in den einzelnen Budgetkrediten/-positionen gegenüber dem Vorjahr (Aufwand- und Ertragsseite), welche

- CHF 50'000 und mind. 10% (beide Kriterien gleichzeitig erfüllt) oder
- mindestens CHF 500'000 betragen

sind zu kommentieren.

Die Kommentierung der Verpflichtungskredite in der Erfolgsrechnung sowie der Positionen der Investitionsrechnung umfasst nur wesentliche Informationen und erfolgt situativ. Des weiteren sind gemäss § 23 Abs. 2 Finanzhaushaltsgesetz Verpflichtungskredite, welche erst während des Voranschlagsjahres beschlossen werden, zu bezeichnen und zu kommentieren.

8. Definition Kennzahlen

Konsolidierter Gesamtaufwand	3 Aufwand - 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen - 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - 37 Durchlaufende Beiträge - 38 ausserordentlicher Aufwand - 39 Interne Verrechnungen + 50 Sachanlagen + 51 Investitionen auf Rechnung Dritter + 52 Immaterielle Anlagen + 54 Darlehen + 55 Beteiligungen und Grundkapitalien + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Laufender Ertrag	40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + 46 Transferertrag + 48 Ausserordentlicher Ertrag - 487 Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital - 4895 Entnahmen aus Aufwertungsreserve
Selbstfinanzierung	Saldo Erfolgsrechnung + 33 Abschreibungen + 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + 364 Wertberichtigungen Darlehen VV + 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge - 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge + 383 Zusätzliche Abschreibungen + 387 Zusätzliche Abschreibungen Darlehen/Beteiligungen/Investitionsbeiträge - 487 Zusätzliche Auflösung passivierte Investitionsbeiträge + 389 Einlagen in das Eigenkapital - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital - 4490 Aufwertungen Verwaltungsvermögen
Transferausgaben	36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen Verwaltungsvermögen - 365 Wertberichtigung Beteiligungen Verwaltungsvermögen + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Staatsquote	Konsolidierter Gesamtaufwand in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Steuerquote	Fiskalertrag (Steuern) in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Selbstfinanzierungsgrad	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann. Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen
Kapitaldienstanteil	Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin. (340 Zinsaufwand - 440 Zinsertrag + 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen + 364 Wertberichtigungen Darlehen VV + 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge - 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge) in % des Laufenden Ertrags
Zinsbelastungsanteil	Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des «verfügbaren Einkommens» durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum. (340 Zinsaufwand - 440 Zinsertrag) in % des Laufenden Ertrags
Gesamtausgaben	30 Personalaufwand + 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand - 3180 Wertberichtigungen auf Forderungen + 34 Finanzaufwand - 344 Wertberichtigungen Anlagen FV + 36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen VV - 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV - 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge + 380 Ausserordentlicher Personalaufwand + 381 Ausserordentlicher Sach- und Betriebsaufwand + 3840 Ausserordentlicher Finanzaufwand (geldflusswirksam) + 386 Ausserordentlicher Transferaufwand + Bruttoinvestitionen
Investitionsanteil	Weist auf die Investitionsintensität eines Gemeinwesens hin. Bruttoinvestitionen in % der Gesamtausgaben
Transferanteil	Transferausgaben in % des konsolidierten Gesamtaufwandes
Nettoverschuldungsquotient	Diese Grösse zeigt, welcher Anteil der Fiskalerträge bzw. wie viele Jahrestrachten erforderlich wären, um die Nettoschuld abzutragen. 20 Fremdkapital - 2068 Passivierte Investitionsbeiträge - 10 Finanzvermögen in % des 40 Fiskalertrags

Nettoschuld I in CHF

Wichtigste Grösse zur Beurteilung der Verschuldung bzw. des Vermögens eines Gemeinwesens. Zeigt unter anderem, wie volatil ein Gemeinwesen auf Zinsschwankungen voraussichtlich reagieren wird.

$20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen}$

Nettoschuld I in CHF / Einwohner

Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.

$(20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen}) : \text{Anzahl Kantoneinwohner}$

9. Glossar

Abschreibungen	Mit Abschreibungen erfasst man planmässige oder ausserplanmässige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Sie bilden somit den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Unter planmässigen Abschreibungen versteht man die systematische Verteilung des gesamten Abschreibungsvolumens eines Vermögenswertes über dessen geschätzte Nutzungsdauer. Ausserplanmässige Abschreibungen dienen der Wertminderung von Vermögenswerten, wenn es sich zeigt, dass der Buchwert des Vermögenswertes nach Vornahme der planmässigen Abschreibungen aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung über dem tatsächlichen Wert liegt.
Abschreibungsmethode	Die Abschreibungsmethode beschreibt, nach welcher Systematik das Abschreibungsvolumen eines zeitlich nur begrenzt nutzbaren Vermögenswertes planmässig verteilt wird. In der Regel wird zwischen der «linearen Abschreibungsmethode» und der «degressiven Abschreibungsmethode» unterschieden.
Aktiven	Aktiven sind die mit Geld bewerteten Vermögenswerte eines Unternehmens. Die Aktiven befinden sich auf der linken Seite der Bilanz. Die Aktivseite der Bilanz zeigt, in welche Vermögenswerte das Kapital (d.h. die finanziellen Mittel) investiert wurde. Die Reihenfolge der Aktiven entspricht in der Regel der Liquidierbarkeit.
Aufwand	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Ein Aufwand ist eine monetäre Bewertung der in der Rechnungsperiode verbrauchten oder verzerrten Güter und Dienstleistungen oder eine Erhöhung der Verbindlichkeiten. Der Aufwand wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzaufwand (= operativer Aufwand) und in einen ausserordentlichen Aufwand aufgeteilt.
Ausgaben	Als Ausgabe wird die Verminderung des Geldvermögens (Zahlungsmittelbestand + Bestand an Geldforderungen - Bestand an Geldverbindlichkeiten) verstanden. Eine Ausgabe liegt also beim Abfluss von Zahlungsmitteln und/oder beim Eingehen von Zahlungsverpflichtungen in Form von Geldverbindlichkeiten vor. Im HRM2 ist eine Ausgabe definiert als die Bindung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Ausgaben. Sie bedarf einer Rechtsgrundlage und eines Voranschlagskredits.
Ausserordentlicher Aufwand und Ertrag	Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen in keiner Art und Weise gerechnet werden konnte oder sie nicht zum operativen Geschäft gehören bzw. nicht mit der betrieblichen Leistungserstellung zusammenhängen. Vom Umfang her muss ein ausserordentlicher Aufwand oder Ertrag für den Kantonshaushalt wesentlich sein. Beispiele für ausserordentlichen Aufwand bzw. Ertrag sind: Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven, zusätzliche (finanzpolitisch motivierte) Abschreibungen, Abtragung eines Bilanzfehlbetrags, Aufwand im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, Einlagen und Entnahmen aus Eigenkapital (im Rahmen der Defizitbremse).
Beiträge an Investitionen Dritter	Beiträge an Investitionen Dritter sind definiert als geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden.
Beteiligung	Unter einer Beteiligung wird eine Institution verstanden, die teilweise oder ganz im Eigentum des Kantons ist oder welche eine öffentliche Aufgabe oder eine Aufgabe im Interesse des Kantons ausserhalb der Kantonsverwaltung erfüllt. Der Kanton geltet die erbrachten Leistungen aus öffentlichen Mitteln ab oder es besteht eine Staatsgarantie (von Rechts wegen oder faktisch aus politischen Gründen).
Betriebsbuchhaltung	Vgl. Kosten- und Leistungsrechnung.
Bilanz	Die Bilanz ist eine stichtagsbezogene Aufstellung von Herkunft und Verwendung des Kapitals. Auf der linken Seite sind die Vermögenswerte aufgeführt (Verwendung), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Herkunft). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist das Resultat vergangener vermögensrelevanter Ereignisse und ist ein Instrument zur Darstellung der Vermögenslage.
Bilanzfehlbetrag	Ein Bilanzfehlbetrag stellt die Summe der kumulierten Defizite aus der Erfolgsrechnung dar.

Bruttoprinzip	Ein Grundsatz der Budgetierung und Rechnungslegung welcher besagt, dass Aufwand und Ertrag bzw. Ausgaben und Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung in der Erfolgs- und Investitionsrechnung aufgeführt werden.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP ist ein Mass für die gesamte wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftsgebietes innerhalb einer Betrachtungsperiode. Es erfasst die Produktion von Waren und Dienstleistungen (zu aktuellen Marktpreisen) nach Abzug der Vorleistungen der im Inland ansässigen Unternehmen.
Bruttoinvestitionen	Vgl. Investitionsausgaben
Budget	Das Budget ist die zusammenfassende und vollständige Darstellung der geplanten finanziellen Vorgänge des Gemeinwesens in einer bestimmten Planungsperiode.
Budgetantrag	Ein Budgetantrag ist ein Antrag des Landrats zum Voranschlag und bezweckt die Aufnahme einer neuen Ausgabe oder die Änderung bzw. Streichung einer im Entwurf des Voranschlags enthaltenen Ausgabe.
Defizitbremse	Instrument zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung. Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung darf im Voranschlag 3 Prozent des Ertrags der Einkommenssteuern natürlicher Personen nicht überschreiten. Ein Defizit über dieser Grenzmarke muss in erster Linie mit Entlastungsmassnahmen auf der Aufwandseite, in zweiter Linie mit einer Eigenkapitalentnahme (vorausgesetzt, das freie Eigenkapital ist höher als CHF 100 Mio) und in dritter Linie mit einer Steuerfusserhöhung reduziert werden.
Eigenkapital	In der Privatwirtschaft bezeichnet das Eigenkapital jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Bei einem öffentlichen Gemeinwesen ist es die rechnerische Differenz zwischen den Aktiven (Vermögenswerten) und den Schulden (Fremdkapital). In diesem Fall ist das Eigenkapital grundsätzlich die Summe der vergangenen Ertragsüberschüsse der Erfolgsrechnung. Die Höhe des Eigenkapitals hängt aber auch von der Bewertung der Vermögenswerte und der Schulden ab. Freies Eigenkapital kann im Rahmen der Defizitbremse zur Reduktion von Aufwandüberschüssen im Voranschlag eingesetzt werden.
Einnahmen	Einnahmen sind Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren oder die als Entgelt für die Veräusserung von Verwaltungsvermögen oder mit Bezug auf die Schaffung von Verwaltungsvermögen geleistet werden.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung stellt einander die Aufwendungen und Erträge gegenüber. Durch die Saldierung aller Erträge und Aufwendungen wird der Erfolg bzw. das wirtschaftliche Ergebnis (Aufwandüberschuss/Defizit oder Ertragsüberschuss) einer Periode ermittelt.
Erlös	Der Erlös bezeichnet das bewertete Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit, d.h. der erzeugten Güter- und Dienstleistungen.
Ertrag	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Erträge stellen eine Zunahme des wirtschaftlichen Nutzens in der Berichtsperiode in der Form von Zuflüssen oder Erhöhungen von Vermögenswerten oder einer Abnahme von Schulden. Der Ertrag wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzertrag (= operativer Ertrag) und in einen ausserordentlichen Ertrag dargestellt.
Finanzbuchhaltung	Die Finanzbuchhaltung erfasst die wertmässigen Beziehungen des Unternehmens bzw. eines Gemeinwesens nach aussen. Die Finanzbuchhaltung umfasst zwei Bereiche: Die (Finanz-) Buchführung (chronologische und systematische Erfassung und Aufzeichnung aller vermögensrelevanter Geschäftsvorgänge anhand von Belegen) und die Rechnungslegung (Darstellung der aus der Finanzbuchführung entstandenen Ergebnisse anhand der Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Geldflussrechnung).
Finanzertrag	Der Finanzertrag umfasst Erträge aus dem Finanzvermögen (Finanz- und Sachanlagen). Dies sind in der Regel Zinserträge, Dividenden, Verkaufsgewinne aus Finanz- und Sachanlagen, Liegenschaftserträge und Wertberichtigungen. Der Finanzertrag wird im gestuften Erfolgsausweis separat ausgewiesen (im operativen Ergebnis).

Finanzpolitik (nachhaltige)	Die Finanzpolitik bedient sich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung öffentlicher Ziele. Dabei kann sie als langfristige Einflussnahme auf die Entwicklung der Staatsverschuldung bezeichnet werden. Die Finanzpolitik ist dann nachhaltig, wenn mit der tatsächlichen Entwicklung der Staatsschulden die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden können, ohne dass die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse beeinträchtigt werden.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen umfasst jene Vermögenswerte (Finanz- und Sachanlagen), die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.
Fiskalertrag	Ertrag aus der Erhebung von Steuern bei natürlichen und juristischen Personen.
Fonds	Unter einem Fonds versteht man die Zusammenfassung bestimmter Aktiv- und Passivkonten zu einer buchhalterischen Einheit, über die separat abzurechnen ist. Im Bereich der öffentlichen Finanzen bestehen Fonds zumeist aus Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Erfolgsrechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die Fondsbudgets und -rechnungen werden im Anhang zum Voranschlag und zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Fremdkapital	Das Fremdkapital zeigt auf der Passivseite der Bilanz den Umfang des von Dritten für eine bestimmte Zeitdauer überlassene Kapital. Es bezeichnet die Schulden der Unternehmung (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.
Funktionale Gliederung	Statistische Gliederung der Staatsausgaben und -einnahmen aufgeteilt nach Aufgabebereichen. Die funktionale Gliederung ist kompatibel mit der internationalen Nomenklatur, der Classification of Functions of Government (COFOG) und ist abrufbar auf http://efv.admin.ch/themen/oeff_haushalte/funktional.php .
Gebundene Ausgaben	Eine Ausgabe ist gebunden, <ul style="list-style-type: none"> a. wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell sowie dem Umfang nach vorgeschrieben ist oder b. wenn sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Verwaltung unbedingt nötig ist oder c. wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grund-erlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war, oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden.
Globalbudget	Ein Globalbudget ist ein Verfahren der Mittelbereitstellung bei dem nur ein pauschaler Betrag ohne sachliche und zeitliche Zweckbestimmung bewilligt wird. Über diesen Betrag kann organisatorische Teileinheit weitgehend unabhängig verfügen. Der Umfang des Globalbudgets basiert auf einem Leistungsauftrag bzw. einer Leistungsvereinbarung zwischen Verwaltung und Teileinheit.
Immaterielle Vermögensanlagen	Identifizierbarer, nichtmonetärer Vermögenswert ohne physische Substanz wie Konzessionen, Patente, Lizenzen, Urheberrechte.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Erfolgsrechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von CHF 300'000 überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren in der Erfolgsrechnung auf Basis der angenommenen Nutzungsdauer pro Anlagekategorie abgeschrieben.
Investitionseinnahmen	Investitionseinnahmen sind die Einnahmen für Investitionen oder die Einnahmen aus Desinvestitionen. Gemäss HRM2 sind dies nebst Investitionen vor allem Entnahmen aus der Veräusserung von Sachanlagen und Rückerstattungen von Investitionsbeiträgen, Rückzahlungen von Darlehen des Verwaltungsvermögens und Rückzahlungen oder Verkäufe von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.

Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung stellt die Investitionsausgaben den Investitionseinnahmen gegenüber. Sie bildet die Basis für die Ermittlung des Geldflusses aus Investitionen und Desinvestitionen in der Geldflussrechnung.
Konjunktur(zyklus)	Als Konjunktur (lat. <i>coniungere</i> «vereinigen», «verbinden») bezeichnet man ein über mehrere Jahre hinweg in einer Volkswirtschaft wiederkehrendes Grundmuster («Zyklus») von Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivität. Man unterscheidet im Allgemeinen vier Phasen der Konjunktur: Aufschwungphasen («Expansion»), Hochkonjunktur («Boom»), Abschwungphasen («Rezession») und Tiefphasen («Depression»).
Konsolidierung	Unter Konsolidierung versteht man im finanziellen Rechnungswesen die Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss).
Konsolidierungskreis	Der Konsolidierungskreis bezeichnet diejenigen Einheiten, welche konsolidiert werden sollen.
Kontenrahmen	Der Kontenrahmen ist ein systematisches Verzeichnis aller Konten für die Buchführung. Er dient als Richtlinie für die Aufstellung eines konkreten Kontenplans. Damit sollen einheitliche Buchungen von gleichen Geschäftsvorfällen erreicht und zwischenbetriebliche Vergleiche ermöglicht werden.
Kosten	Begriff aus der Kosten- und Leistungsrechnung. Kosten sind der bewertete Verzehr von Ressourcen, die zur Produkterstellung bzw. Leistungserbringung in einer Periode benötigt wurden. Sie sind derjenige Teil des Aufwandes, welcher ordentlich, betrieblich (leistungsbezogen) sowie periodenbezogen ist. Beispiele sind die Personalkosten, Material oder kalkulatorische Kosten.
Kosten- und Leistungsrechnung	Die Kosten- und Leistungsrechnung bezieht sich auf die betriebsinternen Vorgänge und dient der Ermittlung von Kosten- und Leistungsdaten als Grundlage für Preiskalkulationen (Gebührenfestlegung) und für die Kostenplanung und -kontrolle. In der Kosten- und Leistungsrechnung werden die Kosten den Leistungen gegenübergestellt. Die Kosten- und Leistungsrechnung besteht aus den drei Hauptbereichen Kostenartenrechnung, Kostenstellenrechnung und der Kostenträgerrechnung.
Neubewertung	<i>Wertanpassung</i> Die Neubewertung, auch englisch «Restatement», bezeichnet den Vorgang der wiederholten Bewertung der Bestandskonten im Anlagevermögen und der erstmaligen Bewertung der Bestandskonten bei der Einführung nach den HRM2-Bewertungsrichtlinien.
Neubewertungsreserve	Das Konto «Neubewertungsreserve» dient dazu, dass Auf- oder Abwertungen des Finanzvermögens im Zeitpunkt der Neubewertung nicht erfolgswirksam sind bzw. keine unverhältnismässigen Auswirkungen auf den Steuerfuss haben.
Rechnungsperiode	Die Rechnungsperiode ist der Zeitraum, auf den sich die Erfolgsrechnung bezieht. Sie beträgt meist ein volles Jahr (Rechnungsjahr). Aufwendungen und Erträge werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung zeitlich auf die Rechnungsperiode abgegrenzt.
Rechnungswesen	Teil des Informationssystems der Kantonsverwaltung, in dem die interne Leistungserstellung (Betriebsbuchhaltung) und die finanziellen Aussenbeziehungen (Finanzbuchhaltung) zahlenmässig dargestellt werden.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe und/oder im Zahlungszeitpunkt meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit. Rückstellungen stellen Fremdkapital dar.
Staatsrechnung	Die Jahresrechnung ist das Kernstück der Rechnungslegung nach HRM2. Sie besteht aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und dem Anhang.
Strukturelles Defizit	Defizit, das entsteht, wenn Einnahmen und Ausgaben über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht im Gleichgewicht sind.

Verpflichtungskredite	Mehrjährige Kredite für neue Ausgaben in der Erfolgs- oder Investitionsrechnung, welche vom Parlament auf der Basis von separaten Vorlagen gesprochen werden.
Verschuldung	Staatsschulden sind Finanzschulden, die zustande kommen, wenn die laufenden Staatsausgaben nicht durch die laufenden Staatseinnahmen und das Eigenkapital gedeckt werden können. Es entsteht eine Nettoneuverschuldung, die mit Fremdkapital finanziert werden muss. Die Staatsverschuldung entspricht den aufsummierten Nettoneuverschuldungen der Vergangenheit bzw. dem in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an Fremdkapital.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen und die ohne diese zu beeinträchtigen nicht veräussert werden können.
Volkseinkommen (kantonaies)	Setzt sich zusammen aus den Einkommen der im Kanton ansässigen Wirtschaftssubjekte (Arbeitnehmende, Selbstständigerwerbende und Unternehmen), welche diese aus ihrer Beteiligung am Wirtschaftsprozess sowohl innerhalb wie auch ausserhalb des Kantons generieren.
Voranschlag	Vgl. Budget
Vorfinanzierungen	Vorfinanzierungen sind Reserven, welche für noch nicht beschlossene Vorhaben gebildet werden. Vorfinanzierungen stellen zweckgebundenes Eigenkapital dar.

Impressum

Vom Regierungsrat beschlossen am
15. September 2015

Inhalt, Redaktion

Finanz- und Kirchendirektion, mit Unterstützung der vier
anderen Direktionen, der Landeskantlei und der Gerichte

Gestaltung

phorbis Communications AG, Basel

Fotografie

Peter Schönenberger, Winterthur

Titelbild

Die Familie, welche auf ihrem Weg der Betrachterin und dem
Betrachter immer näher kommt, illustriert den Zeithorizont
der Dokumente und bildet eine optische Klammer um die vier
Publikationen Vision, Programm, Planung und Rückblick.

